

Regina Vogel

Bürgerliche Werte und Statuserhalt

Bildungspolitische Interessenpolitik
von Hochschullehrer- und
Unternehmerverbänden
in der Nachkriegszeit

Zugleich: Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Dr. phil.
an der Philosophischen Fakultät I der
Humboldt-Universität zu Berlin

Dekan: Prof. Dr. Oswald Schwemmer

Gutachter: Prof. Dr. Dr. hc. Hartmut Kaelble

Prof. Dr. Christiane Eisenberg

Disputation am 1.2.2005

Abstract deutsch

Die Reaktionen von Hochschullehrern und Unternehmern auf Bildungsreformen und -expansion in Westdeutschland und Britannien nach dem Zweiten Weltkrieg sind Gegenstand dieser Arbeit. Sie untersucht, wie sich beide Gruppen zu Hochschul- und Schulreformen im Besonderen und zur sozialen Öffnung im Allgemeinen äußerten.

Welche bildungs- und hochschulpolitischen Interessen verfolgten diese Gruppen? Mit welchen Argumentationen versuchten sie, ihre Interessen durchzusetzen? Spielten bürgerliche Werte und Bildungsideale dabei noch eine Rolle? Herrschte eine bildungspolitische Werte- und Interessenübereinstimmung zwischen Hochschullehrern und Unternehmern, und knüpften sie gemeinsame Netzwerke zur Durchsetzung dieser Interessen?

Die Arbeit bietet im ersten Teil einen Überblick über bildungspolitische Veränderungen und über gesellschaftliche Entwicklungstendenzen der Vermögens- und Einkommensverteilung sowie der Einordnung der beiden Akteursgruppen in die jeweilige Prestige- und Sozialstruktur ihrer Länder. Im zweiten Teil folgt eine Analyse ihrer bildungspolitischen Aussagen auf Hinweise einer Existenz von bürgerlichen Werten und Abgrenzungsversuchen gegenüber nicht-bürgerlichen Schichten. Im dritten Teil werden schließlich bildungspolitische Netzwerke und Gremien nach ihrer Zusammensetzung und -arbeit betrachtet. Damit möchte die Arbeit einen Beitrag zur Frage leisten, ob nach 1945 weiterhin ein Bürgertum mit einem Berufsgruppen übergreifenden Standesbewusstsein existierte, oder ob dieses in einzelne Berufsgruppen wie Hochschullehrer und Unternehmer mit je eigenen Interessen und Identifikationen zerfallen war.

Schlagworte

Bürgertum, Professoren, Unternehmer, Bildungspolitik, soziale Ungleichheit, Hochschulreform, Deutscher Hochschulverband, Westdeutsche Rektorenkonferenz, Wissenschaftsrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Bundesverband der Deutschen Industrie, Institut der Deutschen Wirtschaft

Abstract english

This thesis compares the responses of university lecturers and business people to educational reform and expansion in West Germany and Britain in the postwar period. It examines how these groups reacted to increased social mobility in general, and university and school reform in particular.

How did they attempt to persuade others of their position? Did middle-class values and educational ideals play a role? To what extent did the values and interests of university lecturers and business people intersect, and did they create networks to achieve their goals?

The first part of this study surveys the postwar social and educational landscape, changes in income and wealth distribution, as well as the position of university lecturers and business people in each country. Part two analyses both groups' positions on education, with particular reference to the existence of middle-class values and attempts to define themselves in relation to other classes. The final part explores how networks and bodies on education issues were set up and how they pursued their work. This study contributes to the debate as to whether a middle-class group identity existed in the postwar period, or whether this identity had disintegrated into individual professional groups, each with their own interests and identifications.

Keywords

Middle class, professions, lecturers, entrepreneurs, associations, educational policy, social inequality, higher education reform, Association of University Teachers, Robbins Committee, British Employers' Confederation, Federation of British Industry, Confederation of British Industry, Committee of Vice Chancellors and Principals, University Grants Committee

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	7
TEIL I INKLUSIONSIDEEN UND BESITZSTANDSWAHRUNG	22
1 Nachkriegsgesellschaften im Umbruch	23
<i>The People's Peace: Bildungspolitische Versprechen</i>	23
<i>Kapitulation: Entnazifizierung, Wiederaufbau und Rückbesinnung auf Traditionen</i>	27
<i>Entproletarisierte Arbeiter – Krise des Bürgertums: Vermögens- und Einkommensnivellierung</i>	34
2 Bildungsexpansion und Wandel der studentischen Sozialstruktur	43
<i>Ausbleibende Hochschulreformen</i>	43
<i>Absolute und relative Bildungsbeteiligung</i>	47
<i>Vermassungsangst in Westdeutschland – Expansionswunsch in Britannien</i>	57
3 Status und Selbstverständnis von Hochschullehrern und Unternehmern	59
<i>Keine geschlossene Elite: Britische Hochschullehrer</i>	59
<i>Zwischen Establishment und Randposition: Die Industrial Middle Class</i>	62
<i>Bürgerlicher Herkunft: Die deutsche Professorenschaft</i>	65
<i>Sozusagen genuin bürgerlich: Deutsche Unternehmer</i>	68
TEIL II BÜRGERLICHE ABGRENZUNGSDISKURSE	72
4 University Teachers: Expansion in Maßen	79
<i>Salaries and Grading: Gehalt und Status der Lecturers</i>	81
<i>Noch nicht gesunken: Die Qualität der Studenten</i>	88
<i>Die bedrohte Idee der Universität</i>	93
5 Deutsche Professoren: Die Bedrohung eines Standes	100
<i>Das Absinken der Hochschullehrer im Zeichen des Wirtschaftswunders</i>	100
<i>Wissenschaftlicher Nachwuchs und die Anziehungskraft des Ordinariats</i>	109
<i>Ideal und Wirklichkeit des Studiums im Angesicht des Massenandrangs</i>	114
6 Bürgerliche Werte im Einsatz zur Wahrung von Standesinteressen	127

7	Britische Unternehmer: Die Jagd nach talentierten Graduierten	136
	<i>Freiwilligkeit statt Pflicht: Die Bildung der Fünfzehn- bis Achtzehnjährigen</i>	136
	<i>Die Besten für die Industrie? Bedarf und Gegenleistung</i>	138
	<i>Höhere Bildung den Begabten</i>	147
8	Deutsche Unternehmer: Bildungspolitik als gesellschaftliche Aufklärung	155
	<i>Bürgerliches Bildungsideal als Leitbild unternehmerischer Verantwortung</i>	155
	<i>Begabung und soziale Schichtung</i>	163
	<i>Universitäten als Werte-Schmieden einer neuen Elite</i>	172
9	Bildungsexpansion als Rekrutierungsproblem für Unternehmer	180
TEIL III NETZWERKBILDUNG UND INTERESSENVERTRETUNG		189
10	Netzwerke britischer Hochschullehrer und Unternehmer	191
	<i>Parlamentarier als Verbündete gegen unpopuläres Regierungshandeln</i>	191
	<i>Direkte Verbindungen zur Macht: Whitehall und politische Ausschüsse</i>	198
	<i>Lückenhaft vernetzt: Bildungs- und Wirtschaftswelten</i>	208
11	Netzwerke westdeutscher Professoren und Unternehmer	217
	<i>Professoren als Experten für Parlamente und Ministerien</i>	217
	<i>Der DHV und seine Partnerorganisationen: Taktische Allianzen und Konkurrenz</i>	226
	<i>Verbindungsglied zwischen Wirtschaft und Wissenschaft: Der Stifterverband</i>	235
	<i>Der Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft</i>	239
	<i>Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vereint: Der Wissenschaftsrat</i>	250
ZUSAMMENFASSUNG		258
BIBLIOGRAPHIE		268
	<i>Archive</i>	268
	<i>Veröffentlichungen seit 1969</i>	271
	<i>Veröffentlichungen bis 1968</i>	289
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS		294
	<i>Dank</i>	296

Einleitung

Die seit 2000 in dreijährigem Abstand von der OECD veröffentlichten internationalen Pisa-Studien haben besonders in Deutschland die öffentliche Debatte über das Für und Wider des sozial selektiven Schulsystems wieder aufleben lassen. Die wachsende Furcht, im globalen Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte zurückzufallen, erzeugt einen spürbaren Anpassungsdruck im europäischen Hochschulwesen. Ausgehend vom „Bologna-Prozess“ zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums nach angelsächsischem Vorbild, sollen die deutschen Universitäten zur Aufnahme steigender Studentenzahlen befähigt werden.¹

Gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen über Notwendigkeit und Umsetzung von Chancengleichheit beim Zugang zu höherer Bildung prägten bereits in den fünfziger und sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts die britische ebenso wie die westdeutsche Politik. Der zunehmende Bedarf von Unternehmen an hochqualifizierten Arbeitnehmern und die zahlenmäßig immer größere Stärke der *A-levels*- und Abiturientenjahrgänge, die an die Universitäten drängten, erzwangen politische Maßnahmen: 1961 setzte die britische Regierung als Reaktion die berühmte *Royal Commission* unter Vorsitz von Lord Lionel Robbins ein, die Hochschulstruktur und Studienplatzbedarf analysieren sollte. Mit deren Bericht von 1963 trat der quantitative Ausbau des Hochschulwesens in eine neue Phase. Robbins empfahl darüber hinaus, die strukturelle Vormachtstellung von Oxford und Cambridge durch die großzügige Ausstattung von geplanten neuen Universitäten anzugreifen. In Deutschland hatten Bund und Länder bereits 1957 den Wissenschaftsrat ins Leben gerufen. Mit seinen ersten Empfehlungen zum Hochschulausbau legte dieser 1960 seine ersten Prognosen über das Wachstum der Studentenschaft vor. Diese wurden jedoch ebenso schnell von der Realität überholt wie die des *Robbins Committee*.

Im Gegensatz zum Robbins Bericht, der auf der Basis intensiver Anhörungen und statistischer Erhebungen eine gesellschaftliche Debatte anstoßen sollte, sparten die Empfehlungen des Wissenschaftsrats das Thema der Chancengleichheit beim Hochschulzugang aus. Angeheizt von international vergleichenden Studien der OECD und von den Prognosen der gerade entstehenden Bildungsökonomie wurde in der deutschen Öffentlichkeit eine heftige Diskussion über ungleich verteilte Bildungschancen und den Bedarf an Hochschulabsolventen zur Bewältigung des internationalen Wettbewerbs in Forschung und Wirtschaft geführt. Als Georg Picht 1964 die „Bildungskatastrophe“ ausrief und Ralf Dahrendorf 1965 Bildung als „Bürgerrecht“ postulierte, intensivierte sich die zwischen 1945 und 1965 kontinuierlich geführte Auseinandersetzung über ‚Chancengleichheit‘ und ‚Vermassung‘ und mündete schließlich in den siebziger Jahren in strukturelle Hochschulreformen.² Vor und in der Zwischenkriegszeit waren in Deutschland und Britannien Schulgesetze zur Erweiterung der Schulpflicht erlassen worden. Diese hatten die Basis für den langfristig steigenden Besuch der gerade geschaffenen Sekundarschulen und schließlich für die wachsenden *A-Levels*- bzw. Abiturientenjahrgänge geschaffen. Die dadurch erzeugte Dynamik

¹ Die offizielle deutsche Seite zu den Pisa-Studien s. unter www.mpib-berlin.mpg.de/pisa [Zugriff am 11.2.2008]; zum Bologna-Prozess s. ausführlich: www.bmbf.de/de/3336.php [Zugriff am 11.2.2008].

² Wilfried Rudloff, ‚Bildungsplanung in den Jahren des Bildungsbooms‘, in: *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, hg. v. Matthias Frese, Julia Paulus u. Karl Teppe, Paderborn 2003, S. 259-282, hier S. 269f.

traf am Ende des Zweiten Weltkriegs mit voller Wucht auf die Universitäten: Eine stark angewachsene Zahl von Hochschulberechtigten drängte nun zum Studium und wurde kurzfristig durch die Kriegsrückkehrer noch verstärkt. In Anbetracht dieser seit Ende des Zweiten Weltkrieges immer stärkeren Nachfrage nach Studienplätzen ist zunächst einmal erklärungsbedürftig, warum der dadurch entstandene enorme Druck erst so spät zu den für seine Bewältigung notwendigen Universitätsreformen führte und welche Akteure die Veränderungen derart verzögerten.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den bildungspolitischen Entwicklungen der beiden Nachkriegsjahrzehnte, um Widerstände gegen die Bildungsöffnung aufzuzeigen. Der Untersuchungszeitraum mündet damit in die „Phase des reformpolitischen Aufbruchs“³ und der politischen Planungseuphorie der sechziger Jahre.⁴ Zwei außerparlamentarische Interessengruppen nahmen den wohl größten Einfluss auf die Bildungspolitik der Nachkriegszeit in beiden Ländern: Hochschullehrer und Unternehmer. Bei letzteren mag dies zunächst überraschen, da höhere und Hochschulbildung nicht in deren direkten Interessenbereich fielen. Die Öffnung des Zugangs zu höherer Bildung, der den Eintritt in die akademisch gebildeten Berufe und zunehmend auch in die Führungsetagen von Unternehmen kontrollierte, betraf jedoch den sozialen Status und privilegierten Bildungszugang beider Gruppen, die zu gemeinsamen Abwehrreaktionen zusammenfanden. Deshalb werden die Haltung und die Politik von Hochschullehrern und Unternehmern in Westdeutschland und Britannien⁵ gegenüber der Bildungsexpansion und bildungspolitischen Reformplänen von folgenden Fragen ausgehend nachgezeichnet: Welche bildungs- und hochschulpolitischen Interessen verfolgten sie? Mit welchen Strategien versuchten sie, diese durchzusetzen? Spielten bürgerliche Werte und vor allem bürgerliche Bildungsideale in ihren Argumentationen eine Rolle? Welche Netzwerke dienten ihnen zur Durchsetzung ihrer Interessen? Dabei geht die Arbeit von Hochschullehrer- und Unternehmerverbänden aus, von der *Association of University Teachers (AUT)* und dem Deutschen Hochschulverband (DHV), die Hochschullehrer bzw. Professoren vertreten; von den Arbeitgeber- und Industrieverbänden, der *British Employers' Confederation (BEC)* und der *Federation of British Industries (FBI)* sowie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BdA) und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Die Debatten der beiden Nachkriegsjahrzehnte können als Testfall für bürgerliches Standesbewusstsein und für den Einfluss bürgerlicher Gruppen auf die Politik gelten, weil der Zugang zu akademischen Berufen über Bildung vermittelt wurde – mit anderen Worten der traditionelle Zugang zum Bildungs- und zunehmend zum Wirtschaftsbürgertum.⁶ Bürgerliches Standesbewusst-

³ Matthias Frese u. Julia Paulus, ‚Geschwindigkeiten und Faktoren des Wandels – die 1960er Jahre in der Bundesrepublik‘, in: *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, hg. v. dens. u. Karl Teppe, Paderborn 2003, S. 1-23, hier S. 8; während die beiden Autoren das letzte Drittel der fünfziger Jahre als „Beginn eines tiefgreifenden Strukturwandels“ bezeichnen, ist von einem solchen Konsens bei den Professoren- und Unternehmerverbänden noch nichts zu bemerken.

⁴ Vgl. dazu ausführlich Gabriele Metzler, *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Stuttgart 2005.

⁵ Im Folgenden werden mit „Britannien“ England, Wales und Schottland bezeichnet.

⁶ In diesem Sinne fällt formaler Bildung die statuszuweisende Funktion zu, zwischen Individuum und Sozialstruktur zu vermitteln; s. dazu Brian Simon, *Education and the Social Order 1940-1990*, London 1991, S. 17 u. S. 32. Es wird im Verlauf der Arbeit noch präziser zu differenzieren sein, dass ein Universitätsstudium in Britannien erst im Laufe des Untersuchungszeitraums zur Voraussetzung für den Eintritt in die klassischen *professions* wurde, während die Universität in Deutschland schon im 19. Jahrhundert eine zentrale Rolle für die Zugehörigkeit zum Bildungsbürgertum spielte.

sein offenbart sich, wie zu zeigen sein wird, erstens in Abgrenzungs- und Niedergangsdiskursen als direkte Reaktion auf staatliches Vordringen in den Bildungsbereich, und zweitens in den Vernetzungsstrategien von Bildungs- und Wirtschaftsbürgern zur Sicherung von Traditionen, Privilegien und Status. Für den Erfolg dieser Strategien spricht, dass die europäischen Gesellschaften tiefgreifende Veränderungen erst in den siebziger Jahren erlebten.⁷ Folgerichtig wirft Klaus Tenfelde im Rahmen seiner Überlegungen über die mögliche Fortexistenz eines Bürgertums nach 1945 die Frage auf, ob nicht erst mit der „Bildungsrevolution der 60er Jahre das Ende des exklusiven und exklusiv exekutierten Bildungsbegriffs“⁸ und mit ihm die Aufweichung des Bürgertums einsetzte. In diesem Sinne dürfte die soziale Öffnung der Universitäten bereits als standesbedrohend aufgefasst worden sein, bevor sie am Ende des Untersuchungszeitraums mit dem geplanten Hochschulausbau scheinbar zur vollendeten Tatsache wurde.

Damit leistet die vorliegende Arbeit einen Beitrag zur Debatte, inwieweit bürgerliche Berufsgruppen nach 1945 noch hinreichend spezifisch bürgerliche Werte, Interessen und Netzwerke teilten, um vom Fortbestand eines Wirtschafts- und Bildungsbürgertums sprechen zu können.⁹ Bildungs- und Bürgertumsgeschichte treffen hier auch aufeinander, weil Unternehmer und Hochschullehrer, in Deutschland freilich erst als Professoren, traditionelle Kerngruppen des Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums sind.¹⁰ Anhand ihrer bildungspolitischen Aktivitäten wird zu zeigen sein, dass sie sich nicht ausschließlich als Berufs-, sondern auch zusammen als bürgerliche Gruppen innerhalb ihrer Gesellschaften verorteten. Nicht zuletzt sprechen ihre bildungspolitischen Netzwerke und im deutschen Fall ihre weitgehende Übereinstimmung in bildungspolitischen Fragen für die Auswahl dieser Personengruppen.

Für die Fragestellung, ob das deutsche Bürgertum vergleichsweise schwach oder sogar in Auflösung aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging, dient die britische *middle class* als Vergleichsmaßstab. Weder von deutscher Besatzung geprägt noch durch Kollaboration belastet, erlebte Britannien die Zäsur von 1945 mit einer vergleichsweise stabilen Gesellschaft und intakten (Bildungs-)Institutionen. Als einer der Gründe für den Verfall des deutschen Bürgertums wurde dessen moralische Diskreditierung durch den Nationalsozialismus angeführt.¹¹ Die britischen Bildungs- und

⁷ Vgl. für Deutschland Michael Wildt, *Am Beginn der „Konsumgesellschaft“: Mangelerfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1995 sowie Ditmar Brock, *Der schwierige Weg in die Moderne. Umwälzungen in der Lebensführung der deutschen Arbeiter zwischen 1850 und 1980*, Frankfurt/M. und New York 1991; für eine europäische Perspektive und für Britannien vgl. Martin Conway, 'The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age, 1945-1973', in: *Contemporary European History*, 13.2004, S. 67-88, hier S. 70, in Abgrenzung zu Arthur Marwick, *The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c. 1958-c. 1974*, Oxford 1998, der die 1960er Jahre als eine Phase des radikalen gesellschaftlichen Wandels identifiziert.

⁸ Klaus Tenfelde, 'Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert', in: *Wege zur Geschichte des Bürgertums*, hg. v. Hans-Ulrich Wehler und Klaus Tenfelde, Göttingen 1994, S. 317-353, hier S. 319 u. S. 321.

⁹ Vgl. M. R. Lepsius, 'Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit', in: *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*, hg. v. J. Kocka, Göttingen 1987, S. 79-100, hier S. 80.

¹⁰ Zum deutschen Bildungsbürgertum s. Jürgen Kocka, 'Bürgertum und Bürgerlichkeit als Probleme der deutschen Geschichte vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert', in: *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*, hg. v. d. d. s., Göttingen 1987, S. 21-63, hier S. 34; zu Britannien: Penelope J. Corfield, *Power and the Professions in Britain 1700-1850*, London und New York 1995, S. 177; vgl. Roger King und John Raynor, *The Middle Class*, London 1981, S. 7.

¹¹ Für eine ausführliche Auseinandersetzung damit vgl. Hannes Siegrist, 'Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorien „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegsperiode', in: *Geschichte und Gesellschaft*, 21.1995, S. 549-583, hier S. 567; vgl. ders., 'Der Akademiker als Bürger. Die westdeutschen gebildeten Mittelklassen 1945-1965 in historischer Perspektive', in: *Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktion gelebter Gesellschaftsgeschichte*, hg. v. Wolfram Fischer-Rosenthal, Opladen 1995, S. 118-136.

Besitzschichten gingen hingegen vergleichsweise stark aus dem Zweiten Weltkrieg hervor. Der Verlust des *Empire* und das internationale wirtschaftliche Zurückfallen Britanniens im Laufe der beiden Nachkriegsjahrzehnte waren 1945 in ihrer Tragweite nicht absehbar, folglich wurden beide Entwicklungen den britischen Eliten erst später zur Last gelegt.¹²

Während Bürgertum und *middle class* nicht identisch sind, können die ihnen zugrunde liegenden Berufsgruppen auf einer de-aggregierten Ebene miteinander verglichen werden.¹³ Innerhalb des deutschen Bildungsbürgertums¹⁴ spielten die Beamten und unter ihnen die Professoren traditionell eine prägende Rolle, was mit der starken Stellung des Staates im Professionalisierungsprozess zusammenhängt. Leitbild der britischen bürgerlichen Mittelschichten waren hingegen die *professions*, deren Werte und kollektives Handeln Beamte wie Unternehmer zum Vorbild nahmen und zu denen die *university lecturers* zählten.¹⁵ Trotz Unterschieden hinsichtlich der sozialen Lage und des gesellschaftlichen Status glichen sich die hier ausgewählten Gruppen ihrem Selbstverständnis nach so stark, dass sich ein deutsch-britischer Vergleich anbietet. Gemeinsam ist der *middle class* und dem Bürgertum vor allem die „Ambivalenz von sozial distinguierenden und inkludierenden Sinnbezügen“.¹⁶ Die Kategorien bezeichnen zum einen Wertegemeinschaften, ordnen sich zum anderen aber den gehobenen Mittelklassen zu, obwohl im Englischen kein dem Deutschen vergleichbarer Bürgertumsbegriff existiert. Traditionell wurde die Zugehörigkeit zur *middle class* formal über die Höhe des Gehalts definiert. Unabhängig von ihrer sozialen Klasse erhielt jeder Steuerzahler das kommunale Stimmrecht, wodurch er automatisch Bürger seiner Stadt wurde.¹⁷ Gleichwohl gehörte nur zur *middle class*, wer den spezifischen Lebensstil, die Geselligkeit in Clubs und Gesellschaften und Werte teilte, die auf den Grundpfeilern eines ausgeprägten Dienstethos, persönlicher Autonomie und eines liberalen Bildungsideals ruhten.¹⁸ Diese auch für das deutsche Bürgertum konstitutive doppelte Definition der Zugehörigkeit ermöglicht grundsätzlich, Standesgrenzen aufrechtzuerhalten, die einer ökonomischen Basis entbehren; beispielsweise, indem aufsteigenden Schichten die Fähigkeit zu zweckfreier Bildung und mit ihr die Möglichkeit, dem Bürgertum anzugehören, abgesprochen wurden.

¹² Als erster nationaler Schock hinsichtlich des Empire-Verlusts gilt die Suez-Krise von 1956; vgl. dazu Dominic Sandbrook, *Never Had it so Good. A History of Britain from Suez to the Beatles*, London 2006, S. 29. Die *Decline*-Debatte erreichte in den 1980er Jahren ihren Höhepunkt, dagegen kommt *economic decline* in neueren historischen Überblicken wie dem von Sandbrook gar nicht mehr vor, was auf das Ende dieser langjährigen, scharf geführten Auseinandersetzung innerhalb der britischen Geschichtswissenschaft über die wirtschaftlichen Enttäuschungen in der britischen Nachkriegszeit deutet.

¹³ Michael Schäfer, *Bürgertum in der Krise. Städtische Mittelklassen in Edinburgh und Leipzig von 1890 bis 1930*, Göttingen 2003, S. 22.

¹⁴ Für eine kritische Auseinandersetzung mit der Sinnhaftigkeit des die deutschen Akademiker und die britischen *professions* umklammernden Begriffs „Bildungsbürgertum“ s. Ulrich Herrmann, „Über „Bildung“ im Gymnasium des wilhelminischen Kaiserreichs“, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil II Bildungsgüter und Bildungswissen*, hg. v. Reinhart Koselleck, Stuttgart 1990, S. 346-368, hier S. 346f.; vgl. Peter Lundgreen, „Bildung und Bürgertum“, in: *Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums*, S. 177.

¹⁵ Michael Burrage, „Unternehmer, Beamte und freie Berufe. Schlüsselgruppen der bürgerlichen Mittelschichten in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten“, in: *Bürgerliche Berufe: Zur Sozialgeschichte der freien und akademischen Berufe im internationalen Vergleich*, hg. v. Hannes Siegrist, Göttingen 1988, S. 51-83, hier S. 53-62 u. S. 79; vgl. dazu auch Michael Burrage und Rolf Torstendahl (Hrsg.), *Professions in Theory and History. Rethinking the Study of the Professions*, London 1990 u. zum Status- und Prestigegefälle von Unternehmern innerhalb des Bürgertums um die Jahrhundertwende s. Schäfer, *Bürgertum in der Krise*, S. 165f.

¹⁶ Schäfer, *Bürgertum in der Krise*, S. 397f.

¹⁷ Ebd., S. 50 u. S. 397f.: Schäfer verweist auf die Verwendung des Begriffs *Citizen* anstelle von *middle class*.

¹⁸ Vgl. Corfield, *Power and the Professions*, S. 211 u. Mc Kibbin, *Classes and Cultures*, S. 44-46.

Ebenso wie bürgerliche Niedergangsdiskurse spricht auch die vermeintliche Auflösung von Klassen und Schichten zunächst dagegen, die Suche nach dem Bürgertum in den beiden Nachkriegsjahrzehnten zu beginnen. Auf den zweiten Blick lassen hier auftretende Widersprüche jedoch eine Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung durchaus als produktiv erscheinen. Denn neben seiner politischen Verstrickung wird als weitere Ursache für den Niedergang des deutschen Bürgertums eine Reihe von sozioökonomischen Entwicklungen angeführt. Demnach verlor es seine Identität zusammen mit seiner gesellschaftlichen Distinktion, nach oben, als der Adel in die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit abstürzte,¹⁹ nach unten wegen des zunehmenden Wohlstands der Arbeiterschaft. Deren Entproletarisierung führte demnach zur Verallgemeinerung bürgerlicher Werte und eines bürgerlichen Lebensstils.²⁰ Als Wegbereiter dieser Verbürgerlichung gelten gemeinhin die Ausdehnung der höheren Bildung, die Angleichung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse der Arbeitnehmerschaft durch den Wohlfahrtsstaat und die Universalisierung bürgerlicher zu staatsbürgerlichen Rechten im demokratischen Verfassungsstaat. In dem Maße, wie bestimmte Elemente von Bürgerlichkeit verallgemeinert wurden, so das Argument, büßten sie ihren ständisch exklusiven Charakter ein und prägten fortan die Lebensführung auch der nicht-bürgerlichen Schichten. Mit seinen Besonderheiten sei dem Bürgertum jedoch gleichermaßen die Existenzgrundlage entzogen worden, so dass es in einzelne Berufsgruppen zerfiel, die fortan keine bürgerliche Identität mehr teilten.²¹

In den fünfziger Jahren wuchs jedoch weder in der Bundesrepublik noch in Britannien das durch formale Bildung erworbene kulturelle Kapital.²² Die Einkommens- und Vermögensverteilung verweist nicht etwa auf feine, sondern vielmehr auf grobe soziale Unterschiede.²³ Die Tatsache, dass es ihr dennoch sichtbar besser ging, verdankte die Arbeiterschicht der immer komfortableren sozialstaatlichen Absicherung aller Lebensrisiken von der Geburt bis zum Tod und einer bis dahin ungekannt langen volkswirtschaftlichen Boom-Phase, keineswegs aber finanziellen Opfern der Bildungs- und Besitzschichten, die gleichermaßen von diesen Entwicklungen profitierten.²⁴

¹⁹ Eckart Conze, *Von deutschem Adel: Die Grafen Bernstorff im zwanzigsten Jahrhundert*, München und Stuttgart 2000 u. d. s., 'Der Edelmann als Bürger? Standesbewußtsein und Wertewandel im Adel der frühen Bundesrepublik', in: *Bürgertum nach 1945*, hg. v. Manfred Hettling u. Bernd Ulrich, Hamburg 2005, S. 347-71.

²⁰ Burkart Lutz, 'Integration durch Aufstieg. Überlegungen zur Verbürgerlichung der deutschen Facharbeiter in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg', in: *Bürgertum nach 1945*, S. 284-309; vgl. Jürgen Kocka, 'Bürgertum und Bürgerlichkeit', S. 34 u. S. 45f.; vgl. M. Rainer Lepsius, 'Bürgertum als Gegenstand der Sozialgeschichte', in d. s., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 289-313, hier S. 292.

²¹ M. R. Lepsius, 'Soziologie des Bürgertums', S. 95 u. S. 99.

²² Vgl. für Deutschland, ausgehend von Pierre Bourdieus drei Kapitalformen, Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995, S. 60; s. dazu Pierre Bourdieu, 'Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital', in: *Soziale Ungleichheiten*, hg. v. R. Kreckel, Göttingen 1983, S. 183-198.; und eine frühe Einschätzung von David V. Glass, 'Education', in: *Law and Opinion in England in the 20th Century*, Westport 1959, S. 319-346, hier S. 341.

²³ Vgl. M. Rainer Lepsius, 'Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland (bis 1970)', in d. s.: *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 145-174, hier zur Einkommensverteilung S. 157f. u. zur Vermögensverteilung S. 159; Zusammenfassend konstatiert Lepsius, dass sich zwischen 1950 und 1970 das Durchschnittseinkommen der Haushalte mehr als vervierfachte, ohne dass sich die Verteilungsungleichheit veränderte; s. ebd., S. 160. Für Britannien vgl. *British Social Trends since 1900*, hg. v. A. H. Halsey, London 1988, für die Einkommensverteilung S. 151f. u. für die Vermögensverteilung (allerdings erst seit 1971) S. 30.

²⁴ Vgl. Burkart Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine neue Interpretation industrieller wie kapitalistischer Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/M. u. New York 1984, Hartmut Kaelble (Hrsg.), *Der Boom 1948-1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa*, Opladen 1992; Jean

Ebenso wenig führte die Entproletarisierung der Arbeiter zu ihrer Verbürgerlichung.²⁵ Vielmehr prägte die Schichtenzugehörigkeit in beiden Ländern in den fünfziger und sechziger Jahren Möglichkeiten und Muster des Konsums erheblich.²⁶ Dies spricht dafür, dass die Nivellierungsängste in bürgerlichen Kreisen nicht einen Untergang des Bürgertums begleiteten, sondern der mentalen Verarbeitung eines durchgreifenden, staatlich angeordneten sozialen Wandels dienten.²⁷ Um dies zu überprüfen, müssen die Krisendiskurse der deutschen und britischen Mittelschichten im Kontext der sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen untersucht werden.

Der erste Teil dieser Arbeit zeichnet daher den für die Analyse der Bildungsdebatten relevanten Kontext nach, beginnend mit den gesellschaftlichen und politischen Ausgangslagen, von denen die Bildungsdebatten ausgingen. Der britischen Reformbegeisterung wird hier die westdeutsche Orientierung auf Wiederaufbau und Tradition gegenübergestellt. Zweitens werden die Barrieren im Zugang zur höheren und zur Hochschulbildung, die dem Veränderungsdruck standhielten, beschrieben. Drittens wird gezeigt, dass die deutschen und die britischen Universitäten im Wesentlichen ohne soziale Öffnung expandierten, da alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen von der Expansion profitierten. Viertens werden strukturelle Unterschiede im Hochschulwesen skizziert, die für die Debatten von Bedeutung waren: So erlaubte die britische Parallelstruktur der Universitäten, Elitebildung zu bewahren und gleichzeitig die Bildungsbeteiligung an Hochschulen insgesamt sozial zu erweitern. In Westdeutschland war dies aufgrund fehlender Hierarchien nicht möglich. Fünftens werden sowohl Hochschullehrer als auch Unternehmer als soziale Gruppen jeweils im deutsch-britischen Vergleich einander gegenübergestellt. Wie ihrer Herkunft nach homogen bürgerlich die deutschen Akteure waren, zeigt sich hier ebenso wie an ihren Kurzbiographien. Damit sollen die Persönlichkeiten ins Blickfeld rücken, die (Verbands-)Politik formulierten und vertraten. Sie binden die Verbände als „kollektive Akteure“ auf individuelles Handeln zurück

Fourastié, *Les Trente Glorieuses ou la révolution invisible de 1946 à 1975*, Paris 1979, sowie für Britannien das neunte Kapitel über die „Goldenen Jahre“ in: Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München, Wien 1995, S. 324-362, Catherine R. Schenk, ‚Austerity and Boom‘, in: *Britain since 1945*, S. 300-319 und Peter Howlett, ‚The „Golden Age“, 1955-1973‘, in: *Twentieth Century Britain*, S. 320-339.

²⁵ Zur Entproletarisierung der Arbeiter vgl. Josef Mooser, ‚Arbeiter, Angestellte und Frauen in der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“. Thesen‘, in: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, hg. v. Axel Schildt und Arnold Sywottek, Bonn 1993, S. 362-376 u. ders., *Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*, Frankfurt/M. 1984, bes. S. 225-236, Mooser spricht von einer „kollektiven Entproletarisierung“ v.a. seit den fünfziger Jahren, durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaats und die mit diesem einhergehende „Minderung der Lebensrisiken des Lohnarbeiters“, S. 229; gegen die Verbürgerlichung führt Mooser die geringe Partizipation der Arbeiter an, deren höhere Bildung zum Maßstab genommen werde, S. 231.

²⁶ Für Westdeutschland s. Michael Wildt, ‚Das Ende der Bescheidenheit. Wirtschaftsrechnungen von Arbeitnehmerhaushalten in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1963‘, in: *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, hg. v. Klaus Tenfelde, Stuttgart 1991, S. 573-610; für Britannien vgl. James Obelkevich, ‚Consumption‘, in: *Understanding Post-War British Society*, hg. v. James Obelkevich und Peter Catterall, London 1994, S. 141-154; für die Verteilung von Konsumgütern s. auch Schaubild 6.8., The growth of consumerism, 1952-63, in: *Britain in the Twentieth Century. A Documentary Reader*, Bd. II, 1939-1970, hg. v. Lawrence Butler u. Harriet Jones, London 1995, S. 169; 1953 besaßen weniger als 10 Prozent aller Haushalte einen Kühlschrank, 1962 immerhin noch weniger als 40 Prozent. Trotz der finanziellen Besserstellung der Arbeiter seit Beginn der 1940er Jahre sieht auch McKibbin keine Angleichung der Lebensstile, vgl. Ross McKibbin, *Classes and Cultures. England 1918-1951*, Oxford 1998, S. 62f.; vgl. auch Wolfgang Ruppert, ‚Zur Konsumwelt der 60er Jahre‘, in: *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, hg. v. Axel Schildt u.a., Hamburg 2000, S. 752-767. Ruppert geht jedoch nicht darauf ein, wer sich die neuen Produkte leisten konnten, die in den 1960er Jahren auf den Markt geworfen wurden.

²⁷ Vgl. dazu Hannes Siegrist, ‚Bürgerlichkeit und Antibürgerlichkeit in historischer Perspektive‘, in: *Der Aufstand der Bürger: antibürgerliches Denken im 20. Jahrhundert*, hg. v. Günter Meuter und Henrique Ricardo Otten, Würzburg 1999, S. 35-50, hier S. 43.

und verknüpfen die formulierten Wertvorstellungen mit der sozialen Lage ihrer Verfechter.²⁸

Gegenstand des zweiten Teils sind bildungspolitische Ziele, Haltungen und Äußerungen. Auf eine chronologisch strukturierte Darstellung wird zugunsten der Ordnung nach Topoi verzichtet, die über den Untersuchungszeitraum hinweg die Debatten prägten. Bürgerliche Werte dienen als Raster für die Analyse der bildungspolitischen Äußerungen. Dies trägt den Tatsachen Rechnung, dass sie als konstitutiv für Bürgertum wie *middle class* betrachtet werden und im Zentrum der deutschen Diskussion über Formwandel oder Auflösung des Bürgertums stehen.²⁹ Zu diesem Wertekanon gehören die Hochschätzung von Selbständigkeit, die Achtung von Arbeit und Leistung als Verteilungskriterien, ein Engagement für das Gemeinwohl und eine kritische Haltung gegenüber einem zu starken Staat, vor allem dem Sozialstaat.³⁰ Bildung steht von jeher an zentraler Stelle im bürgerlichen Wertehimmel und kennzeichnet nicht die bloße Ansammlung von Wissen, sondern einen fortwährenden geistigen Prozess als Bestandteil von „Kultiviertsein“.³¹ Solche „Bildung des ganzen Menschen als Zweck seiner Selbst“ dient der Ausbildung von Persönlichkeit und lässt sich daher nicht auf den Erwerb bestimmter Bildungsgüter reduzieren.³²

Die im Zusammenhang mit den Bildungsdebatten geführten bürgerlichen Krisendiskurse über den Verfall von Bildung als Wert an sich und über die soziale Nivellierung dienten, so die hier vertretene These, sowohl der Abgrenzung von der „Masse“ als auch zu deren Abschreckung von Bildungsinvestitionen, die sich vermeintlich nicht mehr lohnten. Die Debatten kreisten in beiden Ländern um die Möglichkeit und Legitimität des sozialen Aufstiegs durch den Erwerb formaler Bildung, um die Studienfähigkeit von Studenten aus bildungsfernen Elternhäusern, um ein angemessenes Gehalt für Hochschullehrer und um die Auswirkungen der Bildungsexpansion auf das bürgerliche Bildungsideal. Alle Akteure versuchten, ihren gesellschaftlichen Rang und ökonomischen Status im Laufe der Bildungsexpansion zu bewahren oder zu erhöhen. In Britannien postulierten Hochschullehrer und Unternehmer universal zugängliche Bildung, während sie die exklus-

²⁸ In diesem Sinne knüpft die vorliegende Arbeit an Hans-Peter Ullmanns Überlegungen an. Um Verbänden nicht wesentliche Züge zuzuschreiben, seien die Personen zu betrachten, von denen die Verbandspolitik getragen werde; wichtig sei dabei die Differenzierung zwischen einfachen Mitgliedern und Führungspersönlichkeiten, vgl. Hans-Peter Ullmann, *Der Bund der Industriellen, Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im deutschen Kaiserreich 1895-1914*, Göttingen 1976.

²⁹ Vgl. Eckart Conze, ‚Eine bürgerliche Republik? Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegszeit‘, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 30.2004, S. 527-542, hier S. 528; Jürgen Kocka, *Unternehmer in Deutschland seit 1945*, Bochum 2002, S. 15 sowie den Abschlussbericht des Bielefelder Sonderforschungsbereichs zum Bürgertum: Peter Lundgreen (Hrsg.), *Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997)*, Göttingen 2000. Aus der Vielzahl von Forschungsüberblicken s. Jonathan Sperber, ‚Bürger, Bürgertum, Bürgerlichkeit, Bürgerliche Gesellschaft: Studies of the German (Upper) Middle Class and its Sociocultural World‘, in: *The Journal of Modern History* 69 (Juni 1997), S. 271-297; John Breuilly, ‚The Elusive Class. Some critical remarks on the historiography of the bourgeoisie‘, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 38.1998, S. 385-395; Utz Haltern, ‚Die Gesellschaft der Bürger‘, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 19.1993, S. 100-134.

³⁰ Vgl. Jürgen Kocka, ‚Das europäische Muster und der deutsche Fall‘, in: *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Eine Auswahl*, hg. v. Jürgen Kocka, Göttingen 1995, S. 9-75, hier S. 26.

³¹ Vgl. Manfred Hettling und Stefan-Ludwig Hoffmann, ‚Einleitung: Zur Historisierung bürgerlicher Werte‘, in: *Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts*, hg. v. dens., Göttingen 2000, S. 7-21, hier S. 14 u. dies., ‚Der bürgerliche Wertehimmel. Zum Problem individueller Lebensführung im 19. Jahrhundert‘, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 23.1997, S. 333-359, hier S. 347.

³² Reinhart Koselleck, ‚Einleitung. Zur anthropologischen und semantischen Struktur der Bildung‘, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil II: Bildungsgüter und Bildungswissen*, Stuttgart 1990, S. 11-46, hier S. 20; vgl. Rudolf Vierhaus, ‚Bildung‘, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. I, S. 508-551, hier S. 520 zum Humboldtschen Bildungsideal, den Menschen, „nicht zu äußern Zecken zu erziehen“ u. Peter Lundgreen, ‚Bildung und Bürgertum‘, in: *Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums*, S. 173-194, hier S. 177.

ven Praktiken in Form eines schwer zugänglichen und von vielfältigen Hierarchien geprägten Bildungssystems aus der Diskussion ausblendeten. In Westdeutschland existierte diese Diskrepanz zwischen universellen Werten und exklusiven Praktiken nicht: Hier wurden bürgerliche Werte, in Ermangelung von privaten bzw. elitären Institutionen der höheren und Hochschulbildung, direkt zur sozialen Abgrenzung eingesetzt.

Um zu erfahren, wie sich die politischen und strukturellen Krisen des 20. Jahrhunderts auf die Kontinuität bürgerlicher Gruppen auswirkten, bietet sich der Fokus auf Verbände als „bürgerliche Institutionen“ an.³³ Waren bürgerliche Vereine für das deutsche Bürgertum im 19. Jahrhundert wichtige Institutionen, organisierten sich britische Arbeiter und Bürger traditionell weniger in Vereinen als in Interessenorganisationen, Gewerkschaften und *Pressure Groups*.³⁴ Während exklusive Clubs und Vereine über die Verflechtungen zwischen bürgerlichen Berufsgruppen Aufschluss geben, reicht ihre Bedeutung hinsichtlich der Vertretung von Gruppeninteressen gegenüber Politik und Gesellschaft nicht an die von Interessenverbänden heran.³⁵ Im Mittelpunkt des dritten Teils dieser Arbeit stehen daher die Vernetzungsstrategien der Hochschul- und Wirtschaftsverbände, besonders die Kontakte zwischen Hochschullehrern und Unternehmern. Die Verbindungen zu Parlamentariern, Ministerialbürokraten, Ministern, Rektorenkonferenzen und zu Vereinigungen ähnlicher Berufs- und Statusgruppen werden dahingehend analysiert, inwieweit hier bürgerliche Vernetzung und Interessenübereinstimmung herrschten, die nicht zuletzt durch einen ähnlichen sozialen und Bildungshintergrund unterstützt wurden.³⁶ Bildungspolitisch relevante Ausschüsse und Gremien der Nachkriegszeit werden auf ihre Zusammensetzung hin bewertet.³⁷ Dabei wird deutlich, dass auf der westdeutschen Verbandsebene eine vergleichsweise breite Gruppe von Unternehmern, Hochschullehrern und Ministerialbürokraten regen Austausch pflegte, während in Britannien die Verbindungen zwischen Wirtschafts- und Bildungselite auf der Verbandsebene geringer ausgeprägt waren. Hier verkörpert aber eine vergleichsweise kleine Gruppe von Mitgliedern des *Establishments* in ihren individuellen Karrieren die Verschmelzung zwischen Bildungs- und Wirtschaftswelten. Diese Persönlichkeiten beeinflussten in regierungsnahen Bildungsausschüssen direkt die Bildungspolitik der Nachkriegszeit. Eine Elite, also eine „zahlenmäßig kleine Gruppe der mächtigen Personen in einer Gesellschaft, deren Macht institutionalisiert und an Positionen oder Funktionen gebunden ist“,³⁸ lässt sich auch unter deutschen

³³ Tenfelde, ‚Stadt und Bürgertum‘, 336 u. Hannes Siegrist, ‚Der Wandel als Krise und Chance. Die westdeutschen Akademiker 1945-1965‘, in: *Wege zur Geschichte des Bürgertums*, hg. v. Klaus Tenfelde und Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1994, S. 289-314, hier S. 289.

³⁴ Christiane Eisenberg, ‚Arbeiter, Bürger und der „bürgerliche Verein“ 1820-1870. Deutschland und England im Vergleich‘, in: *Bürgertum im 19. Jahrhundert*, Bd. III: *Verbürgerlichung, Recht und Politik*, hg. v. Jürgen Kocka, Göttingen 1995, S. 48-80, hier S. 49.

³⁵ Keineswegs soll hier aber die Bedeutung exklusiver Clubs unterschätzt werden. So zeigte Christof Biggeleben, wie der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller nach 1945 seine Exklusivität nicht nur pflegte, sondern noch verstärkte. Aus dem Verband von 300 wurde ein Wirtschaftsclub mit nie mehr als 100 Mitgliedern; vgl. Christof Biggeleben, ‚Kontinuität von Bürgerlichkeit im Berliner Unternehmertum. Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (1879-1961)‘, in: *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität*, hg. v. Volker R. Berghahn, Stefan Unger u. Dieter Ziegler, Essen 2003, S. 241-274, hier S. 271.

³⁶ Vgl. dazu Edward C. Page and Vincent Wright, ‚Introduction‘, in: *Bureaucratic Elites in Western European States*, hg. v. dens., Oxford 1999, S. 1-12.

³⁷ So das *Crowther* und das *Robbins Committee* in Britannien sowie der Wissenschaftsrat und die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Bundesrepublik.

³⁸ Peter Imbusch, ‚Konjunktoren, Probleme und Desiderata sozialwissenschaftlicher Elitenforschung‘, in: *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*, S. 11- 32, hier S. 18.

bildungspolitischen Akteuren erkennen, möglicherweise sogar ein *Establishment*, das sich wiederum dadurch auszeichnet, eine relativ geschlossene Klasse zu bilden.³⁹ Allerdings erscheint auf deutscher Seite die Zugehörigkeit zu Entscheidungszirkeln an die Funktion gebunden, während sich in Britannien die Funktion an den zuvor erreichten gesellschaftlichen Status knüpft.

Ziel dieser Arbeit ist, Verflechtungen von Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum auf dem Feld der Bildungspolitik zu betrachten. Daher bleiben einige Aspekte außer Acht, da sie für die Frage nach Formwandel oder Verfall des Bürgertums, nicht aber für die hier zugrunde liegenden Leitfragen relevant sind: Der Fokus auf Verbandspolitik und Bildungsöffnung schränkt den Blick auf die Bereiche von Arbeit und Bildung ein und vernachlässigt zwangsläufig die mit Familie verbundenen bürgerlichen Werte.⁴⁰ Die sozialstrukturelle Frage der Vernetzung zwischen verschiedenen Berufsgruppen kann nur durch eine sozialhistorische Untersuchung auf der Basis statistischer Analysen von Heirats- und Verkehrskreisen sowie informellen Zirkeln beantwortet werden. Dies hätte sowohl den inhaltlichen als auch den organisatorischen Rahmen dieser Arbeit gesprengt. Anstelle der vertieften biographischen Auseinandersetzung mit wenigen Hauptakteuren der Verbände, fiel die Entscheidung für eine kurze, nach Hauptmerkmalen der Bildungs- und Berufslaufbahn strukturierte breitere Erfassung von Akteuren. Die Auslassung der für die Bildungsexpansion wichtigen Geschlechterdimension ist der Quellenlage geschuldet: Nicht nur waren die Verbandsakteure männlich, sie blendeten Frauen in ihren Debatten auch vollkommen aus. Von allen vier Verbänden saß allein im britischen Hochschullehrerverband, der eine jährliche Ämterrotation praktizierte, über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg eine einzige Hochschullehrerin. Damit bleiben Frauen in der vorliegenden Arbeit eine Randerscheinung: Weder als Verbandsaktive oder Hochschullehrerinnen noch als Studentinnen traten sie aktiv – in den Vernetzungen – oder passiv – als Gegenstand der Expansionsdebatten – in Erscheinung. Ein erstaunlicher Befund, zumal das Frauenstudium einen Großteil der Bildungsexpansion ausmachte⁴¹ und die Töchter der gebildeten Schichten viel stärker von der Hochschulexpansion profitierten als die viel diskutierten Arbeiterkinder.⁴² Diese Diskrepanz lässt sich kaum damit erklären, dass es den männlichen Hochschullehrern an einer Wahrnehmung ihrer Kolleginnen und Studentinnen

³⁹ Paul Windolf, ‚Sind Manager Unternehmer? Deutsche und britische Manager im Vergleich‘, in: *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*, S. 301-336, hier S. 308.

⁴⁰ Mit dem Wandel der Geschlechterrollen in den 1960er Jahren beschäftigen sich die Beiträge in Sektion I des von Matthias Frese, Julia Paulus u. Karl Teppe herausgegebenen Überblicks *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003; vgl. Thomas Mergel, ‚Die Bürgertumsforschung nach 15 Jahren. Für Hans-Ulrich Wehler zum 70. Geburtstag‘, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 41.2001, S. 515-538, hier S. 529: In den Bürgertumsstudien zum 19. und frühen 20. Jahrhundert habe die bürgerliche Einstellung zur Arbeit kaum Beachtung gefunden.

⁴¹ Gunilla-Friederike Budde, ‚Paradefrauen. Akademikerinnen in Ost- und Westdeutschland‘, in: *Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945*, hg. v. ders., Göttingen 1997, S. 183-211, hier S. 189f.; in den neueren britischen Darstellungen zur Sozialgeschichte der Frauen nach 1945 nimmt Bildung gegenüber anderen Hauptveränderungstrends, wie der Zunahme weiblicher Erwerbsarbeitsbeteiligung, steigenden Scheidungsraten und unehelicher Geburten, vergleichsweise wenig Raum ein: vgl. Jane Lewis, *Women in Britain since 1945*, Oxford 1992; vgl. dies., ‚Women and Social Change, 1945-1995‘, in: *Britain since 1945*, S. 260-278; Pat Thane, ‚Women since 1945‘, in: *Twentieth Century Britain*, S. 392-410 u. Penny Summerfield, ‚Approaches to women and social change in the Second World War‘, in: *What Difference did the War Make?*, hg. v. Brian Bivati und Harriet Jones, Leicester 1993, S. 63-79.

⁴² Vgl. Conway, ‚Rise and Fall‘, S. 85 u. John Carswell, *Government and the Universities in Britain. Programme and Performance 1960-1980*, Cambridge 1985, S. 42f., der im Rahmen seiner Analyse des *Robbins Report* ebenso bemerkt, dass der Bericht kaum auf Geschlechterunterschiede einging, obwohl ein großer Teil der Bildungsexpansion auf die Bildungsbeteiligung von Frauen zurückging.

mangelte,⁴³ hatten sie doch gegen deren Eintritt in die Universitäten bis zur Jahrhundertwende heftig, doch letztendlich erfolglos öffentlich protestiert.⁴⁴ Vielmehr richtete sich nach dem mit der endgültigen Zulassung von Frauen zum Studium und zur Habilitation verlorenen Kampf die Angst der Hochschullehrer vor sozialem Wandel auf ‚neuere‘ Außenseiter, namentlich auf Kleinbürger und Arbeiter.⁴⁵

Die britische Literatur über *Class* setzt sich eingehend mit dem historischen Wechselspiel von ein- und ausschließender Klassen-Rhetorik in der politischen Arena auseinander und leistet die Verknüpfung von bürgerlichen Postulaten mit dem Ringen um politische Macht. In der deutschen Diskussion wird der argumentative Einsatz bürgerlicher Werte indes überwiegend mit dem Ende des Bürgertums gleichgesetzt. Dieses habe sich durch seine zunehmende Beschäftigung mit Statussicherung seit dem späten 19. Jahrhundert dem Verfall preisgegeben, weil es den selbst postulierten Ansprüchen den Rücken zukehrte. Des Weiteren wurden Werteverfall, „moralische Indifferenz“ und der Verlust des bürgerlichen Selbstverständnisses ebenso wie die schrittweise Abwendung von der „liberal geprägten bürgerlichen Kultur der ersten Jahrhunderthälfte“ angeführt. Vom selbst gesetzten moralischen Anspruch des Bürgertums an Bürgerlichkeit ausgehend, wurden seine Abwehrhaltung zur „Massengesellschaft“ während des Kaiserreichs und seine Verstrickung in die nationalsozialistische Herrschaft, durch die es sich moralisch diskreditiert hatte, als Belege für seinen Niedergang angeführt.⁴⁶ Zurecht hat Michael Schäfer die deutsche Bürgertumshistoriographie dahingehend kritisiert, einerseits das Bürgertum als Einheit zu begreifen, andererseits den Bürgertumsbegriff derart auf das Kaiserreich zuzuschneiden, dass sie spätestens seit der Jahrhundertwende nur der bürgerlichen guten alten Zeit nachtrauern könne.⁴⁷ Werden Privilegien durch die Ansprüche anderer sozialer Gruppen bedroht, liegt es nahe, dass Exklusionsstrategien an Bedeutung gewinnen, während die Ideale einer universellen Bürgerlichkeit zumindest vorübergehend in den Hintergrund treten. Für die Nachkriegsjahrzehnte soll die vorliegende Arbeit daher in der Diskussion über Bildungsbeteiligung und -expansion die Prozesse erfassen, durch welche die mit der Entstehungszeit der sozialen Formation des Bürgertums verbundenen Werte sich wandelten oder bedeutungslos wurden.⁴⁸

⁴³ Eine unter Professoren durchgeführte Umfrage von Hans Anger, *Probleme der deutschen Universität. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten*, Tübingen 1960 zeigt, dass eine große Mehrheit der männlichen Professoren Frauen weiterhin als naturbedingt ungeeignet für die Hochschullaufbahn hielten; s. dort S. 491. Dies legt die Interpretation nahe, dass sie das Unabwendbare schlicht ausblendeten.

⁴⁴ Johanna Bleker, „Deutsche Wissenschaft ist Männerwerk“. Der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik, eine Zeitenwende?, in: *Der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik: Zur Geschlechterfrage im akademischen Selbstverständnis und in der wissenschaftlichen Praxis am Anfang des 20. Jahrhunderts*, hg. v. ders., Husum 1998, S. 17-30, hier S. 18; vgl., mit Verweisen auf weitere Literatur, Claudia Huerkamp, *Bildungsbürgerinnen: Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900-1945*, Göttingen 1996, S. 75 ff.

⁴⁵ Norbert Kampe, ‚Die Abwehr der Außenseiter‘, in: *Der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik*, S. 71-73, hier S. 72; vgl. für einen historisch umfassenden Blick auf den Konflikt um Bildungschancen an den Hochschulen Konrad H. Jarausch, *Deutsche Studenten 1800-1970*, Frankfurt/M. 1984, hier S. 10.

⁴⁶ Hans Mommsen, ‚Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert‘, in: *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*, hg. v. Jürgen Kocka, Göttingen 1987, S. 288-315, hier S. 288f., S. 293 u. S. 297; vgl. Hans-Ulrich Wehler, ‚Deutsches Bürgertum nach 1945: Exitus oder Phönix aus der Asche?‘, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27.2001, S. 617-634, hier S. 627; vgl. Siegrist, ‚Ende der Bürgerlichkeit?‘, S. 556.

⁴⁷ Schäfer, *Bürgertum in der Krise*, S. 12.

⁴⁸ In diesem Sinne argumentiert auch Dieter Ziegler, dass bürgerliche Werte nach 1945 teilweise ungebrochen gültig waren und teilweise ohne Auswirkungen auf das bürgerliche Selbstverständnis aufgegeben wurden; vgl. Dieter Ziegler, ‚Einleitung‘, in: *Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert*, hg. v. d. d. d., Göttingen 2000, S. 7-29, hier S. 14f.; vgl. dazu Wehler, ‚Bürgertum nach 1945‘, S. 628f.

Dror Wahrman hat gezeigt, dass sich die britische *middle class* zwischen dem ausgehenden 18. und der Mitte des 19. Jahrhunderts flexibel von ihren jeweiligen politischen Gegnern absetzen konnte, weil sie ihre vage Selbstdefinition ihren jeweiligen Abgrenzungsbedürfnissen anzupassen verstand. Eine solche Historisierung von als bürgerlich postulierten Werten, die mit dem sozialen Aufstiegsstreben und dem politischen Partizipationsanspruch des Bürgertums verbundenen sind, steht für Deutschland noch aus.⁴⁹ Eine Vielzahl von Darstellungen über die britische Klassengesellschaft beschäftigt sich dagegen mit der Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Wahrnehmung und tatsächlich fortbestehenden sozialen Unterschieden sowie den wiederholten Versuchen von politischen Akteuren, das Bild der klassenlosen Gesellschaft durchzusetzen. David Cannadine zeichnet den Gegensatz zwischen *middle class*-Rhetorik und sozialer Realität in Britannien detailliert nach. In öffentlichen Reden wurde die Überwindung der Gräben in der in zwei bis drei antagonistische gesellschaftliche Gruppen aufgeteilten Nation beschworen – sei es zwischen „Them and Us“, den „two nations“ oder den „three nations“. De facto sei die Vermischung der Schichten nie erwünscht gewesen.⁵⁰ Zwar gilt das Zusammengehörigkeitsgefühl der englischen *middle class* traditionell als vergleichsweise schwach ausgeprägt, doch waren und sind für die Bewohner der englischen Vororte soziale Unterschiede von großer Bedeutung.⁵¹ Die *working class* scheint dagegen wenig Interesse am Aufstieg in die *middle class* gehabt zu haben: Die Bevölkerungsmehrheit ordnete sich trotz wachsender Prosperität bis weit in die Nachkriegszeit hinein in Umfragen selbst der Arbeiterschicht zu.⁵²

Die britische *upper middle class* der Nachkriegszeit war bislang kaum Gegenstand der historischen Forschung. Neuere Sammelbände über die *middle class* enden meist 1945.⁵³ Ross McKibbins so-

⁴⁹ Dror Wahrman, *Imagining the Middle Class. The Political Representation of Class in Britain, c. 1780-1840*, Cambridge 1995; vgl. Christophe Charle, 'The „Middle Classes“ in France: Social and Political Functions of Semantic Pluralism from 1870-2000', in: *Social Contracts under Stress*, S. 66-88, hier S. 66f. und Richard Vinen, *Bourgeois Politics in France, 1945-1951*, Cambridge 1995, S. 5f.

⁵⁰ David Cannadine, *Class in Britain*, London 2000; Michael Argyle, *The Psychology of Social Class*, London und New York 1994, Andrew Adonis u. Stephen Pollard, *A Class Act: The Myth of Britain's Classless Society*, London 1998; Stephen Brook, *Class. Knowing your Place in Modern Britain*, London 1997; Stephen Edgell, *Class*, London u. New York 1993 und Gordon Marshall, *Repositioning Class: Social Inequality in Industrial Societies*, London 1997; Arthur Marwick, *Class: Image and Reality in Britain, France and the USA since 1930*, London 1990 verspricht einen quellengestützten Ansatz, bietet aber eher Impressionen an.

⁵¹ Vgl. Eric Hobsbawm, 'Die englische *middle-class* 1780-1920', in: *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*, hg. v. Jürgen Kocka, Göttingen 1987, S. 79-106, hier S. 80f.; Josephine Klein, *Samples from English Cultures*, London 1965, z.B. S. 306f.: Die Einwohner zogen klare Grenzen zwischen traditionellen und neuen *middle class*-Berufen sowie zwischen lokal Verwurzelten und Zugezogenen, deren soziale Kreise nicht bekannt waren. Klein griff auf eine Reihe bekannter soziologischer Untersuchungen zurück, wie Margaret Stacey, *Tradition and Change: A Study of Banbury*, Oxford 1960; Peter Willmott und Michael Young, *Family and Class in a London Suburb*, London 1960, sowie Roy Lewis und Angus Maude, *The English Middle Classes*, London 1949. Vgl. für eine zeitgenössische, detaillierte Illustration von *middle class*-Alltag und -Wahrnehmungen der evakuierungsbedingten soziale Durchmischung während des Zweiten Weltkrieges: *Mrs Milburn's Diaries. An Englishwoman's Day to Day Reflections 1939-45*, hg. v. P. Donnelly, New York 1979.

⁵² Vgl. Mike Savage, 'Individuality and Class: The Rise and Fall of the Gentlemanly Social Contract in Britain', in: *Social Contracts under Stress. The Middle Classes of America, Europe, and Japan at the Turn of the Century*, hg. v. Oliver Zunz u.a., New York 2002, S. 47-65, hier S. 47 u. 49f. für den Erklärungsversuch der breiten Identifizierung mit der *working class*: dem Stolz auf die von der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert errungenen demokratischen Rechte.

⁵³ Vgl. *Gender, Civic Culture and Consumerism. Middle Class Identity in Britain 1800-1940*, hg. v. Alan Kidd, u. David Nicholls, Manchester und New York 1999 und Paul Thompson, 'Snatching defeat from the jaws of victory: the last post of the old city financial elite, 1945-1995', in: *The Making of the British Middle Class? Studies of Regional and Cultural Diversity since the Eighteenth Century*, hg. v. Alan Kidd und David Nicholls, Phoenix Mill 1998, S. 228-246, als einzigen die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts behandelnden Artikel in diesem Sammelband. Die Zäsur von 1945 überschreitet darin nur noch Michael Dintenfass, 'Service, Loyalty and Leadership: the Life Tales of British Coal

zialhistorische Studie über „Classes and Cultures“ in England endet zwar bereits 1951, zeigt jedoch, wie stabil Mechanismen der *middle classes* zur Abgrenzung nach unten über die Zäsur von 1945 hinweg blieben.⁵⁴ Die Wahl der Wohngegend und der Schule blieben zentrale Distinktionsmerkmale.⁵⁵ Die deutsche Bürgertumsforschung hat sich in den letzten Jahren besonders dem Großbürgertum zugewandt. Dessen Netzwerke waren überwiegend stabil, trotz der durch Anfang und Ende der nationalsozialistischen Diktatur gesetzten Zäsuren. Zum großen Bruch kam es 1945 nicht.⁵⁶ Großbürgerliche Unternehmerfamilien pflegten nach 1945 einen bürgerlichen Lebensstil und stellten bürgerliche Werte ins Zentrum der Erziehung, wie Cornelia Rauh-Kühne an vier Beispielen gezeigt hat.⁵⁷ Insgesamt gehen diese Arbeiten vom Fortbestand des Bürgertums und von Bürgerlichkeit aus.⁵⁸ Professoren fanden bislang indessen nicht die Aufmerksamkeit der Bürgertumsforschung.⁵⁹

Hans-Ulrich Wehler betrachtet das Bürgertum weiterhin als relevante Größe, Bürgerlichkeit hingegen als Phänomen der Vergangenheit. Er will allenfalls noch einen weniger verbindlichen bürgerlichen Habitus erkennen.⁶⁰ Michael Hartmann sieht den bürgerlichen Habitus sogar als zentralen Selektionsmechanismus für bis heute nachweisbare Standesbarrieren beim Zugang zu Spitzenpositionen der Wirtschaft. Wie er am Beispiel der Karrierechancen von zwischen 1955 und 1985 promovierten Ingenieuren, Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern zeigt, führte nicht einmal die Bildungsöffnung der siebziger Jahre zu uneingeschränkt leistungsabhängigen Berufschancen. Vielmehr setzten sich unter den promovierten Bewerbern für Spitzenpositionen diejenigen

Masters and the Culture of the Middle class, c. 1890-1950“, S. 214-227; vgl. auch den übergreifenden Artikel zur *middle class* von Savage, „Individuality and Class“.

⁵⁴ In der vorliegenden Arbeit wird der Begriff *middle class* durchweg in seiner exklusiven Bedeutung gebraucht und bezieht sich unter Ausschluss der *lower middle class*, also des Kleinbürgertums, auf die dem deutschen Bürgertum entsprechenden Berufsgruppen der akademischen freien Berufe, des höheren Beamtentums und der Unternehmer.

⁵⁵ Vgl. McKibbin, *Classes and Cultures*, Kapitel 2 u. 3; zur Bedeutung von Bildung für die Durchsetzung von Privilegien der *middle class* s. auch David Lockwood, „Marking out the middle class(es)“, in: *Social Change and the Middle Classes*, hg. v. Tim Butler und Mike Savage, London 1995, S. 1-12, hier S. 2; vgl. Gunilla Budde, *Auf dem Weg ins Bürgerleben. Kindheit und Erziehung in deutschen und englischen Bürgerfamilien 1840-1914*, Göttingen 1994, die für einen früheren Zeitraum bereits im deutsch-englischen Vergleich zeigte, wie wichtig die räumliche Absetzung durch die Auswahl des Wohnorts und von *public schools* für die Ausbildung der Jungen der *middle class* in England war.

⁵⁶ Die Ergebnisse zweier Tagungen über das unternehmerische Großbürgertum über die Zäsur von 1945 hinweg sind in zwei Sammelbänden zusammengefasst: *Großbürger als Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert*, hg. v. Dieter Ziegler, Göttingen 2000 u. *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität*, hg. v. Volker R. Berghahn u.a., Essen 2003; vgl. Wehler, „Deutsches Bürgertum nach 1945“, Tenfelde, „Stadt und Bürgertum“, Hannes Siegrist, „Ende der Bürgerlichkeit?“ u. ders., „Der Akademiker als Bürger“.

⁵⁷ Vgl. Cornelia Rauh-Kühne, „... so weiß ich heute, daß Dein Leben in unserer Familiengeschichte einen wertvolleren Platz haben wird als das Deiner Söhne“. Zur Bürgerlichkeit von Unternehmerfamilien der Wiederaufbaugeneration“, in: *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert*, S. 443-461; dies., „Zwischen „verantwortlichem Wirkungskreis“ und „häuslichem Glanz“. Zur Innenansicht wirtschaftsbürgerlicher Familien im 20. Jahrhundert“, in: *Großbürger und Unternehmer*, S. 215-248 sowie dies., „Hans Constantin Paulssen: Sozialpartnerschaft aus dem Geiste der Kriegskameradschaft“, in: *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*, hg. v. Paul Erker und Toni Pierenkemper, München 1999, S. 109-192; darüber hinaus gibt es über die bürgerliche Familie nach 1945 kaum Studien. Der Forschungsüberblick von Andreas Schulz, *Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2005, führt daher nur Arbeiten über das Bürgertum des 19. Jahrhunderts an, s. dort S. 64-69.

⁵⁸ Stefan Unger, „Die Wirtschaftselite als Persönlichkeit. Zur Selbstdarstellung von Unternehmern und Managern im Ruhrgebiet während der Zwischenkriegszeit“, in: *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität*, hg. v. Volker R. Berghahn, Stefan Unger und Dieter Ziegler, Essen 2003, S. 295-316, hier S. 295.

⁵⁹ Lundgreen, *Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums*, Einleitung S. 34.

⁶⁰ Vgl. Wehler, „Deutsches Bürgertum nach 1945“, S. 628 u. S. 631f.

durch, die sich aufgrund ihrer gehobenen Herkunft durch Vertrautheit mit den „Dress- und Verhaltenscodes“ in den Vorstandsetagen, durch eine breite bildungsbürgerliche Allgemeinbildung und durch eine unternehmerische Einstellung, persönliche Souveränität und eine optimistische Lebenseinstellung auszeichneten.⁶¹

Die Zivilgesellschaftsforschung wendet sich hingegen den bürgerlichen Werten wieder zu, ersetzt indessen ‚Bürgerlichkeit‘ durch ‚Zivilität‘. Sie betont weiterhin das ausgeprägte Engagement von Bürgern für das Gemeinwesen und die Anerkennung des geregelten Konflikts, die zusammen mit einer Kultur der Zivilität die Utopie der Zivilgesellschaft ausmachen.⁶² Der Vorzug dieses Ansatzes, der ehemals als bürgerlich definierte Werte abgekoppelt von ihrer spezifischen Trägergruppe betrachtet, liegt für Jürgen Kocka darin, dass ‚Zivilität‘ nicht-bürgerliche Gruppen explizit einschließt und damit auch den Leistungen der Arbeiterbewegung für das „bürgerliche Projekt“ Anerkennung zollt.⁶³ Dieser umstrittene Umweg über die US-amerikanische Terminologie befreit bürgerliche Werte beiläufig vom Ballast der NS-Vergangenheit, der ihrer herkömmlichen Trägergruppe anhängt. Mit dem Konzept der Zivilgesellschaft stehen also erneut die Ideale der bürgerlichen Gesellschaft zur Debatte, nur diesmal ohne das Bürgertum.

In diesem Sinne plädierte jüngst auch Manfred Hettling für den Fokus auf Bürgerlichkeit anstelle der seiner Einschätzung nach wenig sinnvollen Suche nach der sozialen Formation des Bürgertums in Vernetzungen nach 1945.⁶⁴ Die vorliegende Arbeit ist dagegen aus der Frage heraus entstanden, wie sich die ehemals dem Bürgertum zugeordneten gesellschaftlichen oder beruflichen Gruppen nach 1945 entwickelten, welchen ökonomischen Status, welches gesellschaftliche Prestige und wie viel politischen Einfluss sie bewahrten. Gerade der Einsatz bürgerlicher Werte zur sozialen Selbstbehauptung ist dabei von Interesse. Bürgerliche Werte werden dabei nicht normativ positiv gesetzt, wie es sich in der Zivilgesellschafts- in Anlehnung an die Bürgertumshistoriographie wiederholt. Die immer stärkere Fragmentierung des Bürgertums entlang materieller Interessen, wie sie beispielsweise von einer nach 1920 zerfaserten Parteienlandschaft widergespiegelt wird, kann dagegen für die Aufgabe des Konzeptes angeführt werden. Spaltungen zeigen sich nicht nur in der politischen Sprache, die immer mehr Appelle an Berufsgruppen in den Vorder-

⁶¹ Vgl. Michael Hartmann, *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt/M. und New York 2002, S. 122.

⁶² Aus der umfangreichen neueren Literatur zur Zivilgesellschaft vgl. Klaus von Beyme, ‚Zivilgesellschaft – Von der vorbürgerlichen zur nachbürgerlichen Gesellschaft?‘, in: *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*, hg. v. Wolfgang Merkel, Opladen 2000, S. 51-88; Dieter Gosewinkel und Sven Reichardt (Hrsg.), *Ambivalenzen der Zivilgesellschaft. Gegenbegriffe, Gewalt und Macht*, Berlin 2004; Sven Reichardt, ‚Zivilgesellschaft und Gewalt. Einige konzeptionelle Überlegungen aus historischer Sicht‘, in: *Neues über Zivilgesellschaft aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel*, Berlin 2001, S. 45-80; Frank Trentmann, ‚Introduction: Paradoxes of Civil Society‘, in: *Paradoxes of Civil Society. New Perspectives on Modern German and British History*, hg. v. dens., New York und Oxford 2000, S. 3-46; Simone Chambers und Will Kymlicka (Hrsg.), *Alternative Conceptions of Civil Society*, Princeton 2002; Adam B. Seligman, ‚Civil Society as Idea and Ideal‘, in: *Alternative Conceptions of Civil Society*, S. 13-33 und Michael Walzer, ‚Equality and Civil Society‘, in: *Alternative Conceptions of Civil Society*, S. 34-49.

⁶³ Jürgen Kocka, ‚Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen‘, in: *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, hg. v. Manfred Hildermeier, Jürgen Kocka u. Christoph Conrad, Frankfurt/M. 2000, S. 13-39, bes. S. 33f.; Dezidiert gegen die Aufgabe des Begriffs „Bürgerliche Gesellschaft“ zugunsten von „Zivilgesellschaft“ plädiert Chris Hann, ‚Zivilgesellschaft oder Citizenship? Skeptische Überlegungen eines Ethnologen‘, in: ebd., S. 85-109, S. 88; vgl. auch John Keane, *Civil Society. Old Images, New Visions*, Oxford 1998.

⁶⁴ Manfred Hettling u. Bernd Ulrich, ‚Bürgerlichkeit im Nachkriegsdeutschland‘, in: *Bürgertum nach 1945*, hg. v. dens., S. 7-37.

grund stellte, sondern auch im zersplitternden Vereinswesen.⁶⁵ Gleichwohl wurde immer wieder versucht, über Berufsgruppen hinweg für gemeinsame Statusinteressen zu kämpfen. Gerade in als Krisen erlebten Zeiten wurden Berufsgruppen übergreifende Allianzen gesucht.⁶⁶ Dies war im Umfeld der Bildungsöffnung ebenso für die deutsche und britische Nachkriegszeit der Fall.

Ein Vorteil des Bürgertumsbegriffs liegt zudem gerade in seiner unpräzisen Definition, die es erlaubt, die Unterschiede in der Zusammensetzung von kulturellem, ökonomischem und sozialem Kapital bei Bildungs- und Wirtschaftsbürgern zu überbrücken. Er ist lebensnaher als die präzisieren, aber weniger nachvollziehbaren soziologischen Kategorien, die sich in Weiterentwicklung von ‚Klasse‘ und ‚Schicht‘ in den vergangenen Jahrzehnten herausgebildet haben. Scharf kritisierte Martin Conway unlängst europäische Historiker, die Kategorie der sozialen Klasse zugunsten eines „dizzying digest of statistics of social change“ fallen gelassen zu haben, obwohl die europäischen Gesellschaften in den sechziger genauso wie in den vierziger Jahren von Klassenunterschieden geprägt gewesen seien, und obwohl soziale Mobilitätschancen, Einkommensunterschiede und kulturelle Barrieren sich zum Nachteil der Arbeiterschicht entwickelt hätten.⁶⁷ Selbst innerhalb der Soziologie, aus der Historiker die von Conway kritisierten komplizierten Konzepte entlehnen, gibt es zuweilen Zweifel an deren Sinnhaftigkeit für die möglichst präzise Erfassung gesellschaftlicher Gruppen:

„Um scholastische Debatten zu vermeiden, bin ich bisher der Frage aus dem Weg gegangen, ob es sich bei den heutigen gesellschaftlichen Teilungen um Klassen, Stände, Schichten oder frei konstituierte Milieus handelt. Ich habe hauptsächlich nur die Diagnose vertreten, dass die heutigen gesellschaftlichen Milieus die historischen Nachfahren jener früheren Formationen seien.“⁶⁸

Möglicherweise trägt die immer komplexere, auf differenzierten statistischen Ergebnissen basierende wissenschaftliche Diskussion auch dazu bei, dass Chancengleichheit in den westlichen Gesellschaften lange als gegeben postuliert werden konnte, was den tatsächlichen sozialen Unterschieden zu keiner Zeit entsprach. Auf jeden Fall leistete die Wissenschaft dazu ihren Beitrag. Die von Helmut Schelsky 1953 ausgerufene „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“⁶⁹ prägte die Wahr-

⁶⁵ Dirk Schumann, ‚Einheitssucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen *middle classes*)‘, in: *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, hg. v. Hans Mommsen, Köln 2000, S. 83-105, hier S. 99.

⁶⁶ Konrad H. Jarausch, ‚Die Krise des deutschen Bildungsbürgertums im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts‘, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil IV Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation*, hg. v. Jürgen Kocka, Stuttgart 1989, S. 180-205, hier S. 195.

⁶⁷ Conway, ‚The Rise and Fall of Western Europe’s Democratic Age‘, S. 74 u. 79; s. auch Erik Jones, ‚Comment on Conway‘, in: *Contemporary European History*, 13(1).2004, S. 89-95 u. Martin Conway, ‚Reply to Jones‘, in: ebd., S. 96-99; aus der Fülle der Literatur zur sozialen Mobilität s. Robert Erikson, u. John H. Goldthorpe: *The Constant Flux: A Study of Class Mobility in Industrial Societies*, Oxford 1993 u. Hartmut Kaelble, *Soziale Mobilität und Chancengleichheit im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1983; vgl. Rebecca Boehling, *A Question of Priorities. Democratic Reform and Recovery in Postwar Germany*, New York u. Oxford 1996.

⁶⁸ Michael Vester, ‚Krise der politischen Repräsentation? Spannungsfelder und Brüche zwischen politischer Elite, oberen Milieus und Volksmilieus‘, in: *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*, hg. v. Peter Imbusch. u. Stefan Hradil, Opladen 2003, S. 237-270, hier S. 142.

⁶⁹ Helmut Schelsky, ‚Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft‘ (1953), in: ders., *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze zur Soziologie der Bundesrepublik*, München 1979, S. 326-332; eine Kritik an Schelsky bei Hans Braun, ‚Helmut Schelskys Konzept der nivellierten Mittelstandsgesellschaft und die Bundesrepublik der 50er Jahre‘, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 29.1989, S. 199-223. In den 1980er Jahren lebte diese These im Gewand der individualisierten Risikogesellschaft Ulrich Becks wieder auf.

nehmung der deutschen Nachkriegsgesellschaft auch dann noch, nachdem zahlreiche soziologische Studien gravierende soziale Ungleichheit belegt hatten. So arbeiteten Pierre Bourdieu für Frankreich und Gerhard Schulze für die westdeutsche Gesellschaft soziale und kulturelle Unterschiede zwischen Klassen oder Milieus heraus. In Britannien stießen vergleichbare soziologische Großprojekte möglicherweise deshalb auf weniger Interesse, weil sich die britische Gesellschaft ohnehin bis in die jüngste Vergangenheit als Klassengesellschaft verstand.⁷⁰

S. dazu Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M. 1986, S. 121-160, hier bes. S. 121f. u. ders., 'Jenseits von Stand und Klasse. Auf dem Weg in die individualisierte Arbeitsgesellschaft', in: *Merkur*, 38.1984, S. 485-497, hier S. 485.

⁷⁰ Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M. 1996 u. Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft. Kulturosoziologie der Gegenwart*, Frankfurt/M./New York 1993; zur Selbstwahrnehmung der britischen Gesellschaft vgl. McKibbin, *Classes and Cultures* u. Savage, 'Individuality and Class', S. 47.

Teil I Inklusionsideen und Besitzstandswahrung

Die Stimmungslage konnte in Britannien und Westdeutschland nach 1945 nicht unterschiedlicher sein. Ein genauerer Blick auf tatsächliche Reformen und deren soziale Wirkung in Westdeutschland und Britannien zeigt jedoch, dass sich dies allenfalls eingeschränkt in einem liberaleren britischen Umgang mit höherer Bildung niederschlug. In Britannien wurden zwei Themen der Universitätsbildung in der Nachkriegszeit besonders hervorgehoben: die Herstellung von Chancengleichheit und die Erhöhung der Absolventenzahlen. Die Bildungsdebatten wurden vergleichsweise konstruktiv und optimistisch geführt. In Westdeutschland standen hingegen bis 1949 die von den Alliierten verfolgte *Re-Education* und der Prozess der Demokratisierung im Zentrum. Bis Mitte der sechziger Jahre überwog eine, je nach politischer Haltung des Beurteilenden, Bewahrungs- oder Blockadehaltung gegenüber Reformen. Die Unterschiede in der Herangehensweise an den gesellschaftlichen Wandel können auf die vereinfachende Formel gebracht werden, dass es sich einmal um Veränderungswillen einer Gesellschaft von innen und einmal um einen auf eine Gesellschaft von außen ausgeübten Veränderungsdruck handelte. Gleichwohl blieben in beiden Ländern strukturelle Reformen aus. Ihnen gingen dem europäischen Jahrhunderttrend entsprechende gewaltige Bildungsexpansionen voraus, die ihrerseits Reformdruck im Bildungssystem erzeugten.

Die durch die Sekundarschulreformen der Kriegskoalition aufgeschreckte *middle-class* konnte sich weiterhin privater Alternativen zu staatlichen Schulen bedienen: den *public schools*, deren Schüler sich bester Studien- und Karriereaussichten erfreuten. Es ist ein Gemeinplatz, dass die alten britischen Institutionen radikale Einschnitte in das soziale Gefüge abfedern und dort abwehren, wo sie die herkömmliche Privilegienordnung gefährden. Neben dem hierarchischen Schulsystem und einer vergleichsweise schwach ausgeprägten universitären Bildungsbeteiligung, standen in England zudem Elite- und andere Universitäten nebeneinander.

Die deutschen Eliten erfreuten sich nicht solcher Ausweichmöglichkeiten. Die daraus entstehende Unsicherheit vermag die ausgeprägte deutsche Ablehnung hinsichtlich der im Bildungsbereich von den Alliierten gewünschten Veränderungen teilweise erklären. Doch öffneten sich die deutschen Bildungsschichten nicht stärker als die britischen. Im Gegenteil, trotz dieses Nachteils vermochten die Eliten in der Bundesrepublik bis zu den großen Bildungsreformen und auch danach geschlossen zu bleiben. Bis heute führte die Öffnung der Gymnasien und Universitäten nicht zum Ende der Selbstrekrutierung innerhalb der Wirtschaftselite, da ein erfolgreiches Studium weniger Karriereaussichten schafft als die Geburt in eine bürgerliche Familie.¹

¹ Michael Hartmann, *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt/M. u. New York 2002; vgl. ders., 'Kontinuität oder Wandel? Die deutsche Wirtschaftselite zwischen 1970 und 1995', in: *Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert*, hg. v. Dieter Ziegler, Göttingen 2000, S. 73-92.

1 Nachkriegsgesellschaften im Umbruch

The People's Peace: Bildungspolitische Versprechen

Mit dem siegreichen Kriegsausgang entluden sich in Britannien Euphorie und Nationalstolz darüber, als demokratische Festung Europas dem Nationalsozialismus getrotzt zu haben. Doch sollte die britische Nachkriegszeit des *Age of Austerity* bis Mitte der fünfziger Jahre von Mangel und Rationierung geprägt bleiben. Die nationale Haushaltslage war durch die enorme Verschuldung während des Kriegs bei den Vereinigten Staaten von Amerika katastrophal. Nicht zuletzt zeichnete sich die Auflösung des Britischen Empire ab. Trotz dieser finanz- und außenpolitisch angespannten Lage stand innenpolitisch die gesellschaftliche Modernisierung auf der zukunftsorientierten sozialpolitischen Agenda.

Eine Woge der klassenübergreifenden Solidarität erfasste in den Augen der Zeitgenossen – weniger allerdings der jüngeren Geschichtsschreibung – das Land. Sie fußte auf dem Pathos, dass alle Klassen während des Krieges an einem Strang gezogen hätten und dadurch zu einer Nation verschmolzen seien. In der kollektiven Wahrnehmung hatten unzählige Ausbombungen und finanzielle Verluste die Klassenunterschiede aufgelöst.² Die Nation glaubte sich kennen- und schätzen gelernt zu haben, in der Armee wie zu Hause an der *home front*, wo die Landbevölkerung evakuierte Stadtbewohner hatte aufnehmen müssen und die sozialen Klassen Seite an Seite auf dem Land gearbeitet hatten. Bei einer Bevölkerungsgröße von 47 Millionen im Jahre 1939 wurden im Laufe des Krieges 60 Millionen Adresswechsel registriert.³

Damit verbunden herrschte grundsätzlich Einverständnis über das Prinzip der Chancengleichheit: Die *Labour*-Partei erzielte 1945 ihren erdrutschartigen Wahlsieg mit den Stimmen der *middle class* und mit dem Versprechen, den Wohlfahrtsstaat einzuführen, während der als Kriegsheld gefeierte Premierminister Churchill abtreten musste.⁴ Die konservative Partei hatte das ausgeprägte Schuldbewusstsein der gebildeten Schichten angesichts der britischen Klassengesellschaft und ihre Sehnsucht verkannt, durch soziale Reformen allen Klassen Zugang zu den bislang nur von ihnen genossenen Privilegien zu gewähren, anstatt, wie nach Ende des Ersten Weltkrieges, aufgrund versprochener, aber nicht durchgeführter Reformen, zu verschärften Klassengegensätzen zurückzukehren.⁵ Bereits 1940 hatte mit der von der *Conservative* und der *Labour*-Partei gebildeten Kriegskoalition die Phase der *Social Reconstruction* eingesetzt. Der Beveridge Plan von 1942 skiz-

² *The Oxford History of Britain*, hg. v. Kenneth O. Morgan, Oxford 1992, S. 110f.; Kenneth O. Morgan, *The People's Peace*, Oxford 1990, S. 17 bezeichnet dies als öffentliche Propaganda der Kriegsjahre und als „total myth“; vgl. beipflchtend David Cannadine, *Class in Britain*, London 2000, S. 147.

³ Alan A. Jackson, *The Middle Classes, 1900-1950*, Nairn 1991, S. 22; Roy Lewis und Angus Maude, *The English Middle Classes*, Bath 1949, S. 90; die Zahlenangaben für England, Wales und Schottland.

⁴ *Labour* gewann 393 von 640 Sitzen, während die *Conservatives* über die Hälfte ihrer Sitze verloren; vgl. Glyn Williams u. John Ramsden, *Ruling Britannia. A Political History of Britain 1688-1988*, London 1990, S. 415; vgl. Harriet Jones, ‚A Bloodless Counter-Revolution: The Conservative Party and the Defence of Inequality 1945-51‘, in: *The Myth of Consensus*, hg. v. ders. und Michael Kandiah, London 1996, S. 1-16, hier S. 6.

⁵ Noel Annan, *Our Age. Portrait of a Generation*, London 1990, S. 12f.; Lewis und Maude, *The English Middle Classes*, S. 89; Kenneth O. Morgan, ‚Die soziale und politische Mobilisierung Großbritanniens, 1918-1926‘, in: *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, hg. v. Hans Mommsen, Köln u.a. 2000, S. 125-144, hier S. 137 bewertet Labours Wahlsieg als Ende der seit 1918 intensivierten Klassenpolarisierung.

zierte die Einführung einer steuerfinanzierten sozialen Absicherung von der Wiege bis zur Bahre und traf für ein Ministeriumspapier auf enorme öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung: Als Winston Churchill in der Parlamentsdebatte die Umsetzung des Beveridge-Plans von der finanziellen Machbarkeit abhängig machen wollte, fügte ihm die mit den Reformen identifizierte *Labour*-Partei eine empfindliche Niederlage zu.⁶

Der nationalen Stimmung gemäß betonten die Universitäten ihre Zustimmung zum nationalen Konsens, die Gleichheit des Kriegsopfers für die Nation durch ein gegenüber der Vorkriegszeit weit höheres Maß an sozialer und Bildungsgleichheit zu honorieren. Nachdem Gesellschaft und Universitäten durch die gemeinsame Kriegsanstrengung zusammengerückt waren, wollten die Universitäten nicht mehr als Orte des kulturellen Luxus und als Stätten einer privilegierten Klasse betrachtet werden. Vielmehr sahen sie ihre Tore weiter denn je geöffnet.⁷

Gleichzeitig wollten die Universitäten ihren eigenen Beitrag zur Verteidigung der Nation honoriert wissen. Ganze Universitäten hatten während der Kriegsjahre der Regierung ihre Gebäude überlassen, die Lehre fast eingestellt und die wenigen verbliebenen Universitätsangestellten und Studenten an die Provinzuniversitäten und *Oxbridge* evakuiert.⁸ Professoren hatten ihre Arbeit unterbrochen, um ihre Dienste Ministerien, dem Geheimdienst und der Rüstungsindustrie zur Verfügung zu stellen. Sie verwiesen stolz auf den einzigartigen Beitrag von Experten im nationalen Überlebenskampf, sowohl in Kriegs-, als auch in Friedenszeiten und hoben die grundlegende Bedeutung der Hochschulen für das nationale Wohl hervor.⁹

Alle Bildungsreformen standen im Spannungsfeld von angestrebter Chancengleichheit und Systemerhalt. Neue Chancen für die breite Masse entstanden parallel zur bestehenden differenzierten Hierarchie zwischen Bildungsinstitutionen. Mit gesellschaftlichen Solidaritätsbekundungen ging die Bewahrung der Privilegien von Wenigen einher. Am meisten profitierte die *middle class* von Reformen, die vor allem Arbeitern hatten zugutekommen sollen. Dies wird im Folgenden am Beispiel der Bildungsreform von 1944, einer von vier Säulen der Wohlfahrtsstaatsreform, illustriert.¹⁰

Der noch unter dem konservativen Bildungsminister Butler erlassene *Education Act* von 1944 war einerseits bahnbrechend, indem er die Einführung der kostenlosen Sekundarbildung für alle und die stärkere Öffnung der *grammar schools* durch Eingangstests und Stipendien markierte. Andererseits warf das Gesetz die Trennung zwischen staatlicher und privater Bildung nicht auf. Zur Klärung des Umgangs mit den privaten *public schools* wurde vielmehr ein Ausschuss eingesetzt.¹¹ Ein

⁶ *The Oxford History of Britain*, S. 114.

⁷ Vgl. UGC Development Report 1948, S. 6.

⁸ Zur Umfunktionierung von Gebäuden der *London University* u. zur Evakuierung städtischer Universitäten nach Oxford und Cambridge vgl. Ralf Dahrendorf, *LSE – A History of the London School of Economics and Political Science 1895-1995*, Oxford 1995, S. 341 ff. u. Negley Harte, *The University of London 1836-1986. An illustrated history*, London 1986, S. 235 ff.

⁹ UGC Development Report 1948, S. 18 u. 26.

¹⁰ Roy Lowe, *Education in the Postwar Years: A Social History*, London u. New York 1988, S. 4-6; dazu auch José Harris, *William Beveridge*, Oxford 1997 u. dies., 'Enterprise and the Welfare State: A Comparative Perspective', in: *Britain since 1945*, hg. v. Terry Gourvish und Alan O'Day, London 1991, S. 39-57.

¹¹ Es handelt sich um das 'Fleming-Committee'. S. Board of Education, *The Public Schools and the General Educational System. Report of the Committee on Public Schools appointed by the President of the Board of Education in July 1942*, London 1944, repr. 1961 (=Fleming Report).

dreigliedriges System der Sekundarschulen wurde errichtet und das Pflichtschulalter auf fünfzehn Jahre heraufgesetzt, womit jedoch nur der bestehende Trend bestätigt wurde. Dem amtierenden Bildungsminister blieb überlassen, die Schulpflicht auf sechzehn Jahre zu erhöhen, sobald er die staatliche finanzielle Lage als günstig einschätzte. Diese Kann-Klausel wurde 28 Jahre später umgesetzt. Nach der Bildungsreform von 1944 existierten fünf verschiedene Sekundar-Schultypen, welche in den Augen von Kritikern die entsprechenden Schichten bedienten.¹²

Der Erhalt dieser Klassendifferenzen führte zur Zerreißprobe innerhalb der Labour-Partei.¹³ Die *public schools* rekrutierten überproportional viele Schüler aus der *upper* sowie der *upper middle class*, und einige der nationalstaatlich bezuschussten, aber nicht öffentlichen *direct grant schools* erfreuten sich eines ebenso guten Rufs wie die besten *public schools*.¹⁴ Die von den lokalen Behörden finanzierten *maintained grammar schools* hingegen unterrichteten und erzogen zwar nach dem Vorbild der *public schools*, nahmen jedoch vergleichsweise viele Kinder der unteren Mittelschicht und auch Arbeiterkinder auf.¹⁵ Viele Parteimitglieder und Labour-Abgeordnete erwarteten daher nach dem Regierungsantritt die Abschaffung von *direct grant grammar* und *public schools* sowie die Einführung von Gesamtschulen (*comprehensive schools*). Die Labour-Bildungsminister Ellen Wilkinson und George Tomlinson, der nach ihrem Tod 1951 das Bildungsministerium übernahm, verwarfen dagegen die Übernahme von Privatschulen in den öffentlichen Sektor als zu kostspielig und versprachen sich von ihr keine Qualitätsverbesserung. Sie strebten Chancengleichheit nicht durch die Zerschlagung der überwiegend besseren privaten Einrichtungen an, sondern durch die finanzielle Stärkung des öffentlichen Sektors, die diesen konkurrenzfähig machen sollte.¹⁶

Das für Britanniens Bildungsreformen der Nachkriegszeit typische Postulat des *parity of esteem*, die öffentliche Ausrufung der Gleichwertigkeit von bekanntermaßen in einer Hierarchie stehenden Schul- und Universitätstypen, überzeugte viele Zeitgenossen nicht, da die *secondary modern schools*

¹² Die fünf Sekundarschultypen waren: public, direct grant, maintained grammar, secondary modern und secondary technical schools; vgl. Brian Simon, *Education and the Social Order 1940-1990*, London 1991, S. 72 u. 74f.

¹³ Rodney Barker, *Education and Politics 1900-1951. A Study of the Labour Party*, Oxford 1972, S. 81; vgl. Lowe, *Education*, S. 37f.; vgl. auch Douglas Bourn, 'Equality of Opportunity? The Labour Government and Schools', in: *Labour's Promised Land? Culture and Society in Labour Britain 1945-51*, hg. v. Jim Fyfe, London 1995, S. 163-177, hier S. 168-173; zum Labour-Parteitag von 1946 und den Attacken auf Ellen Wilkinson wegen des dreigliedrigen Schulsystems s. *Reform and Reconstruction. Britain after the War, 1945-51*, hg. v. Stephen Brooke, Manchester 1995, S. 57; s. dazu auch Michael Case, *A Policy in Transition. The Development of Labour's Comprehensive School Policy, 1945-1965*. unveröff. Dissertation (Warwick University) 1994.

¹⁴ Für ein Ranking von Schulen, geordnet nach dem Erfolg der Absolventen bei den Aufnahmeprüfungen für Oxbridge, s. Sampson, *Anatomy of Britain Today*, S. 210.

¹⁵ Seit 1922 hatten *Grammar Schools* die Wahl zwischen staatlicher und lokaler Förderung. *Direct Grant schools* erhielten ihre Förderung direkt vom Bildungsministerium, *maintained grammar schools* von den *local authorities*. Als Gegenleistung für den staatlichen Zuschuss mussten die *direct grant schools* zwar zwischen 10 und 25 Prozent ihrer Plätze kostenlos zur Verfügung stellen. Sie erfreuten sich aber größerer Unabhängigkeit als die *maintained grammar schools*. Diese Unterscheidung markiert eine weitere Hierarchie und zeigt, wie vielschichtig die prestigeorientierte Differenzierung der britischen Bildungslandschaft war. Zur Entstehung der Differenzierungen s. Olive Banks, *Parity and Prestige in English Secondary Education. A Study in Educational Sociology*, London 1955, S. 224.

¹⁶ Nick Ellison, 'Consensus Here, Consensus There ... but not Consensus Everywhere: The Labour Party, Equality and Social Policy in the 1950s', in: *The Myth of Consensus*, hg. v. Harriet Jones und Michael Kandiah, London 1996, S. 17-39, hier S. 33. David Childs hielt es geradezu für ein Wunder, dass Labour 1945 nach all den Jahren des innerparteilichen Konsenses über die Einführung von Gesamtschulen die *public schools* nicht mit einem Handstreich abschaffte. Arthur Marwick wandte dagegen ein, dass 1944 gerade erst eine Bildungsreform per Gesetz verabschiedet worden war, was eine unmittelbar anschließende weitere Bildungsreform nahezu ausschloss; vgl. David Childs, *Britain since 1945. A Political History*, London 1979, S. 34 und Arthur Marwick, *Britain in the Century of Total War*, London 1968, S. 357.

jene Schüler aufnahmen, die den Eingangstest für die *grammar school* gar nicht oder nicht erfolgreich abgelegt hatten.¹⁷ Der Kompromiss des *Education Act* von 1944 beinhaltete die Abschaffung der Schulgebühren für alle den Gemeinden unterstellten Gymnasien (*maintained grammar schools*). Die *direct grant schools* durften hingegen eingeschränkt weiterhin Gebühren erheben. Sie mussten allerdings seit 1945 mindestens 25 Prozent ihrer Plätze kostenlos an Elementarschul-Abgänger abgeben. Weitere 25 Prozent ebenso kostenloser, aber nicht für Elementarschüler reservierte Plätze verteilten die Gemeinden.¹⁸

Die bald erkennbar ablehnende Haltung der *middle class* gegenüber diesen Veränderungen in der *grammar school*-Landschaft verdeutlicht ihre Ambivalenz gegenüber dem 1945 mitgewählten Egalitarismus. Einerseits nutzte sie das steuerfinanzierte neue Gesundheitssystem des *National Health Service* nach anfänglichem Widerstand ausgiebig.¹⁹ Andererseits reagierte sie auf die Einführung der kostenlosen Sekundarbildung mit der Hinwendung zu *public schools* unter erheblichen finanziellen Opfern und in einem bislang ungekannten Ausmaß.²⁰ Der *1944 Education Act* verschaffte den *public schools*, die in der Zwischenkriegszeit vor dem Ruin gestanden hatten, ironischerweise unverhofften Auftrieb. Zum einen waren sie aufgrund von brutalen Erziehungsmethoden ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, und zum anderen waren die Lebenshaltungskosten der *middle class* derart gestiegen, dass viele für ihre Kinder die billigere Alternative der *grammar school* gewählt hatten.²¹ Aus Sicht der gehobenen *middle classes* degradierte der *Education Act* von 1944 die *grammar schools* jedoch. Da vor allem Kinder der *middle* und *lower middle class* bei den mit elf Jahren zu absolvierenden Eingangstests (*11+-Tests*) die nun kostenlosen Schulplätze gewannen, war die Angst, behütete *middle class*-Kinder trafen dort fortan auf verwahrloste Arbeiterkinder, zwar unbegründet, aber folgenreich.²² Nun erfreuten sich sogar *public schools* von weniger gutem Rang wieder einer langen Bewerberliste. Da die Nachfrage das Angebot existierender Privatschulen überstieg, wurden darüber hinaus kleine *public schools* in Privathaushalten gegründet.²³ Diese Entwicklungen konterkarierten die Bildungspolitik der Labour-Regierung, die Chancengleichheit durch die Öffnung der *grammar school* hatte erreichen wollen.²⁴

Rückblickend wuchs in den *grammar schools* gleichwohl eine neue Elite heran. 9,5 Prozent der Sieb-

¹⁷ Lowe, *Education*, S. 108 u. Banks, *Parity and Prestige*.

¹⁸ Banks, *Parity and Prestige*, S. 231f.

¹⁹ Schon 1949 musste Bevan die Kosten für den National Health Service erhöhen; s. Kenneth O. Morgan, *The People's Peace*, Oxford 21990, S. 75. Die Kosten des Wohlfahrtsstaats explodierten, weil die Konsumenten, also die Versicherten, ebenso wie die Dienstleister, z.B. Lehrer, Hochschullehrer und Ärzte, immer höhere Erwartungen stellten, s. dazu Rodney Lowe, *The Welfare State in Britain since 1945*, London 1999, S. 360 und ders. 'Postwar Welfare', in: *Twentieth Century Britain. Economic, Social and Cultural Change*, hg. v. Paul Johnson, London 1994, S. 356-373.

²⁰ Howarth, *Prospect and Reality*, S. 71.

²¹ Annan, *Our Age*, S. 47 beschreibt, wie sehr die *public schools* in den 1920er Jahren ins Kreuzfeuer der Kritik geraten waren.

²² Vgl. McKibbin, *Classes and Cultures*, S. 226; große Klassen- und regionale Unterschiede hinsichtlich der Chancen, den Eingangstest für die *grammar school* zu bestehen, belegte bereits die frühe Studie von Jean E. Floud, A.H. Halsey und F.M. Martin, *Social Class and Educational Opportunity*, London 1956. Arbeiterkinder, die eine *grammar school* besuchten, hatten darüber hinaus mit Assimilierungsproblemen zu kämpfen, da die *grammar schools* als traditionelle *middle class*-Institutionen ein den Arbeiterkindern fremdes Ethos vermittelten. Sie kopierten im großen und ganzen die *public schools*, die *gentlemen* auszubilden bestrebt waren. Siehe bes. S. 139, 143f. u. 148. Kritisch dazu auch R. D. Anderson, 'Universities and elites in modern Britain', in: *History of Universities*, 10.1991, S. 225-250, hier S. 224.

²³ Lowe, *Education*, S. 51; Lewis und Maude, *The English Middle Classes*, S. 230, hieraus der *Times*-Leserbrief.

²⁴ S. weiter oben und Ellison, 'Consensus Here, Consensus There ...', S. 31.

zehnjährigen besuchten Anfang der 1960er Jahre eine *grammar school*. Von diesen nahmen 27 Prozent ein Studium auf. Nur 3 Prozent der Gleichaltrigen besuchten eine Privatschule. Von ihnen studierten 35 Prozent. Auch wenn die *public schools* ihre Schüler eher in *Oxbridge* unterbrachten, während sich die Rektoren von lokalen *grammar schools* für ihre Schüler häufiger mit einer Provinzuniversität zufrieden geben mussten, ist nachvollziehbar, wenn Sampson hier von der Ausbildung einer meritokratischen Bildungselite sprach, die ihre Karriere nicht dem Einfluss von Familie oder Geld verdankte, sondern mittels Intelligenztests vom Rest getrennt und für einflussreiche Positionen erzogen wurde.²⁵ Obwohl es sich nur um eine Minderheit unter den Kindern aus bildungsfernem Hause handeln mag: Für sie funktionierte dieser Aufstiegsweg. Hier existierte eine Kultur der gezielten Elitenförderung auch in den unteren Bevölkerungsschichten – eine Kultur, die es in der Bundesrepublik nicht gab.

Kapitulation: Entnazifizierung, Wiederaufbau und Rückbesinnung auf Traditionen

Während in Britannien 1945 alle Zeichen auf gesellschaftlicher Erneuerung standen, konzentrierten sich die Deutschen unter alliierter Besatzung auf den Wiederaufbau des Landes. Auf der unmittelbaren Tagesordnung standen zudem Verhaftungen und Entnazifizierung. Zudem war die existentielle Not der Bevölkerung unmittelbar nach dem Krieg dramatisch und wurde durch Flucht und Vertreibung verschärft. Als Kriegsverlierer sahen sich die Deutschen den *Reeducation*-Versuchen und Reformbestrebungen der Alliierten ausgesetzt, deren Vorschläge im Bildungsbereich sie überwiegend nicht umsetzten. Anstelle der Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit knüpften sie an Traditionen vor dem Nationalsozialismus an.

Die Entnazifizierung setzte im Sommer 1945 mit Massenverhaftungen ein. Automatisches Berufsverbot und Entnazifizierung ereilten alle, auf die bestimmte Merkmale zutrafen. Darunter waren Beamte, die vor dem Reichsbeamtengesetz vom 1. Mai 1937 in die NSDAP eingetreten waren, alle Mitglieder bestimmter Organisationen und alle Träger bestimmter Titel, wie beispielsweise ‚Rat‘. Dies führte nicht zuletzt dazu, dass die Verhaftungen von den Betroffenen leicht als Automatismus abgetan werden konnten. Gleichwohl unterschieden sich „Davongekommene“ äußerlich kaum von den Verhafteten. Als im September 1945 das Berufsverbot auf die Privatwirtschaft ausgeweitet wurde und die Zahl der zu Entnazifizierenden bereits in die Millionen ging, übertrugen die überlasteten Amerikaner die Entnazifizierung den Deutschen. Belastete wurden fortan oft als Mitläufer eingestuft, nach massenhaftem Einsatz von „Persilscheinen“ zur persönlichen Entlastung, häufig von Kirchenmännern oder Juden, von ehemaligen Vorgesetzten und Mitarbeitern unterzeichnet. In Bayern soll durchschnittlich jeder zweite Anwohner einen von insgesamt 2,5 Millionen „Persilscheinen“ ausgestellt haben. Laut Steininger war die Entnazifizierung daher längst zur Farce verkommen, als General Clay sie Anfang 1948 offiziell für die amerikanische Zone für beendet erklärte.²⁶

Die Rehabilitierungspolitik für Beamte erfolgte durch die „131er Regelung“ für den öffentlichen

²⁵ Anthony Sampson, *Anatomy of Britain Today*, London 1965, S. 185.

²⁶ Hervé Joly, *Großunternehmen in Deutschland. Soziologie einer industriellen Elite, 1933-1989*, Leipzig 1998, S. 148f. zu einigen Ungereimtheiten der vollzogenen und unterlassenen Verhaftungen von führenden Industriellen. So wurden weder alle NSDAP-Mitglieder noch alle Wehrwirtschaftsführer verhaftet. Insgesamt wurden bis 1950 in den drei Westzonen ca. 6 Millionen Fälle behandelt und 1667 Personen als Hauptschuldige eingestuft; s. Rolf Steininger, *Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd 1: 1945-1947*, Frankfurt/M. 1996, S. 135-138.

Dienst, und zusammen mit der Rückkehr des Industriemanagements auf seine Posten vervollständigte sie den Abschluss der Entnazifizierung. Jenseits der als schematisch kritisierten Entnazifizierung blieb die Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle im Nationalsozialismus aus, und überall kehrten Nationalsozialisten auf ihre Positionen zurück, die ihnen zum Leidwesen von Kritikern freigehalten worden waren, auch an den Universitäten.²⁷ Rückblickend schätzten auch Amerikaner die Entnazifizierung selbst als Beitrag zur ausgebliebenen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ein, die durch das Verfahren nur simuliert worden sei.²⁸

Obwohl die Universitäten nach 1933 fast ohne Widerstand gleichgeschaltet worden waren und die bereits durch gewaltbereite nationalsozialistische Studenten vor 1933 eingeschüchterten Hochschullehrer überwiegend passiv auf die Eingriffe in die Hochschulautonomie reagiert und sich angepasst hatten,²⁹ wurden sie in der amerikanischen Besatzungszone bereits vor dem Abschluss der Entnazifizierung Ende 1945 und Anfang 1946 wieder geöffnet.³⁰ In der britischen Zone dauerte die Entnazifizierung ebenfalls nur zwei Semester und führte nicht zur personellen Neustrukturierung. Auf die Struktur der Studentenschaft wirkte sich die Entnazifizierung entgegen der Bestrebungen der Alliierten ebenso wenig aus.³¹ Die öffentliche, kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit blieb selbst an den Universitäten weitgehend aus. Dabei spricht laut Michael Grüttner einiges dafür, dass „auch ein erheblicher Teil der zunächst kritischen Hochschullehrer“ sich dem Regime bis 1939 zugewandt hatte.³²

Auch das hierarchisch gegliederte Schulsystem wurde zunächst nicht verändert. Infolge des 1920 erzielten Weimarer Schulkompromisses war der verpflichtende Besuch der Grundschule für alle und die finanzielle Erleichterung des Besuchs mittlerer und höherer Schulen durch Erziehungsbeihilfen für „Minderbemittelte“ in die Weimarer Verfassung aufgenommen worden. Diese Durchsetzung der allgemein obligatorischen Grundschule und damit einer vierjährigen Einheitschule bedeutete die Abschaffung privater Vorschulen und war im internationalen Vergleich radikal, obwohl sie lediglich die allgemeine Entwicklung der letzten Jahrzehnte festschrieb. Zwar war das höhere Schulwesen ebenso differenziert wie in Britannien nach dem Zweiten Weltkrieg, doch

²⁷ So der Historiker und von 1941 bis 1944 als Leiter der Deutschlandabteilung des US-Nachrichtendienstes tätige Walter Dorn in einer Denkschrift von 1946, in: Alexander von Plato u. Almuth Leh, *„Ein unglaublicher Frühling“: Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945-1948*, Bonn 1997, Dok. 104, abgedruckt nach Walter L. Dorn, *Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß*, übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973, S. 87.

²⁸ Für einen interessanten Erfahrungsbericht über Bestechung, Bedrohung und persönliches Verständnis einer in einem Entnazifizierungsausschuss tätigen Deutschen s. von Plato u. Leh, *„Ein unglaublicher Frühling“*, Dok. 110.

²⁹ Ellwein, *Universität*, S. 237.

³⁰ Tent, *„Denazification“*, S. 10f. und Karl-Ernst Bungenstab, *Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945-1949*, Düsseldorf 1970, bes. S. 116-122.

³¹ Falk Pingel, *„Wissenschaft, Bildung und Demokratie – der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform“*, in: *Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949*, hg. v. Joseph Foscith und Rolf Steininger, Paderborn 1985, S. 183-209, hier S. 191-193.

³² Michael Grüttner, *„Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz“*, in: *Zwischen Autonomie und Anpassung: Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, hg. v. dems. und John Connelly, Paderborn 2003, S. 67-100, hier S. 89. Für eine detaillierte personenbezogene Darstellung siehe Helmut Heiber, *Universität unter dem Hakenkreuz. Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz*, München u.a. 1991. Zur nicht erfolgten Auseinandersetzung der Historiker mit dem Holocaust Nicolas Berg, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen 2003, S. 7-46 und Bergs Kritiker im Forum auf hsozkult.geschichte.hu-berlin.de (Stand: Februar 2004). Zu den Geisteswissenschaften nach 1945 vgl. Walter H. Pehle u. Peter Sillem, *Wissenschaft im geteilten Deutschland, Restauration oder Neubeginn nach 1945?* Frankfurt/M. 1992.

seit 1901 standen in Preußen Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen grundsätzlich als zur allgemeinen Hochschulreife führende höhere Schultypen gleichberechtigt, wenn auch tatsächlich und im öffentlichen Ansehen hierarchisch abgestuft. Der Zusammenhang zwischen Schultyp und Sozialschicht blieb sichtbar: Kinder des akademisch gebildeten Bildungsbürgertums besuchten vornehmlich die Gymnasien, Arbeiter- und Kleinbürgerkinder gingen eher auf das Realgymnasium oder die Realschule. Während des Nationalsozialismus wurde das dreigliedrige Schulsystem durch die starke Reduzierung der Anzahl von Gymnasien, die damit endgültig zu Eliteschulen für traditionell bildungsbewusste städtische Familien wurden, die Neuordnung und den Ausbau des Mittelschulwesens und die Schließung der letzten privaten Vorschulen etabliert.³³

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb das dreigliedrige Schulsystem im Wesentlichen unverändert. Die Schulen wurden in den westlichen Zonen überall nach Volks-, Mittel- und höheren Schulen getrennt wiedereröffnet, mit jeweils eigenen Schulverwaltungen, welche diese Trennung zementierten. Dabei war die soziale Öffnung der höheren Schulen und Universitäten wesentlicher Bestandteil der alliierten Pläne für die Errichtung eines demokratischen Bildungswesens im Rahmen der Umerziehung. Gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle sollten durch die Einführung der Einheitsschule gewährleistet werden, wie sie in der Direktive 54 vom 25. Juni 1947 von den vier Alliierten gefordert wurde. Die Direktive fiel jedoch bereits in die Zeit nach der Konstituierung der Länder und der Verabschiedung von Länderverfassungen. Die Alliierten konnten daher und aufgrund ihrer Uneinigkeit den deutschen Gegnern der Einheitsschule nichts entgegensetzen – zur Enttäuschung von Volksschullehrern, Sozialdemokraten und Kommunisten. Der sich verschärfende Ost-West-Konflikt und der vorrangige wirtschaftliche Wiederaufbau der Westzonen drängten das schulpolitische Engagement der Alliierten schließlich zurück. Die wenigen deutschen Schulreformer konnten sich ebenso wenig durchsetzen. Darüber hinaus war die Versorgungslage an den Schulen katastrophal. Fehlende Lehrer und Lehrmittel, Wohnungsnot und Schulgebäude-mangel, Krankheit und Unterernährung prägten den improvisierten Schulalltag. Vor diesem Hintergrund blieb das dreigliedrige Schulsystem im ersten Nachkriegsjahrzehnt weitgehend unangestastet erhalten.³⁴

Die frühe Selektion im Alter von zehn Jahren für einen der drei Schultypen, verbunden mit den Schwierigkeiten, zwischen ihnen zu wechseln, wirkten sich nachteilig auf Kinder sozial schwacher Familien aus, deren Begabungen aufgrund des familiären Umfelds in diesem Alter noch nicht ausreichend entwickelt waren. Sie wurden dauerhaft auf niedrigere Schulzweige festgelegt.³⁵ Die soziale Herkunft bestimmte dadurch weitgehend den Bildungsweg. Zwischen 1950 und 1970 war dieser negative Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg konstant.³⁶

³³ Bernd Zymek, 'Schulen', in: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. V, 1918-1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, hg. von Dieter Langewiesche und Heinz-Elmar Tenorth, München 1989, S. 155-208, hier bes. S. 156f., 165, 178f. u. 194-198; zur Schulbildung von Mädchen s. Claudia Huerkamp, *Bildungsbürgerinnen: Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900-1945*, Göttingen 1996.

³⁴ Carl-Ludwig Furck, 'Entwicklungstendenzen und Rahmenbedingungen', in: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. VI, 1945 bis zur Gegenwart. Erster Teilband. Bundesrepublik Deutschland, hg. von Christoph Führ u. Carl-Ludwig Furck, München 1998, Viertes Kapitel, Schulen und Hochschulen, I. Allgemeinbildende Schulen, S. 245-260, hier v.a. S. 245-248.

³⁵ Stefan Hradil, *Soziale Ungleichheit in Deutschland*, Opladen 1999, S. 150f.

³⁶ Heiner Meulemann, 'Expansion ohne Folgen? Bildungschancen und sozialer Wandel in der Bundesrepublik', in: *Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur*, hg. von Wolfgang Glatzer, Frankfurt/M. u. New York 1992, S. 123-156, hier S. 130.

Deshalb konzentrierte sich die Bildungsdebatte der 1960er Jahre auf die Chancengleichheit. Zwar profitierten mit Ausnahme von ungelerten Arbeitern und Ausländern die Kinder aller Einkommensschichten von der Bildungsexpansion, doch die Abstände zwischen den Schichten blieben aufgrund von unveränderten relativen Bildungschancen weitgehend erhalten. An den sozial ungleich verteilten Bildungschancen änderte sich auch danach nichts. Die absolute Zunahme in der Bildungsbeteiligung spiegelt dennoch eine von vielen Menschen erlebte individuelle Chancenzunahme wider.³⁷

Auch an den Universitäten wurde die Tradition nach 1945 nicht hinterfragt, nicht einmal die mit der Gleichschaltung zutage getretene Schwäche der Hochschulautonomie.³⁸ Anstatt die Verfassungen zu ändern, knüpften die Professoren an die bis zur Weimarer Republik bestehende traditionelle Idee von der Universität an und klammerten die Zeit des Nationalsozialismus als Bruch mit dieser Tradition aus.³⁹ Im Herbst 1945 ersetzten die Rektoren auf der ersten Rektorenkonferenz in Göttingen unter der Leitung des bekannten Weimarer Verfassungsrechtlers und Göttinger Rektors Rudolf Smend das Führerprinzip wieder durch die korporative Weimarer Verfassung; die Selbstverwaltung und -organisation sollten die Einflussnahme beispielsweise durch Parteien verhindern. In Göttingen und Hamburg wurden die Weimarer Hochschulsatzungen wieder in Kraft gesetzt, während sich Vertreter der Kultusverwaltungen, wie Kurt Zierold, skeptisch dazu äußerten, dass Satzungsbestimmungen die Übergriffe des Jahres 1933 hätten verhindern können.⁴⁰ Priorität der Universitäten war jedoch die „möglichst baldige und undiskutierte Rückkehr zu den bewährten Sinn- und Rechtsgrundlagen“.⁴¹ In diesem Sinne stellte 1945 keine Umbruchsituation dar.

Zunächst schienen die Rahmenbedingungen für eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht gegeben. Laut Stifterverband waren auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik 1945 gerade einmal 11 von 28 Hochschulen zu mehr als der Hälfte arbeitsfähig. Als hundertprozentig intakt wurden nur Tübingen, Heidelberg und Erlangen eingestuft. Münster, Köln, Freiburg, München und die Wirtschaftshochschule Nürnberg waren am stärksten zerstört und zu 20 Prozent arbeitsfähig gewesen.⁴² Im Universitätsalltag von 1946 las der Hochschulassistent im überfüllten Hörsaal aus dem Manuskript seines vorübergehend durch die Entnazifizierung ausfallenden Professors vor. In Erlangen bestand die juristische Fakultät 1946 aus einem einzigen unbelasteten Professor, der überwiegend für ehemalige Offiziere die Lehre aufrecht erhielt. An anderen Universitäten stand es weniger schlecht um die Lehre, doch waren die Stu-

³⁷ Ursula Henz u. Ineke Maas: ‚Chancengleichheit durch die Bildungsexpansion?‘, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47.1995, S. 605-633: Die Autorinnen stellten zwar eine zunehmende Chancengleichheit hinsichtlich des Wechsels auf eine weiterführende Schule fest, nicht aber hinsichtlich der Wahl zwischen Realschule und Gymnasium; vgl. Hradil, *Soziale Ungleichheit*, S. 154 u. 161-163.

³⁸ Ellwein, *Universität*, S. 237 und ders., ‚Die deutsche Gesellschaft und ihr Bildungswesen. Interessenartikulation und Bildungsdiskussion‘, in: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. VI/1, 1945 bis zur Gegenwart, München 1998, S. 87-109, hier 90 u. 105.

³⁹ Stellvertretend sei hier Jaspers erwähnt, der die Humboldtschen Bildungsideale in den Vordergrund stellte; Karl Jaspers, *Die Idee der Universität*, Berlin 1946.

⁴⁰ Thomas Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965*, Köln 1981, S. 61 u. S. 63.

⁴¹ Hans Gerber, *Hochschulgesetzgebung in der Nachkriegszeit* (=Veröffentlichung des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft D 58), 1958, S. 1. Der Autor war Mitglied des Hofgeismarer Kreises; vgl. Hofgeismarer Kreis, *Gedanken zur Hochschulreform*.

⁴² Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, S. 42; die Übersicht veröffentlichte der Stifterverband 1952.

dentem aufgrund der Entnazifizierung ihrer Professoren nicht in der Lage, ihr durch den Krieg unterbrochenes Studium rasch zu beenden.⁴³

Wurden Hochschulreformen 1945 und 1946 durch die unmittelbare Versorgungs- und Personallage gebremst, so schränkten die Alliierten durch die Wiederherstellung der Länderhoheit im Bildungsbereich früh ihre Möglichkeiten ein: Während sich die britische Militärregierung wirtschaftspolitisch „weitgehende Kompetenzen“ vorbehielt, übertrug sie mit Beginn der Bizone am 1.1.1947 den Ländern die bildungspolitische Hoheit.⁴⁴ Sie überließ es den Deutschen, die Reformanregungen der Alliierten umzusetzen, aufgrund erheblicher Zweifel daran, diese gegen den Willen der Professoren per Erlass durchsetzen zu können.⁴⁵ Später wurde den Briten und den US-Amerikanern wiederholt vorgeworfen, die Deutschen nicht zu Reformen angetrieben zu haben.⁴⁶ Tatsächlich dürften die Umstände ihnen nahegelegt haben, zuerst die materiellen Grundlagen für eine Reform zu schaffen. Den Studenten fehlten nach 1945 mit Kleidung, Nahrung und Unterkunft die elementaren Dinge zum Überleben sowie alles für ein Studium Notwendige. Studentenwerke wurden wiedererrichtet, um ihnen Wohnungen, Arbeit und Stipendien zu vermitteln.⁴⁷ Wohnungsnot, Lebensmittelknappheit und die entwertete Reichsmark erschwerten den von Natural- und Tauschwirtschaft geprägten Alltag. Darüber hinaus herrschten Verunsicherung und Perspektivlosigkeit.⁴⁸

Trotz ausbleibender Reform der Hochschulen zwischen 1945 und 1949 dokumentieren zahlreiche Tagungen, Resolutionen und Gutachten aus dieser Zeit das rege Nachdenken über die Verfasstheit der Universitäten.⁴⁹ Im Zentrum der alliierten Hochschulpolitik standen die Ziele, den Mittelbau zu erweitern und diesem mehr Rechte in Forschung, Lehre und Selbstverwaltung zu gewähren. Aus der Dualität von Forschung und Lehre wünschten die anglo-amerikanischen Besatzer, eine Trias von Forschung, Lehre und Erziehung zu machen. In den Worten Ludwig Raisers⁵⁰ forderten die den unpolitischen deutschen Professoren misstrauisch gegenüberstehenden

⁴³ Ellwein, *Universität*, S. 238; dabei handelte es sich aber um ein Extrem. In der gesamten US-amerikanischen Zone waren 15 Prozent der Fakultäten im Herbst von der großen Entnazifizierungswelle betroffen, vgl. James F. Tent, „Denazification of Higher Education in US Occupied Germany, 1945-1949“, in: *Hochschuloffiziere im Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945-1952, Teil 2: Die US-Zone*, hg. v. Manfred Heinemann, Hildesheim 1990, S. 9-15, hier S. 12f.

⁴⁴ Pingel, *Wissenschaft*, S. 188.

⁴⁵ David Phillips, *Pragmatismus und Idealismus. Das ‚Blaue Gutachten‘ und die britische Hochschulpolitik in Deutschland 1948*, Köln 1995, S. 2.

⁴⁶ Ullrich Schneider, „The Reconstruction of the Universities in American Occupied Germany“, in: *Hochschuloffiziere im Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945-1952, Teil 2: Die US-Zone*, Hildesheim 1990, S. 1-8, hier S. 8.

⁴⁷ Diese Beschreibung der US-amerikanischen Zone könnte ebenso gut die englische Zone darstellen: Schneider, „The Reconstruction of the Universities“, S. 6.

⁴⁸ S. dazu von Plato, „Ein unglaublicher Frühling“, S. 33-45 u. Dietrich Thränhardt, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. 1996, S. 73 u. Furck, „Grund- und Rahmenbedingungen“, S. 28.

⁴⁹ Für eine ausführliche Dokumentation aller hochschulpolitischen Dokumente vgl. die Übersicht von Rolf Neuhaus, *Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959*, hg. v. d. Westdeutschen Rektorenkonferenz, Wiesbaden 1961.

⁵⁰ Der Jurist Ludwig Raiser war im Gründungsjahr des Deutschen Hochschulverbandes 1950 Vorstandsmitglied. Er entwarf die erste Satzung des DHV und schlug Wilhelm Felgentraeger als Präsidenten vor, nachdem er selbst dieses Amt abgelehnt hatte. 1951 schied er aufgrund der Arbeitsbelastung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft aus dem Vorstand des DHV aus. Seit 1957 war er Mitglied des Wissenschaftsrates, und als solches stellte er neben Coing, Tellenbach und Hess in dieses Gremium hinein eine enge Verbindung für Felgentraeger und den DHV dar, denn die engen Kontakte brachen nie ab. Ludwig Raiser, Jg. 1904, Stuttgart, Sohn eines Rechtsanwalts u. Generaldirektors d. Württemb. Feuerversicherung; humanist. Gym. Stuttgart; Studium d. Rechtswissenschaften, München, Genf, Berlin; 1927-1930 Assistent, Kaiser-Wilhelm-Institut f. ausländ. u. int. Privatrecht, Berlin; 1931 Promotion; 1933

Angelsachsen hauptsächlich die „stärkere erzieherische Einwirkung auf die Studentenschaft“ vor allem „in politischer Hinsicht“. Die soziale Basis der Studenten und Hochschullehrer sollte sich erweitern und die Hochschulen sich durch die Berufung von Hochschulräten der Gesellschaft öffnen.⁵¹ Die Mehrheit der Professoren setzte jedoch weiterhin auf den charakterbildenden Einfluss der Beschäftigung mit Wissenschaft im Humboldtschen Sinne.⁵² So fehlten den Alliierten in den Universitäten Partner für das Vorantreiben der Reformen von innen, analog den Gewerkschaften in der Wirtschaftspolitik. Daher stabilisierten sich die Universitäten bereits, als in anderen Gesellschaftsbereichen „institutionelle und soziale Umschichtungen“ noch andauerten.⁵³

Ende 1947 ergriff die britische Militärregierung dennoch eine Initiative, aus der das Hamburger „Blaue Gutachten“ hervorging. An seinem Beispiel lässt sich das Unvermögen der Alliierten veranschaulichen, unter den gegebenen Umständen Weichenstellungen für Hochschulreformen vorzunehmen. Der oberste Erziehungsberater des britischen Militärgouverneurs, Robert Birley,⁵⁴ setzte einen Studienausschuss mit neun deutschen, einem britischen⁵⁵ und einem Schweizer Mitglied ein, der im April 1948 die Arbeit aufnahm. Nur drei der Deutschen waren Hochschullehrer, unter diesen der Hamburger Altphilologe Bruno Snell.⁵⁶ Gegner des Ausschusses argumentierten

Habilitation Berlin; anschließend Rechtsanwalt, da ihm die Ausübung des Lehramtes mit der Begründung der „politischen Unzuverlässigkeit“ versagt wurde; 1937 Vorstand Magdeburger Rückversicherungs-AG u. Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft; 1942 Ruf Univ. Straßburg, kurz darauf zur Wehrmacht eingezogen; ab 1943 Militärverwaltungsrat im „Wirtschaftsstab Ost“, Berlin; 1945 o.Prof. f. Bürgerl., Handels- und Wirtschaftsrecht, Göttingen, dort 1948/1949 Rektor; 1951-1955 Präsident DFG; 1955-1973 o.Prof. Tübingen; 1957 Mitgründer, 1961-1965 Vorsitz Wissenschaftsrat; 1950 Mitglied, 1970-1973 Präses d. Synode d. EKD; Mitglied dt. UNESCO-Kommission, wiss. Beirat Bundeswirtschaftsministerium; seit 1967 Mitglied Verwaltungsrat Krupp AG; 1974 für fünf Jahre zum Präsidenten d. Europäischen Rektorenkonferenz gewählt; Vorstandsmitglied Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; *Ehrungen*: 1955 Gr. Bundesverdienstkreuz, 1964 Stern; 1967 Theodor-Heuss-Preis; Ehrendoktorwürden Univ. Freiburg u. Kiel; Ehrensator TH Darmstadt; vgl. Bauer, *Hochschulverband*, S. 29 u. 129; ‚Die Mitglieder des Wissenschaftsrates‘, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Nr. 4/5, Juli-September 1958, S. 71f.; *Wer ist Wer*, 1969/70; *Munzinger Archiv*, CD-Rom; *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, Bd. 8, S. 129; *Kürschners*, 1970, *Wer ist Wer*, 1955, *Wer ist Wer*, 1969/70 u. *Munzinger Archiv*, CD-Rom; zu Krupp vgl. Lothar Gall, *Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie*, München 2005, S. 387.

⁵¹ ‚Ziele und Möglichkeiten einer Hochschulreform‘, Vortrag von Prof. Dr. Ludwig Raiser, Göttingen, vor dem Unterausschuss für Hochschulfragen im Bundestag, in: BA B 106-1282, o.S., Bl. u. Datum, ungef. Mai 1950; s. auch Pingel, ‚Wissenschaft‘, S. 186.

⁵² Christoph Oehler, ‚Hochschulen. Die Hochschulentwicklung nach 1945‘, in: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd VI/1, 1945 bis zur Gegenwart, München 1998, S. 412-446, hier S. 421.

⁵³ Pingel, ‚Wissenschaft‘, S. 187 u. 189, Zitat S. 189.

⁵⁴ Robert Birley, Jg. 1903; *Rugby School, Balliol College*, Oxford; 1935-1947 *Headmaster, Charterhouse School*; 1949-1963 *Headmaster*, Eton (dort laut Philips als „Red Robert“ bekannt); 4 Jahre Vorsitz *Headmasters' Conference*; 1942 Mitgl. *Fleming Committee* „to bridge the gap between private and state education“; 1947-1949 *educational adviser to the military governor, Allied Control Commission for Germany*; Birley begründete 1947 die Tradition der deutsch-britischen Königswinter-Konferenzen, deren erste 1950 stattfand; s. *Dictionary of National Biography*, CD-Rom vgl. Richard von Weizsäcker, ‚Speaking of Europe. Channel crossing, common European tasks and challenges‘, in: *Bulletin des Deutschen Historischen Instituts*, London, 2004, Bd. XXVI, Nr. 2, S. 6-17, hier S. 6 u. Phillips, *Pragmatismus*, S. 127.

⁵⁵ Lord Lindsay of Birker war von 1924 bis 1949 *Master of Balliol College*, Oxford und von 1935 bis 1938 *Vice-Chancellor* der *Oxford University*, vgl. *Who Was Who 1897-1980*, CD-Rom.

⁵⁶ Bruno Snell, Jg. 1896, Sohn eines Arztes; Studium d. Rechtswissenschaften u. Nationalökonomie in Edinburgh und Oxford; Internierung nach Beginn d. 1. Wk.; 1918 Studium d. klassischen Philologie in Leiden, Berlin u. München; 1922 Promotion in Göttingen; 1925 Habilitation klass. Philologie in Hamburg; dort 1931-59 o.Prof.; 1933 Versuch Widerstand unter Dozenten der Universität gegen den Nationalsozialismus zu organisieren; nach dem Zweiten Weltkrieg Bemühung um Wiederaufnahme d. int. wiss. Beziehungen; 1945 erster Dekan d. Phil. Fak. d. Univ. Hamburg, dort 1951-53 Rektor; 1977 Mitglied Orden *Pour le mérite* für Wissenschaften und Künste; s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie* u. Homepage des Johanneum Lüneburg: www.fh-lueneburg.de/u1/gym03/homepage/chronik/snell/snellkurzbiogr.htm [Zugriff 4.4.2007]. Snell war Mitglied des Hofgeismarer Kreises; vgl. Hofgeismarer Kreis, *Gedanken zur Hochschulreform. Neugliederung des Lehrkörpers*, Göttingen

später, es habe sich um eine Einmischung von außen in die Angelegenheiten der Universitäten gehandelt.⁵⁷ Die Kommission sollte eruieren, welchen Beitrag die Universitäten zu einer Demokratisierung der Gesellschaft und des Bildungswesens Westdeutschlands leisten könnten. Sie entwarf einen Fragebogen zur Hochschulreform – zum Verhältnis der Hochschulen zu Staat und Gesellschaft, zur Hochschulverfassung, zum Lehrkörper und zur Studentenschaft.⁵⁸ Am 30. November 1948 veröffentlichte sie das über 130 Seiten umfassende Hamburger Gutachten.

Auf Ablehnung stieß auf der dazu einberufenen Pressekonferenz besonders die Forderung, Personen der Öffentlichkeit in neu zu gründende Hochschulbeiräte zu berufen, welche als gesellschaftliche Brücke in die Universitäten hinein gedacht waren. Die Rektoren fassten dies als Eingriff in die gerade erst wieder gewonnene Hochschulautonomie auf.⁵⁹ Allein Ludwig Raiser vermochte dem Hochschulrat etwas abzugewinnen, der die veränderte Umwelt der Universität widerspiegle, die nun nicht mehr Teil eines Beamtenstaates, sondern einer demokratischen Gesellschaft sei.⁶⁰ Die Besetzung von Senat und Fakultät verstärkt mit jüngeren Hochschullehrern stieß ebenso wie die Reform des Lehrkörpers durch die Einführung von Studiendozenturen und -professuren auf Widerstand. Gleichmaßen ohne Begeisterung wurde die Reform der Examina und die Einführung eines Studium Generale aufgenommen.

Die Reformvorschläge waren alles in allem auch das Resultat von Diskussionen über die Zukunft von Bildung, wie sie in Britannien während des Krieges geführt worden waren, und trugen angeblich sehr stark die Handschrift des britischen Mitglieds Lord Linday. Die anfangs nicht pauschal negative Diskussion nahm zunehmend kritischere Formen an, und am Ende haftete dem Gutachten das Stigma des von der Besatzungsmacht bestimmten Papiers an. Insgesamt wird das Blaue Gutachten als wirkungslos und allenfalls als Stimulator der bildungspolitischen Debatte eingeschätzt. In Ermangelung von Direktiven kehrten nach Birleys Abreise alle zum akademischen Tagesgeschäft zurück.

Immerhin setzten verschiedene Universitäten Teile der Empfehlungen um. In Hamburg wurde ein Hochschulbeirat und, ebenso wie an anderen Universitäten, ein Studium Generale eingeführt. Sozialwissenschaftliche Fächer wurden den Empfehlungen gemäß an den Hochschulen eingerichtet. Doch die Demokratisierung der Universitäten fand keinen Anklang. Die Professorenschaft blieb hierarchisiert. Die Ordinarien dominierten die Entscheidungsgremien der Universitäten bis in die sechziger Jahre, mit alleiniger Prüfungscompetenz und in der Regel mit weit höheren Einkommen als die Nichtordinarien.⁶¹ Das Verhältnis zwischen Nichtordinarien und Ordi-

1956.

⁵⁷ Pingel, ‚Wissenschaft‘, S. 190.

⁵⁸ Phillips, *Pragmatismus*, zum Auftrag an den Ausschuss s. S. 5; zum Fragebogen, der auch Universitäten und Hochschulen in den anderen Besatzungszonen zugeschickt wurde, s. S. 13-21; zum vollständigen Gutachten s. dort den Anhang.

⁵⁹ Oehler, ‚Hochschulen‘, S. 421 und Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, S. 66f.

⁶⁰ Phillips, *Pragmatismus*, S. 108f.; damit war Raiser einer der wenigen Personen, die im Hochschulbetrieb nicht eine Außenseiterposition einnahmen und gleichzeitig Hochschulreformen gegenüber aufgeschlossen waren. Er hatte am Blauen Gutachten mitgearbeitet und hatte zahlreiche herausragende Ämter im Wissenschaftsbetrieb inne, vom Rektorat über den Vorsitz der DFG bis hin zur Mitgliedschaft im Wissenschaftsrat.

⁶¹ Ebd., S. 107, 115-120 u. 127; Oehler, ‚Hochschulen‘, S. 412f. Die Ordinarien waren voll standesberechtigte Lehrstuhlinhaber, die eine planmäßige ‚ordentliche‘ oder ‚außerordentliche‘ Professorenstelle als Lebenszeitbeamte hatten. Dagegen waren die Nichtordinarien materiell weitgehend ungesichert und korporationsrechtlich den Ordinarien gegenüber zurückgestellt, dazu ausführlich Bauer, *Hochschulverband*, S. 43.

narien betrug 1864 1 zu 1, 1931 2,4 zu 1 und 1951 wieder gut 1 zu 1 bei insgesamt 2082 Nichtordinarien und 1893 Ordinarien in Westdeutschland und Berlin.⁶²

Wenn prominente Bildungsvertreter, wie der Jurist und Gründer des Max-Planck-Instituts für Bildungsgeschichte Hellmut Becker später kritisierten, die britische Politik habe den Deutschen eine „restaurierte Epoche“ gestattet, anstatt eine Reform durchzusetzen, so ist dies vor diesem Hintergrund zu sehen.⁶³ Selbstkritisch gestanden zuweilen auch bildungspolitische Protagonisten wie der spätere Vorsitzende des Wissenschaftsrats und Bundesbildungsminister Hans Leussink rückblickend den allzu sehr vor 1933 zurückgerichteten Blick und damit verbunden die restaurative Hochschulpolitik als Fehler ein. Auch heute noch hagelt es vernichtende Urteile. So bewertete Olaf Bartz jüngst die ersten Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1960 als Ausdruck der „Wirkungsmacht einer Ideologie“ des „Humboldtianismus“, wie er einen seit 1945 verbreiteten „Rekurs auf eine mythologisch erklärte vernationalsozialistische Hochschultradition“ bezeichnet. In einem „fest gefügten Glaubensgebäude“ hätten die Ordinarien als „Keimzelle der Universität“, die Einheit von Forschung und Lehre und die Lernfreiheit der Studenten als unantastbar und mit ihnen die bestehende Universitätsstruktur als „sakrosankt“ gegolten.⁶⁴ Thomas Ellwein hält es angesichts der Zustände an den Universitäten hingegen für unangemessen, die Zeit unmittelbar nach 1945 als Teil einer „restaurativen Phase“ der Bildungs- wie der allgemeinen Politik zu betrachten. „Ein Volk im Aufbruch zu neuen Ufern“ wäre wohl zuviel verlangt gewesen.⁶⁵

Entproletarisierte Arbeiter – Krise des Bürgertums: Vermögens- und Einkommensnivellierung

Upper middle class und Bürgertum führten Ende der vierziger Jahre einen Diskurs über ihr soziales Absinken und ihre Auflösung als gesellschaftliche Gruppen. Diese Krisendiskurse stehen in Traditionen des bürgerlichen subjektiven Niedergangs und können als Zeichen der Verarbeitung von zeitgenössischen Veränderungen verstanden werden: Nach 1945 waren dies in Britannien die nivellierende Wirkung des Krieges und der auf Umverteilung zielende, kostspielige Wohlfahrtsstaat. In Westdeutschland wurde der Besitzverlust durch den Krieg als Ursache für die Einebnung jeglicher Klassenunterschiede ausgemacht. In beiden Ländern drehte sich der Krisendiskurs um den sich verringernden Einkommens- und Vermögensabstand zur Arbeiterschaft, der gleichermaßen als Verbürgerlichung der Arbeiter wie als sozialer Abstieg des Bürgertums gewertet wurde. In diesen Diskurs stimmten die Hochschullehrer beider Länder ein und fügten ihn gleichermaßen in ihre Argumentationen für höhere Gehälter ein. Es ging dabei zwar auch um die Auflösung von Werten, doch ist eine dominante und immer wiederkehrende Referenz auf Besitz und Privileg augenfällig. Hier werden die Entwicklung von Einkommens-, Vermögens-, aber auch von Chancenverteilung sowohl im Zugang zu Bildung als auch zu Berufen skizziert, vor deren Hintergrund im zweiten Teil dieser Arbeit die Bildungsdebatten und damit zusammenhängend die Krisendiskurse

⁶² Ringer, ‚Das gesellschaftliche Profil‘, S. 95; Oehler, ‚Hochschulen‘, S. 413 u. Bauer, *Hochschulverband*, S. 47; s. dazu auch mit weiterem Zeithorizont Willy Strzelewicz u. Ferdinand Wiebecke, ‚Bildungspolitik‘, in: *Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, hg. v. Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1974, S. 865-904, hier S. 890.

⁶³ Pingel, ‚Wissenschaft‘, S. 208 u. Phillips, *Pragmatismus*, S. 129f.

⁶⁴ Olaf Bartz, *Wissenschaftsrat und Hochschulplanung. Leitbildwandel und Planungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1957 und 1975*, Köln 2005, S. 33 u. alle Zitate auf S. 208.

⁶⁵ Ellwein, ‚Die deutsche Gesellschaft‘, S. 90.

betrachtet werden. Die zugrundeliegenden Daten erlauben nur eine Annäherung, da einheitliche Daten über Zeit- und Ländergrenzen hinweg nicht vorhanden sind. Sie zeigen aber deutlich, warum das Krisenempfinden des Bürgertums nicht gegenstandslos war, obwohl diese gesellschaftliche Gruppe von den Veränderungen nach 1945 besonders profitierte.

Lewis und Maude erklärten die von ihnen in der öffentlichen Meinung und zeitgenössischen Schriften ausgemachte Klage der *middle class* über ihren Niedergang mit der enttäuschten Erwartung, nach dem Krieg rasch zu ihrem Lebensstandard von 1939 zurückzufinden. Die *middle class* habe die soziale Absicherung der Arbeiterschaft ohne eigenen Verzicht für finanzierbar gehalten und fühle sich nun von den egalitären politischen Entwicklungen degradiert. Sie stehe vor der Schwierigkeit, den gewohnten Lebensstandard zu halten, sehe sich mit egalisierten Schulen und allgemeiner medizinischer Versorgung konfrontiert, während die bevorzugten privaten Bildungs- und Gesundheitsleistungen immer kostspieliger würden. Die hohe Besteuerung täte das übrige, um die Frage aufzuwerfen, wozu sich Freiberufler oder Unternehmer anstrengen sollten – angesichts der Umverteilung von Einkommen und Freizeit zugunsten der Arbeiter und zulasten der *middle class*. Trotz dieser Diagnose betrachteten Lewis und Maude die ihrem Buch zugrunde liegende Frage, ob die Vergrößerung der *middle class* deren Ende gleichkomme oder ob sie weiterhin einen Machtfaktor in der Gesellschaft darstelle, ebenso wenig als beantwortet, wie die Frage, ob sie ihre Macht einsetzen werde, um ihren alten Lebensstandard wiederzugewinnen. Gerade wegen deren täglichen Untergangslamentos in der Presse bewerteten sie letztlich die *middle classes* als weiterhin stark, obwohl manchem die grundlegenden Veränderungen innerhalb der Arbeiterschaft als Anbruch einer klassenlosen Gesellschaft erscheine.⁶⁶ 1969 bemerkten Roger King und John Raynor im gleichen Geist, die *middle class* rufe ständig ihren Tod aus, ohne je zu sterben. Vielmehr zeichne sie sich durch den kontinuierlichen Wandel in ihrer Zusammensetzung und ihrer Funktion aus. Immer habe sie Talent aus der Arbeiterklasse importiert und ihre eigene Elite in die Oberschicht exportiert. Gleichwohl sahen King und Raynor nun die Grenzen nach oben wie nach unten verblassen und die normative Kohärenz der *middle class* durch die Erweiterung ihrer beruflichen Rekrutierungsbasis abnehmen,⁶⁷ womit sie eben jenem Impuls der Projektion des Ablebens in die Zukunft nachgaben, den sie selbst als charakteristisch für die *middle class* erkannten.

Die Entproletarisierung der Arbeiter führte wie in Britannien bei den gehobenen Schichten Westdeutschlands zu dem Gefühl, selbst abgestiegen zu sein, da sie sich nicht mehr in gleichem Maße wie vor dem Krieg von Arbeitern absetzen vermochten. Wie in Britannien wurde eine Verbürgerlichung der Arbeiter vermutet und mit ihr der Niedergang des Bürgertums durch die Verallgemeinerung seiner Lebensweise und Einstellungen. Zunächst stellten die Zerstörungen durch den Krieg, die Erfahrungen von Besitzverlust, Flüchtlingsdasein und Entnazifizierung die überkommene Gesellschaftsordnung in Frage. Zumindest vorübergehend wurde Gesellschaft, in den Worten des Soziologen Helmut Schelsky, nicht mehr nach „sozialen Kategorien, sondern nach den Schicksalskategorien ihrer Individuen“ geordnet.⁶⁸ Vermögensbesitz galt nun als zufallsbedingt. Entsprechend herrschte Verunsicherung über die Sozialstruktur. Diese Stimmung fing

⁶⁶ Lewis und Maude, *The English Middle Classes*, S. 24f., 92, u. 263.

⁶⁷ Roger King und John Raynor, *The Middle Class*, London 1969, 1981, S. 42 u. 45.

⁶⁸ Helmut Schelsky, „Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft (1953)“, in: ders., *Auf der Suche nach Wirklichkeit*, München 1979, S. 326-332, hier S. 327.

Schelsky ein, als er 1953 das Schlagwort von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ prägte. Kriegsbedingte „umfangreiche Auf- und Abstiegprozesse“ hätten die „ehemalige Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft“ aufgelöst. Eine gesteigerte soziale Mobilität habe zum relativen Abbau der alten Klassengrenzen und zu einer „verhältnismäßig einheitlichen Gesellschaftsschicht“ geführt, die „ebensowenig proletarisch wie bürgerlich“ sei. Die „Vereinheitlichung der sozialen und kulturellen Verhaltensformen“ habe einen „kleinbürgerlich-mittelständischen Lebensstil“ hervorgebracht, der die Gesellschaft auszeichne.⁶⁹ Obwohl die Grundlagen einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ allenfalls auf die unmittelbaren Nachkriegsjahre zutrafen und bereits 1953 gar nicht mehr gegeben waren, machte dieses Schlagwort Karriere und prägt bis in die Gegenwart das Selbstbild der Deutschen – so wie die Klassengesellschaft dem Selbstbild der Briten entspricht, obwohl die *middle class* in den vierziger und fünfziger Jahren einen Nivellierungsdiskurs führte und Politiker wiederholt die klassenlose Gesellschaft ankündigten, zuletzt 1990 der damalige Premierminister John Major.⁷⁰ In Westdeutschland veränderten weder die Entnazifizierung noch die Deklassierung der Vertriebenen und Flüchtlinge nachhaltig die Besitz- oder Herrschaftsverhältnisse, sie beeinflussten nicht die „Zuweisung zur Funktions- und Fachelite in der westdeutschen Gesellschaft“.⁷¹

Kritiker, die ihr Augenmerk auf den Erhalt der Sozialstruktur richteten, führten hingegen Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften an, um zu erklären, wie es möglich war, ohne das Aufbegehren der Arbeiterschaft die sozialen Abstände zu erhalten – noch dazu gegen den britischen Reformeifer und die deutsche Umverteilungspolitik. So veränderte sich die britische Sozialstruktur trotz der Nachkriegseuphorie und der egalitären Grundstimmung nach 1945 weniger radikal als von frustrierten Zeitgenossen behauptet. In ihrer harschen und einflussreichen Gesellschaftskritik *The Age of Affluence* führten Vernon Bogdanor und Robert Skidelsky den Widerspruch zwischen der öffentlichen Rhetorik des Egalitarismus und den tatsächlich erhaltenen sozialen Barrieren darauf zurück, dass Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung den überparteilichen Konsens ermöglichten, die Forderungen der Arbeiterklasse ohne Umverteilungspolitik und damit ohne Eingriffe in die Sozialstruktur zu befriedigen. Mit anderen Worten waren die Erwartungen der *middle class* entgegen Lewis und Maudes Annahme gar nicht enttäuscht worden. Die Sozialstruktur, so Bogdanor und Skidelsky, sei lediglich unübersichtlicher geworden, da unter gut ausgebildeten Arbeitern ein Verbürgerlichungsprozess eingesetzt habe. Nach vielen von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit geprägten Jahrzehnten sei die gewohnte Polarisierung zwischen den Klassen neuen, feineren und von Statussymbolen markierten Hierarchien gewichen. Die Jagd nach Konsumgütern habe in den fünfziger Jahren jegliche Systemkritik lahmgelegt, selbst an den sich mit dem Status quo identifizierenden Universitäten. Entsprechend vernichtend beurteilten die Autoren die britische Gesellschaft der fünfziger Jahre als starr und versnobt und werteten sie als kümmerliches Ergebnis der angeblich sozialen Revolution der vierziger Jahre.⁷²

⁶⁹ Ebd., S. 327.

⁷⁰ S. David Cannadine, *Class in Britain*, London 2000, S. 1; vgl. auch für kritische Auseinandersetzungen mit dem Thema britische Klassengesellschaft Andrew Adonis u. Stephen Pollard, *A Class Act: The Myth of Britain's Classless Society*, London 1998; Stephen Brook, *Class. Knowing your Place in Modern Britain*, London 1997.

⁷¹ Abelshauser, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 109.

⁷² Vernon Bogdanor und Robert Skidelsky, *The Age of Affluence 1951-1964*, London 1970, S. 10-14.

Gegen dieses in der britischen Geschichtswissenschaft lange vorherrschende Paradigma vom Konsens in den sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen von *Labour* und den *Conservatives* nach 1945 wurden in jüngerer Zeit Einwände erhoben.⁷³ Ina Zweiniger-Bargielowska zeigte, dass die Politikansätze von *Labour* und *Conservatives* die Rationierung betreffend sich fundamental unterschieden – Differenzen, die wahlentscheidend waren: Im Wahlkampf von 1951 stellte sich die vergleichsweise strenge Rationierungspolitik als Achillesferse der Attlee-Regierung heraus und führte zur ihrer knappen Niederlage gegenüber den Konservativen, die mehr Konsum in Aussicht stellten.⁷⁴ Die *Tories* gewannen auch die folgenden Wahlen mit Konsumversprechen und Warnungen vor der Rationierungspolitik von *Labour*. Entgegen der politischen Rhetorik entwickelten sich die Briten jedoch erst in den sechziger Jahren zur wohlhabenden Gesellschaft, der *Affluent Society*, denn tatsächlich gelten auch die fünfziger Jahre unter den Konservativen als *Age of Austerity*, das von Mangelernährung und Rationierung geprägt war.

Bogdanors und Skidelskis Verweis auf die Rolle des Wirtschaftswachstums und der Vollbeschäftigung zur Befriedung der Arbeiterbewegung bei gleichzeitigem Privilegienerhalt der gebildeten und besitzenden Schichten gilt weiterhin, für Britannien wie für Westdeutschland. Die Diskrepanz zu den Niedergangsdiskursen der *upper middle class* und bürgerlicher Berufsgruppen nach 1945 spiegelt widersprüchliche Tendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft wider und zeugt von einem verengten Blick auf die jeweils für die eigene Gruppe als nachteilig wahrgenommenen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen, bei gleichzeitigem Ausblenden besonders vorteilhafter Veränderungen.

Indikatoren für Wirtschafts- und Sozialstrukturentwicklungen geben sowohl denjenigen teilweise recht, die das Absinken der bürgerlichen Berufsgruppen beklagten als auch jenen, die den Fortbestand der sozialen Ungleichheit in einer nicht meritokratischen Ordnung kritisierten. Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Berufsstrukturwandel begünstigten alle Schichten, besonders sichtbar aber die schwer von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit der dreißiger Jahre betroffenen Arbeiter. Sie erzielten nun gesicherte und höhere Einkommen und entkamen, unterstützt durch die staatliche soziale Absicherung von Notfällen und Alter, dem Proletariat. Eine Umschichtung der Einkommens- und Vermögensstruktur oder der Berufs- und Bildungschancen fand in der Prosperitätsphase aber nicht statt, ebenso wenig wie die gefürchtete Verbürgerlichung der Arbeiterschaft. Diese widersprüchlichen sozialen Entwicklungen bieten eine Erklärung für Nivellierungs- und Niedergangsdiskurse deutscher wie britischer Hochschullehrer und Unternehmer angesichts des Erhalts ihrer privilegierten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellungen.

Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung waren die zwei Entwicklungen, von denen alle Schichten profitierten. In Britannien wuchs das Bruttosozialprodukt zwischen 1950 und 1973

⁷³ Rodney Lowe datiert das Ende der Nachkriegs-Konsenses über den Wohlfahrtsstaat auf eine Rede von James Callaghan, der dem Labour-Parteitag von 1976 das Ende der keynsianistischen Wirtschaftspolitik und die Vollbeschäftigung als Phänomen der Vergangenheit nahebrachte. Damit war dem Wohlfahrtsstaat, wie er von Beveridge konzipiert worden war, jedoch eine der Grundprämissen entzogen; vgl. Rodney Lowe, *The Welfare State in Britain since 1945*, London 1999. Für eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Paradigma des Konsens siehe den Sammelband von Harriet Jones und Michael Kandiah (Hg.), *The Myth of Consensus. New Views on British History, 1945-64*, London 1996; vgl. die Überblicksstudie von Thomas Mergel, die auch das Konsensparadigma ins Zentrum stellt, *Großbritannien seit 1945*, Göttingen 2005.

⁷⁴ Ina Zweiniger-Bargielowska, *Austerity in Britain. Rationing, Controls, and Consumption, 1939-1955*, Oxford 2000. Die *Labour Party* erhielt zwar mehr Stimmen als die *Tories* (46,1% zu 43,5%), dennoch gewannen diese die Mehrheit der Wahlkreise und damit der Sitze im Unterhaus; vgl. Kenneth O. Morgan, *The People's Peace*, Oxford 1990, S. 84.

jährlich um 3%, ein außerordentliches Wirtschaftswachstum, gemessen an den zwischen 1913 und 1950 durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von 1,3%. In Westdeutschland wurden zwischen 1950 und 1973 sogar Wachstumsraten von durchschnittlich 5,9% erzielt, gegenüber ebenfalls nur 1,3% zwischen 1913 und 1950.⁷⁵ Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich ebenso erfreulich, in Britannien zudem etwas besser als in Westdeutschland. Die Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre hatte sich in Britannien wie in Deutschland ins nationale Gedächtnis eingebrannt. Die Vollbeschäftigung vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg war daher eine äußerst positive kollektive Erfahrung der Nachkriegsgenerationen. 1932 markiert in beiden Ländern den Höhepunkt der Arbeitslosigkeit zwischen 1930 und 1970, die in Deutschland allerdings mit 30% doppelt so hoch wie in Britannien war, wo 16% arbeitslos gemeldet waren. Danach sank sie in beiden Ländern kontinuierlich und lag in Britannien 1946 bei 1,9%. Ab 1941 bis Mitte der sechziger Jahre lag sie dort fast konstant unter 2%, in wenigen Jahren minimal darüber. In der späteren Bundesrepublik erreichte sie 1946 7%, sank bis 1948 auf 4,2%, stieg infolge der Währungsreform nochmals sprunghaft an, 1949 auf 8,3% und 1950 sogar auf 10%. Anschließend sank sie auch hierzulande kontinuierlich. 1955 war die 5%-Marke unterschritten, die damals als Vollbeschäftigung galt. 1957 waren nur 3,4% arbeitslos gemeldet und 1960 1,3%. Dann blieb sie bis 1966 unter der Ein-Prozent-Marke. Regional unterschieden sich freilich die Arbeitslosenzahlen in beiden Ländern, doch unterm Strich bleiben die enorme Erleichterung der individuellen wirtschaftlichen Situation durch Arbeit und das Privileg eines langen Aufschwungs am Arbeitsmarkt.⁷⁶ Die Arbeitsmarktentwicklung trug zur sichtbaren Entproletarisierung der Arbeiter bei, und damit einhergehend offensichtlich zum Gefühl des sozialen Absinkens unter den gebildeten Schichten.

Im Krisendiskurs der *middle class* spielte vor allem die Einkommens- und Vermögensstruktur eine große Rolle. Sie verschob sich in Britannien aus Sicht der *upper middle class* dramatisch zugunsten der unteren Einkommensschichten. Angesichts der Einkommens- und Vermögensentwicklung bedauerten die *middle classes* ihren Flirt mit der *Labour*-Partei und deren Egalitarismus. Ihre unbequeme Lage zwischen der vergangenen Welt billigen Dienstpersonals und einer durch erschweringliche Haushaltsgeräte erleichterten Zukunft, führte zu erheblicher Frustration.⁷⁷ Tatsächlich hatten Steuern und Sozialabgaben nur einen minimalen Umverteilungseffekt, hauptsächlich vom höchsten Prozent in die mittleren 11-40 Prozent der Einkommensschichten. Die unteren 50 Prozent der Einkommen erzielten zwischen 1949 und 1974 keinen Zugewinn.⁷⁸ Lewis und Maude demonstrierten dagegen einen enormen sozialen Niedergang der *middle* und *upper middle classes* am Beispiel eines verheirateten Beamten mit einem Kind. Hatte er seinen typischen *middle class*-Lebensstil 1939 noch mit einem Jahreseinkommen von 439 Pfund bestreiten können, musste er

⁷⁵ M.W. Kirby, 'The Economic Record since 1945', in: *Britain since 1945*, hg. v. Terry Gourvish und Alan O'Day, London 1991, S. 11-37, hier S. 12, Tab. 2.1.

⁷⁶ Registrierte Arbeitslose im späteren Bundesgebiet, ohne Saarland u. Berlin; Daten für Deutschland, 1946 aus: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd 2/1 1945-1949, *Die Zeit der Besatzungszonen*, hg. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Bundesarchiv, S. 300; alle anderen Daten aus Brian R. Mitchell (Hg.): *International Historical Statistics Europe*, Basingstoke 2003, S. 167-170 (jeweils registrierte Arbeitslose); vgl. Werner Abelshauser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Frankfurt/M. 1983, S. 109; Zum damit verbundenen Traum des immerwährenden Aufschwungs s. Burkart Lutz, *Der kurze Traum immervährender Prosperität. Eine neue Interpretation industrieller wie kapitalistischer Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/M. u. New York 1984.

⁷⁷ Cannadine, *Class in Britain*, S. 152.

⁷⁸ *British Social Trends since 1900*, hg. v. A.H. Halsey, London 1993, S. 152, Tabelle 3.10 und für eine Übersicht des dramatisch sinkenden bzw. wachsenden Einkommen vor Steuer des obersten und untersten Quintils zwischen 1976 und 1984 ebd., S. 28, Tabelle 1.6.

1948 bereits über 1 000 Pfund im Jahr verdienen, um Preissteigerung und zusätzliche Steuern auszugleichen. Doch wurde sein Beruf, der 1939 noch 439 Pfund eingebracht hatte, nun mit höchstens 600 Pfund entgolten.⁷⁹ Der durchschnittliche Lebensstandard einer Arbeiterfamilie sei zwischen 1938 und 1948 um zehn Prozent gestiegen, während der des durchschnittlichen Angestellten um 20 Prozent gesunken sei.⁸⁰ Im Langzeitvergleich zeigte Atkinson, auf der Basis von Rouths Studien zum Einkommen von Berufsgruppen, dass tatsächlich zwischen 1913 und 1978 das durchschnittliche Einkommen von *higher professionals* vom Dreieinhalbfachen auf das nur 1,7fache des männlichen Durchschnitts gesunken war. Dies lag indessen nicht an einer Umschichtung der Einkommen zugunsten aller Arbeiter. Die am besten verdienenden Facharbeiter erlebten ebenfalls eine Nivellierung. Hatten sie 1913 noch 13 Prozent mehr als der Bevölkerungsdurchschnitt verdient, kamen sie 1978 nur noch auf 91 Prozent des Durchschnitts. Die ungelernten Arbeiter profitierten hingegen. Doch die entscheidende Entwicklung war die Hebung des Einkommens-Durchschnitts: Im Laufe des Berufsstrukturwandels verschob sich das Gewicht von niedrigen zugunsten von höher bezahlten Berufsgruppen. Allerdings stellt Atkinson einen kontinuierlichen und zwischen 1950 und 1980 besonders ausgeprägten Verlust der obersten 5 Prozent der Vermögenden im Anteil am Gesamtvermögen der Bevölkerung fest. Dieser Verlust war vor allem der Tatsache geschuldet, dass die allgemeine Einkommensentwicklung den breiten Bevölkerungsschichten zu sparen ermöglichte. Hatte vor dem Ersten Weltkrieg die Mehrheit der Bevölkerung fast kein Vermögen, so trugen seit den 1930er Jahren Hausbesitz und später vor allem die Renten zu einer breiteren Vermögensverteilung bei.⁸¹

Die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ der jungen Bundesrepublik fußte ebenso auf der Wahrnehmung einer Einkommens- und Vermögensumschichtung zuungunsten des Bürgertums und wurde dadurch verstärkt, dass das den Krieg überdauernde Produktivvermögen unter alliierter Kontrolle stand, die Währungsreform von 1948 alle mit einem Startgeld von 40 D-Mark pro Kopf ausstattete und der Besitzverlust durch Krieg und Vertreibung deutlich sichtbar war. Gleichwohl blieb die Einkommensschichtung privater Haushalte zwischen 1950 und 1980 bei minimalen Schwankungen stabil. Zwar erlaubt die Datenlage keine vollständige Rekonstruktion der Veränderungen, doch deutet trotz staatlicher Transferleistungen und Umverteilungsmaßnahmen nichts auf eine Nivellierung hin.⁸² 1950 erzielte das einkommensschwächste Quintil 5,4 Prozent des verfügbaren Gesamteinkommens, 1970 5,9 Prozent. Das einkommensstärkste Quintil verdiente 1950 45,2 Prozent und 1970 45,6 Prozent, erhöhte seinen Anteil also ebenfalls. Leichte Einbußen von jeweils unter 1 Prozent hatten die mittleren drei Einkommensquintile.⁸³ Ein Ver-

⁷⁹ Lewis und Maude, *The English Middle Classes*, S. 207f.

⁸⁰ T.E.B. Howarth, *Prospect and Reality. Great Britain 1945-1955*, London 1985, S. 70; illustrativer: Jackson, *The Middle Classes*, S. 84 u. im Anhang der Gehaltsvergleich zwischen Gruppen der *middle class* von 1900 bis 1950. Der Gehaltsspielraum zwischen Staats- und privatwirtschaftlichen Berufen der *middle class* veränderte sich. Beispielsweise stieg das Gehalt von *barristers* stark an, das für Richter aber nicht. Professoren und *lecturers* wurden in den Vergleich nicht eingeschlossen. Professoren und *lecturers* wurden in den Vergleich nicht eingeschlossen. Zum Auseinanderdriften zwischen staatlichen und privatwirtschaftlich angestellten *professionals* vgl. Harold Perkin, *The Third Revolution. Professional Elites in the Modern World*, London 1996; zum Degradierungs-Gefühl der *middle classes* vgl. Lewis und Maude, *The English Middle Classes*, S. 263.

⁸¹ A. B. Atkinson, 'Distribution of Income and Wealth', in: *Twentieth-Century British Social Trends*, hg. v. A.H. Halsey u. Josephine Webb, London 2000, S. 349-381, hier S. 356 u. 358f.; vgl. Routh, *Occupation and Pay*.

⁸² Werner Abelshauser, *Die langen Fünfziger Jahre, Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949-1966*, Düsseldorf 1987, S. 51-54.

⁸³ Stefan Hradil, 'Entwicklungstendenzen der Schicht- und Klassenstruktur in der Bundesrepublik', in: *Krise der*

gleich zwischen der Bundesrepublik und Britannien zeigt für Deutschland 1973 einen minimal höheren Anteil am Einkommen des einkommensschwächsten Quintils, aber einen über 7,4 Prozent höheren Einkommensanteil des einkommensstärksten Quintils gegenüber Britannien. Die Umverteilung in Britannien durch Steuern und Sozialabgaben traf das oberste Quintil also deutlich stärker als dies in Deutschland der Fall war.⁸⁴ Eine nach Höhe des Vermögens gestaffelte Übersicht zur deutschen Entwicklung der Vermögensverteilung zwischen 1945 und 1965 liegt nicht vor, doch offenbart ein Überblick von 1973, dass kaum eine Umverteilung in die untere Vermögensgruppe stattgefunden haben kann. Das unterste Quintil besaß nur 0,8 Prozent des Nettovermögens, das zweite Quintil 2 Prozent, das dritte fast 7 Prozent, das vierte ca. 15 Prozent und das oberste Quintil 78 Prozent. Produktivvermögen und Grundbesitz wurden ebenso wie Versicherungen, Sparguthaben und Bargeld einbezogen.⁸⁵

Die Angst, dass die Arbeiterschaft im Zuge ihrer finanziellen Besserstellung verbürgerlichen und dadurch das Bürgertum zersetzen werde, bestätigte sich nicht. Trotz höheren Einkommens bewahrten auch untere Angestellte die politische und Wertetradition sowie den Lebensstil der Arbeiterschaft. Allerdings war 1949 noch offen, ob die vermeintlich nivellierende Einkommensverteilung zur Verallgemeinerung des bürgerlichen Lebensstils führen würde, ob aufsteigende Handwerker die Ideale und Traditionen der *middle classes* übernehmen würden, oder ob Teile der *middle class* ihre Eigenheiten und Gewohnheiten aufgeben würden.⁸⁶ Wie Josef Mooser für die deutsche Arbeiterschaft zeigte, führte die erst in den 1960er Jahren endgültig erreichte und besonders durch die 1957 verabschiedete Rentenreform sowie weitere sozialpolitische Maßnahmen ermöglichte Entproletarisierung nicht zu einer grundlegend veränderten Lebensweise der Arbeiter.⁸⁷ Bis in die sechziger Jahre hinein fand kein *trickle down*-Effekt bei den Konsumausgaben statt. Vielmehr unterschieden sich die Konsumpraxen der sozialen Gruppen weiterhin stark.⁸⁸

Vor allem aber führte der Egalitarismus, der in der Nachkriegszeit auf der Agenda der Parlamente stand, und in Britannien kurzfristig sogar die ganze Gesellschaft beseelte, nicht zu einer Umver-

Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Dt. Soziologentags in Bamberg 1982, hg. v. Joachim Matthes, Frankfurt/M. 1983, S. 189-205, hier S. 190-193; die Einbeziehung der immer getrennt untersuchten „Ethno-Klasse“ der Immigranten ließe sogar eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit zeigen, da die Arbeitseinzwanderung der 1960er Jahre zur Unterschichtung der deutschen Gesellschaft führte.

⁸⁴ Eike Ballerstedt und Wolfgang Glatzer, *Soziologischer Almanach. Handbuch gesellschaftlicher Daten und Indikatoren*, Frankfurt/M. 1979, S. 257, Tabelle 2; vgl. Goswin Voswinckel, ‚Die Entwicklung der Einkommens- und Güterverteilung in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1980‘, in: *Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie*, Opladen, 1982, S. 64-79. Voswinckel betrachtet aber die Einkommensverteilung zwischen Selbständigen, Arbeitnehmern, Rentnern und Pensionären unter Einbeziehung der staatlichen Transferleistungen. Das Nettogütereinkommen von Selbständigen ist zwischen 1950 und 1980 erheblich gewachsen, s. ebd. S. 72

⁸⁵ Ballerstedt und Glatzer, *Soziologischer Almanach*, S. 283.

⁸⁶ Zur Widerlegung der Verbürgerlichungsthese s. David Lockwood, *The Blackcoated Worker. A Study in Class Consciousness*, Oxford 1958, 1989, bes. S. 221.

⁸⁷ Josef Mooser, ‚Arbeiter, Angestellte und Frauen in der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“. Thesen‘, in: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, hg. v. Axel Schildt und Arnold Sywottek, Bonn 1993, S. 362-376, hier S. 370 u. 375; vgl. ders., *Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*, Frankfurt/M. 1984.

⁸⁸ Michael Wildt, ‚Das Ende der Bescheidenheit. Wirtschaftsrechnungen von Arbeitnehmerhaushalten in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1963‘, in: *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, hg. v. Klaus Tenfelde, Stuttgart 1991, S. 573-610, hier v.a. 604 ff.; vgl. ders., ‚Die Kunst der Wahl. Zur Entwicklung des Konsums in Westdeutschland in den 1950er Jahren‘, in: *Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18.-20. Jahrhundert)*, hg. v. Hannes Siegrist, Hartmut Kaelble und Jürgen Kocka, Frankfurt/M. 1997, S. 307-324, zur nicht stattfindenden Verbürgerlichung der Arbeiter v.a. S. 320f.

teilung von Chancen beim Zugang zu qualifizierten Berufen. Hier holten die Arbeiterschaft und die untere Mittelschicht gegenüber der oberen Mittelschicht nicht auf. Während das Augenmerk der höheren Schichten auf die Verringerung des Einkommensabstands zur Arbeiter- und unteren Mittelschicht gerichtet war, blendeten sie dieses Thema aus. Auch die politischen Parteien nutzten es nicht.⁸⁹ Eine mögliche Erklärung hierfür liefert der Berufsstrukturwandel, der soziale Mobilität in der Nachkriegszeit für viele ohne die Umverteilung der relativen Chancen ermöglichte. In der historisch beispiellosen Phase des ungefähr die Nachkriegsjahrzehnte umspannenden ökonomischen Booms⁹⁰ konnte sich dieser Berufsstrukturwandel besonders schnell vollziehen. Die mit dem Schrumpfen des industriellen und dem Wachsen des Dienstleistungssektors verbundene Expansion akademischer Berufe stand in einer Wechselwirkung mit der steigenden Bildungsnachfrage, die ihrerseits den Bedarf an Sekundar- und Hochschullehrern erhöhte.

Die beiden Nachkriegsjahrzehnte waren nicht nur eine Ära ungekannter Aufstiegschancen für die mittleren und unteren Schichten, vielmehr verbesserten sich gleichzeitig die Berufschancen der oberen Mittelschicht. Die besseren Berufschancen der breiteren Bevölkerung gingen nicht auf Kosten der *middle class* und des Bürgertums, da ihre Kinder ebenso bessere Bildungs- und Berufschancen vorfanden. Das Wachstum der akademischen Berufe war so groß, dass die Akademikerschicht die Stellen nicht durch Reproduktion hätte füllen können. Zwangsläufig musste die soziale Mobilität wachsen, um den Berufsstrukturwandel zu ermöglichen. So überbrückt der Berufsstrukturwandel den Widerspruch zwischen der hohen sozialen Mobilität auf der einen und der ausbleibenden Annäherung von Berufs- und Bildungschancen zwischen den Schichten auf der anderen Seite.⁹¹ Die Gruppe der *higher professionals, managers* und *administrators*, die grob mit Akademikern gleichgesetzt werden kann, nahm in Britannien zwischen 1931, 1951 und 1971 schätzungsweise von 5 auf 7 bis 10 Prozent zu. Eine ähnliche Entwicklung wird für die Bundesrepublik geschätzt. Die zunehmende Aufstiegsmobilität in die obere Mittelschicht aufgrund der Expansion der akademischen Berufe ging am unteren Ende der Berufsstruktur mit der Abnahme der Arbeiterberufe im Zuge der Automatisierung einher.⁹²

Der über die Prosperitätsphase hinausgehende historische Rückblick verdeutlicht jedoch in aller Schärfe, wie sich die konstant ungleichen Chancen in wirtschaftlich schlechteren Zeiten sofort spürbar auf die Verteilung von Spitzenpositionen auswirkten. So hingen die Zugangschancen zu Spitzenberufen diverser Promotionskohorten zwischen 1955 und 1985 je nach der allgemeinen Arbeitsmarktlage einmal mehr und einmal weniger von der sozialen Herkunft der Promovierten ab. Trotz der Promotion in karriereträchtigen Fächern hatten Juristen, Ingenieure und Wirt-

⁸⁹ Für eine Erörterung möglicher Gründe dafür, dass mangelnde Chancengleichheit nie zu politischen Forderungen führte, s. Kaelble, *Soziale Mobilität*, S. 39f. u. Hartmann, *Der Mythos von den Leistungseliten*, S. 151.

⁹⁰ Vgl. zum Boom Jean Fourastié, *Les Trente Glorieuses ou la révolution invisible de 1946 à 1975*, Paris 1979; Hartmut Kaelble, 'Boom und gesellschaftlicher Wandel 1948-1973: Frankreich und die Bundesrepublik im Vergleich', in: *Der Boom 1948-1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa*, hg. v. dems., Opladen 1992, S. 219-247; für Britannien s. Catherine R. Schenk, 'Austerity and Boom', in: *Britain since 1945*, hg. v. Jonathan Hollowell, London 2003, S. 300-319.

⁹¹ Für einen europäischen Vergleich sozialer Mobilität s. Robert Erikson u. John H. Goldthorpe, *The Constant Flux: A Study of Class Mobility in Industrial Societies*, Oxford 1993.

⁹² Vgl. Duncan Gallie, 'The Labour Force', in: *Twentieth-Century British Social Trends*, S. 281-323, hier S. 288, Tab. 8.4. Die Gleichsetzung mit Akademikern ist jedoch bei den *managers* und *administrators* m.E. nicht korrekt und die Gesamtzahl daher möglicherweise zu hoch; vgl. Hartmut Kaelble, *Soziale Mobilität und Chancengleichheit im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1983, S. 35-39.

schaftswissenschaftler, die selbst nicht aus der oberen Mittelschicht stammten, nur in jenen Jahren gute Aussichten auf Spitzenpositionen in Wirtschaft und Verwaltung, in denen die Nachfrage an Spitzenpersonal das Angebot von Nachkommen der oberen Mittelschicht übertraf. Die Erfolgchancen potentieller Aufsteiger hängen mit anderen Worten stark von der Geburtskohorte ab. Die Bildungs- und Besitzschichten vermochten ihren privilegierten Zugang zu Spitzenpositionen hingegen zu bewahren. Daher stellt sich die Frage, warum sie, wie zu zeigen sein wird, vor allem in Westdeutschland eine so abwehrende Haltung gegenüber dem Bildungs- und Aufstiegsanspruch der „Massen“ an den Tag legten.

Auf die mangelnde Chancengleichheit im Bildungs- und Berufszugang konzentrierten sich Gesellschaftskritiker wie Bogdanor und Skidelski in Britannien und Dahrendorf in Westdeutschland. Nach wie vor beschäftigt die Ursachen- und Wirkungsanalyse Heerscharen von Soziologen. Das Interesse der politischen wie der breiten Öffentlichkeit für das Problem der Chancengleichheit beim Zugang zu höherer und Hochschulbildung wie zu akademischen Berufen erreichten sie jedoch bis in die jüngste Vergangenheit nicht. Hartmut Kaelble führte dies auf eine Vielfalt von Faktoren zurück, unter diesen das Desinteresse der Arbeiterbewegung an höherer und Hochschulbildung und der schwer zugängliche soziologische Fachjargon entsprechender Studien.⁹³ Lange griff die Qualitätspresse regelmäßig das Thema Chancengleichheit auf, ohne dass sich daraus eine andauernde öffentliche Diskussion und politisches Handeln entwickelte.⁹⁴ Dies könnte an der Zusammensetzung ihrer überwiegend höher gebildeten Leserschaft liegen, die empfindlicher reagieren dürfte, wenn ihre Kinder betroffen sind.

Der Widerspruch zwischen der fortdauernden sozialen Ungleichheit und Schichtung einerseits und ihrer kontinuierlich abnehmenden „gesellschafts- und kulturprägenden Kraft“ andererseits,⁹⁵ beruht möglicherweise nicht allein auf der Diskrepanz zwischen absoluten und relativen Bildungs- und Mobilitätschancen. Kontinuierlich prangerten Vertreter privilegierter Berufsgruppen öffentlich Veränderungen an, die sie als Schlechterbehandlung und als ungerechte Nivellierung interpretierten. Während sie über das mangelnde Einkommen und Ansehen der gehobenen Berufsgruppen klagten, blieben diese jedoch recht stabil. So gesehen kann der Krisendiskurs als zentraler Bestandteil von Selbstbehauptung und von Privilegiensicherung betrachtet werden. Seine abschreckende Wirkung liegt auf der Hand: Wozu sollte das Risiko eingegangen werden, als erster einer Familie zu studieren, wenn immer wieder die Nutzlosigkeit des Studiums und die schlechte Bezahlung von Akademikern öffentlich kritisiert wird?

Insgesamt waren die Krisendiskurse zum einen Ausdruck von Nivellierungsängsten angesichts rapider sozialer Veränderungen in der Nachkriegszeit und zum anderen ein Instrument zur Statussicherung durch Abgrenzung gegenüber anderen Schichten und durch hörbaren Protest gegen Veränderungen, die der eigenen Gruppe schädlich sein könnten.

⁹³ S. Kaelble, *Soziale Mobilität*.

⁹⁴ Beispielhaft Elisabeth Niejahr, ‚Das Märchen vom Aufstieg‘, in: *Die Zeit*, Nr. 20 v. 8. Mai 2002; vgl. Henz und Maas, ‚Chancengleichheit und Bildungsexpansion‘.

⁹⁵ Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 408; Ulrich Beck, ‚Jenseits von Stand und Klasse. Auf dem Weg in die individualisierte Arbeitsgesellschaft‘, in: *Merkur*, 38.1984, S. 485-497.

2 Bildungsexpansion und Wandel der studentischen Sozialstruktur

Ausbleibende Hochschulreformen

Die Entscheidung für die Öffnung der Universitäten durch die beträchtliche Erhöhung der Studentenzahlen fiel in Britannien bereits während des Zweiten Weltkriegs. Die Universitätsexpansion war jedoch nicht Teil der Bildungsreform von 1944, und ebenso wenig wie in Westdeutschland stand in Britannien die Reform des Hochschulsystems zur Debatte. Vielmehr beschränkten sich die Pläne für die Hochschulentwicklung auf den physischen Ausbau und dessen öffentliche Finanzierung.⁹⁶

Der Ausbau der Universitäten wurde in einen Zusammenhang mit dem konstatierten wachsenden Graduiertenbedarf gestellt. Über diesen zu berichten und Wege für die Expansion aufzuzeigen, war Auftrag des im Dezember 1945 von der *Labour*-Regierung fünf Monate nach ihrem Wahlsieg eingesetzten „Committee on Scientific Manpower“⁹⁷ unter Leitung des Staatssekretärs im Finanzministerium, Sir Alan Barlow.⁹⁸ Zu den im Mai 1946 veröffentlichten Empfehlungen des Ausschusses zählte, die Universitäten zügig um 50 Prozent auszubauen, um den gestiegenen Bedarf an Hochschulabsolventen in Bürokratie, Industrie und den *professions* zu decken. Für dieses Ziel sollte die Regierung dem *Universities Grant Committee* mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen und mindestens eine neue Universität gründen. Die Last der Expansion sollte unterschiedlich auf die diversen Universitätstypen verteilt werden. Oxford und Cambridge würden gar nicht expandieren, während die Provinzuniversitäten 86 Prozent der Expansion leisten würden.⁹⁹

Die Doppelstruktur der englischen¹⁰⁰ Universitätslandschaft dürfte die Durchsetzung der Expansion gegenüber ihren Kritikern erleichtert haben, denn der Ausbau der Universitäten zwischen 1947 und 1964 wurde den Empfehlungen des *Barlow Committee* entsprechend hauptsächlich von den weniger elitären Provinzuniversitäten getragen. In *Oxbridge* blieb alles beim Alten. So konnten der Bildungswunsch der Bevölkerung und der Graduiertenbedarf befriedigt werden, ohne die Elitenbildung einzuschränken. Dies veränderte jedoch zwangsläufig die Universitätslandschaft: Waren Oxford und Cambridge um 1900 in numerischer, akademischer und sozialer Hinsicht noch die wichtigsten englischen Universitäten gewesen, nahmen am Ende des Zweiten Weltkriegs die Provinzuniversitäten und London zusammen bereits die Mehrzahl aller Studenten auf.¹⁰¹

Die ausgeprägte Hierarchie unter den Universitäten war wiederum mit dem Aufstieg der *industrial*

⁹⁶ H.C. Dent, *Century of Growth in English Education*, London 1970, S. 117f. u. S. 123.

⁹⁷ Committee on Scientific Manpower, *Scientific Man-Power*. Report of a committee appointed by the Lord President of the Council, London 1946 (=Barlow Report).

⁹⁸ Simon, *Education and the Social Order*, S. 92 u. 94.

⁹⁹ Committee of Vice-Chancellors and Principals, A note on University Policy and Finance in the Decennium 1947-56, 6 July 1946, S. 5, in: MRC Warwick, MSS.399/4/1/1.

¹⁰⁰ Die Schotten hatten ein eigenes Bildungssystem und eine Tradition des offeneren Bildungszugangs, und die *University of Wales* wurde erst 1893 gegründet.

¹⁰¹ Neben Oxford und Cambridge existierten die zahlreichen und heterogenen *Colleges* der *University of London* sowie die *Colleges* der größten Provinzstädte, denen nach und nach eine Universitätsverfassung verliehen wurde. Die vier im Mittelalter gegründeten Universitäten in Schottland und die erst 1893 gegründete *University of Wales* vervollständigten die britische Universitätslandschaft. Für eine Übersicht über alle Universitätsgründungen in Britannien zwischen 1249 und 1961 s. Sampson, *Anatomy*, S. 208; vgl. Halsey und Trow, *British Academics*, S. 141.

middle class verbunden. Oxford und Cambridge waren die einzigen englischen Universitäten, als die wirtschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert einen Bildungsbedarf erzeugte, auf den die industrielle *middle class* mit der Gründung eigener Universitäten reagierte. In ihrer Entstehungsphase hatte sie sich von den Universitäten ferngehalten, denn als Non-Konformisten bzw. *Dissenters* erfüllten sie weder die Zugangsvoraussetzung der Zugehörigkeit zur anglikanischen Kirche noch verfügten sie über die ebenso vorausgesetzte klassische Schulbildung. Zudem wurden dort die *landed classes* zusammen mit dem Klerus und den *top professionals* Südostenglands ausgebildet. Die modernen Universitäten in den englischen Provinzstädten waren damit ein Ergebnis von Klassen- und Statuskämpfen und resultierten aus der Konkurrenz um die Chancenverteilung durch Universitätsausbildung. Viele von ihnen pflegten einen Wissenstransfer mit der lokalen Industrie und dem Handel, die ihrerseits Studenten Arbeitsplätze boten.¹⁰²

Seitdem standen zwei Universitätstraditionen mit je eigenen Lehrzielen und Klientelen nebeneinander: Oxford und Cambridge bildeten die nationale Elite aus, stellten Charakterbildung ins Zentrum des Studiums und vermittelten Bildung und Erziehung, die den Erfordernissen eines dem *gentleman* entsprechenden Lebensstils entsprach. Die höchsten beruflichen Positionen in Regierungen und in den *professions* gingen überwiegend an ihre Absolventen.¹⁰³ Die übrigen Universitäten, London eingeschlossen, bildeten die regionale *professional* und *industrial middle class* in meist aus einem Fach bestehenden, berufsvorbereitenden Studiengängen aus und zogen hauptsächlich Studenten der Umgebung an. Unternehmersöhne selbst pflegten nicht zu studieren.¹⁰⁴ Erst als seit dem Ende des 19. Jahrhunderts junge Männer aus industriellen und Handelsfamilien verstärkt Oxbridge besuchten, bildete sich durch die nun einsetzenden Assimilierungsprozesse die hierarchische Universitätslandschaft mit Oxford und Cambridge an der Spitze heraus.¹⁰⁵

Unumstritten führte die Bildungsexpansion zur Bildungsreform, nicht umgekehrt. Ebenso wie in Westdeutschland wurde in Britannien die Reformdiskussion in engen akademischen Kreisen geführt. Die fünfziger Jahre waren laut Halsey und Trow trotz Expansion ein Jahrzehnt der Stabilität.¹⁰⁶ Eine Massen-Hochschulbildung strebte niemand an. Eine Minderheit radikaler Reformen war bereit, über zehn Prozent der entsprechenden Altersgruppe in die Universitäten aufzunehmen. Entgegen dem starken meritokratischen Impuls innerhalb des traditionellen liberalen *Establishments* war immer nur eine geringe Zahl von zu Fördernden im Gespräch.

Ende der fünfziger Jahre fiel schließlich zögernd und widerstrebend die Entscheidung, die stetig

¹⁰² Richard H. Trainor, 'The social impact of British universities since 1850', in: *Geburt oder Leistung? Elitenbildung im deutsch-britischen Vergleich*, hg. v. Franz Bosbach u.a., München 2003, S. 217-228, hier S. 219f.; erst 1871 wurden religiöse Restriktionen per Gesetz abgeschafft. Vgl. Halsey und Trow, *British Academics*, S. 32-35.

¹⁰³ Trainor, 'Social Impact', S. 221, zum Ideal des *gentleman*, dessen Ethos der ungebremste Drang zum Dienst an der Gemeinschaft gepaart mit Fleiß war, s. dazu Annan, *Our Age*, S. 37.

¹⁰⁴ Vgl. zur ausufernden Debatte um den industriellen *Decline* in Britannien, der u.a. auf die Fehleinschätzung der Unternehmer hinsichtlich der Nützlichkeit von gebildeten Industriemitarbeitern zurückgeführt wurde und Deutschland als erfolgreiches Gegenmodell projizierte: F.M.L. Thompson, *Gentrification and the Enterprise Culture. Britain 1780-1980*, Oxford 2001.

¹⁰⁵ Zum zunehmenden Strom von englischen Unternehmern in die Universitäten und nach Oxbridge s. Hartmut Berghoff, *Englische Unternehmer 1870-1914. Eine Kollektivbiographie führender Wirtschaftsbürger in Birmingham, Bristol und Manchester*, Göttingen 1991, S. 113: Von der bis 1815 geborenen Generation studierten nur 6,2%, davon 1,8% in Oxbridge. Insgesamt 12% der zwischen 1816 und 1860 Geborenen studierten, 5% allein in Oxbridge. 29,7% der nach 1860 Geborenen studierten, erstmals mit einem Schwerpunkt von 18,8% in Oxbridge; vgl. Trainor, 'Social Impact', S. 220 sowie Halsey und Trow, *British Academics*, S. 40.

¹⁰⁶ Halsey und Trow, *British Academics*, S. 217.

steigende Nachfrage zu befriedigen.¹⁰⁷ Als der Wettbewerb um Studienplätze zu scharf wurde, setzte die Regierung 1961 das *Robbins Committee* ein, um Vorschläge zur Veränderung der Struktur des Hochschulsystems zu unterbreiten. Mehrere Schwächen dieses Systems waren identifiziert worden: Es studierten zu wenig Frauen; die Universitäten hatten kaum Kontakt zu anderen Einrichtungen der tertiären Bildung, wie den *Teacher Training Colleges* und den *Colleges of Advanced Technology*; es gab viel mehr Begabte als Plätze; der Mangel an Studienplätzen verhinderte ein meritokratisches System.¹⁰⁸

Der Robbins-Bericht markiert insofern eine Zäsur der öffentlichen und universitären Meinung, als diese sich bei seiner Veröffentlichung 1963 so weit entwickelt hatte, dass sich nun eine Mehrheit von befragten Hochschullehrern vorstellen konnte, bis 1980 sogar 20 Prozent der Altersgruppe studieren zu lassen.¹⁰⁹ Der gefeierte Bericht führte aber letztlich nicht zur institutionellen, die Hochschullandschaft demokratisierenden Reform. Dies ist die wohl klarste Parallele zur deutschen Bildungsreform. Kurz vor der Veröffentlichung des Robbins Berichtes hatte sich die *Labour*-Partei auf dem Parteitag von 1963 als Modernisiererin gefeiert. Harold Wilson hatte als neuer Parteiführer eine engagierte Rede für die Expansion der Hochschulbildung gehalten. Als drei Wochen später der Bericht publiziert wurde, erntete er von allen Seiten Lob. Obwohl in der universitätslastig besetzten Kommission weder die *Technical* und *Teacher Training Colleges* noch die staatlichen weiterführenden Schulen repräsentiert waren, legte sie bahnbrechende Empfehlungen vor: ein einheitliches System, das die bisher national finanzierten Universitäten (*Oxbridge*) in die allgemeine, von den *local authorities* getragene Hochschullandschaft einordnen würde. Die Expansion allein der Universitäten sollte 1980-81 346 000 Jugendlichen ein Studium ermöglichen, fast dreimal soviel wie 1962. Sie sollten weiterhin den Großteil der tertiären Bildung leisten. Neue Universitäten sollten gegründet und die Lehrerbildung ausgeweitet werden. Vollstipendien für Studenten sollten Darlehen vorgezogen werden. Zurückhaltend kritisierte der Bericht die Hegemonie von Oxford und Cambridge und legte diesen Universitäten nahe, sich zu reformieren.

Doch bereits im April 1965 lehnte Bildungsminister Anthony Crosland¹¹⁰ die Schaffung eines einheitlichen Universitätssystems ab und entschied, die *Technical Colleges* und *Colleges of Education* dem öffentlichen Sektor unterstellt zu lassen und die Autonomie der Universitäten zu erhalten. Die Entscheidung gegen einen Systemwandel führte die Arbeit des Ausschusses ad absurdum, protestierte Lionel Robbins im Oberhaus, denn seine Aufgabe war nicht etwa die Planung einer ohnehin stattfindenden Expansion gewesen, sondern die Unterbreitung der nun abgelehnten Vorschläge zur Neuordnung des Systems.¹¹¹

Bis Ende der fünfziger Jahre blieben in Westdeutschland zwei Entscheidungen aus: ob die beste-

¹⁰⁷ A.H. Halsey, *Decline of the Donnish Dominion. The British Academic Professions in the Twentieth Century*, Oxford 1995, S. v u. 13-17; vgl. Simon, *Education and the Social Order*, S. 203 u. 217.

¹⁰⁸ Trainor, 'Social Impact', S. 224.

¹⁰⁹ Halsey und Trow, *British Academics*, S. 56.

¹¹⁰ (Charles) Anthony Raven Crosland, Jg. 1918, Sohn d. *under-secretary, War Office*, Joseph Beardsell Crosland; *Highgate School*; *Trinity College*, Oxford; 1947-1950 *lecturer u. Fellow, Economics*, 1966 *Honorary Fellow, Trinity College*; 1940-1945 Kriegsdienst; marxist. Mitglied d. *Oxford Labour Club*; 1946 *President Oxford Union*; 1950-1955, 1959-1977 *Labour MP*; 1965 *Privy Council*; 1965-1967 *Secretary of State for Education and Science*; 1967 *President Board of Trade*; später Umwelt- und Außenminister; Autor: 1953 *Britain's Economic Problem*; 1956 *The Future of Socialism* (über zwei Jahrzehnte lang grundlegende Schrift der moderaten Linken), 1962 *The Conservative Enemy*; s. *Dictionary of National Biography*, CD-Rom; vgl. Butler u. Butler, *Twentieth Century British Political Facts*, S. 79.

¹¹¹ Simon, *Education and the Social Order*, S. 230-249.

henden Hochschulen ausgebaut oder neue gegründet werden sollten, und ob oder wie eine Arbeitsteilung zwischen Universitäten, Technischen Hochschulen und anderen Institutionen des tertiären Bereichs gestaltet werden sollte. Erst 1957 riefen Bund und Länder den Wissenschaftsrat ins Leben und beauftragten ihn damit, Vorschläge für die Hochschulentwicklung auszuarbeiten. Seine Empfehlungen von 1960 zum Ausbau der Hochschulen führten schließlich zur Gründung neuer Universitäten in Bochum, Bremen, Konstanz und Bielefeld. Zwischen 1960 und 1980 wurden 24 neue Universitäten gegründet.¹¹²

Anfang der sechziger Jahre führten der internationale Vergleich durch die Bildungsökonomie und den Wirtschaftswettbewerb zur verstärkten öffentlichen Diskussion. Noch bevor der Philosoph und Pädagoge Georg Picht 1964 die deutsche Bildungskatastrophe ausrief und damit eine bildungspolitische Lawine ins Rollen brachte, hatte Bundeskanzler Ludwig Erhard in seiner Regierungserklärung von Oktober 1963 dessen Thesen aufgegriffen, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik vom Bildungsstandard ihrer Bevölkerung abhingen, womit er auf den versiegenden Flüchtlingsstrom von DDR-Bürgern reagierte. Die Antriebskräfte für Bildungsreformen waren somit eher wirtschaftlicher als sozialer oder bürgerrechtlicher Natur. Ralf Dahrendorf, der das individuelle Recht auf Bildung in den Vordergrund stellte, bildete eher die Ausnahme als die Regel.¹¹³ Picht prangerte an, dass das durchschnittliche Bildungsniveau der Bevölkerungsmehrheit nicht mit Westdeutschlands wirtschaftlichen und politischen Konkurrenten mithalten könne. Zum einen lag die Schulpflicht bei nur acht Jahren, gegenüber zehn in Britannien und Frankreich und sogar zwölf in den Vereinigten Staaten. Zum anderen sah er „im Zuge der Entwicklung der wissenschaftlichen Zivilisation“ die drastische Erhöhung der Abiturienten- und Akademikerzahlen“ als unabdingbar, um zu verhindern, dass Westdeutschland „unter die Räder“ komme. Die Qualität der Ausbildung, griff Picht das Argument von Expansionsgegnern auf, sei in der Tat gesunken, aber gerade weil es zu wenig höher Gebildete gäbe. So litten die Schulklassen deshalb unter Überfüllung, weil nicht genug Lehrer ausgebildet worden seien. Schließlich könne „selbst der klügste Student“ in „sogenannten Massenfächern für mehrere Hunderte von Studenten“ gegenüber nur einem Ordinarius nicht lernen.¹¹⁴ Dahrendorf lehnte die Ableitung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit von Abiturientenzahlen als reine Spekulation ab und vertrat zudem die Auffassung, dass Bildungspolitik mehr als „eine Magd der Wirtschaftspolitik“ sei.¹¹⁵ Der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften in den fünfziger Jahren und die Ost-West-Konkurrenz der Wirtschaftssysteme in den sechziger Jahren bilden dennoch den Hintergrund einer „ökonomisch orientierten Bildungspolitik“, deren Ziel es sein sollte, die bis 1970 vorgegebenen Wachstumsraten zu erreichen. Wirtschaftswachstum wurde als Bedingung und Resultat von Kulturpolitik verstanden.¹¹⁶

Die Funktion von Bildungspolitik bei der Weichenstellung für die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft, wie sie seit 1942 die britischen Gemüter bewegte, kam Mitte der sechziger Jahre für

¹¹² Christoph Führ, ‚Einleitung. Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945‘, in: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd VI/1, 1945 bis zur Gegenwart, München 1998, S. 1-24, hier S. 16, Zitat ebd.

¹¹³ George Turner, *Hochschule zwischen Vorstellung und Wirklichkeit. Zur Geschichte der Hochschulreform im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts*, Berlin 2001, S. 21.

¹¹⁴ Picht, *Bildungskatastrophe*, S. 24f. u. 28-30; Zitate S. 28 u. S. 30; vgl. dazu Kenkmann, ‚Von der bundesdeutschen „Bildungsmisere“‘, der v.a. die Debatte über die Schulreform abhandelt.

¹¹⁵ Ralf Dahrendorf, *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*, Bramsche 1966, S. 18 und Zitat S. 22.

¹¹⁶ Führ, ‚The German University‘, S. 83f.

kurze Zeit im Zentrum der deutschen Politik und der öffentlichen Diskussion an, nachdem zwei Jahrzehnte lang intensiv, aber größtenteils unter Ausschluss der Öffentlichkeit, über den Umgang mit der Expansion debattiert worden war.¹¹⁷ Wenngleich Männer wie Dahrendorf und Picht erst durch die breite öffentliche Unterstützung Gewicht erhielten, kann keine Rede davon sein, dass die Reform „von außen“ angestoßen wurde. Schließlich war Dahrendorf seit 1960 Professor für Soziologie in Tübingen und Gründungsdirektor der Universität Konstanz. Georg Picht hatte von 1953 bis 1964 dem Deutschen Ausschuss für Bildungswesen angehört, war 1953 Gastgeber der ersten großen deutschen Hochschulreformkonferenz in Hinterzarten gewesen und lehrte seit 1965 Religionsphilosophie an der Universität Heidelberg.¹¹⁸

Absolute und relative Bildungsbeteiligung

Die Bildungsexpansion verlief seit Mitte des 19. Jahrhunderts in allen größeren europäischen Ländern ähnlich.¹¹⁹ Der kontinuierliche Wachstumspfad wurde durch die beiden Weltkriege unterbrochen. Allein in Deutschland kehrte sich nach 1933 der Wachstumstrend infolge nationalsozialistischer Schrumpfungspolitik um. Anschließend schnellten die Studentenzahlen, die zwischen 1950 und 1970 in ganz Europa einen Sprung machten, in Westdeutschland besonders in die Höhe. Eine der Hauptursachen für die Bildungsexpansion war der Berufsstrukturwandel. Die Studentenzahlen stiegen ungefähr entsprechend der Expansion akademisch geschulter Berufe. Davon profitierten zwar alle sozialen Schichten, doch dominierten die Ober- und Mittelschichten Europas weiterhin die Hochschulen. Sie ließen nun vermehrt alle ihre Kinder, vor allem ihre Töchter, studieren.¹²⁰

Als Kontext für die jeweils nationalen Debatten unter Hochschullehrern und Unternehmern bieten Tabelle 1 und 2 einen Blick auf die Entwicklungen an den jeweiligen Universitäten eines Landes. Für den schnelleren Überblick, einen vorsichtigen Vergleich und um offensichtliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuzeigen, werden die Tabellen direkt untereinander gesetzt.¹²¹ Aufgrund der unbefriedigenden Datenlage und einer mangelhaften Vergleichbarkeit

¹¹⁷ Ellwein, „Die deutsche Gesellschaft“, S. 88.

¹¹⁸ Georg Picht, Jg. 1913, Urenkel d. Archäologen Ernst Curtius u. Neffe d. Romanisten Ernst Robert Curtius; Studium klass. Philologie, Philosophie u. Pädagogik, 1942 Promotion Freiburg/Br.; 1946-1952 Leitung, Landerziehungsheim Birklehof bei Hinterzarten, dort seit 1940 Griechisch- u. Lateinlehrer; 1958 Forschungsstätte d. Evang. Studiengemeinschaft (FEST), 1965 o.Prof. Religionsphilosophie, Heidelberg; 1952-1962 Mitgl. Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen; Mitgl. Kuratorium d. Dt. Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung; Autor v. *Die deutsche Bildungskatastrophe*, 1964 u.v.a.; s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom u. vgl. Turner, *Hochschule*, S. 18; Ralf Dahrendorf, 1993 *life peer*, Jg. 1929, Sohn eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Widerstandskämpfers; 1944-1945 Inhaftierung wegen Mitgliedschaft in einer antinazistischen Schülergruppe; Studium Philosophie u. klass. Philologie, Hamburg, 1952 Promotion; 1956 *PhD*, London; 1957 Habilitation, Saarbrücken; seit 1958 Prof. Soziologie in Hamburg, Tübingen, Konstanz u. London; 1991-1997 *Vice-Chancellor*, Oxford University; Politik: 1969 MdB, FDP; parlamentar. Staatssekretär, Außenministerium; 1970 EU-Kommissar; 1997 Direktor Bankgesellschaft, London; seit 2005 Forschungsprofessur Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin; s. *Wer ist Wer*, 1962.

¹¹⁹ Für eine europäische Übersicht der Zahl der Studentenquoten in Relation zu den 20-24jährigen s. Kaelble, *Soziale Mobilität*, S. 200, Tab. 3.3.1.

¹²⁰ E.G. Edwards, *Higher Education for Everyone*, London 1982, S. 67.

¹²¹ Die Hauptschwierigkeit der Datenerhebung besteht darin, dass das Studium in Britannien drei Jahre dauert und in der regulären Studienzeit abgeschlossen wird, während es in Deutschland eher auf fünf Jahre angelegt ist, aber bereits im Untersuchungszeitraum häufig weit länger dauerte und bis zur Einführung des Magisters üblicherweise mit dem Doktorat abgeschlossen wurde. In Britannien folgte auf ein Studium häufig noch eine lange Ausbildung an außeruniversitären Institutionen, beispielsweise zum Anwalt, die nicht in den Universitätsstatistiken erfasst wird,

können sie jedoch nicht zusammengefügt werden.

Tabelle 1: Studenten an britischen Universitäten (1900/1-1962/3)

Studienjahr	Absolut	Je 10000 Einwohner	Relativ zur Altersgruppe
1900/01	20 000	5,5	0,8
1924/25	42 000	9,6	1,5
1938/39	50 000	10,8	1,7
1950/51	85 314	17,3	
1954/55	82 000	16,5	3,2
1960/61	107 699	21,2	
1962/63	118 000	22,7	4
1970	217 200	40,3	

Quellen: abs. Zahlen und Kohortenrelation bis 1962 aus: Halsey, 'Higher Education', S. 206, Tabellen 7.1. u. 7.2. (Auszüge); Robbins Committee, *Evidence*, S. 4, Tabelle 1 (Auszug); Flora, *State, Economy and Society*, 1987, Bd. 2, S. 79 u. 83; 1970 aus Halsey, 'Further and Higher Education', S. 228, Tabelle 6,4.¹²²

Im Laufe der Expansion stieg die absolute Bildungsbeteiligung in beiden Ländern beträchtlich. In Britannien verlief die Entwicklung im groben Zeitverlauf kontinuierlich, wobei sich das Wachstum fortwährend beschleunigte. In den 24 Jahren zwischen 1900 und 1924 verdoppelte sich die Anzahl der Studenten auf 42 000. In den folgenden 26 Jahren verdoppelte sie sich bis 1950 erneut auf nun 85 314 Studenten. Nur 12 Jahre später, 1962, waren es wiederum 118 000 Studenten mehr und damit 118 000. In Deutschland wuchs die Studentenzahl seit 1900 noch stärker: 1920 studierten 87 476 und damit zweieinhalb mal so viele Studenten wie 1900.

doch strenggenommen äquivalent zum abgeschlossenen deutschen Jurastudium wäre. Die Definition der Institutionen, die als „Universität“ definiert werden, ist eine Hauptschwierigkeit, doch häufig in Datensammlungen nicht eindeutig dargelegt. Beispielsweise findet die Lehrerbildung in Deutschland an den Universitäten statt, während sie in Britannien ausgelagert und daher auch weniger hoch angesehen ist. Für die britischen Studentenzahlen wurden Studenten im *Teacher Training* daher nicht beachtet. Des Weiteren ist die übliche Referenz auf die 20-24jährigen als korrespondierende Altersgruppe aufgrund der doch stark abweichenden tatsächlichen Studiendauer in beiden Ländern nicht optimal, doch ist diese Referenz Standard und dieses Problem m.W. noch nicht gelöst worden. Zudem basieren die Bevölkerungszahlen und Altersgruppen nur teilweise auf Volkszählungen, so dass viele Schätzungen unumgänglich sind. Schließlich wandeln sich sowohl im Zeitverlauf als auch im internationalen Vergleich, und nicht zuletzt von Statistik zu Statistik, die den erfassten Bildungsdaten zugrundeliegenden Definitionen.

¹²² Die absoluten Studentenzahlen sind überwiegend Halsey, 'Higher Education', S. 206, Tabelle 7.1. (Auszug) entnommen; die Jahre 1950/51, 1955/56 u. 1960/61 wurden ergänzt aus Robbins Committee, *Higher Education*, Appendix Three to the Report, *Teachers in Higher Education*, S. 4, Tabelle 1 (Auszug); die Zahl für 1970 aus A.H. Halsey, 'Further and Higher Education', in: *Twentieth-Century British Social Trends*, hg. v. dems. u. Josephine Webb, London 2000, S. 221-253, hier S. 228, Tabelle 6.4; die Studentenquoten pro Einwohner (ohne Nordirland) wurden berechnet nach Peter Flora, *State, Economy and Society*, 1987, Bd. 2, S. 79 u. 83; die Studentenrate in Relation zur korrespondierenden Altersgruppe wurde aus Halsey, 'Higher Education', S. 206, Tabelle 7.2. übernommen. Für eine Übersicht der gesamten britischen Entwicklung in der Higher Education, die neben Universitäten auch die Teacher Training Colleges und die meist berufsbegleitenden Further Education Institutionen betrachtet, vgl. Halsey, *British Social Trends*, S. 270. Hier wurden Lehrerbildung und Further Education nicht aufgenommen, da ihre Qualität, Länge und Standardisierung nicht der Hochschulbildungsstandards entspricht, die Vergleichbarkeit mit dem deutschen Universitätsstudium verschlechtert hätte. In Britannien lagen diese Institutionen in der Hierarchie klar unter den Universitäten, insofern die mit den Abschlüssen einhergehenden Karrierechancen und Einkommenschancen als Maßstab gelten dürfen.

Bis 1930 erhöhte sich die Studentenzahl nochmals um 25 000 Studenten auf 102 865. Der dann einsetzende Einbruch wurde zumeist auf die nationalsozialistische Politik der Hochschulverkleinerung und besonders auch der Frauen-Abdrängung zurückgeführt. Claudia Huerkamp betonte dagegen, dass schon vor dem Nationalsozialismus Abiturienten auf die einsetzende restriktive Hochschulpolitik reagiert hatten. So führten die Weimarer Überfüllungskrise, schlechter werdende Berufschancen für Akademiker und der Versuch, die „Akademikerschwemme“ einzudämmen, bereits 1931 zu einem Rückgang der Immatrikulationen, besonders, aber nicht nur, unter Abiturientinnen.¹²³ Zwischen 1930 und 1935 fiel die allgemeine Studentenzahl im Sturzflug um ungefähr 40 Prozent auf knapp 62 000. Erst 1950 erreichte die Bundesrepublik Studentenzahlen, die gemessen an der Einwohnerzahl denen von 1930 entsprechen.

Tabelle 2: Studenten an Universitäten im Deutschen Reich/ in der Bundesrepublik (1900-1980)

Studienjahr	Absolut	Je 10000 Einwohner	Relativ zu den 20-24jährigen
1900/01	33 986	6,1	0,9
1920/21	87 476	14,2	2,1
1930/31	102 865	15,8	2
1935/36	61 810	9,2	
1940/41			1,1
1950/51	79 770	15,6	4,4
1955/56	85 914	16,1	
1960/61	161 792	29,2	6,3
1965/66	206 275	35,0	
1970			13,5

Quelle: Ellwein, *Universität*, S. 335f., Tabelle 1 (Auszug); Kaelble, *Soziale Mobilität*, S. 200, Tabelle 3.3.1. (Auszug)¹²⁴

Bis Mitte der sechziger Jahre studierte in beiden Ländern eine Minderheit, wie der Studentenquote relativ zur korrespondierenden Altersgruppe zu entnehmen ist.¹²⁵ Doch vollzog sich auch hier seit Beginn des Jahrhunderts eine beachtliche Entwicklung. 1900 studierten in Britannien wie in Deutschland knapp unter einem Prozent der Altersgruppe. Bis Mitte der dreißiger Jahre wuchs der Anteil der Studenten an ihrer Altersgruppe in Deutschland deutlich stärker als in Britannien, betrug aber in beiden Ländern weniger als zwei Prozent. Bis 1940 hatte sich die Studentenquote in Deutschland wieder auf 1 Prozent halbiert, während sie in Britannien gleichmäßig anstieg. 1962 studierten dort 4 Prozent der Altersgruppe, in Westdeutschland hingegen war diese Marke schon 1950 wieder gerissen. 1960 studierten dort bereits über 6 Prozent der Zwanzig- bis Vierundzwanzigjährigen.

In Britannien war nach dem Zweiten Weltkrieg die Wirkung des *Education Act* von 1902 in Form einer wachsenden Nachfrage nach Studienplätzen zu spüren. Mit ihm war ein nationales System

¹²³ Claudia Huerkamp, *Bildungsbürgerinnen: Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900-1945*, Göttingen 1996, S. 16 u. S. 307f.

¹²⁴ Die absoluten Studentenzahlen sowie die Studentenquoten in Relation zur Gesamtbevölkerung sind Ellwein, *Universität*, entnommen, die Studentenquoten je 20-24jährige aus Kaelble, *Soziale Mobilität*, S. 200.

¹²⁵ Zur Problematik des Altersgruppen-Vergleichs s. Fußnote 121.

von Sekundarschulen geschaffen worden, während davor die Schulbildung der Mehrheit mit der Elementarschule abgeschlossen gewesen war. Zwischen 1902 und 1938 verdoppelte sich der Anteil von Siebzehnjährigen in Ganztagsbildung von zwei auf vier Prozent und stieg bis 1962 sogar auf 15 Prozent an.¹²⁶ Der von diesen Schülern und Schülerinnen erzeugte Druck auf die Universitäten wurde von der wachsenden Nachfrage nach Graduierten für die expandierenden *professional* und *managerial* Berufe in Verwaltung, Industrie sowie dem Bildungssystem noch verstärkt.¹²⁷

Das seit Anfang des 20. Jahrhunderts eingeführte Stipendienwesen ermöglichte britischen Jungen und Mädchen aus einfachen *middle class*-Verhältnissen ein Studium. Die Diskussionen über die Zukunft der expandierenden Universitäten kreisten gleichwohl um einen sehr kleinen Ausschnitt des Bildungssystems. Im internationalen Vergleich studierten zudem dramatisch wenige Briten. 1957 zählte die UNESCO in den USA je 1 Million Bevölkerung 16 670, in Westdeutschland 3 000 und in Britannien 1 815 Studenten. Die hier herangezogenen Daten sind weniger dramatisch, doch in der Tendenz spiegeln sie ebenfalls wider, dass weniger Briten studierten. Dies ist ab 1960 zu sehen, mit je 10 000 Einwohnern 29 Studenten in Deutschland und 21 Studenten in Britannien.¹²⁸

In Westdeutschland fielen die Zahlen noch höher aus, wären neben den Universitäten auch andere Hochschulen erfasst worden. So waren 1950 insgesamt ca. 105 000 Studenten an 18 Universitäten, 8 Technischen Hochschulen, 1 Medizinischen Akademie, 6 sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen, 23 Musik- und Kunsthochschulen sowie 1 Sporthochschule eingeschrieben. Neun Jahre darauf hatte sich die Gesamtzahl der Studenten auf 205 346 sogar nahezu verdoppelt.¹²⁹ Die Universität war schon bis zur Weimarer Republik zum „Großbetrieb“ angewachsen, als die Studentenzahlen doppelt so schnell wie die Mitgliedszahlen des Lehrkörpers stiegen. Dies hatte zu einem in der Weimarer Republik stärker als in der Nachkriegszeit ausgeprägten Vermassungsdiskurs geführt.¹³⁰ Als direkt nach dem Krieg wieder mehr Studenten in die Universitäten strömten, nahmen sie lediglich den Weimarer Trend wieder auf. Trotz der im Vergleich zum Nationalsozialismus enormen Expansion der Universitäten war die Studentenschaft in den fünfziger Jahren noch überschaubar, so dass weitere zwei Studentengenerationen „im Geist der alten deutschen Universität“ ausgebildet wurden. Die restriktive Schul- und Universitätspolitik der Nationalsozialisten wirkte fort.¹³¹ Bis 1959 tat sich laut Helmut Coing, dem ersten Vorsitzenden des Wissenschaftsrats, „nichts Entscheidendes“. In den fünfziger Jahren setzte die „quantitative Expansion“ zumindest bei den Diplomen aber tatsächlich ein.¹³² Die Promoviertenzahlen in Jura, Wirtschaft, Chemie und Ingenieurwissenschaften stagnierten jedoch zwischen 1952 und 1965. Joly führt dies auf einen erfolgreichen Abschreckungsdiskurs in der Wirtschaftspresse zurück, demnach die Stu-

¹²⁶ Vgl. Anthony Heath, ‚Education since 1945‘, in: *Britain since 1945*, hg. v. Jonathan Hollowell, London 2003, S. 302.

¹²⁷ E.H. Halsey, ‚Higher Education‘, in: *Trends in British Society since 1900. A Guide to the Changing Social Structure of Britain*, hg. v. dems., London 1972, S. 192-226, hier S. 195-197.

¹²⁸ Sampson, *Anatomy*, S. 195 führt, eine UNESCO-Studie zitierend eine leicht unter Halsey liegende Studentenquote an; vgl. Trainor, ‚Social Impact‘, S. 220 und Annan, *Our Age*, S. 369.

¹²⁹ Ellwein, *Universität*, S. 249.

¹³⁰ Ringer, ‚Das gesellschaftliche Profil‘, S. 95 u. 99.

¹³¹ Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer 1949-1957. Gründerjahre der Republik*, Stuttgart 1981, S. 417.

¹³² Helmut Coing, ‚Lage und Ausbau der deutschen Hochschulen‘, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. 8, Nr. 1, Januar 1960, S. 7-21, hier S. 7f.; Oehler, ‚Hochschulen‘, S. 414 u. 417; biographische Angaben zu Helmut Coing s. in Kapitel 5.

dentem zu alt würden und anstatt einer Promotion schnell ins Berufsleben eintreten sollten. Dem steht die tatsächliche Privilegierung von Promovierten für eine Karriere in der Wirtschaft gegenüber.¹³³

Ursache für die massive Expansion waren hauptsächlich die geburtenstarken Jahrgänge, die in die Universitäten drängten. Zur verstärkten Bildungsnachfrage bis zur Hochschulreife trugen zudem das Aufstiegsstreben des sogenannten neuen Mittelstandes, der wachsende Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften im Zuge der Vollbeschäftigung und die zunehmende Akademisierung von Berufen bei.¹³⁴ Der Jahrgang 1936 zählte ungefähr 37 000 Abiturienten, der von 1943 63 000: Veränderungen ohne jegliche Bildungsreform. 1950 bestanden 31 216 Gymnasiasten das Abitur, zwischen 4 und 5 Prozent des Altersjahrgangs. 1962 erlangten bereits 57 638 bzw. 6,8 Prozent des Jahrgangs die Hochschulreife. Entsprechend schnellten im Laufe der 1950er Jahre die Studentenzahlen in die Höhe.¹³⁵ Diesem massiven Wachstum standen allerdings auf der anderen Seite 1960 70,6 Prozent des Altersjahrgangs gegenüber, die ihre Schullaufbahn mit der Hauptschule beendeten, davon 17,2 Prozent ohne Abschluss. 15 Prozent schafften den Realschulabschluss und nur 6 Prozent erlangten die Hochschulreife. Sie nahmen anschließend überwiegend ein Studium auf.¹³⁶ Dahrendorf bezeichnete die höheren Schulen daher nicht zu Unrecht als Bürgerschulen, „ideell und institutionell am Bürgertum orientiert und auf das Bürgertum eingestellt.“¹³⁷

Angesichts der tatsächlichen sozialen Zusammensetzung der Studentenschaften und ihrem relativen Gewicht gegenüber nicht studierenden Altersgenossen ist erklärungsbedürftig, warum die Angst vor einer Vermassung in Westdeutschland und die Betreuung von Studenten aus bildungsfernen Familien in Britannien die Debatten dominierten. Die Arbeiterschicht profitierte bis in die sechziger Jahre hinein in keinem der beiden Länder von der Expansion, wie an ihrem relativen Anteil an der gesamten Studentenschaft abzulesen ist (Tabellen 4 und 5). In Britannien stieg der Anteil manuell tätiger Väter unter Studenten zwischen 1928 und 1961 kaum und lag bei ca. 25 Prozent aller Studenten. Arbeitertöchter holten zwar deutlich auf, fallen aber numerisch nicht ins Gewicht.¹³⁸ In Deutschland stellte die Unterschicht 1911 4 Prozent und 1959 5 Prozent aller

¹³³ Hervé Joly, *Großunternehmer in Deutschland. Soziologie einer industriellen Elite, 1933-1989*, Leipzig 1998, S. 50f.; dort S. 51 eine tabellarische Übersicht zum Verhältnis zwischen Diplomen und Dokortiteln in den genannten Fächern zwischen 1952 und 1965.

¹³⁴ Vgl. zum Berufsstrukturwandel Werner Abelshauser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Frankfurt/M. 1983, S. 99 u. 119 ff.: Der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und der davor und gleichzeitig stattgefundenen Schrumpfung des Agrarsektors seit Mitte des 19. Jahrhunderts führten zur Erhöhung der Qualifikationsanforderungen. Der Berufsstrukturwandel ist also nicht nur in Britannien, sondern auch in der Bundesrepublik der Motor der Bildungsexpansion gewesen.

¹³⁵ Vgl. Ellwein, *Universität*, S. 244; Schwarz, *Ära Adenauer*, S. 417; Christoph Führ, 'The German university: basically healthy or rotten? Reflections on an overdue reorientation of German higher education policy', in: *Education in Germany. Tradition and reform in historical context*, hg. v. David Phillips, London 1995, S. 80-91, hier S. 83; vgl. dazu Alfons Kenkmann, 'Von der bundesdeutschen „Bildungsmisere“ zur Bildungsreform in den 60er Jahren', in: *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, hg. v. Axel Schildt u.a., Hamburg 2000, S. 402-423, hier S. 408f.

¹³⁶ Hradil, *Soziale Ungleichheit*, S. 154.

¹³⁷ Ralf Dahrendorf, *Arbeiterkinder an deutschen Universitäten*, Tübingen 1965, S. 28. Der Vorwurf der „Bürgerschule“ beruhte u.a. darauf, dass die Auswahl für eine höhere Schule stark personalisiert, weil hauptsächlich durch den Volksschullehrer bestimmt, der in der Regel das Elternhaus stark in die Entscheidung für oder gegen ein Gymnasium einfließen ließ; ebd., S. 23-25.

¹³⁸ Für einen Vergleich der sozialen Zusammensetzung von männlichen und weiblichen *undergraduates*, s. Committee on Higher Education, *Higher Education. Evidence*, S. 4, Tabelle 5.

Studenten und profitierte damit ebenso wenig von der Hochschulexpansion. Obwohl die Zahlen nicht vergleichbar sind, verdeutlichen die Tabellen, dass sich im Zeitverlauf die relativen Zugangschancen der bildungsfernen Schichten zum Universitätsstudium in beiden Ländern kaum erhöhten.¹³⁹

Der vom Robbins-Ausschuss für 1961 vorgelegte Schnappschuss und der Verlauf der sozialen Zusammensetzung der deutschen Studentenschaft zeigen, dass die *higher professionals* in Britannien und die obere Mittelschicht in Westdeutschland besonders stark an den Universitäten vertreten waren (Tabellen 3 und 5).

Tabelle 3: Soziale Herkunft von undergraduates und postgraduates in Britannien 1961/62 (in %)

Fathers' Occupation	Non-manual			Manual			Not known	All students	Sample (=100%)
	Higher Professional	Other prof./managerial	Clerical	Skilled	Semi-skilled	Unskilled			
Postgraduates	10	37	14	25	7	2	6	100	568
Undergraduates	18	41	12	18	6	1	4	100	3 725

Quelle: Robbins Committee, *Evidence. Part II*, S. 59, Tabelle 65.

Tabelle 4: Anteil britischer Studenten mit manuell tätigen Vätern 1928-1961 (in %)

	Männer	Frauen	Gesamt
1928-47	27	13	23
1955	27	19	25
1961	26	23	25

Quelle: Robbins Committee, *Evidence. Part II*, S. 5, Tabelle 6.

Wichtig für den deutsch-britischen Vergleich der Bildungsdebatten ist ein möglicher *trade off*: Die deutsche Universitätslandschaft war weniger differenziert, nahm mehr Studenten auf als die britische und dies ohne Auswahlgespräche. So war jedem Abiturienten ein Studienplatz garantiert. Dafür war die soziale Auslese rigider, während in Britannien prozentual vergleichsweise außerordentlich viele Arbeiterkinder studierten. Im Gegensatz zu Britannien, wo Eliteschulabsolventen, die keinen Platz an den besten Universitäten erhielten, ganz auf ein Studium verzichteten, war in Westdeutschland der Universitätsabschluss aber die Eintrittskarte in angesehene Berufe und Wohlstand.¹⁴⁰ Mit anderen Worten reproduzierte sich die obere Mittelschicht in Westdeutschland offensichtlich stärker über die Universität als in Britannien. Die ungewöhnlich rigide soziale Bildungsselektion führte dazu, dass nur 5 Prozent aller westdeutschen Studierenden, hingegen allein in Oxford und Cambridge 10 Prozent der Studenten Arbeiterkinder waren. Im Verhältnis zur Größe der jeweiligen Arbeiterschicht errechnete Dahrendorf für Britannien und Schweden eine

¹³⁹ Die deutsche Statistik zählt untere Angestellte und Beamte zur Unterschicht, während Handarbeit als Auswahlkriterium für die britische Statistik gewählt wurde.

¹⁴⁰ Schwarz, *Ära Adenauer*, S. 404; die Zahlen entnahm Schwarz Dahrendorfs Untersuchung, *Arbeiterkinder*, S. 13.

Quote von 1:2. Die Bundesrepublik war mit 1:10 weit abgeschlagen.¹⁴¹

Tabelle 5: Soziale Herkunft der Studenten im Deutschen Reich und der Bundesrepublik 1924-1959/60 (in %)

Studienjahr	Soziale Schicht der Väter			Ausbildung der Väter	
	Obere Mittelschicht	Untere Mittelschicht	Unterschicht	akademisch	nicht akademisch
1911/13	39	55	4	23	77
1924/25	42	55	4	23	77
1934/35	32	55	11	22	78
1939	36	58	4	(1941) 27	73
1951/52	38	55	4	29	71
1959/60	42	50	5	34	66

Quelle: Kaelble, *Soziale Mobilität*, S. 134, Tabelle 2.3.2 (Auszug).

Nicht nur kam ein Viertel aller *undergraduates* 1961 aus Arbeiterfamilien, bei den *postgraduates* war es sogar mehr als ein Drittel (Tabelle 3). Schaffte es ein Arbeiterkind an die Universität, wurde es offensichtlich leichter, nach dem Examen das Studium fortzusetzen. Dies liegt sicherlich auch daran, dass ein *postgraduate* Studium zwar den sozialen Aufstieg ebnete, für die soziale Elite jedoch weniger attraktiv war. So war und ist in Britannien für eine Karriere außerhalb der Universität ein Dokortitel weder notwendig noch vorteilhaft. Folglich dürften die Kinder der gehobenen Schichten überwiegend nach dem ersten Abschluss freiwillig die Universitäten verlassen haben, wodurch die Chancen der anderen gestiegen sein dürften. Entsprechend waren fast ein Fünftel (18%) der *undergraduates*, aber nur ein Zehntel der *postgraduates* (10%) Kinder von *higher professionals*. Knapp weitere zwei Fünftel der *undergraduates* rekrutierten sich aus der übrigen *professional* und *managerial* Gruppe. Der Nachwuchs allein von un- und angelernten Arbeitern machte zwar nur 7 Prozent der Studentenschaft aus, übertraf aber den Anteil aller Arbeiterkinder an deutschen Universitäten. In Westdeutschland waren 1959 42 Prozent der Studenten Kinder der oberen Mittel- und Oberschicht, und weitere 50 Prozent der unteren Mittelschicht (Tabelle 5). Zwischen 1934 und 1959 nahm der Anteil der oberen Mittelschicht sogar kontinuierlich zu, zuerst zulasten der Unter-, dann der unteren Mittelschicht.

Gleichzeitig stieg der Anteil der Studenten mit akademisch gebildetem Vater zwischen 1934 und 1959 leicht an, während die relativen Chancen auf ein Studium bei Kindern von nicht-akademisch gebildeten Vätern leicht sanken.¹⁴² In der Akademikerstadt Tübingen hatten laut Dahrendorf nicht nur ein Drittel der Studenten einen Akademiker zum Vater, sondern sogar ein Fünftel einen Akademiker zum Großvater. Nur 8,3 Prozent der Großväter waren hingegen Arbeiter gewesen. Selbst über zwei Generationen hinweg war der Aufstieg aus der Arbeiterschicht damit sel-

¹⁴¹ Dahrendorf, *Arbeiterkinder*, S. 7f.

¹⁴² Kaelble, *Soziale Mobilität*, S. 134, zu den möglichen Ursachen dafür, dass sich der Anteil der Arbeiterkinder trotz Wirtschaftswachstum nicht erhöhte, s. ebd., S. 135-138; Kaelble führt die leichte Verschlechterung der Chancen auf ein Studium von Nicht-Akademikerkindern größtenteils auf den Berufsstrukturwandel zurück und spricht daher insgesamt nicht von einer Verschlechterung der Zugangschancen für Nichtakademikerfamilien.

ten. Gemessen an der gleichzeitig stattfindenden Expansionsbewegung entspricht dies einer enormen Stabilität. 1959 machten die akademisch gebildeten Schichten gut ein Drittel der Studentenschaft aus. Gleichwohl hatten fast 70 Prozent der Studenten einen Vater ohne akademischen Abschluss. Dadurch wird auch die Perspektive der Hochschullehrer verständlich, die eine Vermassung daraus ablasen, dass die nicht-akademisch gebildeten Schichten an den Universitäten stark ins Gewicht fielen. Aufgrund der geringen Zahl von Arbeiterkindern mit 5,9 Prozent stehen die Zahlen jedoch gleichermaßen in Einklang mit der Kritik an der sozialen Auslese und Benachteiligung der Arbeiterschicht.¹⁴³ Vermutlich zielte die Sozialkritik auf den Ausschluss von Arbeiterkindern, die Ängste der oberen Mittelschicht und der Vermassungsdiskurs hingegen auf die mittlere und untere Mittelschicht.

Traditionell bildeten die deutschen Universitäten die Oberschicht aus, zu der auch weniger wohlhabende Akademiker gehörten. Nach 1918 veränderte sich die Lage dramatischer als zuvor, als wirtschaftlich schlecht gestellte Kriegsteilnehmer in die Universitäten drängten. Die folgenden Jahrgänge waren zwar wieder überwiegend Teil der akademischen Schichten, doch nun machte sich der kriegs- und inflationsbedingte Vermögensverlust des Bürgertums bemerkbar. Als Reaktion darauf wurden Studentenwerke, die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Vorläuferin der DFG, die Studienstiftung des Deutschen Volkes und Mensen eingerichtet. Die grundsätzliche Veränderung der sozialen Zusammensetzung folgte daraus aber nicht. Ein Studium war nach wie vor teuer, Studenten mussten Vorlesungsgebühren und Lebensunterhalt bestreiten. Laut Ellwein blieben die Unter- und untere Mittelschicht nahezu vollkommen ausgeschlossen, was hier allerdings nur für die Unterschicht bestätigt werden kann.¹⁴⁴

Die relativen Bildungschancen lagen in beiden Ländern zwischen den verschiedenen Berufsgruppen sehr weit auseinander. So stammten 1955 in England und Wales 63 Prozent der Studenten aus nur 18 Prozent der Bevölkerung, weitere 26 Prozent aus den restlichen 72 Prozent der Bevölkerung. Der Sohn eines *higher professionals* hatte eine Chance von 1 zu 4, ein Studium zu beginnen, der Sohn der *intermediate class*, die grob mit unterer Mittelschicht übersetzt werden kann, eine von 1 zu 12 und ein Arbeitersohn nur eine von 1 zu 30.¹⁴⁵ Der neidvoll vergleichende Blick, den Dahrendorf auf die Anzahl von Arbeiterkindern an britischen Universitäten warf, blendete somit eine extreme Chancenungleichheit aus. Trotz der im internationalen Vergleich beachtlichen Studienquoten von Arbeiterkindern klagte der *Trades Union Congress* vor dem *Robbins Committee* zu Recht über die geringen Zugangschancen von Arbeiterkindern und die von Kindern der *professional classes* dominierten Universitäten.¹⁴⁶

4,6 Prozent der deutschen Bevölkerung gehörten 1955 der oberen Mittelschicht an. Aus ihr kamen 47,2 Prozent aller Studenten. Damit war sie noch stärker überrepräsentiert als die britischen *higher professionals* an den dortigen Universitäten. Die untere Mittelschicht, mit 38,6 Prozent Anteil

¹⁴³ Vgl. für eine tabellarische Übersicht bei Dahrendorf, *Arbeiterkinder*, S. 13; die nicht-akademischen Kinder stammten größtenteils aus Beamten- und Angestelltenfamilien, nicht aber aus gewerblichen Selbständigenfamilien.

¹⁴⁴ Ellwein, *Universität*, S. 230f.

¹⁴⁵ E.H. Halsey, 'Higher Education', S. 204.

¹⁴⁶ Memorandum submitted by The Trades Union Congress, 14th November, 1961, in: Committee on Higher Education, *Higher Education. Evidence – Part One. Volume E*, S. 560-568, hier S. 561 und Oral Evidence given by Miss B.A. Godwin, Mr. W.B. Beard, Mr. J. Crawford, Mr. G.F. Smith and Mr. D. Winnard on behalf of The Trades Union Congress, 2nd February, 1962, in: Committee on Higher Education, *Higher Education. Evidence – Part One. Volume E*, S. 569-578, hier S. 569.

an der Gesamtbevölkerung, kam auf 47,4 Prozent der Studentenschaft und war damit ebenso leicht überrepräsentiert. Die obere und untere Unterschicht, zusammen ca. 52 Prozent der Bevölkerung, brachten es zusammen auf nicht mehr als 5 Prozent Studenten an den Universitäten.¹⁴⁷ Der Aufstieg der breiten Mittelschicht, der Hochschullehrern und Arbeitgebern den Eindruck vermittelt haben dürfte, dass Schichten keine Rolle mehr spielten und die Universitäten von bildungsfernen Schichten überschwemmt wurden, fand kaum Eingang in ihre Äußerungen, ganz im Gegenteil zu den Topoi der Unterschicht und der Arbeiter, deren angebliche Verbürgerlichung als Bedrohung für den eigenen Status gesehen wurden, wie zu zeigen sein wird. Die wissenschaftliche Kritik der sozialen Ungleichheit konzentrierte sich ebenso auf Arbeiterkinder und die Privilegierung der oberen Mittelschicht. Dahrendorfs Kritik, ein Großteil der Studenten nutze die Universität zur Bestätigung, nicht zum Erwerb von sozialem Status, ist nicht falsch, aber mit der unteren Mittelschicht nutzte doch ein ebenso großer Teil der Studenten das Studium zum sozialen Aufstieg.¹⁴⁸

Während britische Arbeiterkinder eher als deutsche bis zur Universität gelangten, begnügten sie sich dort mit einer in jeder Hinsicht statusarmen Auswahl, denn in Britannien waren die Art der besuchten Universität als auch die Fächerwahl wichtig für den Status des Absolventen. Arbeiterkinder studierten 1955 eher naturwissenschaftliche und technische als geisteswissenschaftliche Fächer oder Medizin und waren an den *Civic Universities* und in Wales proportional stärker vertreten als in London, vor allem aber stärker als in Oxford und Cambridge.¹⁴⁹ Diese Auswahl war nicht freiwillig, da die Wahlmöglichkeiten von der sozial bedingten Schullaufbahn abhingen. Von allen Studienanfängern des Jahres 1955 kam mit 62 Prozent die überwiegende Mehrheit aus *maintained schools*, vor allem aus *secondary modern* und *grammar schools*, 12 Prozent hatten eine *direct grant (grammar) school* und 26 eine *independent (public) school* besucht. Bis 1961 veränderte sich für die Jungen kaum etwas. Dagegen stieg der Anteil von Studentinnen aus *maintained schools* zwischen 1955 und 1961 von 63 auf 72 Prozent und jener von *direct grant school*-Absolventinnen von 11 auf 15 Prozent, während das Gewicht der an *independent schools* ausgebildeten Mädchen von 27 auf 23 Prozent abnahm. Bei der schulischen Ausbildung der Studentinnen vollzog sich damit ein stärkerer sozialer Wandel.¹⁵⁰

Die Chance auf einen Platz in *Oxbridge* erhöhte sich dem Prestige der besuchten Sekundarschule entsprechend. Wer in *Oxbridge* abgelehnt wurde oder sich aufgrund von schlecht eingeschätzten Chancen gar nicht erst dort beworben hatte, wandte sich London zu, der zweitbesten Wahl. Dies traf auf die Graduierten der *maintained schools* und auf alle Frauen zu, da die weiblichen Absolventen der *public schools* in *Oxbridge* aufgrund knapper Frauenplätze einer extrem hohen Konkurrenz ausgesetzt waren. So stellten sie in London die größte Bewerberinnengruppe, wodurch ein komplementäres Bild zum männlichen Bewerberverhalten entsteht. Die *Civic Universities* nahmen den Rest der Bewerber und Bewerberinnen auf, die vorher überwiegend von den beiden anderen Bil-

¹⁴⁷ Dahrendorf, *Arbeiterkinder*, S. 13.

¹⁴⁸ Ebd., S. 13f.

¹⁴⁹ Committee on Higher Education, *Higher Education*. Appendix Two (B) to the Report of the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63: Students and their Education, presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, London 1963, S. 4, Tabelle 5: 'Social class (father's occupation) of undergraduates G.B. 1961/2', und S. 5, Tabelle 6: 'Percentage of undergraduates with fathers in manual occupations', 1928-1961.

¹⁵⁰ Committee on Higher Education, *Higher Education*. Appendix Two (B), S. 7, Tabelle 9.

dungszentren abgelehnt worden waren.

Erstaunlicherweise fand die Verteilung der Schulabsolventen nach Schultyp und Geschlecht auf die verschiedenen Universitäten trotz Beteuerung des Gleichheitsgedankens kaum Eingang in die Debattenbeiträge der britischen Hochschullehrer zur Bildungsexpansion. Sie handelten ausschließlich von jenen, die über zahlreiche Tests und Stipendien den Weg in die *grammar schools* und in die *Civic Universities* geschafft hatten, wo sie überproportional vertreten waren: die Begabten aus mittellosen, bildungsfernen Elternhäusern. Das während der Weltwirtschaftskrise, als viele Eltern ihren Kindern kein Studium zu finanzieren vermochten, eingeführte staatliche Stipendiensystem führte als Nebenprodukt zu einem im internationalen Vergleich beachtlichen Prozentsatz von Arbeiterkindern an Universitäten. Doch auch im Stipendiensystem existierte die für die britische Bildungslandschaft typische Prestige-Pyramide, aus der sich ein differenziertes Distinktionssystem ergibt. Die direkt von den *Oxbridge-Colleges* vergebenen und den höchsten Status verleihenden Stipendien gingen überwiegend an ehemalige *public school boys*.¹⁵¹

Zudem verschärfte sich als unmittelbare Folge der Bildungsexpansion im Sekundarbereich der Wettbewerb um rarer werdende Studienplätze. Er führte einerseits zum Anstieg in der Qualität der Studentenschaft, andererseits aber zur Verschlechterung der Zugangschancen. Die Chancen auf einen Universitätsbesuch sanken allein zwischen 1955 und 1961 um 25 Prozent. Ganz besonders verschlechterten sich die Chancen auf einen Studienplatz in *Oxbridge*.¹⁵² Vor diesem Hintergrund erklärt sich das Unverständnis des *Robbins Committee* gegenüber den Annahmen der Hochschullehrerschaft, das Niveau der Studienanfänger könne sich verschlechtert haben, waren doch die Anforderungen in den zwei Nachkriegsjahrzehnten aufgrund der immer knapper werdenden Studienplätze immer höher geschraubt worden. In diesen Jahren knapper Studienplätze wurden vor allem jene Gruppen benachteiligt, denen die Expansion zugute kommen sollte: Schülerinnen aus allen Schichten sowie die Schüler vor allem der *maintained grammar schools*.¹⁵³ Der erhöhte Qualitätsanspruch führte innerhalb des Universitätssystems wiederum zu einem schärferen Ausleseverfahren von der Spitze bis zum Sockel, also von *Oxbridge* über London bis zu den *Civic Universities*. Die Expansion erschwerte den Aufstieg in die Bildungselite beträchtlich.

Eine weitere Ungleichbehandlung gegenüber Schülern von weniger renommierten höheren Schulen war die Auswahl nach Anzahl und Qualität von der deutschen Abiturnote entsprechenden *A-levels*. Hier hatten die Universitäten Entscheidungsfreiheit. Bis zu drei *A-levels* waren die Unterschiede nicht signifikant, doch Studenten mit vier oder mehr *A-levels* machten in Oxford und Cambridge 24 Prozent aus, in London sogar 29 Prozent, in den *Civic Universities* hingegen nur 18 Prozent und in Wales gar nur 6 Prozent. Bei den Notendurchschnitten der *A-level passes* lag *Oxbridge* weit vor den anderen Universitäten.¹⁵⁴ Der Zugang zu letzteren Universitäten war kaum meritokratisch, denn Schüler der *public schools* mussten deutlich weniger gute Leistungen bringen, um Chancen auf einen der begehrtesten Universitätsplätze von *Oxbridge* zu erhalten.¹⁵⁵ Eine dem Robbins Bericht zugrundeliegende Umfrage bestätigte, dass 39 Prozent aller Studenten und Stu-

¹⁵¹ Trainor, 'Social Impact', S. 221.

¹⁵² Committee on Higher Education, *Higher Education*. Appendix Two (B), S. 14, Tabelle 15.

¹⁵³ Ebd., S. 14f.

¹⁵⁴ Ebd., S. 20 u. 21.

¹⁵⁵ Ebd., S. 22, Tabelle 26.

dentinnen lieber an einer anderen als der tatsächlich besuchten Universität studiert hätten, in der bekannten Prestigefolge.¹⁵⁶

Vermassungsangst in Westdeutschland – Expansionswunsch in Britannien

Das Zahlenverhältnis zwischen Hochschullehrern war in beiden Ländern durchweg ein wichtiges Argument der Hochschullehrerverbände. Um es zu verbessern, forderten sie in Westdeutschland weniger Studenten, in Britannien mehr Dozentenstellen. Da sich die Nachfrage nach Studienplätzen in Deutschland nicht den Wünschen der Hochschullehrer anpasste, war es in Britannien besser um das Studenten-Dozenten-Verhältnis als in Deutschland bestellt und verbesserte sich im Laufe der Expansion sogar zugunsten der Hochschullehrer. Allerdings zeigt Tabelle 6 für Deutschland nur das Verhältnis von Professoren zu Studenten, für Britannien dagegen das Verhältnis aller Dozenten zu Studenten. Die Tabelle reflektiert damit zwar keinen vergleichbaren, dafür aber den jeweils aus nationaler Sicht relevanten Entwicklungsmaßstab.

Tabelle 6: Relation von Hochschullehrern und Studenten an Universitäten 1900-1966

Jahr	Deutschland – Professoren			Britannien – alle Dozenten		
	Kiel	Bonn	Tübingen	Birmingham	London	Oxford
1900/01	20,7	24,8	26,0			
1920/21	24,8	46,3	35,2			
1930/31	21,8	35,0	25,3			
1935/36	18,9	22,8	26,2			
1938/9				9	12,5	-
1948/9				8,8	8,5	-
1950/51	35,4	74,8	52,7			
1955/56	24,6	60,9	49,7			
1960/61	61,6	75,9	72,1			
1961/62				7	6,7	8,9
1965/66	58,4	73,8	64,7			

Quellen: Deutschland aus Ellwein, *Universität*, S. 336f., Tabelle 2 (Auszug); S. 338f., Tabelle 3 (Auszug) u. S. 339f., Tabelle 4 (Auszug); Britannien aus Robbins Committee, *Appendix Three, Teachers in Higher Education*, S. 4, Tabelle 1.

Im direkten Vergleich des Verhältnisses aller Dozenten zu Studenten lag Westdeutschland ebenfalls weit hinter Britannien: 1953 zitierten die *Mitteilungen* des Deutschen Hochschulverbands eine Erhebung des Statistischen Bundesamtes, nach der 1953 auf einen Hochschullehrer 28 und auf einen Lehrstuhlinhaber 55 Studenten kamen.¹⁵⁷ Laut Ellwein lag 1960 das Verhältnis zwischen Professoren und Studenten in Kiel, Bonn und Tübingen zwischen 62 und 76 Studenten. Georg Picht schätzte für das Jahr 1961 hingegen eine weniger dramatische Quote von 15 Studenten je Lehrkraft, die sogar unter der acht Jahre zuvor vom Hochschulverband angegebenen Größenord-

¹⁵⁶ Ebd., S. 43.

¹⁵⁷ *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Nr. 5, März 1954, S. 37f.; die Zahlen gelten für das Bundesgebiet einschließlich der Freien Universität Berlin.

nung lag.¹⁵⁸ Doch selbst diese ausgesprochen niedrige Schätzung zeigt für Westdeutschland nur halb so gute Verhältnisse wie für Britannien. Über Jahrzehnte hinweg verschlechterte sich in Deutschland das Verhältnis, wenn auch mit beachtlichen Schwankungen, die nicht nur in die Zeit des Nationalsozialismus fallen (Tabelle 6). Die britischen Daten erlauben zwar keinen ähnlich dichten und langfristigen Überblick, verweisen aber auf ein stetes Sinken der Lehrer-Studenten-Relation. In beiden Ländern variierte die Relation zwar stark zwischen verschiedenen Universitäten, doch nirgendwo gab es eine Annäherung deutscher an britische Verhältnisse.

Die Anzahl der Hochschullehrer stieg in Britannien schneller als die der Studenten: 1947/1948 betreute jeder Dozent noch zehn Studenten, 1954/1955 nur noch knapp über sieben. Allerdings führte der Robbins-Ausschuss dies überwiegend auf Veränderungen an den medizinischen Fakultäten zurück. In der unmittelbar zurückliegenden Expansionsphase von 1954 bis 1958 war das Verhältnis zudem von 7,2 auf 7,8 gestiegen, um bis 1961 wieder auf 7,5 zu sinken, im Vergleich zu 1954 allerdings eine Verschlechterung, von der zudem die überdurchschnittlich stark expandierenden Universitäten am meisten betroffen waren.¹⁵⁹ Für die Bildungsdiskussionen der Zeit ist entscheidend, dass das numerische Verhältnis zwischen Hochschullehrern und Studenten viel weniger als in Deutschland unter der Expansion litt und vergleichsweise geradezu traumhaft war.

Die in der deutschen Debatte auf der Tagesordnung stehenden Klagen über überfüllte Seminare, die Überlastung des Lehrpersonals und den fehlenden Kontakt zu Studenten beruhten auf der Diskrepanz zwischen der enormen studentischen Expansion auf der einen und dem zu geringen Ausbau der Universitäten auf der anderen Seite. Einer dem Wachstum der Studentenschaft entsprechenden Vermehrung von Lehrstühlen oder Dozentenstellen standen die Professoren jedoch selbst ablehnend gegenüber. Die letztlich dennoch eintretende Zunahme an Lehrstühlen erhöhte die Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses ungemein. Gleichzeitig wurde der akademische Mittelbau immer stärker in Lehre und Forschung eingebunden, so dass die Expansion auch ohne Reform zu strukturellen Veränderungen führen musste.¹⁶⁰

¹⁵⁸ Georg Picht, *Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation*, Otten und Freiburg/Br. 1964, S. 19.

¹⁵⁹ Committee on Higher Education, *Higher Education*. Appendix Three to the Report of the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63, Teachers in Higher Education, presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London (HMSO) 1963, S. 3-8.

¹⁶⁰ Oehler, „Hochschulen“, S. 414f. und für die Haltung der Professoren Teil II der vorliegenden Arbeit.

3 Status und Selbstverständnis von Hochschullehrern und Unternehmern

Keine geschlossene Elite: Britische Hochschullehrer

Die Frage der Zugehörigkeit von Hochschullehrern zur *upper middle class* wurde je nach zugrunde gelegten Kriterien unterschiedlich beurteilt. Zu den *upper professionals* zählte Guttsman Gerichtsanwälte (*barristers*), Ärzte und Hochschullehrer, zu den *lower professionals* Geistliche und Grundschullehrer.¹⁶¹ Routh hingegen kategorisierte Hochschullehrer zusammen mit Lehrern aller Schultypen sowie Krankenschwestern als *lower professions*. Er begründete dies damit, dass sie im Gegensatz zu den *upper professions* in Recht und Medizin ihre Ausbildung nicht privat finanzieren mussten, sondern diese als staatsnahe *professions* überwiegend auf Kosten des Staates absolvierten und daher potentiell niedrigere Einkommen erzielten.¹⁶² Halsey und Trow verorteten die Hochschullehrer hingegen in der *upper middle class*, weil sie eine ebenso lange Ausbildung durchliefen wie die *old professions*.¹⁶³ Bonham ordnete sie für seine Analyse der *middle class*-Wähler ebenfalls den *higher professions* zu, Schullehrer hingegen den *lower professions*.¹⁶⁴

Die Aufschreie von Vertretern höherer Berufe beim Einkommensvergleich waren nur teilweise berechtigt. In Übereinstimmung mit der Selbstwahrnehmung der *lecturers* sanken die Gehälter der akademischen Angestellten gegenüber anderen Berufsgruppen.¹⁶⁵ Professoren hatten vor dem Ersten Weltkrieg noch das Achtfache eines durchschnittlichen Arbeitereinkommens erzielt. Mitte der 1950er Jahre war es nur noch das Dreieinhalbfache. Stärker variierten die Einkommen innerhalb der Gruppe der Hochschullehrer. So konnte das Jahreseinkommen eines *assistant lecturers* unter dem eines Arbeiters liegen, doch das Lebens Einkommen fiel zugunsten des *assistant lecturers* aus, dessen Stelle eine dreijährige Probestelle war. Sein Einkommen verdoppelte sich im Falle der Festanstellung im Laufe von dreizehn Jahren automatisch. Im wahrscheinlichen Falle von Beförderungen, erst zum *lecturer*, dann zum *senior lecturer* und seltener zum *reader* oder zum Professor, stieg es noch mehr. Das dem Vergleich gewöhnlich zugrunde gelegte Arbeitereinkommen stellte hingegen die Obergrenze dar, da Arbeiter im Laufe ihres Erwerbslebens zunehmend weniger verdienten.¹⁶⁶

Jenseits von Einkommens- und Ausbildungsgrad dürften zwei Faktoren das gesellschaftliche Ansehen der Hochschullehrer gemehrt haben. Erstens pflegten Hochschullehrer traditionell einen *gentlemanly life-style*: Wenige Studenten und formale Lehranforderungen erlaubten ihnen die weitgehend autonome Gestaltung ihre Arbeitsweise und -zeit. Die freiwillige Erbringung von Leistung bei gesichertem Einkommen kam hinzu, wenngleich der Respekt der Kollegen nur durch über das erwartbare Minimum hinausgehende Leistungen zu erreichen war.¹⁶⁷ Ein *gentleman* ging keinem Beruf, sondern einer Berufung nach und nahm dafür allenfalls eine finanzielle Aufwandsent-

¹⁶¹ W.L. Guttsman, *The British Political Elite*, London 1965, S. 106f.

¹⁶² Guy Routh, *Occupation and Pay in Great Britain 1906-1960*, Cambridge 1965.

¹⁶³ A.H. Halsey und M.A. Trow, *The British Academics*, London 1971.

¹⁶⁴ John Bonham, *The Middle Class Vote*, London 1954, bes. S. 64 u. 106.

¹⁶⁵ Damit steht die Argumentation der Hochschullehrer in Einklang; vgl. Kapitel 4.

¹⁶⁶ Halsey und Trow, *The British Academics*, S. 172f.

¹⁶⁷ Ebd., S. 169.

schädigung entgegen. Zum Prestige des Berufsstandes könnte auch beigetragen haben, dass die Hochschullehrer an der Spitze eines Selektionsprozesses standen und durch die Auswahl der Studenten den Zugang zu den höheren Berufen und damit Einkommensgruppen kontrollierten.¹⁶⁸ Die zunehmende Verbindung zwischen Forschung, Industrie und Regierung strahlte ebenso auf den Status der Hochschullehrer aus wie der in Oxford und Cambridge gepflegte ostentativ aristokratische Lebensstil. Die Angst vor dem Verlust dieser drei Aspekte des akademischen Status und Lebensstils durch die Hochschulexpansion führte laut Halsey und Trow zu einer pessimistischen Einstellung der Hochschullehrer.¹⁶⁹ Zweitens strahlten *Oxbridge* als Spitze einer in ihrem Status höchst differenzierten Hochschullehrerschaft ebenso wie einzelne distinguierte Professoren positiv auf den Status aller Hochschullehrer aus. Einen Oxford *Don* oder einen Professor zu den *lower professionals* zu zählen, wie Guttsman und Routh, scheint allzu abwegig. Auf diese bedeutende Status-Differenzierung innerhalb der Hochschullehrerschaft gingen jedoch nur Halsey und Trow genauer ein, die zudem zeigten, dass die britischen Hochschullehrer keine geschlossene Elite waren. Im Vergleich zur deutschen war die britische Hochschullehrerschaft sozial weit offener. 1964 hatten sechs Prozent der britischen Hochschullehrer einen un- oder angelernten Arbeiter zum Vater – mehr als deutsche Studenten. Landesweit rekrutierten sich die Dozenten zwar zu einem Fünftel und damit überproportional aus der *higher professional class*, aber stattliche zwei Fünftel stammten aus der *lower professional class* und sogar über ein Drittel aus Arbeiterhaushalten. Selbst in Oxford und Cambridge waren insgesamt ein Viertel der Dozenten Arbeiterkinder.¹⁷⁰

Tabelle 7: Soziale Herkunft der Universitätslehrer nach Universitätsgruppen 1964 (in %)

Beruf des Vaters	Oxford/Cambridge	London	Scotland	Major Redbrick	Minor Redbrick	Wales	All
I Professional	29	21	19	18	20	15	20
II Lower professional / white collar	43	47	40	38	34	38	40
III Skilled manual	23	26	34	34	37	38	32
IV u. V Semi-skilled/ unskilled/ manual	2	4	8	8	7	9	6
Andere	4	3	0	2	2	0	2
Gesamt	(161)	(238)	(247)	(469)	(160)	(117)	(1,392)

Quelle: Halsey u. Trow, *The British Academics*, S. 216, Tabelle 10.3. (Auszug)

Der soziale Aufstieg gelang über die *maintained grammar school*. 1964 hatten zwar landesweit fast ein Drittel aller Dozenten und Professoren eine private Schulbildung erhalten, davon 21 Prozent an einer *public* und 10 Prozent an einer *direct-grant school*, aber über die Hälfte der Hochschullehrer hatte eine öffentliche *maintained grammar school* besucht. Einige der in der *Association of University Teachers* aktiven Dozenten entsprachen Guttsmans Beschreibung der neuen Männer (*new men*)

¹⁶⁸ So der Titel von Harold Perkins Geschichte der Association of University Teachers: *Key Profession. The History of the Association of University Teachers*, London 1969.

¹⁶⁹ Halsey und Trow, *The British Academics*, S. 203-207.

¹⁷⁰ Ebd., S. 330.

innerhalb der politischen Elite. Deren Väter waren oftmals *lower professionals* oder kleine Unternehmer. Sie selbst hatten gewöhnlich nach dem kostenlosen *grammar school*-Besuch mithilfe eines Stipendiums studiert und einen hervorragenden, häufig preisgekrönten, Abschluss gemacht. Die *upper middle class* bestand nie ausschließlich aus ehemaligen *public school boys*. Über die *grammar schools* konnte der Aufstieg von der *lower* in die *upper middle class* geschafft werden. Diese Schulen bildeten Kinder für den *Civil Service* aus, dessen höheren Ränge unumstritten zur *upper middle class* gehörten. Die Hochschullehrer aus der *lower middle class* befanden sich zudem in guter Gesellschaft: Ein Drittel der Kabinettsmitglieder zwischen 1868 und 1955 waren *professionals*, deren Väter teilweise eine *lower profession* ausgeübt hatten und die über herausragende Leistungen und Stipendien ihren Weg gemacht hatten.¹⁷¹

Die stark differenzierte Universitätslandschaft ging aber mit markanten Unterschieden beim Bildungshintergrund und der sozialen Herkunft von Hochschullehrern einher. In Oxford und Cambridge lehrten 1964 allein 45 Prozent ehemalige *public school boys*. Selbst in London waren es nur 25 Prozent. An allen anderen Universitäten waren die *maintained grammar school*-Absolventen in der Überzahl, am deutlichsten in Wales (72%) und an den großen englischen *Civic Universities* (63%). Zudem lag in *Oxbridge* der Anteil von Dozenten aus Familien der *professional class* neun Prozent über und der Anteil der Arbeiterkinder dreizehn Prozent unter dem Landesdurchschnitt.¹⁷² Nicht zuletzt fand das Prestigegefälle zwischen *Oxbridge*, London und den übrigen Universitäten öffentlichen Ausdruck durch die Vergabe herausragender Auszeichnungen. So sind Mitgliedschaften in der *Royal Society* und in der *British Academy* Ausweis für die Zugehörigkeit zum wissenschaftlichen *Establishment*. In beiden Institutionen stellten *Oxbridge* nicht nur die überragende Mehrheit, sondern sie taten dies im Zeitverlauf sogar zunehmend, obwohl die zahlenmäßige Bedeutung ihrer Universitäten gleichzeitig stark rückläufig war.¹⁷³

Tabelle 8: Bildungsherkunft von Hochschullehrern nach Universitätsgruppe 1964 (in %)

	Oxford und Cambridge	London	Scotland	Major Redbrick	Minor Redbrick	Wales	Alle
Public Schools	45	25	18	15	17	17	21
Direct-grant schools	9	8	13	11	11	5	10
Grammar Schools	29	49	53	63	59	72	55
Andere	18	18	15	11	13	6	14
Gesamt	(161)	(233)	(245)	(467)	(160)	(118)	(1,384)

Quelle: Halsey u. Trow, *The British Academics*, S. 216, Tabelle 10.4. (Auszug)

Prestige verlieh schließlich der Status des Professors. Dieser war im Gegensatz zu Deutschland in Britannien nicht Norm, sondern Ausnahme an den Universitäten. 1968 waren nur noch zehn Prozent aller britischen Universitätsdozenten Professoren. Die langfristige Abnahme des Anteils

¹⁷¹ Guttsman, *British Political Elite*, S. 171; vgl. Halsey, *British Social Trends since 1900*, 320, Tabelle 8.10. Die Tabelle basiert überwiegend auf Guttsmans Daten, doch zeichnet sie ein homogeneres Bild der Bildungs- und sozialen Herkunft von Kabinettsmitgliedern, v.a. in konservativen Regierungen.

¹⁷² Halsey und Trow, *The British Academics*, S. 330.

¹⁷³ Ebd., S. 217f., Tab. 10.5 u. 10.6.

von Professoren an den akademischen Angestellten der Universitäten dürfte den Status der Professoren erhöht haben.¹⁷⁴ Gleichzeitig könnte aber die Abnahme der Professoren gegenüber der übrigen Hochschullehrerschaft zum sozialen Absinken des Berufsstandes geführt haben – obwohl in *Oxbridge* traditionell Dozenten in der großen Überzahl und in den Gremien gleichberechtigt waren.

Zwischen Establishment und Randposition: Die Industrial Middle Class

Unternehmer gehörten zwar finanziell mehrheitlich der *upper middle class* oder der *upper class* an, doch ihr Prestige war ausgesprochen niedrig.¹⁷⁵ King und Raynor betonten den Unterschied zwischen Managern und Mitgliedern der *Boards of Directors*. Die *directors* von Großunternehmen siedelten sie an der Grenze zwischen *middle* und *upper class* an. Als Abgrenzungskriterium der *upper* von der *upper middle class* definierten sie finanzielle Unabhängigkeit, die nicht alle *directors* besaßen.¹⁷⁶

Die britische Debatte über den nationalen wirtschaftlichen Niedergang – gemessen vor allem an schwachen Wachstumsraten gegenüber Westdeutschland und Japan – erweckt zuweilen den Eindruck, britische Unternehmer zeichneten sich vornehmlich durch fehlende Bildung und einen ausgesprochen geringen Status aus. In dieser Debatte wurden neben anderen Faktoren und Gruppen die Unternehmer als Schuldige für die zurückgebliebene technische Ausbildung ausgemacht und für ihre Abneigung gegenüber Hochschulabsolventen kritisiert. Den Unternehmern, selbst „ungebildete“ Männer der Praxis, die sich innerhalb ihrer Firma von ganz unten an die Spitze hochgearbeitet hatten, fehle die Verbindung zur Bildungselite ebenso wie das Interesse an Graduierten. Einem anderen Stereotyp zufolge würden Unternehmersöhne aus Prestigegründen in *public schools* und *Oxbridge* verbildet, wo ihnen über dem Klassikerstudium der familiäre Unternehmergeist (*entrepreneurial spirit*) abhandeln komme. Dies habe die unternehmerischen Erfolgchancen der einen eingeschränkt und die anderen zur Abkehr von der prestigearmen Industrie und hin zu einer *gentlemanly profession* bewegt.¹⁷⁷

Die Unternehmer waren ebenso wie die Hochschullehrer eine stark ausdifferenzierte Gruppe. Topmanager der 500 größten Unternehmen werden ebenso wie die Besitzer kleiner und mittlerer Firmen zur Unternehmerschaft gezählt, da sie unternehmerische Entscheidungen treffen.¹⁷⁸ Zwar gewährleistete die Zugehörigkeit zur Finanzelite der *City of London* ein höheres gesellschaftliches Ansehen, doch die Leitung eines Industrieunternehmens führte ebenso traditionell in die *upper*

¹⁷⁴ Ebd., S. 155.

¹⁷⁵ John Fidler, *The British Business Elite. Its Attitudes to Class, Status and Power*, London 1981, S. 4; als *business elite* definierte Fidler die Vorstände der 250 größten, rein britischen und privaten Industrie-, Dienstleistungs- und Finanzunternehmen.

¹⁷⁶ Roger King und John Raynor, *The Middle Class*, London 1969, S. 46f.

¹⁷⁷ Vgl. dazu Hartmut Berghoff, *Englische Unternehmer 1870-1914. Eine Kollektivbiographie führender Wirtschaftsbürger in Birmingham, Bristol und Manchester*, Göttingen 1991, S. 98f.; F.M.L. Thompson, *Gentrification and the Enterprise Culture. Britain 1780-1980*, Oxford 2001; beide wandten sich gegen die überzogene Argumentation von Martin J. Wiener, *English Culture and the Decline of the Industrial Spirit, 1850-1980*, Cambridge 1981. Zur angeblich im internationalen Vergleich besonders technikfernen Ausbildung in Britannien s. ausgewogener Michael Sanderson, *Education and Economic Decline in Britain, 1870 to the 1990s*, Cambridge 1999 u. ders. „Social Equity and Industrial Need: A Dilemma of English Education since 1945“, in: *Britain since 1945*, hg. v. Terry Gourvish und Alan O'Day, London 1991, S. 159-183.

¹⁷⁸ Lewis und Stewart, *The Boss*, S. 15 u. S. 19; vgl. Roger King und John Raynor, *The Middle Class*, London 1969, S. 47.

middle class. Beraterfunktionen für Regierungen und Mitgliedschaften in exquisiten Clubs dürfen als Indizien dafür gelten.¹⁷⁹ Es wäre daher falsch, aus der *Decline*-Debatte zu schließen, Unternehmer seien gesellschaftliche Außenseiter gewesen. Sampson brachte die Widersprüchlichkeit in Ansehen und Position von Managern in Britannien auf den Punkt. In den Clubs und in den Reihen der *old professions*, den Horden der *gentlemen*, die nicht viel Austausch mit Managern pflegten, seien diese skeptisch beäugt worden, weil sie das Gegenteil der alten „knightly ideals“ verkörperten.¹⁸⁰ Gleichzeitig sei das Management mit dem *Institute of Directors* und einem formalen *management training* zur *profession* geworden. Zudem sollten Manager in der Nachkriegszeit aus mehreren Gründen an Status gewonnen haben: Der *Civil Service* fiel im Laufe der Dekolonisierung als Arbeitgeber teilweise aus und büßte an Ansehen ein. Gleichzeitig lenkte die Rationierungspolitik die Hoffnungen der Bevölkerung auf die Wirtschaft und verhalf ihr so zu Ansehen. Zudem wählten immer mehr *Oxbridge*-Absolventen eine Industriekarriere, ein Indiz für den Prestigegewinn.¹⁸¹

Waren 1906 ganze 6 Oxforder *arts graduates* in die Industrie gegangen, taten dies bei weitgehend stabilen Studentenzahlen 1946 schon 49 und 1959 sogar 292. Fast ein Drittel aller Graduierten traten zwischen 1949 und 1961 in die Industrie ein. Sie wurde zum Berufsfeld, das die meisten Universitätsabsolventen anzog. Großunternehmen, wie *Unilever*, *Shell*, *Imperial Chemical Industries (ICI)*, warben offensiv und unter Einsatz ihrer eigenen *Oxbridge*-Männer an den alten Universitäten.¹⁸² C.E. Escritt, der Leiter des *Oxford Appointments Board*, nannte die Industrie und die Diplomatie als Top-Präferenzen von *Oxbridge*-Graduierten zu Beginn der sechziger Jahre. Dies spricht zwar für ein stark gewachsenes Prestige, doch Umfragen zufolge trafen die Studenten diese Berufswahl eher widerwillig, weil die Alternativen schlechter bezahlt waren. Gleichwohl dürfte die Zunahme an Graduierten in der Nachkriegszeit ebenso wie die Etablierung von Management-Training sogar im Oxforder Balliol College in den sechziger Jahren den Charakter und das Ansehen der Industrie denen der Universitäten, *Whitehall* und der Justiz angenähert haben.¹⁸³

An der Spitze von Großunternehmen standen überwiegend Männer gehobener sozialer Herkunft, was aus Nachschlagewerken aus verschiedenen Gründen jedoch nicht hervorgeht. So stufen herkömmliche Berufsstatusmodelle Unternehmer unterschiedslos unterhalb von selbständigen *professionals* ein. Die üblichen Klassifikationen boten keine Kategorie oberhalb der Leitung einer Firma mit 25 Angestellten. Entsprechend wurde der im Vorstand eines internationalen Großunternehmens sitzende Sohn eines privat praktizierenden Arztes als sozialer Absteiger klassifiziert. Auch die Aussagekraft von Bildungsangaben für die soziale Herkunft ist laut Fidler schwach, da Mitglieder der *upper* oder der *upper middle class* nicht zwingend eine *public school* besuchten. Zudem erfassten biographische Nachschlagewerke keineswegs alle Topunternehmer, vor allem nicht jene, die sich erst an die Unternehmensspitzen hochgearbeitet hatten. Um Aussagen über die soziale Herkunft von Topunternehmern treffen zu können, erstellte Fidler daher einen aus Beruf, Schulbildung sowie Verhältnis zu *gentry* und Aristokratie bestehenden Index zur sozialen Herkunft der Väter.¹⁸⁴

¹⁷⁹ Guttsman, *British Political Elite*, S. 351.

¹⁸⁰ Sampson, *Anatomy of Britain Today*, S. 506.

¹⁸¹ Ebd., S. 506f. u. S. 516-518.

¹⁸² Sampson, *Anatomy*, S. 454f. u. *Anatomy of Britain Today*, 1965, S. 507.

¹⁸³ Sampson, *Anatomy of Britain Today*, S. 518.

¹⁸⁴ Fidler, *British Business Elite*, S. 78 u. S. 91f.

Die Unternehmerelite war geschlossener als die britische Idee des Aufstiegs durch „training on the job“ vermuten lässt, aber offener als die deutsche Unternehmerelite. Wie bei den britischen Hochschullehrern waren Bildungs- und soziale Herkunft der von Fidler interviewten Unternehmer nach Gruppen differenziert in unterschiedlichem Maße exklusiv. Über ein Fünftel (22%) der Befragten kam aus Familien von sehr hohem sozialen Status und war teilweise aristokratischer Herkunft. Unter den Manager-Unternehmern im Handel war dies vergleichsweise selten der Fall (12%). Sie umfassten die meisten stark Aufwärtsmobilen (18%), während unter den Managern der Finanzwelt kaum (6%) und unter Familienunternehmern keine Aufsteiger waren.¹⁸⁵

Die Mehrzahl von Fidlers Interviewpartnern hatte eine *public school*, ein beachtlicher Teil aber nur eine staatliche Schule besucht. Die traditionellen *Clarendon Schools* zählten in den zwanziger und dreißiger Jahren, als die meisten der Befragten zur Schule gingen, nicht mehr zu den Haupt-Bildungsstätten erfolgreicher Unternehmer, mit Ausnahme von Eton: Fast ein Drittel (30%) der Familienunternehmer waren dort zur Schule gegangen. Nur die *chief executives* der *City* hatten eine noch etwas exklusivere Bildungslaufbahn als die Familienunternehmer. *Bureaucrats* waren hingegen viel seltener *Etonians* (8%). Dafür hatte über ein Drittel (34%) von ihnen andere *public schools* und weit über ein Drittel (38%) eine staatliche Schule besucht. Sogar die *chief executives* unter den *bureaucrats* im Handel zeigten ein ähnliches Bildungsmuster. Zehn von Fidler verglichene Studien über die Bildung von *directors* großer Firmen ermittelten *public school*-Quoten zwischen 44 und 71 Prozent. Der Prozentsatz von *Clarendon School*-Besuchern schwankte zwischen 15 und 23 Prozent, von Eton-Absolventen zwischen 6 und 15 Prozent. Auch wenn die Unterschiede zwischen den Studien aufgrund unterschiedlicher Definitionen von *public schools* und der einbezogenen Unternehmen beachtlich waren, schloss Fidler, dass im Zeitverlauf konstant zwischen 50 und 60 Prozent aller *top directors* eine *public school* besucht hatten.¹⁸⁶

Die weit verbreitete Annahme, britische hätten seltener als kontinentaleuropäische Unternehmer studiert, bestätigte Fidler nicht, nicht einmal für Familienunternehmer und Firmengründer. Alternativ dazu hätten sie berufsrelevante *professional qualifications* in der Buchhaltung oder im Rechtswesen erworben. Ein wirtschaftswissenschaftlicher Abschluss war am üblichsten, geisteswissenschaftliche Abschlüsse nicht. Je nach sozialer Herkunft war der Besuch in *Oxbridge* selbstverständlich. Wenn Familienunternehmer und *City*-Manager nicht nach *Oxbridge* gingen, studierten sie meist gar nicht und bestätigten damit ein Bildungsmuster der oberen Mittelschicht. Insgesamt schloss Fidler aus seinen Interviews, dass die britischen Top-Unternehmer „oben“ starteten, doch kein Risiko eingingen und zu 78 Prozent hohe Qualifikationen erwarben, selbst Familienunternehmer, die keine solche Voraussetzung für die Unternehmensführung erfüllen mussten.¹⁸⁷ Der Bildungshintergrund des mittleren Managements war weniger exklusiv. Über die Hälfte von 3 300 für eine Studie des *Acton Society Trust* befragten Managern hatte als Arbeiter oder einfache Angestellte angefangen. Die Hälfte von ihnen hatte eine Volksschule (*elementary school*) besucht,

¹⁸⁵ Vgl. die tabellarische Übersicht zur sozialen Herkunft der Top-Unternehmer bei Fidler, *British Business Elite*, S. 93; bei insgesamt 130 von Fidler befragten Unternehmern ist die Aussagekraft teilweise geschwächt, da manchmal nur eine Handvoll Fälle in eine Kategorie fallen; vgl. zur Exklusivität der City of London, Courtney, Cathy u. Paul Thompson, *City Lives. The Changing Voices of British Finance*, London 1997.

¹⁸⁶ Fidler, *British Business Elite*, S. 82f., 86, 89 u. 95.

¹⁸⁷ Ebd.

ein Fünftel eine *public school* und ein weiteres Fünftel eine Universität.¹⁸⁸

Der von Fidler befragte Topunternehmer verkehrte im Milieu der *managerial* und *professional occupations*, verortete sich überwiegend in der *middle class* und pflegte keine Beziehungen zur Aristokratie. Seinen Status innerhalb der *middle class* schätzte er eher gering ein und führte dies auf die traditionelle Abneigung der Briten gegenüber der Industrie zurück.¹⁸⁹ Der soziale Hintergrund der Top-Unternehmer lässt jedoch nicht auf ein geringes Prestige schließen. Die Herren, die den Universitätsrektoren gegenübertraten, um eine stärkere Rekrutierung von Universitätsabsolventen für die Industrie zu erreichen, waren diesen in Ansehen und Selbsteinschätzung nicht unterlegen, obwohl die Betonung dieser Tatsache in der Autobiographie des langjährigen Direktors der FBI auf einen Minderwertigkeitskomplex schließen lässt.¹⁹⁰

Bürgerlicher Herkunft: Die deutsche Professorenschaft

Die soziale Herkunft aller deutschen Professoren war exklusiver als jene der Dozenten von Oxford und Cambridge. Während in England die Prestigeordnung unter den Universitäten eine elitäre Spitze innerhalb der Hochschullehrerschaft erzeugte, war in Westdeutschland der Berufsstand an sich prestigeträchtig. In Berufsprestigeskalen, die auf Umfragen beruhen, standen Hochschullehrer noch im ausgehenden 20. Jahrhundert knapp hinter Richtern an der Spitze.¹⁹¹ Eine Erklärung hierfür liefert die homogene Herkunft der Professoren aus der oberen Mittelschicht. Gleichwohl veränderte sich die soziale Zusammensetzung der deutschen Hochschullehrerschaft schon vor dem Untersuchungszeitraum fundamental: Im Verlauf eines Jahrhunderts sank der Anteil habilitierter Hochschullehrer aus akademisch gebildetem Elternhaus kontinuierlich. Zwischen 1860 und 1889 hatten noch 63 Prozent der habilitierten deutschen Hochschullehrer Väter mit einem abgeschlossenen Studium gehabt. Zwischen 1890 und 1919 war ihr Anteil bereits auf knapp unter 50 Prozent gesunken und fiel in den Jahren 1933 bis 1944 weiter auf 44 Prozent. Dieser Trend einer sinkenden Bedeutung der Bildungsschicht setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg fort: Zwischen 1945 und 1953 betrug sie 41 Prozent, 1960 lag sie bei 38 Prozent.¹⁹²

¹⁸⁸ Sampson, *Anatomy of Britain Today*, S. 513.

¹⁸⁹ Fidler, *British Business Elite*, S. 252 u. 254.

¹⁹⁰ Norman Kipping, *Summing Up*, London 1972, S. 197.

¹⁹¹ Vgl. dazu die Berufsprestigeskala im Anhang von Bernd Wegener, *Kritik des Prestiges*, Opladen 1988, S. 239-244, Hochschullehrer und Richter auf S. 240.

¹⁹² Statistisches Bundesamt, Fachserie A. *Bevölkerung und Kultur*, Reihe 10 Bildungswesen, V.: Hochschulen, Hochschullehrer und sonstiges *wissenschaftliches* Personal an Wissenschaftlichen Hochschulen 1960, Stuttgart u. Mainz Kohlhammer) 1960, S. 54 mit Zahlen, die auf den Erhebungen von Christian von Ferber beruhen: Christian von Ferber, Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864-1954, Göttingen 1956, S. 177f.; Technische Fächer klammerte Ferber aufgrund fehlenden biographischen Materials aus. Lücken in den biographischen Angaben schränken die Aussagekraft zudem ein. Ferber verstand die Daten daher als Spiegel der Grundzüge einer nicht mehr vollständig rekonstruierbaren Entwicklung; s. ebd., S. 70. Ferbers Erhebung entstand im Rahmen eines Projekts des soziologischen Seminars in Göttingen, wo im Herbst 1952 unter der Leitung von Helmut Plessner eine Kartei über die deutschen Hochschullehrer seit 1863 angelegt wurde. Neben persönlichen Daten wurden auch Angaben über die soziale Herkunft, den Bildungsweg, die Promotion und Habilitation, sowie die akademische Laufbahn der Hochschullehrer erfasst. Für die kaum in Handbüchern und Statistiken erfasste Gegenwart führte Christian von Ferber 1953 eine Umfrage unter Hochschullehrern durch. Ferber gab als Zeitraum 1945 folgende an; vgl. „Soziologische Untersuchungen über den Lehrkörper der deutschen Hochschulen und über die gegenwärtige Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses“, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. II, Nr. 3, Sept. 1953, S. 26.

Die Hochschulexpansion allein kann die rückläufige Akademikerquote im Lehrkörper nach 1945 nicht erklären, da die Selbstrekrutierung angesichts von Vertriebenen und Flüchtlingen, die ihre Lehrstühle verloren hatten, in den frühen Nachkriegsjahren unproblematisch gewesen wäre. So führte Ferber eine mit den wachsenden Habilitationszahlen verbundene zunehmende „Objektivierung [...] im Habilitationsverfahren“ an, die den Einfluss familiärer Traditionen abgebaut und gewissermaßen eine „Rationalisierung“ an den Universitäten bewirkt habe.¹⁹³ Das Statistische Bundesamt wertete diesen „Umschichtungsprozeß“ als „deutliche Tendenz zur Demokratisierung“ durch eine zunehmende Entkoppelung der Hochschullaufbahn „von der Voraussetzung eines ‚akademischen Elternhauses‘“ und als Annäherung an die Zusammensetzung der Studierenden. Im Bericht wurde daraus auf eine jüngere Entwicklung geschlossen. Dagegen belegen die dieser Bewertung zugrunde liegenden Zahlen den markantesten Rückgang der Akademikerquote zwischen 1890 bis 1919 und damit einen langfristigen Trend. Schließlich bestanden deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern und zwischen Fachgruppen. Die Quote der Hochschullehrerinnen aus akademischem Elternhaus lag 1960 mit 44 Prozent deutlich über jener ihrer männlichen Kollegen (36%).¹⁹⁴ Als vergleichsweise unbewegliches Fach setzten sich die Rechtswissenschaften in den fünfziger Jahren noch ungefähr so zusammen wie hundert Jahre früher.¹⁹⁵

Der berufliche Status ihrer Väter ergibt eine exklusivere Sicht auf die Zusammensetzung der Hochschullehrer als die abnehmende Akademikerquote. Unter den Herkunftsgruppen jenseits der Bildungsschicht fielen die Kaufleute kontinuierlich am stärksten ins Gewicht, bis 1859 mit 10 Prozent und zwischen 1920 und 1933 mit 13 Prozent. Kleine Beamte, Lehrer, Fabrikanten und Großkaufleute kamen 1933 jeweils auf 6 bis 7 Prozent. Die übrigen Berufsgruppen waren bedeutungslos.¹⁹⁶ Ein Blick auf das Erhebungsjahr 1960 belegt Stabilität: Die größte Herkunftsgruppe waren die lehrenden Berufe (17,5%), von ihnen allerdings ein großer Teil ohne akademische Ausbildung (42%) und unter diesen vorwiegend Volksschullehrer. Handels-, Gewerbe- und Industriebetriebe erfasste das Statistische Bundesamt mit 13,1 Prozent, und Beamte des nicht-höheren Dienstes, also ohne akademische Bildung, kamen auf 11,5 Prozent. Nur 2,3 Prozent aller Hochschullehrer waren Arbeiterkinder. Beamte des höheren Dienstes und leitende Angestellte machten 12,2 Prozent aus, waren also überdurchschnittlich stark unter den Vätern vertreten, gemessen an der Größe dieser Herkunftsgruppen innerhalb der Bevölkerung.¹⁹⁷ Insgesamt gab es somit immer zahlreich Hochschullehrer aus nicht akademischen Elternhäusern, kaum jedoch aus den unteren Berufsgruppen. Ferber zeichnete die Entwicklung des Lehrkörpers anhand von Habilitationsjahrgängen nach, die in der folgenden Tabelle 9 dargestellt ist.

¹⁹³ Ferber, *Entwicklung*, S. 179f.

¹⁹⁴ Statistisches Bundesamt, *Hochschulen*, S. 54 u. 56, Zitate ebd.

¹⁹⁵ Ferber, *Entwicklung*, S. 184 u. Tabelle 27 auf S. 185f.

¹⁹⁶ Fritz Ringer, „Das gesellschaftliche Profil der deutschen Hochschullehrerschaft 1871-1933“, in: *Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815-1945*, hg. v. Klaus Schwabe, Boppard a. Rh. 1988, S. 93-104, hier S. 96.

¹⁹⁷ Statistisches Bundesamt, *Hochschulen*, S. 56; eine detaillierte Tabelle mit Berufsangaben zu den Vätern aller habilitierten Hochschullehrern, auf der Basis von Erhebungen an 18 westdeutschen Hochschulen, 8 Technischen Hochschulen, 6 Wissenschaftlichen Hochschulen mit Universitätsrang und 11 Philosophisch-Theologischen Hochschulen im Wintersemester 1960/61 ebd., S. 53, Tab. 24.

Tabelle 9: Soziale Herkunft der Habilitierten von 1920 bis 1953

	Habitationsjahrgänge					
	1920-33		1933-44		1945 ff.	
	abs.	Prozent	abs.	%	abs.	%
I. Akademische, künstlerische und publizistische Berufe insgesamt	1107	47,8	675	44,0	502	41,3
II. Wirtschaftlich Selbständige, Leitende Angestellte und Offiziere insgesamt	829	35,8	471	30,7	398	32,8
III. Wirtschaftlich Unselbständige ohne abgeschlossene Hochschulbildung insgesamt	397	16,4	388	25,3	314	25,9
I., II. u. III. insgesamt	2315	100	1534	100	1214	100
In % der unter die jeweilige Gruppierung fallenden ‚Hochschullehrer insgesamt‘	66,9		80,9			78,9

Quelle: Ferber, *Entwicklung des Lehrkörpers*, Tabelle 26, S. 177f. (Auszug).

44 Prozent der von 1933 bis 1944 habilitierten Hochschullehrer kamen aus akademischen, künstlerischen und publizistischen Haushalten – ein Großteil der Väter waren Professoren, Ärzte, höhere Beamte, Geistliche und Lehrer an höheren Schulen. Die zweitgrößte Herkunftsgruppe von habilitierten Hochschullehrern waren von 1933 bis 1944 mit 31 Prozent die wirtschaftlich Selbständigen, leitenden Angestellten und Offiziere. Ihr Anteil stieg zwischen 1945 und 1953 geringfügig auf 33 Prozent. Kontinuierlich bei ca. 25 Prozent lag die Gruppe, deren Väter weder studiert hatten noch selbständig waren. Immerhin war sie gegenüber den Jahren 1920 bis 1933 (16%) beachtlich gestiegen. Gar nicht ins Gewicht fielen die 2,2 Prozent zwischen 1933 und 1944 habilitierten Söhne von Werkmeistern oder Arbeitern, deren Anteil zwischen 1945 bis 1953 auf 3,5 Prozent stieg.¹⁹⁸

Nach Wolfgang Zapfs auf Ferbers Daten beruhenden Berechnungen von 1965 rekrutierten sich die Professoren 1953 zu zwei Dritteln aus der oberen Mittelschicht, zu fast einem Drittel aus der unteren Mittelschicht und zu zwei Prozent aus der Unterschicht. Selbst die soziale Herkunft von Richtern an Oberlandesgerichtshöfen war weniger homogen. Allein Attachés im Auswärtigen Amt rekrutierten sich 1962 mit 73 Prozent noch exklusiver aus der oberen Mittelschicht, welche die freien Berufe, höhere und gehobene Beamte, leitende Angestellte, wohlhabende Geschäftsleute sowie die „zahlenmäßig begrenzten Führungsschichten aller Bereiche umfaßt“. Gegenüber 3 Prozent in der Vätergeneration war sie 1955 auf 4,6 Prozent angestiegen. Zu einem Drittel setzte sie sich also aus Aufsteigern und Töchtern der eigenen Schicht zusammen.¹⁹⁹

Hans Wenke²⁰⁰ führte es auf ihre soziale Homogenität zurück, dass die deutschen Professoren

¹⁹⁸ Ferber, *Entwicklung*, S. 177f.

¹⁹⁹ Wolfgang Zapf, ‚Führungsgruppen in West- und Ostdeutschland‘, in: *Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht*, hg. v. dems., München 1965, S. 9-29, hier S. 16 f. Die Größe der Oberschicht entnahm Zapf der Studien von Janowitz.

²⁰⁰ Hans Wenke, Jg. 1903, Sohn eines Gastwirts; Studium der Philosophie, Pädagogik, Psychologie und Geschichte, 1926 Promotion, Berlin; 1939 Habilitation, Pädagogik und Philosophie, Univ. Erlangen, 1941 ao.Prof.; 1943 o.Prof.; 1947 Ruf Hamburg; 1949 o.Prof. u. Direktor Pädagogisches Seminar, Tübingen; seit 1958 o.Prof., Hamburg; 1939-1942 Heerespsychologe; 1954-1957 Senator für Schul- und Hochschulwesen; 1953 Rektor Tübingen; 1960 Vorsitz

sich so wenig für den sozialen Wandel im Allgemeinen und für die Bildungsöffnung mit den einhergehenden Hochschulreformen im Besonderen begeistern wollten. Der ehemalige Hamburger Schulsenator kritisierte in seiner Rede vor dem Hochschulverbandstag von 1963 besonders die Professoren aus alten Gelehrtenfamilien für ihr Verharren in der eigenen Rolle. Ihr Blick auf die Gesellschaft sei derart versperrt, dass sie außer dem Gymnasium nichts außerhalb der Universitäten wahrnehmen wollten. Ihre „bewußte und betonte Absonderung“ entspreche der früheren ständischen Gliederung der Gesellschaft, nicht dem zeitgemäßen Bild eines Akademikers.²⁰¹

Sozusagen genuin bürgerlich: Deutsche Unternehmer

Die Akteure der deutschen Wirtschaftsverbände mussten angesichts der Besatzung und den Zielen der Demokratisierung durch die Alliierten um die herkömmliche Ordnung bangen, obwohl die Selbstverwaltung letztlich von Kontinuität geprägt war.²⁰² Beides trifft auf die gesamte westdeutsche Wirtschaftselite zu, innerhalb derer keine Zirkulation stattfand, wie Wolfgang Zapf bereits 1965 feststellte,²⁰³ und wie neuere Studien zum Wirtschaftsbürgertum bestätigen.²⁰⁴ 1918, 1933 und 1945 vollzog sich jeweils ein Teilaustausch, doch keiner von diesen führte zu einer strukturellen Veränderung, da die soziale Herkunft und das Bildungsniveau der Nachfolger sich in das Muster fügten. Die wenige Monate nach Kriegsende einsetzenden Entlassungs- und Verhaftungswellen und die Nürnberger Prozesse endeten für Wirtschaftsführer, wie Alfred Krupp und Friedrich Flick, mit der langjährigen Haft; andere Internierte begannen Selbstmord. Zwar wurden einige gar nicht erst festgenommen, und viele andere bis 1947 bereits wieder entlassen, doch die 1945 in Ausmaß und Dauer noch ungewissen Internierungen waren für die gesamte Wirtschaftselite ein „tiefgreifender Einschnitt.“²⁰⁵ Sie erlaubten andererseits die Wiederherstellung alter Kontakte und erleichterten die Kohäsion innerhalb der Wirtschaftselite.²⁰⁶ Die Einschätzung der Zäsur fällt branchenübergreifend gleich aus: Viele Elitemitglieder verloren nur vorübergehend ihre Positionen und erhielten sie nach Entnazifizierung und Haft zurück.²⁰⁷ Wem hohe Po-

Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung; 1963-1965 Gründungsrektor, Ruhr-Universität Bochum; nach Emeritierung 1967 Direktor des Hans-Bredow-Instituts für Rundfunk und Fernsehen in Hamburg und Honorarprofessor in Bochum; s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom.

²⁰¹ Prof. Dr. Hans Wenke, ‚Der Akademiker und die Hochschule. Vortrag auf dem 13. Hochschulverbandstag‘, in: *Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes*, Bd. X, Nr. 3, Mai 1962, S. 156-173, hier S. 161.

²⁰² Werner Plumpe, ‚Die Unternehmervverbände im Transformationsprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg‘, in: *Unternehmervverbände und Staat in Deutschland*, hg. von Werner Bühner und Edgar Grande, Baden-Baden 2000, S. 75-87, hier z.B. S. 78; vgl. Volker Berghahn, *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1985, bes. S. 69-83.

²⁰³ Wolfgang Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-1961*, München 1965.

²⁰⁴ Vgl. verschiedene Beiträge in: *Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert*, hg. v. Dieter Ziegler, Göttingen 2000.

²⁰⁵ Tim Schanetzky, ‚Unternehmer: Profiteure des Unrechts‘, in: *Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945*, hg. v. Norbert Frei in Zusammenarbeit mit Tobias Freimüller u.a., Frankfurt/M. 2001, S. 73-126, hier S. 80, 82, 84; vgl. Andrea Westermann, *Plastik und politische Kultur in Westdeutschland*, Zürich 2007, S. 82-96 u. Jonathan Wiesen, *West German Industry and the Challenge of the Nazi Past, 1945-1945*, Chapel Hill 2001, S. 53-56; Krupp, Flick und Dutzende von anderen Nürnberger Verurteilten ließ der Hohe Kommissar der US-Regierung in Deutschland, John McCloy Anfang 1951 nach intensiver Lobbyarbeit seitens der Großindustrie entlassen, ebd., S. 214 u. Thomas Alan Schwartz, ‚John J. McCloy and the Landsberg Cases‘, in: *American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945-1955*, hg. v. Jeffrey M. Diefendorf, Axel Frohn u. Hermann-Josef Rupieper, German Historical Institute, Washington D.C. und Cambridge 1993, S. 433-454.

²⁰⁶ Berghahn, *Unternehmer und Politik*, S. 55.

²⁰⁷ Dieter Ziegler, ‚Die wirtschaftsbürgerliche Elite im 20. Jahrhundert: eine Bilanz‘, in: *Großbürger und Unternehmer. Die*

sitionen weiterhin offenstanden, wer nur noch Beraterverträge erhielt oder ganz aus dem Netz herausfiel, bestimmten die Industrieeliten selbst. Zu ihren Ausschlusskriterien zählte eine überzeugte Nazianhängerschaft, nicht aber eine Verurteilung in Nürnberg. So zog der „spezielle Moralkodex der westdeutschen Industrieeliten nach 1945 sehr feine Linien zwischen Kollegen, die akzeptabel, *gerade noch* akzeptabel und *nicht mehr* akzeptabel waren.“²⁰⁸ Die Unternehmerwelt der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre, so Jonathan Wiesen, zeichnete sich durch seine bemerkenswerte personelle und auch kulturelle Kontinuität mit der Weimarer und der nationalsozialistischen Zeit aus. Die gemeinsame Erfahrung des Nationalsozialismus und das kollektive Am-Pranger-Stehen habe die Unternehmerelite, welche Elitebewusstsein, Unternehmerethos und Bürgerlichkeit in den Mittelpunkt der geteilten Wertewelt gestellt habe, zusammengeschweißt, nicht zuletzt unterstützt durch die Zeit der gemeinsamen Inhaftierungen.²⁰⁹

In den fünfziger Jahren beschleunigten sich personelle Aufstiege von Unternehmern in die Vorstände, die während der NS-Zeit ihre Ausbildung erhalten und bereits erste Erfahrungen in leitenden Positionen im autoritären Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gesammelt hatten. Die Verbände waren ebenfalls von dieser personellen Kontinuität geprägt.²¹⁰ Fast alle Vorstandsmitglieder der 25 größten Industriekonzerne und ihren Tochterunternehmen von 1960 hatten bereits 1945 Aufstiegsposten wie Prokurist oder Direktor besetzt, kamen also aus der „zweiten Reihe“.²¹¹ Die Alliierten wollten nicht auf deren „berufliche Kompetenzen verzichten“, zumal alle deutschen Manager mehr oder weniger mit dem NS-Regime zusammengearbeitet hatten. So wurden nur Vorstandsmitglieder mit politischer Karriere entlassen, denen zum einen die fachliche Kompetenz für den Wiederaufbau fehlte und die zum anderen als „Funktionsträger der Partei“ nie wirklich Aufnahme „in den Kreis der Wirtschaftselite“ gefunden hatten.²¹² Tatsächlich schieden weit weniger Personen aus politischen Gründen aus, als die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Viele machten aus Altersgründen die Reihen für Nachfolger frei. Hervé Joly stellt sogar über 1933 hinweg eine starke Kontinuität in den Vorständen der großen Industriekonzerne fest, denn allein die AEG und Mannesmann hatten 1933 nachweislich mindestens ein jüdisches Vorstandsmitglied gehabt. Allein die Bankanelite mit einem weit höheren Anteil an jüdischen Mitgliedern (50%) erfuhr 1933 einen personellen Teilaustausch, der einem strukturellen Bruch entspricht.²¹³

Untersuchungen zur sozialen Herkunft der deutschen Unternehmer stehen wie im britischen Fall der Schwierigkeit gegenüber, dass die Sozialstatistik Unternehmer nicht als Kategorie aufführt. Die amtliche Statistik unterscheidet nur grob Angestellte, Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte. Eindeutige Zuordnungen erlaubt sie ebenso wenig wie die Klassifizierung

deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, hg. v. dems., S. 7-29, hier S. 16; vgl. Berghahn, *Unternehmer und Politik*, S. 72.

²⁰⁸ Berghahn, *Unternehmer und Politik*, S. 48, 53 u. Zitat S. 54.

²⁰⁹ Jonathan Wiesen, *West German Industry and the Challenge of the Nazi Past, 1945-1955*, Chapel Hill 2001, S. 8 u. 11; vgl. Hervé Joly, *Großunternehmer in Deutschland. Soziologie einer industriellen Elite, 1933-1989*, Leipzig 1998, S. 150.

²¹⁰ Wolfgang Zapf, ‚Die deutschen Manager‘, in: *Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht*, hg. v. dems., München 1965, S. 136-149, Zitat S. 13. Die Analyse beruhte auf einer am soziologischen Seminar Tübingen unter der Leitung von Ralf Dahrendorf durchgeführten Umfrage unter westdeutschen Führungsschichten; vgl. Schanetzky, ‚Unternehmer‘, S. 90 u. 92.

²¹¹ Joly, *Großunternehmer*, S. 77.

²¹² Joly, ‚Kontinuität‘, S. 71.

²¹³ Joly, *Großunternehmer*, S. 114f. ausführlicher zu AEG und Mannesmann; vgl. Ziegler, ‚Die wirtschaftsbürgerliche Elite‘, S. 16f.

der Berufe bei der Volks- und Berufszählung von 1961. Daher beruhen die deutschen Untersuchungen über die soziale Beschaffenheit des Unternehmertums ebenso wie die britischen auf Umfragedaten.²¹⁴ Die wohl wichtigste repräsentative Untersuchung zu Unternehmern im Untersuchungszeitraum führte 1964 Wolfgang Zapf durch. Er befragte insgesamt 318 Vorstandsmitglieder der fünfzig umsatzstärksten deutschen Unternehmen und wertete biographische Nachschlagewerke aus.²¹⁵ So ermittelte er den Karriereverlauf von 41 Prozent der Manager. Eigentümer-Unternehmer, Aufsichtsratsmitglieder und Verbandsfunktionäre befragte er nicht.²¹⁶

Zapf klassifizierte die deutschen Manager als „sozusagen genuin bürgerlich“. Ihr Durchschnittsalter lag 1964 bei 56,3 Jahren. 72 Prozent waren evangelisch. Ihr Bildungsniveau war ausgesprochen hoch: 89 Prozent hatten studiert, 61 Prozent promoviert. Ingenieure und Naturwissenschaftler dominierten mit insgesamt 55 Prozent, während sich alle anderen Führungsgruppen überwiegend aus Juristen zusammensetzten. 43 Prozent hatten Ingenieurwissenschaften studiert, 12 Prozent Naturwissenschaften, 21 Prozent Jura und 21 Prozent Wirtschaftswissenschaften.²¹⁷ Ihre soziale Herkunft war exklusiv. Es handelt sich nicht um eine Aufsteigergruppe. 51 Prozent kamen aus einem wirtschaftlich geprägten Elternhaus, 49 Prozent nicht. Dies stellte offensichtlich kein Hindernis für eine Managerkarriere dar. 79 Prozent stammten aus den von Zapf als Bürgertum bezeichneten Berufsgruppen der Ober- und oberen Mittelschicht. Nur 25 Prozent rechnete er der Oberschicht zu, weitere 54 Prozent der oberen Mittelschicht und nur 16 Prozent der unteren Mittelschicht. Biermann stellte in seiner Untersuchung zu nordrhein-westfälischen Unternehmern mit mehr als zehn Angestellten deutliche Unterschiede zwischen Groß- und Kleinunternehmern fest und erkannte unter den jüngeren Unternehmern keinen Trend zur sozialen Öffnung. Aus der oberen Unterschicht erreichten 5 Prozent einen Managerposten, aus der unteren Unterschicht niemand. Je größer das Unternehmen, desto eher rekrutierten sich Unternehmer aus der oberen Mittelschicht. 27 Prozent in Betrieben mit 10-49, 41 Prozent in Betrieben mit 50-99, 52 Prozent in Betrieben mit 100-499 Beschäftigten. In Betrieben mit 500 und mehr Beschäftigten rekrutierten sich die Unternehmer zur Hälfte aus der oberen Mittelschicht.²¹⁸

Nach Berufsgruppen aufgeschlüsselt ergibt sich für Zapfs Topmanager folgendes Bild: 19 Prozent der Väter waren Selbständige mit größerem Betrieb gewesen, 18 Prozent Freiberufler,

²¹⁴ Benno Biermann, *Die soziale Struktur der Unternehmerschaft. Demographischer Aufbau, soziale Herkunft und Ausbildung der Unternehmer in Nordrhein-Westfalen*, Stuttgart 1971, S. 54.

²¹⁵ Wolfgang Zapf, ‚Die deutschen Manager‘, in: *Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht*, hg. v. dems., München 1965, S. 136-149, hier S. 136; Zapf stützte sich auch auf vorangegangene Studien von Heinz Hartmann; s. Heinz Hartmann und Hanns Wienold, *Universität und Unternehmer*, Gütersloh 1967, S. 9; Zapfs Material stößt an ähnliche Grenzen wie das von Ferber; ebd., S. 159, Fußnote 17: Das Alter konnte beispielsweise für 88 Prozent der Männer ermittelt werden, die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg hingegen nur für 36 Prozent, um nur zwei Beispiele anzuführen.

²¹⁶ Ebd., S. 138.

²¹⁷ Heinz Hartmann, *Der deutsche Unternehmer: Autorität und Organisation*, Frankfurt/M. 1968, S. 181-183 berechnete bereits für die Mitte der 1950er Jahre einen mit 31% Hochschulabsolventen international vergleichsweise hohen Bildungsstand des deutschen Unternehmertums in Spitzenpositionen – ohne Aufsichtsräte, leitende Angestellte und Regierungsbeamte; Zehn Jahre später schloss Hartmann jedoch auf ein geringeres Ausbildungsniveau von 25% Hochschulabsolventen. Die Differenz führte er auf das nun neu verwendete Hoppenstedts *Leitende Männer der Wirtschaft und der dazugehörigen Verwaltung* zurück, das mehr selbständige Inhaber-Unternehmer und weniger angestellte Vorstands- und Geschäftsführungsmitglieder auflistete als das zuvor verwendete *Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte*; vgl. die ausgiebige Diskussion in Heinz Hartmann und Hanns Wienold, *Universität und Unternehmer*, Gütersloh 1967, S. 9-14; im Vergleich zu Britannien ein immer noch hoher Akademisierungsgrad, s. ebd., S. 12.

²¹⁸ Biermann, *Soziale Struktur der Unternehmerschaft*, S. 107.

17 Prozent höhere Angestellte, 12 Prozent Beamte des höheren Dienstes und 3 Prozent Wissenschaftler. Weitere 9 Prozent waren Beamte des gehobenen, 8 Prozent des mittleren und unteren Dienstes und schließlich 5 Prozent Arbeiter.²¹⁹ Fast die Hälfte der Großväter dieser Manager hatten bereits hohe Berufsstellungen innegehabt. Ein Viertel der Väter hatte einen Aufstieg erlebt, und das restliche Viertel der Manager hatte den sozialen Aufstieg selbst vollzogen.²²⁰

Zu den Karrieremustern von Managern stellte Zapf fest, dass Eigentümer und Erben keine Rolle spielten. Drei Viertel der Manager ordnete er als „Bürokraten“ ein, die über mehrere Angestelltenpositionen in einem oder zwei Unternehmen eine Laufbahn in der Wirtschaft bis zu einer leitenden Position durchlaufen hatten. Eine dritte Gruppe trat erst mit ungefähr 50 Jahren in die Konzerne ein, nach einer Karriere in der höheren Verwaltung (10%), in der Politik (6%), in den freien Berufen (4%) oder in der Wissenschaft (2%).²²¹

²¹⁹ Zapf, „Die deutschen Manager“, S. 139, Tabelle 1: Das Sozialprofil der deutschen Manager.

²²⁰ Ebd., S. 142, zu den Herkunftsmustern der deutschen Manager s. S. 142.

²²¹ Ebd., S. 143 u. S. 144.

Teil II Bürgerliche Abgrenzungsdiskurse

Die Reaktionen von Hochschullehrern und Unternehmern auf die Bildungsexpansion und auf bildungspolitische Reformpläne sind Gegenstand der folgenden Kapitel. Mit der Bildungsöffnung stand der exklusive Zugang zu akademischen Berufen zur Disposition. Folglich wurde die Nivellierung zwischen den sozialen Klassen über einen ungehinderten Bildungsaufstieg denkbar. Akademisch gebildete Berufsgruppen mussten schon deshalb auf diese Entwicklung reagiert haben, weil damit ihre Bildungsprivilegien und ihre gesellschaftliche Distinktion als gehobene Schicht infrage standen. Darüber hinaus ist jedoch von Interesse, ob in ihren Haltungen ein bürgerliches Standesbewusstsein sichtbar wird, oder ob sie sich eher aus ihrer jeweils spezifischen Interessenslage als einzelne Berufsgruppen mit den Folgen der Bildungsexpansion auseinander setzten. Die Analyse geht von Reden und Schriftstücken ihrer Verbände aus: der *Association of University Teachers* und dem Deutschen Hochschulverband, der *British Employers' Confederation* und der *Federation of British Industries* – beides Vorläufer-Organisationen der heutigen *Confederation of British Industries* – und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Bundesverband der Deutschen Industrie.

Als Untersuchungsfeld dienen die Wortbeiträge zu den Bildungsdebatten der Nachkriegszeit aus den Kreisen dieser Verbände und ihrer Netzwerke. Vertraten Hochschullehrer und Unternehmer bildungs- und hochschulpolitische Interessen, die auf bürgerliches Standesbewusstsein schließen lassen? Beriefen sie sich dabei auf bürgerliche Werte? Teilten sie bürgerliche Interessen und Werte, was auf eine gemeinsame bürgerliche Identität von Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum hinweisen würde? Als Analyseraster dienen bürgerliche Werte, wie die Hochschätzung von Selbständigkeit, die Achtung von Arbeit und Leistung als Verteilungskriterien, ein Engagement für das Gemeinwohl, eine kritische Haltung gegenüber dem Staat. Geht aus ihren Beiträgen noch ein bürgerliches Bildungsideal hervor? Betrachteten sie demgemäß Bildung als fortwährenden geistigen Prozess zur Kultivierung von Persönlichkeit, der sich nicht auf den Erwerb bestimmter Bildungsgüter reduzieren lässt, sondern zweckfrei sein muss und über die Ansammlung von Wissen hinausgeht? Die Darstellung ist nach den Hauptthemenfeldern und *Topoi* geordnet, die über den Untersuchungszeitraum hinweg unverändert die Debatten prägten. Auf eine chronologische Darstellung wird daher verzichtet.

Kapitel 4 und 5 betrachten zunächst die bildungspolitischen Themen der *Association of University Teachers* und des Deutschen Hochschulverbands, worauf in Kapitel 6 der Vergleich ihrer Themenfelder und Argumentationsweisen folgt. Kapitel 7 und 8 setzen sich mit den britischen und den deutschen Unternehmerverbänden auseinander, und Kapitel 9 beendet mit einem Vergleich von deren bildungspolitischen Standpunkten und Argumenten den zweiten Teil dieser Arbeit. Die Auswahl der Themen richtet sich jeweils nach den von den Verbänden gewählten Schwerpunkten und zeigt starke Parallelen vor allem im Ländervergleich, aber auch zwischen Hochschullehrern und Unternehmern. Hauptthemen der Hochschullehrer beider Länder waren die Befähigung zum Hochschulstudium, das Ideal von Universität und Universitätsgemeinschaft, die sinkenden Gehälter und damit verbunden der soziale Niedergang von Wissenschaftlern, sowie die Abwanderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ins Ausland und in die Industrie. Unternehmer stellten vor allem die Begabung breiter Bevölkerungsschichten für höhere und Hochschulbildung infrage, die der Bildungsexpansion vermeintlich zugrunde lag. Sie betrachteten mit

Sorge, dass Jugendliche sich zunehmend gegen eine Ausbildung im Betrieb entschieden, stattdessen die Hochschulreife erwarben und ein Studium anstrebten. Schließlich war die Nachfrage der Industrie nach Akademikern ein wichtiges Thema, wobei britische Unternehmer einen solchen Bedarf sahen, deutsche Unternehmer hingegen nicht.

Es wird gezeigt, dass deutsche Professoren und Unternehmer den Anspruch der breiten Bevölkerungsschichten auf höhere Bildung klarer ablehnten als ihre britischen Kollegen. Dies spricht zunächst dafür, dass die Deutschen sich eher als die britischen Akteure von universell gültigen bürgerlichen Werten abwandten und Exklusionsstrategien an Bedeutung gewannen. Eine angemessene Bewertung ist jedoch ohne die Beachtung von Bildungssystemen, -beteiligung und -reformen sowie den sozialen und ökonomischen Veränderungen in beiden Ländern nicht möglich.

An dieser Stelle seien daher die für die nachfolgende Untersuchung zentralen Punkte zusammengefasst, die im ersten Teil dieser Arbeit ausführlich dargestellt und diskutiert wurden. Erstens profitierten nach dem Zweiten Weltkrieg in beiden Ländern alle Schichten vom sozialen und wirtschaftlichen Wandel: Nach Jahrzehnten der Massenarbeitslosigkeit wurde im Laufe der fünfziger Jahre Vollbeschäftigung erreicht. Dies allein setzte den Verelendungsszenarien der Zwischenkriegszeit ein Ende und trug vor allem zur sichtbaren Entproletarisierung von ungelernten Arbeitern bei. Zweitens fand in Britannien eine leichte, in Deutschland hingegen gar keine Nivellierung in der Einkommens- und Vermögensverteilung statt. Die Hauptentwicklung in der britischen Einkommensverteilung bestand in der Erhöhung des Einkommensdurchschnitts durch Verschiebungen von niedriger zu höher entlohnerten Tätigkeiten im Laufe des Berufsstrukturwandels. Die qualifiziertesten Berufsgruppen erzielten zwar weiterhin mehr, aber nicht mehr ein Vielfaches von Arbeitereinkommen. Die sehr Reichen verzeichneten zudem zwischen 1950 und 1980 einen relativen Vermögensverlust zugunsten der sehr Armen, während die Mitte insgesamt von Stabilität geprägt war. Dies ist vor allem auf den Wohlfahrtsstaat zurückzuführen, der die allgemeine Vermögensbildung durch die staatliche Absicherung gegen alle Lebensrisiken erleichterte, so dass vielen Haushalten erstmals Geld für langfristige Rücklagen oder einen Hausbau zur Verfügung stand. Eine „classless society“ stellte sich jedoch ebenso wenig ein wie die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“. In Deutschland blieb die Einkommensverteilung, die weniger als in Britannien über Steuern nivelliert wurde, zwischen 1950 und 1970 stabil. Eine Umverteilung der Vermögen nach unten fand nicht statt. Drittens wuchs die Akademikerschicht in beiden Ländern infolge der zunehmenden Qualifizierung der Berufsstruktur. Daher war die Nachkriegszeit eine Phase wachsender beruflicher Aufstiegschancen und erhöhter Aufstiegsmobilität. Der Berufsstrukturwandel verbesserte indessen nicht die Berufs- und Aufstiegschancen von Arbeitern und unteren Mittelschichten gegenüber der oberen Mittelschicht.

Strukturelle Bildungsbarrieren wurden, viertens, in keinem der beiden Länder wesentlich abgebaut. In Westdeutschland setzten die Befürworter des dreigliedrigen Schulsystems dessen Erhalt erfolgreich gegen die alliierten Besatzungsmächte durch, welche die Einführung der Einheitschule befürwortet hatten. Vorschläge für Hochschulreformen scheiterten ebenso wie die Schulreform an einem politisch breiten, bewahrenden Konsens. In Britannien wurde zwar 1944 eine Bildungsreform verabschiedet, getragen von einer nationalen Woge der Euphorie für den Wohlfahrtsstaat und mit dem Ziel, die *grammar schools* (Gymnasien) breiteren Schichten zu öffnen. Allerdings wurden die privaten *public schools* nicht abgeschafft, die deutlich bessere Studien- und Berufschancen eröffneten als die meisten öffentlichen Schulen. Zudem schuf die Labour-Regierung

trotz der scharfen Proteste in der eigenen Partei und unter Rückgriff auf das Leitbild des *parity of esteem* eine Hierarchie innerhalb der öffentlichen Schullandschaft, die der deutschen Dreiteilung in Haupt- und Realschule und Gymnasium entsprach. Ebenso erhielt *Labour* die Hierarchie zwischen Elite- und anderen Universitäten. Der Bevölkerungsmehrheit blieb der Zutritt zu den erstklassigen Bildungsinstitutionen nahezu vollständig verwehrt. Insgesamt wurden weder in Britannien noch in Westdeutschland die Bildungssysteme wesentlich verändert, und die Zugangsmöglichkeiten zu den Eliteinstitutionen blieben für Aufsteiger begrenzt. Erwähnenswert ist jedoch in Zusammenhang mit den im Folgenden zu zeigenden stärkeren Abwehrreaktionen der deutschen Akteure gegenüber der Bildungsexpansion, dass die britische *middle class* die Möglichkeit hatte, dem öffentlichen Schulsektor auszuweichen und damit die Chancen ihres Nachwuchses auf einen Platz an einem der Elitecolleges des Landes erheblich zu erhöhen. Der extreme Zulauf zu *public schools* und die Abwendung von bislang beliebten *grammar schools* als Folge des 1944 *Education Act* ist Ausdruck einer massenhaften Entscheidung der *middle class* gegen den gemeinsamen Schulbesuch mit der *working class*. Solche Ausweichmöglichkeiten standen den deutschen Bildungsschichten kaum zur Verfügung, da es wenige renommierte Privatschulen und keine so markant aus der Hochschullandschaft herausragenden Universitäten wie Oxford und Cambridge gab. Insofern waren die Bildungschancen in Britannien noch ungleicher verteilt als in Deutschland, und die soziale Auslese war viel stärker über finanzielle Mittel gesteuert.

Die Studentenzahlen stiegen, fünftens, in beiden Ländern kontinuierlich und direkt nach dem Zweiten Weltkrieg sprunghaft. Der Jahrhundert-Trend wachsender Hochschulbildung in Europa wurde durch die beiden Weltkriege jeweils kurz unterbrochen. In Deutschland wurde er durch die Schrumpfungspolitik der Nationalsozialisten sogar zeitweise umgekehrt. Nach dem Zweiten Weltkrieg beschleunigte er sich jedoch wieder. Obwohl die absoluten Studentenzahlen in die Höhe schnellten, studierte bis Mitte der sechziger Jahre gleichwohl nur eine, allerdings rapide wachsende, Minderheit. Sechstens trat dennoch keine Veränderung bei der Verteilung von Bildungschancen ein. So holten beispielsweise Arbeiter- gegenüber Akademikerkindern nicht an Bildungschancen auf. Die soziale Herkunft der Studenten blieb deshalb stabil, weil die gebildeten in gleichem Maße wie die bildungsfernen Schichten von der Expansion profitierten. Unter den Studenten blieben damit die obere Mittelschicht stark und die untere Mittelschicht weiterhin leicht überproportional im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsstärke vertreten. Siebtens gab es jedoch einen ganz wesentlichen Unterschied: Arbeiterkinder kamen innerhalb der deutschen Studentenschaft nie über fünf Prozent. An britischen Universitäten waren sie zwar ebenfalls unterrepräsentiert, doch mit im deutsch-britischen Vergleich sensationellen 25 Prozent. Der Aufstieg von Arbeiterkindern über Stipendien, die bis zu (Elite-)Universitäten führten, hat eine lange britische Tradition, die in Deutschland kein Äquivalent der Begabtenförderung findet. Ungeachtet der extrem hierarchischen Bildungslandschaft scheint der soziale Aufstieg in Britannien grundsätzlich akzeptierter gewesen zu sein als in Deutschland.

Zwei *Trade Offs* sind, achtens, gleichwohl nicht zu übersehen. Zum einen standen in Britannien deutlich weniger Studienplätze als in Deutschland zur Verfügung, wohingegen die Betreuungssituation an den Universitäten sehr gut war. In Deutschland waren die Studienplätze nicht begrenzt, dafür aber die Lehrsituation an den Universitäten teilweise katastrophal. Viele sehr gute britische Schulabgänger hatten aufgrund der Studienplatzbeschränkungen gar nicht die Möglichkeit zu studieren. Für die Absolventen renommierter *public schools* war dies auch kein obligatorischer Karriereschritt. Absolventen von weniger renommierten öffentlichen Schulen blieb da-

durch jedoch ein Aufstiegsweg verschlossen. Da die Anzahl der Studienplätze nur sehr zögernd der wachsenden Nachfrage angepasst wurde, verschärfte sich der Wettbewerb seit den fünfziger Jahren erheblich. Dafür betreute Anfang der sechziger Jahre ein Dozent durchschnittlich nur neun Studenten. Diese aus deutscher Sicht traumhafte Situation hatte sich über Jahrzehnte hinweg nicht verschlechtert. In Deutschland war hingegen die Hochschulreife das einzige Zulassungskriterium für die Universität. Infolge immer größerer Abiturjahrgänge wurden in den beiden Nachkriegsjahrzehnten je Professor bis zu 75 und je Dozent immerhin zwischen 15 und 28 Studenten erhoben. Die Schätzungen gingen zwar erheblich auseinander, doch lagen sie alle deutlich über den britischen Verhältnissen. Während sich in Britannien die Auslese der Studenten dramatisch verschärfte, drängten immer mehr Studenten in die Seminare der deutschen Universitäten.

Zum anderen galt auf dem britischen Arbeitsmarkt ein Universitätsabschluss nicht so viel wie ein anderer, während deutsche Abschlüsse an Universitäten einander gleichwertig waren. Unter britischen Universitäten existierte ebenso wie unter den Schulen eine klare und weithin bekannte Hierarchie. An deren Spitze standen Oxford und Cambridge, wo eine nationale Elite für Spitzenpositionen ausgebildet wurde, die Provinzuniversitäten nahmen den untersten Rang ein, und die Londoner Colleges füllten die Mitte aus. *Public School*- Absolventen hatten die größte Chance, in die besten Universitäten aufgenommen zu werden. Die Schüler von weniger renommierten Schulen mussten sich demgegenüber tendenziell mit Plätzen an Universitäten zufrieden geben, die üblicherweise nicht Ausgangspunkte für hohe berufliche Positionen waren. Die vielen Statusdifferenzierungen innerhalb des britischen Bildungssystems und die rigide Leistungsauslese, so seien die Ergebnisse zusammengefasst, erlaubten eine Bildungsexpansion, welche die Elitenbildung nicht gefährdete. In Deutschland waren die dafür notwendigen strukturellen Rahmenbedingungen nicht gegeben. Da die Auslese bereits an den höheren Schulen stattfand, wählten deutsche, im Gegensatz zu britischen, Professoren ihre Studenten nicht selbst aus und bestimmten somit auch nicht die soziale Zusammensetzung ihrer Studentenschaft. Die wachsende Nachfrage nach Hochschulbildung traf die Universitäten als Bildungsstätten des Bürgertums insofern entsprechend härter. Das unter deutschen Professoren stärker ausgeprägte Gefühl der Überfüllung war demnach nicht aus der Luft gegriffen.

Die im ersten Teil dieser Arbeit ausführlich dargestellten und hier zusammenfassend skizzierten Unterschiede führen zurück zu der in der Einleitung formulierten These, die der Analyse der Bildungsdebatten im vorliegenden zweiten Teil zugrunde liegt: Die britischen Bildungsdebatten waren besonders stark von einer Spannung zwischen universellen bürgerlichen Werten und sozial exklusiven Praktiken geprägt. Einerseits wurden gleiche Bildungschancen postuliert, andererseits wurde die Bewahrung von sozial höchst selektiven Auslesemechanismen in Schulen und Hochschulen in den Debatten ausgeblendet. Der Zugang zu den elitären *public schools* und den Colleges von Oxford und Cambridge stand nicht zur Diskussion. Während es in Deutschland kaum Privatschulen und keine Hochschulen gab, wo die obere Mittel- und Oberschicht parallel zum expandierenden öffentlichen Bildungssektor weiterhin eine sozial exklusive Bildung hätten erwerben können, war die soziale Ausgrenzung durch Sprache vergleichsweise ausgeprägt. Der soziale Aufstieg der ‚Massen‘ wurde in Deutschland zu Recht als stärkere Standesbedrohung als in Britannien empfunden, und daher wurden auch der Bildungsanspruch der ‚Massen‘ und der soziale Aufstieg über Bildung als schädlich und unbürgerlich abgelehnt. Der vorwiegend institutionell gewährleisteten Distinktion in Britannien steht eine scharfe sprachliche Abgrenzung in Deutschland gegenüber.

In der deutschen wie in der britischen Bildungsdebatte führten Professoren und Unternehmer bürgerliche Eigenschaften an, um ihre Standpunkte zu legitimieren. Sie schrieben diese Merkmale und Fähigkeiten den gebildeten Schichten zu und teilten damit bei allen Unterschieden zwischen ihren Argumentationen bürgerliches Standesdenken. Zwei Besonderheiten prägen jedoch die deutschen Debatten: Zum einen wurden bürgerliche Werte oftmals als Schlagwörter in den Systemwettbewerb mit dem Sozialismus gestellt. So steht ‚persönliche Freiheit‘ im Gegensatz zum ‚Individuum‘, das im ‚Kollektiv‘ untergeht – eine Konnotation, die aus britischen Reden nicht hervorgeht. Die deutschen Unternehmer bedienten sich besonders häufig der Negativbegriffe ‚Kollektivismus‘ und ‚Sozialismus‘, mit denen sie gleichsam vor dem Sozialismus der Ostzone bzw. der DDR wie vor dem demokratischen Sozialismus der bundesdeutschen SPD als Feinden der persönlichen Freiheit warnten.¹ Eine anti-amerikanische Stoßrichtung ist nicht erkennbar,² obwohl deutsche Unternehmer und Professoren die mit Anti-Amerikanismus verbundenen Schlagworte ‚Masse‘ und ‚Vermassung‘ häufig benutzten, um ihrer Ablehnung der Bildungsexpansion Ausdruck zu verleihen.³ Zum anderen wiederholten die deutschen Akteure Argumentationen und Begrifflichkeiten aus bereits in der Weimarer Republik geführten Vermassungs- und Nivellierungsdiskursen. Sie griffen entweder direkt auf historisch belastete Begriffe zurück oder vermieden diese durch die Verwendung von Synonymen und Antonymen, mit denen der entsprechende Gegenbegriff noch assoziiert werden konnte.

So hatten die radikal-konservative Opposition gegen die Weimarer Republik und ihre Vorläufer im wilhelminischen Deutschland ‚Masse‘ in ein antonymes Verhältnis zum Volksbegriff gestellt. Symbolisierte ‚Volk‘ die Einheit, die nach dem gemeinsamen Kriegserlebnis im Ersten Weltkrieg euphorisch von einer bürgerlich nationalen Öffentlichkeit gefeiert wurde, stand mit dem Negativbegriff der ‚Masse‘ das Individuum im Vordergrund. Während der Gebrauch des Volksbegriffs nach seiner rassistischen Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus diskreditiert war, hielt sich ‚Masse‘ und stand fortan allein. ‚Volk‘ und ‚Masse‘ hatten sich in den 1930er Jahren ohne Erläuterung gegenseitig erklärt: Masse war mechanisch zusammengefügt, ‚Volk‘ organisch; die Einzelnen konnten nur eine ‚Masse‘ bilden, das ‚Volk‘ war hingegen gegliedert.⁴ Da die Protagonisten der deutschen Bildungsdiskussion überwiegend zwischen den 1880er Jahren und der Jahrhundertwende geboren waren, dürften sie die volle Konnotation von ‚Masse‘ auch dann noch erfasst haben, als der Volksbegriff vollkommen aus ihrem Sprachgebrauch verschwunden war. Innerhalb konservativer Diskurse waren die Topoi von ‚Masse‘ und ‚Massengesellschaft‘ bis weit in die fünfziger Jahre hinein gängig. Sie wurden in Verbindung mit dem Totalitarismus diskutiert –

¹ Alle genannten Werte waren laut Hannes Siegrist nach 1945 zentral: ‚Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorien „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit‘, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 21.1995, S. 549-583, hier S. 581; vgl. zum politischen Gebrauch der Begriffe Freiheit und Sozialismus die Stichworte „Freiheit“, „Soziale Marktwirtschaft“ und „Sozialismus“, in: Dieter Felbick, *Schlagwörter der Nachkriegszeit, 1945-1949*, Berlin u. New York 2003, S. 318f., S. 471-477 u. S. 491-503.

² Zur kulturkritischen Auseinandersetzung mit den USA s. Michael Ermarth, „Amerikanisierung“ und deutsche Kulturkritik 1945-1965. Metastasen der Moderne und hermeneutische Hybris‘, in: *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*, hg. v. Konrad H. Jarausch u. Hannes Siegrist, Frankfurt/M. und New York 1997, S. 315-334; für eine ausführliche Auseinandersetzung mit Amerika als Synonym von Massengesellschaft und Aufstieg des Pöbels s. Ralf Dahrendorf, *Die Angewandte Aufklärung. Gesellschaft und Soziologie in Amerika*, München 1963, S. 220.

³ Beate Kraus, ‚Begriffliche und theoretische Zugänge zu den ‚oberen Rängen‘ der Gesellschaft‘, in: *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*, hg. v. Peter Imbusch u. Stefan Hradil, Opladen 2003, S. 35-54, hier S. 36f.

⁴ Vgl. Synnöve Clason, *Schlagwörter der „konservativen Revolution“. Studien zum polemischen Wortgebrauch des radikalen Konservatismus in Deutschland zwischen 1871 und 1933*, Stockholm 1981, S. 4, S. 44, S. 128f u. S. 133-135.

nicht mit Referenz auf den Nationalsozialismus, sondern mit Blick auf den Sozialismus. Der seit den fünfziger Jahren gängige, ideologisch unbelastete und auf soziale Einheit verweisende Begriff ‚Gesellschaft‘ fand indessen keinen Eingang mehr in die hier betrachteten Debatten.⁵

Im ‚Vermassungsdiskurs‘ bildete die eigenständige ‚Persönlichkeit‘ das Gegenstück zum Individuum. Die Kantsche Bedeutung von Persönlichkeit als Mensch, der Pflicht und Freiheit verbindet und so zu innerer Freiheit gelangt, war zwar verblasst, doch die positive Konnotation des zentralen Begriffs für den bürgerlichen Diskurs des 19. Jahrhunderts blieb erhalten.⁶ Zunächst war der Persönlichkeitsbegriff allerdings nach dem Ersten Weltkrieg von national-konservativen Kräften als Schlagwort gegen die junge Demokratie eingesetzt und in diesem Gebrauch von den Nationalsozialisten übernommen worden. Im Elitedenken konservativer Weimarer Kreise polemisierte man mit ihm gegen die Demokratisierung: Während das Individuum in der modernen Massengesellschaft nur seinen eigenen materiellen Interessen folgte, lebte die Persönlichkeit die Gemeinschaft. Wer Persönlichkeit anstrebe, müsse folglich „im Namen ihrer Freiheit alle Nivellierungstendenzen bekämpfen.“⁷ Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Forderung nach der Bildung von eigenständigen Persönlichkeiten erneuert wurde, um den Wert des Einzelnen beim Erhalt der wirtschaftlichen Ordnung herauszustellen, wurde bruchlos an den liberalen Persönlichkeitsbegriff des 19. Jahrhunderts angeknüpft.⁸ Dessen Bedeutungen waren nach 1945 noch so geläufig, dass mit ‚Persönlichkeit‘ immer auch die Antithese des ‚Kollektivs‘ impliziert war und verstanden wurde, wie Mark Roseman am Beispiel der Ausbildung junger Minenarbeiter zeigte.⁹

Im britischen Kontext wurden Begriffe wie ‚Masse‘, ‚Nivellierung‘ und ‚Kollektiv‘ im bildungspolitischen Kontext nicht eingesetzt, obwohl die kultivierte ‚Persönlichkeit‘ eine große Rolle spielte. Die Vielfalt der von ihren deutschen Kollegen angeführten Schlagworte lässt die britische Interessenpolitik geradezu eintönig erscheinen. Die britischen Hochschullehrer und Unternehmer betonten, dem *gentlemanly ideal* entsprechend, vor allem ihren Dienst am Gemeinwohl.¹⁰ In beiden Ländern wurde gleichwohl das Leistungsprinzip ebenso betont wie das Ziel, durch ein Studium nicht nur Fachkräfte, sondern vor allem verantwortungsvolle, urteilsfähige und zur Führung geeignete Persönlichkeiten auszubilden. Verursachte die Expansion ein Gefühl der Überfüllung der Hochschulen, so hatte jenseits der gefühlten Entwicklung zu Massenuniversitäten doch die Idee Bestand, dass an der Universität die zukünftigen Entscheidungsträger der beiden Länder ausgebildet werden sollten. Deutsche Unternehmer sprachen noch von Bürgertum als prozessualer Entwicklung, als Ausdruck nicht nur einer sozialen Lage, sondern auch des Wunsches, ein Bürger zu

⁵ Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 219 u. Gabriele Metzler, *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Stuttgart 2005, S. 36f.

⁶ Dieter Felbick, *Schlagwörter der Nachkriegszeit, 1945-1949*, Berlin u. New York 2003, S. 73 u. S. 77f.

⁷ Clason, Schlagwörter der „konservativen Revolution“, S. 146-151, Zitat S. 149.

⁸ Dieter Langewiesche, ‚Liberalismus und Bürgertum in Europa‘, in: *Bürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. III: Verbürgerlichung, Recht und Politik*, hg. v. Jürgen Kocka, Göttingen 1995, S. 243-277, hier S. 243.

⁹ Vgl. Mark Roseman, ‚The Organic Society and the „Massenmenschen“. Integrating Young Labour in the Ruhr Mines, 1945-58‘, in: *West Germany under Reconstruction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*, hg. v. Robert G. Moeller, Ann Arbor 1997, S. 287-320, hier S. 297-301. Vgl. die Stichworte „Freiheit“ und „Persönlichkeit“, in: Felbick, *Schlagwörter der Nachkriegszeit*, S. 318f. u. S. 424 -427.

¹⁰ Noel Annan, *Our Age. Portrait of a Generation*, London 1990, S. 37 zum *gentlemanly ideal*, dessen Ethos aus dem Dienst an der Gemeinschaft in Verbindung mit Fleiß bestand.

sein.¹¹ Deutsche Professoren teilten dieses Ideal, indem sie Charakterformung als grundlegende Dimension von Bildung betonten, und über den Topos der Kultivierung vertraten die britischen Akteure diese Idee ebenso.

Die Referenz auf den Gemeinsinn war in beiden Ländern ein Grundpfeiler, um die öffentliche Meinung zu gewinnen.¹² Eigene Interessen wurden mit dem Gemeinwohl gleichgesetzt, um den Widerspruch zwischen Gruppenegoismus und gesamtgesellschaftlicher Verantwortung aufzulösen – ein „Extremfall“ von Gemeinwohrrhetorik: „Man erklärt die Erfüllung der eigenen Interessen [...] zur systemerforderlichen Leistung.“¹³ In diesem Sinne bedienten sich Unternehmer des Feindbildes des Sozialismus, um ihr Interesse an stabilen gesellschaftlichen Hierarchien zu verallgemeinern. Britische Unternehmer reklamierten ihren wirtschaftlichen Erfolg als Voraussetzung für die kulturelle und politische Funktionsfähigkeit der Nation. Britische und deutsche Hochschullehrer formulierten ihre Anliegen besonders überzeugend als gesellschaftliche Anliegen, indem sie die Gefahr sinkender nationaler Bildungsstandards beschworen, um Gehaltserhöhungen, eine bessere Ausstattung von Universitäten oder die Reduktion von Studentenzahlen zu erreichen.¹⁴ Nach 1945 kam der traditionell vom Bürgertum für sich in Anspruch genommene Dienst am Gemeinwohl in Verbänden umso stärker zum Tragen, weil *Public Relations* in der parlamentarischen Demokratie immer wichtiger wurden und eine offen einseitige Interessenvertretung gegenüber gewählten politischen Entscheidungsträgern nur geringe Legitimität und wenig Aussicht auf Erfolg hatte.¹⁵

¹¹ Manfred Hettling, ‚Die persönliche Selbständigkeit. Der archimedische Punkt bürgerlicher Lebensführung‘, in: *Der bürgerliche Wertheimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts*, hg. v. dems. und Stefan-Ludwig Hoffmann, Göttingen 2000, S. 57-78, hier S. 57-59 u. Manfred Hettling, *Politische Bürgerlichkeit. Der Bürger zwischen Individualität und Vergesellschaftung in Deutschland und der Schweiz von 1860-1918*, Göttingen 1999, S. 13.

¹² Damit grenzt diese Arbeit an die Gemeinwohlforschung in den Sozialwissenschaften an, welche das Selbstverständnis bzw. das Argument, einen Dienst am Gemeinwohl zu leisten, und die damit verbundene Erwartung einer Gegenleistung thematisiert, ohne explizit auf bürgerliche Gruppen zu verweisen. Bis in das Mittelalter führen Münkler und Fischer das „Streben nach semantischer Vorherrschaft in der Gemeinwohrrhetorik“ als Teil des politischen Machtkampfes zurück. In der aktuellen Gemeinwohldebatte stehen Verbände und ihre Durchsetzungsstrategien in Interessenkonflikten im Vordergrund. S. Herfried Münkler u. Karsten Fischer, ‚Einleitung: Rhetoriken des Gemeinwohls und Probleme des Gemeinsinns‘, in: *Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Ordnung*, hg. v. dems., Berlin 2002, S. 9-17, hier S. 10; vgl. Michael Meuser und Ronald Hitzler, ‚Gemeinwohrrhetorik ärztlicher Berufsverbände im Streit um die Gesundheitsreform‘, in: ebd., S. 177-205; Klaus von Beyme, ‚Gemeinwohlorientierung und Gemeinwohrrhetorik bei Parteiliten und Interessengruppen‘, in: ebd., S. 137-156 und Franz Liebl, ‚Wie verkauft man mit „Gemeinwohl“?‘, in: ebd., S. 207-225.

¹³ Zitat aus Georg Vobruba, ‚Wirtschaftsverbände und Gemeinwohl‘, in: *Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl*, hg. v. Renate Mayntz, Gütersloh 1992, S. 80-121, S. 111.

¹⁴ Vobruba, ‚Wirtschaftsverbände und Gemeinwohl‘, S. 113f.

¹⁵ Vgl. Elisabeth Binder, *Die Entstehung unternehmerischer Public Relations in der Bundesrepublik Deutschland*, Münster 1983, S. 41f. Georg Vobruba Vermutung, die Erinnerung an die eigene Rolle im Nationalsozialismus hätte die Frage nach dem Beitrag von deutschen Wirtschaftsverbänden zum Gemeinwohl geradezu als frivol erscheinen lassen, ist nicht zutreffend, wie zu zeigen sein wird, vgl. Vobruba, ‚Wirtschaftsverbände und Gemeinwohl‘, S. 82f.; zur Unterscheidung zwischen Mitgliederinteressen und Verbandsorientierung am Gemeinwohl, ebd., S. 88f.; vgl. Renate Mayntz, ‚Interessenverbände und Gemeinwohl. Die Verbändestudie der Bertelmann Stiftung‘, in: *Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl*, hg. v. dems., Gütersloh 1992, S. 11-35, hier S. 24, welche beispielhaft das Scheitern der Industrie- und Handelskammern aufzeigt, eigene Interessen gegenüber staatlichen Instanzen als Gemeinwohlintereessen darzustellen.

4 University Teachers: Expansion in Maßen

„A commonplace observation points to the British capacity for both accomplishing and containing change through conservative institutions. This is nowhere clearer than in the evolution of British universities over the past century and a half.“¹

Die Vereinigung der Hochschullehrer zollte dem zunehmenden Bildungswunsch der breiten Bevölkerungsschichten rückhaltlose Anerkennung und fügte sich damit in den nationalen Konsens eines herbeizuführenden Egalitarismus ein, wie er in Britannien in der unmittelbaren Nachkriegszeit herrschte. Die im Vergleich zu den deutschen Akteuren auffällige Akzeptanz des Berufsstrukturwandels und des mit diesem einhergehenden wachsenden Bedarfs an hochqualifizierten Menschen lässt zunächst auf weniger status- und traditionsbewusste britische Hochschullehrer schließen, welche die Tore der Universitäten für alle Begabten und unabhängig von sozialer Herkunft zu öffnen bereit waren. Die Kehrseite dieses Konsenses bestand jedoch darin, die Expansion des Bildungswesens auf „Provinzuniversitäten“ und Neugründungen zu beschränken und das nach Prestige, und damit einhergehend nach Berufschancen, differenzierte Hochschulsystem zu erhalten. Die Elitecolleges von Oxford und Cambridge blieben von der wachsenden Bildungsbeileilug ebenso unberührt wie die privaten und sozial exklusiven *public schools*, die den Zugang zu Eliteuniversitäten enorm erleichterten.² Der doppelte Konsens hatte von der während des Zweiten Weltkriegs beginnenden Planungsphase bis zum einsetzenden Hochschulneubau der sechziger Jahre Bestand und kommt in der 1961 vor dem *Robbins Committee* abgegebenen Erklärung einer *AUT*-Delegation beispielhaft zum Ausdruck:

„[T]he Association of University Teachers is taking account of the increasing demand for higher education due to the rise in the birth rate, the popular demand for higher education – for its own sake and for the status it confers – the demands of industry and administration, and the growth of the professions.“³

Was in der jungen Bundesrepublik auf hartnäckigen Widerstand stieß, war für die *AUT* selbstverständlich. Die hinter den Bildungsansprüchen stehenden Statuswünsche der breiten Bevölkerung wurden nicht als Bedrohung des Bildungsideals abgewertet, sondern anerkannt. Ebenso anstandslos wurde der erhöhte Graduiertenbedarf als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum akzeptiert.⁴ Die Hochschullehrer signalisierten Bereitschaft, den Bedürfnissen der Bevölkerung, der Industrie, der Verwaltung und der Professionen entgegenzukommen und ihren eigenen Beitrag zum nationalen Wohl zu leisten.

Woher kam die relative Offenheit der Hochschullehrer für die Expansion? Eine Erklärung bieten die mit ihr einhergehenden möglichen Vorteile für die Provinzuniversitäten, deren Hochschul-

¹ A.H. Halsey und M.A. Trow, *The British Academics*, London 1971, S. 459.

² Vgl. ausführlicher in Kapitel 1 der vorliegenden Arbeit; ein erfolgreiches Beispiel für eine Neugründung ist *Warwick University*, die innerhalb der britischen Hochschullandschaft einen sehr guten Ruf genießt.

³ Memorandum submitted by the Association of University Teachers, 5th July, 1961 (Amended 23rd January, 1962), in: Committee on Higher Education: *Higher Education. Evidence – Part One. Volume D. Written and Oral Evidence*, received by the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63. Presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London 1963, S. 1357-1365, hier S. 1357 (im folgenden *Robbins Committee, Evidence*).

⁴ R.D. Anderson, *Universities and Elites in Britain since 1800*, Cambridge 1992, S. 18.

lehrer sich am aktivsten an der Reformdebatte beteiligten. Die Spannung zwischen Metropole (*Oxbridge*) und Provinz machte die *Civic Universities* laut John Carswell zum Motor der Reformen. Deren Rektoren versuchten, aus dem Schatten der alten Universitäten herauszutreten und sich gleichzeitig von lokalen Politikern und Industriellen zu emanzipieren.⁵ Der Ausbau ihrer kleinen Provinzuniversitäten versprach ihnen wachsende Gestaltungsmöglichkeiten. 1937 studierte ein Viertel aller Studenten an den vierzehn *Civic Universities*. Diese teilweise sehr kleinen und in Anspielung auf ihre äußere Erscheinung auch abfällig *Redbrick Universities*⁶ genannten Provinzuniversitäten, hatten im Gegensatz zu den altherwürdigen Universitäten keine akademische Selbstverwaltung. Ihre administrativen und finanziellen Angelegenheiten wurden von lokalen Interessengruppen in den Hochschulräten (*Councils*) bestimmt. Während in *Oxbridge* die nationale Elite ausgebildet wurde, rekrutierten sie ihre Studentenschaft überwiegend regional. Dennoch waren die alten Universitäten stilprägend für die Provinzuniversitäten, nicht zuletzt weil über ein Drittel von deren Dozenten und Professoren in *Oxbridge* studiert oder gelehrt hatte.⁷ Der bekannte Verfasser von „*The Uses of Literacy*“, Richard Hoggart⁸, klagte vor dem *Robbins Committee*, viele der jungen Hochschullehrer empfänden die Provinzuniversitäten als Sibirien und sehnten sich nach Oxford zurück.⁹

Widerstände gegen den Wandel blieben indessen nicht aus. Der Schriftsteller und Oxforder Hochschullehrer Kingsley Amis brachte 1960 mit dem Ausspruch „More means worse“ den Anti-Expansionismus auf den Punkt. In seinem unterhaltsamen Streit-Artikel, in dem er nicht zuletzt Richard Hoggart direkt angriff, sprach er deutlich aus, dass er nichts von den Beschwörungen hielt, Britannien müsse mehr Colleges gründen und mehr Studenten aufnehmen, um nicht hinter den USA und Russland zurückzufallen:

„Not only will examining standards have to be lowered to enable worse and worse people to graduate – you cannot let them all in and then not allow most of them to pass

⁵ John Carswell, *Government and the Universities in Britain. Programme and Performance 1960-1980*, Cambridge 1985, S. 4f. u. S. 34. Carswell war von 1960 bis 1980 in der *Treasury* für die Universitäten zuständig und beschreibt die Entwicklungen aus der Binnenperspektive des Beamten.

⁶ Großes Aufsehen erregte das unter dem Pseudonym veröffentlichte Buch von Bruce Truscot, *Red Brick University*, Harmondsworth 1943.

⁷ Halsey und Trow, *The British Academics*, S. 218f. u. 454; vgl. Bruce Truscot, ‚A Redbrick Tea-Party‘, in: *The Universities Review*, 17.1945, Nr. 2, S. 38-40, hier S. 40; traditionell kamen *Redbrick*-Professoren überwiegend aus *Oxbridge*. An der von Roy Lowe als typisch *Redbrick* eingestuften Liverpooler Universität waren 1894 nur vier von dreizehn Professoren nicht *Oxbridge*-Absolventen, s. Roy Lowe, ‚English elite education in the late nineteenth and early twentieth centuries‘, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil I Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen*, hg. v. Werner Conze und Jürgen Kocka, Stuttgart 1985, S. 147-162, hier S. 155.

⁸ H.R. Hoggart, Jg. 1918; *elementary school*; *Leeds secondary school*; *MA Leeds*, 1978 *LittD Leeds University*; 1962-1973 Professor für Englisch an der Universität Birmingham; 1976-1984 *warden* d. renommierten *Goldsmith's College* in London. Hoggart hatte einen klassischen sozialen Aufstieg von der *elementary* über die *secondary school* und schließlich die Universität in Leeds geschafft. Er war Mitglied des *Albemarle Committee on Youth Service* und erhielt unzählige Ehren und Ämter. Er ist heute noch als melancholischer Verfechter der nach 1945 verloren gegangenen alten Arbeiterkultur bekannt. Sein Buch *The Uses of Literacy* erschien 1957 und schildert unter anderem den traurigen Aufstieg des zu Hause, in der Schule und in der Universität sozial isolierten *scholarship boys* aus der Arbeitklasse; vgl. *Who Was Who 1897-1980*, CD-Rom; vgl. dazu auch Stephen Brooke, ‚Gender and Working Class Identity in Britain during the 1950s‘, in: *Journal of Social History*, 34.2001, S. 773-795 und Cannadine, *Class*, S. 147.

⁹ ‚Memorandum submitted by Professor H.R. Hoggart, 28th August, 1961‘, in: *Robbins Committee, Evidence – Part One. Volume A. Written and Oral Evidence*, S. 174-177, hier S. 176.

– but the good people will be less good than they used to be: this has been steadily happening ever since I started watching in 1949.¹⁰

Wie die von Amis für seine Polemik gewählte Überschrift ‚Lone Voices‘ veranschaulicht, dominierten die Expansionsgegner nicht die öffentliche Debatte. Überwiegend debattierten die Akteure der Bildungspolitik nicht, ob, sondern darüber, wie die Bildungsöffnung zu organisieren und zu finanzieren sei, und inwiefern sie die Rolle der Hochschulen und Hochschullehrer verändern würde.¹¹

Drei Themen standen im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen der Vertretung der Hochschullehrer und dem Staat als Geldgeber: erstens, die Besoldung der Hochschullehrer, zweitens, die Auswahl und Ausbildung der Studierenden und, drittens, die Funktion der Universitäten. Ein weiteres Merkmal der Auseinandersetzungen um die Bildungsreformen sind Themen, die in den Diskussionen keine Rolle spielten: Ausgeklammert wurden nicht nur die Möglichkeit einer Reform und Expansion der alten Eliteuniversitäten, sondern ebenso die Möglichkeit einer Expansion der Hochschulen zu Massenuniversitäten nach US-amerikanischem Vorbild. Die britische Idee der Universität sollte bei der Verwandlung der Hochschule von einer Stätte kultivierter Männer zu einer Stätte von Experten nicht aufgegeben werden.¹² Die wachsende Bildungsbeteiligung von Frauen wurde kaum thematisiert, dann aber ausdrücklich bejaht.¹³

Salaries and Grading: Gehalt und Status der Lecturers

Für Status und Prestige der *Dons* (Universitätsdozenten) waren Gehaltsfragen entscheidend. Sie nahmen einen entsprechend großen Raum ein.¹⁴ Sie hatten bereits seit der Gründungsphase der *AUT* um 1919 das konstitutive Moment dargestellt. Obwohl diese als Interessenvertretung aller Hochschullehrer grundsätzlich Professoren wie Dozenten der *Colleges* in *Oxbridge*, London und der Provinz vertrat, hatte die finanzielle Lage der jungen und schlecht bezahlten Dozenten an den *Civic Universities* zu ihrer Gründung geführt. Diese Gruppe von Hochschullehrern war fortan

¹⁰ Kingsley Amis, ‚Lone Voices. Views of the Fifties‘, in: *Encounter* 82.1960 (Juli), S. 6-11, Zitat S. 8; vgl. Annan, *Our Age*, S. 292 u. S. 500, der dieses Zitat aufgreift, allerdings ohne Stellung dazu zu nehmen; der 1922 geborene und 1990 in den Ritterstand erhobene Sir Kingsley Amis selbst entstammte der Londoner *lower middle class*, hatte die *City of London School* und anschließend *St. John's College* in Oxford besucht. Erst 1949 fand er nach mehreren Anläufen eine Stelle als *lecturer* in Swansea und feierte als Autor des 1953 veröffentlichten Romans *Lucky Jim* seinen Durchbruch, der als erste und wichtigster Campus- oder *Redbrick*-Roman gilt; bis 1956 war Amis Mitglied der Kommunistischen Partei; 1961 nahm er eine *Fellowship* für Englisch in Peterhouse, Cambridge an.

¹¹ Für eine Typologie der Haltungen von Hochschullehrern gegenüber der Bildungsexpansion s. Halsey und Trow, *The British Academics*, S. 454-459.

¹² Ebd., S. 452; die Ablehnung gegen eine Massenuniversität war innerhalb der Hochschullehrerschaft weit verbreitet, vgl. ebd., S. 247: Nur 13 Prozent der Hochschullehrer konnten sich laut einer repräsentativen Umfrage bis 1980 einen Ausbau nach US-amerikanischem Vorbild, das heißt auf über ein Drittel der korrespondierenden Altersgruppe in einer Institution der *higher education*, vorstellen.

¹³ ‚Memorandum submitted by the Association of University Teachers‘, in: Robbins Committee, *Evidence*, S. 1358.

¹⁴ Vgl. Halsey und Trow, *The British Academics*, S. 26; im Rahmen der allgemeinen Expansionsdebatte, so stellten die Autoren fest, standen Studenten im Mittelpunkt, so ihre Anzahl, Qualität, Herkunft und Zukunft. Weniger sei über die Lehrer debattiert worden. Die Hochschullehrer selbst, vertreten durch die *AUT*, stellten jedoch ihre eigene Rolle und Zukunft ins Zentrum der Auseinandersetzung, wenngleich der Umgang mit den Studierenden eine große Rolle spielte; vgl. Association of University Teachers, ‚Report on Salaries and Grading‘, Mai 1938, in: ‚AUT Reports etc. 1921-49‘, in: AUT HQ, und AUT Executive Minutes, 15. Dezember 1943, Anhang: ‚Copy of Memorandum sent to Sir Walter Moberly, Chairman of University Grants Committee, by Hon. Gen. Secretary, A.U.T., on December 23rd 1943‘.

überproportional unter den Mitgliedern der *AUT* vertreten.¹⁵ Die *AUT*-Akteure unterscheiden sich durch dieses Merkmal von den deutschen Professoren des Hochschulverbands, was eine größere Offenheit der Bildungsexpansion gegenüber begünstigt haben mag.

Ihre Gehaltsforderungen verteidigte die *AUT* mit einer Kombination weniger Argumente: Erstens hielten die Dozentengehälter nicht mit den rapide gestiegenen Lebenshaltungskosten Schritt – ein Argument, das Anfang der 1960er Jahre schließlich fallengelassen wurde, nachdem zwischen 1958 und 1962 die Gehälter der Dozenten mit 28 Prozent weit stärker als die Inflationsrate gestiegen waren. Es hatte durch erfolgreiche Lobbyarbeit gleichsam an Überzeugungskraft verloren.¹⁶ Zweitens entspräche ihr Einkommen nicht dem von Berufen mit ähnlichem Status und vergleichbaren intellektuellen Anforderungen. Gegenüber dem *Civil Service* und den Lehrern in Privat- und anderen Schulen fielen die Anfangsgehälter, die Gehälter im Laufe des Berufslebens und die Beförderungschancen von Hochschullehrern zurück. Als drittes Argument wurde die drohende Abwanderung von Hochschullehrern in die Industrie oder ins Ausland angeführt.

Diese Argumente wurden nur gelegentlich mit dem Anspruch des Hochschullehrers auf einen bürgerlichen Lebensstil verbunden. Dafür waren sie fortwährend von der Beschwörung des universitären Dienstes an der Nation überformt. Interessen wurden kaum als partikulare Interessen formuliert, sondern als Interessen der Universitäten, der Nation, der Studenten. Immer stellten die Dozenten ihre Rolle und große Bedeutung für die Gesellschaft in den Vordergrund.

Das zwischen Universitäten und Finanzministerium geschaltete *University Grants Committee* (*UGC*) verhandelte kontinuierlich mit dem *Committee of Vice Chancellors and Principals* (*CVCP*), der Vereinigung aller Rektoren des Vereinigten Königreichs, über den gesamten staatlichen Finanzbedarf der Universitäten, den es für jeweils fünf Jahre festlegte.¹⁷ Die *AUT* erkämpfte sich in den Nachkriegsjahren erst einen institutionellen Platz in den Finanzverhandlungen und versuchte bis dahin, ihre eigenen Vorstellungen sowohl über die Rektoren als auch über das *UGC* in deren laufende Verhandlungen einzubringen.¹⁸ Parallel suchte sie parlamentarischen Einfluss auf Regierungsentscheidungen zu nutzen und zu diesem Ende ihre Vorstellungen möglichst vielen Parlamentariern aller Parteien nahezubringen.

1944, im Jahr der Bildungsreform, veröffentlichte die *AUT* mit ihrem *University Developments Report*¹⁹ ihre Vorstellungen zur Hochschulexpansion. Auf dieses Dokument bezog sie sich in den

¹⁵ Harold Perkin, *Key Profession. The History of the Association of University Teachers*, London 1969, S. 15.

¹⁶ Annan, *Our Age*, S. 382.

¹⁷ Das *UGC* begutachtete regelmäßig vor Ort den finanziellen Bedarf aller Universitäten und legte der *Treasury* einen Bericht über die vergangenen fünf Jahre vor, der die Grundlage für die folgenden Fünf-Jahres-Empfehlungen bildete. Diese setzte die *Treasury* anschließend finanziell um. Das renommierte *UGC* setzte sich aus angesehenen Persönlichkeiten zusammen; vgl. Anthony Sampson, *Anatomy of Britain Today*, London 1965, S. 245f. Halsey und Trow, *The British Academics*, S. 160, bezeichnen die Rektoren gleichermaßen als „group at the summit of the academic professions“ und „notable members of the establishment“.

¹⁸ Erst 1954 erlangte die *AUT* formal das Recht, zusammen mit den Rektoren an das *UGC* heranzutreten, jedoch ohne als offizielle Verhandlungspartnerin anerkannt zu werden. Ihre stärkere Einbindung in den Verhandlungsprozeß folgte nach langem Kampf der Hochschullehrer schließlich 1960. Auch danach durfte sie noch nicht direkt bei der *Treasury* vorsprechen, welche über die Vorschläge von *UGC* und *CVCP* entschied; vgl. Halsey und Trow, *The British Academics*, S. 186f. u. die Beschwerde über diesen Missstand vor dem Robbins Committee: „Oral Evidence given by Mr. D.W. Reece, Dr. D. Chapman, Mr. A.L. Binns, Lord Chorley, Dr. W.B. Palmer, Mr. M. Hookham and Dr. K. Urwin on behalf of the Association of University Teachers, Friday, 26th January, 1962, S. 1366-1380, hier S. 1379.

¹⁹ „Report on University Developments. Adopted by the Council of the Association of University Teachers,

Folgejahren. Die darin niedergelegten präzisen Gehaltsvorstellungen wurden mit Parlamentariern besprochen. Die ersten Ansprechpartner waren die *University MPs*.²⁰ Nach einem Treffen im Oktober 1944 legte die *AUT* diesen ihre Forderungen in Form eines ‚Memorandum Concerning University Needs‘²¹ schriftlich vor. Darin legte sie besonderen Wert auf den wichtigen Beitrag, den Männer und Frauen mit Universitätsausbildung in natur-, wirtschafts- und sprachwissenschaftlichen Fächern während des Krieges geleistet hätten, damit die Nation dem Gegner Stand halten können. In der Nachkriegszeit hänge die Entwicklung in der Industrie, dem Handel, der Gesundheit und der Verwaltung aufs engste von Universitätsabsolventen ab, ebenso wie die Steigerung des allgemeinen Bildungsniveaus.²² Die mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen einhergehende enorme Leistung von Hochschulabsolventen sei aber nur aufrechtzuerhalten, solange die Universitäten die Spitze der Nation durch attraktive Gehälter als Hochschullehrer und Forscher halten könnten.

Als sich das Finanzministerium 1945 von dieser parlamentarischen Überzeugungsarbeit unbeeindruckt zeigte und den Universitäten eine als unzulänglich empfundene Summe ankündigte, wandte sich die *AUT* mit einem von Selig Brodetsky²³ verfassten Memorandum über die Gehälter von Dozenten an das *University Grants Committee*²⁴ und argumentierte diesmal erfolgreich, dass das Gedeihen der Universitäten mit der Höhe der Gehälter verbunden war. Vehement wurde die finanziell prekäre Lage der Dozenten herausgestellt, die durch die Expansion noch verschärft werde. Die Einkommen hätten sich auf dem Niveau der Vorkriegsjahre eingependelt, und die gerade vom Ministerium großzügig aufgestockte *university grant* reiche entweder für die Expansion der Universitäten oder dafür, die Gehälter der Dozenten anzuheben. Wenn diese aber nicht steigen könnten, drohe die Abwanderung der Besten in die Industrie und den *Civil Service*, die beide mit höheren Gehältern lockten. Argumentiert wurde aus der Perspektive der Universitäten, nicht der Hochschullehrer: „The well-being of the universities is intimately bound up with the scale of salaries paid.“²⁵

Beschwörungen dieser Art waren allerdings relativ. So bewertete der vier Jahre später amtierende *AUT*-Präsident W.A. Wightman die Ausstattung der Universitäten von 1945 als sehr großzügig.

December 19-20, 1944‘, abgedruckt in: *The Universities Review*, 17.1945, Nr. 2, S. 45-61.

²⁰ *University MPs* waren eine Besonderheit des britischen Wahlsystems. Alle *Dons* konnten bei Unterhauswahlen zwei Stimmen abgeben, eine in ihren Wohnsitz-Wahlkreisen und eine an ihrer Universität. Das Privileg der zwei Stimmen, das den Universitäten eine direkte Vertretung im Parlament gewährte, wurde erst 1948 mit dem „Representation of the People Act“ abgeschafft. Bis dahin waren die fast ausschließlich männlichen *University MPs* direkte Ansprechpartner im Unterhaus für Verbände wie die *Association of University Teachers*; vgl. F.W.S. Craig, *British Parliamentary Election Results 1918-1949*, London 1977, S. 676.

²¹ *AUT*, ‚Memorandum Concerning University Needs. Drawn up following meeting with University MPs on October 25th, 1944‘, in: *The Universities Review*, 17. 1945, Nr. 2, S. 62f. Zitat S. 62.

²² Ebd., im Original: „cultural level of the population“.

²³ Selig Brodetsky, Jg. 1888; *Jews's Free School*, London; *Central Foundation School*, London; *BSc* London; *MA Trinity College*, Cambridge; Promotion Universität Leipzig. Der Sohn einfacher russischer Einwanderer und Zionist war Professor für angewandte Mathematik und lehrte von 1924 bis 1948 in Leeds. Nach einer für ein Immigrantenkind aus armen Verhältnissen üblichen Schullaufbahn, so Brodetsky's Biograph im *DNB*, „the boy caused an almost national sensation by being placed first of all England in the Cambridge junior local examinations in 1905 and by winning a mathematical scholarship to Trinity College, Cambridge“. Brodetsky wurde 1949 emeritiert und anschließend zum Direktor der *Hebrew University* in Jerusalem ernannt. Er war von 1942 bis 1949 Mitglied des *AUT*-Vorstands. vgl. *Dictionary of National Biography* u. *Who Was Who 1897-1980*, CD-Rom.

²⁴ *AUT Council Minutes*, Mai 1945, S. 10.

²⁵ Ebd., S. 7, Appendix: ‚Memorandum concerning salaries of university Teachers‘.

Die Gehälter seien deutlich gestiegen. Das *UGC* habe die äußerst gewagten Forderungen der *AUT* von 1945 fast punktgenau in seine Empfehlungen an die *Treasury* von 1948 aufgenommen. Die großzügige *Treasury grant* von 1945 habe die ursprünglich auf zehn Jahre geplante Expansion in nur zwei Jahren ermöglicht.²⁶ Das *UGC* hatte im erwähnten Bericht das verantwortungsvolle Handeln der Universitäten herausgestellt, die kaum in der Lage seien, die Lücken in den Fakultäten zu schließen, die Kriegsverluste und nach Ende des Zweiten Weltkriegs explodierende Studentenzahlen gerissen hatten. Loyal und aufopfernd schulterten die Dozenten die dadurch verursachte zusätzliche Arbeitslast. So verzichteten sie darauf, freie Stellen mit Kandidaten unterhalb des gewünschten akademischen Niveaus zu besetzen.²⁷

Der von Wightman öffentlich zelebrierte Etappensieg wurde jedoch nicht als Endpunkt des Einsatzes gegen zu niedrige Gehälter gesehen. Vielmehr machte sich das *UGC* die Argumentation der *AUT* für höhere Gehälter zu eigen. Zwar könne nicht die finanzielle Gleichstellung mit privatwirtschaftlichen Angestellten angestrebt werden, doch sei so lange nicht mit qualitativ zufriedenstellendem Nachwuchs zu rechnen, wie die Gehälter weit unterhalb des Wünschenswerten lägen. Um weiterhin herausragenden Nachwuchs anziehen zu können, müsse mindestens ein standesgemäßer Lebensstandard der Hochschullehrer gewährleistet sein. Als standesgemäß bezeichnete das *UGC* eine männliche, bürgerliche Lebensweise,²⁸ deren Beschreibung die *AUT* 1949 für ihren Einspruch gegen die festgelegten Dozentengehälter wörtlich übernahm:

„The salaries considered satisfactory do not in fact ensure the modest standard of living to which the U.G.C. suggests the profession is entitled. The majority of university teachers cannot yet maintain themselves and their families in such material comforts as are enjoyed by moderately successful members of other learned professions, and provide satisfactorily for the education of their children.‘ Nor do academic salaries take into account such specifically academic needs as the accumulation of a private library, membership of learned societies and foreign travel.“²⁹

Argumentiert wurde vorwiegend mit dem Gehalt der am schlechtesten bezahlten Gruppe von Dozenten. Ihre finanziellen Aussichten würden die Attraktivität einer Universitätskarriere ausmachen und erlauben, den „right type“ zu rekrutieren. Die einfachen *lecturers* stellten die größte Gruppe unter den Hochschullehrern dar, und die meisten von ihnen, so das Argument, könnten trotz hoher akademischer Qualifizierung nicht über diesen Rang hinauskommen. Ihre Gehälter seien daher ihrer im Laufe der Zeit gewachsenen Verantwortung anzupassen.³⁰ An den Finanzminister sandte die *AUT* 1952 ein weiteres Protestschreiben, als dieser sich für die Gehälter der Hochschullehrer nicht zuständig erklärte. Darin wurden alle vier Argumente für die Erhöhung der Gehälter erneut bemüht: die gestiegenen Lebenshaltungskosten, der Anspruch auf ein den Angehörigen der *professional classes* angemessenes Gehalt, die Gleichsetzung der tatsächlichen Situation mit jener von Arbeitern am unteren Gehaltsende und die Abwanderung. Die desaströsen Folgen wurden nicht für die Hochschullehrer, sondern für die Universität und damit letztlich für

²⁶ ‚Presidential Address‘ von W.A. Wightman, in: *The Universities Review*, 22.1949, Nr. 1, S. 44-47, hier S. 45.

²⁷ University Grants Committee, *University Development from 1935 to 1947*. Being the report of the University Grants Committee, London 1948 (im folgenden *UGC Development Report 1948*), S. 45f., Zitat S. 46.

²⁸ Vgl. ebd., S. 46.

²⁹ ‚Report on University Expansion. Adopted by the Council of the Association of University Teachers on May 20th, 1949‘, in: *The Universities Review* 22.1949, Nr. 1, S. I-XVI, hier S. IV.

³⁰ *University Development from 1935 to 1947*, S. 47.

die Nation ausgemalt:

„The salaries of junior university teachers [...] have not risen in anything like the same proportion as the cost of living, not even to the extent [...] recently deemed appropriate for the professional classes. [...] The resulting hardship is just as acute as that suffered by the lower wage earners and, in its effect on recruitment, is likely in the long run seriously to hamper the universities in the vital task of producing the trained minds that the nation needs.“³¹

Argumentation und Gehaltsrealität klappten auseinander, da die Hochschullehrer ihren Status als *learned profession* halten und teilweise sogar verbessern konnten. Im Verhältnis zu den Spitzenpositionen des *Civil Service* verringerten sowohl die Professoren als auch die übrigen Dozenten die Lücke. Letzteren gelang dies zusätzlich gegenüber anderen *learned professions*, während die Professoren hier ihren Vorsprung einbüßten. Alle Verhandlungsparteien betrachteten *middle class careers* als Referenzpunkte für das Gehalt von Hochschullehrern.³² Die AUT verglich in den folgenden Jahren die Gehälter der Hochschullehrer mit jenen von Managern und Wissenschaftlern in der Industrie und mit den höheren Verwaltungsbeamten (*administrative civil service*). Zum einen wurde dem Professor das höhere Industrie-Management gegenübergestellt, den *senior lecturers, readers* und *lecturers* das *senior* und *middle management* und den *assistant lecturers* das *junior management*. Zum anderen wurden Professoren mit *deputy secretaries* und *undersecretaries* in *Whitehall* verglichen, *readers* und *senior lecturers* mit *assistant secretaries* und *lecturers* mit *principals*.³³

Dennoch wurde weiterhin um angemessene Besoldung gerungen, und dabei standen die Rektoren hinter der AUT. Sir Philip Morris, Präsident des CVCP, erwähnte 1956 Delegierte des Schatzamtes (*Treasury*), die Hochschulexpansion nicht auf Kosten der Hochschulqualität durchzuführen. Angesichts der zunehmend inadäquaten Besoldung seien nicht mehr ausreichend qualifizierte Hochschullehrer an den Universitäten zu halten. Vor diesem Hintergrund sei es unaufrecht, die große Bedeutung der Universitäten herauszustellen.³⁴ Die potentielle Abwanderung aus den Universitäten rückte nun in den Fokus der Argumentation. Dazu forderte die AUT-Zentrale die lokalen AUT-Vertretungen auf, ab dem 1. August 1957 den Verlust von Angestellten und von postgraduierten Studenten in die Industrie und in die USA zu dokumentieren.³⁵ Diese Informationsbeschaffung barg jedoch die Gefahr der Aufwertung einiger Fächer gegenüber anderen. So erwog das UGC, Gehälter nach Fächern zu differenzieren, um die Wettbewerbsfähigkeit

³¹ „Copy of letter sent to Chancellor of Exchequer by Hon. Gen. Secretary, A.U.T., dated 29.10.52“, ebd.

³² Halsey und Trow, *The British Academics*, S. 173-176.

³³ Der *administrative civil service* umfasste die höchsten Positionen der Verwaltung. 1939 waren dies insgesamt 2 100 und 1959 3 200 Stellen. Zum Vergleich: Der *executive civil service* beschäftigte 1939 19 300 und 1959 67 900 Angestellte. Weit größer waren die Gruppen der *clerical, sub-clerical civil servants* und der *typists*. An der Spitze des *administrative civil service* standen 30 *permanent secretaries* (Staatssekretäre), die ein höheres Jahreseinkommen (7 000 Pfund) als ihre Minister erzielten. 1961 kam keiner von ihnen aus einer *Redbrick University*, obwohl der *civil service* großen Wert darauf legte, *grammar school boys* zu rekrutieren. Den *permanent secretaries* folgten *deputy secretaries*, 5 000 Pfund, und *under secretaries* (4 100 Pfund). Alle drei Kategorien zählten zu den Spitzenpositionen in der Ministerialbürokratie *Whitehalls*. *Assistant secretaries* (2 700 bis 3 400 Pfund), *principals* (1 766 bis 2 468 Pfund) und *assistant principals* (759 bis 1 258 Pfund) vervollständigten den *administrative civil service*. Die Zahlen gelten für Anfang der 1960er Jahre bei Sampson, *Anatomy*, S. 227 u. 237, ohne genaue Jahresangaben für die Gehälter.

³⁴ Committee of Vice-Chancellors and Principals of the Universities of the United Kingdom. Report of the Proceedings at a Deputation to the Chancellor of the Exchequer, The Rt. Hon. Harold Macmillan, P.C., MP Received at H.M. Treasury on Thursday, November 22nd, 1956, S. 7, in: MRC Warwick, MSS.399/4/1/1.

³⁵ AUT Executive Minutes, Februar 1959, S. 2; AUT Council Minutes, Dezember 1959, S. 6. Die Zahlen lagen nicht vor, doch wurde vermerkt, sie seien in die Erarbeitung der Gehaltsforderungen eingegangen.

der medizinischen und naturwissenschaftlichen Fächer zu erhalten.³⁶ Die AUT, die keine Differenzierung innerhalb der Berufsgruppe wünschte, lehnte dies einmütig ab.³⁷ Diese Weigerung steht im Widerspruch dazu, dass längst ein Prestige- und Gehaltsgefälle zwischen *Oxbridge* und den übrigen Universitäten existierte, das augenscheinlich von allen gebilligt und nie erwähnt, geschweige denn diskutiert wurde.³⁸

Die Debatten über die Abwanderung in die Industrie widersprechen zudem deren Befürchtung, kaum hervorragende Graduierte rekrutieren zu können, weil die Industrie im Vergleich zur Universität, zum *Civil Service* und zu den *Professions* – den drei traditionellen Arbeitsfeldern der Absolventen – als wenig prestigereiches Arbeitsumfeld galt. Ebenso beschwerten sich Industrielle gegenüber den Rektoren wiederholt darüber, dass Dozenten nicht bereit seien, wenigstens für ein paar Jahre in der Industrie zu forschen, was den Austausch zwischen Universitäten und der Industrie verhindere. Die vom *Robbins Committee* erhobenen Statistiken sprechen ebenso wenig für den von der AUT und den Rektoren heraufbeschworenen *brain drain* in die Industrie oder ins Ausland. Dies wurde jedoch nicht zur Kenntnis genommen.³⁹

Der Kampf um vergleichbaren Berufsgruppen entsprechende Gehälter wurde dagegen immer wieder neu ausgefochten und führte 1961 zum bis dato vielleicht schärfsten Konflikt mit der Regierung. Der Verhandlungsapparat selbst geriet in eine ernsthafte Krise. An deren Ende stand der Rücktritt des Finanzministers. Die Auseinandersetzung verdeutlicht zudem, wie sehr das UGC trotz seiner institutionellen Zugehörigkeit zur *Treasury* durch seine personelle Zusammensetzung tatsächlich eine die Interessen der Universitäten vertretende Institution war. Der UGC-Bericht des Jahres 1964 zeichnet den Konflikt nach: 1957, 1959 und 1960 hatte das Finanzministerium jeweils Gehaltserhöhungen für lehrende, administrative und wissenschaftliche Angehörige des *Civil Service* und mit Hochschullehrern vergleichbare *professions* bekanntgegeben. Die AUT hatte jeweils erst anschließend eine Anpassung der Gehälter für Hochschullehrer erreicht. 1960 eskalierte die Situation: Rückwirkend bis 1958 gab das Ministerium neue Gehälter für *principals* des *Civil Service* bekannt. Die AUT reichte daraufhin beim UGC Korrekturforderungen ein, die auf dessen Zustimmung trafen. Das UGC leitete eine neue Prüfung der Hochschullehrergehälter ein. Seine darauf beruhenden Empfehlungen trafen am Vorabend einer am 25. Juli 1961 bekanntgegebenen *pay pause* (Gehaltseinfrierung) im Ministerium ein. Finanzminister Selwyn Lloyd lehnte die Empfehlungen mit der Begründung ab, die *pay pause* gelte für alle.⁴⁰ Doch die Hochschullehrergehälter waren längst zwischen den Universitäten und dem UGC ausgehandelt und nur noch als Formsache betrachtet worden. Zum ersten Mal verweigerte sich ein Finanzminister den Vorgaben des UGC ab, das bisher weitgehend autonom die den Universitäten zur Verfügung gestellten Mittel festgelegt hatte.

³⁶ University Grants Committee, 'University Development 1952-1957. Presented to Parliament by the Chancellor of the Exchequer by Command of Her Majesty September 1958', London, repr. 1961, S. 33.

³⁷ AUT Council Minutes, Mai 1960, S. 6.

³⁸ Die Gehälter in Oxbridge wurden individuell durch die Colleges aus eigenen Mitteln aufgestockt. Auch in London lag das Gehaltsniveau über dem des übrigen Landes, weil aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten die *London Allowance* gezahlt wurde; s. dazu in: F.T.H. Fletcher, 'United Kingdom', in: *The Status of University Teachers. Reports from sixteen countries prepared with the assistance of UNESCO*, IAUPL 1961, S. 165-178, hier S. 171f.

³⁹ Vgl. dazu ausführlich Kapitel 7 und Dennis Chapman, *Industry and the Role of the Universities – Collision or Co-operation. Inaugural Lecture 29 May 1968* (Pamphlets, Special Collection, London School of Economics and Political Science).

⁴⁰ University Grants Committee, *University Development 1957-1962*. Presented to Parliament by the Lord President of the Council and Minister for Science by Command of Her Majesty, London Februar 1964, S. 37f.

Die *AUT* legte dementsprechend schärfsten Einspruch wegen Ungleichbehandlung der Universitätsangestellten gegenüber vergleichbaren Berufen ein: Obwohl jene ihre Forderungen erst nach den Hochschullehrern eingereicht hatten, waren sie befriedigt worden. Die *AUT* drohte der *Treasury* nun damit, die Kooperation für die Expansion der Hochschulen aufzukündigen. Erstmals warf sie nicht die Leistungsfähigkeit, sondern die Kooperationsbereitschaft der Dozenten in die Waagschale:

„This discrimination against the universities, which comes as a climax to a cumulative series of injustices in the treatment of university salaries, has aroused bitter feelings among university teachers and, if maintained, will not only make it impossible to recruit and retain adequately qualified staff but will also actively discourage the co-operation of existing staff in the expansion which is so urgently necessary in the national interest. Council calls upon the Government to place university salaries upon proper footing immediately.“⁴¹

Später wurde den Hochschullehrern ein weit unter den elf- bis sechzehnprozentigen Gehaltssteigerungen der anderen *professions* liegender Zuwachs von drei Prozent zugestanden, der zudem erst am 1. April 1962 in Kraft trat. Protestaktionen der *AUT* in verschiedenen Universitäten, Informationskampagnen vor großen Debatten in Ober- und Unterhaus und ein großangelegtes *Lobbying* von *MPs* am 16. Mai 1962 zeigten keinen Effekt.⁴² Eine abschließende Beurteilung des *UGC*-Berichts unterstreicht, dass die *Treasury* den üblichen Verhandlungsprozess verlassen hatte. Die mehrfache Erhöhung der Gehälter vergleichbarer Berufsgruppen allein nach der letzten Revision der Gehälter von Hochschullehrern 1960, ließen das *UGC* ungewöhnlich deutlich und warnend die Stimme erheben:

„Against these increases, we felt that a 3 per cent salary increase would not enable the universities to recruit or to retain academic staff of adequate calibre at a time when the universities were being asked to increase their student numbers [...].“⁴³

Das *UGC* trat über diesen Konflikt beinahe zurück. 1962 wurde eine Spitzenzahl von 83 „parliamentary questions“ zur Hochschulbildung eingereicht. Kistenweise gingen Eingaben der Öffentlichkeit und des Parlaments bei der *Treasury* ein. Inmitten dieser Spannung entließ Harold Macmillan seinen Finanzminister Selwyn Lloyd und alle mit der *pay pause* in Verbindung Stehenden in der *Night of the Long Knives* (13.7.1962), der ein stattliches Drittel des Kabinetts zum Opfer fiel. Laut Carswell ließ der neue Schatzkanzler Reginald Maudling die gesamte Politik auf die Wiederherstellung der Harmonie zwischen *Treasury* und Universitäten ausrichten.⁴⁴

Zusammenfassend fallen drei Punkte bei den Gehaltsverhandlungen der *AUT* auf: Erstens kämpfte sie fortwährend um Gehälter, die vergleichbaren Gruppen entsprachen, zweitens nutzte sie dafür immer wieder die gleichen Argumente, die sie in Bezug zum universitären und nationalen Wohl setzte, und drittens gewann sie alle Auseinandersetzungen. Der kurz vor der Veröffentlichung des Robbins Berichts ausgetragene Konflikt mit dem Finanzministerium war zwar nur ein Teilsieg, für den Finanzminister aber eine Niederlage auf ganzer Linie. Mit den Rektoren und

⁴¹ *AUT Council Minutes*, Dezember 1961, S. 6.

⁴² *AUT Council Minutes*, Außerordentliche Versammlung im April, 1962, S. 2-4; *AUT Council Minutes*, Mai 1962, S. 9.

⁴³ *University Development 1957-1962*, S. 38f., Zitat S. 39.

⁴⁴ Carswell, *Government and the Universities*, S. 37; für den weiteren politischen Kontext vgl. Morgan, *Britain since 1945*, S. 212.

dem eigentlichen Geldgeber, dem *University Grants Committee* stimmten die *AUT*-Aktivisten letztlich überein, die Forderungen, die Argumente und auch den Bezug auf das Dienstethos und die vergleichbaren *professions* betreffend.

Noch nicht gesunken: Die Qualität der Studenten

Kaum weniger als die Gehalts- und Statusfrage der Dozenten bereitete die intellektuelle Zusammensetzung der Studentenschaft Kopfzerbrechen, deren soziale Herkunft sich in der Nachkriegszeit veränderte.⁴⁵ Die Fragen der Qualität und der finanziellen Ausstattung der Studenten waren eng mit dem Ideal der Universitäten und deren Funktion verknüpft. Sollten Spezialisten ausgebildet oder, dem traditionellen Ziel der liberalen Bildung entsprechend, kultivierte Persönlichkeiten an den Universitäten herangezogen werden? Die Antwort auf diese Fragen kam indirekt einer Positionierung zur zukünftigen Aufgabe von Hochschullehrern gleich: Sollten sie sich auf die fachliche, berufsorientierte Ausbildung ihrer Studenten beschränken? Oder würden sie diesen weiterhin nach dem Modell von *Oxbridge* im persönlichen Entwicklungsprozess zur Seite stehen und die traditionellen Rollen der Gelehrten und seelsorgerischen Tutoren einnehmen?

Vor 1939 hatte jeder studieren können, der es sich finanziell leisten konnte und die schulischen Mindestanforderungen erfüllte. Debatten um die Gefährdung intellektueller Standards aufgrund der mangelnden Eignung durchschnittlicher Studenten wurden nicht geführt. Nach 1945 erzeugte ein stärker als erwartet nachgefragtes Stipendienprogramm für Kriegsheimkehrer einen Wettbewerb um Studienplätze. Der Zugang zum Studium war nun schwieriger zu erhalten. Mit dem Ende des Programms ebnete die Studentenflut nicht ab. Die neuartig hohe Bildungsnachfrage erforderte nun von den Rektoren, sich zu positionieren. Sie eruierten unter Ausklammerung von *Oxbridge* ihren Erweiterungsspielraum. Sie standen vor dem Problem, möglichst vielen Kandidaten ein Hochschulstudium gewähren, während es an Studienplätzen mangelte.⁴⁶ Alle in der Bildungspolitik Involvierten rechneten aufgrund des bereits gut funktionierenden Stipendiensystems für Begabte nicht damit, dass der Anteil herausragender Studenten zunehmen würde.⁴⁷ Über ein Absinken der als *quality* verhandelten Begabung von Studenten an britischen Hochschulen wurde vorerst jedoch nicht diskutiert.

Die in der unmittelbaren Nachkriegseuphorie zum Prinzip erhobene Chancengleichheit war bald vom ersten Platz der Agenda an den Universitäten verdrängt und wich der Sorge um den Leistungsstandard. Zum Hauptthema wurde die intellektuelle und charakterliche Qualität der Studenten. Der Qualitätsverlust aufgrund der Hochschulexpansion wurde nie als Gegenwartsbeschreibung, aber dafür fortwährend als Zukunftsszenario in die Debatte gestreut. Das *University Grants Committee* betonte in seinem Bericht von 1948, dass die gerade begonnene Wiederaufbauphase den Universitäten die Hauptaufgabe stelle, die Qualität der Hochschulabsolventen ange-

⁴⁵ Zahlenmäßig war die Einschätzung korrekt, dass weit mehr Kinder aus ungebildeten familiären Hintergründen an die Universitäten gelangten als vor dem Krieg, vor allem in den *Redbrick Universities*. Gegenüber Kindern aus gebildetem Hause verschlechterten sich jedoch die Zugangschancen von Arbeiterkindern in den fünfziger und sechziger Jahren.

⁴⁶ CVCP, Report of an ad hoc committee on procedure for admission of students, in: CVCP, Minutes 1955-1964, Volume 13: 1957-58, London 1958, in: MRC Warwick, MSS.399/1/1/11-21.

⁴⁷ Ebd., S. 24.

sichts der steigenden Studentenzahlen zu sichern. Dabei bezog es sich auf den *Barlow Report*⁴⁸, der eine enorme Bedarfssteigerung hauptsächlich von naturwissenschaftlichen Graduierten feststellte, doch gleichzeitig davor warnte, Quantität auf Kosten von Qualität zu suchen. Den *Barlow Report* zitierend, verdeutlicht der *UGC-Bericht* den vagen Wunsch:

„[B]efore it enters the university, intelligence must be trained and the associated personal qualities matured to a standard that we would not wish to see lowered.“⁴⁹

Diese Ansicht hatte bereits das *CVCP* in seiner im Juli 1946 veröffentlichten „Note on University Policy and Finance“ vertreten und gewarnt, einmal herabgesetzte akademische Standards seien für immer verloren.⁵⁰

Eine Ausweitung der Bildungsbeteiligung auf das US-amerikanische Niveau lehnte das *UGC* 1953 ab. Dort lägen die Eingangsstandards weit unter den in Britannien üblichen. Quantität ging auf Kosten von Qualität.⁵¹ In Britannien sei die Qualität der Studenten laut Befragungen der *senior* und *junior staff* aller Universitäten hingegen noch nicht gesunken. In den Naturwissenschaften hatte sich die Zahl der Studenten seit 1945 zwar verdoppelt, doch potentiell schlechten Studenten sei die Aufnahme in die Universitäten aufgrund des Wettbewerbs nicht gelungen. Gleichzeitig aber wachse die Zahl der hochbegabten Studenten kaum. Vielmehr verlören die besonders guten und die besonders schlechten Studenten relativ zur gesamten Studentenschaft an Gewicht. Die Bewertung der Lage war zuversichtlich, obwohl mit der Warnung verbunden, ein weiterer großer Zuwachs gefährde die Standards.⁵²

Öffentlich wurde das Begabungspotential der neuen Studentengenerationen kaum infrage gestellt.⁵³ Unter den Dozenten kursierten jedoch dem bekannten Literaturwissenschaftler Richard Hoggart gemäß negative Bewertungen der wachsenden Studentenschaft. Viele Dozenten sahen ihmzufolge den Expansionsdruck lieber auf neu zu gründende *Liberal Arts Colleges* abgelenkt. Hoggarts Einschätzung nach wären diese automatisch zu Institutionen zweiter Klasse geworden. Seine Kollegen behaupteten ihm gegenüber häufig, es werde bereits am Boden der Begabungsreserve gekratzt. Auf Rückfragen versicherten sie ihm jedoch ausnahmslos, persönlich keinen Unterschied zwischen ihren eigenen Studenten von 1930 und 1960 zu erkennen.⁵⁴ Hoggart gehörte zu den wenigen, die davon überzeugt waren, dass noch nicht allen Begabten der Weg in eine Universität frei stehe. Seinen eigenen außergewöhnlichen wie steinigen Aufstieg von einer „slum elementary school“ beschreibend, erinnerte er sich vor dem *Robbins Committee*, dass nur die „exceptionally intelligent, exceptionally tough or exceptionally lucky“ seiner Mitschüler etwas erreicht

⁴⁸ Es handelt sich um den *Report of the Committee on Scientific Manpower*, der allgemein unter dem Namen *Barlow Report* bekannt war. Das *Barlow Committee* hatte im Mai 1946 seinen Bericht vorgelegt.

⁴⁹ Zitiert in *UGC Development Report* 1948, S. 32.

⁵⁰ Committee of Vice-Chancellors and Principals, A Note on University Policy and Finance in the Decennium 1947-56 v. 6. Juli 1946, in: *AUT Reports etc. 1921-49*, in: *AUT HQ u. UGC Development Report* 1948, S. 26-32.

⁵¹ *UGC Development Report* 1953, S. 22; dies wurde auch nicht im *Robbins-Report* vorgeschlagen und entsprach ebenso wenig der Meinung innerhalb der Hochschullehrerschaft, s. Halsey und Trow, *The British Academics*, S. 247.

⁵² *UGC Development Report* 1953, S. 25f.

⁵³ Quintin Hogg verwies auf eine anonyme Person, die behauptet hätte, die Expansion stoße an eine biologische Grenze der Begabung: CVCP, Meeting of the CVCP with the Lord President of the Council, Quintin Hogg, November 1963, in: *CVCP Minutes Volume 13: 1957-58*, in: *MRC Warwick, MSS.399/1/1/11-21*.

⁵⁴ „Oral Evidence given by Professor H.R. Hoggart, Friday, 6th October“, 1961, in: *Robbins Committee. Evidence – Part One. Volume A. Written and Oral Evidence*, S. 178-185, hier S. 180.

hätten. Viele kluge Köpfe seien auf der Strecke geblieben. Diesem Talentverlust wollte er nun ein Ende gesetzt wissen.⁵⁵

Obwohl die *AUT* der Hochschulexpansion vergleichsweise offen gegenüberstand – jedenfalls so lange der Staat die wachsenden Studentenzahlen mit ausreichend neuen Dozentenstellen ausglich und den Hochschullehrern keine finanziellen und Statuseinbußen aufbürdete, begegnete sie der Expansion in den sechziger Jahren mit Skepsis. In ihrem Bericht *Some Problems of University Developments* vom Mai 1960 äußerte sie sich bestürzt über Schätzungen von Schülerzahlen in den zur Hochschulreife führenden Schulklassen, den *Sixth Forms*. Aufgrund der hohen Geburtenrate waren wachsende Studentenzahlen zwar erwartet worden, doch hatten die Hochschullehrer damit gerechnet, dass soziale Gründe und intellektuelle Neigungen viele der befähigten Jungen und Mädchen vom Universitätsbesuch abhalten würden. Nun aber explodierten die Schätzungen und ließen befürchten, dass die potentielle Qualität der Studenten sinken werde. Zwar wurde der allein auf der höheren Geburtenrate beruhende Zuwachs in der Qualität der gegenwärtigen Studentenschaft gleichwertig eingeschätzt. Sorge bereiteten der *AUT* nur jene Schüler, die zum Besuch der *Sixth Form* „überredet“ würden, eine Argumentation, die auf Kinder aus bildungsfernem Hause zielte, deren Studierfähigkeit damit indirekt in Zweifel gezogen wurde.⁵⁶ Denen, die am liebsten alle Jungen und Mädchen in den Universitäten sehen wollten, entgegnete die *AUT*, Zahlen dürften nicht als einziges Kriterium dafür dienen, ob die Universitäten ihre Pflichten gegenüber dem Staat erfüllten. Zur Untermauerung ihres Standpunktes zitierte sie sogar eine Rede von Prinz Philip, dem Herzog von Edinburgh. Dieser hatte sich 1959 mit für ihn charakteristisch markanten Worten dagegen verwahrt, die Universitäten in den Dienst des Wirtschaftswachstums zu stellen:

„The conception of the university as simply a means to enhance the commercial prosperity of the State reduces higher education to the level of cattle breeding.“⁵⁷

Verständnislos gegenüber derart drastischen Zukunftsszenarien zeigten sich die Regierungsverantwortlichen. So brachte der *Lord President* des *Privy Council* Quintin Hogg⁵⁸ den Rektoren 1963 nahe, dass ihm die Standards der *postgraduate courses* und der Arbeit von Hochschullehrern wichtiger seien als die Qualität von *undergraduate courses*. Zu seiner Studienzeit habe der Geldbeutel über den Zugang zur Universität entschieden, und niemand habe sich an den Leistungen mittelmäßiger Studenten gestoßen, die das Sozialleben bereichert hätten. Der nun eingetretene Wettbewerb um knappe Plätze lasse gar keinen Raum für zweitklassige Wissenschaftler. Den durch knappe Plätze entstandenen Druck sollten die Universitäten entweder mit der Einführung objektiver Zugangstests parieren oder die Anzahl der Studienplätze erhöhen. Quintin Hogg bevorzugte die zweite Lösungsvariante. Damit teilte er den Standpunkt des im gleichen Jahr veröffentlichten Robbins Berichts, das Angebot an *undergraduate* Plätzen der Nachfrage anzupassen – nicht umge-

⁵⁵ „Memorandum submitted by Professor Hoggart“, in: *Robbins Report*, S. 174.

⁵⁶ Die Einschätzung der Studentenschaft beeinflusste maßgeblich die Einstellung von Hochschullehrern gegenüber der Expansion. Jene Dozenten, welche die Expansion mit einer Verschlechterung von Studenten verbanden, standen ihr am ehesten negativ gegenüber; vgl. Halsey und Trow, *The British Academics*, S. 369.

⁵⁷ CVCP, *Some Problems of University Developments*, May 1960, S. 3, in: MRC Warwick, MSS.399/3/EXP/1AUT.

⁵⁸ Der *Lord President* ist der oberste Beamte des Beratungsorgans *Privy Council* (Geheimer Rat) mit Kabinettsrang und gleichzeitig entweder Vorsitzender des Unter- oder des Oberhauses (*Leader of the House of Commons*, *Leader of the House of Lords*). Der *Privy Council* war einst eine mächtige Beratungsinstitution, hat heute aber überwiegend zeremonielle Funktionen.

kehrt, wie bislang die Regel.⁵⁹

Ausgerechnet den nun an die Universitäten strömenden mittellosen Studenten stellte die *AUT* ins Zentrum ihrer Argumentation für die bessere staatliche Ausstattung: Wenn dieser von seinem Studium profitieren solle, seien dafür die Studien- und Lebensbedingungen an den Universitäten zu erhalten. Nur bei guter Ausstattung, die ein enges Verhältnis sowohl unter den Studenten als auch zwischen Studenten und Dozenten erlaube, könne er kulturell in die Bildungsschicht eingeschmolzen werden, so wie dies traditionell bei Aufsteigern üblich gewesen war. In einer schlecht ausgestatteten Universität hingegen könne er wesentliche Qualitäten gar nicht ausbilden. Die Debatte über die Qualität der Studenten zielte nicht auf Schulnoten oder Intelligenz, sondern auf den kulturellen Horizont und die Persönlichkeitsentwicklung des mittellosen Studenten aus bildungsfernem Hause, ohne deren Entwicklungsmöglichkeiten sein Studium als wertlos betrachtet wurde:

„The ideal of equal opportunity of access to the universities, now widely accepted in theory, cannot be translated into practice until there is much more adequate provision for the maintenance of the poor student.“⁶⁰

Qualitäten, die für die Hochschullehrer zählten, waren die Fähigkeiten, Gelerntes in einen größeren Rahmen einzuordnen, den Überblick zu wahren und ein guter Staatsbürger zu sein. Dafür setzten sie kritisches Denkvermögen, unabhängige Urteilskraft und intellektuellen Weitblick voraus. All diese ehemals als selbstverständlich erachteten Merkmale des Absolventen einer britischen Universität wollten die Hochschullehrer fortan nicht mehr garantieren. So lange Hochbegabte der bildungsfernen Schichten als Minderheit in die „kultivierten“ Studentengemeinschaften aufgenommen worden seien, sei es leicht gewesen, sie einem Anpassungsprozess zu unterziehen. Doch machten nun Studenten das Gros der Expansion aus, die als erste der Familie eine Universität besuchten und denen deshalb der traditionell vorausgesetzte kulturelle Hintergrund fehle. Gerade sie bedürften der besonderen Betreuung. Ohne individuellen Unterricht (*one to one tutorials*) und ein ausgeprägtes intimes Sozialleben an den Universitäten durch gemeinsames Wohnen, die nur durch ausreichende finanzielle Mittel zu erhalten waren, verfalle das alte Ideal der Universitätskultur, getragen vom Leben in der Gemeinschaft, häufigen Diskussionen und einer breiten Bildung.⁶¹

Kurzum: die universitäre Gemeinschaft, die mit dem Ideal der Universität untrennbar verbunden war, konnte nur erhalten bleiben, wenn der Staat deutlich höhere Mittel zur Verfügung stellte. Am Phänomen des *poor student* trafen sich die beiden Appelle zur Bewahrung des alten Bildungsideals und zur finanziellen Ausstattung. Mangelnder Kultiviertheit wollte die *AUT* mit der Unterbringung in Studentenwohnheimen begegnen.⁶² Das *UGC* forderte ebenfalls mehr Geld für den Ausbau der Wohnheime, weil diese gerade für Studenten aus bildungsfernen Familien wichtig seien. Dort könnten sie studentisches Leben im Alltag erlernen und sich eine durch Buchwissen nicht erlernbare Kultur aneignen, die herkömmliche Studenten von zu Hause mitbrachten. Damit wurde am traditionellen Konzept der kulturellen Einschmelzung festgehalten, die bei einer wach-

⁵⁹ CVCP, Meeting with the Lord President of the Council, Quintin Hogg, November 1963.

⁶⁰ ‚Memorandum Concerning University Needs‘, S. 63.

⁶¹ P. Havard-Williams, ‚The Inroads of Specialisation‘, in: *The Universities Review*, 24. 1951, Nr. 1, S. 49-54, hier S. 49f.

⁶² Prof. Brodetskys Rede auf der *AUT/NUS Conference 1945*, in: *The Universities Review*, 18.1945, Nr. 1, S. 25.

senden Zahl armer Studenten schwieriger wurde.⁶³ Das britische Ideal von der Universität sollte der Expansion nicht geopfert werden: Intensive Bildung im Sinne von Gelehrsamkeit, soziale Fürsorge in universitären Wohneinrichtungen, intime Lernsituationen, das Aufgehen im wissenschaftlichen Milieu und ein sicheres Stipendium für die ausschließlich nach intellektuellen Kriterien Ausgewählten.⁶⁴

Während die nach bürgerlichen Kriterien von Unabhängigkeit, kulturellem Kapital, einem entsprechenden Lebensstil und der Befähigung zum guten Staatsbürger umschriebene Qualität der Studenten ungewiss war, belegten Untersuchungen eine deutliche Hebung des Leistungsniveaus unter Studienanfängern, die dem sich verschärfenden Wettbewerb um knappe Studienplätze geschuldet war.⁶⁵ Gleichwohl äußerte die AUT-Delegation vor dem *Robbins Committee* die Sorge, die Expansion der Universität könne die Qualitätsstandards verwässern. Diesen Widerspruch versuchte der Generalsekretär der AUT Lord Chorley⁶⁶ mit der Erklärung aufzulösen, die Qualität der Studenten habe sich verändert, seit nicht mehr der Geldbeutel über den Zugang entscheide. Er fasste sein Gefühl schließlich in die Worte, die früheren Studenten seien „a more enterprising type of young person“ gewesen.⁶⁷

Im Gegensatz zu den deutschen wählten die britischen Universitäten ihre Studenten selbst aus. Dies warf schon früh die Frage auf, welche Selektionsmethoden angesichts wachsender Bildungsnachfrage gerecht und praktikabel seien. Die Besten waren einfach auszumachen. Umstritten war die Auswahl unter den durchschnittlich Begabten.⁶⁸ Das UGC empfahl, persönliche Qualitäten (*personal qualities*) der Studenten den Ausschlag geben zu lassen. Es erachtete Intelligenztests als unzuverlässig und wünschte, messbare Intelligenz nicht zum Maßstab für die Zulassung zu erheben. Gegen Auswahlgespräche wandten Kritiker jedoch zutreffend ein, dass die Professoren der Auswahlkommissionen diejenigen bevorzugten, die mit ihrem an *public schools* antrainierten athletischen Potential und ihren guten Manieren die ehemals vorherrschende Gruppe unter den Studenten repräsentierten.⁶⁹

Ein Artikel in der *Universities Review* und eine Studie der *Nuffield Foundation* kritisierten die Praxis von Auswahlgesprächen mit der Begründung, Hochschullehrer seien Amateure und daher unzu-

⁶³ UGC Development Report 1953, S. 28f.

⁶⁴ Vgl. Halsey und Trow, *The British Academics*, S. 452.

⁶⁵ Ebd., S. 249. Die Erhebungen des *Robbins Committee* belegten statistisch, dass sich die Qualität der Studierenden in den vergangenen Jahrzehnten verbessert hatte.

⁶⁶ Robert Samuel Theodore Chorley, 1945 1st Baron of Kendal, Jg. 1895, verheiratet mit Katharine Campbell Hopkinson, Tochter von Edward Hopkinson, Unternehmer in Manchester; 1961 *Queen's Counsel* (*Queen's* bzw. *King's Counsel*: führende Rechtsanwälte – *barristers* – des Landes bzw. der vier *Inns of Court*), *Justice of Peace*; *Kendal School*, MA, *Queen's College*, Oxford (*Hastings Exhibitioner*), Robert Herbert-Preis; 1920 *barrister*, *Inner Temple*; 1930 *Ernest Cassel Professor of Commercial and Industrial Law*, *University of London*; 1937 Gründung *Modern Law Review*; im 1. WK Tätigkeiten in Außen- und Arbeitsministerium, *Cheshire Regiment*, 1940-1941 Innenministerium, 1941 *Acting Assistant Secretary* im *Ministry of Home Security*; 1946-1950 *Lord in Waiting to the King*; an der Durchsetzung des Regierungsprogramms von 1946 maßgeblich beteiligt; Mitglied, 1956-1958 Vizepräsident *Alpine Club*, 1957-1972 Präsident *Haldane Society*; 1960 *Honorary Fellow*, *Institute of Bankers*; 1970 *Fellow London School of Economics*; *Association of University Teachers*: 1938 Mitgl. *Council*, 1945-1947 Vizepräsident, 1947-1948 Präsident, 1953-1965 *Honorary General Secretary*; vgl. Lloyd of Hampstead, 'Chorley, Robert Samuel Theodore', in: *Dictionary of National Biography* 1971-1980, S. 143f., 'Lord Chorley', in: *The Modern Law Review*, No. 2, 41.1978, S. 121-123; Chorley', in: *Who Was Who* 1971-1980, 'Chorley', in: *The Times*, 28. Januar 1978; s. auch Katharine Chorley, *Manchester Made Them*, London 1950.

⁶⁷ 'Oral Evidence AUT', in: *Robbins Committee. Evidence*, S. 1369.

⁶⁸ UGC Development Report 1948, S. 34f.

⁶⁹ Ebd., S. 35.

verlässige Gutachter. In wissenschaftlichen Versuchen war die gleiche Gruppe von Studenten von zwei Auswahlkommissionen vollkommen unterschiedlich eingestuft worden. Der Erfolg der Bewerber hing stark von den Fragen der Auswahlgremien ab. Offensichtlich war dabei viel Glück im Spiel. Vor allem die Berücksichtigung der „Persönlichkeit“, die durch Fragen nach den außeruniversitären Interessen der Kandidaten herausgefunden werden sollte, führe direkt zu schichtenspezifischen Unterschieden in der Freizeitgestaltung. Kandidaten mit einer Vorliebe für Gesellschaftstanz und leichte Lektüre hätten kaum Chancen, ihre Befrager zu beeindrucken, die ihresgleichen bevorzugten.⁷⁰

Der Dienst an der Nation und die dafür erwartete Gegenleistung vom Staat als Geldgeber wurde nicht nur als Argument für ein höheres Gehalt der Universitätsdozenten angeführt, sondern auch für die Studenten in Anspruch genommen.⁷¹ Mit der wachsenden Studentenschaft wurde die Forderung an die Regierung lauter, allen bedürftigen Studenten Unterstützung zu gewähren, auch den Mittelmäßigen. Hier wurde mit dem Zusammenspiel von Leistung und Gegenleistung argumentiert: Wenn diese Studenten für das Wohl der Nation unentbehrlich seien, müsse diese eine Gegenleistung erbringen und jedem Zugelassenen ein Stipendium gewähren. Wer dem Staat den Unterhalt nicht wert sei, der solle lieber gar nicht erst zum Studium zugelassen werden. Um die besonders begabten Studenten weiterhin den anderen gegenüber auszuzeichnen, sei darüber hinaus die Trennung zwischen Unterhaltsstipendien (*grants*) und Leistungsstipendien (*scholarships*) aufrechtzuerhalten. Umstritten waren die Bedürftigkeitsprüfungen. Die AUT akzeptierte sie angesichts der strapazierten Staatskasse. Die NUS forderte hingegen deren sofortige Abschaffung mit dem Argument, sie führten dazu, dass Eltern, die unter großen persönlichen Entbehrungen ihren Kindern die Peinlichkeit der Bedürftigkeitsprüfung ersparten und das Studium finanzierten, dieses aufgrund der großen Entbehrungen als materielle Zukunftsinvestition betrachteten und dessen ideellen Wert aus den Augen verlören.⁷² Das NUS-Ideal sah anders aus. Studenten sollten ihr Studium als ebenso wertvollen Beitrag für die Gesellschaft empfinden wie die Arbeit ihrer Zeitgenossen in Fabrik und Büro. Um ein solcherart gesellschaftliches Bewusstsein zu entwickeln, müsse der Student materiell unabhängig sein, da allein Sorgenfreiheit und Muße zu dieser Einstellung führen könnten. Die strenge finanzielle Einschränkung verleite hingegen zu reinem Büffeln und zum Verzicht auf ein Sozialleben zugunsten einer lukrativen Zukunft.⁷³

Die bedrohte Idee der Universität

Der Ruf nach finanzieller Unterstützung der Universitäten durch den Staat war mit der Gefahr verbunden, dass dieser früher oder später in die Autonomie der Hochschulen eingreifen würde. Diese Entwicklung antizipierten die Hochschulen und versuchten sie zu unterbinden. Gleichwohl

⁷⁰ W. D. Furneaux, *The Chosen Few. An Examination of some Aspects of University Selection in Britain*, published for the Nuffield Foundation, London 1961, S. 85-88; R.R. Dale, 'The Interview and University Entrance', in: *The Universities Review*, 24.1951, S. 41-48, bes. S. 41f. und S. 46; vgl. die Rezension der dem Interview sehr kritisch gegenüberstehenden Studie von Furneaux eine Dekade später: W.H. Burston, 'Reviews of Books: The Chosen Few: An Examination of some Aspects of University Selection in Britain, by W.D. Furneaux, Oxford University Press 1961', in: *The Universities Review*, 34.1961, Nr. 1, S. 27-30.

⁷¹ 'Memorandum Concerning University Needs', S. 62f., Zitat S. 63.

⁷² Rede von Prof. Brodetsky, auf der AUT/NUS Konferenz 1945, in: *The Universities Review*, 18.1945, Nr. 1, S. 25f. u. 28.

⁷³ 'AUT/NUS Conference 1945', in: *The Universities Review*, 18.1945, Nr. 1, S. 27.

sahen Hochschullehrer und Rektoren keinen finanziellen Ausweg aus dem Dilemma. So forderte die AUT nach einem Treffen mit *University MPs* 1944 per Memorandum die Regierung auf, sich finanziell stärker an den Universitäten zu engagieren.⁷⁴ Die meist zurückhaltender agierenden Rektoren mahnten in ihrer *Note on University Policy and Finance in the Decennium 1947-56* den Staat ebenfalls zur Unterstützung.⁷⁵ Dies belohnte Roy Pascal⁷⁶ von der AUT umgehend mit einer anerkennenden Besprechung in *The Universities Review*. Die Rektoren hätten der Öffentlichkeit wie nie zuvor die Würde und Verantwortung der Universitäten vermittelt.⁷⁷ Sie machten darauf aufmerksam, dass das Stiftungseinkommen (*endowments*) bereits vor dem Krieg nur noch 15 Prozent ihrer Ausgaben gedeckt habe und unter den gegenwärtig herrschenden finanziellen Umständen keine Vermehrung dieser Mittel zu erwarten sei. Die Studiengebühren hätten vor dem Krieg nur ein Viertel der Kosten gedeckt und könnten gegenwärtig nicht erhöht werden. Deshalb müsse die Regierung die finanzielle Lücke schließen und ihren Anteil von einem Drittel auf drei Viertel der Unterhaltskosten erhöhen, solle die Expansion voranschreiten.⁷⁸ Tatsächlich wuchs die staatliche Beteiligung bei gleichzeitig rapide steigendem Finanzvolumen der Universitäten seit Jahrzehnten dramatisch. 1938/39 hatten die Universitäten noch ein Gesamteinkommen von unter sieben Millionen Pfund, das sie bereits zu fast 36 Prozent aus Regierungszuschüssen, zu knapp 30 Prozent aus Studiengebühren und zu etwa 15 Prozent aus eigenem Vermögen bestritten hatten. 1964/65 standen den Universitäten über 124 Millionen Pfund zur Verfügung, von denen die Regierung über drei Viertel finanzierte.⁷⁹

Vor diesem Hintergrund argumentierten die Hochschulen gegen den wachsenden Einfluss der Regierung. Sie griffen das Argument auf, der Staat müsse bei größerem Engagement auch ein stärkeres Mitgestaltungsrecht erhalten, und betonten die Hochschulautonomie als unbedingte Voraussetzung für unabhängiges Denken. Universitäten seien dem Staat Rechenschaft schuldig, doch müssten sie letztlich ihr eigener Herr bleiben. Die jüngste Geschichte des Kontinents habe gezeigt, wie Eingriffe in die Hochschulautonomie die geistige Unabhängigkeit der Hochschullehrer gefährdet und zu intellektueller und moralischer Korruption geführt hätten. Der Dozent müsse in der Lage sein, ungehindert nach Wahrheit zu streben und diese mit der größtmöglichen Ob-

⁷⁴ ‚Memorandum Concerning University Needs‘, S. 62.

⁷⁵ Committee of Vice-Chancellors and Principals, *A Note on University Policy and Finance in the Decennium 1947-1956*, in: AUT Reports etc. 1921-1949, in: AUT HQ.

⁷⁶ Roy Pascal, Jg. 1904, Sohn eines Einzelhändlers; *King Edward's School*, Birmingham; 1927 *BA* Germanistik und Französisch, *Pembroke College*, Cambridge; 1924 und 1927 Studienjahre in Berlin und München, Promotion; 1929 *Fellow* (mit Unterbrechungen, möglicherweise wegen linker politischer Ansichten) u. *lecturer* in Cambridge; 1939 Professur für Deutsch, *University of Birmingham*, 1969 Emeritierung; Sozialist, 1928 Eintritt *Labour*-Partei, kommunistische Neigungen, Einsatz für Deutschland, dann für jüdische Flüchtlinge; *Ehrendoktorwürden und Auszeichnungen*: 1965 Goethe-Medaille, 1969 Shakespeare-Preis der Stadt Hamburg; 1970 *Fellow British Academy*; 1974 *University of Birmingham*, 1976 *Honorary Fellow, Pembroke College*, Cambridge, 1977 *University of Warwick*. Pascal hatte immer wieder Probleme mit dem Establishment und nahm mit dem Ruf nach Birmingham ein geringeres Gehalt in Kauf, als er es in Cambridge als *lecturer* erzielte; vgl. A.V. Subiotto, ‚Roy Pascal. 1904-1980‘, in: *Proceedings of the British Academy*, Vol. LXVII.1981, London 1982, S. 442-457 u. *Who Was Who* 1971-1980, S. 608.

⁷⁷ Roy Pascal, ‚The Vice-Chancellors speak up. A Note on University Policy and Finance in the Decennium 1945-56, issued by the Committee of Vice-Chancellors and Principals‘, Rezension in: *The Universities Review*, 19.1947, Nr. 2, S. 123f.

⁷⁸ CVCP, *A Note on University Policy*, S. 13, in: AUT Reports etc. 1921-1949, in: AUT HQ.

⁷⁹ Die Zahlen sind dem Überblick von A.H. Halsey, ‚Higher Education‘, in: *Trends in British Society since 1900. A Guide to the Changing Social Structure of Britain*, London 1972, S. 192-226 entnommen, hier S. 207, Tabelle 7.3.

ektivität zu kommunizieren.⁸⁰ Universitäten könnten nur so lange Wissen um seiner selbst willen produzieren, wie sie frei von Druck blieben, praktische Probleme zu lösen oder Profit zu erwirtschaften. Grundlagenforschung sei Teil des Selbstverständnisses von Universitäten und dürfe nicht staatlichem Einfluss preisgegeben werden.⁸¹

Nicht nur der mit mehr staatlichen Mitteln möglicherweise einhergehende Einfluss auf die Forschung, sondern auch die Möglichkeit, dass der Geldhahn einmal aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Nation zugedreht werden könne, beschäftigte die AUT. Der 1953 amtierende Präsident V.E. Cosslett⁸² thematisierte die existentielle Bedrohung durch die finanzielle Abhängigkeit vom Staat. Wenn er von der Hauptaufgabe der AUT sprach, die Autonomie der Universitäten zu verteidigen, so richtete sich seine Sorge auf die Befugnisse des *University Grants Committee*. Dieses zwischen Hochschulen und Finanzministerium geschaltete Gremium schütze die Freiheit der Universitäten und damit deren Lebensnerv („lifeblood“). Die Konstruktion ermögliche den Universitäten bislang noch, ohne direkten staatlichen Eingriff den nationalen Bedürfnissen gerecht zu werden. Doch schon eine Rezession könne Mittelkürzungen für die Universitäten nach sich ziehen, falls sich das UGC nicht gegen das Finanzministerium durchsetzen könne. Um in diesem Fall nicht isoliert in der Gesellschaft zu stehen, müsse die AUT den Rückhalt der Öffentlichkeit gewinnen, dazu ihr Prestige verbessern und verdeutlichen, dass die Universitäten keine „class institutions“ mehr seien.⁸³ Pascal betrachtete also die Gesellschaft als möglichen Adressaten von Lobbyarbeit gegen staatliche Entscheidungen.

In den Debatten über Gehaltsvorstellungen sowie über die Eignung und den Unterhalt von Studenten 1946 schwang das Ideal der Universität immer mit. Die Gemeinschaft von Studenten und Lehrern galt als zentraler Aspekt, und sie stellte folgerichtig den ersten Punkt in einer Aufzählung der Funktionen von Universitäten durch C.B. Fawcett⁸⁴ in seiner AUT-Präsidentschaftsrede von 1946 dar. Auf die *Redbrick Universities* bezogen zählte er sechs Funktionen der Universitäten auf: „To form a local community of students and teachers“, in der Studenten nicht nur Wissen anhäufen, sondern durch Reflexion und Diskussion darüber hinaus ihre Auffassungsgabe (*understanding*) verbessern sollten. „Liberal‘ education, intended to make of the student a more developed

⁸⁰ CVCP, A Note on University Policy, Zitat S. 14, in: AUT Reports etc. 1921-1949, in: AUT HQ.

⁸¹ C.B. Fawcett, ‚The Functions of the University. Presidential Address to the Association of University Teachers, at Leeds, 24th May, 1946‘, in: *The Universities Review*, 19.1946, Nr. 1, S. 42-45, hier S. 44.

⁸² Vernon Ellis Cosslett, Jg. 1908, achtes Kind eines walisischen Möbeltischlers; *elementary school*, Cirencester Grammar School (Stipendium); Nervenzusammenbruch vor Aufnahmeprüfung *Oxford University*; 1930 Kaiser-Wilhelm-Institut Berlin; 1932 *PhD* Bristol, 1939 *MSc* London; 1949 *Cavendish Laboratory*, Cambridge, 1954 *reader*, 1975 *emeritus*; 1945-1955 Vorstand AUT, 1953 Präsident; *Auszeichnungen*: Dr. hc. Universität Tübingen, 1963 *ScD* Cambridge (*Fellow Corpus Christi College*) 1972 *Fellow*, *Royal Society*. Cosslett war Kommunist und in Cambridge trotz seiner internationalen Eminenz auf seinem Forschungsgebiet ein Außenseiter, der nie zum Professor ernannt wurde. Er pflegte enge Kontakte zu Deutschland und half in den dreißiger Jahren jüdischen Flüchtlingen in London; vgl. T. Mulvey, ‚Vernon Ellis Cosslett, 16 June 1908-21 November 1990, Elected F.R.S. 1972‘, in: *Biographical Memoirs of Fellows of the Royal Society*, 40.1994, S. 63-84; ‚Cosslett, (Vernon) Ellis‘, in: *Dictionary of National Biography* 1986-1990, S. 90f.; ‚Cosslett, Dr. Vernon Ellis‘, in: *Who Was Who* 1981-1990, S. 163 und Manfred von Ardenne, *Ich bin ihnen begegnet. Wegweiser der Wissenschaft, Pioniere der Technik, Köpfe der Politik*, Düsseldorf 1997, S. 288.

⁸³ V.E. Cosslett, ‚Presidential Address, 1953‘, in: *The Universities Review*, 26.1953, Nr. 1, S. 41-47, hier S. 42 u. 45.

⁸⁴ Charles Bungay Fawcett, Jg. 1883, Sohn eines bekannten Arztes; *Staindrop School*; *University College*, Nottingham; *School of Geography*, Oxford; 1913-1919 *lecturer Geography*, *University Coll.*, Southampton; 1919-1920 *lecturer*, 1920-28 *reader* in Geography, University of Leeds; 1928-1949 Professor für Geographie, University of London; 1949 Emeritierung; 1930-31, 1946-47 u. 1949-51 *Visiting Professor*, *Clark University*, Worcester, Mass.; 1951-1952 *University of Ceylon*, 1933-1936 Präsident *Institute of British Geographers*, 1945-1946 Präsident AUT; Ehrungen: 1950 *Hon. Sc.D. University of Worcester*, Mass, s. *Who Was Who* 1951-1960.

person and a more valuable citizen and/or [...] a more specialized training“ fügte er als doppelte Aufgabe hinzu. Die Persönlichkeitsbildung der Studenten stand seiner Ansicht nach nicht in Widerspruch zur Ausbildung von Experten, sondern bildete vielmehr das Komplementär. Schon die altherwürdigen Universitäten hätten für die *professions* ausgebildet, vor allem Ärzte, Anwälte und Priester. Die neuen Universitäten, die noch mehr Mediziner, Ingenieure, Kaufmänner und Experten aller Fachrichtungen ausbildeten, stünden in dieser Tradition der Berufsausbildung, die zur Universität gehöre und nicht in Widerspruch zur *liberal education* stehe. Als vierten Punkt zählte er Forschung auf. Gerade die *Civic Universities* sollten regionale Zentren der Erleuchtung (*illumination*) und Kultur sein und zum Austausch mit der Gesellschaft beitragen. Und sechstens sollten sie eine Einheit in der weltweiten „fraternity of learning“ bilden. Mit den drei Schlagworten von „pure knowledge“, „professional training“ und „duty of service“ fasste Fawcett die Funktion der Universitäten weiter als die Verfechter der Vermittlung reinen Wissens zur Kultivierung und Zivildisierung des Individuums.⁸⁵

Vor allem die grundsätzliche Bereitschaft der *AUT* zur Expertenausbildung stieß auf harsche Kritik, obwohl der Verband an den Idealen reinen Wissens und der Charakterbildung festhielt. Ähnliche Dienstleistungsideen im *AUT-Report on Universities Developments* hatten 1943 Kritik provoziert. Die Universitäten hätten nicht die Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen, eine Idee „[that] smacks of a mission and a fine altruism“, wie ein verärgelter Kritiker bellte. Hinsichtlich der Ausbildung von Experten als Aufgabe der Universitäten stellte er klar:

„The business of a university, as I conceive it in my (no doubt) oldfashioned way, is to help to create free and disinterested intelligence.“⁸⁶

Die Universitäten sollten lieber ihre ureigensten Aufgaben erfüllen. Dienst an der Nation könne nicht bedeuten, unzählige Praktiker auszubilden. Er stellte sich unter einem sinnvollen Dienst für das Land vor, diesem Führung zu geben: „[W]hat we are called upon to do, and what we ought to do is to give leadership to the nation.“⁸⁷ Sir Walter Moberly, zu dieser Zeit Vorsitzender des *University Grants Committee*, attackierte hingegen die Diskrepanz zwischen idealistischen Reden über die Universitäten und den tatsächlichen Zuständen. In seinem vielzitierten Buch ‚The Crisis in the University‘ von 1949 bewertete er die moralische Verfasstheit der deutschen Universitäten nach dem Nationalsozialismus als extremen Ausdruck einer gesamteuropäischen Krise der Universitäten. Auch den britischen Bildungsinstitutionen diagnostizierte er einen moralischen Zusammenbruch, den Verlust jeglichen Sinns für Ziel und Richtung der Universitäten. In einer Zeit der allgemeinen Erschütterung seien diese nicht in der Lage, eine Idee von Transzendenz gleichsam als Anker in der spirituellen Verwirrung der Zeit zu vermitteln. Sie verwirklichten nicht ihre Ideale. So behaupteten sie, aus Studenten Persönlichkeiten (*rounded persons*) zu formen, die sich selbst und den Kosmos zu begreifen in der Lage seien. Tatsächlich produzierten sie Spezialisten mit beschränktem Horizont. Sie behaupteten, zweckfreie Bildung zu fördern (*a liberal and disinterested attitude to study*). Dagegen hatte Moberly kürzlich eine Ansprache an Studienanfänger gehört, in der ihnen vermittelt worden sei, „anyone who regards his studies as a means of personal advancement just doesn’t belong here.“ Universitäten behaupteten, Objektivität und Unvoreingenommenheit zu lehren. Tatsächlich seien Studenten ebenso wie ihre Dozenten häufig von tief-

⁸⁵ Fawcett, ‚The Functions of the University‘.

⁸⁶ D.G. James, ‚New Notions about Universities‘, in: *The Universities Review*, 16.1943, Nr. 1, S. 10-13, hier S. 11.

⁸⁷ Ebd., S. 10 u. 13, Zitat S. 13.

sitzenden Vorurteilen, emotional verbrämten und halb bewussten Geisteshaltungen geleitet. Schließlich werde das Ideal der universitären Gemeinschaft hochgehalten. Doch Studenten, die nicht an Campus-Universitäten studierten, betrachteten ihre Universitäten überwiegend nicht als *Alma Mater*, sondern als „bargain-counter“, wo sie spezifische Gebrauchsartikel erwarben.⁸⁸ Diese harsche Kritik an der Diskrepanz zwischen Ideal und Realität der britischen Universitäten beachteten die Hochschullehrer der *AUT* in der Expansionsdebatte jedoch nicht, wie in diesem Kapitel dargelegt worden ist. Vielmehr identifizierten sie den Ist-Zustand der Universitäten mit den von ihm der Vergangenheit zugeschriebenen Idealen der *liberal education*, der universitären Gemeinschaft und der Ausbildung von Persönlichkeiten mit Weitblick und Urteilsfähigkeit und forderten, diese trotz Expansion zu erhalten. Moberlys Kritik an der Gegenwart projizierten sie als Entwicklung, die bei kluger Politik zu vermeiden sei.

Die hehren Ideale standen im Laufe der Expansion auf finanziell tönernen Füßen, was zu den bereits dargestellten Konflikten um die Gehälter der Dozenten und die Qualität der Studenten und ihrer Ausbildung führte. Letztlich war der unausgesprochene Grundkonflikt, ob die Expansion gestoppt werden sollte, wenn sie nicht mehr so finanziert werden konnte, dass das System wie bisher Bestand haben konnte. „Should we halt expansion?“ betitelte 1958 die *Universities Review* einen Artikel von D.A. Bell. Er verfocht die Meinung, dass die persönliche Beziehung als zentraler Bestandteil des Studiums jedoch auf der Strecke bleibe, wenn die Zuschüsse der *Treasury* weiterhin so niedrig blieben. Die Gleichung von „maximum of student numbers“ gegen „minimum increase of grants“ führe die alten Ideale der liberalen Bildung ad absurdum. Bell plädierte für den Qualitätserhalt von Bildung um jeden Preis, auch um den von Zulassungsbeschränkungen. Sonst verkämen die Universitäten von Stätten des Wissenserwerbs zu Orten, an denen Faktenwissen akkumuliert werde.⁸⁹

Die *AUT* teilte die Ansicht, dass das Zahlenverhältnis zwischen Dozenten und Studenten wichtiger sei als die Erhöhung der Studentenzahlen. Die Expansion wurde so lange unterstützt, wie sie keine Veränderung der Hochschulstrukturen verursachte. Von Lionel Robbins bei der Anhörung vor dem *Robbins Committee* im Januar 1962 direkt um eine Stellungnahme gebeten, bekannte sich die *AUT*-Delegation dazu, keine zeitlich begrenzte Verschlechterung in der Relation von Studenten zu Hochschullehrern zugunsten einer stärkeren Expansion zu wünschen.⁹⁰

Im Oktober 1963 wurde schließlich der *Robbins Report* veröffentlicht. Das *Robbins Committee* hatte sich mit den Strukturen der Hochschulbildung befasst und hierfür Reformvorschläge vorgelegt.⁹¹ Laut Carswell können es nur der Beveridge Bericht von 1942 und der *Poor Law* Bericht von 1909 mit dem historischen Einfluss des Robbins Berichts aufnehmen.⁹² Der Ausschuss prognostizierte damals unvorstellbar hohe Expansionszahlen, die gleichwohl alsbald von der tatsächlichen Entwicklung überholt waren. Er wurde allgemein euphorisch aufgenommen, spiegelte er doch den Zeitgeist einer zunehmenden Partizipation an der höheren Bildung wider. Doch während die

⁸⁸ Walter Moberly, *The Crisis in the University*, London 1949, S. 23f.

⁸⁹ D.A. Bell, „Should we halt expansion?“, in: *The Universities Review*, 30.1958, Nr. 2, S. 53-55.

⁹⁰ „Oral Evidence AUT“, in: Robbins Committee, *Evidence*, S. 1367.

⁹¹ Committee on Higher Education, *Higher Education. Report of the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63*, presented to parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London 1963 (im folgenden *Robbins Report*).

⁹² Carswell, *Government and the Universities*, S. 38.

zahlenmäßige Expansion allgemein akzeptiert und willkommen war, erlitten die auf einen Strukturwandel ausgerichteten administrativen Vorschläge, für die der Ausschuss ursprünglich ins Leben gerufen worden war, Schiffbruch. Entgegen der vorgeschlagenen einheitlichen Hochschulstruktur schufen die Labour Regierung und ihr Bildungsminister Crosland 1964 ein binäres System, innerhalb dessen weiterhin die Universitäten von den weniger angesehenen *Colleges of Advanced Technology* und anderen Institutionen der *higher education* unterschieden wurden. Am Ende setzte sich damit die überkommene Hierarchie durch. Ebenso wenig wurde die Dichotomie zwischen *Oxbridge* und London auf der einen und den Provinzuniversitäten auf der anderen Seite aufgehoben. Vielmehr schlug Robbins vor, die Provinzuniversitäten zukünftig finanziell großzügiger auszustatten, um ihnen die Möglichkeit zu geben, den alten Universitäten Konkurrenz zu machen. Noch größere Hoffnungen setzte er auf Neugründungen. Diese sollten von Beginn an finanziell so gut gestellt werden, dass sie starke Gegenpole zu den alten Universitäten bilden könnten, deren Dominanz bei der Ausbildung der nationalen Elite auch das *Robbins Committee* problematisch fand.⁹³

Kritiker wandten daher gegen den Bericht ein, er habe die Richtung eines Massensystems vorgegeben, ohne das traditionelle liberale Ideal von Bildung – die Formung von *gentlemen* – und die privilegierte Stellung der Universitäten aufzugeben. Wieder einmal sei der die britische Bildungspolitik prägende Leitsatz des *parity of esteem* ausgerufen worden, während gleichzeitig die neuen Studenten auf Universitäten erster und zweiter Klasse verteilt worden seien. Nur so seien die elitären Züge des Systems – Campusuniversitäten und Ein-Fach-Studiengänge – trotz Expansion zu erhalten gewesen. Diese habe daher den Charakter der Universitäten weniger verändert als von konservativen Kritikern befürchtet.⁹⁴ Weiterhin wurden die meisten Spitzenleute in *Whitehall*, der Justiz, der Kirche, den Parteien, den übrigen *professions* und den Unternehmen in Oxford und Cambridge bzw. *public schools* ausgebildet, was eine ungewöhnlich kohärente nationale Elite mit gemeinsamem Bildungshintergrund schuf. Der Erhalt des traditionellen Charakters der Universität stand nicht zuletzt in Einklang mit den von der *AUT*, den Rektoren und dem *UGC* vorgetragenen Stellungnahmen.

Die Rolle von Labour-Politikern beim Erhalt des Systems ist dabei ebenso erstaunlich wie weiland bei der Bildungsreform von 1944 und dem Erhalt der *public schools*. Ausgerechnet Anthony Crosland, einer der führenden Intellektuellen von *Labour*, der die fehlende Chancengleichheit noch 1962 auf das Überleben von *public schools* und *Oxbridge* und den sozial ungerechten Zugang zu diesen Institutionen zurückgeführt hatte, durchkreuzte nun die Pläne, das System zu vereinheitlichen.⁹⁵ Früher hatte er gefordert, die Privilegien von Oxford und Cambridge durch Expansion zu brechen und sich daran gestört, dass die Hochschulabgänger besonders der beiden Eliteuniversitäten alle wichtigen gesellschaftlichen Stellungen monopolisierten.⁹⁶

⁹³ *Robbins Report*, S. 78-81.

⁹⁴ Anderson, *Universities and Elites*, S. 18f.

⁹⁵ Die Frage nach den Gründen für Croslands Politik des Erhalts von Elitebildung wirft zum Beispiel Cannadine, *Class in Britain*, S. 156 auf und beantwortet sie damit, dass Labour-Führer zwar die Lebensumstände von Arbeitern verbessern, nicht aber die etablierte soziale Ordnung aufheben wollten. Er bemerkt ironisch, dass besonders der linke Vordenker Anthony Crosland an Monarchie, *public schools*, *House of Lords* und *clubs* gehangen habe; vgl. Kenneth O' Morgan, *Britain since 1945*, S. 248 dazu, dass Crosland auf der anderen Seite rigoros alle *grammar schools* abschaffen wollte und mit entsprechend harter Hand die Einheitsschule durchsetzte.

⁹⁶ C.A.R. Crosland, *The Conservative Enemy. A Programme of Radical Reform for the 1960s*, London 1962, S. 167.

Offensichtlich teilten die politisch eher links eingestellten, reformorientierten Dozenten der Universitäten mit Crosland eine traditionellere Einstellung zu Bildung und Chancengleichheit als ihre Aussagen zu erkennen geben. Die grundsätzliche Bejahung von Hochschulexpansion und Chancengleichheit beim Bildungszugang stand fortwährend in Spannung erstens zur Angst, die Studenten aus bildungsfernem Hause könnten die Standards an den Universitäten verschlechtern und zweitens zur Ausblendung von *Oxbridge* aus dem Diskurs. Die Diskrepanz zwischen universalistischen Werten und exklusiven Praktiken, die dem deutschen Bürgertum zugeschrieben wurde, ist damit charakteristisch für die britischen Hochschullehrer und die politische Linke.

5 Deutsche Professoren: Die Bedrohung eines Standes

Während das Ende des Zweiten Weltkriegs keinen unmittelbaren Einfluss auf die Arbeit der *Association of University Teachers* nahm, versuchte der 1950 erst wieder gegründete Deutsche Hochschulverband im Lichte der politischen Diskontinuität, „die Gemeinsamkeit der deutschen Hochschullehrer in Forschung und Lehre“ und darüber „ihr Gefühl der gemeinsamen Verbundenheit zu stärken“. Den durch personelle Diskontinuitäten der Zäsur von 1945, die wirtschaftliche „und vor allem die seelische Belastung“ geschwächten Zusammenhalt wollte der Verband wiederherstellen und dem Einzelnen das Bewusstsein vermitteln, „Angehöriger eines Standes zu sein, in dem sich jeder für den anderen mitverantwortlich fühlt.“¹ Standespolitik wurde dabei in erster Linie als Besoldungspolitik verstanden. Dementsprechend war der mit dem Stichwort der „Nivellierung“ beschriebene Verlust der eigenen herausragenden wirtschaftlichen Stellung in der Gesellschaft Kern der Verbandsarbeit in den beiden Nachkriegsjahrzehnten.²

Das Absinken der Hochschullehrer im Zeichen des Wirtschaftswunders

Im Zentrum der Debatte über die Besoldung von Hochschullehrern stand die Entwicklung der Gehälter seit 1927. Um der Nivellierung etwas entgegenzusetzen, sollten die Gehälter der Hochschullehrer wieder auf den Stand der preußischen Besoldungsreform von 1927 gebracht werden. Nicht allein die Hochschullehrer, sondern den gesamten Beamtenstand bezeichnete der langjährige Vorstandsvorsitzende des deutschen Hochschulverbands Wilhelm Felgentraeger³ noch 1953 als Verlierer der wirtschaftlichen Entwicklung:

¹ Wilhelm Felgentraeger, „Aus dem Bericht des Vorsitzenden in der ersten Sitzung des Vorstandes des „Hochschulverbandes“ (Frankfurt, 26. Mai 1950)“, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Nr. 1, Juni 1950, S. 3; Zitate ebd.; vgl. Niederschrift der 1. Sitzung des Vorstandes des „Hochschulverbandes“, Kurzprotokolle des Deutschen Hochschulverbandes, DHV Bonn, ohne Aktenzeichen; vgl. Werner Webers Rede auf dem 1. Hochschulverbandstag, in: 1. Hochschulverbandstag in München am 19. Mai 1951. Sitzungsniederschrift, in: ZZBW/FZ 55, AZ Vorakten 6, Hochschulverband, Gründungssitzung und Verbandstage, Bl. 42, S. 1f.

² Der DHV war von der WRK gegründet worden; die Arbeitsteilung resultierte aus dem Gründungsauftrag; vgl. Franz J. Bauer, *Geschichte des deutschen Hochschulverbandes*, München 2000, S. 28.

³ Wilhelm Hans Hermann Felgentraeger, Jg. 1899, Berlin-Friedenau, ev., Sohn eines Oberregierungsrats; 1917 Abitur humanist. Gym. Berlin-Charlottenburg; 1917-1919 Fahnenjunker; 1918-1923 Studium Maschinenbau (Abbruch) u. Rechtswissenschaften, TU Berlin, Universität Berlin u. Göttingen; 1930 Habilitation, röm. u. dt. bürgerl. Recht; Privatdozent Universität Freiburg/Br., 1934 o.Prof. u. Kanzler (Übernahme Lehrstuhl d. aus rassischen Gründen entlassenen Andreas Bertalan Schwarz, angeblich unterstützt von Felgentraegers 1935 selbst entlassenen jüdischem Lehrer Pringsheim, der nach England emigrierte); 1937 Eintritt NSDAP; 1936 (zusammen mit Werner Weber) Klassensekretär Akademie für Deutsches Recht, nach Bauer „eine exponierte Stellung in einer eindeutig von nationalsozialistischem Geist getragenen Institution“; 1936 o.Prof. Marburg, 1940-1945 Breslau; anschl. Lehrbeauftragter Göttingen; nach Entnazifizierung als entlastet eingestuft (Zeugen waren zwei Personen mit ebenfalls hohen Positionen in der Akademie für Deutsches Recht); 1949 o.Prof. Universität Hamburg; 1957 Ehrensensator Universität Freiburg/Br.; 1969 Ehrenpräsident Hochschulverband. Wilhelm Felgentraeger stand seit dessen Gründung 1950 bis 1969 an der Spitze des Deutschen Hochschulverbandes, den er bei gleichzeitiger Lehre an der Hamburger Universität und unter starkem persönlichen Einsatz ehrenamtlich und gleichsam als Honoratiorenverband mit einer sich erst spät entwickelnden hauptamtlich geführten Geschäftsstelle leitete. Seine Rolle entsprach der des *Honorary General Secretary* der AUT; vgl. Bauer, *Hochschulverband*, S. 97-102, Zitat S. 98; *Wer ist's*, 1935; *Wer ist Wer*, 1948, 1951, 1969; *Kürschners*, 1976.

„Hier teilt der Hochschullehrer das Schicksal aller Beamten, die die wirtschaftlichen Lasten zweier verlorener Kriege und die Tendenz zur Nivellierung in besonderem Maße haben tragen müssen.“⁴

Mit diesem Verweis auf den Gehaltsverlust seit 1927 nahmen die Professoren einen Nivellierungsdiskurs wieder auf, den sie bereits in der Weimarer Republik geführt hatten. Folgt man Dirk Schumann, so war dies nicht nur Verbandsrhetorik. Die Inflation habe vor allem die höheren Beamten und hier wiederum besonders die Universitätsprofessoren als „Elite des Bildungsbürgertums“ in die finanzielle Nivellierung gestürzt, während unter den Wirtschaftsbürgern Gewinner wie Verlierer gewesen seien. Deshalb sei sie als Zerstörung des Mittelstands wahrgenommen worden.⁵ Zu einem gegenläufigen Ergebnis kommt indessen Christian Jansen. Er kritisiert, dass bis in die jüngere Forschung hinein ein Gefühl der materiellen Benachteiligung festgeschrieben worden sei, das die Weimarer Professoren hatten, das der sozialen Realität aber nicht standhalte. Vielmehr seien Hochschullehrer während der Weimarer Republik gar nicht von Nivellierung betroffen gewesen, sondern hätten überdurchschnittlich vom Wirtschaftsaufschwung profitiert. Besonders die Ordinarien, aber auch die übrigen Gruppen von Hochschullehrern hätten gegenüber Arbeitern nur in einer kurzen Phase einen materiellen Nachteil erlitten. Im Verlauf der Weimarer Republik hätte sich ihr Einkommensabstand zu Arbeitern sogar insgesamt erhöht. Dagegen hätten die Hochschullehrer während des Ersten Weltkrieges, also gerade im rückblickend verklärten Kaiserreich, einen Kaufkraftverlust hinnehmen müssen.⁶ Dieser Widerspruch kann hier nicht aufgelöst werden. In der Bundesrepublik erlebten Professoren jedenfalls keine Einkommens- und Vermögensnivellierung.

In einer differenzierten Berechnung von Gehalt und Lebenshaltungskostenindex wies Felgentraeger nach, dass die Bezüge aller Beamten 1953 um zwölf Prozent hinter jenen von 1927 lagen, wenn die veränderten Lebenshaltungskosten berücksichtigt würden. Während die unteren Beamtenkategorien ihren Lebensstandard bekanntermaßen hätten halten können, sei die Verschlechterung vor allem zu Lasten der „höheren Beamtenkategorien“ gegangen.⁷ Wenn Repräsentanten des Hochschulverbands ein angemessenes Gehalt für Hochschullehrer forderten, setzten sie wie ihre britischen Kollegen ihr eigenes in Relation zum Gehalt vergleichbarer Berufsgruppen, hinter die sie nicht zurückfallen wollten. Besonders kritisch begleitete der Verband über die Jahrzehnte hinweg die Einkommensentwicklung der höheren Ministerialbeamten. Sobald der Bund die Grundgehälter für Beamten erhöhte, forderte der Hochschulverband die Erhöhung der Kollegelder, um einen Ausgleich zu schaffen.⁸ So führte die „Aufbesserung der Gehälter durch die Besoldungsänderungsgesetze“ von 1953 zu Unzufriedenheit, weil „die Bezüge der Hochschullehrer [...] gegenüber den Bezügen der meisten anderen Beamten erheblich zurückgeblieben

⁴ Wilhelm Felgentraeger, ‚Zur wirtschaftlichen Lage der Lehrstuhlinhaber‘, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. II, Nr. 2, Juni 1953, S. 6-10, hier S. 7-9, Zitat S. 7.

⁵ Dirk Schumann, ‚Einheitssucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen *middle classes*)‘, in: *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, hg. v. Hans Mommsen, Köln u.a. 2000, S. 83-105, hier S. 97f.

⁶ Christian Jansen, *Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935*, Göttingen 1992, S. 27-30 u. S. 306.

⁷ Felgentraeger, ‚Zur wirtschaftlichen Lage‘, S. 7.

⁸ Vgl. dazu Briefwechsel Felgentraeger u. Weber v. 27.2.1953 u. 2.3.1953, in: BA B380/13.

sind.“⁹ Vor dem Hochschulverbandstag von 1956 präzisierte Ulrich Scheuner¹⁰, dass die Hochschullehrer bis Ende der zwanziger Jahre wirtschaftlich eine verhältnismäßig günstige Stellung innegehabt hätten.¹¹ Gleichwohl seien die Grundgehälter der Ordinarien „in ihren ruhegehalts- oder emeritierungsfähigen Grundbezügen“ nie an jene der vergleichbaren Beamten herangekommen. Den finanziellen Ausgleich hätten die Professoren bis Ende der zwanziger Jahre durch Einnahmen aus den Gebührenanteilen und den teilweise sehr hohen Garantien geschaffen. Anfang der 1930er Jahre sei das Gehalt der Hochschullehrer schließlich eingebrochen, doch nicht am Grundgehalt, sondern vor allem an den Nebenbezügen.¹² Die Kolleggelder und Kolleggeldgarantien waren seit der Jahrhundertwende zunehmend von der Anzahl der Hörer losgelöst pauschal gezahlt und damit zur „öffentlich-rechtlichen Gebühr“ geworden.¹³ Die Besoldungsreform zementiere im Nachhinein diese negative wirtschaftliche Entwicklung.¹⁴ Professoren wurden somit für gut besuchte Vorlesungen nicht mehr mit höheren Einnahmen belohnt. Individuelle Leistung solle jedoch durch entsprechenden individuellen Lohn anerkannt werden. Die Eliminierung des Wettbewerbs, so Felgentraeger in den *Mitteilungen*, versage den Hochschullehrern zudem,

„durch besondere Leistungen ihren wirtschaftlichen Lebensraum zugunsten der Entfaltung ihrer Kräfte ausweiten zu können“.¹⁵

Zwar forderten die Hochschullehrer vergleichbare Gehälter wie die Ministerialbeamten, gleichzeitig legten sie aber großen Wert darauf, ihre besondere Stellung innerhalb des Beamtentums zu bewahren. Sie betrachteten sich im Gegensatz zu den Laufbahn- als Leistungsbeamten. Für ihr Berufsbild als Wissenschaftler spielte das als „Leistungslohn“ verstandene Kolleggeld eine entscheidende Rolle.¹⁶ Durch den Leistungsaspekt hoben sie sich von der übrigen Beamtenschaft ab. Darüber hinaus wollten sie nicht vermittels wegfallender Kolleggelder die gleichzeitig aufgehobenen Studiengebühren finanzieren und damit eine Pflicht des Staates übernehmen.¹⁷ Zudem empörten sich die Hochschullehrer über den Wegfall der Kolleggeldfreiheit für ihre Angehörigen, den die Kultusministerkonferenz 1950 beschlossen hatte. Damit würden Hochschullehrern die Mittel entzogen, den eigenen Berufsstand innerhalb der Familien weiterzuvererben. In Übereinstimmung mit der Kultusministerkonferenz argumentierte die Westdeutsche Rektorenkonferenz dagegen, bedürftigen Kindern von Hochschulangehörigen stünde der allgemeine Gebührenerlass zur Verfügung. Die einmütige Haltung des DHV-Vorstands in dieser Sache verleiht dem ausgepräg-

⁹ Wirtschaftliche Lage der Lehrstuhlinhaber. Entschließung des 3. Hochschulverbandstages in Stuttgart, am 28. Juni 1953, Anlage 5 zu Punkt III, 3 der Niederschrift des 3. Hochschulverbandstags, Bl. 21, in: ZZBW/FZ 55 AZ Vorakten 6, DHV.

¹⁰ Ulrich Scheuner, Jg. 1903; 1925 Promotion Rechtswissenschaften nach Studium in München und Münster; 1928-1932 Referent, Institut für Völkerrecht, Berlin; 1930 Habilitation, ö. Recht, Berlin; 1933 o.Prof., Univ. Jena, 1940 Göttingen, 1941 Straßburg; 1945-48 biogr. Lücke; 1948 Lehrauftrag, TH Stuttgart; 1950-69 o.Prof., Univ. Bonn; Vorsitz Wiss. Direktorium d. Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom.

¹¹ Der Hochschullehrer in der Besoldungsreform. Referat von Professor Dr. Scheuner – Bonn, Anlage 1 zum 6. Hochschulverbandstag am 23. Juni 1956, in: ZZBW/FZ 55 AZ Vorakten 6, Bl. 34-45, hier Bl. 35-37, S. 2-7, hier S. 2.

¹² ‚Die stille Besoldungsreform‘, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. II, Nr. 5, März 1954, S. 7f.

¹³ ‚Für und wider die Kolleggelder‘, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. II, Nr. 5, März 1954, S. 8-11, hier S. 9.

¹⁴ Hochschullehrer in der Besoldungsreform, Referat Scheuner, S. 3.

¹⁵ Felgentraeger, ‚Zur wirtschaftlichen Lage‘, S. 7.

¹⁶ ‚Für und wider die Kolleggelder‘, S. 11.

¹⁷ Niederschrift der 2. Sitzung des Vorstandes des „Hochschulverbandes“ am 28.10.1950 in Heidelberg, Punkt 5.

ten Standesbewusstsein der Hochschullehrer Ausdruck:

„Es handle sich aber nicht um den Anspruch der Hochschullehrer auf pekuniäre Vorteile, sondern um die Selbstverständlichkeit des Offenhaltens ihres eigenen Berufsweges für ihre Angehörigen.“¹⁸

Dennoch leitete der Verband keine rechtlichen Schritte gegen diese Regelung ein.¹⁹

In einer an den Bundesgesetzgeber gerichteten Denkschrift von 1957 wurde argumentiert, die Besoldung habe die Aufgabe, Träger öffentlicher Ämter ihren „besonderen Aufgaben“ gemäß „die wirtschaftliche Lebensgrundlage“ zu geben, und solle im Falle der Hochschullehrer deren besondere Stellung berücksichtigen:

„Ihre Art und Höhe richtet sich nach den Aufgaben, den Anforderungen, der Verantwortung und der sozialen Anerkennung des Amtes, nach dem Verhältnis zu anderen Berufen, nach der Dauer und dem Risiko der Vorbereitung auf dieses Amt.“²⁰

In allen diesen Hinsichten weise die traditionelle Stellung des deutschen Hochschullehrers Besonderheiten auf. Deshalb sei der direkte Vergleich mit anderen Beamtenkategorien prinzipiell unmöglich.²¹

Hinter der „stillen Besoldungsreform“ der vergangenen 25 Jahre stand aus Sicht der Hochschullehrer nicht nur die Streichung der Nebenbezüge. Vielmehr habe die Neubildung von Titeln mit einhergehenden höheren Gehaltsstufen innerhalb der Verwaltungsbeamtenschaft zu zahlreichen Beförderungen geführt. So entspreche ein preußischer Ministerialrat inzwischen fast einem Ministerialdirektor, und auch Richter, Volksschul- und Lehrer an höheren Schulen hätten von dieser Entwicklung profitiert.²² Laut Scheuner stand der Ordinarius Mitte der fünfziger Jahre ungefähr auf einer Stufe mit dem Ministerialrat. Deshalb müsse der Öffentlichkeit einmal „das Absinken der Lage der Hochschullehrer“ verdeutlicht werden. Die gegenwärtigen „Spitzengehälter“ lägen teilweise unter dem „Nennbetrag“ der Gehälter in den zwanziger Jahren, während der Geldwert gesunken sei.²³ Doch nicht nur die breite Öffentlichkeit, sondern auch die Ignoranz der „zuständigen Stellen“ bedauerte der DHV-Geschäftsführer Gerth Dorff in einer Vorstandssitzung, da sie nichts anderes bedeuten könne, als dass „die verantwortlichen Stellen die grosse Bedeutung der Arbeit der Hochschullehrer für die Allgemeinheit verkennen.“²⁴ Diese intern gesprochenen Worte belegen, dass es sich bei dem Gemeinwohlargument nicht um bloße Rhetorik handelte, sondern um eine verinnerlichte Haltung der Verbandsvertreter. In der Sitzung der Gesprächsgruppe „Wissenschaftliche Hochschulen und Institute“ im „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirt-

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Niederschrift der 3. Sitzung des Vorstandes des „Hochschulverbandes“ am 28.2.1951 in Göttingen, Punkt 3.

²⁰ Denkschrift des Hochschulverbandes zur Besoldung der Hochschullehrer, datiert 13.3.1957, Anhang zu einem Brief von Prof. Felgentraeger an Prof. Braun, Bonn, v. 22.3.1957, in: Deutscher Hochschulverband. Korrespondenz Präsident mit Vorstand. Protokolle Konvent/Ausschuß für Nichtordinarienfragen von 12/1956-31.3.1960, in: BA B380/15.

²¹ Ebd.

²² „Stille Besoldungsreform“, in: *Mitteilungen*, S. 7f., Zitate S. 8.

²³ Der Hochschullehrer in der Besoldungsreform. Referat von Professor Dr. Scheuner-Bonn, Anlage 1 zum 6. Hochschulverbandstag am 23. Juni 1956, ZZBW/FZ 55 AZ Vorakten 6, Bl. 34-45, hier Bl. 35-37.

²⁴ Brief Dorff an Vorstandsmitglieder und Hochschulverbandsmitglieder v. 6.7.1959, Anhang: Entschließung des 9. Hochschulverbandstages, in: BA 380/15.

schaft“ (GKWW)²⁵ warf ihr Leiter, Heinrich Kost, die Fragen auf, ob die Hochschullehrer aufgrund ihrer Bezüge nicht mehr in der Lage seien, „die ihnen zukommende gesellschaftliche Stellung auch finanziell zu verwirklichen“, und ob dies in den Augen der Gesellschaft zu ihrem sozialen Absinken führe. Während die Anwesenden darin übereinstimmten, dass die Besoldung der Hochschullehrer unangemessen sei, gingen die Meinungen über das gesellschaftliche Ansehen und die Vergleichsgröße bei den Gehältern auseinander.²⁶ Der Wirtschaftspädagoge Karl Abraham²⁷ verwies auf den bedeutenden Gehaltsunterschied zwischen Professoren und vergleichbaren Berufen in der Wirtschaft. Der Professor verdiene mittlerweile bestenfalls so viel wie ein mittlerer Angestellter in der Industrie, was „auf Dauer zum Absinken der Wissenschaftler als soziale Schicht führen“ müsse. Dagegen erachtete Ferdinand Friedensburg²⁸ das Prestige der Professoren trotz der unbefriedigenden Besoldung noch nicht als beschädigt. Der Ministerialbeamte von Medem hielt den Vergleich mit der Wirtschaft grundsätzlich für unangemessen und wollte allein den Vergleich mit den Gehältern im Staatsdienst akzeptieren.²⁹

Dass es sich nicht um reine Rhetorik eines Interessenverbandes, sondern um einen aufrichtig empfundenen schmerzhaften Wandel handelte, zeigt darüber hinaus, dass die Frage der Besoldungsreform den Verband zu Beginn der 1960er Jahre sogar in eine Zerreißprobe führte, als nicht aktive Verbandsmitglieder gegen die ihnen zu konsensorientierte Besoldungspolitik des Vorstands mobil machten. Offensichtlich beunruhigt leitete Dorff 1960 vier an den Präsidenten des DHV gerichtete Briefe des Würzburger Geographen Julius Büdel³⁰ an die Vorstandsmitglieder weiter, mit der Bitte sich umzuhören, ob die aus den Schreiben hervorgehende Meinung im Kollegenkreis auf Zustimmung treffe. Büdel kritisierte, der Hochschulverband beschäftige sich nicht ausreichend „mit dem wirtschaftlichen Nachhinken“ der Professoren gegenüber den Ministerialräten und -direktoren. Früher hätte das Gehalt des Ordinarius am Anfang seiner Karriere dem des Ministerialrats und am Ende dem des Ministerialdirektors entsprochen. Nun aber „entschwabte“ die Ministerialbürokratie „in sehr viel höhere Gehaltsklassen“. Der Professor hingegen sei „auf dem Platz geblieben“. Auch im internationalen Vergleich falle er zurück. Eine handschriftliche Hinzufügung von zwei Ausrufezeichen deutet auf die bis dahin gehende Übereinstimmung der Geschäftsstelle mit dem Verfasser. Mit einem „richtig“ bewertete der Leser auch Büdels Kritik, dass

²⁵ Dem Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, einem bildungspolitischen Forum, im Rahmen dessen sich hochrangige Unternehmer, Professoren und Vertreter der Ministerialverwaltungen sich regelmäßig austauschten und Empfehlungen der Bildungspolitik veröffentlichten, ist in Kapitel 11 ein Unterkapitel gewidmet.

²⁶ Niederschrift über Verlauf und Ergebnisse der Sitzung der Gesprächsgruppe II am 4. Juli 1960 in Homberg/Niederrhein, in: ZZBW/FZ 209/2, Bl. 86; die Anwesenheitsliste s. ebd., Bl. 96f.

²⁷ Prof. Dr. Karl Abraham, Jg. 1904; 1926 Diplom-Handelslehrer Berlin; 1929 Promotion Breslau; ab 1946 nicht näher genannte Lehrtätigkeiten in Solingen, Köln und Mannheim; 1953 ao.Prof., Frankfurt/M.; vgl. *Wer ist Wer*, 1969/70.

²⁸ Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg, Jg. 1886, Sohn v. Prof. Dr. h.c. Ferdinand F., Senatspräsident, Enkel eines Breslauer Oberbürgermeisters; 1911 Promotion Rechtswissenschaften Breslau; 1914 Bergassessor Berlin; 1920 stv. Geschäftsführer Deutscher Bauernbund; 1925 Vizepräsident Berliner Polizei; 1935 Verhaftung d. eh. Reichsbannermanns u. Reichstagsabgeordneten d. DDP, Freispruch in zwei Prozessen; Mitbegründer d. CDU in Berlin und in der SBZ; 1946-1951 stv. Oberbürgermeister Ost- und West-Berlin; 1945-1968 Präsident Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; 1952-1965 MdB; Lehraufträge bis 1948 an der HU Berlin u. Vorlesungen an der Berliner Hochschule für Politik (später Otto-Suhr-Institut). 1953 Prof. f. Bergwissenschaften, TU Berlin; zahlreiche weitere Mandate und Ämter in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft.

²⁹ S.o., Niederschrift über Verlauf und Ergebnisse der Sitzung der Gesprächsgruppe II am 4. Juli 1960.

³⁰ Julius Büdel, Jg. 1903, hatte 1928 promoviert und wurde 1944 apl. Professor. Seit 1951 lehrte er als ordentlicher Professor am Geographischen Institut Würzburg.

sich „der heutige Professor nur entweder ein Auto oder studierende Kinder erlauben“ könne, nicht aber beides gleichzeitig. Nur mittels Berufungen und Gutachtertätigkeiten könne er sein Gehalt verbessern. Nachdem die Lage der Professoren von Schreiber und Kommentator gleich eingeschätzt wurde, vermerkte der Leser jedoch ein „Nein“ neben die von Büdel anschließend formulierte Frage:

„Darf ich mir einfach einmal als schlichter Vertreter der unbekannten Professorenschaft die Frage erlauben, ob der Hochschullehrerverband dies Problem als das zentrale der deutschen Hochschulen empfindet [...]?“

Viele Fragezeichen erntete Büdel schließlich mit seinem Abriss über die gesellschaftliche und finanzielle Stellung des Professors seit dem Ersten Weltkrieg: Davor hätte der deutsche Universitätsprofessor eine „Stellung königlicher Unabhängigkeit“ genossen, zwei Dienstmädchen und das Studium aller seiner Kinder seien eine Selbstverständlichkeit gewesen [handschriftliches Fragezeichen]. Büdel weiter,

„die Professur war eine Stelle, die so dotiert war, daß sie selbst bei großbürgerlichem Lebensstandard die Grundlage zur Anlage eines Vermögens abgab. Dem steht die heutige völlige Proletarisierung des Hochschullehrers gegenüber [Fragezeichen].“

Wie sein Assistent lebe der Professor nun von der Hand in den Mund.

„Das Gehalt reicht gerade zur notdürftigsten Aufrechterhaltung eines mittelbürgerlichen Lebensstandards und zu den nötigsten Rücklagen [Fragezeichen].“

Ja, der Milchmann oder Fleischer um die Ecke könnte sich zu diesem Zeitpunkt eher ein Auto und das Studium seiner Kinder leisten als der Professor. Der „Prozeß der Vermassung bei allen Ständen und auch bei den Hochschullehrern“ wäre laut Büdel halb so schlimm, wenn nicht

„alle Produzenten- und Händlerberufe bis herab zum kleinsten Gewerbetreibenden unter dem Zeichen des Wirtschaftswunders den Hochschullehrer ebenso überrundet hätten, wie es die Ministerialbürokratie verstanden hat.“³¹

Leicht könnte man diesen Brief als Standpunkt eines einzelnen Professors deuten und zu den Akten legen, doch ist die Unsicherheit bemerkenswert, die er beim Präsidenten des Hochschulverbandes hervorrief, der daraufhin eine Umfrage unter Kollegen einleitete. Diese bestätigte deren große Unzufriedenheit über die Besoldung.³² In der Richtung stimmte die Verbandsleitung zudem mit Büdel überein, nur nicht mit dessen Vehemenz und Aufforderung zum Kampf. An dieser Stelle wird zudem deutlich, dass der Vorstand die Befindlichkeit der Mitglieder nicht immer einzuschätzen wusste.

Aus dem Brief geht des weiteren hervor, dass sich die Hochschullehrer nicht nur in Beziehung zur Ministerialbürokratie setzten und ihr gegenüber einen Einkommens- und Statusverlust erkannten, sondern auch zur Allgemeinheit und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Stichworte wie Vermassung und Massendemokratie fielen dabei und verdeutlichen, dass ein Teil der Unzufriedenheit mit der Lage des eigenen Standes daraus resultierte, dass man sich innerhalb der Demokratie als kleine Interessengruppe verhältnismäßig machtlos einschätzte und die negative finanzielle Entwicklung nicht zuletzt darauf zurückführte. In diesem Sinne erhob der Verbandsvorsitzende in einem Artikel den Vorwurf, die negative Einkommensentwicklung finde „in-

³¹ Alle Zitate aus dem Brief Julius Büdels an Felgentraeger v. 25.6.1959, in: BA B380/15.

³² Niederschrift Gesprächsgruppe II am 4. Juli 1960, in: ZZBW/FZ 209/2, Bd. 2, Bl. 86.

mitten einer sonst wirtschaftlich blühenden Umgebung“ statt, innerhalb derer die Hochschulen „veröden“.³³

Schon in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 3.7.1952 hatte die Überschrift: „Vermassung. Arbeiter verdient mehr als Freiberufler oder Lehrer“ in die gleiche Richtung gewiesen, auch wenn der darunter stehende Artikel über eine Rede des Bundeskanzlers in der Frankfurter Universität lediglich auf Adenauers Appell einging, wieder eine „Schicht von Gebildeten zu schaffen“, wobei dieser vor allem junge Lehrer und Freiberufler genannt hatte. In Zeiten, wo Prestige „mehr denn je“ vom Anzug abhängt, den „sich nicht mehr alle Gebildeten leisten könnten“, habe der Kanzler wohl sein „Interesse an jenen Menschen und Berufsschichten“ zeigen wollen,

„die heutzutage im Zeitalter der Massendemokratie und der massiven Interessenvertretungen von Natur aus schwach sein müssen, weil sie sich nicht zu Zusammenschlüssen eignen und weil sie zu aufgespalten sind, um in Organisationen erfaßbar zu sein.“³⁴

Das Gefühl der Akademiker, hinter der Masse zurückgeblieben zu sein, beschränkte sich weder auf Julius Büdels Phantasie noch auf den Hochschulverband. Dies aufgreifend verwies Ralf Dahrendorf 1958 auf die Studie des Soziologen Janowitz über soziale Mobilität und Schichtung:

„Heute ist zumal in mittelständischen Kreisen das ebenso selbstgefällige wie falsche Vorurteil weitverbreitet, daß Arbeiterlöhne in der Regel über Angestellten- und Beamtengehältern liegen.“³⁵

Innerhalb der Verbandsführung fand entgegen aller Beschwerden über die ‚stille Besoldungsreform‘ die Meinung keine Zustimmung, dass die Professoren auf eine mittlere Position abgesunken seien, wie die Fragezeichen am Rande von Büdels Brief verdeutlichen. Dem bürgerlichen Dasein der ehemals „Dienstboten haltende[n] Klasse“, deren Bürgerlichkeit sich nicht zuletzt durch die von der Erwerbsarbeit entlasteten Ehefrauen auszeichnete, die sich ganz der Familie und der Dienstbotenunterweisung widmeten, trauerte jedoch nicht nur Büdel nach, wie am Nivellierungs- und Vermassungsdiskurs unschwer zu erkennen ist.³⁶

Der Gehalts- und Statusverlust des Ordinarius wurde in seinen vielfältig negativen Auswirkungen auf die Qualität der Hochschulen und daraus folgend für die Allgemeinheit diskutiert. Nicht zuletzt die Rolle der Universitäten als „Schrittmacher der kulturellen und zivilisatorischen Entwicklung“ stand auf dem Spiel. Dabei veränderten sich die Argumentationslinien in den folgenden zwei Jahrzehnten nicht, und die Hochschullehrer verknüpften ihre Interessen immer mit dem Gemeinwohl. Nicht „Eigennutz“, so betonte Wilhelm Felgentraeger 1953, „sondern die Sorge um die Hochschulen selbst“ leite die Arbeit des Hochschulverbands.³⁷ Diese Argumentation stellte die negativen Folgen des sozialen Absinkens der Hochschullehrer für die Hochschulen, ge-

³³ Felgentraeger, ‚Zur wirtschaftlichen Lage‘, die folgenden Zitate S. 7.

³⁴ Bericht über die Rede des Bundeskanzlers in der Frankfurter Universität, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung v. 3.7.1952; von Karl Korn, in: BA B106/1282.

³⁵ Dahrendorf, *Arbeiterkinder*, S. 16. Dass dies nur in Ausnahmefällen zutraf, entnahm er den von Morris Janowitz, ‚Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland‘, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 10.1958, S. 1-38, in Tabelle 15, S. 27 zusammengestellten Daten zur Einkommensverteilung nach sozialen Schichten in Westdeutschland 1955, nach der die Einkommen von oberer Mittelschicht bis unterer Mittelschicht stark voneinander abwichen.

³⁶ S. dazu auch Michael Schäfer, *Bürgertum in der Krise. Städtische Mittelklassen in Edinburgh und Leipzig von 1890 bis 1930*, Göttingen 2003, S. 132.

³⁷ Diese Formel wurde in den folgenden Jahren beibehalten, vgl. Wilhelm Felgentraeger, ‚Zur wirtschaftlichen Lage der Hochschullehrer‘, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. II, Nr. 1, April 1953, S. 6-10, hier S. 6.

nauer für die Studenten und für die Forschung und darüber für die Zukunft der Gesellschaft in den Vordergrund.

Der Qualitätsverlust treffe neben den Studenten und dem wissenschaftlichen Nachwuchs, auf den weiter unten gesondert eingegangen wird, vor allem die Forschung. So müssten jene Projekte aufgegeben werden, die Professoren früher persönlich finanziert hatten. Diese müssten darüber hinaus auf Fortbildungen verzichten, so dass immer weniger mit wissenschaftlichen Spitzenleistungen zu rechnen sei. Ausgaben, die der Hochschullehrer „früher im Interesse der Wissenschaft und zur Förderung seiner Studenten zu machen pflegte,“³⁸ entfielen und mit ihnen die früher von den Professoren getragenen geselligen Zusammenkünfte von Assistenten und Studenten, einem „der wichtigsten Bildungsfaktoren für den Nachwuchs“. Tagungen im Ausland könnten nur noch besucht werden, wenn die Gastgeber für die Reise und Unterbringung der deutschen Professoren sorgten. Diese Gastfreundschaft zu erwidern seien die deutschen Professoren indessen nicht mehr imstande.

Erschwert werde die wissenschaftliche Leistung durch die finanziell bedingten und zunehmenden Nöte der Hochschullehrer. Die Sorge um die zur großen finanziellen Belastung gewordene Bildung der eigenen Kinder und das individuelle Freizeitverhalten wurden als Hemmnisse für die professoralen Leistungen in die Waagschale geworfen. Die für die Produktivität der unter Anspannung arbeitenden Hochschullehrer wichtige „ausreichende Entspannung“ sei bei „so stark abgesunkenem Realeinkommen“ nicht mehr möglich. Auch würden die Hochschullehrer aufgrund des geringen Einkommens Kraft für Nebentätigkeiten aufbringen, die dann der Wissenschaft fehle.³⁹ Diese Argumentation von Anfang der fünfziger Jahre erinnert frappierend an Ernst Schultzes Diagnose aus den zwanziger Jahren und fügt sich damit in die Tradition des bildungsbürgerlichen Krisendiskurses ein:

„Auf Schritt und Tritt sieht sich der Gelehrte in seiner Arbeit gehemmt. Er kann sich nicht mehr die nötigen Bücher von den Bibliotheken beschaffen, geschweige denn selbst kaufen. Wissenschaftliche und Erholungsreisen, wie er sie braucht, um frisch zu bleiben und neue Anregungen auf sich wirken zu lassen, sind ihm beinahe ganz verwehrt. Meinungsaustausch und persönliche Fühlung mit auswärtigen Fachgenossen werden ihm fast unmöglich. Hilfsarbeiter, Schreibkräfte, Stenographinnen kann er von seinem Gehalte nicht mehr bezahlen. Er wird ein rechter Proletarier.“⁴⁰

Die Betonung lag bei der Klage über das Elend der Gelehrten immer auf ihrer Leistungsfähigkeit und damit auf den Folgen für die Qualität der Wissenschaft, die von ihrer finanziellen Misere ausgingen. Zwar betonte der Hochschulverband, die Besoldung sei nicht der einzige Faktor, zumal der Hochschullehrerberuf „Begabung, innere Berufung und unermüdliche Anstrengungen“ und die Tätigkeiten „ungewöhnlich hohe Kräfte und Selbstverleugnung“ voraussetzten,

„[a]ber auch für das Wirken des Hochschullehrers bedarf es [...] der sozialen Anerkennung, wie sie in der Besoldung zum Ausdruck kommt, eines gehobenen Lebensstandards und wirtschaftlicher Sorgenfreiheit und der pekuniären Bewegungsmöglichkeit,

³⁸ Wirtschaftliche Lage der Lehrstuhlinhaber. Entschließung des 3. Hochschulverbandstages in Stuttgart 1953.

³⁹ Felgentraeger, ‚Zur wirtschaftlichen Lage‘, S. 9f.

⁴⁰ Zitat aus Ernst Schultze, *Not und Verschwendung. Untersuchungen über das deutsche Wirtschaftsschicksal*, Leipzig 1923, S. 340, zitiert nach Schäfer, *Bürgertum in der Krise*, S. 325.

die es dem Hochschullehrer erlaubt, freiwillig und mit eigenen Mitteln Aufgaben zu übernehmen.“⁴¹

Schließlich wurde über die Universität hinausgehend und gesellschaftspolitisch argumentiert, dass der Einbruch im Gehalt und Status der Ordinarien diese daran hindere, ihrer für die Gesellschaft außerordentlich wichtigen Vorbildfunktion nachzukommen. Zu dieser zähle die Verpflichtung, als Akademiker einen gewissen Lebensstil zu verkörpern, welcher der genormten Massenwelt menschliche Züge bewahre. Die diese Züge konstituierende Bürgerlichkeit – die Freiheit von Unbildung, die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen, die Vermittlung kultureller Werte im Gegensatz zu materiell verwertbarer Bildung, Einsicht, Freiheit, Überlegenheit – war nur unter der Bedingung finanzieller Sorglosigkeit möglich. Darin gleiche der Hochschullehrer dem Richter, der ebenso, auch finanziell, vollkommen unabhängig sein müsse.⁴²

Lebensstil und Freiheit der Akademiker wurden indessen nicht immer direkt mit finanzieller Unabhängigkeit übersetzt, sondern auch am Wesen der höheren Bildung festgemacht, die geistige Unabhängigkeit erst ermöglichte. Im Juni 1957 hielt Werner Weber⁴³ in seiner Funktion als Rektor der Universität Göttingen eine Rede vor der Hauptversammlung des Philologenverbandes. Seine Rede wurde ausführlich in einem Bericht der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung zitiert. Unter der Überschrift „Die Verpflichtung der Akademiker“ betonte Weber, dass die große Zahl der Akademiker, die Zugang zu den freien Berufen und der Wirtschaft suchten, in ihren Berufen einer Verantwortung besonderer Art begegneten. Diese besondere Verantwortung verknüpfte Weber mit der Notwendigkeit eines entsprechenden Lebensstils:

„Die höhere Verantwortung der Träger akademischer Berufe [...] zieht zwangsläufig und berechtigtermaßen nach sich, daß man von den Akademikern auch im Lebensstil ein Beispiel erwartet. Für die rechte Erfüllung der Berufsaufgaben der Akademiker und für ihre stilbestimmende Rolle hängt deshalb Entscheidendes davon ab, mit wieviel sicherer Freiheit sie im Leben stehen, was sie an Lebenswerten verkörpern und ob sie in

⁴¹ Denkschrift zur Besoldung der Hochschullehrer, v. 13.3.1957, S. 2f., in: BA B380/15.

⁴² Ebd.

⁴³ Werner Weber war bis 1961 nicht Vorstandsmitglied des Deutschen Hochschulverbandes, jedoch innerhalb des Verbandes in Konventen und als Gutachter tätig und leitete den Sonderausschuss, der die Vorarbeiten für ein neues Hochschullehrergesetz durchführte und diese den Kultusministern der Länder zur Veränderung ihrer Beamtengesetze zur Verfügung stellte; er beeinflusste die Verbandspolitik vor allem als Vertrauter Felgentraegers, der ihn regelmäßig um Rat in Fragen der Verbandsleitung ersuchte, so dass er als Graue Eminenz im Hochschulverband bezeichnet werden kann. Werner Weber, Jg. 1904, Wülfrath im Rheinland, Sohn eines Konrektors einer Schule; Realgym. Studium Marburg, Berlin u. Bonn; 1930 Promotion bei Carl Schmitt, anschließend bis 1937 Gerichtsassessor preußisches Kultus- und später Reichserziehungsministerium; 1930 Lehrauftrag, 1935 o.Prof. f. ö. Recht, Universität Berlin; 1942 Leipzig; keine Angaben über 1945 ff.; seine Schüler schrieben dazu in der ihm zu Ehren herausgegebenen Festschrift, dass Weber „trotz der Widrigkeiten der Jahre 1945-48 bedeutende wissenschaftliche Beiträge veröffentlicht“ habe. Aus den Jahren im Ministerium hatte Weber nach 1945 noch Kontakte zu Personen, die laut Bauer teilweise „in der Bundesrepublik wieder wichtige Funktionen im Hochschulbereich innehatten“, so dass Weber für den Hochschulverband auch in dieser Hinsicht wertvoll war; 1949 Prof. Göttingen, dort 1956-1958 Rektor; langjähriges Mitgl. Staatsgerichtshöfe Bremen u. Niedersachsen; 1963 Sprecher Vereinigung d. dt. Staatsrechtslehrer; zusammen mit Felgentraeger Klassensekretär Akademie für Deutsches Recht; 1. Mai 1933 Eintritt NSDAP; 1969 Großes Bundesverdienstkreuz; Rotarier; vgl. zu Webers Rolle während des NS: Bauer, *Hochschulverband*, S. 89f., Fußnote 165, S. 91f. u. S. 98; Erich Stockhorst, *5000 Köpfe. Wer War Was im 3. Reich*, Kiel 1985, S. 439; *Wer ist Wer*, 1969/70; Hans Schneider und Volkmar Götze, *Im Dienst an Recht und Staat. Festschrift für Werner Weber zum 70. Geburtstag*, dargebracht von Freunden, Schülern und Kollegen, Berlin 1974, Zueignung, S. 5-7; *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, S. 362; nach *Wer ist Wer*, 1962 war Weber auch im Jahr 1949 Rektor in Göttingen; *Who's Who in Germany*, 1974; „Die Neuordnung des Hochschullehrerbeamtenrechts kommt!“, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. II, Nr. 6, Juli 1954, S. 3-10, hier S. 4.

unserem Dasein in der genormten Massenwelt des industrialisierten Sozialstaats kraft ihrer Einsicht und Überlegenheit noch die menschlichen Züge zu bewahren wissen.“⁴⁴

Die Dimension von Freiheit als materielle Unabhängigkeit erwähnte Weber hier nicht direkt, doch liegt dieser Aspekt nah, zieht man Webers wiederholt deutliche Worte hinsichtlich der Besoldung heran. Obwohl er in dieser öffentlichen Rede eher vage „im Lebensstil ein Beispiel“ geben und „stilbestimmende Rolle“ anführte und von „sicherer Freiheit“ und „Lebenswerten“ sowie „menschlichen Züge[n]“ in „der genormten Massenwelt“ sprach, wurde er anschließend deutlicher. Denn zur Bewahrung der menschlichen Züge gehöre die „Freiheit von der Enge der Unbildung und Halbbildung“ sowie die Fähigkeit, Zusammenhänge erkennen zu können und „die Leistungen anderer zu würdigen“. Bildung zur Vermittlung kultureller Werte im Gegensatz zu materiell verwertbarer Bildung solle deshalb die Unterrichtspläne an den Schulen bestimmen.⁴⁵

Wissenschaftlicher Nachwuchs und die Anziehungskraft des Ordinariats

Der Verband verstand sich zuweilen als Sprachrohr des wissenschaftlichen Nachwuchses, ohne diesem die Mitgliedschaft zu gewähren und repräsentierte ihn somit nur indirekt. Dennoch verknüpften die Vertreter der Ordinarien und Nicht-Ordinarien ihre eigenen finanziellen Forderungen eng mit Nachwuchsfragen. Der potentielle Nachwuchs unterwerfe sich freiwillig den „härtesten Bedingungen und größten Risiken“. Voraussetzung dafür sei das Wissen, „daß die von ihm angestrebte Stellung eines Hochschullehrers ihre soziale Anerkennung finde.“ Bei Absinken des Professorenstandes verliere der Beruf für den Nachwuchs an Anziehungskraft und schrecke „die besten jungen Kräfte“ von den Hochschulen ab. Im „Interesse der Allgemeinheit“ setzte sich der Verband deshalb „gegen alle Nivellierungsbestrebungen“ und für den Erhalt der Stellung der Ordinarien ein.⁴⁶

Darin, dass es in einigen Fächern gegenwärtig schon nahezu unmöglich sei, vakante Lehrstühle zu besetzen, wurde ein gesamtgesellschaftliches Problem erkannt: Nachwuchsprobleme führten zwangsläufig zum Leistungsabfall der Hochschulen, die in der Folge ihren gesellschaftlichen Aufgaben nicht mehr gerecht werden könnten.

„Das ganze öffentliche Leben ist von einer solchen Entwicklung auf das stärkste betroffen, da von der Qualität der akademischen Lehrer der Bildungs- und Ausbildungsstand des zukünftigen Akademikers und von den Leistungen der Hochschulforschung der Stand der geistigen Bildung und der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung des gesamten Volkes abhängen.“⁴⁷

Aus diesem Grunde betrachteten die Professoren es nicht als eigennützige Interessenpolitik, wenn sie sich für den Erhalt ihrer finanziellen Stellung und ihres Status in der Gesellschaft stark machten. Vielmehr, so Gerd Tellenbach,⁴⁸ habe der Hochschulverband die Interessen der Hoch-

⁴⁴ *Hannoversche Allgemeine Zeitung* v. 27.6.1957, S. 15, in: BA B380/13.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ 1. Hochschulverbandstag. Sitzungsniederschrift, Bl. 42, S. 1f.

⁴⁷ Nachwuchsfragen. Entschliebung des 3. Hochschulverbandstages in Stuttgart, am 28. Juni 1953, Anlage 3 zu Punkt III, 1 der Niederschrift (3. Hochschulverbandstag), Bl. 19, S. 1f., alle Zitate auf S. 1, in: ZZBW/FZ 55 AZ Vorakten 6.

⁴⁸ Gerd Tellenbach war seit 1951 im Deutschen Hochschulverband aktiv, dessen Vorstand gehörte er von 1950 bis 1955 und von 1959 bis 1961 an. Gerd Tellenbach, Jg. 1903, geb. in Groß-Lichterfelde bei Berlin, Sohn eines Offiziers; Studium München u. Freiburg/Br., dort 1926 Promotion bei Georg von Below; 1928-1933 Mitarbeiter

schullehrer nie als reine Standespolitik, sondern immer „unter dem Horizont des allgemeinen Interesses diskutiert“, auch wenn es um die schwierige Lage der Hochschullehrer ging.⁴⁹ Schließlich traten sie nicht für „eine unangemessene Bevorzugung der Hochschullehrer“ ein, sondern dafür, „Spitzenkräfte für die Hochschulen“ gewinnen und halten zu können.⁵⁰

Zu den besonderen Leistungen, welche ein Anwärter auf eine Professur zu meistern hätte, zählten die Professoren neben dem besonderen Ausweis von Allgemeinbildung, Fachwissen und der „Beherrschung der Forschungsmethoden“, Charaktereigenschaften wie „Einfallsreichtum, Erkenntnisstreben, Zuverlässigkeit, vorbildliche menschliche Haltung“ und pädagogische Fähigkeiten.⁵¹ Nur die besten Studenten würden in den engeren Kreis des Professors gewählt, und ebenso schafften es nur die Besten, Assistent zu werden. Doch der Hochschullehrerberuf werde für die in „Betracht kommenden Nachwuchskräfte“, so fürchteten die Professoren, „nicht mehr erstrebenswert“ sein.⁵² Denn

„das Leitbild des Ordinarius und damit auch seine besoldungsrechtliche Stellung [seien] von ausschlaggebender Bedeutung für die Gewinnung von Nachwuchs.“⁵³

Gerade die potentiellen Nachwuchskräfte könnten aufgrund „ihrer hohen Qualität auch andere günstige Berufsaussichtungen in Erwägung ziehen“. Dagegen gingen sie das Risiko ein, im Laufe der für die Wissenschaft notwendigen „Spezialausbildung“ den Anschluss an andere Berufe zu verlieren.⁵⁴

Auf der Hochschulkonferenz 1952 in Hinterzarten wurden die Auswirkungen der überfüllten Hochschulen auf den Nachwuchs diskutiert.⁵⁵ Am Beispiel seines jüngst habilitierten Schülers und Mitarbeiters verdeutlichte Tellenbach, wie sehr der Nachwuchs unter der Lehr- und Betreuungspflicht litt. Der Betroffene „liest jetzt vor 200 Hörern, übt mit 120 Teilnehmern und hält vielbesuchte Sprechstunden ab.“ Diese außerordentlich große Belastung, verstärkt durch die für das historische Seminar zu erledigenden Aufgaben sowie die langwierige Hochschullehrerlaufbahn erschwerten die Rekrutierung, da die Begabten außerhalb der Universität sehr viel schneller attraktive Positionen erhielten. Die Position des Hochschullehrers in der überfüllten Hochschule

Preuß. Hist. Institut Rom; 1933 Habilitation, Heidelberg, anschließ. Dozent u. Privatdozent; 1938-1942 o.Prof. mittelalterl. Geschichte, Gießen; 1942-1944 Münster; 1944 Freiburg/Br.; 1962-1972 Direktor DHI Rom; 1949/50 u. 1957 (als Felgentraeger u. Coing Ehrensenatswürde der Universität Freiburg erhielten) Rektor Freiburg; 1949-1958 Mitglied Senat DFG; 1957-1964 Mitglied Wissenschaftsrat; 1959 Präsident WRK; Direktor Hist. Kommission d. Bayer. Akademie d. Wissenschaften; korrespondierendes Mitglied Bayerische Akademie der Wissenschaften, Historische Kommission von Hessen und Waldeck, Kommission für geschichtliche Landeskunde von Baden und Württemberg u. Società Italiana Di Storia; *Ebrungen*: 1960 Ehrendoktor Löwen u. Glasgow; 1968 Gr. Bundesverdienstkreuz mit Stern; Komturkreuz Verdienstorden d. Ital. Republik; *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom; vgl. *Wer ist Wer*, 1950; Tellenbach, *Aus erinnerter Zeitgeschichte*, S. 42 u. S. 59; ‚Mitglieder des Wissenschaftsrates‘, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Juli-September 1958. *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. XI, Nr. 5, September 1963, S. 187f., hier S. 188f.; Bauer, *Hochschulverband*, S. 119, F. 79; *Kürschners*, 1976 u. *Munzinger Archiv*, CD-Rom.

⁴⁹ Gerd Tellenbach, *Der Hochschullehrer in der überfüllten Hochschule*, Vortrag gehalten anlässlich des 9. Hochschulverbandstages in München am 27.6.1959, Göttingen 1959, S. 1-13, hier S. 1f., Zitat S. 2.

⁵⁰ Niederschrift der 19. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 26.5.1956 in Aachen, Punkt 2.

⁵¹ Ebd.

⁵² *Probleme der deutschen Hochschulen. Die Empfehlungen der Hinterzartener Arbeitstagungen im August 1952*, mit einer Einleitung von Prof. Dr. Gerd Tellenbach, Freiburg, Göttingen 1953, S. 23.

⁵³ Denkschrift zur Besoldung der Hochschullehrer, v. 13.3.1957.

⁵⁴ Nachwuchsfragen (3. Hochschulverbandstag), Bl. 19, alle Zitate auf S. 1.

⁵⁵ *Probleme der deutschen Hochschulen*, S. 23.

schmälere die Attraktivität dieses Berufs und verschärfe die Gefahr der Abwanderung.⁵⁶ Daher sollten die Assistenten und Privatdozenten die Möglichkeit erhalten, selbständig zu forschen und dafür von anderen Aufgaben freigestellt werden.⁵⁷

Gleichwohl wurde kaum ernsthaft die Möglichkeit in Erwägung gezogen, durch eine Aufstockung von Lehrstühlen wie von Nachwuchs- oder Planstellen der „Überfüllung“ Herr zu werden. Ideen zur Vermehrung des Lehrpersonals wurden bewusst als inadäquate Instrumente verworfen. So kommentierte Werner Weber nach der Hinterzartener Tagung, „die beamtenmässige Unterbringung“ von „steckengebliebenen Nichtordinarien“ habe „doch auch ihre grossen Schattenseiten.“ Planstellen im Mittelbau sicherten minder Begabten eine feste Stelle an den Universitäten, und verstössen damit gegen das Gebot, ausschließlich die Besten zu fördern. Die Ursache für den nicht unterkommenden Hochschullehrernachwuchs sah er darin, dass zu viele ungeeignete Nachwuchswissenschaftler habilitiert würden, die offensichtlich nie einen Lehrstuhl erhalten würden. Die „Schaffung von Planstellen für alle diese aussichtslosen akademischen Existenzen“ in Form von Wissenschaftlichen Ratsstellen hielt Weber für verfehlte Politik, die „einer zweiten und dritten Garnitur in breiter Weise ein akademisches Dauerheimatrecht“ gewähre. Im Gegensatz dazu müsse die Auslese „hart und streng“ sein.⁵⁸

Da einerseits die Lehrstühle nicht vermehrt werden sollten, „schon um die Verantwortung in einer Hand zu belassen“, andererseits aber die gewachsenen Anforderungen in Forschung und Lehre nicht mehr zu bewältigen seien, gab es für Felgentraeger jedoch keine Alternative zur Schaffung wissenschaftlicher Ratsstellen, obwohl er hinsichtlich der falschen Habilitationspolitik mit Weber übereinstimmte.⁵⁹ Vier Jahre später, 1956, entschied sich der Hochschulverbandstag allerdings erneut gegen Planstellen, mit der Begründung, Hochschullehrer sollten nicht zu Laufbahnbeamten gemacht werden. Wenn der Assistent nicht durch seine Habilitation automatisch zum ordentlichen Professor berufen würde, so drücke dies „das Moment der persönlichen Leistung“ aus, das die Professoren nicht „in einem die Qualität des Hochschullehrerstandes gefährdenden Maße“ auszuhebeln bereit seien.⁶⁰ Letztlich nahmen die Professoren die überfüllte Hochschule damit in Kauf, sperrten sich gegen eine Vermehrung der Stellen, die das System der Hochschulen zu verändern drohte, und kamen damit dem Bildungsdrang der breiten Bevölkerung nicht entgegen. Gleichwohl blieb ihre Haltung ambivalent. So beschlossen die Gesprächsgruppen II „Wissenschaftliche Hochschulen und Nachwuchs“ und III „Wissenschaftsfinanzierung“ des GKWW 1958 zwar, gemeinsam eine Entschliessung zu erarbeiten, aus der das „Nahziel“ hervorgehen sollte, „in einem Zeitraum von fünf Jahren mindestens eine Verdoppelung der Lehrkräfte an den Universitäten“ zu erreichen.⁶¹ Doch weder die erste noch die zweite Entschliessung des Gesprächskreises, die beide die Wiederherstellung einer angemessenen Zahlenrelation zwischen Lehrern und Studenten thematisierten und in diesen Zeitraum fallen, erwähnten die Erhöhung der Lehrkräfteanzahl. Dem Redaktionsteam gehörten auch DHV-Vertreter an.⁶²

⁵⁶ Tellenbach, *Der Hochschullehrer in der überfüllten Hochschule*, S. 17f., Zitat S. 17.

⁵⁷ Nachwuchsfragen (3. Hochschulverbandstag).

⁵⁸ Weber an Felgentraeger v. 23.8.1952, in: BA B380/13.

⁵⁹ Felgentraeger an Weber v. 25.8.1952, in: BA B380/13.

⁶⁰ Denkschrift zur Besoldung der Hochschullehrer, v. 13.3.1957.

⁶¹ Ergebnissniederschrift Zusammenkunft Gesprächsgruppen II und III, 17.4.1958, in: ZBBW/FZ 177/4, Bl. 18.

⁶² Vgl. ‚1. Entschliessung. Relation Dozent/Student‘ v. Mai 1958 u. ‚2. Entschliessung. Wissenschaftsfinanzierung‘,

Anscheinend schreckte mancher Nachwuchswissenschaftler weniger vor der vermeintlich schlechten Stellung des Ordinarius als vor seiner eigenen Bezahlung zurück. Diese Perspektive geht aus einem 1952 verfassten Brief des Ingenieurs Hermann Stützel an Bundeskanzler Adenauer hervor. Stützels Sohn hatte in Tübingen Volkswirtschaft studiert und war mit Auszeichnung promoviert worden. Er genieße „trotz seines jugendlichen Alters“ in der Fakultät „ziemliches Ansehen“. Der Tübinger Rektor Thielicke habe ihn sogar „vor einiger Zeit als den begabtesten Studenten der Universität bezeichnet.“ Zudem habe ihm die Fakultät „dringend nahe gelegt“, die Hochschullaufbahn einzuschlagen, „und da er gute pädagogische Anlagen hat, wäre er nicht abgeneigt“. Der Erfolgsgeschichte dieses jungen Volkswirt stand nun nicht etwa das potentielle Ordinariatenentgelt im Wege. Vielmehr verdienten „andere junge Leute, die sich mühsam durchs Examina geschleppt“ hatten, nun „irgendwo in der freien Wirtschaft“ zwischen 2000 und 2400 DM. Die Bezahlung der jüngeren Dozenten machte hingegen nur einen „Bruchteil dieser Beträge“ aus.⁶³

Nun überlege sein Sohn, ob er unter diesen Umständen „der Wissenschaft weiterhin dienen soll“. Am Ende tat er dies übrigens, nachdem er drei Jahre bei der Berliner Bank und ein Jahr als Abteilungsleiter bei der Deutschen Bundesbank tätig gewesen war – berufliche Umwege, die zum einen illustrieren, welch beachtliche Karriere aus der Hochschule heraus und wieder in sie hinein entgegen der herrschenden Meinung möglich war und zum anderen, dass die Hochschulkarriere aus der Wirtschaft heraus Stützel letztlich doch reizvoll genug erschien, trotz vermutlicher Gehaltseinbußen.⁶⁴ Groß sei die Gefahr, appellierte sein Vater dagegen weiter an den Kanzler, dass die schlechte Bezahlung der Hochschullehrer gerade die tüchtigen Menschen der Wirtschaft zuspiele.⁶⁵ Die Antwort aus dem Bundesinnenministerium war zustimmend, mit Verweis auf die Zuständigkeit der Länder in Bildungsfragen jedoch unverbindlich.

„Mit den Kultusministerien der Länder bin auch ich der Auffassung, daß die geistige Arbeit – insbesondere auch die wissenschaftliche Arbeit – in keinsten Weise ihrer Bedeutung entsprechend honoriert wird.“⁶⁶

Das Nachwuchsproblem bestand aus der Sicht der Professoren aber eher darin, dass es zum einen nicht ausreichend herausragende Bewerber für eine Hochschulkarriere gab, dass zum anderen wiederum nicht genügend Stellen für den Nachwuchs zur Verfügung standen, was sie aufgrund der zu bewahrenden Universitätsstruktur jedoch nicht ändern wollten.

Verschärft wurde die Lage durch die Ansprüche derer, die während oder nach dem Nationalsozialismus ihre Lehrstühle verloren hatten. Die 1933 aus „rassischen“ und politischen Gründen aus den Universitäten Verdrängten wurden unter Paragraph 131 des Grundgesetzes mit Professoren in eine Kategorie zusammengefasst, die ihre Lehrstühle durch Entnazifizierung oder Flucht aus den östlichen Gebieten verloren hatten. Dieser Paragraph löste in den fünfziger Jahren stürmische Debatten aus, weil er die Entnazifizierten durch ihre Einstufung als „verdrängt“ bewusst

in: *Entschließungen 1957-1966*, hg. v. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Essen, o.J., S. 10.

⁶³ Brief Dr. Ing. Hermann Stützel an Bundeskanzler Dr. Adenauer v. 11.10.1952, in: BA B106/1283.

⁶⁴ Dr. rer. pol. Wolfgang Stützel, Jg. 1925, Sohn d. Tonwarenfabrikanten Hermann Stützel; 1952 Promotion, 1957 Habilitation in Tübingen; 1953-1956 Berliner Bank; 1957-1958 Abteilungsleiter Deutsche Bundesbank; 1958 o.Prof. f. Betriebswirtschaftslehre in Saarbrücken; s. dazu *Wer ist Wer* 1962.

⁶⁵ Brief Stützel an Adenauer.

⁶⁶ Brief MR Dr. Kipp an Hermann Stützel v. 31.11.1952, in: BA B106/1283.

dem öffentlichen Blick entzog. Das am 11. Mai 1951 verkündete Gesetz verpflichtete zudem zur Wiedereingliederung aller mindestens zehn Jahre im öffentlichen Dienst beschäftigten ehemaligen Beamten in einer ihrer Position bis 1945 gleichwertigen Stellung. Der Paragraph spiegelt somit die Prioritätensetzung der Regierung Adenauer auf Kontinuität wider, die sich auf öffentliche Unternehmen, Ministerien, den Justizapparat und nicht zuletzt auf die Universitäten erstreckte.⁶⁷

Durch diese Verpflichtung zur ‚Wiedereingliederung‘ in eine durch die Kriegsverluste geschrumpfte Universitätslandschaft hingen Nachwuchsfrage und Versorgungsprobleme eng mit den „131ern“ zusammen. Deren

„Unterbringung dürfe vor allem nicht auf Kosten des Nachwuchses gehen. Ein Stand, der keine ausreichende Nachwuchspflege betreibt, sei zum Absterben verurteilt.“⁶⁸

Deshalb sollten frei werdende Stellen nicht „aus karitativen Gründen“ besetzt werden, sondern ausschließlich leistungsgemäß, obwohl aus der gemeinsamen Verantwortung heraus die Wiedereingliederung oder finanzielle Entschädigung derer betrieben werden sollte, „die durch die Katastrophe von 1945 ihr Amt verloren haben.“⁶⁹ Zu diesen unter dem Stichwort „Standesprobleme“ zusammengefassten Fragen äußerte sich im Gründungsjahr Ludwig Raiser in der Deutschen Universitätszeitung.

Raisers Ausführungen sind zudem Ausdruck eines bürgerlichen Standesbewusstseins, das auf den Pfeilern Moral, Leistung und Auslese ruhte. So konstatierte er, dass

„ein Stand einen führenden Rang im Leben des Volkes auf die Dauer nur behaupten kann, wenn seiner geistigen, politischen oder wirtschaftlichen Leistung eine sittliche Haltung entspricht, auf die das Volk als auf ein Vorbild zu blicken bereit ist.“⁷⁰

Ein moralisches Problem für den ‚Professorenstand‘ habe immer schon die zwischen Ordinarien und Nichtordinarien bestehende Spannung dargestellt. Doch habe sie einen bitteren Beigeschmack erhalten, seit dieser ehemals die jungen (Nichtordinarien) von den alten (Ordinarien) Kollegen trennende Unterschied

„zum ökonomischen Gegensatz von ‚versorgt‘ und ‚unversorgt‘ mit allen seinen brutalen Konsequenzen für unser vermögenslos gewordenen Bürgertum geworden ist.“⁷¹

Die gemeinsame Vertretung der Standesinteressen von beiden Gruppen durch den Hochschulverband zeige jedoch, dass diese Spannung nicht zu einer Spaltung führe, die gemeinsam der „Gefahr“ der wirtschaftlichen „Aushungerung des Nachwuchses“ begegnen wollten. Mit dieser Begründung lehnte er Ansprüche auf Wiedereingliederung in den Lehrkörper ab. Das „Versorgungsprinzip“ dürfe nicht auf Kosten der „Leistungsauslese“ gehen. Vielmehr seien alle Wieder-

⁶⁷ Vgl. Curt Garner, ‚Public Service Personnel in West Germany in the 1950s: Controversial Policy Decisions and their Effects on Social Composition, Gender Structure, and the Role of Former Nazis‘, in: *West Germany under Reconstruction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*, hg. v. Robert G. Moeller, Ann Arbor 1997, S. 135-195, hier S. 139f u. S. 158f.; zur Wiedereinsetzung ehemaliger NS-Justizbeamter s. Annette Weinke, „Alliierter Angriff auf die nationale Souveränität? Die Strafverfolgung von Kriegs- und NS-Verbrechen in der Bundesrepublik, der DDR und Österreich“, in: *Transnationale Vergangenheitspolitik*, hg. v. Norbert Frei, Göttingen 2006, S. 37-93, hier S. 48 u. 50.

⁶⁸ 1. Hochschulverbandstag in München. Sitzungsniederschrift, Bl. 54, S. 22

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ludwig Raiser, ‚Standesprobleme‘, in: *Deutsche Universitätszeitung*, 6.1951, Nr. 11, 8. Juni 1951, S. 3-4, hier S. 3.

⁷¹ Ebd.

eingliederungsansprüche in Konkurrenz zum wissenschaftlichen Nachwuchs zu prüfen. Für die „amtsverdrängten“ Hochschullehrer gelte die Regel des Leistungswettbewerbs umso mehr, denn die „Amtsverdrängungen“ hätten nicht erst 1945 eingesetzt. Ebenso wenig Berechtigung, sich „politisch rein zu fühlen“, hätten die an den Universitäten verbliebenen Hochschullehrer. Das an den Hochschulen nach 1933 geschehene „Unrecht“ habe die „Selbstachtung des deutschen Hochschullehrers erschüttert und der Ehre seines Standes eine Wunde geschlagen“, von der man sich erst langsam wieder erholen könne – „mehr schweigend als redend.“⁷² Über den Nationalsozialismus wurde im Verband zumindest offiziell in der Tat geschwiegen.

Ideal und Wirklichkeit des Studiums im Angesicht des Massenandrangs

Trotz geringer Begeisterung über die als Masse empfundene Studentenflut stemmten sich die Professoren nicht gegen den Bildungswunsch der Bevölkerung. Ihre Haltung war ambivalent. Dies könnte die Erklärung dafür liefern, dass sie einerseits häufig die sich verschlechternde Situation der Universität, den Verlust des Studienideals und die Geisteshaltung der Studenten beklagten, andererseits aber kaum Vorschläge zu einem besseren Umgang mit den Studenten oder einer Zugangsbegrenzung vorlegten, sondern gleichsam in einer Starre verharren. Ambivalent standen sie beispielsweise der Behauptung gegenüber, dass ein wachsender Bedarf an Akademikern herrsche. 1951 erklärte der Wirtschaftshistoriker Wilhelm Treue⁷³ in der Deutschen Hochschulzeitung die Warnung vor einem „akademischen Proletariat“ für unbegründet. Zwar stiegen die Studentenzahlen mit dem wachsenden Studienwunsch von Frauen und den unteren Schichten, doch käme dies keiner Krise gleich, wenn der mit dem Studium verbundene Anspruch auf höhere Berufe mit entsprechendem Status und Gehalt aufgegeben würde. Für die größere Studentenschaft müsse schlicht

„der Kreis der Berufe erweitert werden [...], für die ‚akademische Bildung‘ erwünscht ist und die nicht unter der Würde eines ‚akademisch Gebildeten‘ liegen“.⁷⁴

Dagegen akzeptierte Gerd Tellenbach in seiner Einleitung zur Veröffentlichung der Hinterzarter Empfehlungen den Bedarf an Akademikern, der dem universitären Massenandrang zugrunde lag, ebenso wie die Pflicht der Universitäten, nicht nur den Forschernachwuchs auszubilden, sondern darüber hinaus

⁷² Ebd., S. 4; vgl. sehr kritisch zum von Schweigen geprägten Umgang mit der NS-Vergangenheit des eigenen Standes am Beispiel der Schriften von Historikern nach dem Zweiten Weltkrieg: Nicolas Berg, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker*, Göttingen 2003. Eine aktivere Auseinandersetzung katholischer Studenten mit NS-Vergangenheit und Schuld, die zudem nicht von der Position eines Standes ausgingen, sondern sich aus einer generationellen Identität heraus der Bearbeitung dieses Themas verpflichtet sahen, zeigt Christian Schmidtman, *Katholische Studierende 1945-1973. Eine Studie zur Kultur- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Paderborn u.a. 2006, z.B. S. 48f. u. S. 97 auf. Heinz Bude verweist indessen unter Rückgriff auf Niklas Luhmann darauf, dass Schweigen nicht zwangsläufig als ein „Ungeschehen Machen“ der Vergangenheit interpretiert werden muss, sondern beispielsweise Raum für Heilung oder Raum für das Sprechen anderer lässt; vgl. Heinz Bude, *Bilanz der Nachfolge: die Bundesrepublik und der Nationalsozialismus*, Frankfurt 1992, S. 34f.

⁷³ Wilhelm Treue, Jg. 1909; 1935 Habilitation, 1945 Dozent in Göttingen, anschl. o.Prof.; Treue war Herausgeber von *Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie*; vgl. *Wer ist Wer*, 1962 und *Kürschners*, 1966.

⁷⁴ Wilhelm Treue, „Akademisches Proletariat?“, in: *Deutsche Universitätszeitung*, 6.1951, H. 19, S. 3-4, Zitate S. 4. Das Schlagwort vom „gebildeten“ und später „akademischen Proletariat“ kam bereits im späten 19. Jahrhundert auf in Zusammenhang mit der Sorge über eine zu hohe Studentenzahl ohne praktische Verwendung; s. Rudolf Vierhaus, „Bildung“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1, 1972, S. 508-551, hier S. 543.

„den ungeheuer vermehrten Bedarf der modernen Wirtschaft, Technik, Verwaltung und Volksbildung, der Justiz und des Gesundheitswesens an hochqualifizierten und leistungsfähigen Arbeitern zu decken.“⁷⁵

Da es sich hier um eine Veröffentlichung des Hochschulverbandes und um eine bedeutende, von vielen Professoren und Vertretern der Politik besuchte Konferenz handelte, dürfte eigentlich davon auszugehen sein, dass hier eine Konsensmeinung zum Ausdruck kam. Allerdings reagierte der Vorstand des Hochschulverbandes noch über zehn Jahre später sehr nervös auf ähnlich lautende Thesen des wirtschaftsnahen Parlamentariers Hans Dichgans.⁷⁶ Dessen „in sehr anschaulicher Weise“ dargestellten Thesen zur Verkürzung der Studiendauer hatte Felgentraeger im November 1963 in der „Gesprächsgruppe Kost“ gehört.⁷⁷ Zwar wurde Dichgans als Redner zum Hochschulverbandstag von 1964 eingeladen, doch beschloss der Vorstand im Vorfeld, einige Hochschullehrer sollten sich besonders gut vorbereiten, um dessen Thesen etwas entgegenzusetzen. Dazu wurde in der Vorstandssitzung bemerkt:

„Eine der Thesen von Dr. Dichgans laute: In der Bundesrepublik Deutschland sei eine bestimmte Anzahl von Akademikern erforderlich. Diesen Bedarf müßten die Hochschulen decken. Diese These sei ungeprüft und wahrscheinlich nicht zutreffend.“⁷⁸

Der Diskussion mit Dichgans auf dem Hochschulverbandstag wurde anschließend sogar ein Sonderheft der Mitteilungen gewidmet.⁷⁹

Ähnlich ambivalent war die Haltung gegenüber den zunehmenden Studentenzahlen. Grundsätzlich wurden, mit mangelnder Begeisterung, der Studienwunsch der breiten Bevölkerung als legitim hingenommen und das Prinzip der grundsätzlich allen Abiturienten offen stehenden Hochschule nicht ernsthaft in Frage gestellt. So verwies der Mediävist Hermann Heimpel⁸⁰ 1951 in der

⁷⁵ Gerd Tellenbach, ‚Einleitung‘, in: *Probleme der deutschen Hochschulen. Die Empfehlungen der Hinterzartener Arbeitstagungen im August 1952*, Freiburg, Göttingen 1953, S. 10.

⁷⁶ Hans Dichgans, Jg. 1907, Apothekersohn; Studium in Freiburg/Br., Paris u. Bonn, 1929 Promotion Rechtswissenschaften; 1933 Osthilfe, Stettin; 1934 Reichsbahndirektion Wuppertal; 1937 Leitung Eisenreferat beim Reichskommissar; nach 1945 Tätigkeiten bei versch. Wirtschaftsunternehmen; 1957 Mitgl. Beratender Ausschuß der Europ. Gemeinschaft für Kohle und Stahl; 1955 Vorsitz CDU-Bezirksgruppe Lohausen-Stockum; 1961-1972 MdB, mit bildungspolitischem Schwerpunkt; *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom.

⁷⁷ Niederschrift über die 49. Vorstandssitzung am 25.10.1963 in Bonn, Punkt 1 u. Niederschrift über die 50. Vorstandssitzung am 18.1.1964 in Frankfurt, Punkt 1.

⁷⁸ Niederschrift über die 51. Vorstandssitzung am 8.5.1964 in Frankfurt, Punkt 3.

⁷⁹ *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. 12, Sonderheft Juli 1964: ‚Die Aufgaben der Hochschule und die Hochschullehrer. Diskussion der Teilnehmer des 14. Hochschulverbandstages mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Dichgans‘.

⁸⁰ Hermann Heimpel, Jg. 1901; 1927 Habilitation in Geschichte; 1931 o.Prof. Freiburg/Br., 1934 Leipzig, 1941 Straßburg, 1946 ao.Prof., 1947 o.Prof. Göttingen; 1965 Kulturpreis Stadt Goslar; 1955-1971 Direktor MPI f. Gesch. Göttingen; *Mitgliedschaften*: Akad. Wiss. Göttingen, Heidelberg, Leipzig, Mainz; Bayer. Akad. Wiss., Wien MPG, Monumenta German. Hist., Hist. Komm. Bayer. Akad. Wiss., Inst. Öst Mitgl.; vgl. Kürschners, 1976, *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom, vgl. Hartmut Boockmann, *Der Historiker Hermann Heimpel*, Göttingen 1990, S. 18 zu Heimpels Zeit in Leipzig. Dazu Boockmann mit einem nicht (mehr) nachvollziehbaren Kommentar: An dieser damals in der Rangfolge weit vor Freiburg stehenden Universität habe man sich nach 1933 an einer fast normalen Universität wännen können, so lange man „den erzwungenen Exodus der jüdischen Gelehrten (...) und die Dekonstruktion der akademischen Selbstverwaltung“ zu verdrängen in der Lage war. Mit Heimpels 1953 beginnender Präsidenschaft, so Boockmann, begann die Institutionalisierung der WRK, deren erster und ab 1954 langjähriger ständiger Sekretär der Heimpel-Schüler Jürgen Fischer war; s. ebd., S. 31; kritisch zur als „apologetisch“ bezeichneten Würdigung Heimpels durch Boockmann und übergreifend zur diskutierten positiven Haltung Heimpels zum Nationalsozialismus s. Klaus P. Sommer, ‚Arnold Berney und Hermann Heimpel – zwei Freunde und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus: Neuere Literatur und Archivalien‘, in: <http://www.h-net.msu.edu/reviews/showrev.cgi?path=28408920053773> [Zugriff 14.6.2008].

Deutschen Universitätszeitung auf den Zusammenhang zwischen Studium und sozialem Aufstieg. Höhere Schulen und Hochschulen seien durch „die Art der sozialen Bewegung“ miteinander verbunden:

„Der Aufstieg der Massen vollzieht sich als Gleichheit der Bildungschance im Sinne des massenhaft angestrebten Abiturs.“⁸¹

Die Professoren verliehen dennoch häufig ihrem Unbehagen gegenüber der Massenuniversität Ausdruck und waren vor allem nicht geneigt, die Universitäten so zu reformieren, dass sie der Herausforderung einer sozial breiteren Studentenschaft und den als Massen empfundenen Studentenzahlen besser gerecht hätten werden können, wie schon die Ablehnung gegenüber der Schaffung zusätzlicher Lehrstühle und Dozentenstellen zeigte. Weder dachten sie ernsthaft über Strukturreformen nach noch über die Einschränkung des Hochschulzugangs durch strengere Auswahlkriterien. Stattdessen rätselten sie darüber, wer die neuen Studenten eigentlich seien, ob sie für ein Studium ausreichend begabt oder nicht in mittleren Bildungseinrichtungen besser aufgehoben wären.

Die Dozenten wussten Tellenbach zufolge gar nicht mehr, wen sie eigentlich vor sich hatten, nachdem die „Gesellschaftsschicht, aus der sich im vorigen Jahrhundert größtenteils die Studenten und die akademischen Berufe rekrutierten [...] zugrundegegangen“ sei. Weil „die durch Generationen hindurch akademisch ausgebildeten Familien meistens ihr Vermögen und ihren wirtschaftlichen Vorsprung verloren“ hätten, und es dem „Durchschnittsakademiker, dessen Einkommen ungewöhnlich stark abgesunken ist, heute schwerer“ falle als den „meisten anderen“ Berufen, die selbst empfangene Ausbildung seinen Kindern weiterzugeben⁸², hatten die Hochschullehrer das Gefühl, dass ihre Studenten gar nicht mehr aus akademisch gebildeten Familien und damit aus den traditionellen Bildungsschichten stammten. Selbst „wenn es eine Akademikerschicht noch gäbe“, so Tellenbach, oder diese, woran er nicht glaubte, „wiederherzustellen“ sei, so wäre sie schon infolge des Berufsstrukturwandels nicht in der Lage, den wachsenden Bedarf an Akademikern aus sich selbst heraus zu decken, und so müsse „der heutigen Studentenschaft ihrer Herkunft nach jede Einheitlichkeit fehlen.“⁸³

Die kulturelle Distanz der Professoren gegenüber ihren Studenten und ihr damit verbundenes Gefühl der Überfremdung, das aus Tellenbachs Worten spricht, hatte bereits im Kaiserreich eingesetzt, als sich die Studentenschaft ausdifferenzierte. Seither trauerten die Professoren alten Zeiten nach, in denen sie protestantischen und männlichen Absolventen des humanistischen Gymnasiums in enger universitärer Gemeinschaft ein Bildungserlebnis verschafften. Katholiken, an neusprachlich und naturwissenschaftlich ausgerichteten Realgymnasien und Oberrealschulen maturierte Studenten und schließlich auch Frauen hatten diese Zusammensetzung besonders seit den 1890er Jahren gesprengt. Die Expansion führte aufgrund gleichzeitig ausbleibender Reform der Lehre zwangsläufig zur Distanzierung zwischen Professoren und Studenten, von denen die meisten nun ein ‚Brotstudium‘ verfolgten, mit anderen Worten für eine Berufsausbildung an die Universität drängten. All dies lockerte die enge Klammer um das Bildungsbürgertum an den Uni-

⁸¹ Hermann Heimpel, ‚Selbstkritik der Universität. Ein Wort zur Bildungsreform / Neuorganisation des Stoffes‘, in: *Deutsche Universitätszeitung* 6.1951, H. 20, S. 5-7, Zitate S. 5.

⁸² Gerd Tellenbach, ‚Einleitung‘, in: *Probleme der deutschen Hochschulen*, S. 12f., Zitat ebd.

⁸³ Ebd., S. 13.

versitäten.⁸⁴

Die Entwicklungen waren jedoch widersprüchlich. Tatsächlich studierten immer mehr Kinder aus kleinbürgerlichen Familien, doch blieben Akademiker in beträchtlichem Maße überrepräsentiert. Darauf nahm ein Artikel in der Deutschen Zeitung vom 17. November 1954 Bezug, in dem über die soziale Lage der Frankfurter Studenten stand, „das Klassenprivileg“ sei noch nicht „gebrochen“. Der seit 1933 gesunkene Anteil der Beamtenkinder sei weiterhin „übergroß“. Insgesamt studierten Akademikerkinder relativ häufiger als 1933. Stark zugenommen hatte die Zahl der Arbeiterkinder, dennoch kamen sie nur auf 4,2 Prozent der Studierenden an hessischen Hochschulen. Deutlich zurückgegangen sei der Anteil von Kindern selbständiger Gewerbetreibender und Freiberufler, von einem guten Drittel auf zwischen einem Drittel und einem Viertel. Der Studentinnenanteil war zwischen 1926/27 und 1954 von 12,1 auf 18,8 Prozent gestiegen. Diese Zahlen zur sozialen Herkunft bewertete der Autor jedoch nicht als Indiz für mangelnde Chancengleichheit, sondern für kulturelle Präferenzen:

„Wie man sieht, handelt es sich von jeher nicht um ein einfaches Klassen- oder Schichtenproblem, sondern um spezifische Traditionen einzelner Gesellschaftsgruppen bezüglich des Universitätsstudiums ihrer Kinder.“⁸⁵

Ob die Zähigkeit alter Denkgewohnheiten als Begründung dafür taugt, dass Akademikerkinder häufiger als Arbeiterkinder studierten, oder ob daraus eine eklatante Benachteiligung im Zugang zu höherer und Hochschulbildung spricht, sei dahingestellt; interessanter ist in diesem Zusammenhang die Frage, woher die Verunsicherung der Hochschullehrer hinsichtlich der Herkunft ihrer Studenten und Studentinnen rührte. Diese ist vor dem Hintergrund verständlich, dass zwar fast die Hälfte aller Studenten der oberen Mittelschicht entstammten, dass aber gleichzeitig über 40 Prozent der Studenten der mittleren und unteren Mittelschicht zugerechnet wurden. Im Alltag hatten die Professoren damit in der Tat mit Studenten aus jenen Schichten zu tun, die ihnen kulturell so fremd schienen (Kapitel 2).

Skeptisch waren die Hochschullehrer hinsichtlich „Begabungsniveau und Begabungsrichtung“ der Studenten.⁸⁶ Hermann Heimpel sprach zu Beginn der fünfziger Jahre angesichts der Hochschulexpansion pessimistisch von der Aufgabe der Universität, ohne Senkung des wissenschaftlichen Niveaus mit dem „breiten Studentendurchschnitt“ fertig zu werden.⁸⁷ Auf der Erfahrung der letzten drei Jahrzehnte beruhend behauptete Wilhelm Treue, dass eine Zunahme der Studentenzahlen immer mit einem sinkenden Leistungsniveau der Hochschulen einhergehe. Doch selbst wenn „nicht nur die kleine Auswahl der Allerbesten eines Volkes die Universitäten bezieht“, würde zumindest das Niveau des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht gefährdet, so lange diesem eine entsprechende Bezahlung zuteil würde, die ihn vom Abwandern in die Industrie abhalte. Die Welt müsse sich also lediglich an den Akademiker ohne „Standesdünkel“ gewöhnen, der „aus freiem Willen Handwerker werde, kein akademischer Proletarier“.⁸⁸ Mit anderen Worten wollte er

⁸⁴ Konrad H. Jarausch, ‚Die Krise des deutschen Bildungsbürgertums im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts‘, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil IV Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation*, hg. v. Jürgen Kocka, Stuttgart 1989, S. 180-205, hier S. 183-185.

⁸⁵ *Deutsche Zeitung* v. 17.11.1954, in: BA B106/1341.

⁸⁶ Tellenbach, ‚Einleitung‘, S. 12 f. Zitat S. 13.

⁸⁷ Hermann Heimpel, ‚Selbstkritik der Universität. Ein Wort zur Bildungsreform/Neuorganisation des Stoffes‘, in: *Deutsche Universitätszeitung* 6.1951, H. 20, S. 5-7, Zitate S. 5.

⁸⁸ Wilhelm Treue, ‚Akademisches Proletariat?‘, in: *Deutsche Universitätszeitung*, 6.1951, H. 19, S. 3-4, Zitat S. 4.

Unbegabten einerseits nicht das Studium verwehren, doch sollten diese andererseits auch keinen Anspruch auf eine der Ausbildung entsprechende Berufsposition stellen. Weniger drastisch und abwertend betrachtete Tellenbach das tatsächliche Begabungsreservoir schlicht als unbekannte Größe. Lebten tatsächlich Tausende von Menschen in der Bundesrepublik, denen trotz vorhandener Begabung das Studium an einer Hochschule verwehrt blieb? Er bezweifelte, dass jeder studieren sollte, selbst wenn die Begabung für ein Hochschulstudium nicht ausreiche.⁸⁹ Schließlich fragte Treue verwundert, warum so viele Menschen, „die im eigentlichen Sinne gar nicht zur Universität traditioneller Art streben“, und für deren Zwecke weniger risikoreiche und der Allgemeinheit weniger Kosten verursachende andere Wege der Bildung zur Verfügung stünden, aus ihrem „Milieu“ gelöst würden.⁹⁰

Dieses Streben wollten die Hochschullehrer nicht selbst aktiv beschränken, sondern wünschten sich, die „Fernhaltung und Entfernung Ungeeigneter“ möge außerhalb der Universitäten organisiert werden, beispielsweise durch die Schaffung

„von Berufsausbildungsgängen, die sie zu der ihnen angemessenen Lebensleistung und Lebensbefriedigung kommen lassen“.⁹¹

Damit reichten sie die Verantwortung für die „Ablenkung“ vom Studium einem Schwarzen Peter gleich an die höheren Schulen und die Gesellschaft weiter. Diese sollten die Jugend zu angemessenen Bildungswegen ermutigen. Zudem mahnten sie eine verstärkte Studien- und Berufsberatung vor dem Studium an, um die jungen Menschen vor Fehlentscheidungen bei der Fächer- und Berufswahl zu bewahren.⁹² Die Funktion der Auslese sollte vollkommen bei den höheren Schulen bleiben, obwohl deren Fähigkeit dazu bezweifelt wurde. Zwischenprüfungen und Abschlussprüfungen verwarfen die versammelten Hochschullehrer dagegen als untaugliche Ausleseinstrumente, da die pro Semester anfallenden hundert größeren oder kleineren Examina für den Prüfer eine „fast menschenunmögliche Aufgabe“ darstellen würden.⁹³ Ein Numerus Clausus kam nicht zur Sprache. Insgesamt legten die Hochschullehrer kaum Vorschläge zur Eindämmung der Studentenschaft an den Universitäten vor.

Eingangsbeschränkungen an den Universitäten waren jedoch eigentlich naheliegend. Möglicherweise lag es an der jüngeren Vergangenheit, dass diese in den fünfziger Jahren nicht mehr ernsthaft diskutiert wurden. Nach ihrer Gründerzeit, die vor dem ersten Weltkrieg ihren Abschluss gefunden hatte, widmeten sich Verbände zunehmend der Standespolitik und wandten sich dem Staat als Alliierten zur Durchsetzung standespolitischer Interessen zu. Seit sich um die Jahrhundertwende die Lage der Professionen verschlechtert hatte, war es bis 1933 zu wellenartig auflebenden Diskursen über die Überfüllungskrise der Professionen gekommen. Erfolglos versuchten die akademischen Berufsverbände die Einführung eines Numerus Clausus durchzusetzen, von der die deutschen Regierungen trotz aller Appelle bis 1933 absahen.⁹⁴ Vielleicht lag es an seiner

⁸⁹ Gerd Tellenbach, *Der Hochschullehrer in der überfüllten Hochschule*, Vortrag gehalten anlässlich des 9. Hochschulverbandstages in München am 27.6.1959, Göttingen 1959, S. 3 u. 9f.

⁹⁰ Treue, „Akademisches Proletariat?“, Zitat S. 4.

⁹¹ Ebd., S. 12.

⁹² „Bericht der Kommission für Studentenberatung und Studentenförderung“, in: *Probleme der deutschen Hochschulen*, S. 48f., Zitat S. 48.

⁹³ Tellenbach, „Einleitung“, S. 12.

⁹⁴ Charles E. McClelland, „Zur Professionalisierung der akademischen Berufe in Deutschland“, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil I Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen*, hg. v. Werner Conze und Jürgen

Einführung gerade im Nationalsozialismus, dass Professoren den Numerus Clausus bei allen Vorschlägen zur Eindämmung der Studentenzahlen in den fünfziger und sechziger Jahren nicht in Erwägung zogen, sondern lieber Appelle an die höhere Schule richteten, Unbegabte vor dem Abitur auszusieben. Die Entscheidung, dass die deutschen Universitäten ihre Studenten nicht selbst auswählen konnten, war zudem bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gefallen, als der Universitätsabschluss zentral für die Rekrutierung der politischen und wirtschaftlichen Elite wurde. Obwohl es entsprechend wichtiger wurde, die Studentenzahlen niedrig zu halten, gewährte der Staat den Universitäten nicht das Recht, ihre Studenten selbst auszuwählen. Um gleichwohl den Zugang zur Universität zu regulieren, blieben die höheren Schulen selektiv. So wurden in Preußen und im Reich die Gymnasien zu Eliteinstitutionen gemacht und die Selektion für das Hochschulstudium in die Kindheit verlegt.⁹⁵ Auch diese Tradition liefert zumindest einen Hinweis auf den unter deutschen Professoren so gering ausgeprägten Sinn für aktive Mitgestaltung an der Begrenzung der Studentenzahlen und an ihrer Auswahl, der ihren Forderungen nach einzuschränkender Zulassung zuwiderlief.

Immerhin erarbeiteten die Hinterzartener Tagungsteilnehmer eine Empfehlung zur „Hebung des Doktorgrades“. Dokortitel sollten seltener als bisher vergeben werden, um die Studentenflut schneller durch die Hochschulen zu schleusen. Fakultäten, deren Studiengänge aufgrund fehlender Diplome oder Staatsexamen grundsätzlich mit der Promotion endeten, sollten die Lücke schließen und wissenschaftliche Abschlussprüfungen einrichten.⁹⁶ Ulrich Scheuner warb in seinem Vortrag vor dem Kulturausschuss des Bundestages 1956 erneut für diese Möglichkeit.

„Das volle Ideal des Akademikers etwa aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts könne heute bei der außerordentlich hohen Zahl der Studierenden und der Breite der zu bewältigenden Stoffe kaum noch erreicht werden, wohl aber könne eine qualifizierte Spitze herangebildet werden.“⁹⁷

Bis auf die Idee, die Studentenmassen durch Einführung niedrigerer Erstabschlüsse schneller durch die Universitäten zu schleusen, legten die Professoren keine Vorschläge für den universitären Umgang mit den wachsenden Studentenzahlen vor. Die Forderungen, wieder intimere Beziehungen zu den Studenten zu schaffen und gleichzeitig die Belastung für die Dozenten zu verringern, ohne neue Dozentenstellen zu schaffen, können nur als Wunsch nach Umkehr zu den alten Studentenzahlen verstanden werden. Dabei scheinen die Professoren auf die Überredung durch Berufs- und Studienberatung anstelle der Einführung neuer formaler Auswahlkriterien in Form von Prüfungen gesetzt zu haben.

Diese universitäre Reformunlust wurde aus verschiedenen Richtungen stark kritisiert. James M. Read, Leiter der Erziehungs- und Kulturabteilung des Amerikanischen Hohen Kommissars in Frankfurt am Main, bezichtigte die Professoren 1951 der konservativen Haltung. Sie beriefen sich immer auf Traditionen und versteckten ihre offensichtliche Reformunlust darüber hinaus hinter dem Argument, mit Seminaren von 100 bis 200 Studenten zu überlastet für Gedanken über

Kocka, Stuttgart 1985, hier S. 242f. u. S. 245.

⁹⁵ Paul Windolf, *Expansion and Structural Change. Higher Education in Germany, the United States, and Japan, 1870-1990*, Boulder, Colorado 1997, S. 53f.

⁹⁶ 1. Arbeitstagung „Probleme der Deutschen Hochschulen“ in Hinterzarten/Schwarzwald v. 4.-7.8.1952. Empfehlung V: Studien und Prüfungsordnungen, Kommission unter Leitung v. Prof. Snell, in: BA B106/1282.

⁹⁷ Kurzprotokoll d. 32. Sitzung d. Ausschusses für Kulturpolitik, 22.3.1956, in: BA B106/1330.

Hochschulreformen zu sein. Dagegen wandte er ein, sie könnten es sich überhaupt „nicht leisten [...], keine Zeit darauf zu verwenden“.⁹⁸ Der Leiter der Kulturabteilung im Innenministerium, Erich Wende,⁹⁹ hielt ebenso in einem Vermerk seine Enttäuschung über die mangelnde Reformbegeisterung an den Universitäten fest. Die Hochschulen hätten den in sie gesetzten Erwartungen nicht entsprochen und die alliierten Reformvorschläge (Kapitel 1) im Sande verlaufen lassen.¹⁰⁰ Über zehn Jahre später bezichtigte wiederum Hans Dichgans die Universitäten der Reformbedürftigkeit bei gleichzeitiger Reformunfähigkeit.¹⁰¹

Die Professoren schätzten sich hingegen nicht als reformfaul ein. Wenngleich sie nicht zur Reform der von ihnen als Ideal empfundenen Strukturen durch einen Hochschulausbau bereit waren, widmeten sie sich doch ausführlich der Frage, wie das überkommene Ideal des Studiums zu erhalten sei. Früher habe man es dem Studenten überlassen, „wie er Anteil an dem wissenschaftlichen Schaffen seiner Lehrer gewann und sich daran bildete“. Damals hätten sich „die wirklich Fähigen [...] in einer derartig harten Schule“ durchgesetzt. Heute sei davon nicht mehr auszugehen, da die diesem Ideal zugrunde liegende intime Struktur der Universitäten durch den Studentenandrang aufgelöst worden sei, indem das Zahlenverhältnis zwischen Dozenten und Studenten sich verschlechtert habe. Infolgedessen sei der „Lehrbetrieb alten Stils [...] unwirksam“ geworden.¹⁰² Die Probleme der Hochschule ließen sich nur lösen, indem wieder „echte menschliche Beziehungen“ zwischen Studenten und Dozenten einkehrten. Deshalb solle die Geselligkeit zwischen Studenten und Hochschullehrern durch Steuererleichterungen für letztere gefördert werden – womit die Absetzbarkeit von Ausgaben für gesellige Zusammenkünfte mit den Studenten gemeint sein dürfte.¹⁰³ Vor allem aber sei das numerische Missverhältnis zwischen ihnen aufzuheben. Infolge des Massenandrangs mangle es an der Universität an der Strukturierung der Studentenschaft, welche die Grundlage für die Lebensfähigkeit der Universitäten bilde. Daraus folge:

„Wer Wissenschaft in Forschung, Lehre und Beruf funktionsfähig machen will, wird sich mit Ernst und Hingabe [...] mit der Lage und der geistigen Verfassung der Studenten beschäftigen müssen.“¹⁰⁴

Diese sei zum einen durch den Mangel „eines festen Standorts des Akademikers und damit des Studenten in der heutigen Gesellschaft“ und zum anderen durch „die Gefahr, dass die Universitäten zu Massenveranstaltungen werden“, gekennzeichnet. Innerhalb der Universitäten fehle es an Gliederung, die „studentische Gruppenbildung“ ermögliche.¹⁰⁵ Die Mitglieder der Gruppe

⁹⁸ James M. Read, ‚Wie steht es mit den Universitäten? Konservativer Lehrkörper, Mangelnder Kontakt mit der Öffentlichkeit‘, in: *Deutsche Universitätszeitung*, 6.1951, H. 11, S. 6f., Zitat S. 6.

⁹⁹ Erich Wende, Jg. 1884, Sohn eines Gymnasiallehrers; Jurastudium in Breslau und München; 1910 Richter; 1913 Justitiar des Provinzialschulkollegiums in Münster; 1917 Eintritt preußisches Kultusministerium, 1926 Leitung Volksschulabteilung; 1923-1926 Kurator der Universität Kiel; 1932 Ministerialdirektor; 1933 von Nationalsozialisten in den Ruhestand versetzt; bis 1945 Landgerichtsdirektor, Berlin; 1947 Staatssekretär im niedersächsischen Kultusministerium; 1950-1953 Leiter Kulturabteilung im Bundesinnenministerium; Wende war schon in den 20er Jahren und in der Nachkriegszeit wieder Antreiber für Schulreformen und eine bessere Volksschullehrerbildung s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*.

¹⁰⁰ Vermerk von Wende für den Innenminister, datiert Bonn, 29.11.1950 (Entwurf), in: BA B 106/1282, o. Zählung.

¹⁰¹ Niederschrift über die 51. Vorstandssitzung am 8.5.1964 in Frankfurt, Punkt 3.

¹⁰² Treue, ‚Akademisches Proletariat?‘, 6.1951, H. 19, S. 4.

¹⁰³ ‚Bericht der Kommission für Studentenberatung und Studentenförderung‘, in: *Probleme der deutschen Hochschulen*, S. 48 f.

¹⁰⁴ Tellenbach, ‚Einleitung‘, S. 13.

¹⁰⁵ Ebd.

„Hochschule als Gemeinschaft“ auf der Hinterzartener Tagung schlugen vor, „das korporative Bewußtsein“, das den Hochschulen „verloren zu gehen droht“, durch Vereinheitlichung des „Förderungs- und Stipendienwesens[s]“ zu reaktivieren.

„Dabei ist dem Problem des weiteren Anwachsens einer studentischen Rentnergesinnung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.“¹⁰⁶

Die Leistungs- und die Gemeinschaftsfähigkeit sollte durch Stipendien gesteigert werden, welche die Konzentration auf das Studium und die universitäre Gemeinschaft wieder ermöglichten. Das von führenden Ministerialbeamten wie Karl-Friedrich Scheidemann¹⁰⁷ geteilte Ideal der Professoren war, den Studenten die finanzielle Basis zu gewähren, auf der aufbauend diese unbeschwert und konzentriert ganz im Bildungserwerb aufgehen könnten, in gewisser Weise also durch die Befreiung von materiellen Sorgen den Geist freizusetzen. Andererseits sollte vermieden werden, dass die Leistungsbereitschaft einem durch Stipendien gezüchteten Anspruchsdenken zum Opfer falle.¹⁰⁸ Denn der Wunsch, die Studenten sollten sich ganz dem Studium widmen können, stand jederzeit in einem spannungsreichen Verhältnis zur Vermutung, diese stellten zu hohe Ansprüche, seien nicht zu finanziellen Opfern bereit und nutzten die Werkarbeit, um nicht lebensnotwendige Güter zu erwerben. Dass mit Stipendien ausgestattete Studenten zu Konsumentenhaltung neigen und darüber ihr Studium vernachlässigen könnten, war ein oft beschworenes Risiko. Gleichzeitig wurde für die Einführung der Stipendien argumentiert, dass die soziale Lage die Studenten dazu zwingt, sich bis ins hohe Semester mit Werkarbeit zu belasten, was für die jüngeren Studenten eine heilsame Erfahrung sein könne, in den älteren Semestern jedoch „die Kräfte der Intelligenz“ unnötig „zerstreuen und [...] zersplittern“ würde. Bei der Finanzierung der Studenten handle es sich zudem nicht um eine Frage des Mitgefühls, sondern „um die zukünftige Versorgung der Allgemeinheit mit Arbeitern, die für ihre Existenz und ihr Gedeihen unentbehrlich sind“.¹⁰⁹ Die Studentenförderung wurde von ihren Befürwortern einerseits als Gefahr für den Geist der Universität, doch andererseits als Voraussetzung für dessen Erhalt betrachtet.

Die Folgen der Werkarbeit für das Studium erörterte Scheuner vor dem Bundestagsausschuss für Kulturpolitik. Viele Studenten nähmen diese ernster als das Studium. Geisteswissenschaftler schwänzten Vorlesungen und eigneten sich nur die für Prüfungen notwendigen Grundkenntnisse an. Naturwissenschaftler verlegten aufgrund der Anwesenheitspflicht in Vorlesungen und praktischen Kursen die Erwerbsarbeit auf den späten Nachmittag und die Nacht, was zum einen zur Überlastung und zum anderen zum Rückgang ihres Allgemeinwissens zugunsten engen Fachwissens führe. Schließlich leiste die Erwerbsarbeit einer unheilvollen „Kommerzialisierung der Lebensauffassung“ in einer Entwicklungsphase Vorschub, die der geistigen und beruflichen Orientierung der Studenten dienen sollte. Diese Verhältnisse standen hinter den gelegentlichen Klagen

„über den zunehmenden Pragmatismus der jungen Studentengeneration, ihre geringe Bereitschaft, sich für politische oder soziale Ideen zu erwärmen.“¹¹⁰

¹⁰⁶ *Probleme der deutschen Hochschulen*, S. 24.

¹⁰⁷ Dr. Karl-Friedrich Scheidemann, Jg. 1912; Ministerialdirektor u. Leiter Abteilung II Forschungsplanung, Technologie und Forschung, Bundesministerium für Forschung; s. *Wer ist Wer* 1974/75.

¹⁰⁸ Ansprache von Ministerialrat Dr. K. Fr. Scheidemann, Bundesministerium des Innern, zum Beginn der Allgemeinen Studentenförderung am 1.7.1957, in: ZZBW/FZ 59, AZ Vorakten 9, 1957-1961, Honnef-Konferenzen, AZ 9 (07/57-01/58) K059 (1), Bl. 1f., hier Bl. 2, S. 2.

¹⁰⁹ Tellenbach, „Einleitung“, S. 13.

¹¹⁰ Kurzprotokoll der 32. Sitzung des Ausschusses für Kulturpolitik, 22. März 1956; durch Krankheit verhindert

Während Scheuner daraus die notwendige Einführung einer breiten Studentenförderung ableitete, verschaffte sich ungefähr zur gleichen Zeit der Generalsekretär der Kultusministerkonferenz Kurt Frey einmal Luft über die seiner Ansicht nach vermessenen Ansprüche der Studentenschaft. Der gerade im Wahljahr sich häufenden Mitleidspropaganda gemäß würden die Studenten zwischen Examenssorgen und Werkarbeit „leicht verhungert und daher gesundheitlich geschädigt herumlaufen“ – von den Erwachsenen „einfach ihrem Schicksal überlassen“. Tatsächlich habe sich die Werkarbeit trotz verbesserter Lebensverhältnisse zur Selbstverständlichkeit entwickelt. Die Studenten deckten insgesamt sehr unterschiedliche Bedürfnisse ab, die von Mopeds, über bessere Kleidung bis zu Fachbüchern reichten. Im Fragebogen, den das Deutsche Studentenwerk 1956 Studenten vorgelegt hatte, vermisste Frey die unpopuläre Frage:

„Was könnten und müssten Ihre Eltern oder Verwandten unter Einschränkung eigener nicht lebensnotwendiger Bedürfnisse als Beitrag zu Ihrem Studium leisten?“

Frey fehlte der Appell an die Eigenverantwortung. Die Studierenden seien die einzigen Berufsauszubildenden, denen das Privileg staatlicher Zuschüsse zuteil würde. Ihnen solle nicht mehr als „Hilfestellung zur Selbsthilfe“ gewährt werden. Andernfalls verrate der „nichttotalitäre Staat“ seine Prinzipien.¹¹¹

Der Hochschulverband legte ebenso Wert darauf, dass Stipendien und Gebührenerlässe zuerst aufgrund von Begabung und in zweiter Linie nach Bedürftigkeit vergeben werden sollten. Diese beiden Gegenpole prägten die Diskussionen über die finanzielle Förderung der Studenten.¹¹² Sie repräsentierten letztlich auf der einen Seite die traditionellen Bildungsschichten, welche die Hochschullehrer finanziell unterstützen wollten, und auf der anderen Seite die Studenten, die aufgrund ihres finanziellen Hintergrunds am meisten vom sogenannten Honnefer Modell profitierten.

Auf der zweiten bedeutenden und großen Hochschultagung in Bad Honnef wurde 1955 eine Resolution verabschiedet, der die Idee zugrunde lag, dass jeder, der „die notwendige geistige und menschliche Eignung und den Willen zum Studium besitzt“, die finanziellen Mittel erhalten sollte, um dieses erfolgreich durchzuführen, „ohne Rücksicht auf seine soziale oder wirtschaftliche Stellung“ oder „sein Geschlecht“. Damit wollten die Professoren gesellschaftlichen Folgen des Krieges entgegensteuern, die zu einer Senkung im Niveau der Universitäten geführt hätten, weil die gesellschaftliche Umschichtung „die „Not der Studenten“ so verstärkt habe, dass der „jungen Intelligenz“ ein „erheblicher Substanzverlust und eine Niveausenkung“ drohe, die nur durch deren finanzielle Absicherung zu verhindern sei.¹¹³ Es ging den deutschen Hochschullehrern also um die durch den Krieg verarmten Bildungsschichten. Außerordentlich wichtig war ihnen zudem, dass die Studentenförderung nicht nur Fürsorge sein, sondern auch die individuelle Leistung berücksichtigen sollte.

Felgentraeger und Tellenbach, als Ersatz der Redner Prof. Scheuner aus Bonn, in: BA B106/1330.

¹¹¹ Gedanken zur Studentenförderung von heute, v. Kurt Frey, o.D., in: BA B106/1539.

¹¹² *Probleme der deutschen Hochschulen*, S. 48.

¹¹³ Form und Organisation der Studentenförderung. Arbeitsunterlage für die Tagung über Fragen der Hochschulreform in Bad Honnef 19.-22.10.1955, vorgelegt vom Ständigen Ausschuss für Studentenfragen, in: ZZBW/FZ 58, AZ Vorakten 9 1955-1956, 9 (10/55-11/56) K 058 (6), S. 1. Diese Unterlage wurde den eingeladenen Personen zugeschickt, so auch Ministerialrat Dr. K.Fr. Scheidemann ins Innenministerium; s. Brief Nitzschke v. 8.10.1955, in: BA B106/1329.

„Im Gegensatz zur öffentlichen Fürsorge, die lediglich nach dem Bedürftigkeitsprinzip soziale Nöte lindert, ist die Förderung von Studenten kein Almosen; sie soll und muß vielmehr auch die Leistung des Bewerbers berücksichtigen.“

Darüber hinaus solle der „Wille zur Selbsthilfe“ dadurch angesprochen werden, dass sich die Studenten an ihrem Ausbildungsrisiko beteiligten, indem sie dazu verpflichtet werden sollten, einen Teil der Ausbildungsfinanzierung zurückzuzahlen.¹¹⁴ Gegen diese Prinzipien wurde in Bad Honnef die bereits praktizierte Studentenförderung größtenteils als „Geschädigtenhilfe“ bezeichnet, die nicht in die gewünschte Richtung fördere, da sie nicht auf die Leistung des begabten Studenten zielte.¹¹⁵

Das wichtigste und greifbarste Ergebnis der Tagung in Bad Honnef war die Einführung der allgemeinen Studentenförderung, dem Vorläufer des heutigen Bafögs, die zwei Jahre darauf anlief. Im Vorfeld teilte Bundesinnenminister Gerhard Schröder die Einschätzung der Professoren, dass es sich hauptsächlich um Begabtenförderung handeln müsse, denn:

„Nur die Auslese der Begabten und die Förderung dieser Begabten kann den Nivellierungstendenzen entgegenwirken, die uns in vielfacher Form überall entgegentreten.“¹¹⁶

Dies verstand er als Versuch, „der allgemeinen Vermassung“ gerade dort einen Riegel vorzuschieben, „wo sie sich für das Leben unserer Nation besonders schlimm auswirken würde.“¹¹⁷ In diesem Sinne warnte auch der Vertreter des Innenministeriums Karl-Friedrich Scheidemann in seiner Festrede zum Auftakt der Allgemeinen Studentenförderung am 1.7.1957 davor, die „Welt der Verbraucher“ einem trojanischen Pferd gleich in die Universitäten zu schleusen,

„den Wohlfahrtsstaat in die Hochschulen hereinzutragen, in einen Bereich also, der ein Bollwerk der geistigen Freiheit gegen die unkritische Konsumhaltung unserer Zeit sein sollte.“¹¹⁸

Mit dieser Begründung wollte er die Stipendien als Begabtenförderung verstanden wissen. Die Politik beschäftigte sich seiner Ansicht nach so intensiv mit dem Thema Bildung, weil große gesellschaftliche Fragen damit verbunden seien:

„[I]n unserer Welt des Konsums breitet sich immer rascher die passive und unkritische Haltung des ‚Konsumenten‘ aus. Gegenkräfte im Sinne eines selbständigen kritischen Verhaltens sind nur aus dem geistigen Bereich zu erwarten.“

Deshalb sollten anders als in östlichen Ländern

„die Begabten, die Fragenden, die Kritischen um ihrer selbst willen gefördert werden [...], weil man weiß, daß Selbständigkeit in der geistigen Entscheidung und Verantwortung nur in der Freiheit des Geistes gedeihen können.“¹¹⁹

Die technische Entwicklung verlange nicht nur Spezialisten, sondern vielmehr solche, „die als

¹¹⁴ Ebd., Bl. 8, S. 2.

¹¹⁵ Ebd., Bl. 25, S. 17.

¹¹⁶ Studentenförderung als Begabtenauslese – nicht als Jedermann-Programm, von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder, Bonn, 14.4.1957, veröffentlicht in *Bulletin*, Nr. 74, S. 641 v. 17.4.1957, in: BA B106/1539.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Ansprache von Ministerialrat Dr. K.Fr. Scheidemann, Bundesministerium des Innern, zum Beginn der Allgemeinen Studentenförderung am 1.7.1957, in: ZZBW/FZ 59, AZ Vorakten 9, 1957-1961, Honnef-Konferenzen, AZ 9 (07/57-01/58) K059 (1), Bl. 1f., hier Bl. 2, S. 2.

¹¹⁹ Ebd., S. 2.

„die Gebildeten“ das Leben zu bewältigen in der Lage“ seien und Verantwortung übernehmen könnten.¹²⁰

Die Regierung teilte dieser Rede zufolge alle Ideale und Ziele der Professoren hinsichtlich der Studentenförderung vollkommen: die finanzielle Absicherung der begabten Studenten, mittels derer diese das volle bürgerliche Ideal des Gebildeten, des Verantwortung übernehmenden und selbständig wie frei denkenden Staatsbürgers erreichen könnten, um ein Gegengewicht zu gesellschaftlichen Vermassungserscheinungen zu bilden. Die Übereinstimmung hinsichtlich der Ziele der Studentenförderung, das Kriterium der Leistungsauslese über die Bedürftigkeit zu stellen, wurde auch von Unternehmern geteilt. In seiner Gründungsansprache vor dem „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ lobte der einflussreiche Unternehmer Hermann Reusch 1957 den Leistungsaspekt des Honnefer Modells, das bewusst den „Charakter des Studentenhonorars und des Wohlfahrtsempfängertums“ verneine.¹²¹

Obwohl sich alle einig waren, widersprach die Praxis der Studentenförderung diesen Prinzipien aus Sicht von Hochschullehrern und Ministerialbeamten und bewirkte das Gegenteil des Intendierten. Die vom Ideal entfernte Realität der Honnefer Studienförderung wurde alsbald Gegenstand weiterer Diskussionen und Klagen. Im Dezember 1957, nur ein halbes Jahr nach Scheidemanns Eröffnungsrede, beschwerte sich Helmut Coing¹²² bei Paul Egon Hübinger¹²³ aus dem Innenministerium,

„dass bei den gegenwärtig geltenden Richtlinien noch zu viele Studenten ausserhalb der Förderung bleiben, die es nach ihren Leistungen besonders verdienen würden“

und deren elterliche Finanzsituation dies auch „unter sozialen Gesichtspunkten“ als vertretbar erscheinen ließe. Er betrachtete daher den „Stipendiencharakter“ der Förderung als „verfälscht“ und den „Charakter der sozialen Förderung“ als übermäßig ausgeprägt. Eine Ausweitung der „sozialen Grenzen der Förderung“ würde dem Honnefer zugrunde liegenden „Grundgedanke[n]“ der „Förderung nach Begabung und Leistung“ gerechter.¹²⁴

Die widersprüchlichen Forderungen der Hochschullehrer bei Einführung der Honnefer Studienförderung verliefen nach ähnlichem Muster wie in der Zwischenkriegszeit, als das Bürgertum seinen privilegierten Zugang zu kulturellem Kapital verloren hatte. Zum einen erschwerte ihre finanzielle Lage vielen bürgerlichen Familien, ihrem Nachwuchs eine höhere Schul- und Universi-

¹²⁰ Ebd., S. 1.

¹²¹ Rede Hermann Reusch am 27.11.1957, Zitat Bl. 37f., in: ZZBW/FZ 208/1.

¹²² Helmut Coing, Jg. 1912, Sohn eines Offiziers; Ratsgym. Hannover; Studium in Kiel, München, Göttingen, 1935 Promotion; 1939-1945 Kriegsdienst; 1941 ao.Prof., 1948-1980 o.Prof. Frankfurt/M.; 1964-1980 Direktor MPI f. Europ. Rechtsgeschichte, Frankfurt/M.; 1955-1957 Rektor Frankfurt/M.; 1956-57 Präsident WRK; 1955-1958 Mitgl. Hess. Staatsgerichtshof; 1958-1961 Vorsitz Wissenschaftsrat; Mitgl. Hess. Forschungsrat; 1961 Vorsitz Wiss. Beirat Fritz-Thyssen-Stiftung; *Ebrungen*: Ehrendoktor Lyon, Montpellier, Wien, Aberdeen; Mitgl. *Acad. int. de droit* u. weiterer int. Akademien; Bayer. Akad. d. Wiss, München; 1958 Goethe-Plak., Frankfurt/M.; 1958 Komturkreuz d. Verdienstordens d. Rep. Italien; 1962 Gr. Bundesverdienstkreuz; 1965 Malteser-Orden; 1965 Offizier der Ehrenlegion, s. *Wer ist Wer*, 1955, *Munzinger Archiv*, CD-Rom.

¹²³ Paul Egon Hübinger, Jg. 1911; Historiker, 1935 Promotion Bonn; 1943 Habilitation; 1948 Gastdozent in Cambridge; 1950 ao.Prof. Bonn; 1951 o.Prof. Münster; bis 1954 Prof. für mittelalterl. Geschichte, Bonn; 1954 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung für kulturelle Angelegenheiten des Bundes im Bundesministerium des Innern. Hübinger war Wendes Nachfolger in der Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums; s. *Deutsche Wissenschaft; Kürschners*, 1950; *Köpfe der Forschung; Wer ist's* 1955.

¹²⁴ Helmut Coing an Paul Egon Hübinger, v. 17.12.57, in: BA106/1330.

tätsausbildung zukommen zu lassen. Zum anderen wurden nach 1918 verstärkt Diskussionen über eine Demokratisierung von Bildungschancen geführt.¹²⁵ Die bürgerlichen Schichten forderten mit dem Argument der Chancengleichheit die staatliche Unterstützung ihres studienwilligen Nachwuchses, weil das Schulgeld für sie zur Barriere im Zugang zu höherer Bildung geworden war. War bisher das Schulgeld für nichtbürgerliche Schichten ein Ausschlusskriterium gewesen, so passten Bürger ihre Abgrenzungsrhetorik den neuen sozialen Umständen an und erhoben fortan ‚Begabung‘ zum Zugangskriterium für höhere Bildung. ‚Begabung‘ wurde zum Schlüsselbegriff eines bürgerlichen Abwehrdiskurses, mit dem die Demokratisierung des höheren Bildungswesens erfolgreich vereitelt wurde, die Schulreformer angestrebt hatten. Zu den Gegnern der soeben eingeführten einheitlichen Volksschule zählten die Universität, Verbände höherer Beamter und der akademischen Professionen ebenso wie wirtschaftsbürgerliche Organisationen: eine Demonstration von Bildungsinteressen, die das ganze Bürgertum teilte und gemeinsam nach außen verteidigte, um die unteren Mittelklassen auszuschließen.¹²⁶

Dagegen sprach der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz Hans Leussink¹²⁷ am 5. Mai 1961 in Hamburg auf der IV. Hochschulkonferenz eine weitere unintendierte Folge der Förderung an, die mit der an Bedürftigkeit geknüpfte Vergabepaxis von Stipendien verbunden sei. Es würden nun noch mehr Studenten an die Universitäten drängen, während der Lehrkörper nicht entsprechend vergrößert worden sei. Die entsprechenden Fördermaßnahmen seien an den mittleren Bildungsstätten ausgeblieben, zusätzlich sei an diesen sogar der Numerus Clausus eingeführt worden. Diese Fehlentwicklung habe

„Studenten an die wissenschaftlichen Hochschulen gesogen, die bei einer Förderung an den Mittleren Ausbildungsstätten besser dort geblieben wären.“¹²⁸

Er kritisierte die CDU-Bundestagsfraktion dafür, die Bemessungsgrundlage für die Studentenförderung nach dem Honnefer Modell so hoch gelegt zu haben, dass nun ein „wichtiger Bevölkerungsteil“ von der Stipendienförderung ausgeschlossen werde. Es handle sich um einen „geistig außerordentlich fruchtbaren Teil der Bevölkerung“, also jene Familien, „aus denen die größte Zahl des akademischen Nachwuchses nach allen Statistiken nun einmal kommt“, womit er den „Mittelstand“ meinte, diesen aber aus politischen Gründen nicht so nennen mochte – da der Be-

¹²⁵ Schäfer, *Bürgertum in der Krise*, S. 340.

¹²⁶ Ebd., S. 340-346.

¹²⁷ Hans Leussink war Mitglied d. DHV und ab 1963 d. Ordinarienkonvents im DHV; Jg. 1912, Architektensohn; Reform-Realgymnasium Gronau; Studium TH Dresden, 1941 Promotion TH München; 1939-1946 Betriebsleiter Erdbauinstitut TH München; 1942 Kriegsdienst Russland; 1946 Architektur- und Ingenieurbüro; 1950 Gründung Erdbaulaboratorium Essen; 1954 o.Prof. TH Karlsruhe f. Grundbau, Tunnelbau u. Baubetrieb; 1973 H. Prof. TH Karlsruhe; *Hochschulpolitik*: 1958-1961 Rektor TH Karlsruhe; 1960-1962 Präsident WRK; 1962-1969 Wissenschaftsrat, 1965-1969 Vorsitz; 1969-1972 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, als Staatssekretäre berief er Hans von Henpe und Hildegard Hamm-Brücher; 1972 nach überwiegend erfolglosen Reformversuchen Rücktritt als Minister; *Wirtschaft*: nach der Überführung von Krupp in eine GmbH 1967 Mitglied des Aufsichtsrats der Krupp AG (zusammen mit Ludwig Raiser); 1970er Jahre persönl. Berater d. Krupp-Bevollmächtigten Beitz; *zahlr. Ehrenämter*: Mitgl. Kuratorium Stiftung Volkswagenwerk, Senat d. MPG; 1978 Vorsitz Deutsch-Britische Stiftung; Vorsitz Auswahlausschuss Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft; Vorsitz Kuratorium d. MPI f. Kernphysik, Heidelberg; Mitgl. Kuratorium d. MPI f. Plasmaphysik in München-Garching; *Ehrungen*: 1982 Gr. Bundesverdienstkreuz, Dr. h.c. *Univ. Catolica del Peru*; s. *Munzinger Online* u. *Kürschner*, 1976; vgl. zu Krupp: Lothar Gall, *Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie*, München 2005, S. 387.

¹²⁸ Manuskript der Eröffnungsansprache des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz Professor Dr.-Ing. H. Leussink zur IV. Hochschulkonferenz, in: ZZBW/FZ 59, AZ Vorakten 9, 1957-1961, AZ 9 (04/61-05/61) K059 (4), Bl. 51-58, hier 54, S. 4; mit handschriftlichen Einfügungen.

griff von den Nationalsozialisten zum Agitationsschlagwort gemacht worden war.¹²⁹ Zustimmung bedauerte wiederum Ministerialrat Scheidemann, dass in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten die Bedürftigkeit immer im Vordergrund stehe, während das viel wichtigere Kriterium der Eignung allein in Professorenkreisen hochgeschätzt werde. Auch für das Bundesministerium des Innern sei bei der Einführung des Modells zentral gewesen, dass Universitäten nie karitativ, sondern ausschließlich das „Niveau der Massenuniversität“ im Auge behaltend die Auslese betreiben dürften.¹³⁰

Leussinks und auch Scheidemanns Reden verdeutlichen, wie sehr die Diskussion um das Honnefer Modell vom bürgerlichen Standpunkt der traditionell zur Akademikerschicht Gehörenden ausgeführt wurde. In diesen Rahmen ist ebenso jene Wahrnehmung einzuordnen, dass es infolge des Krieges zu einer Nivellierung und damit einhergehend einem Standortverlust der Akademiker gekommen sei. Entgegen dieser Nivellierungswahrnehmung waren die Akademikerhaushalte jedoch nicht ausreichend mittellos, um sich für die Studienförderung zu qualifizieren, und gingen leer aus. Doch auf ihre finanzielle Unterstützung hatten die Teilnehmer der Honnefer Tagung vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, gezielt. Deshalb hatten sie den Aspekt der Begabtenförderung stärker als den sozialen Aspekt betont, mit dem sie die Einführung der Förderung als gesellschaftliche Aufgabe begründet hatten. In diesem Sinne sind die Pole von Leistung und Bedürftigkeit in der Debatte darüber, wer gefördert werden sollte, von Bedeutung für die Frage des Bürgertums. Die Ironie der in Honnef definierten Förderungskriterien liegt darin, dass im Gegensatz zur Absicht der Elite-Förderung noch mehr Studenten das Studium ermöglicht und dadurch die Nivellierung verstärkt wurde.

¹²⁹ Ebd., Bl. 56, S. 6; vgl. Werner Conze, „Mittelstand“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4, 1978, S. 49-92, hier S. 91. Conze führt als weitere Schwierigkeit des Begriffs die Entproletarisierung der Arbeiterschaft an, die vom Mittelstand kaum noch abgehoben werden könne, während andererseits „Mittelstandspolitik“ ohne NS-Konnotation in der Bundesrepublik ein gängiger Begriff wurde.

¹³⁰ Hochschulstipendien oder Studentenfürsorge? Die Rolle der Bedürftigkeit für die Förderung. Referat von Ministerialrat Dr. K.-Fr. Scheidemann vor dem Plenum der IV. Hochschulkonferenz der WRK am 5. Mai 1961 in Hamburg, in: ZZBW/FZ 59, AZ 9, Vorakten Ordner 4 (4/61-5/61) Bl. 59-63, hier S. 1f., Zitat S. 1.

6 Bürgerliche Werte im Einsatz zur Wahrung von Standesinteressen

Für den britischen wie für den deutschen Hochschulverband stand die Vertretung der finanziellen Interessen ihrer Mitglieder im Vordergrund. Argumentiert wurde mit dem lebenswichtigen Beitrag, den die Universitäten für die Nation leisteten. Sie würden die Denker und Entscheidungsträger von morgen ausbilden. Um dieser zentralen Aufgabe zum Wohle des Landes gerecht zu werden, sollten die Besten des Nachwuchses für eine Hochschulkarriere rekrutiert werden können. Dies schien nur möglich, wenn die Universitäten anderen Berufsfeldern durch hohe Gehälter Konkurrenz machen könnten. War dies nicht der Fall, drohe die Abwanderung in andere Berufe – das höhere Beamtentum, die freien Berufe und die Industrie – oder gar der Weg ins Ausland. Über die zwei Nachkriegsjahrzehnte hinweg vertraten die Hochschulverbände beider Länder diese Argumentation. Dabei ist eine klare Orientierung an den Berufsgruppen zu erkennen, die früher unter den Begriff Bürgertum gefasst wurden. Übereinstimmend wurde das Argument in die Waagschale geworfen, das Gehalt müsse einen Lebensstil ermöglichen, den sich vergleichbare Berufsgruppen leisten könnten: die Ernährung der Familie, die angemessene Bildung der Kinder, eine Privatbibliothek, Reisen und die Mitgliedschaft in gelehrten Gesellschaften. Während deutsche Professoren von einer standesgemäßen Besoldung sprachen, bezogen sich britische Verbandsvertreter auf einen den *learned professions* angemessenen Lebensstil der *professional classes*. Beide Gruppen orientierten sich damit an den gesellschaftlichen Kreisen, mit denen sie in Gehalt, Prestige und Lebensstil mithalten wollten. Und beide Gruppen vermochten sich gesellschaftlich zu halten: Weder der Berufsstand der *lecturers* noch jener der Professoren fielen den sozialen Veränderungen der Nachkriegszeit zum Opfer, die sie als Nivellierung immer wieder argumentativ verarbeiteten.

Neben diesen wesentlichen Gemeinsamkeiten unterschied sich das gängige Argument, nicht mehr die Besten für eine Hochschullaufbahn gewinnen zu können, bei näherem Hinsehen in einem wesentlichen Punkt: Die *Association of University Teachers* legitimierte ihre Forderungen nach Gehaltserhöhungen fortwährend mit dem Gehalt der am geringsten verdienenden *lecturers*. Zukünftig würden sich nur noch Zweitklassige für eine Hochschulkarriere entscheiden, wenn das Einstiegsgehalt der *lecturers* hinter den Einstiegsgehältern in der Industrie und anderen Berufen zurückbleibe. Der Deutsche Hochschulverband vertrat hingegen die Ansicht, dass für die Rekrutierung des Nachwuchses die Ausstrahlung des Ordinariats als Karriereziel ausschlaggebend sei. Sollte dessen herausragende Stellung nivelliert sein, so würden die Besten sich zukünftig nicht mehr auf den langen, entbehrungsreichen Weg der Hochschullaufbahn begeben, sondern direkt nach dem Studium ein lukratives Einkommen in anderen Berufen vorziehen. Dieser Unterschied beruht nicht ausschließlich auf der Tatsache, dass der Deutsche Hochschulverband hauptsächlich Professoren vertrat und die AUT überwiegend Dozenten, denn die britischen Rektoren und das UGC argumentierten ähnlich, obwohl die Mitglieder beider Verbände überwiegend ehemalige oder amtierende Professoren waren und die Universitäten als Ganzes repräsentierten. Gerade deshalb ist die Ähnlichkeit der Argumentation augenfällig, die auf dem gleichen Hauptargument aufbaute: die Abwanderung der Besten mangels einer attraktiven Ausstrahlung des Hochschullehrerberufs, gebunden an die Höhe des Gehaltes und den durch dieses ermöglichten Lebensstil. In dieser Argumentation ist sowohl ein deutlicher Akzent auf dem Gemeinwohl als auch der An-

spruch auf ein leistungs- und standesgemäßes Einkommen enthalten.

Deutlich unterschied sich der Ton der Debatten. Die Gehaltsverhandlungen waren in Britannien nicht weniger konfliktreich als in Westdeutschland. Doch wurde der Interessenausgleich vergleichsweise pragmatisch und ohne größere ideelle Aufladungen ausgefochten. In Deutschland argumentierten die Professoren erregter als ihre britischen Kollegen, deren Ausführungen eintöniger wirken. *AUT*-Vertreter wiederholten über zwei Jahrzehnte hinweg die gleichen Argumente: Gleichwertige Berufe brachten ein höheres Einkommen ein, die Besten wanderten ab, die Nation trage den Schaden, weil ihr zukünftiges Führungspersonal nicht mehr von herausragenden Lehrern intellektuell ausgebildet und persönlich zu verantwortungsvollen und kritischen Bürgern erzogen werde. Auch die britischen Rektoren und das *University Grants Committee* argumentierten auf dieser Linie. Die deutschen Appelle an Regierungen waren hingegen alles andere als eintönig. In bunten Farben malten die Professoren aus, auf welch vielfältige Weise ihre finanziellen Nöte zu Lasten der Studenten und damit auf Kosten der Nation gingen. Ob es sich um die Finanzierung der geselligen Zusammenkünfte mit Studenten oder um mangelnde Freizeit und Regenerierung handelte, aufgrund derer die Forschung leiden musste, die deutschen Professoren sahen darin nie Partikularinteressen, sondern allein die Interessen des Nachwuchses, der Wissenschaft, der Universitäten und damit des Gemeinwohls. In dieser Hinsicht argumentierten die britischen Professoren und Dozenten weniger komplex. Sie machten neben der Verbindung von niedrigen Einstiegsgehältern und Nachwuchsschwierigkeiten unverblümt deutlich, dass sie auch weiterhin ein Einkommen erzielen wollten, das dem Einkommen anderer Gruppen der *professional middle class* entsprach, und dass sie nicht gewillt waren, sich durch die Regierung finanziell herabstufen zu lassen. Hier fehlen die in Westdeutschland üblichen Verweise auf persönliche Entbehrungen, auf herausragende Leistungen und die mit der Hochschulkarriere verbundene Selbstverleugnung. Den potentiellen Graben zwischen Partikular- und nationalem Interesse sprachen britische Hochschullehrer gar nicht an. Beide wurden häufig miteinander kombiniert, ohne immer gleichgesetzt zu werden.

Das Selbstverständnis der Hochschullehrer, ihre Schlüsselrolle bei der Ausbildung der akademischen Schichten und damit der Führungskräfte ihrer Nationen stimmte im wesentlichen überein. Wenn sich die Verve der Argumentation unterschied, so mag dies zum einen dem unterschiedlichen Umgang mit Veränderungen geschuldet sein, zum anderen den teilweise gegensätzlichen Ausgangslagen – hier die Nachkriegssituation des physisch zerstörten Landes mit einer moralisch diskreditierten Bevölkerung, dort eine im Siegestaumel vereinte und von einer Welle des Reformwillens erfasste Nation. Der Infragestellung des deutschen Bildungssystems durch die Alliierten standen freiwillige Veränderungen des britischen Bildungssystems gegenüber. Doch war innerhalb der britischen *middle class* ebenfalls ein Krisendiskurs im Gange, wie in Kapitel 1 gezeigt wurde. Auch hier sahen die bisher privilegierten Schichten ihren Untergang nahen, als die *grammar schools* sich sozial stärker öffnen mussten. Doch die exklusiven Bildungseinrichtungen stellten zu jeder Zeit einen Garant für den Erhalt liebgewonnener Traditionen dar – zum Beispiel dem Verbleiben der *upper middle class* unter sich.

In beiden Ländern war die Abgrenzung gegenüber den bildungsfernen Schichten ausgeprägt. Erklärungsbedürftig ist jedoch, warum in den Argumentationen der deutschen Hochschullehrer diese Abwehrhaltung viel klarer zum Ausdruck kommt als in jenen der britischen Hochschullehrer. Betrachtet man die im ersten Teil dieser Arbeit nachgezeichneten institutionellen Unterschie-

de im Bildungswesen beider Länder zusammen mit den im zweiten Teil betrachteten Bildungsdiskursen, so lässt sich erkennen, dass Sprache in der westdeutschen Bildungsdebatte eine in Britannien überwiegend von den *public schools* und *Oxbridge* geleistete Funktion erfüllte: die Abgrenzung gegenüber den mit Hilfe von Bildung aufsteigenden Schichten. Eine Dichotomie zwischen universalistischen bürgerlichen Werten und exklusiven Praktiken bürgerlicher Gruppen ist somit eher in der britischen Bildungsdebatte zu erkennen. In Westdeutschland wurden zur Abwehr des Massenandrangs auf die scheinbar sozial schrankenlosen Gymnasien und Universitäten weniger institutionelle Schranken aufgebaut, dafür jedoch ein umso schärfer abgrenzender Bildungsdiskurs als soziale Abgrenzungspraxis geführt.

In beiden Ländern wurden gleichermaßen die sich sozial verändernden und dramatisch wachsenden Studentenschaften problematisiert. Befürchtet wurde, dass sie das Gesicht der Universität und damit die Stellung und Funktion der Hochschullehrer verändern würden. In Britannien wurde gleichwohl das Prinzip der auf Leistung beruhenden grundsätzlichen Chance auf ein Hochschulstudium, unabhängig von der sozialen Herkunft, ausdrücklich unterstützt: So wurde es innerhalb der *AUT* nicht als Beschmutzung des Bildungsideals betrachtet, mit dem Ziel des Statusgewinns zu studieren. Die Rektoren und das *UGC* machten sich diese Argumentation ebenso wenig zu eigen. All ihren Argumentationen lag vielmehr der Gedanke zugrunde, dass die Studenten nach ihrer Ausbildung einen essentiellen Beitrag für die Nation leisten würden, weshalb die Nation sie während der Ausbildung unterstützen solle. Das Ideal der liberalen Bildung – die Kultivierung der Studenten – sollte dadurch erhalten bleiben, dass der Staat die Universitäten angemessen finanzierte, damit diese ohne Systemveränderung expandieren könnten. Wie bisher sollten die Studenten aus bildungsfernen Elternhäusern durch ein ausgeprägtes Gemeinschaftsleben kulturell den gebildeten Schichten angepasst werden. Nicht nur Intelligenz, sondern vor allem intellektueller Weitblick, Urteilsfähigkeit, kritisches Denken und die Fähigkeit, Gelerntes in einen größeren Rahmen einzuordnen, sollte alle Graduierten einer englischen Universität auszeichnen. Obwohl ein stattliches Viertel der britischen Studenten in den 1960er Jahren aus Arbeiterfamilien stammte, vertraten die Hochschullehrer die Auffassung, dass das herkömmliche Bildungsideal und das gängige Studieren in *one to one tutorials* nicht gefährdet werden müsse, so lange der Staat die Universitäten angemessen finanziere. Das traumhafte Zahlenverhältnis zwischen Dozenten und Studenten an britischen Universitäten, das in krasssem Gegensatz zu den Verhältnissen an deutschen Universitäten in den beiden Nachkriegsjahrzehnten stand, zeugt vom Erreichen dieses Zieles. Erst Anfang der sechziger Jahre äußerte die *AUT* Unbehagen gegenüber der wachsenden Anzahl von Schülern in Klassen, die zur Hochschulberechtigung führten.

In der deutschen Hochschullandschaft fehlten konstruktive Vorschläge zum Umgang mit den Studentenzahlen. Die Debatten zeigen, dass es den Professoren am liebsten gewesen wäre, die Uhr zurückzudrehen und wieder weniger Studienanwärter zu erhalten. Doch sie erwogen weder die Zulassungsbeschränkung noch eine Strukturveränderung der Universitäten, um der wachsenden Studentenzahl zu begegnen. Sie betrachteten die Situation an den Universitäten als Einbruch des Wohlfahrtsstaats in die Universität und bedauerten Vermassungserscheinungen unter den Studenten. Dennoch waren sie maßgeblich an der Einführung der allgemeinen Studienförderung beteiligt, und hier gestalteten sie konstruktiv mit.

Die finanzielle Versorgung der vor allem unmittelbar nach dem Krieg bedürftigen Studenten beschäftigte auch in Westdeutschland die Gemüter. Beklagt wurde, dass die Studenten nicht ernst-

haft studieren könnten, da sie ihr Studium durch Werkarbeit finanzieren müssten. Ob ihre soziale Lage oder schlicht Konsumhunger die Studenten zur Werkarbeit zwang, war umstritten. Berichteten die einen von Überlastung und quälender sozialer Notlage, sprachen die anderen von überhöhten Ansprüchen der Studenten und einer sich unter ihnen ausbreitenden „Rentnergesinnung“. Dennoch trieben die Professoren auf den großen Hochschulreformtagungen von 1955 und 1957 die Einführung der allgemeinen Studentenförderung erfolgreich voran. Es folgte jedoch bald eine Diskussion darüber, wer gefördert werden sollte. Diese förderte unterschiedliche Interessen zutage: Die Professoren wollten vor allem Begabungen belohnen, nicht aber Bedürftigkeit ausgleichen; letzteres würde den Wohlfahrtsstaat und mit ihm die Vermassung in die Universitäten tragen. Die Bedürftigkeitstests würden gerade die gebildeten Schichten leer ausgehen lassen. Obwohl die schwierige finanzielle Lage der Studenten den Anstoß für das Honnefer Modell gegeben hatte, waren die Professoren darüber enttäuscht, als bei der Einführung der Studentenförderung ausgerechnet die aus ihrer Sicht produktivste Bevölkerungsschicht leer ausging, weil das Familieneinkommen über der Fördergrenze lag. Die der Einführung des Honnefer Modells vorausgegangene Debatte über arme Studenten war in Westdeutschland also eher eine Debatte über die finanzielle Lage der traditionellen Bildungsschicht und ihres Nachwuchses.

Während in Westdeutschland eindringlich davor gewarnt wurde, den Wohlfahrtsstaat in die Universitäten zu tragen, bestand in Britannien weitgehend Einigkeit darüber, dass alle Studenten gefördert werden sollten. Auch dort sprachen die finanziellen Probleme des Staates gegen die Abschaffung der Bedürftigkeitstests (*means tests*). Von „Rentnergesinnung“ oder dem Einbruch des Wohlfahrtsstaates in die Universitäten war jedoch keine Rede. Dies dürfte mit der Begrenzung der Studienplätze zusammenhängen. In Britannien schafften es aufgrund des harten Wettbewerbs um Studienplätze viel weniger Schüler an die Universitäten. Die Verbliebenen stellten damit bereits eine Leistungselite dar. Klagen über Studenten, die besser an anderen Bildungsstätten geblieben wären, ergaben daher keinen Sinn, da die Universitäten selbst entschieden, wen sie zum Studium zuließen. So liegt der Hauptunterschied darin, dass der Zugang zu britischen Universitäten institutionell beschränkt war, während sich in Westdeutschland jeder Abiturient immatrikulieren konnte.

Doch die deutschen Professoren sträubten sich gegen Zulassungsbeschränkungen jenseits der Hochschulreife. Daher führte die Überfüllung der Hochschulen in Westdeutschland eher zur bangen Frage, wie die universitäre Ausbildung der Zukunft wohl aussehen würde. Hier wurden bereits Erfahrungen von überfüllten Lehrveranstaltungen und damit einhergehend fehlendem Kontakt zwischen Dozenten und Studenten gemacht. Damit schien das Ideal des Akademikers in die Vergangenheit verbannt. Ohne individuelles Gespräch und kleine Gruppen, in denen eine Elite ausgebildet werden konnte, schien eine Akademikerschicht nicht mehr formbar. Gerade angesichts dieser Sorgen ist es erstaunlich, dass eine Begrenzung des Zugangs zum Hochschulstudium nicht ernsthaft überlegt wurde. Auch die Vermehrung von Lehrstühlen lehnte der DHV ab, weil sie die Stellung des Ordinarius als Direktor seines Instituts und als alleinigen Vertreter seines Fachs verändern würde. Selbst der Bildung von festen Stellen im Mittelbau, den wissenschaftlichen Räten, konnten die Vertreter des Hochschulverbandes nichts abgewinnen. Zwar erkannten sie die Lage des Hochschullehrernachwuchses als prekär, ihm zu mehr Sicherheit zu verhelfen, wäre jedoch einer Systemveränderung gleichgekommen, die sie ablehnten. Die Haltung der deutschen Professoren vermittelt insgesamt den Eindruck der Starre und der Rückwärtsgewandtheit. Sie wünschten sich wieder weniger Anwärter auf Studienplätze, sahen aber die Schulen dafür in

der Verantwortung, nicht sich selbst bzw. die Universitäten. Eine doppelte Weigerung ist hier zu erkennen: gegen eine konkrete Veränderung im Bildungssystem und gegen den sozialen Wandel im Allgemeinen. Den deutschen Unwillen zur Veränderung hatte 1947 bereits eine *AUT*-Delegation britischer Hochschullehrer nach einem Besuch deutscher Universitäten diagnostiziert; sie hatte sich einen Eindruck von den dortigen Verhältnissen, Reformwillen und -möglichkeiten verschaffen wollen.¹

In die Kriegsjahre, als zahlreiche europäische Wissenschaftler im britischen Exil lebten, datiert der Vorläufer der 1944 gegründeten *International Association of University Professors and Lecturers* (*LAUPL*). Die *Association of Professors and Lecturers of the Allied Countries in Great Britain* hatte sich der Frage gewidmet, wie die europäischen Bildungssysteme nach Kriegsende wiederaufzubauen seien. Ihre Ziele waren die Förderung einer internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft (*academic fraternity*), die Sicherung der Freiheit von Forschung und Lehre und die gemeinsame Beratung universitärer Probleme, die entweder durch die *LAUPL* selbst oder aber durch die UNESCO angeregt würden.² Die Briten waren federführend in dieser Organisation, deren Büro sich bis 1961 in London befand.

Der Deutsche Hochschulverband trat der *LAUPL* 1951 bei und war seit 1959 äußerst unzufrieden mit der schwachen Organisation und Passivität der *LAUPL*. Mehrfach stellte der DHV-Vorstand den Sinn der Mitgliedschaft infrage, ohne diese aufzugeben. In Britannien wurde diese Kritik nicht zur Kenntnis genommen, die offensichtlich nicht Gegenstand einer Auseinandersetzung innerhalb der *LAUPL* gewesen ist.³ 1961 wurde das Büro dennoch nach Belgien verlegt, und DHV-Präsident Felgentraeger trat in den Vorstand ein. Außer fortwährenden Kommentaren über die Ineffizienz dieser Organisation zeugen die Akten des Hochschulverbandes auch danach nicht von einem Austausch in der *LAUPL*. Diese spielte inhaltlich innerhalb der *AUT* ebenso wenig eine Rolle, was dafür spricht, dass dieser internationale Zusammenschluss weder zu einer schlagkräftigen europäischen Vereinigung der Hochschullehrer wurde noch eine Gemeinschaft darstellte, innerhalb derer ein Ideenaustausch stattfand.⁴

Auf den ersten Blick erweckt die Berichterstattung über *LAUPL*-Treffen gleichwohl den Eindruck eines Transfers: Gesprochen wurde über die Beziehungen zwischen Hochschul- und Industrieforschung, die Gehälter und die Rechtsstellung der Hochschullehrer, die Freiheit der Wissenschaft und über internationale Angelegenheiten wie den Vergleich der akademischen Grade und den Austausch von Hochschullehrern.⁵ So glichen die auf der *LAUPL* diskutierten Themen

¹ 'The Universities in the British Zone of Germany. Report of the Delegation of the Association of University Teachers', in: *The Universities Review*, 19.1947, Nr. 3, S. 203-222.

² International Association of University Professors and Lecturers: Constitution and Purpose, Bl. 424, S. 1f., in: *AUT HQ, AUT Circulars 1943-1946*.

³ Niederschrift der 5. Sitzung des Vorstandes des Hochschulverbandes am 26.10.1951 in Marburg, TO 7; Niederschrift der 31. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 7.11.1959 in Frankfurt/M., TO 1; Niederschrift der 34. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 8.7.1960 in Saarbrücken, TO 6.

⁴ Niederschrift der 36. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 28.1.1961 in Frankfurt/M., TO 1; Niederschrift der 39. Vorstandssitzung am 11.11.1961 in Frankfurt/Main, TO 1; über den Untersuchungszeitraum hinweg lassen die Sitzungsprotokolle und Rundschreiben der *AUT* inhaltliche Aspekte der *LAUPL* ebenso aus wie Kritik an ihrer Arbeitsweise.

⁵ Prof. Hess und Prof. Thieme, Jahrestagung der International Association of University Professors and Lecturers (*LAUPL*) in Amsterdam (6.-11. April 1953)', in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. II, Nr. 2, Juni 1953, S. 11-13, hier S. 11.

immer denjenigen, die in Westdeutschland und Britannien als vordringlich galten. Obwohl sich die Problemwahrnehmungen der deutschen und britischen Mitglieder glichen, ist ein Einfluss der *LAUPL* nicht erkennbar. Es scheint sich vielmehr um Reaktionen auf parallele Entwicklungen gehandelt zu haben, die zum einen der europaweiten Universitätsexpansion und zum anderen dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats und dem wachsenden Wohlstand in beiden Ländern geschuldet waren.

Versuche eines Transfers von Britannien nach Westdeutschland gab es gleichwohl. Die Besatzungspolitik blieb nicht die einzige britische Initiative dieser Art. Direkt nach dem Krieg engagierte sich die *AUT* besonders für den Wiederaufbau der deutschen Universitäten. Auf Einladung des Kontrollrates besuchte Ende 1946 eine *AUT*-Delegation eine Reihe von deutschen Universitäten im britischen Sektor. Die neunköpfige Gruppe setzte sich unter anderen aus den Professoren Dodds,⁶ Pascal, Chorley, McLean und dem berühmten Soziologen T. H. Marshall zusammen, die bis auf einen alle deutsch sprachen. Jeder von ihnen hatte Verbindungen zu Westdeutschland, sei es durch das Studium oder durch die Arbeit für Kriegsministerien. Die Gruppe suchte das Gespräch mit allen Statusgruppen der deutschen Universitäten und formulierte darauf aufbauend Empfehlungen zur Reform der deutschen Universitäten.⁷

Der Bericht reflektiert die ernsthafte Sorge, die deutschen Universitäten seien aus sich heraus nicht reformierbar. Die deutschen Professoren hätten zu viele Entscheidungsbefugnisse und seien aufgrund ihres Alters überwiegend unbeweglich. Die sozialen Zusammensetzungen an den Universitäten und den höheren Schulen seien zu eng miteinander und beide so grundlegend mit der deutschen Sozialstruktur verzahnt, dass eine Reform des Bildungssystems nur im Rahmen grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen denkbar schien. So empfahlen die etwas ratlos wirkenden britischen Reformer unter anderem, jungen Hochschullehrern und vielversprechenden Studenten, die noch zu einem echten Aufbruch in eine demokratische Gesellschaft und Universität fähig seien, durch Kontakte zu britischen Kollegen und Aufenthalte an britischen Universitäten den Rücken zu stärken.⁸

Wohl waren den englischen Besuchern nicht das Ausmaß der Zerstörung und die schlechte mate-

⁶ Dodds war von 1942 bis 1948 Mitglied im Vorstand und von 1946 bis 1947 Präsident der *Association of University Teachers*. Eric Robertson Dodds, Jg. 1893, Sohn eines *headmasters* einer irischen *grammar school*; seit 1900 Halbweise, verbunden mit Abstieg von *upper middle class*- (*detached house*) zu *middle class*-Lebensstil (Doppelhaushälfte), Mutter Lehrerin, Eröffnung einer kleinen Privatschule; Besuch d. privaten *Campbell College*, Belfast; 1912 Stipendium *University College*, Oxford; befreundet mit Aldous Huxley, T.S. Eliot und T.W. Earp; Studium d. Übersetzung bei Prof. Gilbert Murray; 1914 Deutschland-Reise während d. Kriegsausbruchs; 1916 *College*-Verweis wegen offener Unterstützung d. irischen Osteraufstands, 1917 dennoch Zulassung zu Abschlussexamen (Auszeichnung); Schullehrer Dublin; 1919 Dozent für *Classics University College Reading* (später *Reading University*); 1924 Prof. f. Griechisch *University of Birmingham*; 1936-1960 *Regius Chair of Greek*, Oxford (Nachfolge Gilbert Murray); 1939 Kriegsdienst, seit 1941 Forschungsabteilung, Außenministerium, 1942-43 Kulturmission nach China; *Ehrungen*: Manchester, Dublin, Edinburgh, Birmingham u. Belfast; 1942 Mitgl. *British Academy*, Mitgl. *American Academy* u. *Institut de France*; *Honorary Fellow*, *University College*, Oxford. 1977 veröffentlichte Dodds seine Autobiographie *Missing Persons*; vgl. *AUT Council Minutes*, Mai 1947, S. 2.; ‚Professor E.R. Dodds‘, in: *The Times Obituaries Supplement*, 19. November 1979, S. va; ‚Dodds, Eric Robertson‘, in: *Who Was Who* 1971-1980, S. 220; Hugh Lloyd-Jones, ‚Dodds, Eric Robertson‘, in: *Dictionary of National Biography* 1971-1980, S. 245-247, hier S. 245f., Hugh Lloyd-Jones, ‚Dodds, Eric Robertson‘, in: *Dictionary of National Biography* 1971-1980, S. 245-247, hier S. 245f.; Eric Robertson Dodds, *Missing Persons. An Autobiography*, Oxford 1977.

⁷ ‚The Universities in the British Zone of Germany‘, S. 203; s. auch David Phillips, *German Universities after the Surrender*, Oxford 1983.

⁸ ‚The Universities in the British Zone of Germany‘, S. 205 u. 220.

rielle Lage der veramten Studentenschaft und der Universitäten entgangen. Noch bestürzter waren sie allerdings über die Struktur der Universitäten, besonders über die extreme Abhängigkeit der Dozenten von ihren Professoren. Um die Hierarchie innerhalb der Universitäten aufzuweichen, sollten die Dozenten und Assistenten dadurch gegenüber ihren Professoren gestärkt werden, dass zur Bewertung ihrer Qualifikationsarbeiten externe Gutachter herangezogen würden.⁹

Die Diagnose der Situation an deutschen Hochschulen zeugt von dem großen Selbst- und Sendungsbewusstsein, mit dem die Briten als Wiederaufbauhelfer nach Westdeutschland blickten. Ihr eigenes Bildungssystem erschien ihnen ebenso wie die eigene Sozialstruktur vergleichsweise offener. Schließlich wurden bereits seit 1907 kostenlose Plätze an englischen Sekundarschulen vergeben, und 1945 wurden sogar alle staatlichen britischen *grammar schools* gebührenfrei. In Deutschland schafften die Länder hingegen erst in den Nachkriegsjahrzehnten sukzessive das Schulgeld für den Besuch der höheren Schulen ab, und ein Stipendiensystem für mittellose Studenten wurde erst Ende der fünfziger Jahre mit dem Bafög eingeführt.¹⁰ Die Briten hätten sich deshalb einen Transfer ihrer sozialen Errungenschaften und eines Teils ihrer Universitätsstrukturen, zum Beispiel feste Stellen für junge Dozenten, gewünscht.¹¹ Insgesamt betrachteten die britischen Hochschullehrer es als ihre Pflicht, eine zivilisatorische Wirkung auf die Länder des Kontinents auszuüben.¹² Ein englischer Dozent hatte nach einem Auslandsjahr in Deutschland bereits vor dem offiziellen Bericht in der *Universities Review* die Entnazifizierung dahingehend kritisiert, dass sie viel zu schematisch vorangetrieben werde, um eine Erneuerung zu ermöglichen. Auch er schlug vor, so viele deutsche Studenten wie möglich für ein Jahr ins Ausland zu senden, vor allem nach Britannien, das als Vorbild besonders wichtig für die Deutschen sei. Viele persönliche Kontakte sollten aufgebaut werden, um deutschen Studenten die britische Denkweise nahezubringen.¹³

Der Bericht entfaltete keinerlei Wirkung. Erstens wurde er zu spät veröffentlicht, um überhaupt Konsequenzen nach sich ziehen zu können. Die besatzungspolitischen Voraussetzungen für die Umsetzung der Empfehlungen waren mit der Einrichtung der Bizone im Januar 1947 nicht mehr gegeben, da die Besatzungsmächte mit der Wiederherstellung der Länderhoheit die Handlungskompetenzen im Kulturbereich abgegeben hatten.¹⁴ Zweitens wurde die Kritik in Deutschland schlecht aufgenommen. Schließlich setzte sich in Britannien die Einsicht durch, dass solche Berichte Probleme nicht lösten, sondern eher verschärften. Fortan setzten die Briten darauf, die Re-

⁹ Ebd., S. 206 u. 213.

¹⁰ Ebd., S. 215; da die Schulpolitik in Deutschland in die Länderhoheit fiel, divergierten die Bestimmungen zum Schulgeld von Land zu Land. In den Landesverfassungen von Bremen und Hessen wurde 1949 geregelt, dass der Unterricht in öffentlichen Schulen und Hochschulen unentgeltlich sei. Lutz R. Reuter, 'Rechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen', in: *Handbuch für Bildungsgeschichte*, Bd. VI/1, S. 35-57, hier S. 40.

¹¹ Ebd., S. 220; vgl. Johannes Paulmann, 'Interkultureller Transfer zwischen Deutschland und Großbritannien: Einführung in ein Forschungskonzept', in: *Aneignung und Abwehr: Interkultureller Transfer zwischen Deutschland und Großbritannien im 19. Jahrhundert*, hg. v. Rudolf Muhs u.a., Bochum 1998, S. 21-43 und ders., 'Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts', in: *Historische Zeitschrift*, 267.1998, S. 649-685.

¹² AUT Council Minutes, Mai 1947, Punkt 15 a.

¹³ E. Colledge, 'The German Universities after the War', in: *The Universities Review*, 19.1947, S. 103-108, hier S. 103-105, Zitat S. 105.

¹⁴ Falk Pingel, 'Wissenschaft, Bildung und Demokratie – der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform', in: *Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949*, hg. v. Joseph Foscaphoth und Rolf Steininger, Paderborn 1985, S. 183-209, hier S. 188 u. 190.

formkräfte Westdeutschlands bei der Erarbeitung von Vorschlägen zu unterstützen. Daher wurde bei der Ernennung der Studienkommission zur Erarbeitung des Hamburger Blauen Gutachtens für eine Hochschulreform darauf geachtet, dass es sich fast ausschließlich um deutsche Mitglieder handelte, die der Öffentlichkeit auf der Basis einer Umfrage unter den Universitäten Reformvorschläge geben sollten.¹⁵

Wie blickte Westdeutschland ins britische Ausland? Es fällt ins Auge, dass bildungspolitische Akteure bewundernd auf Britannien verwiesen, aus britischer Sicht jedoch kaum aus den gewünschten Gründen: Nicht auf die weniger rigiden Hierarchien und die stärkere berufliche Sicherheit der *lecturers* und ebenso wenig auf die geöffneten *grammar schools* bezogen sich die Deutschen, wenn sie die paradiesisch anmutenden Zustände an britischen Universitäten lobten. Vielmehr taten es alle Charakteristika, die Elitenbildung ausstrahlten, den deutschen Besuchern an. Nach einer Reise, die ihn 1954 nach Oxford, Cambridge, Birmingham und Manchester geführt hatte, resümierte der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Studienstiftung Heinz Härten: „Statt der hastigen, etwas rohen Art, sich zu geben und zu parlieren“, verströmten britische Studenten eine „Gelassenheit, von der die unaufdringliche Höflichkeit an Tür und Treppe nur ein selbstverständlicher Teil ist.“ Ihre „Gesammeltheit“ hatte ihn an Klosterschüler erinnert und entsprechend beeindruckt. Den Unterschied zu den deutschen Studenten führte er auf das fantastische britische Stipendiensystem zurück. In Deutschland sei „eben jene Schicht, die ihre Kinder zur Hochschule schickt, um Besitz, Vermögen und um die alten Einkünfte gebracht“ worden. Während die Deutschen so täten, als stünde den Studenten das zum Studium notwendige Geld zur Verfügung, „haben in Wirklichkeit 80 000 junge Leute nicht das notwendige Geld und können nicht sinnvoll studieren.“ Dagegen finanziere der britische Steuerzahler die breit angelegte Begabtenförderung. Lobend hob er zudem die Differenzierung zwischen verschiedenen Stipendienarten hervor, von denen nur die prestigereichsten, direkt von den Universitäten ausgeschriebenen *scholarships* mit Stipendien der Studienstiftung des deutschen Volkes vergleichbar seien. In Oxford seien die so geförderten Studenten „an ihrem längeren Talar erkenntlich“ und säßen bei den Mahlzeiten an einem besonderen Tisch. Die „Ausstrahlung einer so gepflegten Elite“, so Härten, wirke auf die gesamte Hochschullandschaft zurück.¹⁶ Der deutsche Blick nach Britannien war in allen vorliegenden Berichten von Anerkennung geprägt.

In der direkten deutsch-britischen Auseinandersetzung über die universitären Systeme fielen durchaus klare Worte. Wiederum blickten die Briten kritisch nach Westdeutschland, während die Deutschen die Kritik zur Kenntnis nahmen und selbst das englische System schätzten, ohne es übernehmen zu wollen. Auf der bilateralen Universitätskonferenz in Königswinter im März 1956 wurde die britische Kritik ohne Gegenkritik in das deutsche Protokoll aufgenommen. Zuerst waren eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen den Universitäten beider Länder festgestellt worden: Die Persönlichkeitsbildung wurde über die reine Fachausbildung gestellt. Hinzu kam die Einheit von Forschung und Lehre und die Ansicht, dass „schon in der Art und Weise der Beschäftigung mit dem Stoff eine ‚typenbildende‘ Kraft“ liege, die im englischen Fall zum ‚gentleman‘ formte. Das Gefühl der Verantwortung der Universitäten gegenüber der Gesellschaft ver-

¹⁵ David Phillips, *Pragmatismus und Idealismus. Das ‚Blaue Gutachten‘ und die britische Hochschulpolitik in Deutschland 1948*, Köln 1995, S. 4 u. 104; vgl. zum Blauen Gutachten ausführlicher Kapitel 1 der vorliegenden Arbeit.

¹⁶ Bundesministerium des Innern, Deutscher Forschungsdienst. Der Sonderbeitrag. 29/54. Exklusiv. Was tut England für seine Begabungen?, in: BA B 106/1329, ohne Seitenzählung.

vollständigte die Gemeinsamkeiten.¹⁷ Unterschiedlich bewerteten die Konferenzteilnehmer dagegen die Veränderungsfähigkeit. Sie stellten den bei allem „Traditionsbewusstsein“ praktischen und nüchternen Briten die von starrem „Denken und Reagieren“ geprägten Deutschen gegenüber:

„Ausgeprägt erscheint das Denken in Kategorien und Institutionen. Traditionen haben eine viel stärkere retardierende Wirkung [...]. Die Bewahrung des ‚Althergebrachten‘, die Behauptung erworbener ‚Rechte‘ und das Ringen um Kompetenzen hindert an der raschen Umstellung auf die Gegebenheiten. Das vermittelt den Eindruck mangelnder Aufgeschlossenheit und Bereitschaft zum Kompromiß.“¹⁸

Beachtenswert ist, wie sehr die deutschen Teilnehmer den Überlegenheitsanspruch der Engländer anerkannten, ohne auf einen Veränderungsbedarf im bildungspolitischen Alltag zu schließen. Allerdings zeugt die Gegenüberstellung von britischen und deutschen Studenten und Systemen von einer verkürzten Sicht auf die jeweiligen Systeme, die einen Ideentransfer kaum zugelassen zu haben scheint. Präzise und differenzierte Analysen der beiden Systeme blieben ebenso aus wie Erwägungen von Transfermöglichkeiten.

Anhand der Gegenüberstellung von 4 Prozent Arbeitersöhnen in der deutschen und ca. 25 Prozent in der – jedoch nur halb so großen – britischen Studentenschaft ließen die Briten in der Diskussion keinen Zweifel daran, dass ihnen die Universitäten in Deutschland „wie die Institutionen von Privilegierten erschienen“. Die Einseitigkeit der Kritik, die aus dem Protokoll dieser Tagung spricht, ist frappierend – angesichts der in Britannien eingesetzten Intelligenztests und den mit elf Jahren zu absolvierenden Zulassungsprüfungen zu *grammar schools* (11+-Tests), die beide die Kinder der *middle class* gegenüber tendenziell später entwickelten Arbeiterkindern bei der Auswahl für die höheren Schulen begünstigten; angesichts der Einteilung von Schulen in einen prestigereichen privaten und einen weniger prestigeträchtigen öffentlichen Sektor; angesichts der weiteren Trennung der öffentlichen Schulen in *grammar schools*, die an das Modell der *public schools* angelehnt und de facto *middle class*-Institutionen waren, während die *secondary modern schools* den Rest der Schüler versorgten und kaum den Weg in die Universitäten ebneten; angesichts der Differenzierung von Hochschulen in gut ausgestattete Prestige-Universitäten und in der Hierarchie deutlich darunter stehende Provinzuniversitäten. All diese institutionellen Charakteristika des britischen Bildungssystems erlaubten es, sowohl die gebildeten Schichten zu beschwichtigen, die weitgehend unter sich bleiben konnten als auch den Aufstiegswillen der Massen zu befriedigen. Sie können jedoch kaum als Kennzeichen eines sozial offenen und meritokratischen Systems gelten. Einmal mehr wird der Eindruck erweckt, dass der deutsche Blick nach Britannien die attraktiven Seiten des Systems in den Vordergrund stellte, während der Blick in die umgekehrte Richtung ganz richtig die Starrheit des deutschen Systems herausstellte, ohne auch nur eine Schlagseite des eigenen Systems ins Blickfeld zu rücken.

¹⁷ WRK Berichte, Diverses. Zusammenfassender Bericht über die englisch-deutsche Universitätskonferenz in Königswinter, vom 5. März – 7. März 1956, Göttingen, den 13. März 1956, verfasst von Hans-Joachim Eick, Bl. 3f., in: ZZBW/FZ 1319/1 (6/55-3/56). Akte ohne Titel.

¹⁸ Ebd., Bl. 4.

7 Britische Unternehmer: Die Jagd nach talentierten Graduierten

Die britischen Unternehmerverbände mussten sich in der Nachkriegszeit damit arrangieren, dass begabte Schüler der *grammar schools* zunehmend weg von der Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung und hin zum Universitätsstudium drängten. Zunächst versuchten sie sich gegen diesen Wandel zu stemmen. Im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre akzeptierten sie jedoch die Bildungspräferenzen der Jugendlichen und erkannten zudem einen wachsenden Bedarf der Industrie an Hochqualifizierten. Zum anderen kämpften Industrielle in den zwei Nachkriegsjahrzehnten für ein höheres Ansehen des Managements unter Studenten, die sie zunehmend als potentielle Arbeitskräfte ins Auge fassten. Vor allem herausragende Absolventen wollten sie für den Eintritt in die Wirtschaft gewinnen.

Freiwilligkeit statt Pflicht: Die Bildung der Fünfzehn- bis Achtzehnjährigen

Der vom späteren Lord und Rektor der *Open University* Sir Geoffrey Crowther geleitete *Central Advisory Council for Education (Crowther Committee)* lud 1957 ein, zu seinen Empfehlungen für die Bildung von Fünfzehn- bis Achtzehnjährigen Stellung zu nehmen. Zur Debatte stand unter anderem die seit der Bildungsreform von 1944 verschobene Anhebung des Schulpflichtalters von fünfzehn auf sechzehn Jahre.¹ Die *British Employers' Confederation (BEC)* lehnte diese ab. Sie wollte das Bildungsangebot zwischen fünfzehn und achtzehn Jahren nur für begabte Kinder erweitert sehen. Zukünftige Techniker, Handwerker oder Arbeiter würden dagegen eher von einer betrieblichen Ausbildung profitieren. So habe die letzte Erhöhung des allgemeinen Schulalters nicht zu einer Verbesserung des allgemeinen Bildungsstandards geführt, denn die Schüler lernten im letzten Schuljahr kaum Neues. Auch seien die Jugendlichen wenig an Weiterbildung interessiert. Nur Einzelne nutzten das bestehende Angebot der Unternehmen an *further education*. Die Institution des *day-release*, der tageweisen Freistellung junger Arbeiter zu Bildungszwecken, sei ausreichend und dürfe nicht durch die Gründung neuer Institutionen verdrängt werden. Die *BEC* forderte dagegen, dass alle die ihren Anlagen entsprechende bestmögliche Ausbildung erhalten sollten. Deshalb sollten nur dafür Geeignete ein weiteres Jahr zur Schule gehen. Wichtiger als die quantitative Bildungsausweitung sei die Begabtenförderung. Die *BEC* diagnostizierte einen finanziellen *trade off* zwischen der Ausweitung der Schulpflicht und der Begabtenförderung:

„[T]he best possible provision [...] for those children who are likely to be able to derive the greatest benefit from any extension of educational facilities [...] should not be sacrificed for the purpose of increasing the facilities for children who, on account of their abilities, interests or temperaments, are likely to derive little benefit.“²

Die *Federation of British Industries (FBI)* zollte der Entwicklung zur längeren Schulbildung zwar grundsätzlich Anerkennung und stellte die Gebote von Wahlfreiheit, Chancengleichheit sowie eines ganzheitlichen Bildungsideals in den Vordergrund, argumentierte jedoch ähnlich wie die

¹ BEC Bulletin (im folgenden Bulletin), Nr. 67, v. 31.7.1957, S. 3 und Bulletin, Nr. 78, v. 22.1.1958, S. 3; zum *Crowther Committee* s. Kapitel 10.

² Lettre from the secretary of the BEC [von 1949 bis 1961 teilten sich F. J. C. Honey und K. J. Burton diese Funktion] to John A Humphreys, Esq., Secretary of the Central Advisory Council for Education (England), v. Januar 1958, in: MRC Warwick, MSS.200/C/EDU/1/52; zusammengefasst in *Bulletin*, Nr. 78, v. 22.1.1958, S. 3.

BEC gegen die Erhöhung des Schulpflichtalters. Würden die Institutionen nur für jene verbessert, die ihre Bildungslaufbahn freiwillig fortführten, hielten sich die zunehmenden Lasten für Lehrer sowie die Kosten für die Unterbringung und Ausstattung von Schulen im Rahmen des Machbaren. Wahlfreiheit legte die *FBI* vor allem als Freiheit aus, auf den weiteren Schulbesuch zu verzichten. In Übereinstimmung mit der *BEC* favorisierte sie, anstelle der Schulpflichtverlängerung die berufsbegleitende Bildung auszubauen. In deren Mittelpunkt sollten Allgemeinbildung und die Ausbildung kultureller Interessen stehen. Die Unternehmer wünschten sich

„the production of men and women whose general knowledge and cultural interests have been developed to the full extent of their capacity“.³

Für die Herstellung von Chancengleichheit erachteten *FBI* und *BEC* andere Maßnahmen als erfolgversprechender, beispielsweise die Gewährleistung höherer Flexibilität beim Übergang von der einen zur anderen Schulform und die Angleichung von Bildungschancen zwischen unterschiedlichen Kommunen. Die britischen Unternehmer wählten eine offenere Terminologie als ihre deutschen Kollegen und stellten mit Wahlfreiheit, Begabtenförderung und Allgemeinbildung einen bürgerlichen Anspruch an alle Schulabsolventen. Dies ist jedoch eher Ausdruck einer sozial inklusiveren Diskussionskultur als einer größeren Offenheit gegenüber schulpolitischen Veränderungen mit der Folge von längeren Ausbildungszeiten.

Im Gegensatz zur Industrie diagnostizierte der Crowther-Ausschuss einen hohen Talentverlust. Zu wenige Begabte besuchten eine *grammar school*. Zu viele von diesen verließen die Schule bereits vor dem achtzehnten Lebensjahr. Entsprechend empfahl Crowther, die Schulpflicht bis Ende der 1960er Jahre auf das bereits im *Education Act* von 1944 anvisierte Alter von sechzehn Jahren anzuheben.⁴

Die vom Ausschuss als verlorene Talente Bezeichneten stellten für die Unternehmen jedoch ein begehrtes Potential an Arbeitskräften dar. Die Arbeitgeber schöpften vielversprechenden Nachwuchs traditionell aus der Menge derer, die trotz guter Fähigkeiten so früh wie möglich von der Schule abgingen. Die Sonderausgabe des *BEC-Bulletins* zum *Crowther Report* von 1960 verdeutlicht, dass sich die Arbeitgeber dennoch weiterhin eines großen Talentreservoirs sicher waren: Viele der *grammar school*-Absolventen verfügten zwar über ausgeprägte akademische Fähigkeiten, doch so lange die Rekrutierungspraxis der Universitäten unvollkommen bleibe, würden viele begabte Jungen und Mädchen aus den *grammar schools* in Industrie und Handel strömen – angesichts der niedrigen Studentenquoten in Britannien eine begründete Hoffnung. Über zwei Fünftel der besten zehn Prozent aller Jungen verließen die Schule mit sechzehn.⁵ Zudem wurde die Ausweitung der Schulpflicht auf sechzehn Jahre aus finanziellen Gründen erst 1973 eingeführt.⁶

Die Empfehlungen des *Crowther Committee* lösten keinen Sturm der Entrüstung aus, obwohl das Unternehmertum sowohl bei der Debatte über die Erhöhung der Schulpflicht als auch über die Erweiterung verpflichtender Tagesschulbesuche für Auszubildende jahrelang für das Prinzip der

³ Brief an P.J. Casey, *BEC*, v. 6.3.1958, von *FBI* „Education Section Technical Department“, gezeichnet Perry, in: MRC Warwick, MSS.200/C/EDU/1/52.

⁴ Ministry of Education, 15 to 18. A Report of the Central Advisory Council for Education (England), Volume 1. Report, London 1959, repr. 1960, S. 454 u. 456 (Crowther Report).

⁵ *Bulletin*, Nr. 140, v. 10.8.1960, *Supplement*, S. 7.

⁶ Robert G. Burgess, ‚Aspects of education in post-war Britain‘, in: *Understanding Post-War British Society*, hg. v. James Obelkevich und Peter Catterall, London 1994, S. 128-140, hier S. 129.

Freiwilligkeit plädiert hatte. Vielmehr erklärte die *BEC* in einer Zusammenfassung von Crowthers Empfehlungen für die deutschen Arbeitgeberverbände: Der Bericht sei in eine Zeit gefallen, in der sich innerhalb der Industrie die Erkenntnis durchgesetzt habe, dass die jungen Menschen eine solidere Bildung und mehr Flexibilität in den Beruf einbringen müssten. Dies habe dem Prinzip der Weiterbildung einen neuen Sinn verliehen.⁷ Den eigenen Mitgliederverbänden gegenüber argumentierte der *BEC*-Bildungsausschuss, ein zusätzliches Schuljahr bringe mehr Vor- als Nachteile, zumal die Unzufriedenheit von Arbeitgebern über den Bildungsstandard der neu in die Betriebe eintretenden Jungen und Mädchen gewachsen sei.⁸

Bis 1961 vollzog die *FBI* eine weitere Kehrtwende: In ihrem Memorandum an das *Robbins Committee* räumte sie ein, dass mehr Schüler als die tatsächlichen Studienanfänger von einem höheren Bildungsabschluss zu profitieren versprochen. Sie verwies dabei auf den von der *Nuffield Foundation* in Auftrag gegebenen Bericht *The Chosen Few*, demnach 1960 ungefähr vier Prozent der Jungen und zwei Prozent der Mädchen ein Studium aufnahmen. Ihr Anteil ließe sich schätzungsweise auf sieben respektive vier Prozent anheben.⁹ Dieser Prognose widersprach die *FBI* nicht.¹⁰ Bereits vor dem Kriegsende näherten sich Universitäten und Unternehmer einander an, um über die Rekrutierung von Graduierten in die Industrie zu sprechen.

Die Besten für die Industrie? Bedarf und Gegenleistung

Während sich die *BEC* lange auf Schulabgänger konzentrierte, wandte sich die *FBI* früh der Werbung von Universitätsabgängern zu. Sie erkannte, dass die Industrie den bisher direkt aus den Schulen heraus rekrutierten Begabten in die Universitäten folgen musste, wollte sie sinkenden Begabungen von Berufsanfängern in der Industrie vorbeugen. Doch viele Firmen hätten diese Notwendigkeit noch nicht erkannt. Die Überzeugungsarbeit der *FBI* und später auch der *BEC* hatte daher eine doppelte Stoßrichtung: nach außen an die Abgänger der höheren Schulen und Hochschulen, nach innen an die Unternehmen. Als Voraussetzung für das Erreichen der Studenten wurde die Annäherung zwischen Universitäten und Wirtschaft betrachtet, da die Studenten der Industrie großes Unverständnis entgegenbrächten. Die Jahre an der Universität schienen sie gesellschaftlich relevanten Feldern zu entfremden. Nach einer 1942 im Oxforder *Nuffield College* durchgeführten Konferenz brachte eine Reihe von bedeutenden Unternehmern, Politikern und Bildungsvertretern das Problem auf den Punkt:

„Complaint is often made that the Universities seldom send their best men into industry; and the common retort is that industry is often unappreciative of the University-trained man. To some extent, both complaints are justified; and a part of the explanation of both is that there are too few contacts between the Universities and industry.“¹¹

⁷ Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Visit of B.E.C. Office Bearers to Germany 1960. Cologne Meeting with B.D.A. – October 1960. Developments in the Field of Social Politics over the past year, S. 6, in: MRC Warwick, MSS.200/B/3/3/911B.

⁸ *Bulletin*, Nr. 140 v. 10.8.1960, *Supplement*, S. 4.

⁹ W.D. Furneaux, *The Chosen Few. An Examination of Some Aspects of University Selection in Britain*, Oxford 1961.

¹⁰ „Memorandum submitted by The Federation of British Industries, 13th October, 1961“, in: Committee on Higher Education, *Higher Education. Evidence – Part One. Volume A*, S. 571-577, hier S. 573.

¹¹ G.D.H. Cole, *Industry and Education. A Statement, 1943*, S. 23, in: AUT HQ, Reports etc. 1921-1949. Es handelt sich um eine Publikation von *Nuffield College*, Oxford, veröffentlicht von Oxford University Press. Die Erklärung ging aus einer Tagung von 1942 hervor und ist von zahlreichen Prominenten – u.a. der Industrielle, Kunstsammler und

In den folgenden zwei Jahrzehnten sollten diese Feststellungen unverändert zutreffen. Die beiden Gesellschaftsbereiche gingen wiederholt aufeinander zu, um Ansichten und Forderungen auszutauschen. Zu einer Tagung des *Campaign Committee for the Expansion of Higher Education* im Oktober 1947, dem Bildungsorganisationen wie die *Association of University Teachers* angehörten, delegierte die FBI Sir Charles Tennyson,¹² den Vorsitzenden ihres *Education Committee* und des Beirats von *Bedford College* in London. Er stellte in seiner Rede über die Erwartungen der Industrie an die Hochschulexpansion eine große Diskrepanz zwischen den Leistungen der Universitäten und den Bedürfnissen der Industrie heraus:

„Industry needs a greater influx of university-trained minds than in the past. We are not only behind other countries in our scientific research, but also in general management and particularly in new developments, personal management and in the export field.“

Darüber hinaus bilde die Universität nicht für die Industrie zentrale Fähigkeiten aus. So seien für das Management kaum Naturwissenschaftler zu finden, da diese selten Managementaufgaben zu übernehmen wünschten und schlechter geeignet seien als Männer mit einer breiteren Ausbildung. Daraus folge die Isolation von Forschung und Management, die ein Hindernis bei der Umsetzung neuer Forschungsergebnisse darstelle.

Tennysons zweiter Punkt bezog sich auf das industrieinterne Problem der betrieblichen Aufstiegsmuster, die durch die zunehmende Anzahl von Graduierten gestört waren. Dem in den Unternehmen vorherrschenden Wunsch, von innen zu fördern und zu befördern, liege das Ideal zugrunde, grundsätzlich allen begabten Betriebsangehörigen den Aufstieg bis in höchste Positionen zu ermöglichen. In Widerspruch dazu stehe jedoch die zunehmende Erkenntnis, dass unabhängiges Urteil an der Universität besser als *on the job* trainiert werde. Daher erhielten in einigen Unternehmen ausgewählte Arbeiter zwischen 23 und 25 Jahren die Möglichkeit, drei Monate lang universitäre Sommerschulen zu besuchen, mit sehr positiven Ergebnissen. Umgekehrt seien in der Industrie Geisteswissenschaftler mit Interesse an Mechanik problemlos zu Technikern auszubilden. Während die Universitäten zu eng ausbildeten, um Fachgelehrte jeweils kleiner Gebiete heranzuziehen, sei es wesentlich, die Studenten an den Universitäten für das Leben auszubilden.¹³

Tennysons Überlegungen waren Teil einer größeren Debatte über die Funktion der Universitäten, die seit Jahren dahingehend kritisiert wurden, dass sie ihren Studenten nicht vermittelten, die Gesellschaft als Einheit und ihre Rolle als Spezialisten innerhalb dieser Einheit zu verstehen.¹⁴ Diesen Weitblick schrieben Industrielle eher Geistes- als Naturwissenschaftlern zu und begrün-

Gründer des Londoner Courtauld Institute of Art Samuel Courtauld und der in zahlreichen einflussreichen Bildungsinstitutionen vorsitzende Sir Cyril Norwood, der den *Norwood Report on Curriculum and Examinations in Secondary Schools* federführend veröffentlichte– unterschrieben.

¹² Charles Bruce Locker Tennyson, 1915 CMG, 1945 Kt, Jg. 1879; Eton; King's College, Cambridge (Scholar); barrister, Gray's Inn; 1911-1919 Rechtsberater Colonial Office; 1928-1948 Secretary, Dunlop Rubber Co. Ltd.; Ämter: 1946-1953 Chairman Council, Bedford College, London Univ.; VicePres. FBI (später Dep. Dir.); Ehrendoktor- u.a. akad. Würden: Fellow Bedford College, Hon. Fellow King's College und Royal College of Art; FRSL; LLD Cambridge; DLitt Leicester University; zahlr. Publikationen, darunter eine Autobiographie; Tennyson war ein Neffe des Dichters Alfred Tennyson; Mitgl. Cambridge Golfmannschaft.

¹³ In der sich nach zwei weiteren Reden anschließenden Diskussion wurde auf die Kommentare von Sir Tennyson nicht konkret eingegangen, was angesichts der Präsenz von Gewerkschaftsvertretern überrascht. Einen Streit mit Gewerkschafts- oder Bildungsvertretern provozierten seine Aussagen offensichtlich nicht. Vgl. Report of a conference on Britain's need for Higher Education, with a foreword of Lord Lindsay of Birker, London 1947, in: AUT HQ, AUT Circulars 1943-46, ohne Blattzählung, S. 6, Zitate ebd.

¹⁴ Brian Simon, *Education and the Social Order, 1940-1990*, London 1991, S. 65.

deten damit ihr Interesse an *arts graduates*. George Chelioti, *director* bei *General Electric* und Ratsmitglied im *British Institute of Management* und der *Engineering Employers' Federation*, äußerte 1948 in der *Universities Review*, Geisteswissenschaftler eigneten sich für Management wie Fabrik. Im Gegensatz zu durchschnittlichen Naturwissenschaftlern seien sie kultiviert und verfügten über ausgeprägte Fähigkeiten im persönlichen Umgang mit Menschen. Bedauerlicherweise werde ihnen an den Universitäten die Industrie nicht ausreichend nahegebracht, um ihr Verständnis und ihr Interesse an der Wirtschaft zu wecken.¹⁵

Ein erster gezielter Annäherungsversuch zwischen Industrie und Universitäten auf breiterer Basis war die 1949 von der *FBI* organisierte Konferenz zum Thema Industrie und Universitäten in Leamington Spa – die erste gemeinsame Veranstaltung von Industrieverband und Rektorenvereinigung. Vertreter von *public schools* und *direct grant schools*¹⁶ waren ebenso eingeladen. So kamen die Ausbilder mit den potentiellen Arbeitgebern der Jugendlichen zusammen. Laut Tennyson teilten Universitäten, Schulen, Industrie und die ganze Nation das lebhafteste Interesse an den Fähigkeiten und der Bildung von Schulabgängern und Hochschulabsolventen. Den Hintergrund für die Konferenz bilde die Erkenntnis, dass die Industrie sowohl für die Forschung als auch für die Anwendung mehr Hochschulabgänger als bisher benötigte. Obwohl sich diese Einsicht noch nicht überall in der Wirtschaft durchgesetzt habe, teilten sie alle anwesenden Repräsentanten der Industrie.¹⁷

Diese traten jedoch nicht nur als Bittsteller auf. Die Zusammenarbeit lag ebenso im Interesse der Universitäten.¹⁸ So verdeutlichte Sir Hubert Henderson von der *University of Oxford*, Handel und Industrie müssten die wachsende Anzahl von Hochschulabgängern absorbieren, um eine hohe Arbeitslosigkeit unter Hochschulabgängern zu verhindern. Während sich die Universitäten aufgrund ihrer Verantwortung gegenüber ihren Absolventen diesem Problem erst zuwenden müssten, anerkannte Henderson die ihm bislang nicht bekannte Arbeit der *FBI* auf diesem Gebiet.¹⁹

In der Diskussion über die Einführungsreferate diagnostizierte Lord Eustache Percy von der *University of Durham* eine soziale Revolution, die nicht nur Folge vergangener Bildungsreformen sei. Vielmehr trage die Industrie eine Mitschuld an den ständig wachsenden Studentenzahlen, denn während Industrielle für öffentliche bildungsfeindliche Lippenbekenntnisse bekannt seien, stellten sie in der Praxis irrelevante akademische Anforderungen an die Jugendlichen. Immer längere Ausbildungszeiten dürften daher niemanden überraschen. Ein bekannter Industrieller und ehemaliger Kollege im *House of Commons* habe beispielsweise einmal kritisiert, dass zu viele Jugendliche eine Sekundarschulausbildung erhielten. Direkt im Anschluss an diese Bemerkung habe er sich damit gebrüstet, noch nie einen Jungen ohne *matric* eingestellt zu haben. Diese zwiespältige Haltung stelle unter Industriellen keine Ausnahme dar. Seit ihr *secondary school boy* studiere, habe

¹⁵ George Chelioti, 'Industry and the University Graduate', in: *The Universities Review*, 20.1948, Nr. 2, S. 104-109, hier S. 108f.

¹⁶ Die angesehenen unter den als *direct grant schools* bezeichneten *grammar schools* hatten einen ebenso guten Ruf wie die renommierten unter den privaten *public schools*.

¹⁷ Sir Charles Tennyson, General Introduction to the Conference, in: Report of the Conference on Industry and the Universities. Organised by the FBI Education and Industrial Research Committees and held at Ashorne Hill, Leamington Spa, Warwickshire 25 to 28 November, 1949 (im folgenden Industry and Universities Conference 1949), London 1950, S. 7f., in: CVCP, MRC Warwick, MSS.399/3/CON/2.

¹⁸ The Universities and Industry v. D.R.O. Thomas, datiert 10.6.1965, in: BEC, MRC Warwick, MSS.200/C/3/EDU/15/3.

¹⁹ Sir Hubert Henderson, The viewpoint of the universities, in: Industry and Universities Conference 1949, S. 12.

die soziale Revolution die Industrie eingeholt. Die Rechnung für diese Entwicklung werde die bald entstehende arbeitslose Intelligenz zahlen.

Die Forderung nach den *best brains* des Landes legte Percy anschließend als Schielen der Industrie auf *Oxbridge*-Graduierte aus und erteilte dem eine klare Absage: Die Industrie rekrutiere nicht den klassischen Typ des *Oxbridge boy*, sondern die Abgänger von Provinzuniversitäten. Es handle sich hierbei nicht um Söhne von Landbesitzern oder ländlichen Pfarreien, sondern um früher an Sekundarschulen ausgebildete Jungen, die in bildungsfernen Elternhäusern weitgehend ohne Bücher aufgewachsen seien. Von ihnen sei im ersten Studienjahr noch nicht die Fähigkeit zu erwarten, gutes Englisch zu schreiben. Bei den sozialen Zusammenkünften in den *residential universities* (Campus-Universitäten) könnten sie sich fehl am Platze fühlen, weshalb sie dort weniger gut aufgehoben seien. Nicht zuletzt sei gerade der junge aufstrebende Geisteswissenschaftler weniger gegen die Frustrationen der ersten Arbeitsjahre gefeit als der klassische *Oxbridge boy* aus der Oberschicht – eine Analyse, die Percy nicht näher begründete. Er riet den Industriellen, sich von der Vorstellung von *arts graduates* als Überfliegern zu verabschieden, die sich grundsätzlich zum *general manager* eigneten. Lieber sollten sie sich auf ihren Bedarf an Männern für mittlere Positionen besinnen. Dafür geeignete Absolventen hätten die Universitäten trotz ihrer hohen Standards immer in großer Anzahl entlassen: „good, solid, sensible pack-horses to run the work of the world“.²⁰ Dieser doppelte Verweis auf die für die Bedürfnisse der Industrie angeblich ausreichende weniger prestigereiche Auswahl an Absolventen, zum einen auf *Redbrick*-Studenten und zum anderen auf den Durchschnitt, lief den Forderungen der Industriellen zuwider. Mit seiner schroffen Replik, ihn interessiere vor allem die Einstellung eines Mannes dazu, seine Hände schmutzig zu machen, verlieh Sir Norman Kipping²¹ seiner Empörung über Lord Percys Worten Ausdruck. Immerhin pflichtete der *director* der *FBI* seinem Vorredner dahingehend bei, dass Geisteswissenschaftler nicht durch mangelnde Aufstiegsperspektiven in der Industrie abgeschreckt werden dürften.²² Nach diesem ersten großen Zusammentreffen fanden zwischen Industrie und Universität von 1949 bis 1952 Regionalkonferenzen in Oxford, Bristol, London, Birmingham, Leeds und Nottingham statt.²³

Der Bericht über die zweite nationale Konferenz im Oktober 1952 in Leamington Spa reflektiert abermals den von der Industrie ausgehenden Wunsch, ihren Anteil an begabten Jugendlichen zu erhöhen. Die Industrie müsse, so die von Kipping, C.R. Morris²⁴ und D.R.O. Thomas²⁵ zusam-

²⁰ Industry and Universities Conference 1949, S. 55-57.

²¹ Norman (Victor) Kipping, 1966 GCMG, 1962 KBE, 1946 Kt, Justice of Peace, Jg. 1901; University Coll. School; Birkbeck College; diverse Positionen bei GPO, Int. Western Electric Co., Standard Telephones & Cables Ltd.; 1942-1945 Head of Regional Div., Ministry of Production, 1945 UnderSec. Board of Trade; 1946-1965 DirGen. FBI; BBC Adv. Council; 1960-1971 Chairman Council University Coll. School; Ehrungen: Hon. Fellow, BIM; 1966 Hon. DSc Loughborough; Clubs: East India, Devonshire, Sports and Public Schools.

²² Ebd., S. 62.

²³ Vgl. die Einleitung zum Report of the Universities and Industry Conference. Organised by the Federation of British Industries and the Committee of Vice-Chancellors and Principals of the United Kingdom and held at Ashorne Hill, Leamington Spa, Warwickshire, 24-26 October 1952, London, o. S. (im folgenden Universities and Industry Conference 1952).

²⁴ Charles Richard Morris, 1953 Kt, 1963 KCMG, Jg. 1898; Tonbridge School; Trinity College, Oxford; 1921-1943 Fellow u. tutor, Balliol College; 1941-1948 Headmaster, King Edward's School, Birmingham; 1948-63 Vice Chancellor, Leeds; 1939-1942 Ministry of Supply; 1942-1943 under secretary, Ministry of Production; 1952-1955 Chairman, Committee of Vice-Chancellors and Principals; Club: Athenaeum.

²⁵ Keine biographischen Angaben.

mengefassten Hauptergebnisse der Konferenz, sowohl mehr intellektuell befähigte Personen als auch mehr Absolventen von durchschnittlicher Qualität und guten persönlichen Anlagen rekrutieren. Die talentierten *grammar school boys* würden in nur wenigen Jahren ausnahmslos an die Universitäten strömen und damit der Industrie nicht mehr zur Verfügung stehen. Andererseits könne die Industrie den Graduierten nur begrenzte Möglichkeiten bieten. In den meisten technischen Industrien arbeiteten nur vier Prozent aller Beschäftigten in wissenschaftlichen, administrativen und Management-Positionen. Rein rechnerisch könnten gar nicht alle Graduierten in hohe Positionen gelangen. Die Industrie brauche zudem dringend gute Männer für das mittlere Management und für Aufgaben, die ein ebenso ausfüllendes und interessantes Arbeitsleben ermöglichten. Die Schulen trügen hier mindestens eine Teilschuld, da sie nicht ausreichend über Karrieremöglichkeiten in den angewandten Wissenschaften informierten.²⁶ Letztlich wünschte sich die Industrie für mittlere Stellen höher qualifizierte Angestellte als früher. Diesen bot sie jedoch nicht mehr an als früher den begabten *grammar school boys* und fürchtete daher, dass alle mit guten Wahlmöglichkeiten sich für andere Berufe entscheiden würden.

So sahen es auch die Rektoren, wie die Rede des Rektors der *Queen's University* in Belfast, Eric Ashby²⁷ über die Abwanderung allen Talents an die Universitäten verdeutlicht: Früher habe die Industrie nicht in Konkurrenz zur Universität gestanden, welche nicht die Klugen von den Dummen, sondern nur die Reichen von den Armen geschieden habe. Daher habe die Industrie aus einem großen Reservoir begabter Schüler schöpfen können, denen die Universitäten aus finanziellen Gründen verschlossen geblieben waren. Bald würden die Universitäten hingegen über das Talentmonopol aller Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen verfügen. Die Universitäten legten es nicht darauf an, doch akzeptierten sie die Entwicklung stillschweigend. Indem sie billigten, dass Armut kein Studienhindernis mehr sei, übernahmen sie eine größere Verantwortung für ihre Studenten und müssten sich auf deren Bedürfnisse einstellen. Dieses Gebot gelte gleichermaßen für die Industrie. Sie werde zunehmend ihre Manager unter Hochschulabsolventen rekrutieren – nicht weil die Universitäten die von der Industrie benötigten Qualitäten ausbildeten, sondern weil alle Talentierte studieren würden. Ihr Monopol auf Talent verpflichte die Universität dazu, die Bedürfnisse der Industrie in Erfahrung zu bringen. Ihr obliege die Aufgabe, ihre Studenten für eine Karriere in der Wirtschaft zu motivieren.²⁸

Diese Analyse war zwar falsch, denn aufgrund knapper Studienplätze konnten viele Begabte gar nicht studieren, doch stimmte sie mit der Diagnose der Unternehmer überein, die sich deshalb den Universitäten annäherten. Gleichwohl bezeichnete A.M. Watson von *J. and P. Coats Limited* die Aussicht, dass die Industrie zukünftig fähige Arbeitnehmer nur noch von den Universitäten rekrutieren könne, als Desaster. Sollte die geschilderte Entwicklung realistisch sein, obwohl nicht alle begabten Schüler zum Studium neigten, so bliebe begabten Schulabgängern zukünftig jegliche

²⁶ Universities and Industry Conference 1952, Einleitung und Zusammenfassung, o.S., gezeichnet von Norman Kipping, C.R. Morris und D.R.O. Thomas, Januar 1953, in: Committee of Vice-Chancellors and Principals, MRC Warwick, MSS.399/3/CON/2.

²⁷ Eric Ashby, 1973 life peer, 1956 Kt, Jg. 1904; City of London School; Imperial College, London; 1926 längerer Aufenthalt in Deutschland; 1926 demonstrator, 1931 lecturer, Imperial College; 1935 reader in botany, University of Bristol; 1938 Prof., Univ. Sydney, 1946 Manchester; 1950 President u. Vice-Chancellor, Univ. of Belfast; 1957 Master of Clare College, Cambridge (nach Wahl zum Fellow); 1967-1969 Vice Chancellor Cambridge; 1963 Fellow Royal Society.

²⁸ Universities and Industry Conference 1952, S. 26, 28 u. 29.

Aufstiegschance durch Bewährung am Arbeitsplatz verschlossen. Dies dürfe nicht eintreten.²⁹ Doch waren auch positive Stimmen zur antizipierten Expansion der höheren Bildung zu vernehmen. So resümierte Ralph Colman von der *Nordic Shoe Company Limited* seine Erfahrungen von Universitätsbesuchen, Vorträgen und der laufenden Konferenz optimistisch: Industrielle dürften in Zukunft mit zahlreichen Universitätsabsolventen rechnen, wenn sie diesen erstrebenswerte Karrieren anböten. Es liege in ihrer Hand, *undergraduates* mit verlockenden Angeboten anzuwerben. Hier sollten sie sich nicht auf die Vermittlung von Lehrern und *appointments boards* verlassen.³⁰ Dennoch zielte die Kritik der Industriellen gerade auf industrieferne Lehrer und Hochschullehrer, welche die Neigungen ihrer Schüler und Studenten negativ beeinflussten. Daher hatten sie schon Mitte der fünfziger Jahre angeregt, die Lehrer technischer Fächer mögen Auffrischkurse in der Industrie besuchen.³¹ Zudem erhoffte sich die *BEC* von der Regierung Unterstützung bei der Herstellung von engeren Kontakten zu Lehrern.³² Aus Sicht des Unternehmertums tat sich hier jedoch nicht genug, worauf eine erneute Klage der *BEC* in den sechziger Jahren schließen lässt.³³

Eric Ashbys selbstgewisse Einschätzung war aus Sicht der Beteiligten Anfang der 1960er Jahre Wirklichkeit geworden: Die Besten studierten. Die Industrie musste sie an den Universitäten umwerben. Lord Heyworth, von 1942 bis 1960 Vorsitzender bei Unilever und Inhaber zahlreicher gesellschaftlicher Positionen und Ämter, verband diese Feststellung vor dem *Robbins Committee* mit einem weiteren Problem der Industrie: die Vollbeschäftigung erschwere die Lage der Arbeitgeber, während sie es den Jugendlichen ermögliche, aus einem reichhaltigen Angebot das für sie attraktivste zu wählen. Zudem fanden Arbeitgeber außerhalb der Universitäten kaum noch geeignete Beschäftigte:

„Lord Heyworth: The cream of the pool which they drew on before is increasingly being skimmed off, so it is obvious that any intelligent industrialist must say: ‚I must take some graduates‘.“³⁴

Die dritte große Konferenz zwischen Universitäten und der Industrie sollte einen permanenten Kommunikationskanal öffnen, mit einem gemeinsamen ständigen Ausschuss als Herzstück, wie im Vorfeld S. Moore-Coulson³⁵ von *FBI* an Sir Reginald Verdon-Smith schrieb.³⁶ Die von *FBI*,

²⁹ Ebd., S. 35.

³⁰ Ebd., S. 45.

³¹ *Bulletin*, Nr. 34, v. 14.3.1956, S.4 u. *Bulletin*, Nr. 40, v. 13.6.1956, S. 2 (Kommentare zu einem „Government White Paper on Technical Education“).

³² *Bulletin*, Nr. 54 v. 23.1.1957, S. 2.

³³ *Bulletin*, Nr. 197 v. 16.1.1963, S. 3.

³⁴ ‚Oral Evidence given by Lord Heyworth, Wednesday, 4th October‘, 1961, in: Committee on Higher Education: *Higher Education. Evidence – Part One. Volume A. Written and Oral Evidence, received by the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63. Presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London 1963, S. 122-126, hier S. 122.*

³⁵ Keine biographischen Angaben.

³⁶ Zur Person des Industriellen und seit 1965 *Pro-chancellor* von *Bristol University* Sir William Reginald Verdon-Smith, der die zusammenfassende Schlussrede auf der Konferenz von 1965 hielt, s. Kapitel 10 und Confidential Note to the Council Members about: Industry/Universities Conference December 1965, dated January, 1966, mit der Rede von Sir Vernon-Smith im Anhang, in: Correspondence and related papers re the conference, Industry and the Universities – Aspects of Interdependence, incl. Reports, speeches and attendance details, in: *BEC, MRC Warwick, MSS.200/C/3/EDU/15/6*. Vgl. Brief von S. Moore-Coulson, CBE, ERD, Education and Industrial Research Division, FBI an Sir Reginald Verdon Smith, Bristol Aeroplane Company, Bristol, v. 15.11.1965, in: *BEC, MRC Warwick, MSS.200/C/3/EDU/15/4*.

CVCP und der *Association of University Teachers* organisierte Konferenz von 1965 leitete der Premierminister mit einer Ansprache ein.³⁷ 1966 wurde das geplante *Universities and Industry Joint Committee* eingerichtet, das Rektoren und *managing directors* ein Forum bot, *policy questions* zu besprechen. Der vagen Beschreibung des Aufgabenbereiches entsprechend sollte hier ein Netzwerk etabliert werden, innerhalb dessen gemeinsam auf Probleme der Bildungsentwicklung reagiert werden könne. Das Gremium setzte sich aus hochrangigen Vertretern zusammen, unter diesen der erste Präsident des aus der Fusion von BEC und FBI hervorgegangenen Industrie- und Arbeitgeberverbandes *Confederation of British Industries (CBI)*, Sir Maurice Laing.³⁸

Auf dieser Konferenz von 1965 hielten sich Industrielle und Universitätsrepräsentanten erstmals nicht ausführlich bei der Bewertung der steigenden Studentenzahlen auf, sondern konzentrierten sich darauf, wie Lehre und Forschung damit umzugehen habe und welche Konsequenzen für die Betreuung der Studenten folgten. Die Industrie beschränkte sich darauf, an ihrer Reputation bei den Universitäten und deren Absolventen zu arbeiten, anstatt dies von den Rektoren und Hochschullehrern zu fordern. Im Vorfeld der Tagung schlug Digby Shuttleworth von der Zeitschrift *The New Scientist* dem *managing director* J.E.H. Davies von *Shell* eine Image-Kampagne vor, um die soeben graduierenden – früher direkt von der Schule in die Industrie geholten – ehemaligen Schulabgänger anzuziehen. Wollte die Industrie von den geburtenstarken Jahrgängen profitieren, die nun aus den neuen Universitäten strömten, müsse das negative Image der Industrie binnen fünf Jahren korrigiert sein. Aus Shuttleworths Anregung spricht ein Umdenken der Wirtschaft, das Einlenken auf die frühen Positionen von Rektoren wie Percy: Die Industrie würde jene Jungen, die sie traditionell direkt von den Schulen rekrutierte, und die nicht in *Oxbridge*, sondern an Provinzuniversitäten studierten, nun etwas gebildeter als früher übernehmen. Sie folgte dem talentierten *grammar school boy* in die Universität.³⁹

Unter dem Stichwort *bulge* fanden die Babyboom-Jahrgänge der Nachkriegszeit nun verstärkt Eingang in bildungspolitische Diskussionen. Der *bulge* bereitete Politikern und Bildungsvertretern Kopfschmerzen, als er das Schulalter erreichte und als seine nachschulische Bildung einsetzte. Fachleute stellten die Frage: Wohin mit den geburtenstarken Jahrgängen? Wenn sich die englische Wirtschaft dennoch sorgte, nicht ihren fairen Anteil an ebendiesen Jahrgängen zu erhalten, so dürfte dies mit dem weiterhin geringen Berufsprestige von Ingenieuren, Managern und anderen Industrieberufen zusammenhängen. Die besten britischen Studenten blieben nach dem Exa-

³⁷ Committee of Vice-Chancellors and Principals, Universities and Industry Conference 1965, Note of a Meeting of the Joint Organising Committee held at the United University Club on 19 July 1965, in: BEC, MRC Warwick, MSS.200/C/3/EDU/15/4.

³⁸ Universities and Industry Joint Committee, Agenda for the First Meeting on Friday 22nd July 1966 at the Senate House, London University, in: BEC, MRC Warwick, MSS.200/C/3/EDU/15/19; (John) Maurice Laing, 1965 *Kt*, Jg. 1918; *St. Lawrence College*, Ramsgate; Sohn d. Bauunternehmers Sir John William Laing, Coventry; *Karriere: trainee manager* im Familienunternehmen Laing & Sons, Ltd., das die im 2. Weltkrieg von den Deutschen ausgebombte Kathedrale von Coventry wiederaufbaute, 1939 *director*, 1946 *joint managing director*; *Ämter*: 1964 Präsident, *British Employers' Confederation*; 1965 erster Präsident d. *Confederation of British Industries*; Mitgl. *National Joint Advisory Council to the Minister of Labour* u.a. Gremien; 1963-1980 *director*, *Bank of England*; Universität: 1965-1970 *Visiting Fellow* von *Nuffield College*, Oxford; 1966-1972 *Governor*, *Administrative Staff College*, 1964-1982 *Governor*, *National Institute of Economic and Social Research*; Aktiv in der *Evangelical Christian Church*; Ehrungen: 1978 *Honorary Fellow* d. *City and Guilds of London Institute*, 1981 *Honorary Fellow Chartered Institute of Building*, 1967 Ehrendoktor, Universität Strathclyde, 1996 Universität Exeter; Clubs: *Royal Ocean Racing Club*, *Royal Yacht Squadron*.

³⁹ Digby Shuttleworth from the *New Scientist*. W.C.1. to J.E.H. Davies Esq., *Shell Mex & B.P. Limited*, W.C.2, 8. Juli 1965, in: BEC, MRC Warwick, MSS.200/C/3/EDU/15/3.

men angeblich an den Universitäten, strebten nach *Whitehall* oder entschieden sich für eine *profession* – drei Berufsfelder, die offensichtlich eine höhere Reputation hatten als die Industrie.

Die Datensammlung des *Robbins Committee* gibt Aufschluss über die tatsächlichen Berufspräferenzen der Graduierten: Je provinzieller und schlechter der Abschluss, desto eher arbeiteten Absolventen in der Industrie. Von den Graduierten der reinen Naturwissenschaften (*pure sciences*) gingen 22 Prozent in die Industrie. Die Berufspräferenzen unterschieden sich aber stark nach der Abschlussgüte. 1962 erlangten von insgesamt 6 090 Studenten der Naturwissenschaften 630 ein *first class degree*. Von diesen wurden neun Prozent Lehrer, und nur sieben Prozent gingen in die Industrie. Über zwei Drittel schrieben sich für *postgraduate*-Studiengänge ein. Die Besten blieben also tatsächlich an den Universitäten. Von den *second class-graduates* nahmen immerhin 62 Prozent direkt eine Arbeit auf, aber nur 17 Prozent in der Industrie. Von den *third class-graduates* arbeiteten 94 Prozent gleich im Anschluss an ihr Studium, 31 Prozent in der Industrie. Die Karrierewahl der Doktoranden führte zu einer positiveren Bilanz: 164 Promovierte (18%) und damit die größte Einzelgruppe entschieden sich für die Industrie. 60 Prozent der jungen Doktoren wählten aus einer Vielfalt von anderen Berufen aus, an den Universitäten, in der Forschung und im Ausland.⁴⁰ Von den 1962 insgesamt nur 3 420 Graduierten der angewandten Naturwissenschaften gingen mehr in die Industrie, sogar 48 Prozent der *first class-graduates*, zudem 57 Prozent der *second class-graduates* und 67 Prozent der *third class-graduates*. Eine Unterscheidung zwischen *Oxbridge* und anderen Universitäten wurde nicht vorgenommen.⁴¹ Immerhin zwischen 13 und 16 Prozent der Geistes- und Sozialwissenschaftler aus *Oxbridge* wählten eine Beschäftigung in der Industrie. In den anderen Universitäten waren es weniger. Nach Abschlussnoten wurde hier nicht unterschieden.⁴²

Die Einschätzung, dass die besten Absolventen anderen Arbeitgebern den Vorzug gaben, war somit nicht ganz falsch. Angesichts der Absolventenzahlen lag das Problem jedoch offensichtlich nicht darin, dass eine Tätigkeit in der Industrie aktiv gemieden wurde. Vielmehr studierten und promovierten insgesamt so wenig Schulabgänger, dass angesichts des rapiden Berufsstrukturwandels der beiden Nachkriegsjahrzehnte in allen expandierenden Berufen ein Mangel an Höherqualifizierten geherrscht haben dürfte. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, wenn sich britische Industrielle öffentlich nie abwertend über soziale Aufsteiger unter den Studenten äußerten. Eine unternehmerische Polemik gegen Studenten gleich welcher sozialen Herkunft, wie sie in Deutschland zu beobachten war, wäre beim harten Wettbewerb um die Absolventen kontraproduktiv gewesen. Aus gutem Grund umwarben die britischen Arbeitgeber also lieber jene, die nun eine Universität besuchten, anstatt sie zu brüskieren.

Andererseits waren die Studentenzahlen so niedrig, dass die Wahrnehmung der Zeitgenossen, Talent fortan ausschließlich an den Universitäten finden zu können, kurios erscheint. Möglicherweise verursachte der klare Trend Angst vor der weiteren Entwicklung. Auffällig ist des weiteren, dass zwar gelegentlich zwischen *Redbrick* und *Oxbridge*-Studenten unterschieden wurde, jedoch nicht systematisch und vor allem nicht von Industriellen, die das Abwandern der Besten an die Universitäten beklagten. Sicherlich hatten sie auch den *Redbrick boy* im Auge, wenn sie das neue Phänomen der Studierwilligkeit ansprachen. Wenn es aber um die Besten der Nation ging, dürf-

⁴⁰ *Robbins Report*, Appendix Two (B), *Students and their Education*, October 1963, London 1963, S. 159f. u. 164f.

⁴¹ Ebd., S. 161.

⁴² Ebd., S. 155 u. 159.

ten sie *Oxbridge*-Studenten gemeint haben. So verstanden es auch die Rektoren, wie deren gelegentlichen Abfuhr an die Industriellen ebenso zeigen wie ihre wiederholten Ratschläge auf den gemeinsamen Tagungen, sich an die Provinzuniversitäten zu halten.

CBI-Präsident Laing leitete die erste Sitzung der *Universities and Industry Conference: The next fifteen years in British Industry* von 1965, deren Themen mit denen zwanzig Jahren zuvor identisch waren. So referierte ein *director* von *Imperial Chemical Industries* M.J.S. Clapham⁴³ über den Berufsstrukturwandel, im Zuge dessen ungelernte Arbeiter in den vergangenen dreißig Jahren durch Maschinen ersetzt, während gebildete Kräfte immer knapper geworden seien. Die Industrie werde bis 1980 doppelt so viele Graduierte wie gegenwärtig brauchen.⁴⁴ Dies entsprach der Stellungnahme der FBI von 1961 gegenüber dem *Robbins Committee* über den bislang unstillbaren Bedarf der Industrie an Hochqualifizierten. Dies stünde nicht in Widerspruch dazu, dass die Industrie weiterhin hauptsächlich Schulabgänger mit soliden Kenntnissen, Anpassungsfähigkeit an die sich wandelnde Gesellschaft und Bereitschaft zu kontinuierlicher Weiterbildung brauche:

„An increased proportion of school leavers should obtain higher education. [...] The higher educational system of this country has not kept pace with the considerable changes which have occurred, over the past 20 years, in the demands made by manufacturing industry of its recruits.“⁴⁵

G.S. Bosworth⁴⁶ stellte das besonders große Interesse der Industrie am *arts graduate* heraus, der sich dem Naturwissenschaftler gegenüber durch größeren Weitblick und die Fähigkeit, Bestehendes zu hinterfragen, auszeichne:

„Mr. Bosworth: I think that people who are educated in the scientific field unconsciously adopt, in their early years, the attitude [...] that two plus two equals four, that there is no point in discussing this [...]. They tend to make decisions which are absolute. On the other hand, the man who is brought up in the arts tradition is concerned much more with relative judgments. [...] The scientist appears rather uncommunicative and he is handicapped by this inability to deal with relative judgments.“⁴⁷

Unter dem Stichwort *Flow of ideas* erklärte der Physikprofessor aus Manchester Prof. B.H. Flowers 1965, weshalb Universitätsabgänger falsche Vorstellungen von der Industrie hätten. Ihre Lehrer interessierten weder sich selbst noch ihre Studenten für die Anwendbarkeit ihrer Arbeit. In den

⁴³ Sir Michael John Sinclair Clapham, 1973 KBE, Jg. 1912, Sohn v. Sir John (CBE) u. Lady Clapham, verheiratet mit Elisabeth Russel Rea, Tochter d. *Baron Rea of Eskdale*; *Marlborough School*; *King's College* Cambridge; *Karriere*: Ausbildung zum Drucker, *University Press*, Cambridge; 1938 *Manager* v. *Kynoch Press*, *ICI Ltd.*; 1946 Personaldirektor *ICI Metals*, 1962-1970 *director*, *Imperial Metal Industries*; 1971-1982 *Lloyds Bank Ltd.*; 1975-1984 *Grindlay's Bank Ltd.*; Regierungsausschüsse: 1968-1971 *Standing Advisory Committee on Pay of Higher Civil Service*; 1968-1970 *Review Body on Doctors' and Dentists' Remuneration*; 1949-1956 *Birmingham Education Committee*; 1958 *Youth Service Committee (Albemarle Committee)*; 1964-77 *CNAA*, 1971-1977 Vorsitz; 1971-1976 *NEDC*, *Universität*: 1955 *Life Governor*, 1956-1961 Mitgl. Rat *Birmingham Univ.*; Ehrendoktorwürden: 1973 *DSc Aston*; 1978 *LLD*, *CNAA*; 1984 London; Clubs: *Naval*, *Royal Yacht Squadron*; vgl. *Who Was Who 1897-1998*, CD-Rom.

⁴⁴ Confederation of British Industry, Aspects of Interdependence between Industry and the Universities. Report of a Conference convened by the Committee of Vice-Chancellors and Principals of the Universities of the United Kingdom and the Confederation of British Industry on 10th and 11th December 1965, London 1966, S. 1.

⁴⁵ FBI, ‚Memorandum‘, in: Robbins Committee, *Evidence*, hier S. 571 f., Zitate ebd.

⁴⁶ George Simms Bosworth, Jg. 1916; *grammar school* u. *Cambridge*, Studium der *Mechanical Science*; 1940-1956 *Engineer Officer*, *Royal Air Force*, 1946-1969 Leiter d. technischen Personalverwaltung in der *English Electric Company*, dann Personaldirektor u. Mitgl. *Crowther Committee*, s. Kapitel 10.

⁴⁷ ‚Oral Evidence given by Mr. D.R.O. Thomas, Mr. G.S. Bosworth, Mr. P.F. Nind and Miss C.J. Arlidge on behalf of The Federation of British Industries, Friday, 3rd November, 1961‘, in: Committee on Higher Education: *Higher Education. Evidence – Part One. Volume A*, S. 578-587, hier S. 579.

USA dagegen arbeiteten Juniorangestellte der Universitäten regelmäßig während der langen Ferien in der Industrie. Durch diesen Austausch entwickelten sie der Industrie gegenüber eine positive Haltung. Da zukünftige Manager studiert sein würden, beunruhigte ihn die im britischen Ausbildungssystem angelegte Industrieferne.⁴⁸ 1959 war bereits in der Zeitschrift der *Association of University Teachers* gefordert worden, Hochschullehrer industrienaher Fächer zu beurlauben, damit sie für einige Zeit in der Industrie arbeiten könnten.⁴⁹ Hinzu kam für Flowers, dass kleine und mittlere Firmen den Hochschulabsolventen gegenüber immer noch skeptisch eingestellt seien, insbesondere Manager, die sich selbst hochgearbeitet hätten. Sie seien erst noch davon zu überzeugen, dass sie ihre Wettbewerbsfähigkeit nur mit mehr Graduierten – „their share of the best brains“ – erhalten könnten.⁵⁰

Die Distanz zwischen den Universitäten und der Industrie ließ sich bis Ende der 1960er Jahre nicht so leicht überbrücken. Der Chemiker Dennis Chapman, der von 1960 bis 1963 Leiter der Forschungsabteilung bei *Unilever* gewesen war, sprach in seiner Antrittsvorlesung als *Associate Professor* der Universität Sheffield von der außergewöhnlichen Situation, aus einem Industrielabor heraus an eine Universität berufen worden zu sein: „University and industry are very much out of step.“ Ein anti-intellektueller Affekt innerhalb der britischen Industrie, der ihren Aufstieg fernab der Universitäten widerspiegle, ginge einher mit einer Technikfeindlichkeit der Universitäten, die er daran verdeutlichte, dass Technische Universitäten sich teilweise dagegen zur Wehr gesetzt hatten, „Technologie“ in den Universitätsnamen aufzunehmen. Wenn Studenten ungern in die Industrie eintraten, so liege dies 1968 an den Vorurteilen, welche die seit 1945 geführte Diskussion zwischen Industriellen und Universitätsvertretern prägten. Die Industrie bedürfe nicht ausgeprägter intellektueller Fähigkeiten, und ein Job in der Industrie stelle einen Klassen- und Prestige-Abstieg dar. Das Missverhältnis zwischen der an den Hochschulen erworbenen Bildung und den in der Industrie gestellten Berufsanforderungen werfe bei Graduierten die Frage nach ihrem Platz im Betriebsgefüge auf.⁵¹ Die Themen waren also auch am Ende des Untersuchungszeitraums die gleichen.

Höhere Bildung den Begabten

Gewöhnlich orientierten sich die Anmerkungen der Wirtschaftsverbände zur Ausbildung streng an den Bedürfnissen der Industrie. In seltenen Fällen wurde grundsätzlich darüber nachgedacht, wie die Universitäten funktionieren sollten und wer zu einem Studium befähigt sei. Dabei wurde eine *middle class*-Position eingenommen: In ihrer Stellungnahme zu den *means tests*, den Bedürftigkeitsprüfungen für Stipendien, argumentierte die *FBI*, diese belasteten die mittleren Einkommensgruppen unter den Eltern unverhältnismäßig stark, deren Einkommen meist über der festgelegten Einkommensgrenze für diese Stipendien lägen. Gleichwohl plädierte der Ausschuss mit Verweis auf die finanzielle Lage der Regierung gegen die Abschaffung der *means tests* bei der Stipendienvergabe und dagegen, die Eltern aus der Eigenverantwortung für die Bildung ihrer Kin-

⁴⁸ Aspects of Interdependence, S. 6 u. 8.

⁴⁹ „The Universities and Industry“, in: *Universities Review*, 32.1959, Nr. 1, S. 21-24, hier S. 22f.

⁵⁰ Aspects of Interdependence, S. 9.

⁵¹ Dennis Chapman, Industry and the Role of the Universities – Collision or Co-operation. Inaugural Lecture 29 May 1968, in: Pamphlets, Special Collection der London School of Economics and Political Science, S. 2, 3, 7. u. 10, Zitat S. 3.

der zu entlassen. Obwohl die Verknüpfung der Stipendienvergabe mit dem Familieneinkommen gerade *middle class*-Eltern finanziell belastete, sollten diese zu Opfern für die Bildung ihrer Kinder angehalten werden.⁵² Allerdings dürfe das Einkommen der Eltern erst nach Abzug der von ihnen gezahlten Einkommenssteuer dem *means test* zugrundegelegt werden, da die steuerliche Belastung des Einkommens bereits zur Finanzierung der nationalen Bildungsausgaben beitrage.⁵³

Hier wurden zum einen bürgerliche Forderungen von Eigenverantwortung und Opferbereitschaft für den Bildungserwerb an die entsprechende Bildungs- und Einkommensschicht gestellt und zum anderen in deren Interesse eine finanzielle Entlastung eingefordert, nicht aber ohne Verweis auf das bereits geleistete finanzielle Opfer für das Gemeinwohl in Form von Einkommenssteuer. Im Unterschied zur deutschen Diskussion wurden hier bürgerliche Werte auch als Maßstab für die *middle class* genommen, während in Westdeutschland zur gleichen Zeit die Angst vorherrschte, diese gesellschaftlichen Gruppen drohten finanziell abzusinken, während die Arbeiterschicht des Konsumrauschs und der vermessenen Bedürfnisse bezichtigt wurde. In der Sache ging es um die Vertretung ähnlicher Interessen, um die Vergabe von staatlichen Fördermitteln auch an die *middle class*.

Das Interesse der Industrie an jener Schicht, die traditionell ihre Kinder an die Universitäten entsandte, geht bereits aus der 1949 von Sir Charles Tennyson auf der gemeinsamen Konferenz von Industrie und Universität in Leamington Spa gestellten Frage hervor, ob sich das erweiterte Stipendiensystem negativ auf die Qualität der Studenten, ihrer „independence of mind and the initiative and imagination“, auswirken müsse.⁵⁴ Darüber hinaus stellte er die Frage, was – vor allem an den regionalen „Nicht-Campus“-Universitäten – für die Charakterbildung getan werde. Er betonte damit Eigenschaften wie Unabhängigkeit und Charakter, die er der *middle class* zuschrieb, während er Intelligenz nicht als Qualitätsmerkmal aufzählte.

Es bestand Einigkeit darüber, dass dies eine zentrale Frage sei: Diese Eigenschaften zu bewahren und auszubilden war der *AUT* ein ständiges Anliegen. Auch der Sprecher der Universitäten, Sir Hubert Henderson von der *University of Oxford*, wollte nicht ausschließen, dass der Wechsel der Auswahlkriterien vom finanziellen Hintergrund hin zur Begabung langfristig schlechtere Studenten produziere – womit er, ohne dies ausführen zu müssen, auf den Bildungs- und kulturellen Horizont abhob, der traditionell bei Studienanfängern vorausgesetzt worden war, die über eine ihrer sozialen Herkunft entsprechende Erziehung, eine ausgeprägte Allgemeinbildung und eine exklusive Schulbildung verfügten. Möglicherweise, so Henderson weiter, werde dieser Tage die allgemeine Studierfähigkeit nicht ausreichend geprüft. Hier endete der Konsens mit den Wirtschaftsvertretern jedoch, denn Hochschullehrer und Rektoren erwogen diese Möglichkeit grundsätzlich als Zukunftsszenario, während sie die Gegenwart an den Universitäten positiv zeichneten – die Fähigkeiten und Eignung ihrer Studenten eingeschlossen. In diesem Sinne betonte Henderson, die Qualität der Studenten habe bisher nicht merklich abgenommen. Mit dieser Feststellung ging er auf eine im Vorfeld der Konferenz unter Industriellen durchgeführte Befragung ein, deren Auswertung die Unzufriedenheit der Industrie mit Universitätsabgängern widerspiegelte. Aus dieser Analyse zitierte der pikarierte Henderson die Klage, die Hochschulabsolventen ließen die Fähig-

⁵² Minutes of the meeting of the panel on grants to students, am 20.10.1958, in: FBI, MRC Warwick, MSS200.F/1/1-123.

⁵³ 1958-1961: Panel on Grants to Students, 1958, in: ebd.

⁵⁴ Industry and Universities Conference 1949.

keit vermissen, Gedanken in Wort und Schrift klar zu formulieren. Sie seien nicht einmal in der Lage, einen guten Bericht zu verfassen. Dies traf offensichtlich einen Nerv der Universitäten, die auf diesen Bestandteil der Ausbildung den größten Wert legten:

„That is a very nasty one indeed! If there is one quality which a university education ought to supply, one piece of intellectual equipment which it ought to give its graduates, it is precisely that. [...] After all, the first division of the Civil Service, whatever criticism may be made of it from other points of view, is usually credited with a capacity for writing good minutes and the first division of the Civil Service has of course been largely recruited from the arts side of the universities.“⁵⁵

Das Argument, die Universitäten bildeten jene Geisteswissenschaftler aus, die in hohen Positionen in *Whitehall* für exzellente Berichte standen, war nicht von der Hand zu weisen. Gleichwohl kam Henderson der Industrie insoweit entgegen, als er nicht vollkommen ausschließen wollte, dass in den letzten Jahren die Qualität der Studenten abgenommen haben könne. Denn eine Generation früher hatten an den Universitäten kaum Studenten mit Hilfe eines Stipendiums studiert. Der früher entscheidende Geldbeutel sei nun jedoch durch ein breites Stipendienwesen ersetzt worden, so dass die Studenten sich überwiegend aus jenen zusammensetzten, die von der einen oder anderen Institution als geeignet ausgewählt worden waren. Möglicherweise funktioniere dieses Auswahlssystem nicht optimal, was Henderson sich folgendermaßen erklärte:

„It may well be the case, as some of these comments suggest, that university vacancies are being awarded too much on scholastic achievements and far too little on individual fitness for the privilege of a university education. It may be, when people are selected deliberately on the grounds that they should be able to benefit from a university education, you get a worse selection than if you leave it to the power of the purse, which may give you a sample more representative in some ways of all types and characters.“

Prinzipiell zog Henderson in Erwägung, dass die herkömmliche Auswahl von weniger intelligenten oder begabten Studenten aus den höheren Schichten bessere Absolventen produziert habe als die dem Prinzip der Chancengleichheit verpflichtete Auswahl nach Intelligenz. Gleichwohl betonte er, diese Entwicklung sei bisher nicht erkennbar und brach eine Lanze für seine Studenten. Es sei paradox, dass Studenten gerade dann weniger studierfähig sein sollten, wenn bei ihrer Auswahl das Leistungskriterium vor dem Geldbeutel den Ausschlag gebe:

„But although that is possible I should hope it is something of a paradox, and I certainly should not be disposed for a moment to admit that the entrants to the universities are on the average today, or are likely to be in the long run, of poorer calibre than they were a generation ago.“⁵⁶

Die in diesem Gedankenspiel steckende potentielle Abwertung von schulischer Leistung gegenüber der weniger messbaren individuellen Eignung, die schließlich noch mit der Zugehörigkeit zu den finanziell unabhängigen Schichten in Verbindung gebracht wird, lässt darauf schließen, dass die Universitäten dem sozialen Wandel und den neuen Studenten aus bildungsfernen Schichten nicht in dem Maße aufgeschlossen gegenüberstanden, wie die fortwährende Beteuerung, es habe keine Verschlechterung stattgefunden, vermuten lässt. Der wiederholte Zweifel an den über messbare Intelligenz hinausgehenden Fähigkeiten zu Studium und Führung zeugt von Vorurteilen gegenüber den neuen Studenten. War Hendersons Gedankenspiel empirisch so unfundiert,

⁵⁵ Ebd., S. 13f., Zitat S. 14.

⁵⁶ Ebd., S. 14f., Zitat S. 15.

wie er behauptete, so war es eine Abwertung der genannten Gruppe. Das wiederholte Aufwerfen der Frage nach der Eignung von Aufsteigern für führende Positionen, welche die genannten persönlichen Eigenschaften voraussetzten, kommt schließlich einer Skepsis ihnen gegenüber gleich, die sich von der deutschen Diskussion eher durch eine subtile Verpackung als durch geringere Vorurteile und kulturelle Distanz unterscheidet. Bemerkenswert ist zudem, dass hier nicht zwischen den Studenten an neueren und alten, renommierten Universitäten differenziert wurde, obwohl *Oxbridge* einen weit geringeren Studentenanteil aus bildungsfernem Hause aufnahm.⁵⁷

Im Bericht der in Leeds im April 1952 abgehaltenen Regionalkonferenz zum Thema „Industry and the University Graduate“ wird der Gedanke ins Reich der Legende verbannt, dass der akademisch mittelmäßige „pass man“ (*third class*-Abschluss) der Wirtschaft exzellente Dienste leisten könne. Möglicherweise sei die Einschätzung, dass der „pass man“ akademisch hätte besser abschneiden können, wenn er nicht sozialen und athletischen Aktivitäten den Vorzug gegeben hätte, in der Vergangenheit berechtigt gewesen. Derzeit handle es sich dagegen gewöhnlich um Studenten, die mangels Befähigung ihren Platz in der *honours school* nicht zu halten vermochten.⁵⁸ Der soziale Hintergrund und die frühe Ausbildungsphase seien denkbar heterogen, und viele Studenten seien in intellektuell desinteressierten Familien ohne Bücher aufgewachsen, weshalb die Graduierten nicht mehr mit den *Oxbridge*-Absolventen der ersten Hälfte des Jahrhunderts zu vergleichen seien. Damals hätten sich die überwiegend aus gehobenen sozialen Kreisen stammenden Studenten eines mit ihrer Herkunft einhergehenden Geschmacks und einer Muße erfreut, von denen gegenwärtig keine Rede mehr sein könne. Der moderne Hochschulabsolvent erachtete seinen Universitätsbesuch vielmehr häufig als Berufsausbildung und wolle anschließend seinen Abschluss nicht mit einer fachfremden beruflichen Tätigkeit vergeuden. Er müsse dann mitunter enttäuscht feststellen, dass die Welt jenseits der Schule kaum Verwendung für Geographen, Historiker oder Biologen als solche habe, sondern diese vielfältig einsetze. Dabei verkenne dieser Student, dass die im Laufe des Studiums durchgemachte persönliche und intellektuelle Entwicklung eine weit wichtigere Qualifikation darstelle. Darüber hinaus offenbare diese Einstellung die Ignoranz gegenüber den tatsächlichen Bedürfnissen der Nation. Diese brauche Führungskräfte für Industrie und Handel und könne sich nur wenige Staatsbeamte und kulturell Tätige leisten:

„[T]hey are confronted with the further difficulty that society's primary needs are for men and women to conduct its commercial and industrial affairs and that it can afford to provide for only a small number to spend the whole of their time in tending its cultural activities and conducting its public administration.“⁵⁹

In diesen Ausführungen schwingt das Verständnis ‚zweckfreier‘ Bildung mit, die als Nebenprodukt die Fähigkeit produziert, in verschiedenen Berufsfeldern einsatzfähig zu sein. Gleichzeitig wurde ein Umdenken dahingehend erwartet, den Bedürfnissen der Gesellschaft den Vorrang vor individuellen Wünschen zu geben. Grundsätzlich findet sich in diesen Ausführungen ein Appell an die Studenten, Bildung wieder wie früher üblich als Selbstbildung zu verstehen und dem eigenen Anspruchsdenken den Dienst am Gemeinwohl voranzustellen, indem das erworbene Wissen

⁵⁷ Halsey, ‚Higher Education‘, S. 192-226 und der den Studenten gewidmete Teil des statistischen Anhangs zum Robbins Bericht, *Higher Education*. Appendix Two (B): Students and their Education, presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, London 1963; vgl. Kapitel 2.

⁵⁸ ‚Industry and the University Graduate. Papers considered by a Conference held at the University of Leeds on the 4th and 5th April, 1952‘, S. 10, in: CVCP, MRC Warwick, MSS.399/3/CON/2.

⁵⁹ Industry and the University Graduate, Leeds 1952, S. 10.

dort angebracht werde, wo es der Nation am meisten diene. Zudem wird die große Bedeutung von Industrie und Handel für das Wohlergehen der Nation herausgestellt und damit eine Stelle in diesen Berufszweigen als Dienst am Gemeinwohl präsentiert. In der Bemerkung, die Studenten verstünden Bildung nun als Ausbildung, an die sie konkrete Ansprüche knüpften, findet sich sowohl das Empfinden eines Verlustes von Werten an den Universitäten als auch die Beschwörung, zum alten Verständnis von zweckfreier Bildung zurückzufinden.

Auf der gleichen Konferenz referierte Sir John Maud, *permanent secretary* im *Ministry of Fuel and Power*, aus der Sicht des *Civil Service* zur Frage, wie der *Civil Service* den Hochschulabsolventen nutze und welche seiner Qualitäten sich als am wertvollsten erwiesen hätten. Als Antwort zählte der Redner eine Reihe allgemeiner Qualitäten auf, wie Integrität, Intelligenz und die Fähigkeit, die eigene Meinung zu vertreten.⁶⁰ Die hitzige Diskussion über den Vortrag von Sir Maud lässt erkennen, dass sich die Industrie auf ihre Frage eine gehaltvollere Antwort erhofft hatte. Zuerst bemerkte Sir Charles Renold von *Renold and Coventry Chain Company Limited* gleichermaßen treffend wie ungehalten, dass es sich dabei doch weniger um Qualitäten der Hochschulausbildung als um persönliche Eigenschaften handle. Anschließend warf er die hinsichtlich eines bürgerlichen Selbstverständnisses bemerkenswerte Frage auf, ob es sich bei den aufgezählten Eigenschaften, wie zum Beispiel „honest thinking“, nicht schlicht um die Qualitäten jener Klassen handle, die traditionsgemäß ihre Kinder zur Hochschule sandten. Deshalb stellte er in Frage, ob bei den derzeitigen Entwicklungen im Bildungssystem, von den nach Prüfung an die Universitäten gelangten Studenten solche Qualitäten überhaupt noch erwartet werden dürften. Einer direkten Antwort ausweichend, bezeichnete Sir Maud diese Frage als rein philosophisch und beeilte sich zu versichern, dass er nicht die offizielle Meinung des *Civil Service* zum Ausdruck bringe. Er gestand zudem ein, dass der *Civil Service* traditionell seine höheren Positionen aus den Reihen der *gentlemen* im Sinne von „civilised men of integrity and public spirit“ rekrutiere. Doch, so gab er sich überzeugt, werde das Land weiterhin solche Menschen hervorbringen. Zwar war er sich nicht sicher, ob die Industrie einen ebenso großen Nutzen aus der Rekrutierung von Graduierten ziehen würde, wie der *Civil Service* bislang aus der Beschäftigung von *gentlemen*. Doch produziere die derzeitige Bildungspolitik sicherlich mehr potentielle Führungspersönlichkeiten als früher. Zwar war er sich des Fortschritts nicht sicher, doch wenn alle zum Studium Befähigten zu einem solchen ermutigt würden, sollten automatisch die besten Männer zur Verfügung stehen. Diese gelangten dann in leitende Positionen sowohl in der Industrie als auch in der Verwaltung.⁶¹

Gegen die Betonung derart allgemein gehaltener Qualitäten der Hochschulabsolventen protestierten viele der anwesenden Industriellen. Verstimmt fragten sie, mit welchem Recht die Wirtschaft als unattraktiv galt, während die besten Absolventen die als glänzende Karrieren betrachteten Tätigkeiten in der Universität oder dem *Higher Civil Service* anstrebten. C.F. Kearton von *Courtaulds Limited* kritisierte scharf, aus Sir Mauds Rede habe er den Eindruck gewonnen, dass die gut 3 000 Verwaltungsbeamten des Landes sich vornehmlich durch ein überbordendes Selbstbewusstsein und weniger durch grundlegende fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten auszeichneten.

Seine Haltung gegenüber diesem Selbstverständnis machte Kearton unumwunden deutlich: Das

⁶⁰ Report of the Universities and Industry Conference. Organised by the Federation of British Industries and the Committee of Vice-Chancellors and Principals of the United Kingdom and held at Ashorne Hill, Leamington Spa, Warwickshire, 24-26 October 1952, London, S. 1, in: CVCP, MRC Warwick, MSS.399/3/CON/2, Zitat ebd.

⁶¹ Ebd., S. 12.

Land verdanke jetzt und in Zukunft seine Existenz seiner leistungsfähigen Wirtschaft, die letzten Endes jegliche Verwaltungs- bzw. Regierungsleistung finanziere. Wo so viele distinguierte Universitätsvertreter versammelt seien, müsse einmal klar und deutlich gesagt werden, dass die Industrie nicht ihren „fairen Anteil“ von wirklich außergewöhnlichen Männern erhalte. Vielleicht liege dies daran, dass die Universität den Eindruck habe, Industrie und Handel seien unfeine Betätigungsfelder, dass es einem *gentleman* eher entspreche und sozial akzeptabler sei, in das akademische Leben oder in die höheren Ränge des *Civil Service* einzutreten. Die Ansicht, dass die zweitklassigen Absolventen in die Industrie eintreten sollten, während die erstklassigen Männer für den *Civil Service* abfielen, sei jedoch unhaltbar. Genau andersherum müsse es sich verhalten.⁶²

Zum letzten Punkt stimmte Sir Maud beschwichtigend zu. Sicherlich sei es für die Nation wichtig, die Besten in die Industrie zu schicken. Deshalb müsse die Industrie aber auch die Besten direkt von den Universitäten übernehmen. Sie stehe darüber hinaus in der Pflicht, sich den Absolventen gegenüber attraktiver zu machen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich in der Industrie ihren Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln. Die Industrie erscheine den Graduierten nicht unattraktiv, weil die Rektoren und die *appointments boards* ihnen von ihr abrieten. Vielmehr rekrutiere der *Civil Service* die Besten, weil er unter Graduierten als exzellente Karriereschmiede gelte.⁶³

Diese Argumentation überzeugte die Industriellen nicht. Sie glaubten vielmehr an Vorurteile der gebildeten Schichten und sahen die Lösung in der besseren Vermittlung ihrer Vorzüge. So forderte Sir Ewart Smith von *Imperial Chemical Industries Limited* die Industrie auf, sowohl Schuldirektoren als auch Eltern und Universitäten den hohen Nutzen der Industrie für die Gesellschaft zu vermitteln. Ihnen müsse verdeutlicht werden, welche ausgeprägte Fähigkeiten und Charaktere die in der Industrie zu lösenden Aufgaben voraussetzten. Tätigkeiten in der Industrie – das müsse erkennbar werden – eröffneten befriedigende und produktive Karrieren. Die Überzeugungsarbeit müsse mit der Erweiterung des klassischen Bildungskanons beginnen und damit verbunden an der unter Lehrern üblichen Ferne zur Industrie ansetzen.

„The classical tradition still persists in many of our schools. As a result, their teachers often have little real understanding of industry, of its needs, or of the opportunities it offers.“

Das Desinteresse von Schülern für die wirtschaftsrelevanten Fächer führte er jedoch nicht allein auf deren mangelndes Verständnis zurück, sondern wie sein Vorredner Kearton auch auf den Ständesdünkel wissenschaftlicher Kreise gegenüber den Berufen der Industrie:

„In addition, there still lingers in scholastic and academic circles the feeling that industry is in some way a lower calling than that of the arts, the older professions, the Civil Service, etc. As a result, boys, during their formative years, are not led to consider careers in industry; even when they specialise in one of the sciences, they are often drawn to the idea of pure research and the production of knowledge, rather than its application.“⁶⁴

Um trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen in Zukunft bessere Kräfte rekrutieren zu können, erwartete die Industrie von Schulen und Universitäten ein Umdenken. Gleichzeitig stellte die Qualität der Studenten ein Problem dar. So forderte Smith die Bildungsinstitutionen dazu auf, ihre Absolventen im grundlegenden Sinne zum Denken, zum Verstehen, zur Kritikfähigkeit und

⁶² Ebd., S. 12f., Zitat ebd.

⁶³ Universities and Industry Conference Leamington Spa 1952, S. 13.

⁶⁴ Ebd., S. 16.

zur Initiative auszubilden – und nicht nur mit schnell veraltendem Wissen vollzustopfen. „Education must look to the whole man.“ Diesem Ideal – das weniger weit entfernt von den Vorstellungen des *Civil Service* lag, als der Unmut der Industriellen vermuten lässt – fühle sich die Industrie verpflichtet. Bildung forme den guten Mann, den weisen Bürger und den nützlichen Menschen. Mit dieser Vorstellung hatte sich auch die *FBI* an das *Robbins Committee* gewandt:

„We are particularly concerned that higher education should include such stimulation of the individual as disposes him to make a contribution to the community, as well as helping him to make a personal career and to enjoy the fruits of his civilization.“⁶⁵

In diesem Sinne richte die Industrie ihren Blick mit der Hoffnung auf die Universitäten, dort auf Männer zu stoßen, die einen über ihr Fachwissen hinausgehenden Weitblick entwickelten.⁶⁶ Darin waren sich die Repräsentanten der Universitäten mit denen der Unternehmen einig: Die wichtigste den Studenten beizubringende Fähigkeit war, komplexe Sachverhalte zu überblicken. Lord Heyworth fügte in seinem Memorandum für das *Robbins Committee* hinzu, dass ein *postgraduate*-Studium nur dann Sinn mache, wenn die Graduierten Führungsqualitäten entwickelten. Wer keine Führungspersönlichkeit sei, könne keine seiner Bildungsinvestition entsprechende Position in der Wirtschaft erwarten:

„I stress this need for character in the post graduate student because unless he has some mark of natural leadership, he may not be given the kind of position on entry to industry that the extra time spent on education would warrant.“⁶⁷

In seiner Zusammenfassung der Diskussion über die Möglichkeiten von Graduierten in der Industrie kam Norman Kipping auf einen entscheidenden Punkt zurück: den Bedarf. Es gebe bereits genug mit den Qualitäten ausgestattete Menschen, die es zur Führung innerhalb der gegebenen Strukturen brauche. Es sei unnötig, noch mehr Menschen mit Qualitäten für Verantwortungspositionen auszubilden. Dieser Aspekt war seiner Ansicht nach der vielleicht wichtigste in der Diskussion über die Beziehungen zwischen Universitäten und Industrie.⁶⁸ Seine Perspektive blendete nicht nur die Chancengleichheit bzw. die Interessen von Schülern und Studenten aus, um allein von den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes auszugehen. Vielmehr gab er so der erhitzten Diskussion darüber, wem die Besten gebührten, eine rigide Wende und verdeutlichte unfreiwillig die widersprüchliche Haltung der Industriellen, die einerseits die Besten für sich beanspruchten, andererseits den Bedarf an Führungskräften negierten. Zudem wirft dies ein Licht auf die Akzeptanz der Industriellen gegenüber dem wachsenden Bedarf qualifizierter Arbeitskräfte zum Bestehen im internationalen Wettbewerb, worunter sie offensichtlich mittlere Qualifikationen verstanden.

Die zwischen Industrie und Universität geführten Debatten um die Qualität der ins Berufsleben eintretenden Hochschulabsolventen unterscheidet sich in einem zentralen Punkt von jener, die in Westdeutschland geführt wurde. Obwohl in Britannien die möglicherweise abnehmende Eignung von Studenten antizipiert wurde, herrschte Unmut vor allem darüber, dass von den herausragenden Absolventen zu wenige für die Industrie abfielen, die sich um die begabten Köpfe bemühte.

⁶⁵ ‚Memorandum submitted by The Federation of British Industries‘, in: *Robbins Report*, S. 575.

⁶⁶ Universities and Industry Conference Leamington Spa 1952, S. 17.

⁶⁷ ‚Memorandum submitted by Lord Heyworth, 10th May, 1961‘, in: Committee on Higher Education: *Higher Education. Evidence – Part One. Volume A*, S. 119-121, hier S. 120.

⁶⁸ Universities and Industry Conference Leamington Spa 1952, S. 56.

Dies lag nicht nur daran, dass sie gegenüber den *gentlemanly professions* und dem *Civil Service* den kürzeren zog, wenn es um erstklassige Absolventen ging, sondern auch an ihren widersprüchlichen Bedürfnissen: Einerseits wollten sie die Besten, andererseits stellte sie nicht entsprechend viele Führungspositionen zur Verfügung. Vielmehr war immer nur die Rede von den ehemals begabten *grammar school boys*, die sich im Betrieb hochgearbeitet, wahrscheinlich weniger gekostet hätten und schneller zufriedenzustellen gewesen wären. Möglicherweise verursachte dieser Widerspruch die kritisierte Arroganz jener Graduierten, die sich zu einer Laufbahn in der Industrie entschieden hatten, aber keine Neigung zu mittleren Tätigkeiten verspürten. Offen bleibt die Frage, wozu mehr von den Besten gebraucht wurden.

8 Deutsche Unternehmer: Bildungspolitik als gesellschaftliche Aufklärung

Die bildungspolitischen Aktivitäten der deutschen Unternehmerverbände waren vielfältig. Nach seinem Engagement befragt, zählte der Unternehmer Wolf von Wolff neben der Leitung des BdA-Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit drei weitere Kreise auf: den Ettlinger Kreis, der Unternehmer und Pädagogen zum Austausch über langfristige Zielsetzungen der Bildungspolitik zusammenführte; die Walter Raymond-Stiftung, die Bildungsvertretern und Unternehmern die Verständigung über grundsätzliche Fragen der Gesellschaftsordnung ermöglichte; und die „september-gesellschaft“, in der Unternehmer und Gewerkschafter gemeinsam mit Vertretern von Kirche, Erziehungswesen und Landwirtschaft ihre Standpunkte in Bildungs- und Kulturfragen diskutierten.¹ Diese und weitere Stiftungen und Kreise dienten ihrem Selbstverständnis nach sowohl dem Austausch zwischen Unternehmern, Vertretern von Bildungsinstitutionen und anderen gesellschaftlichen Bereichen als auch der „gesellschaftspolitischen Aufklärungsarbeit.“² Die Kammern, der BDI und die BdA sahen sich als Mediatoren zwischen Politik und Unternehmertum, waren de facto jedoch unternehmerische Lobbygruppen.³

Bildungspolitisch betrachteten sie bis Mitte der sechziger Jahre – so wie die britischen Unternehmer bis in die fünfziger Jahre – die Förderung begabter Arbeiter im Betrieb als Hauptachse der Erweiterung von Bildungschancen. Den verstärkten Zugang zu Abitur und Hochschulstudium lehnten sie dagegen ab und plädierten wie die deutschen Hochschullehrer für das Bewährte: kontinuierlich niedrige Schüler- und Studentenquoten in höheren Schulen und Universitäten. Beredtes Schweigen über den Nationalsozialismus, das Einschwören auf die soziale Marktwirtschaft, der Ruf nach einem Bürgertum und der gleichzeitige Anspruch auf eine unternehmerische, durch bürgerliche Werte und Eigenschaften begründete Führungsrolle innerhalb der Nation – all dies ist Teil der unternehmerischen Neupositionierung nach 1945.⁴

Bürgerliches Bildungsideal als Leitbild unternehmerischer Verantwortung

In ihrer Öffentlichkeitsarbeit stellten sich die deutschen Unternehmerverbände in die bürgerliche Tradition des 19. Jahrhunderts: Sie verknüpften ein Bildungsideal, das Persönlichkeitsentwicklung und soziale Kompetenzen über den fachlichen Wissenserwerb stellte und entwarfen ein dem entsprechendes Leitbild des Unternehmers als Führungspersönlichkeit in Wirtschaft und Politik.⁵ Im

¹ Sonderdruck aus *Führungspraxis. Zeitschrift für Unternehmer und leitende Angestellte über Probleme der Unternehmensführung*, v. 1. Januar 1963, S. 3-11, hier S. 6f., in: BdA Archiv, Rundschreiben 1963, Bd. 67, Referate V, VI u. VII; vgl. Gerhard Erdmann, „Die „Walter Raymond-Stiftung“ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“, in: *Der Arbeitgeber* v. 28.1.1959, S. 38-40.

² Vgl. Martin Baethge, *Ausbildung und Herrschaft. Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik*, Frankfurt/M. 1970 für eine ideologiekritische Studie zu den bildungspolitischen Erklärungen und Zielen der Arbeitgeber.

³ Vgl. Michael R. Hayse, *Recasting West German Elites. Higher Civil Servants, Business Leaders and Physicians in Hesse between Nazism and Democracy 1945-1955*, New York u. Oxford 2003, S. 120.

⁴ Vgl. Jonathan Wiesen, *West German Industry and the Challenge of the Nazi Past, 1945-1955*, Chapel Hill 2001, Kapitel 2 für das Beispiel der Ehren- und v.a. Vermögensrettung von Siemens, zur Beschwörung des Bürgertums z.B. S. 103, 122 u. zur Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft, S. 131; zur Krupp-Kampagne s. Kapitel 7; zur Politik der Alliierten gegenüber Unternehmensführern nach 1945 vgl. Hervé Joly, *Großunternehmer in Deutschland. Soziologie einer industriellen Elite, 1933-1989*, Leipzig 1998, Kapitel 5.

⁵ Manfred Hettling, „Die persönliche Selbständigkeit. Der archimedische Punkt bürgerlicher Lebensführung“, in: *Der*

Zentrum der professionalisierten Image-Pflege stand allerdings nicht mehr die Qualität von Produkten, sondern das Unternehmertum selbst.⁶ Die Verteidigung der noch jungen und umstrittenen sozialen Marktwirtschaft gegen die Angriffe der SPD sieht Elisabeth Binder als eine Ursache für den schnellen Aufbau der unternehmerischen Öffentlichkeitsarbeit nach dem Vorbild der US-amerikanischen *Public Relations*, mit der die Unternehmerschaft auch den CDU-Wahlkampf von 1953 unterstützte.⁷

Zur Information der Öffentlichkeit über die Leistungen der Unternehmer für Wirtschaft und Gesellschaft gründeten der BDI und die BdA 1951 das Deutsche Industrieinstitut als Forschungseinrichtung des „deutschen Unternehmertum[s]“.⁸ Dem Gründungstreffen wohnten hochrangige Industrielle bei: Wilhelm Beutler, Otto Friedrich und Hermann Reusch vom BDI; Gerhard Erdmann⁹ und Josef Winschuh¹⁰ von der BdA; Wirtschaftspublizisten wie der frühere Öffentlichkeitschef der IG Farben Wolfgang Mansfeld und Carl Neumann¹¹, der die Sitzung leitete. In

bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, hg. v. dems. u. Stefan-Ludwig Hoffmann, Göttingen 2000, S. 57-78, hier z.B. S. 60.

⁶ Vgl. Elisabeth Binder, *Die Entstehung unternehmerischer Public Relations in der Bundesrepublik Deutschland*, Münster 1983, S. 40 u. Wiesen, *West German Industry*, S. 98-102.

⁷ Binder, *Entstehung unternehmerischer Public Relations*, S. 148-153, vgl. Susanne Hilger, „Amerikanisierung“ deutscher Unternehmen. Wettbewerbsstrategien und Unternehmenspolitik bei Henkel, Siemens und Daimler-Benz (1945/49-1975), Stuttgart 2004, S. 259-277.

⁸ Anfang der siebziger Jahre wurde es in „Institut der Deutschen Wirtschaft“ umbenannt. Vgl. iwd – Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln, Nr. 7 v. 13.2.1997, zitiert nach www.iwkoeln.de (Zugriff Mai 2004). Im Kuratorium des Deutschen Industrieinstituts saß u.a. der Theologe Helmuth Thielicke, Jonathan Wiesen, *West German Industry*, S. 177 hebt darüber hinaus Publizisten wie Marion Gräfin Dönhoff, Walter Jaenecke und Gerd Bucerius sowie den Ökonomen Alfred Müller-Armack und Bischof Hanns Lilje hervor.

⁹ Gerhard Erdmann, Jg. 1896; 1921 Promotion in Rechtswissenschaften; danach Eintritt in die Geschäftsführung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin, 1927 Hauptgeschäftsführer; nach Auflösung der Arbeitgeberverbände 1935-1945 Leitung Reichswirtschaftskammer; 1949-1963 Hauptgeschäftsführer BdA, anschließend Präsidiumsmitglied; vgl. *Munzinger Archiv*, CD-Rom u. *Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Eine kleine Einführung* (ohne Ort und Datum), S. 6.

¹⁰ Joseph Winschuh, Jg. 1897; Soldat im Ersten Weltkrieg, anschließend Lehre im Rheinisch-Westfälischen Zement Syndikat, Bochum, Sozialsekretär eines Düsseldorfer Stahlunternehmens, 1925-1929 Redakteur Kölnische Zeitung; parallel dazu Studium der Nationalökonomie und Geschichte in Köln und Marburg, 1929 Promotion; 1930-1932 Reichstagsmitglied (DDP); 1934-45 Leiter Wirtschaftsredaktion, Deutsche Allgemeine Zeitung; nach Kriegsende Mitinhaber der Tuch- und Filztuchfabrik J. J. Marx, Lambrecht/Pfalz, Vorstandsmitglied BDI, Vorsitzender der Vereinigung der Pfälzischen Arbeitgeberverbände u. Gründungsmitglied Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer. Der sehr aktive Publizist Winschuh (Reitmayer) veröffentlichte 1955 *Das neue Unternehmerbild* und vertrat aktiv die Ansicht, das Unternehmertum löse als Führungsgruppe den entwurzelten östlichen Adel, die ausgerotteten Offiziers- und Beamtenfamilien ab, während die Gewerkschaften verantwortungslos handelten, so dass die Gesellschaft mehr Autorität brauche, zu deren Ausübung die Unternehmer bereit und in der Lage seien (Hartmann). S. Morton Reitmayer, „Unternehmer zur Führung berufen“ – durch wen?“, in: *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität*, hg. v. Volker R. Berghahn, u.a., Essen 2003, S. 317-336, hier S. 329; Heinz Hartmann, *Der Deutsche Unternehmer: Autorität und Organisation*, Frankfurt/M. 1968, S. 252 u. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom.

¹¹ Carl Neumann, Jg. 1896; kaufmännische Ausbildung; Leutnant im Ersten Weltkrieg; Studium der Volkswirtschaft, Philosophie und Kunstgeschichte in Leipzig; *unternehmerische Tätigkeit*: Ende d. Ersten Weltkriegs Verlagerung der großväterlichen Textilfabrik aus Böhmen und Neugründung der Firma P.C. Neumann in Zittau; 1945 Wiederaufbau der zerstörten Firma in Wuppertal und Frankental/Eder, die er bis zu seinem Tod leitete; Aufsichtsrat d. Ind. Kreditbank AG, Düsseldorf; *Verbandstätigkeit*: langjähriges Mitglied u. während des Zweiten Weltkriegs Vorsitzender der Fachgruppe der Deutschen Seiden- und Samtindustrie; 1949 Mitgründung, Verband der nordrheinischen Textilindustrie; Mitgründer Gesamtverband der deutschen Textilindustrie, 1954-1963 dessen Präsident; Gründungsmitglied u. langjähriger Vizepräsident des BDI; Präsidiumsmitglied d. BdA; 1951-1966 Vorsitz Deutsches Industrieinstitut; *soziale Tätigkeiten*: Gründung einer Arbeitersiedlung in Wuppertal (1920er Jahre); nach dem Zweiten Weltkrieg Mitgründung deutsch-schwedische Flüchtlingshilfe zur Eingliederung geflüchteter Bauern; langjähriger Vorsitz Kreisverband Wuppertal d. Deutschen Roten Kreuzes; vgl. Peter Neumann, „Carl Neumann. 1896-1966“, in:

einer aggressiv klassenkämpferischen Grundsatzrede legte Wünsch die Ziele des Instituts dar, den Unternehmer von seinem negativen Image „profitgierig“ zu befreien. Den Selbstviktimisierungen des „Proletariats“ und der Gewerkschaften seien als Gegenbilder der den Arbeitern gegenüber wohlwollenden Förderer und der Bürger mit Gemeinsinn entgegenszusetzen.¹² Öffentlich formulierten seine Gründer, das Industrieinstitut werde den Kritikern ein „sachliches und klares Bild“ des Unternehmertums gegenüberstellen, dessen Leistungen für eine funktionierende Wirtschaft nur unter der Voraussetzung unternehmerischer Freiheit möglich seien. Den in Freiheit agierenden Unternehmer präsentierten sie als Garanten der westlichen Wirtschaftsordnung. „Freiheit“ als Schlagwort des Westens stand 1946 für die Abgrenzung vom autoritär regierten Osten Deutschlands.¹³ Das Institut wollte zweitens dem Unternehmer „ein klares Bild seiner Aufgaben und Pflichten“ und seiner Rolle in der Gesellschaft vermitteln. Mit dem Auftrag, ein neues Leitbild für das Unternehmertum in der Bundesrepublik zu entwerfen, erfüllte es die Funktion von Werbung und Beeinflussung nach innen und außen.¹⁴ Der spätere Vorstands- und Kuratoriumsvorsitzende des Deutschen Industrieinstituts Carl Neumann lobte 1961, die vom Institut herausgegebenen Kurzpublikationen dienten über die Unternehmerschaft hinausgehenden „Kreisen des Bürgertums“ als „geschätzte Quelle der Information über Gedanken und Sorgen des Unternehmers.“¹⁵

Durch die Debatten zieht sich über den Untersuchungszeitraum hinweg der Topos der klassischen Bildung, die Weitblick über Fachwissen, Charakterbildung über verwertbare Bildungsabschlüsse und Entwicklung von Führungsstärke über alle anderen Bildungsziele der Universität stellt. Dabei knüpften die Unternehmervvertreter zwar an das klassische Bildungsideal an, betonten jedoch gleichzeitig, dieses überwinden und durch ein neues Bildungsideal ersetzen zu wollen. So brachte einer der Avantgardisten in der unternehmerischen Diskussion, Ludwig Vaubel¹⁶ den

Wuppertaler Biographien. 13. Folge, 1977, S. 43-51; *Wer ist Wer*, 1955 u. *Munzinger Archiv*, CD-Rom u. Reitmayer, „Unternehmer zur Führung berufen“ – durch wen?, S. 318, Fußnote 6.

¹² Dazu ausführlicher Wiesen, *West German Industry*, S. 111-113.

¹³ Vgl. das Stichwort „Freiheit“ in: Dieter Felbick, *Schlagwörter der Nachkriegszeit, 1945-1949*, Berlin u. New York, 2003, S. 318f.

¹⁴ S. das Schreiben der Geschäftsführung der BdA v. 5.7.1951 an die industriellen Mitgliederverbände, gez. Erdmann und Kleeberg, in: BdA Archiv, Rundschreiben, Referat IV, V und VI, Bd. 5, Bl. 1496-1497; alle Zitate Bl. 1497, S. 1; vgl. rückblickend auf die Arbeit des Instituts: Hermann Reusch, „Dank an Carl Neumann“, in: *Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts*, Jg. 16, Nr. 11 v. 17.3.1966, S. 1.

¹⁵ Die *Vortragsreihe*, der *Schnelldienst* und der *Unternehmerbrief* erschienen wöchentlich. Vgl. Carl Neumann, Deutsches Industrieinstitut Köln, „Das Deutsche Industrieinstitut. Ein neuer Weg für Grundlagenforschung und zeitnahe Öffentlichkeitsarbeit“, in: *Der Arbeitgeber* v. 30.1.1961, S. 39-41, Zitat S. 41.

¹⁶ Als Avantgardisten bezeichnete ihn Reitmayer, „Unternehmer zur Führung berufen“ – durch wen?, S. 333; Paul Erker, „Amerikanisierung“ der westdeutschen Wirtschaft? Stand und Perspektiven der Forschung“, in: *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*, hg. v. Konrad H. Jarausch u. Hannes Siegrist, Frankfurt/M. 1997, S. 137-145, hier S. 139, nennt Vaubel zusammen mit Otto A. Friedrich als amerikanisierten Unternehmer; Ludwig Vaubel war Mitglied des Präsidiums der BdA und leitete von 1956 bis 1959 deren Ausschuß für Jugend- und Bildungsarbeit, dessen Arbeit sich vorwiegend auf betriebliche Bildungsarbeit konzentrierte, unter anderem auf die Begabtenförderung im Betrieb. Innerhalb der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände stand Vaubel zudem an der Spitze des Kuratoriums der 1959 gegründeten Walter-Raymond-Stiftung, die zweimal im Jahr Kolloquien zum Austausch zwischen führenden Vertretern der Wirtschaft, Politik, Erziehung, Kirche und Publizistik veranstaltete. 1960 war Vaubel Vorsitzender des Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit der BdA. Ludwig Vaubel, Jg. 1908 in Gießen, ev.; Universitäten Gießen und Hamburg; Promotion zum Juristen; 1934 Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG, Wuppertal. Über seinen Werdegang während der NS-Zeit und bis Anfang der 1950er Jahre geben die Nachschlagewerke keine Auskunft; 1953 Vorstandsmitglied Glanzstoff AG; einige Aufsichtsratsmandate, z.B. Kunstseiden AG, Wuppertal-Elberfeld, Barmer Maschinenfabrik AG u. Remscheid-Lennep, Spinnfaser AG; Vorstandsvorsitz d. Gesellschaft zur Förderung des

Bildungsbegriff der Unternehmer 1960 auf folgende Formel:

„Bildung ist das Geistige in uns, das die Menschen zum Verständnis ihrer selbst und ihrer Umwelt, zum Gewinn von Erfahrungen und Kenntnissen, sowie zu Urteil und Weitblick gelangen läßt.“

Dieses Bildungsideal verknüpfte er mit der Führungs- und Unternehmerpersönlichkeit. Bildung als „geistiger Zustand“ sei der Gegenwart nicht mehr angemessen, sie müsse ein „menschlicher Entwicklungsprozeß und Prägungsvorgang“ sein. Dies betrachtete er als „unabdingbare Voraussetzung“ für die Wahrnehmung von Leitungsaufgaben. Die reine Fachausbildung führe hingegen nicht zu jener Umsicht, die für die Lösung von Führungsaufgaben notwendig sei.¹⁷ Die vermeintliche Distanzierung vom klassischen Bildungsverständnis als Zustandsbeschreibung und das sich davon abgrenzende Postulat von Bildung als Prozess der Persönlichkeitsformung, lässt vermuten, dass Vaubel des traditionell bürgerlichen Bildungsverständnisses nicht mächtig war. Die Berufung auf falsch zitierte Klassiker war in unternehmerischen Debatten keine Ausnahme.¹⁸ Die gleichzeitige Bejahung und Abgrenzung vom bürgerlichen Bildungsideal, das Bildung ja gerade als fortwährende „Vervollkommnung“ des Einzelnen durch „Arbeit an sich selbst und als nie vollendete „Bildung des ganzen Menschen als Zweck seiner Selbst“ postulierte, ist dafür ein Beispiel.¹⁹

Je höher die Leitungsebene, so Vaubel weiter, desto mehr Gesamtüberblick sei erforderlich. Der Unternehmer selbst habe dabei seine „Aufgabe und Person“ nicht nur in „der Wirtschaft, sondern auch in Staat und Gesellschaft“ in den Blick zu nehmen, da er die „politische Realität“ seiner Zeit präge.²⁰ Einen regelrechten Anspruch auf ‚Bildungsführerschaft‘ erhob der in mehreren Wirtschaftsverbänden der Textil- und Bekleidungsindustrie aktive Verleger und Journalist Wilhelm Lorch 1963 auf einer Tagung der Vereinigung für Freies Unternehmertum. Der überkommenen und durch den englischen *gentleman* verkörperten, klassischen Bildung und „feine[n] Lebensart“ stellte er Unternehmer, Manager und Vertreter der freien Berufe als Trägerschicht einer „neuen Bildung“ gegenüber. Diese solle in die Lage versetzen, ein Unternehmen wirtschaftlich erfolgreich zu führen und die „freudige Mitarbeit und Zusammenarbeit“ der Beschäftigten zu fördern. Dieser sich vom bürgerlichen Bildungsideal abhebenden Zweckbindung ordnete er jedoch den „spezifisch persönliche[n], zweckfreie[n] Faktor“ unter, der ein „Gefühl der Freiheit und der Freude“ sowie eine „umfassende Wert- und Lebens-Sinndeutung“ vermittele. Die herkömmliche Trägerschicht von Bildung – Adel, Klerus, Militär, höheres Beamtentum und Universitätsprofessoren – hätten „das Vorrecht der gesellschaftlichen, geistigen und kulturellen Führung“ verloren. Das Zepter der Verantwortung sei an die Unternehmer übergegangen. Diese soll-

Unternehmernachwuchses u. d. Vereins zur Förderung der Universitätsseminare der Wirtschaft; 1969 Großes Bundesverdienstkreuz; Rotarier. Zu Ehren Ludwig Vaubels rief die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Ludwig-Vaubel-Stiftung ins Leben. Vgl. *Wer ist Wer*, 1967/68; 1969/70.

¹⁷ Ludwig Vaubel, ‚Bildung und Führung‘, in: *Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts*, Nr. 14, 5. April 1960, Köln 1960, alle Zitate auf S. 1. Diesen Vortrag hielt Vaubel in Loccum.

¹⁸ Vgl. Reitmayer, „Unternehmer zur Führung berufen“ – durch wen?, S. 327f., Reitmayer nennt als Beispiele falsche Berufungen auf Schumpeter.

¹⁹ S. Manfred Hettling u. Stefan-Ludwig Hoffmann, ‚Der bürgerliche Wertehimmel. Zum Problem individueller Lebensführung im 19. Jahrhundert‘ in: *Geschichte und Gesellschaft* 23.1997, S. 333-359, hier S. 347 u. Reinhart Koselleck: ‚Einleitung – Zur anthropologischen und semantischen Struktur der Bildung‘, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil II: Bildungsgüter und Bildungswissen*, Stuttgart 1990, S. 11-46, hier S. 20.

²⁰ Vaubel, ‚Bildung und Führung‘, S. 2.

ten sich künftig den Hochschulen als Orte der Ausbildung von Führungsnachwuchs und der Forschung zuwenden, da sie deren Produkte am stärksten nutzten.²¹

Das unternehmerische Bildungsbekenntnis der Nachkriegszeit stand in der Humboldtschen Tradition – inklusive deren Widersprüchlichkeit von angestrebter Emanzipation und tatsächlicher Statuszuweisung. Zum einen kommt der freiheitlich emanzipatorische Charakter, der dem Humboldtschen Bildungsbegriff durch die „vollkommene Entfaltung individueller Möglichkeiten“ inhärent ist, in Lorchs Rede zum Tragen. Zum anderen stimmt Lorchs Abgrenzung von den nicht gebildeten Schichten durch den Verweis auf die Hochschulen mit dem statuszuweisenden Charakter von höherer Bildung überein, die bereits zu Humboldts Zeiten Eingangsvoraussetzung für den höheren Staatsdienst war.²² Der Topos von der Bildung des ganzen Menschen diente schon im 18. Jahrhundert der sozialen Abgrenzung. Im letzten Drittel des Jahrhunderts wurde das Konzept des ‚Standes der Gebildeten‘ von dem der ‚gebildeten Stände‘ abgelöst. Zu diesen zählten nur jene, die „über die bloße ‚Vernunftbildung‘ hinaus zu ‚Humanitätsbildung‘ befähigt waren. Erste Tendenzen zur Exklusion zeichneten sich damit just in dem Moment ab, da die Bildungsvorherrschaft des Adels und dessen Stellung in Staat und Gesellschaft angefochten worden und eine soziale Offenheit in das Volk hinein entstanden war. Die neue Oberschicht der Gebildeten zog mit den Gymnasien und Universitäten fortan eine Trennlinie nach unten. Die unternehmerische Konzeption von Bildung als prozessualer Persönlichkeitsentwicklung stand so in einer bürgerlichen Abgrenzungstradition.²³ Als Novum und angesichts der eigenen Verstrickung in die nationalsozialistische Vergangenheit auch als Kuriosum bleiben in Lorchs Rede der Anspruch der Wirtschaft auf Bildungsführerschaft und auf Ablösung der übrigen Eliten.²⁴

Während die britischen Unternehmer vor allem ihre wirtschaftliche Leistung und die daraus resultierende Wohlstandsschaffung als ihren Dienst an Nation und Gemeinwohl hervorhoben, gingen die deutschen Unternehmer weit darüber hinaus und beanspruchten eine politische Führungsrolle. Sie propagierten das neue Ethos des von wirtschaftlichem Wettbewerb und materiellem Erfolg getragenen Wirtschaftspatriotismus und sich selbst als dessen Verkörperung – als Prototypen der freien Persönlichkeit, die der Totalitarismus zu überwinden versucht hatte und die in der Gegenwart als Bollwerk gegen kollektivistische Bedrohungen, Vermassung und soziale Einbnung wirkten.²⁵ Sie betrachteten Bildung als zentrales Feld für die Einmischung in die Gesellschaftspolitik und verwendeten die Begriffe Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit synonym.²⁶ Ludwig Vaubel definierte Bildungsarbeit in diesem Sinne als „Mitwirken an der Bildung der öffent-

²¹ Wilhelm Lorch, ‚Bildung als unternehmerische Verpflichtung‘, in: *Bildung als unternehmerische Verpflichtung*. Sechs Vorträge, gehalten auf der XI. Wintertagung der VfU 24. bis 27. Januar 1963 in Engelberg, Schaffhausen 1963, S. 7-31, hier S. 7f.; S. 15f., S. 29 u. S. 31. Lorch arbeitete in zahlreichen Wirtschaftszeitungen der Textil- und Bekleidungsindustrie. 1911 in Posen geboren, ist er bereits 1966 gestorben. Er gründete die spätere „TextilWirtschaft“ und den „Deutschen Fachverlag“. Dieser gründete 1988 die Wilhelm-Lorch-Stiftung zur Förderung der Aus- und Fortbildung von begabten Nachwuchskräften aus allen Bereichen der Textilwirtschaft; s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom.

²² Vgl. Rudolf Vierhaus, ‚Bildung‘, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. I, S. 508-551, hier S. 520f., S. 532 u. S. 551.

²³ Hans Erich Bödeker, ‚Die „gebildeten Stände“ im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert: Zugehörigkeit und Abgrenzungen. Mentalitäten und Handlungspotentiale‘, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil IV Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation*, hg. v. Jürgen Kocka, Stuttgart 1989, S. 21-52, hier S. 22f.

²⁴ Für Beispiele aus dem Kulturkreis des BDI für den Führungsanspruch der Wirtschaft vgl. Wiesen, *West German Industry*, S. 171 u. S. 174.

²⁵ Ebd., S. 160.

²⁶ Baethge, *Ausbildung und Herrschaft*, S. 27f.

lichen Meinung.²⁷ Schüler und Studenten sollten gegen die Forderungen von Kollektivierung und Sicherheit immunisiert und für die bürgerlichen Werte von Individualität und Selbständigkeit, Freiheit und Verantwortung gewonnen werden, deren Garant der in freiheitlicher Grundordnung verantwortungsvoll handelnde Unternehmer war. Die Unternehmereliten der Nachkriegszeit warben für das neue ökonomische System der sozialen Marktwirtschaft und für sich selbst.²⁸

Damit stimmten ihre Ziele in gewissem Sinne mit jenen der Alliierten überein, deren auf Jugendliche zielende *Reeducation* diesen unabhängiges Denken und Urteil nahezubringen bestrebt waren.²⁹ Anders als die Alliierten verstanden deutsche Unternehmer jedoch unter Aufklärung nicht, ihre eigene Vergangenheit zu thematisieren. Die Verstrickung deutscher Unternehmer in den Nationalsozialismus und die dadurch verspielte moralische Integrität nehmen in den unternehmerischen Äußerungen zur Bildungspolitik nach 1945 keinen Raum ein. Vielmehr ignorierten Redner und Autoren die Bereicherung durch Zwangsarbeit und Arisierungen, die Ermöglichung nationalsozialistischer Kriegspolitik durch die Rüstungsindustrie und die Errichtung neuer Fabriken in der Nähe von Konzentrationslagern, um deren Häftlinge in der Produktion einzusetzen.³⁰ Das Unternehmertum, dessen Kultur auf den Pfeilern Freiheit, Initiative, Mut und Verantwortung ruhte, hatte weniger Widerstand als das Militär hervorgebracht, das dem Dienstethos verpflichtet war.³¹ Die so aufgegebenen bürgerlichen Werte wurden nach 1945 ungebrochen für gültig erklärt. Dies war deshalb möglich, weil die Vergangenheit von allen Teilen der Elite beschwiegen wurde.³² Jonathan Wiesen zeichnet jedoch nach, dass die Unternehmer nicht verdrängten, sondern ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus bewusst umschrieben, wenn sie unter Druck gerieten. Anhand der Kampagnen gegen Zerschlagungen und Demontage von Industriekonzernen und zur Verteidigung der in Nürnberg Verurteilten Alfred Krupp und Friedrich Flick, zeigt Wiesen, wie die Industrie die eigene NS-Vergangenheit verharmloste, während sie vergangene Leistungen und die Unverzichtbarkeit für die Zukunft Westdeutschlands gerade jener Unternehmen herausstellte, die von Zerschlagung bedroht waren. Repräsentanten des Unternehmertums, so Wiesen, gerieten sich als moralische Retter und bezeichneten Adel und Bildungsbürgertum als durch den Nationalsozialismus diskreditiert, während sie gleichzeitig Verteidigungsschriften für Internierte verfassten. Michael R. Hayse betont hingegen, dass sich Unternehmer von ihrer NS-Vergangenheit distanziert und der Demokratie zugewandt hätten, gerade indem sie diese negiert und beschwiegen hätten. Ulrich Herbert stellt ebenso ihr Bekenntnis zur Demokratie und zur sozialen Marktwirtschaft in den Vordergrund. Die aggressive und undemo-

²⁷ Wolfgang Eichler, 'Bildungsstätten der Verbände', in: *Der Arbeitgeber*, 1964, Nr. 11/12, S. 332, zitiert nach Baethge, *Ausbildung und Herrschaft*, S. 73.

²⁸ Wiesen, *West German Industry*, Kapitel 3 u. 4, S. 131 u. 155.

²⁹ Hermann-Josef Rupieper, 'Amerikanisierung in Politik und Verwaltung Westdeutschlands. Ein problematisches Konzept', in: *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*, hg. v. Konrad H. Jarausch u. Hannes Siegrist, Frankfurt/M. und New York 1997, S. 49-65, hier S. 52.

³⁰ Vgl. Adam Tooze, *The Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy*, London 2006.

³¹ Vgl. dazu die Beiträge des von Lothar Gall u. Manfred Pohl herausgegebenen Sammelbands *Unternehmen im Nationalsozialismus*, München, 1998, so v.a. 'Einleitung', S. 7-13, hier v.a. S. 8, 10 u. 12; den Artikel von Henry A. Turner, 'Unternehmen unter dem Hakenkreuz', S. 15-23, hier S. 21; und die Diskussion über Zwangsarbeit, unternehmerische Handlungsspielräume, ökonomisch rationales Verhalten und technokratische Barbarei sowie Maßstäbe moralischer Verantwortung, bes. in den Artikeln von Manfred Grieger, Mark Spoerer, Peter Hayes und Avraham Barkai im selben Band.

³² Hayse, *Recasting West German Elites*, S. 238.

kratische Haltung gegenüber dem Bildungsanspruch der breiten Bevölkerung berechtigt indessen zu Zweifeln an der demokratischen Haltung von Unternehmern.³³

Anstelle der Auseinandersetzung über die eigene Verstrickung in der Vergangenheit wurde mit Blick nach vorn die Rolle des Unternehmers und des Individuums im Systemwettbewerb reflektiert. Erziehung sollte vermitteln, dass die soziale Marktwirtschaft dem Einzelnen Freiheit und die Möglichkeit von Verantwortungsübernahme bot, während die vom Sozialismus und der Sozialdemokratie versprochene Egalisierung, Sicherheit und Gleichheit teuer erkauft war: mit Entpersönlichung, dem Untergang in der Masse und dem Freiheits- und Verantwortungsentzug.³⁴ Sie solle die Menschen in die Lage versetzen, „als einzelne in Ordnungen der Gesellschaft selbständig zu stehen und zu wirken“, postulierte Fritz Arlt,³⁵ Mitarbeiter des Deutschen Industrieinstituts, 1956 auf einer Tagung des BdA-Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Arbeit. Der Mensch könne nur dann an der „freiheitliche[n] Rechts-, Staats- und Gesellschaftsordnung“ selbstverantwortlich mitwirken, wenn er gelernt habe, dass die damit einhergehende freiheitliche Wirtschaftsordnung das freiheitliche Handeln des Unternehmers voraussetze.³⁶ Die Schule müsse der Entpersönlichung des Menschen durch die „Mechanisierung und Egalisierung“ und dem damit einhergehenden Drang „zur Flucht aus der Verantwortung“ entgegenwirken:

„Dass der moderne Massenmensch sein humanes Erstgeburtsrecht, die Freiheit, nicht um das Linsengericht einer, dazu auch nur eingebildeten Sicherheit verkaufe, dazu muß die Schule die seelischen Kräfte im jungen Menschen entwickeln. Verantwortung ist aber nur in Freiheit möglich.“³⁷

Die Ausführungen lagen ganz auf der ideologischen Linie der BdA, die das Individuum dem Massenmenschen und die soziale Marktwirtschaft dem Nationalsozialismus, dem sozialistischen Osten und der SPD gegenüberstellte.³⁸ Austragungsort für den Kampf zwischen den Systemen war die Schule und während dort in der DDR die marxistische Gesellschaftsordnung vermittelt werde, zweifelte Hans Perl an der Fähigkeit der westdeutschen Schulen, die „Werte unserer freien rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung“ einsichtig zu machen.³⁹ Die Demokratie könne nur

³³ Vgl. Wiesen, *West German Industry*, S. 52; Hayse, *Recasting West German Elites*, S. 209 und Ulrich Herbert, ‚Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze‘, in: *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, hg. v. dems., Göttingen 2003, S. 7-49, hier S. 44.

³⁴ In zahlreichen Reden, auch im Rundfunk, wandte sich Walter Raymond als Vorsitzender der BdA gegen die sozialdemokratischen Forderungen nach Mitbestimmung, nach Gleichheit der Bildungschancen, nach Umverteilung von Eigentum. S. dazu *Reden von Dr. Walter Raymond. Vorsitzender der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1949-1953*, zusammengestellt vom Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie e.V. Frankfurt/M. im Frühjahr 1954, Heidelberg: Walter Raymond, ‚Die freie Wirtschaft in den Stürmen unserer Zeit‘, Vortrag gehalten vor dem Übersee-Club in Hamburg am 17. Januar 1952, S. 70-83; ders., ‚Rundfunkansprache. Stuttgart im Dezember 1952‘, S. 136-39 u. ders., ‚Rede auf der Jahresversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände‘, Bremen 27. November 1953, S. 148-156.

³⁵ Keine biographischen Angaben.

³⁶ Fritz Arlt, ‚Die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Schule unter Gesichtspunkten der allgemeinen Pädagogik‘, in: *Wirtschaft und Schule. Auswertung des zweiten zentralen Arbeitsgesprächs vom 8. bis 11. November 1956*. Gesprächsleitung: Dr. Fritz Arlt und Dr. Hans Perl, hg. v. BdA, Ausschuß für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit, S. 20-22, hier S. 20 u. S. 22.

³⁷ Heinrich Delfmann, ‚Aufgaben der Schule in der heutigen Zeit‘, in: BdA Ausschuß für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit (Hg.): *Wirtschaft und Schule*, S. 29.

³⁸ Vgl. Ronald Bunn, ‚The Ideology of the Federation of German Employers’ Associations‘, in: *The American Journal of Economics and Sociology*, 18.1959, Nr. 4, S. 369-380, hier S. 370-74 u. S. 378.

³⁹ Hans Perl, ‚Die Stellung der Jugend zu Wirtschaft und Gesellschaft – Die Möglichkeit des Einwirkens durch den Erzieher‘, in: ebd., S. 35f.

durch bessere Information der Gesellschaft über die Funktionsweise der Wirtschaft verteidigt werden, doch seien in den westdeutschen Schulen und Hochschulen die besonderen Bildungsprobleme der industriellen Gesellschaft zu wenig bekannt. Um dem entgegenzutreten, wurde im Rahmen des Programms „Schule und Wirtschaft“ Lehrern in den Betrieben ein Bild der Wirtschaft vermittelt. Hochschullehrer sollten ebenso aufgeklärt werden, um den zukünftig in die Wirtschaft strömenden Studenten die dort vordringlichen Fragen erklären zu können. Hinter all dem stand das Ziel, die Allgemeinheit in die Lage zu versetzen, „die gesellschaftliche Wirklichkeit besser zu durchschauen und ihren Standort selbstverantwortlich zu wählen.“⁴⁰ Neun Jahre später warb Siegfried Balke⁴¹ mit unveränderter Wortwahl für die freiheitliche Grundordnung als Ziel der Erziehung, die nicht der „Entwicklung zum Massenmenschen“ passiv beiwohnen, sondern „die in sich ruhende verantwortlich Stellung nehmende Persönlichkeit als ihr höheres Ziel“ anerkennen solle.⁴² Auch das Verständnis unternehmerischer Bildungsarbeit formulierte er unverändert: „Erziehung und Bildung muß stets den ganzen Menschen zu erfassen suchen [...]“, ihm helfen, „Welt, Umwelt und sich selbst besser zu verstehen.“⁴³ Welchem Verhalten und welchen Forderungen die Arbeitgeber Sicherheitsstreben, Vermassung und Kollektivierung auf der einen und Individualität, Freiheit und Verantwortung auf der anderen Seite zuschrieben, geht aus ihren Stellungnahmen zu Begabung und Aufstieg, zum Anspruch auf eine dem Bildungsgrad entsprechende Berufsstellung sowie zur Expansion der höheren Schulen und Hochschulen hervor.

⁴⁰ Vaubel, ‚Bildung und Führung‘, S. 3f.

⁴¹ Balke war von 1964 bis 1969 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und stand seit 1945 verschiedenen bayerischen und bundesdeutschen chemischen Industrieverbänden vor. Siegfried Balke, Jg. 1902, Bochum, ev.; Sohn eines jüd. Schneidermeisters. Laut Volker Berghahn überlebte Balke den Nationalsozialismus dank seiner standhaften Ehefrau und fand nie Eingang in das *Establishment* der Ruhrindustriellen; Oberrealschule, TH München; 1924 Ingenieurdiplom; 1925 Dr.-Ing., Chemie; 1925-1927 als Chemiker bei Lüscher & Bömpfer KG (jetzt Lohmann KG) in Fahr a. Rhein; 1927 chem. Fabrik Aubing in München Aubing; keine genaueren Angaben über 1927 bis 1945, zwischen 1925 und 1952 als Chemiker bei verschiedenen Firmen tätig; 1945 technischer Leiter, Aubing; 1952 Direktor, Wacker-Chemie GmbH; 1964-1967 Mitglied d. Geschäftsführung Sigrü Elektrographit, Meitingen; 1945-1951 zahlr. Vorträge und Präsidentenämter in Vereinigungen der chem. Industrie: so 1946-1971 Vorsitz, Verein d. Bayerischen Chemie-Industrie, an dessen Gründung 1945 er mitgewirkt hatte; *Politik*: 1953-1962 Bundesminister. 1953 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, erst 1954 Eintritt in die CSU. Balke verstand sich als „unpolitischer Fachminister“ und als „Mann der Wirtschaft und Wissenschaft“, der er auch als Minister bleiben wollte. 1956 Minister für Atomfragen, 1957 für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft u. 1961 für Atomenergie; 1962 überraschendes Ausscheiden aus dem Ministeramt; 1957 bis 1969 MdB. 1963 Mitgl. geschäftsführender Vorstand CSU; *Wissenschaft*: 1956 Honorarprofessor für Chemiewirtschaft, Universität München; Mitglied Kuratorium und wiss. Beirat d. Instituts für Wirtschaftsforschung, München; seit 1949 Mitherausgeber der Fachzeitschrift *Chemische Industrie*; *Ehrungen*: 1963 Ehrendoktor, Bergakademie TU Clausthal; viele Jahre Vorstandsvorsitzender, Deutsches Museum, München u. Senator, Max-Planck-Gesellschaft; Großkreuz des Verdienstordens der BRD; Bayerische Verdienstorden; 1969 Siegfried-Hartmann Medaille in Gold; vgl. Petra Weber, ‚Balke, Siegfried‘, in: *Kanzler und Minister 1949-1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen*, hg. v. Udo Kempf, Opladen 2001, S. 113-117, hier S. 113; *Munzinger Archiv*, CD-Rom u. *Wer ist Wer*, 1951, 1955, 1969/70 u. Berghahn, *Unternehmer und Politik*, S. 67f.

⁴² Siegfried Balke, ‚Grundsatzfragen unternehmerischer Bildungsarbeit‘, in: *Bildungsprobleme in unserer Gesellschaft*. Vorträge einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung des Jugend- und Bildungsausschusses der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Jugend- und Bildungsausschusses Baden-Württembergischer Kammern und Verbände, Stuttgart 1965, S. 11-15, hier S. 13.

⁴³ *25 Jahre Bildungsarbeit für Wirtschaft und Gesellschaft. Eine Dokumentation*. Ausschuß für Bildungspolitik und Bildungsarbeit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1956-1981, Köln 1981, S. 8, in: Bibliothek der Deutschen Wirtschaft, Köln.

In der unternehmerischen Bildungspolitik wurde auf Verbandsebene vehement bestritten, dass es in den bildungsfernen Schichten ein brachliegendes „Bildungsreservoir“ begabter Kinder geben könne. Begabung wurde biologistisch als schichtgebunden definiert. Diese Argumentation legitimierte die bestehende Gesellschaftsstruktur. Der Rednerdienst des Deutschen Industrieinstituts formulierte 1959 in einer Vortragsunterlage für Unternehmer sein Verständnis von Begabtenförderung und Gegenpositionen zur Forderung nach Chancengleichheit. Begabung wurde dabei vermeintlich eingrenzend als Intelligenz, verbunden mit „menschlich und gesellschaftlich bedeutsamen Charaktereigenschaften, wie Durchsetzungsfestigkeit, Standfestigkeit usw. verstanden.“ Ein Begabungsreservoir in den unteren Schichten wurde verneint:

„Als Anlage ist Begabung nicht meßbar, wohl aber schätzbar. [...] Man kann zum Beispiel neben einer starken Übereinstimmung von Schul- und Lebenserfolg den Zusammenhang zwischen Begabungs- und Sozialpyramide feststellen.“

Das von der politischen Linken postulierte Bildungsmonopol wurde folgerichtig als Sozialmärchen bezeichnet.⁴⁴ Britische Unternehmer und Rektoren ließen leise Zweifel an Charakter und Führungstalent der potentiellen Aufsteiger anklingen, nicht aber an deren Intelligenz, die in Britannien mithilfe von wissenschaftlichen Tests gemessen wurde. Indessen wurden solche Zweifel in Westdeutschland ungebrochen und deutlich artikuliert. Bildung wurde als „naturgegebene und erblich bedingte Eigenschaft“ definiert. Daher wirkten sich Umwelteinflüsse nur begrenzt auf die Begabungsentfaltung aus.⁴⁵ Im Gegensatz zur Vererbung, so veröffentlichte der „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ in seiner Schrift „Aufstieg der Begabten“, beeinflusse das Milieu die Begabung kaum, so dass nicht „von einer standesmäßigen Bevorzugung“ gesprochen werden könne, wenn bestimmte gesellschaftliche Gruppen erfolgreicher als andere seien.⁴⁶ Begabung sei eine angemessene Grundlage für gesellschaftliche Differenzierungen, und die Begabungsverteilung legitimiere „gewisse Anwartschaften auf gesellschaftliche Funktionen,“ war in einer Vortragsunterlage des Deutschen Industrieinstituts zu lesen. Der soziale Selektionsprozess funktionierte ausgezeichnet, wie der von jeher übliche Aufstieg Begabter aus ihrer Geburts- in die meist nächsthöhere Schicht zeige.

Als Beleg wider die postulierten Begabungsreserven wurden empirische Untersuchungen von Karl Valentin Müller herangezogen – eines Soziologen, der nach 1945 seine während des Nationalsozialismus an der Reichsuniversität Prag durchgeführte sozialanthropologische Rasseforschung unter kosmetischen Veränderungen der Themenstellungen ebenso weiterführte wie er seine Kontakte zu einschlägigen Entscheidungsträgern der NS-Zeit pflegte.⁴⁷ Müller identifizierte

⁴⁴ ‚Begabtenförderung im Bereich von Wirtschaft und Betrieb‘, Vortragsunterlage aus dem Rednerdienst des Deutschen Industrieinstituts, Ausgabedatum Juli 1959 (= Wirtschafts- und sozialpolitische Grundinformationen. Lehr- und Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts IV.2), S. 2-4, Zitat S. 3.

⁴⁵ ‚Begabtenförderung‘, S. 2.

⁴⁶ *Aufstieg der Begabten* (= Veröffentlichung des Stifterverbandes für den Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft) 1958, S. 10. Wie weiter unten dargestellt, zitierte man den Nürnberger Soziologen K. V. Müller.

⁴⁷ Karl Valentin Müller, Jg. 1896; Müller hatte 1922 in Leipzig promoviert und war seit 1927 Referent für soziales Bildungswesen im sächsischen Ministerium für Volksbildung. Der Soziologe lehrte seit 1942 Sozialanthropologie an der Deutschen Universität Prag und gründete 1946 in Hannover das Institut für Begabtenforschung. Seit 1955 hatte er in Nürnberg eine ordentliche Professur für Soziologie und Sozialanthropologie. Er hatte allein auf der Berufungsliste gestanden, da er als ehemals in Prag Lehrender die Bedingung erfüllte, „heimatvertrieben“ zu sein. Theodor W. Adorno bezeichnete Müller in einem Memorandum als „hochkarätigen NS-Rassisten“, da er im

7 bis 8 Prozent der männlichen Schüler als „unbedingt Oberschulfähig,“ von denen 66 Prozent weiterführende Schulen besuchten.⁴⁸ Nur 34 Prozent erhielten während ihrer Schulzeit keine angemessene Förderung. Die Begabungsreserven veranschlagte die deutsche Wirtschaft entsprechend auf unter 3 Prozent aller männlichen Schüler. Mädchen wurden nicht einbezogen. Der Oberschulfähige Rest, der nur eine Volks- oder Mittelschule besucht habe, stelle die Zielgruppe für die betriebliche Förderung dar. Die Diskussion über die Begabtenförderung, so die Schlussfolgerung, bezog sich auf einen zu vernachlässigenden Personenkreis.⁴⁹

Dementsprechend löste „das Schlagwort der ‚Brechung des Bildungsmonopols‘“ Unmut aus, weil es aus einer Mücke einen Elefanten mache. Die Behauptung, der Zugang zu höherer Bildung und damit zum sozialen Aufstieg sei Begabten der „gehobenen gesellschaftlichen Schichten“ vorbehalten, war aus Sicht der Unternehmer an den Haaren herbeigezogen. Die als Beleg dafür angeführte Zahl von nur 4,8 Prozent Studenten aus der Arbeiterschicht führe in die Irre, da die unteren Schichten, „stärker andersartige Begabungen“ als akademische Fähigkeiten zeigten. Begrenzte Begabungsreserven seien in der Gesellschaft möglicherweise vorhanden, doch vermutlich „vor allem in der Mittelschicht und in der gehobenen Arbeiterschicht,“ hingegen in geringem Maße „in der Grundschicht.“⁵⁰

Dem Ruf nach breiter Förderung entgegnete Müller schließlich mit einer im Sprachgebrauch deutlich an den Rassendiskurs anlehrende Warnung „vor einem perfektionierten System totaler Auslese und Förderung“ mit verheerenden Folgen für die unteren Schichten.

„Eine restlose Absiebung und Förderung aller begabter Elemente aus den unteren Schichten würde diese [...] zu natürlichen Pariaschichten machen. Das Proletariat würde nach dem Abschöpfen der letzten begabungsmäßigen Fettaugen durch radikale Begabungsförderung auf jede Illusion künftiger Aufstiegs- und Führungsansprüche verzichten müssen.“⁵¹

Die „Auslaugung der unteren sozialen Schichten an Gutbegabten“ und das Herausreißen aller höher Begabten aus ihrem „Schicht-Milieu“, ihrer Familie und Verwandtschaft, hieß der „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ ebenso wenig gut. Eine derart sterile Gesellschaft gefährde „die Buntheit und Echtheit unseres demokratischen Staat- [sic!] und Gemeindelebens“, wenn über den sozialen Aufstieg ihrer Herkunftsschicht entfremdet „jene prächtigen Persönlichkeiten mit Geist- und Eigenprofil in allen Volksschichten“ nicht mehr „als Dolmetscher der Wünsche und des Sehnsens ihrer sozialen Schicksalsgefährten“, als deren „Förderer und Mahner in der sozial so wichtigen Funktion der Elite in Reserve“ wirkten, sondern „eben gerade ihren Fähigkeiten entsprechend“ beruflich tätig wären.⁵²

Gegensatz zu anderen Sozialwissenschaftlern nicht nur nicht auf Distanz zum Regime gegangen war, sondern darüber hinaus 1935 ein Buch über den „Aufstieg des Arbeiters zur Rasse und Meisterschaft“ publiziert hatte, worin er „seine nationalsozialistische Einstellung ungeschminkt offenbarte“. Weitere Schriften dieser Art folgten. Zu seiner Person s. *Kleine Geschichte einer großen Fakultät. 75 Jahre Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg*, hg. v. Gesa Büchert u.a., Nürnberg 1994, S. 101f., Zitat S. 102 von Reinhard Wittenberg, *Soziologie in Nürnberg – die Entwicklung einer wissenschaftlichen Disziplin in Forschung und Lehre von 1919-1989*, Regensburg 1992, S. 75.

⁴⁸ ‚Begabtenförderung‘, S. 2.

⁴⁹ Ebd., S. 4.

⁵⁰ Ebd., S. 4f.

⁵¹ Es handelt sich um ein Zitat aus der Studie *Begabung und soziale Schichtung in der hochindustrialisierten Gesellschaft*, von Karl Valentin Müller, Opladen 1956, S. 135, in: ‚Begabtenförderung‘, S. 14.

⁵² Zitat von Müller ohne Titel und Seitenzahl in: *Aufstieg der Begabten*, 1958, S. 10.

Vor diesem Hintergrund füllt sich die vage Zielsetzung des Unternehmertums, über Bildungsarbeit dem einzelnen seinen Platz in der freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu vermitteln: Jeder wirke an seinem qua Geburt angestammten Platz am besten und habe dort die größten Chancen auf Glück und Erfolg. Hier wurde vor einem risikoreichen Aufstieg gewarnt, der zur mittelmäßigen Leistung am falschen Ort führen könne, während mit Blick auf Studenten beklagt wurde, es fehle der Jugend jegliche Risiko- und Opferbereitschaft. Diese widersprüchlich erscheinenden Kritikpunkte richteten sich indessen an unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und verfolgten dasselbe Ziel: die bildungsfernen Schichten in den Betrieben und fern von den höheren Schulen und Hochschulen zu halten.

Wie die Schrift „Aufstieg der Begabten“ im Namen von Unternehmern, Professoren und Vertretern von Politik und Verwaltung in der gemeinsam herausgegebenen Schriftenreihe des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft erscheinen konnte, ist erklärungsbedürftig. Reste völkisch anmutender Argumentationen waren nach 1945 geläufig. Keine der Elite-Berufsgruppen nach 1945 war ganz frei von solchem Vokabular, das schlicht der Zeit vor dem Nationalsozialismus zugeordnet wurde. Innerhalb der Medizin verschwanden biologistische, genetische und rassistische Argumentationen am ehesten, doch selbst dort zeugen Schriften von nur dürftig gesäubertem Rassendenken. So ist es kaum überraschend, dass Müllers Zitate vom „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ kritiklos abgedruckt wurden.⁵³ Während diese Aussagen heute einen öffentlichen Aufschrei provozieren würden, waren sie damals noch diskussionswürdig und wurden von den Verteidigern der „Begabungsreserve“ ernst genommen. So führte Ralf Dahrendorf zu ihrer Widerlegung die Wahrscheinlichkeitsrechnungen des britischen Soziologen A.H. Halsey an: Das Herauslösen aller Begabungen aus allen Schichten und deren ausschließlich untereinander stattfindende Reproduktion in den folgenden Generationen würde demnach eine Gruppe von Hochbegabten erzeugen, dennoch würden in jeder neuen Generation auch alle anderen Schichten wieder Hochbegabungen hervorbringen.⁵⁴

Die Arbeitgeber interessierten sich wegen des wachsenden Bedarfs an Begabungen in der deutschen Wirtschaft durchaus für die Existenz eines Begabungsreservoirs. Ihrer Einschätzung nach handelte es sich dabei jedoch zum einen um mittlere, praktische und manuelle Begabungen und zum anderen um einen Mangel an Facharbeitern, die zur mittleren Führungsebene weitergebildet werden könnten. Mit seiner XI. Entschliebung stellte der „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ 1961 zu diesem Thema fest:

„daß der Bedarf an Fachleuten für verantwortliche betriebspraktische Tätigkeiten – seien sie kaufmännisch, seien sie technisch – weitaus schneller wächst als der Bedarf an akademisch vorgebildeten Kräften.“⁵⁵

Ausdrücklich bekannte sich die Unternehmerschaft zu ihrer Pflicht, allen Menschen der „Begabungsreserve“ den Aufstieg zu ermöglichen, und zwar durch gezielte Förderung nach beendeter Schulzeit. Danach habe man es erst mit entscheidungsfähigen und selbstverantwortlichen Men-

⁵³ Hayse, *Recasting West German Elites*, S. 210, S. 214 u. S. 216f.

⁵⁴ Zur gleichwohl nicht ausbleibenden Kritik am Inhalt der Schrift und den dadurch bei der Rektorenkonferenz geweckten Zweifeln am Unternehmen GKWW vgl. Kapitel 11; vgl. auch Dahrendorf, *Arbeiterkinder*, S. 33; A.H. Halsey, 'Genetics, Social Structure, and Intelligence', in: *British Journal of Sociology* IX/1.1958, S. 15-28.

⁵⁵ 11. Entschliebung v. Juni 1961, in: *Entschliebungen 1957-1966*, hg. v. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Essen, o.J., S. 14.

schen zu tun, die nicht mehr familiären Hemmnissen ausgesetzt seien. 1958 bekannte Ludwig Vaubel sich in einem Vortrag über die „Förderung begabter Jugendlicher in Wirtschaft und Betrieb“ zu Artikel II des Grundgesetzes, der „die Gleichheit der Bildungschancen für alle postuliert“. In „einer freiheitlichen, pluralistisch aufgebauten Gesellschaftsordnung“ dürfe die Begabtenförderung nicht dem Staat allein überlassen werden. Weil sie von allen gesellschaftlichen Gruppen getragen werden müsse, stellten sich die Unternehmen in den Dienst der Förderung begabter Jugendlicher im Betrieb, wo die größte Begabungsreserve stecke. „Spätentwickler“ entdeckten ihre Fähigkeiten meist erst nach dem Eintritt in das Berufsleben. Aufgrund der guten Aufstiegsmöglichkeiten im Betrieb beschneide die späte Förderung nicht deren Berufschancen, denn im:

„Bereich der deutschen Wirtschaft ist es Tradition, dass man auf Grund praktischer Bewährung und besonderer Begabung auch als Nichtakademiker bis in die höchsten Führungspositionen aufsteigen kann. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen beruflicher Bewährung, Auslese und Förderung Begabter [...]“

Jeglicher Egoismus seitens der Unternehmer habe hinter die gesamtwirtschaftliche und -gesellschaftliche Verantwortung zurückzutreten, um dem Geförderten Freiheit und Selbstbestimmung zukommen zu lassen.⁵⁶ Das Argument und der dahinter liegende „antiakademische Affekt“ hatten bereits den Aufstieg der Betriebswirte in die unternehmerischen Führungsetagen begleitet und waren immer Ausdruck von Konkurrenz um Berufspositionen gewesen.⁵⁷ Für die Nachkriegszeit erscheinen sie jedoch merkwürdig unpassend: Die so Argumentierenden waren selbst überwiegend promoviert. Hartmann stellte diesen Widerspruch zwischen eigenem Bildungsgrad und distanzierter Haltung gegenüber Hochschulbildung heraus. Es handle sich nur um einen Abschluss, zum Unternehmer werde der Absolvent erst durch langjährige Praxis, nicht zuletzt aber doch qua Geburt: durch angeborene „Phantasie und Wagemut, Fähigkeit zu wirtschaftlichem Denken und zur Menschenführung“.⁵⁸ Zwar war die Promotion nicht formelles Zugangskriterium zur Spitze von Großunternehmen, vor allem nicht von Firmenerben, doch glich das Qualifikationsniveau von Vorstandsmitgliedern in Großunternehmen dem der hohen Beamten: Mindestens 80 Prozent von Jolys Untersuchungsgruppe waren Akademiker, 68 Prozent von ihnen promoviert. Ihr Anteil stieg sogar von 79 Prozent 1959 auf 86 Prozent 1985. Ein einziges nach 1932 geborenes Vorstandsmitglied hatte nur eine Ausbildung durchlaufen, wobei auch die Studierenden überwiegend eine Lehre abgeschlossen hatten. „Praktiker“ hatten in den Betrieben kaum Aufstiegschancen, und wenn sie doch bis an die Spitze befördert wurden, dann deutlich später – und damit kürzer – als ihre formal qualifizierteren Kollegen.⁵⁹

Rolf Rodenstock⁶⁰ stellte dagegen 1967 erneut fest, dass Bildungsstreben und Bedarf in Einklang

⁵⁶ Ludwig Vaubel, ‚Förderung begabter Jugendlicher in Wirtschaft und Betrieb‘, in: *Vortragsreihe des Deutschen Industrieministeriums*, v. 29.9.1958; Vortrag vom 8.9.1958 in Bonn (ohne Nennung des Publikums), S. 1f., längeres Zitat S. 2.

⁵⁷ Peter Lundgreen, ‚Bildung und Bürgertum‘, in: *Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997)*, hg. v. dems., Göttingen 2000, S. 173-194, hier S. 190; vgl. ausführlich Heike Franz, *Zwischen Markt und Profession. Betriebswirte in Deutschland im Spannungsfeld von Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum (1900-1945)*, Göttingen 1998.

⁵⁸ Heinz Hartmann, *Der Deutsche Unternehmer: Autorität und Organisation*, Frankfurt/M. 1968, S. 189 u. Zitat von Ludwig Vaubel, 1966, zitiert nach Hartmann und Wienold, *Universität und Unternehmer*, S. 15.

⁵⁹ Vgl. ausführlich Joly, *Großunternehmer*, Leipzig 1998, S. 44-51.

⁶⁰ Rolf Rodenstock, Jg. 1917, kath., Sohn d. Kommerzienrats Alexander Rodenstock, damals Inhaber d. Optischen

waren, trafen sich doch in

„der Forderung nach Chancengleichheit bei gleicher Begabung und Leistung und nach Entwicklung eines durchlässigen Aus- und Fortbildungssystems [...] die technisch-ökonomischen Erfordernisse der Wirtschaft mit den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft.“⁶¹

In der Praxis sollte die Begabtenförderung aber eng an die Opferbereitschaft der Jugendlichen geknüpft sein: „Begabtenförderung darf nicht zum Anspruchsdenken führen“, ist im Rednerdienst nachzulesen. Zwar hätten die begabten Jugendlichen ein Recht auf „menschliche, geistige und berufliche Entwicklung“, doch gingen diese Rechte mit der Pflicht einher, „dazu einen eigenen Beitrag zu leisten. Risikobereitschaft, Verantwortungsfreude, eigene Initiative“ müssten die Jugendlichen ebenso mitbringen wie die Bereitschaft „zu Bedürfnisverzicht, zu physischen und psychischen Mehrbelastungen“.⁶² Bürgerliche Werte, durch welche die Aufstiegsprätendenten ihren Anspruch zu legitimieren hatten, wurden hier betont. Einerseits wurden damit Verantwortung und die Rolle des Individuums in den Vordergrund gestellt, andererseits wurde es negativ bewertet, wenn Arbeiter sich über den Weg der Bildung und Profilierung selbstverantwortlich und initiativ aus ihrem Kollektiv der Arbeiterschaft lösen wollten: Anstatt auf der Basis guter Leistungen und Fähigkeiten im Betrieb Ansprüche zu stellen oder gleich die höhere Schullaufbahn einzuschlagen, um in einer entsprechend höheren Berufsposition in den Betrieb einzusteigen, erwarteten die Unternehmerverbände von begabten Arbeiterkindern, einen standesgemäßen Bildungsweg zu wählen und darauf zu vertrauen, dass ihre Vorgesetzten ihre Begabung erkennen und sie aus Pflichtgefühl gegenüber dem Gemeinwohl heraus fördern würden.⁶³ Bürgerliche Werte sind in dieser Denkfigur mit Standesdenken verknüpft. Selbsthilfe als bürgerliches Prinzip wird nicht als positive Eigenschaft potentieller Aufsteiger akzeptiert.

Begabung wurde in diesem Zusammenhang weniger als individuelles, denn als „volkswirtschaftliches soziales Gut“ begriffen, auf dem internationale Wettbewerbsfähigkeit und „Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft und Kultur“ gründeten. So betonte Rolf Rodenstock 1964 in seiner Funktion als Vorsitzender des Landesverbandes der Bayerischen Industrie auf der Jahrestagung „Schule – Wirtschaft“ unter der Überschrift „Bildung ist lebenswichtig“, dass Westdeutschland im internationalen Wirtschaftswettbewerb nur durch eine hochqualifizierte Bevölkerung mithal-

Werke G. Rodenstock; Gym. München; 1937 Arbeitsdienst, anschl. Wehr- u. Kriegsdienst; 1941 Verwundung u. Freistellung; *Wissenschaft*: Studium Betriebswirtschaft, 1944 Promotion zum Dr. rer. pol., 1947 Habilitation München; 1947 Privatdozent; 1956 bis Anfang 1980er Jahre apl. Prof. f. Betriebsorganisation; *Wirtschaft*: seit 1946 Mitgl. d. Geschäftsführung im Familienunternehmen; 1953 Erbe u. Übernahme der Leitung d. Optischen Werke G. Rodenstock; *verbands- u. gesellschaftspolitisches Engagement*: bis 1977 Vorsitz Präsidium d. Landesverbandes d. Bayerischen Industrie; Vizepräsident d. Vereinigung d. Arbeitgeberverbände in Bayern; stv. Vorsitz d. Vereins d. Bayerischen Metallindustrie; 1971-1990 Präsident, Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern; 1966-1977 Vorstandsvorsitz Deutsches Industrieinstitut, Köln; 1978-1984 BDI-Präsident; *Ehrungen*: 1977 Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband; 1984 Bayerischer Verdienstorden, *Officier de la Légion d'Honneur* u. Goldmedaille B'nai B'rith; 1986 Goldene Bayerische Verfassungsmedaille; 1991 Großes Goldenes Ehrenzeichen der Republik Österreich u. Goldene Ehrenmünze d. Landeshauptstadt München; s. *Münzinger-Archiv Online*. Rodenstock gehörte dem Kreis von Unternehmern an, die seit 1950 an einem von Otto A. Friedrich geleiteten Runden Tisch mit Wirtschaftsminister Erhard über wirtschaftspolitische Grundfragen und Pläne diskutierten, mit dem Ziel, „dem Gesamtwohl zu dienen“; s. Lothar Gall, *Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie*, München 2005, S. 244.

⁶¹ Rolf Rodenstock, „Interdependenz von Wirtschaft und Bildung“, in: *Contact. Forum der Wirtschaft für Bildungsfragen*, hg. v. der Bildungsabteilung des Deutschen Industrieinstituts. Neue Folge 1/1967, S. 3-6, S. 5.

⁶² „Begabtenförderung“, S. 9.

⁶³ Ebd., S. 14.

ten könne. Die Ergebnisse der Bildungsökonomie zeigten, „daß der Stand der Bildung eines Volkes für Staat und Wirtschaft geradezu zu einer Existenzfrage geworden ist.“ Das Interesse der Wirtschaft an einer hochqualifizierten Bevölkerung beruhe ebenso auf dem Bedarf an qualifizierten Fachkräften und Wissenschaftlern wie auf dem Interesse an einem hohen Einkommensniveau, das den Warenabsatz garantiere, und decke sich mit dem Bildungswillen der Bevölkerung, der aus dem Wunsch nach höherem Einkommen und Sozialprestige resultiere.⁶⁴ Anschließend präzisierte Rodenstock gleichwohl, dass er damit die kaufmännischen und gewerblichen Mitarbeiter meinte und die Notwendigkeit der betrieblichen Weiterbildung, um die Fähigkeiten der Facharbeiter dem technischen Wandel anzupassen, da sonst wie in den USA im Zuge der Automation der Arbeitsplatzverlust drohe.⁶⁵

Die hier von Rodenstock angesprochene „Existenzfrage“ des allgemeinen Bildungsstandes sollte demnach wiederum im Betrieb gelöst werden. Es ging ihm um die Anpassung der Arbeiterschaft an den sich wandelnden Produktionsprozess, nicht um die schulischen und universitären Eingangsqualifikationen für den Arbeitsmarkt. In der Praxis war dieser Anpassungsprozess im Betrieb mit vielen kleinen Aufstiegen von Facharbeitern verbunden, die Techniker und somit Angestellte wurden.

Entgegen diesen die Chancen für den innerbetrieblichen Aufstieg rosig malenden Reden und Schriften benannte die BdA 1955 Hindernisse für den Aufstieg im Betrieb in einem Rundschreiben an ihre Mitgliederverbände und schrieb diese Arbeitern wie Arbeitgebern zu. Die Arbeiterbewegung betrachte den innerbetrieblichen Aufstieg als „Verrat an der Arbeiterschaft“, gleichwohl überschätze der Mitarbeiter seine Aufstiegsmöglichkeiten. Dies wurde unter anderem darauf zurückgeführt, dass „die zunehmende Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards“ irrtümlicherweise mit unbegrenzten Aufstiegschancen der Allgemeinheit gleichgesetzt werde. Der Unternehmer wiederum

„hält Mitarbeiter, die langjährig eine fachlich gebundene Spezialistentätigkeit ausüben, für unbeweglich und daher für Führungsaufgaben ungeeignet.“

Entgegen dieser Einschätzung zeige die Praxis, „daß neue Chancen gelegentlich unvermutete Leistungen erzeugen.“⁶⁶ Während die Broschüre des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft also den sozialen Aufstieg im Betrieb als selbstverständliche Möglichkeit aller Begabten postulierte, mahnte die BdA intern, Hürden abzubauen, um begabte Arbeiter in den Betrieben zu fördern. Im Gegensatz zur verbreiteten Polemik gegen den Aufstiegs- und Bildungswillen der „Massen“ wurde hier bemerkenswerterweise schon Ende der fünfziger Jahre festgestellt, dass eine nicht ausreichend qualifizierte Arbeitsbevölkerung die deutsche Wirtschaft in einen internationalen Modernitätsrückstand führen könne.⁶⁷ In Erwartung des drohenden Nachwuchsmangels widmete sich der BdA-Arbeitskreis „Berufsberatung und Berufsausbildung“ 1958 der Notwendigkeit, den wachsenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften durch die Förderung begabter Ar-

⁶⁴ Rolf Rodenstock, ‚Bildung ist lebenswichtig‘, in: *Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts*, Jg. 14, Nr. 49 v. 8.12.1964. Vortrag gehalten auf der Jahrestagung der Studien- und Arbeitskreise Schule – Wirtschaft am 23. November 1964 in Freiburg/Br., als Vorsitzender des Landesverbandes der Bayerischen Industrie., 4 S., hier S. 2 u. 4.

⁶⁵ Ebd., S. 4; zur betrieblichen und überbetrieblichen Weiterbildungsarbeit mit dem Ziel der Anpassung an neue technische Verfahren s. auch Baethge, *Ausbildung und Herrschaft*, S. 200-203.

⁶⁶ ‚Soziale Betriebsgestaltung: 4. Folge. Aufstiegsprobleme im Betrieb‘, Anlage zu einem Rundschreiben der BdA v. 1955, Bd. 19, in: BdA Archiv, H III 404, Referat V-VII, Bl. 1640, S. 1f.

⁶⁷ Dahrendorf, *Arbeiterkinder*, S. 34.

beiter zu decken, um die Arbeitsfähigkeit deutscher Betriebe zu erhalten.⁶⁸

Das Problem war alt und hatte zuletzt 1945 zur Neuorganisation betrieblicher Ausbildung in den Bergwerken des Ruhrgebiets geführt. Doch verfolgten führende Unternehmer wie Heinrich Kost mit betrieblicher Ausbildung nicht allein die numerische Stabilisierung der Arbeiterschaft, sondern auch die Befriedung junger Arbeiter und ihre Immunisierung gegen Revolten durch erzieherische Einflussnahme.⁶⁹ In diesem Zusammenhang bedienten sich Zeitgenossen der Gegenüberstellung von ‚Persönlichkeit‘ und ‚Kollektiv‘. Dahinter verbarg sich, so Roseman, die Angst des Bürgertums vor der Massendemokratie und das Bedürfnis, das Volk zu gliedern, um die Herausbildung einer kollektiven Masse, die sie als Ursache für den Nationalsozialismus betrachteten, zu verhindern.⁷⁰

Die international vergleichende Bildungsökonomie, die einen Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Industriegesellschaften und ihrer Wettbewerbsfähigkeit herstellte, zielte indessen nicht auf die betriebliche Bildungsbeteiligung, sondern auf die höhere Schul- und Hochschulbildung. 1963 informierte die Zeitschrift *Junge Wirtschaft* über Schätzungen einer OECD-Studie, derzufolge die Abiturientenzahlen in der Bundesrepublik bis 1970 nahezu stagnieren, in den Nachbarländern hingegen um das Zwei- bis Dreifache steigen würden. 1970 werde der bundesdeutsche Anteil der Abiturienten an ihrer Altersgruppe 7 Prozent, in Frankreich dagegen 19 Prozent betragen. Der in den deutschen Unternehmerverbänden vorherrschenden Einschätzung wurde entgegnet, dass die Wirtschaft zunehmend Führungskräfte mit höherer Schulbildung brauche: 1964 bereits 15 Prozent. Die entsprechende Quote beim Erwerb der Hochschulreife war tatsächlich nur halb so hoch.⁷¹ Der folgende Kommentar aus *Junge Wirtschaft* wich vollkommen von der internen Informationspolitik der Arbeitgeberverbände ab, die größtenteils vom Deutschen Industrieinstitut geprägt wurde, das aber auch diese Zeitschrift herausgab. Er bezieht sich auf ein noch nicht ausgeschöpftes Begabungsreservoir:

„Wenn die Bundesrepublik hier nachhinkt, dann sicherlich nicht, weil es bei uns keine Begabungsreserven mehr gäbe oder weil die Quantität auf Kosten der Qualität gehen müßte.“⁷²

Die Arbeitgeberverbände lehnten Warnungen vor einem Zurückfallen Westdeutschlands im internationalen Wettbewerb aufgrund der niedrigen Bildungsbeteiligung üblicherweise als Zahlenspielerien ab. Entsprechend stellte der Jugend- und Bildungsausschuss der BdA im Dezember 1964 in Bad Godesberg folgende Thesen fest – vermutlich mit Bezug auf die von Georg Picht im gleichen Jahr ausgerufene deutsche Bildungskatastrophe:

⁶⁸ Arbeitskreis Berufsberatung und Berufsausbildung, Arbeitspapier ‚Förderung des Berufsaufstiegs‘ v. Januar 1958, in: BdA Archiv, BdA Rundschreiben 1958, Bd. 34, H III 404, Bl. 1301. Dem Arbeitskreis gehörten Arlt, Eichler und Neumann an.

⁶⁹ So 1953 der Gedankengang von Heinrich Kost als Vorsitzender der Deutsche Kohlenbergbauleitung, in: Mark Roseman, ‚The Organic Society and the „Massenmenschen“. Integrating Young Labour in the Ruhr Mines, 1945-58‘, in: *West Germany under Reconstruction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*, hg. v. Robert G. Moeller, Ann Arbor 1997, S. 287-320, hier S. 296f.

⁷⁰ Ebd., S. 289-299 u. Reitmayer, „Unternehmer zur Führung berufen“ – durch wen?, S. 329.

⁷¹ 1962 erreichten 57 638 bzw. 6,8 Prozent des Jahrgangs die Hochschulreife, vgl. für die Entwicklung der Abiturienten- und Studentenquote Kapitel 2 mit Literaturangaben.

⁷² Deutsches Industrieinstitut, ‚Wie sieht es in der Praxis aus?‘, in: *Junge Wirtschaft. Zeitschrift für fortschrittliches Unternehmertum*, 12.1964, Nr. 7, Juli 1964, S. 231.

„1. Das Schlagwort vom Bildungsnotstand gehört nicht in eine sachliche Bildungsdiskussion. [...] 2. Die Bildungsdiskussion ist weithin vom quantitativen Denken beherrscht.“

Sie erschöpfe sich in internationalen Zahlenvergleichen. Die Diskutanten setzten dem einen Qualitätsmangel der Schulabgänger entgegen, den sie vor allem auf das „Fehlen der sozialen Qualitäten“ und auf die nicht „ausreichende Bildungswilligkeit“ zurückführten. Dem wollten sie nicht die Ausweitung der Bildungsbeteiligung entgegensetzen, sondern eine stärkere Zusammenarbeit von Pädagogen und Unternehmern.⁷³

In der Schrift „Aufstieg der Begabten“ des Gesprächskreises wurde in Zusammenhang mit der Diskussion über den Zweiten Bildungsweg kritisiert, dieser werde oftmals auf die „sogenannte Demokratisierung“ des Hochschulzugangs reduziert. Formulierungen wie „Brechung des Bildungsmonopols“ und „Durchstoß zur Hochschule für die Hochbegabten“ sowie „Schluß mit der Monopolisierung des gymnasialen Abiturs“ wurden als unsachlich abgelehnt. Von einer „Festung“ der höheren Schule und der Hochschule könne keine Rede sein.⁷⁴ So dürfte eine Besprechung der SPD-Konferenz „Aufstieg durch Bildung“ in der Tageszeitung *Die Welt* vom 7.9.1963 dem einen oder anderen Unternehmer Freude bereitet haben. Der Verfasser amüsierte sich, es sei nicht einmal die Frage geklärt worden, zu welchem Ziel der Aufstieg eigentlich führen solle: Macht, Reichtum oder Erkenntnis? Aus der Zusammenfassung dieses Artikels in der Reihe „Bildungsfragen im Spiegel der Presse“ geht die unternehmerische Denkweise hervor, dass nicht mehr gesellschaftliche Aufstiege gelangen, weil Bildungswille und Opferbereitschaft schichtspezifisch verteilt waren:

„Bildung sei immer mit persönlichen Opfern verbunden, und es sei immer nur eine sehr kleine Schicht, die solche Opfer auf sich zu nehmen bereit sei. In jedem Volk seien die meisten Menschen zu faul, sich den Besitz der Bildung zu erwerben.“⁷⁵

Dies zeige der mäßige Erfolg des Zweiten Bildungswegs: Nur 0,5 Prozent erlangten über diesen die Hochschulreife. Am Geldmangel könne es nicht liegen. Vielmehr handle es sich um eine fehlende „Sozialstrebigkeit“ und um einen Mangel an „soziale[m] Aufstiegswille[n]“. ⁷⁶ Den offensichtlichen Widerspruch ihrer Argumentation – einerseits würden zu viele zum Studium zugelassen, andererseits unternehme die Jugend keine Bildungsanstrengungen – lösten die Unternehmer nicht auf.

Wenn viele Positionen nur noch über eine höhere formale Bildung erreichbar waren, so wurde als Ursache weniger die sich wandelnde Berufs- und Qualifikationsstruktur als der verbreitete „Akademikerfimmel“ gesehen. Der Drang an die Universitäten beruhe auf dem

⁷³ BdA Rundschreiben 1965, Abt. V, Nr. 1-38 u. Abt. VI, Nr. 1-50, H III 404, Niederschrift über die Sonder-Sitzung des Jugend- und Bildungsausschusses der Bundesvereinigung am 2.12.1964 in Bad Godesberg, ohne Blattzählung; vgl. Kapitel 2 dieser Arbeit und Georg Picht, *Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation*, Otten und Freiburg/Br. 1964.

⁷⁴ *Aufstieg der Begabten*, S. 2; die Autoren dieser Schlagworte wurden nicht genannt.

⁷⁵ Die Zusammenfassung eines Artikels von Christian Ferber, aus: *Die Welt* v. 7.9.1963, in: *Bildungsfragen im Spiegel der Presse*, hg. v. Deutschen Industrieministerium. Abt. Bildungsarbeit und gesellschaftspolitische Fragen. In Zusammenarbeit mit der BdA, Abt. Sozialpolitische Bildungs- und Jugendarbeit, mit dem Vermerk ‚nur zur internen Information‘, September 1963, S. 16. Die Reihe begann 1962 und wurde von Mitarbeitern des Deutschen Industrieministeriums sowie der BdA zusammengestellt.

⁷⁶ ‚Begabtenförderung‘, S. 4f., Zitat S. 5.

„wachsenden Verlangen nach einer akademischen Ausbildung und der vermeintlich damit gegebenen beruflichen und sozialen Chancen“.

Die Gesellschaft lege mehr Wert auf Zeugnisse als auf in der Praxis gezeigte Fähigkeiten. Hier übten die Unternehmer Selbstkritik: Ihre Verbandsvertreter appellierten wiederholt an die Unternehmer, in deren Hand diese Entwicklung lag, da sie den Nachwuchs einstellten. Sie sollten deshalb in ihren Betrieben lieber alles ihnen Mögliche zur Förderung der Begabten tun als auf Akademiker zu schießen – ein Appell, welcher, wie bereits dargestellt, dem Selbstbild des Unternehmers als Förderer der Begabten im Dienste des Gemeinwohls ebenso zuwiderläuft wie den Rekrutierungsmustern für höhere Positionen in der Wirtschaft.⁷⁷ Dem „Akademikerfimmel“ solle durch den Nachweis entgegengetreten werden, dass

„an vielen Stellen, wo heute in Industrieunternehmen, Wirtschafts- und Staatsverwaltungen Akademiker eingesetzt sind, Fachschüler bzw. Höhere Fachschüler viel besser am Platze wären.“⁷⁸

Darüber hinaus wurde im „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ diskutiert, dass die wachsende Zahl der Abiturienten das Abitur abzuwerten drohe, da die

„zunehmende Akademisierung zahlreicher Berufe, die mit einem verstärkten Zug zum Abitur Hand in Hand gehe, unter den Gesichtspunkten des sozialen Prestiges, der Besoldungs- und Tarifordnungen und des Berechtigungswesens gesehen werden müsse; die Neigung der Wirtschaft, Akademiker auch für Tätigkeiten zu verwenden, die einer akademischen Bildung nicht entsprechen, komme diesen Tendenzen entgegen.“

Zwar sprachen sich alle Gesprächsteilnehmer gegen eine Akademisierung der Berufe aus und waren sich einig, dass mittlere Berufe und Bildungsstufen hinsichtlich ihres gesellschaftlichen Ansehens und der mit diesem verbundenen materiellen Lage aufzuwerten seien. Gleichwohl regte der Geschäftsführer der WRK Jürgen Fischer, unterstützt von Fritz Arlt von der BdA, eine Erhebung unter Unternehmern an, um herauszufinden, welche Berufe rechtlich oder praktisch das Abitur voraussetzten, da er die Akademisierung der Berufe nicht als erwiesen betrachtete.⁷⁹

Ebenso wie die „Akademitis“ lehnten die Arbeitgeber „Kompetenzdenken“ ab: die Verknüpfung formaler Bildungsabschlüsse mit dem Anspruch auf bestimmte berufliche Positionen. Dies galt allerdings nur für den sozialen Aufstieg, da die Unternehmer die Forderung der Hochschullehrer nach einem ihrer langen Bildungsanstrengung entsprechenden Gehalt unterstützten.⁸⁰ Dagegen kritisierte Siegfried Balke 1965 die mit Reformkonzepten zur Förderung aller jungen Menschen gemäß „ihren Begabungen und Fähigkeiten“⁸¹ einhergehende Vorstellung, jeder solle dem individuellen Begabungs- und Bildungsgrad entsprechende Berufspositionen erlangen:

„Das Festhalten an überholtem Kompetenzdenken [...] könnte für unsere Gesellschaft auf lange Sicht tödlich werden.“

Anschließend forderte er paradoxerweise, es solle stärker vermittelt werden, dass sich Bildung für

⁷⁷ Gedanken zur Wissenschaftsförderung, S. 22.

⁷⁸ Niederschrift über Verlauf und Ergebnisse der Sitzung der Gesprächsgruppe II am 15. März 1960 in Homberg/Niederrhein, in: WRK 448//1, Bl. 065-089, hier Bl. 066.

⁷⁹ Protokoll Flitner und Hermes zur 1. Sitzung der Gesprächsgruppe I „Hochschulreife“, in: ZZBW/FZ 177/3, Bl. 071-077.

⁸⁰ Ausführlich dazu die Kapitel 5 und 11.

⁸¹ Siegfried Balke, „Grundsatzfragen unternehmerischer Bildungsarbeit“, S. 11.

das berufliche und soziale Weiterkommen lohne.⁸² Diesen Widerspruch zwischen der Ablehnung einer verstärkten Bildungsbeteiligung auf der einen und Bildungswerbung auf der anderen Seite löste der Redner selbst nicht auf. Im Kontext der bildungspolitischen Linie der Arbeitgeber lässt sich jedoch darauf schließen, dass Balke die betriebliche Weiterbildung meinte, wenn er von lohnender Bildung sprach, wohingegen er die steigende Bildungsbeteiligung in den höheren Schulen und Hochschulen ablehnte.

Universitäten als Werte-Schmieden einer neuen Elite

Die hochschulpolitischen Bildungsaktivitäten der Unternehmer beschränkten sich im Gegensatz zur britischen Praxis nicht auf gelegentliche Tagungen zum Austausch mit Hochschulvertretern. Führende Unternehmer und Verbandsvertreter betonten die allgemeine Bedeutung der Universität für das Wohl der deutschen Wirtschaft ebenso wie den Wert von nicht direkt verwertbarer Bildung. So stellte Hermann Reusch im Mai 1960 auf der Tagung des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft zum einen die Rolle von Entwicklungen in Technik und Naturwissenschaften für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes heraus, bekannte sich aber auch zu den Geisteswissenschaften und zur Grundlagenforschung als notwendiges Rückrat der angewandten Forschung.⁸³ Fünf Jahre später formulierte Siegfried Balke dies ähnlich.⁸⁴

Die Universitäten sollten Elitebildung leisten und zu Führung erziehen. Das Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge setze über gründliche Fachkenntnisse hinaus die Übersicht über alle Wissensgebiete voraus, die der Wirtschaft von Nutzen sein könnten. Bildung sollte des Weiteren die Kenntnis der sich aus dem industriellen Fortschritt ergebenden sozialen Fragen ebenso umfassen wie die damit verbundenen Anforderungen an Charakter und Haltung. Die Wirtschaft verlangte „akademisch gebildete“ Persönlichkeiten, nicht Spezialisten, sondern Menschen, „die objektiv zu denken vermögen.“ Sie suchte „den fachlich hochqualifizierten Akademiker“, den sie als Persönlichkeit „mit weitem Bildungshorizont und Verantwortungsfreude“ zeichnete. Er sollte ein „Synthetiker“ sein, dem Führungsaufgaben „im menschlichen wie im sachlichen Bereich übertragen“ werden könnten. Dieses Plädoyer für die Ausbildung eines wahrhaft akademischen Nachwuchses richtete sie an die Universitäten als „Heimstätten des auch heute im Kern unversehrten, kulturkräftig-schöpferischen Geistespotentials“. Dabei legte sie Wert darauf, dass es nicht nur „um die Befriedigung der Eigenbedürfnisse der Wirtschaft“ gehe. Vielmehr sei die Wirtschaft „als Gestaltungskraft unserer zeitgenössischen Industriegesellschaft“ dazu verpflichtet – ganz im Sinne des Gemeinwohls – zu verhindern, dass „nur Spezialisten in den staatlichen und in den kulturellen Raum hineinwachsen“. Natürlich dachten „namhafte Wirtschaftsführer“ auch an ihre eigenen unmittelbaren Bedürfnisse, wenn sie „weit weniger Spezialisten denn wahrhafte Akademiker als Nachwuchskräfte“ forderten, doch vergaßen sie dabei nicht „ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Gesellschaft“, deren Interessen sie schlicht mit ihren eigenen gleichsetzten.⁸⁵ Die Universitäten hätten wohl die Notwendigkeit erkannt, seien aber noch

⁸² Ebd., S. 12 u. 15, längeres Zitat S. 15.

⁸³ Hermann Reusch, ‚Wissenschaft und Wirtschaft‘, in: *Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts*, Nr. 22, v. 31.5.1960, Köln, S. 2.

⁸⁴ Balke, ‚Grundsatzfragen unternehmerischer Bildungsarbeit‘, S. 13.

⁸⁵ Gedanken zur Wissenschaftsförderung, S. 21f.; zur frühen Tendenz unternehmerischer PR, gesellschaftliche Interessen mit den eigenen gleichzusetzen, Binder, *Entstehung unternehmerischer Public Relations*, S. 38.

nicht in der Lage, ihren Studenten die Einsicht zu vermitteln, dass eine Fachausbildung, ohne die Fähigkeit, sich selbst in einen größeren Zusammenhang einzuordnen, nicht solide sei. Letzteres sei die Voraussetzung der Ausbildung von echtem Führungspersonal.⁸⁶

Da sich aus dem überkommenen verbindlichen Elitetyp in den letzten Jahrhunderten eine differenzierte Leistungselite herausgebildet habe, die nicht mehr so geschlossen sei wie der Adel, falle der Hochschule eine Schlüsselrolle zu. Sie sei zwar nicht mehr „standesgemäße Eliteschule“, doch wiesen ihr die Unternehmer eine „funktionelle Bedeutung“ als Eliteschmiede zu, als

„einzige Institution, in der viele Anwärter auf ‚elitäre‘ Positionen untereinander noch Kontakt haben, ehe sie sich auf ihre gesellschaftlichen Inseln zurückziehen.“

Diese Beschreibung weckt die Assoziation der Funktion britischer *public schools* und von *Oxbridge*, das zukünftige *Establishment* miteinander zu verschmelzen. Auch in Richtung eines berufsgruppenübergreifenden Bürgertums lässt sich die Vorstellung des Kontaktraums für differenzierte Elitengruppen interpretieren. Darüber hinaus wurde die Möglichkeit reflektiert, dass zukünftig der erfolgreiche Universitätsbesuch den Zugang zur Elite bestimmen würde: Die akademische Ausbildung könne die Rolle eines Filters im Elitezugang übernehmen, der früher durch die Merkmale Geburt, Standesprivileg, Erziehung, Besitz und Einkommen geregelt worden sei. Selbst freie Unternehmer, die der Sinnhaftigkeit einer universitären Ausbildung für die Unternehmensleitung skeptisch gegenüberstünden, ließen gegenwärtig ihre Söhne an der Universität studieren, „am liebsten Rechts- oder Volkswirtschaft“.⁸⁷ Betriebswirtschaft wurde wohl deshalb nicht aufgezählt, da dieses Fach sich an der Universität und als Grundlage für eine kaufmännische Karriere erst durchsetzen musste, weshalb es auch besonders häufig mit einer Lehre kombiniert wurde.⁸⁸

Dieses eigene Anspruchsdenken der selbst mit „Akademitis“ infizierten Unternehmerekreise kontrastiert ihre scharfe Ablehnung eben dieser Orientierung zugunsten des Aufstiegs im Betrieb. Fiel ihnen dies selbst nicht auf, so dürfte dies daran liegen, dass sie ihre Kritik am Anspruchsdenken der Jugend auf jene bezogen, die aus den angeblich unbegabten Schichten stammten, per se nicht führungsfähig und folglich weder mit noch ohne Abitur studierwürdig waren. Dieser Denkart gemäß war das einzige Einschluss- und Ausschlusskriterium zur Akademikerschicht die Geburt. Indem sie aber mit Leistung und Befähigung argumentierten, verletzten Unternehmer – und ähnlich argumentierende Hochschullehrer und Ministerialen – das bürgerliche Leistungsethos oberflächlich betrachtet nicht.

Doch wozu diente dieser Diskurs? Die drohende Bildungsinflation ließ offensichtlich befürchten, die „Massen“ würden nun mit den Kindern des Bürgertums um Elitepositionen konkurrieren. Angesichts dieser Krise wurde die Legitimation dafür geschaffen, dass sich die eigenen Nachkommen auch im meritokratischen Bildungssystem besser für Spitzenpositionen eigneten als Aspiranten der breiten Bevölkerung. Die Abgrenzung gegen diese wurde nicht durch Zugangsbeschränkungen zum Studium, beispielsweise auf der Basis von mehr oder minder objektiven Abiturnoten, vollzogen, sondern durch die Reflexion über kaum messbare Charakteristika, welche Führungspersönlichkeiten auszeichneten. Diese Festlegung von Auswahlkriterien erhält dadurch großes Gewicht, dass es in der Macht der Wirtschaftselite stand, die soziale Auslese vorzuneh-

⁸⁶ Reusch, ‚Wissenschaft und Wirtschaft‘, S. 3.

⁸⁷ *Aufstieg der Begabten*, 1958, S. 4.

⁸⁸ Vgl. dazu Joly, *Großunternehmer*, S. 46 u. Franz, *Zwischen Markt und Profession*.

men. Gerade weil der deutsche Universitätsabschluss nicht mit der Zugehörigkeit zu einer Elite einherging und somit nicht einmal die Bildungsöffnung der 1970er Jahre zur Elitenöffnung führte, sind diese Reflexionen über persönliche Qualitäten bedeutend. Den hier diskutierten, meist aber „stillschweigende[n] Konsens innerhalb der wirtschaftlichen Elite über die für Spitzenpositionen erforderlichen Führungsqualitäten“, die über den bürgerlichen Habitus vermittelt qua Geburt erworben werden, führt Michael Hartmann als Ursache für die bis heute sozial abgeschlossene Wirtschaftselite an.⁸⁹ Soziale Abgrenzung nach unten erfolgte hier deutlich in Form von Sprache und unausgesprochenem Konsens über das Gebot der Geschlossenheit, nicht aber durch formale, institutionalisierte Verfahren, wie dies in Britannien mit schulgeldpflichtigen Eliteschulen der Fall war, die den Weg in die Elite ebneten.

Der Auftrag der Elitebildung wurde untrennbar mit der Einheit von Forschung und Lehre verknüpft, die im Massenbetrieb nicht zu erhalten sei. Schon die erste Entschließung des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft vom Mai 1958 setzte sich mit diesem Problem auseinander. Sie kritisierte das schiefe Verhältnis von Studenten und Hochschullehrern, das die Einheit von Wissenschaft und Lehre und damit das Funktionieren des Systems gefährdete, weil unter diesen Umständen „in der Regel keine Möglichkeit mehr zu einem persönlichen Gespräch“ zwischen Hochschullehrer und Student bestehe, womit die Chance der Verschmelzung von Allgemein- und Fachbildung vertan werde.⁹⁰ Führungspersönlichkeiten könnten nur in kleinen Lerngruppen ausgebildet werden. Aus diesem Grunde sei um jeden Preis wieder zu überschaubaren Einheiten zurückzukehren und der Auftrag der Erziehung von Elite wieder anzunehmen, wurde wiederholt gefordert.⁹¹

Die akademische Jugend selbst bot ebenso Anlass zur Sorge. Ihr fehle jegliche Risikobereitschaft. Ihr Sicherheitswunsch stehe „wie eine Barriere vor der mit Risiko und Schweiß verbundenen Erfolgchance“.⁹² Eine Persönlichkeit, die über Zukunftsvisionen und Übersicht über die komplexe Gegenwart verfüge, könne sich nur entwickeln, wenn der Einzelne ein Studium als „Selbstzweck“ und in selbsttätige[r] Verantwortung“ aufnehme und „durch seine Begabung gestaltet.“ Der Student müsse zu diesem Ende „die Möglichkeiten der Erziehung [...] durch die Persönlichkeit seiner Lehrer“ suchen.⁹³ Der tatsächliche Charakter der deutschen Studentenschaft ließ allerdings an diesem Ideal zweifeln. So kritisierte der Leiter der Gesprächsgruppe „Wissenschaftliche Hochschulen“, Hermann Kost, die deutschen Studenten erwarteten die „größtmögliche Freiheit und größtmögliche Sicherheit“ und nach dem Abschluss den „unverzöglichen Sprung in höchstbezahlte Berufsstellung“. Mit einer „so außergewöhnlichen Freiheit“, wie sie dem deutschen Studium zugrunde liege, müsse jedoch „ein entsprechendes Maß an Gefährdung“ einhergehen. Von den Studenten forderte er einen Einstellungswandel: neben „Verantwortungsbewußtsein“ seien die Merkmale „wissenschaftlicher Begabung, Leistungsbereitschaft, Leistungswille und Charakter“ die Voraussetzung für ihre Förderung.⁹⁴ Sie nutzten das Studium aber nicht zur Persönlich-

⁸⁹ Hartmann, *Der Mythos von den Leistungseliten*, bes. S. 30f. u. Zitat S. 34f.

⁹⁰ 1. Entschließung v. Mai 1958, in: *Entschlüsse 1957-1966*, hg. v. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Essen, o.J., S. 10.

⁹¹ So in: *Aufstieg der Begabten*, S. 4; in der 7. Entschließung v. November 1960, in: *Entschlüsse 1957-1966*, hg. v. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Essen, o.J., S. 12; und in: *Gedanken zur Wissenschaftsförderung*, S. 16.

⁹² Ebd.

⁹³ *Gedanken zur Wissenschaftsförderung*, S. 18.

⁹⁴ Einführungsreferat Dr. Kost in der Sitzung am 15. März 1960 in Homberg/Niederrhein, Gesprächskreis

keitsbildung, sondern tobten sich verantwortungslos aus und gingen gleichwohl davon aus, dass es sich durch eine sehr gute Berufsposition auszahle. Dem Ideal vom Studium als Selbstzweck stellte Kost die Realität von Studenten gegenüber, die das Studium als Karrieresprungbrett benutzten und damit entwerteten. Das entstehende „Spezialistentum“ führe zur „Fragmentarisierung des Menschen und der Gesellschaft“. Helmut Schelskys Warnung, „Bildungswissen [verkomme] zu Nutzwissen“, entspreche die Entwicklung der „Bildungsstätten von einst [...] zu sozial nützlichen Ausbildungsstätten“.⁹⁵

Gerade weil dem Hochschulstudium die „Starrolle bei der Berufsausbildung und im sozialen Fortkommen“ zufalle, sah die Unternehmerschaft deren Bildungs- und Erziehungsziele gefährdet.⁹⁶ Denn die mit den Studentenmassen zwangsläufig einhergehende Spezialisierung der universitären Ausbildung sei nicht mit dem universitären Auftrag zu vereinbaren, den Führungsnachwuchs mit breiter Kenntnis und Überblick zu formen. Folglich entwickelten sich die Universitäten zu Berufsausbildungsstätten. Deshalb sollten sie der „gegenwärtigen Entwicklung zum Massenbetrieb Einhalt“ gebieten.⁹⁷ Die Argumentation läuft darauf hinaus, dass die „Massen“ an den Universitäten die Elite(n) durch ihre bloße Anwesenheit gefährdeten, da sie überschaubare Lerngruppen und persönliche Beziehungen verhinderten. Die Alternative, das Lehrpersonal den Studentenzahlen entsprechend zu erhöhen, um das persönliche Betreuungsverhältnis und die Größe von Lerngruppen zu erhalten, wurde im Gegensatz zur britischen Herangehensweise aus der Diskussion ausgeblendet. Damit standen die Unternehmer in der antidemokratischen Tradition des Bildungsbürgertums, das sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts von der Masse und deren Forderung nach Demokratie und Teilhabe abgrenzte. Bis heute sind Nivellierung und Vermasung die Themen einer sich von der Mehrheit bedroht fühlenden bürgerlichen Schicht.⁹⁸

Um der Entwicklung zum Massenbetrieb ein Ende zu setzen und sie so weit wie möglich zurückzudrehen, diskutierten Unternehmer und Hochschullehrer rege über ihre Ursachen und mahnten eine Reihe von Gegenmaßnahmen an. Den Hauptgrund für die Überfüllung sahen sie darin, dass Ungeeignete regelrecht in die höhere Schule und zum Abitur gedrängt würden. Dies führe zum Qualitätsverlust der Hochschulreife und zur „Verflachung der Vorbildungsansprüche“, weshalb sich nicht mehr jeder Abiturient zum wissenschaftlichen Studium eigne:

„Zeugnisse und Noten sind nicht mehr wirklichkeitsnah.“ [...] Sie sind es nicht und können es nicht sein, weil unser Schulsystem auch jene Talente zum Abitur drängt, denen mit einem Zeugnis der mittleren Reife besser gedient wäre.“⁹⁹

1966 verschrieb sich Hermann Reusch ganz der „Aktivierung der Begabungen“. Er sprach über das „Aufspüren“ aller Begabungen, ausdrücklich auch jener „im nichtakademischen Bereich“, die

Wissenschaft und Wirtschaft Gruppe II, in: WRK 448/1, Bl 065-089, hier Bl. 084.

⁹⁵ *Gedanken zur Wissenschaftsförderung*, S. 21.

⁹⁶ *Aufstieg der Begabten*, S. 2.

⁹⁷ Reusch, *Wissenschaft und Wirtschaft*, S. 3.

⁹⁸ Beate Kraus, „Begriffliche und theoretische Zugänge zu den „oberen Rängen“ der Gesellschaft“, in: *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*, hg. v. Peter Imbusch. u. Stefan Hradil, Opladen 2003, S. 35-54, hier S. 36 u. 51; als Klassiker dieser antidemokratischen Tradition nennt sie beispielsweise in Ortega y Gasset „Aufstand der Massen“ von 1930.

⁹⁹ So der Tagungsüberblick über das III. Gespräch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft: „Nicht jeder Abiturient solle studieren“, *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung*, Stuttgart, v. 6.5.1959, in: Protokoll des III. Gesprächs zwischen Wissenschaft und Wirtschaft v. 11.5.1959, in: WRK Hannover, 208/3, Akten 27, Bd 1, Bl. 004-007, hier Bl. 007.

ebenso wie akademische Begabungen „zu einem befriedigenden Berufs- und Lebensinhalt“ führen könnten. Reusch endete seinen Vortrag vor der Vollversammlung des „Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft“ mit der Frage: „Muß denn jeder studieren?“¹⁰⁰

Um die ‚Reinheit des Abiturs‘ wiederherzustellen, sollten minder Begabte lieber von den höheren Schulen auf andere Bildungsinstitutionen abgelenkt werden, deren Abschlüsse ihnen schmackhaft zu machen seien. Konkret sollte an den Gymnasien neben der Hochschulreife ein um zwei Jahre verkürzter Abschluss angeboten werden. Im Juni 1964 hatte der „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ differenzierte Gymnasialzweige vorgeschlagen: Ein sechsjähriger Schulzug sollte zur höheren Reife, ein sich anschließender zweijähriger Zug zum Abitur führen. Dieses solle als Hochschulreife allein zum Hochschulstudium berechtigen.¹⁰¹ Dem waren Diskussionen über die Möglichkeiten zur Überwindung der Hochschulüberfüllung in der Gesprächsgruppe „Wissenschaftliche Hochschulen und Institute“ vorangegangen, an denen sich Kost, Dorff, Emil Lehnartz¹⁰², Schneider, von Medem und Scheidemann beteiligt hatten. Die Wiedereinführung der Mittleren Reife in den Gymnasien und ihre „Aufwertung [...] zur Höheren Reife“ sollte die Gymnasien ebenso entlasten wie eine Vermehrung der Realschulen, der Ausbau der Berufsberatung in Schulen.¹⁰³

Die hier vorgeschlagene Differenzierung von Bildungsabschlüssen gründete auf der Feststellung, dass den wenigen Gymnasiasten, die sich über die Schulzeit hinweg als begabt genug für ein Studium herausstellten, „eine größere Zahl solider Mittelbegabungen“ mit eher „praktischen Fähigkeiten“ gegenüberstehe. Diesen solle anstelle der Hochschulreife eine Bestätigung des Schulbesuchs verliehen werden, die sie zum Besuch von höheren Fach- und Ingenieurschulen berechtige.¹⁰⁴ Das Prestige dieser mittleren Bildungsabschlüsse sei ebenso zu erhöhen wie das der außeruniversitären höheren Lehranstalten. Die

„große Bedeutung, die den Ingenieur-Schulen und Höheren Lehranstalten für die Ausbildung von Führungskräften aller Art zukommt, sollte ab sofort mehr herausgestellt werden.“¹⁰⁵

In diesem Sinne ist das Plädoyer Hermann Reuschs zu verstehen, sich der „Aktivierung der Begabungen – der Begabten und Hochbegabten – in allen schulischen und akademischen Bereichen“ zu widmen, und weniger auf potentielle Akademiker zu schießen.¹⁰⁶

Schon Ende der 1950er Jahre war vorgeschlagen worden, „dem verhängnisvollen sozialen Prestigehunger unserer Zeit“, und damit verbunden dem Wunsch der Allgemeinheit nach einem

¹⁰⁰ III. GKKW-Vollversammlung, 7.11.1966, Bericht des Vorsitzenden Dr. Reusch, in: *Entschließungen 1957-1966*, hg. v. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Essen, o.J., S. 38.

¹⁰¹ 20. Entschliebung v. Juni 1964, in: *Entschließungen 1957-1966*, hg. v. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Essen, o.J., S. 17.

¹⁰² Biographische Angaben zu Emil Lehnartz s. Kapitel 11, Unterkapitel *Der Stifterverband*.

¹⁰³ Niederschrift über Verlauf und Ergebnisse der Sitzung der Gesprächsgruppe II am 15. März 1960 in Homberg/Niederrhein, in: ZZBW 448/1, Bl 065-089, hier Bl. 066 u. Niederschrift der Sitzung der Gesprächsgruppe II am 4. Juli 1960, in: ZZBW/FZ 209/2, Bl. 086.

¹⁰⁴ 11. Entschliebung v. Juni 1961, in: *Entschließungen 1957-1966*, hg. v. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Essen, o.J., S. 14.

¹⁰⁵ 20. Entschliebung.

¹⁰⁶ III. GKKW-Vollversammlung, 7.11.1966, Bericht des Vorsitzenden Dr. Reusch, in: *Entschließungen 1957-1966*, hg. v. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Essen, o.J., S. 38.

„Akademierang“, durch die Umbenennung von Fachschulen in Akademien entgegen zu kommen.¹⁰⁷ Eine Lösung für das Problem, dass zu viele ungeeignete junge Menschen zum Abitur und in die Hochschulen gedrängt würden, bestand für die Wirtschaftsvertreter also darin, die mittleren Bildungsabschlüsse durch Umbenennungen wie durch größere gesellschaftliche Anerkennung attraktiver zu gestalten und den frühzeitigen Abgang vom Gymnasium durch das Verleihen mittlerer Bildungsabschlüsse zu ermöglichen.

Doch gab es über kleine Unstimmigkeiten hinausgehend in der Unternehmerschaft abweichende Stimmen, zum Beispiel die des Unternehmers und Bundestagsabgeordneten Hans Dichgans. In einem von der Gesprächsgruppe „Wissenschaftliche Hochschulen und Akademischer Nachwuchs“ an die Presse weitergeleiteten Vortrag, mit welchem sich die Gruppe in der letzten Sitzung auseinandergesetzt hatte, kritisierte er 1963:

„Der Gedanke der Eliteschulen wird zuweilen mit dem Argument verteidigt, wir hätten ohnehin zu viele Akademiker und seien deshalb daran interessiert, den Zugang zum Studium zu erschweren. [...] Wir sind, meine ich, daran interessiert, daß möglichst viele junge Leute möglichst gut ausgebildet werden.“¹⁰⁸

Deshalb sollten die höheren Schulen so gestaltet sein, dass „normal“ begabte Schüler sie auch absolvieren könnten. Dies war eine deutliche Absage an die Ansicht, dass die höhere Schule den Hochbegabten und zukünftigen Studenten vorbehalten bleiben sollte.

Den Reden und Schriften der Verbandsvertreter und führender bildungspolitisch aktiver Unternehmer entsprechend war dagegen jeglicher Qualitätsverflachung des Gymnasiums und des Abiturs Einhalt zu bieten. Mit dieser Begründung wurde die Einführung sowohl einer Förderstufe am Gymnasium als auch eines Fachabiturs strikt abgelehnt. Ausdrücklich nahm der „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ Stellung gegen die Einführung der Fachhochschulreife. Zwar unterstütze man „alle Bestrebungen, die geeignet sind, die Zahl unserer Abiturienten kontinuierlich zu erhöhen“, aber auf keinen Fall über den Weg der „Qualitätsminderung“, mit anderen Worten „mit Hilfe von Schmalspurgymnasiasten“.¹⁰⁹ Den eigenen Erfolg bei der Verhinderung „dieser fragwürdigen Tendenzen zur Verflachung der Vorbildungsansprüche [...] im Interesse der Erhaltung des wissenschaftlichen Hochstandes der deutschen Forschung“ lobte ein Rückblick des Gesprächskreises auf die Arbeit seit ihrem Anfang bis 1967. Verfechtern einer fachgebundenen Hochschulreife habe man seit 1958 unverändert das Bekenntnis zur mit dem Abitur erworbenen uneingeschränkten Hochschulreife entgegengesetzt, welche „die beste Voraussetzung für das Studium der künftigen deutschen Führungskräfte“ sei, während „Schmalspurstudenten“ als zukünftige Führungspersönlichkeiten für nicht geeignet befunden und daher abgelehnt worden seien.¹¹⁰

Siegfried Balke schien auf der Jahrestagung des Gesprächskreises von 1959 „das Stipendienwesen

¹⁰⁷ „Nicht jeder Abiturient solle studieren“, Bl. 007.

¹⁰⁸ Hans Dichgans, Die Dauer der Ausbildung für akademische Berufe, Vortrag vor der Gesprächsgruppe I, Wissenschaftliche Hochschulen und Akademischer Nachwuchs des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft, BDI/DIHT/SV gehalten am 10. Oktober 1963 in Düsseldorf, Anlage zu einem Brief des Vorsitzenden dieser Gesprächsgruppe, Dr.-Ing. E.H. Kost, o.D., S. 11, in: Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.

¹⁰⁹ 21. EntschlieÙung v. März 1965, in: *EntschlieÙungen 1957-1966*, hg. v. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Essen, o.J., S. 17.

¹¹⁰ So die Einleitung der *EntschlieÙungen 1957-1966*, hg. v. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Essen, o.J., S. 1.

als Animierung zur Ueberfüllung einer Ueberprüfung wert zu sein“, damit Stipendien „keine karitative Einrichtung, sondern eine soziale Angelegenheit“ würden. Dies setze die Bereitschaft voraus, dass Eltern „das Risiko des Studiums mit übernehmen und nicht so bequem wie heute auf fremde Hilfe pochen“, wie der im Hochschulverband aktive Professor Bader¹¹¹ aus Stuttgart hinzufügte. Seiner Ansicht nach brachen die vielen Studenten ihr Studium „keineswegs aus materieller Not“ ab, sondern vielmehr aufgrund von „Unfähigkeit“. Deshalb sei die Überfüllung durch die „Differenzierung der Studienwege“ steuerbar. Vielen Betriebswirtschaftsstudenten sei doch an „Fachschulen für Betriebswirte [...] zweckmäßiger“ gedient, wie Wilhelm Flitner¹¹² zitiert wurde, der ebenso im Hochschulverband aktiv war. Das in der Zeitung zusammengefasste Schlussplädoyer war eindeutig:

„Im Augenblick heißt die Parole, herunter von der Ueberfüllung der Hochschulen durch Eliminierung aller ungeeigneter Aufgabenbereiche, die besser und zweckmäßiger an Fachschulen untergebracht werden.“¹¹³

All diese Lösungsvorschläge fruchteten jedoch auf längere Sicht nicht. Mitte der siebziger Jahre rief der Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft endgültig den „Abschied vom Akademiker“ aus und legte mit ihm die Idee der Universität als Werte- und Führungsschmiede ad acta. Hatte 1960 noch jeder Zwanzigste eines Jahrgangs studiert, war es nun schon fast jeder Vierte. Damit sei „der universal gebildete Akademiker, der die Geisteselite seines Volkes repräsentiert“, aus der Welt geschieden. Gleichzeitig sei die Einheit von Forschung und Lehre als Merkmal der deutschen Universität in den letzten Jahren mehr Traum als Wirklichkeit gewesen. Obwohl sie bald die Million erreicht hätten, herrsche unter den Hochschulabsolventen nach wie vor das Selbstverständnis, den oberen Zehntausend anzugehören. Dies wertete der Verfasser als „überzogene[s] Sozialprestige und Anspruchsdenken der Hochschulabsolventen“.¹¹⁴ Die Idee vom Akademiker als neue Elite war somit von kurzer Dauer. Die Hoffnung, die Öffnung der Universitäten möge die Rekrutierung der Wirtschaftseliten von der sozialen Herkunft hin zur formalen Leistung verschieben, war im Rückblick unbegründet.¹¹⁵

Insgesamt waren alle Vorschläge zur Verbesserung der Möglichkeiten, eine höhere Schulbildung abzuschließen, zugunsten gegensätzlicher Maßnahmen abgelehnt worden, die einen Teil der in die höhere Schule strömenden Schüler auf andere Institutionen ablenken hätten sollen. Maßnahmen zur Eindämmung der Hochschulexpansion sollten die Universitäten selbst ergreifen, doch wurden weder die Einführung eines NCs noch von Aufnahmeprüfungen befürwortet. Allein mit Zwischenprüfungen nach dem zweiten Semester sollten die Universitäten alle Ungeeigneten hinaus prüfen. Dem mit Stipendien verbundenen Anspruchs- und Versorgungsdenken sollte Einhalt geboten werden und den Eltern wieder die Hauptlast des Studiums ihrer Kinder auferlegt

¹¹¹ Keine biographischen Angaben.

¹¹² Wilhelm Flitner, Jg. 1889; 1923 Habilitation Jena; ao.Prof. Philosophie u. Pädagogik Kiel; 1929 o.Prof. Hamburg; 1958 Emeritierung; Flitner war in der hochschulpolitischen Diskussion eine wichtige Persönlichkeit, saß im Schulausschuß der WRK und leitete den Gesprächskreis „Hochschulreife“ im Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft.

¹¹³ „Nicht jeder Abiturient solle studieren“, Bl. 007.

¹¹⁴ Winfried Schlaffke, „Abschied vom Akademiker“, in: *ivd. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft*, Nr. 28, v. 15.7.1976, S. 2.

¹¹⁵ Michael Hartmann, „Die Rekrutierung von Topmanagern in Europa. Nationale Bildungssysteme und die Reproduktion der Eliten in Deutschland, Frankreich und Großbritannien“, in: *Arch. europ. Sociol.*, Jg. 38.1997, S. 3-37, hier S. 33f.

werden. Praktische Fachgebiete sollten an höhere Fachschulen umgelenkt werden, um die Minderbegabten von der Universität wegzulocken. Zuguterletzt waren „Akademitis“ und Prestigedenken zu bekämpfen, um die Grundlage für den Erfolg dieser Vorschläge zu schaffen.

9 Bildungsexpansion als Rekrutierungsproblem für Unternehmer

Im Grunde standen die britischen und die deutschen Arbeitgeber vor dem gleichen Problem: Die weit vor den großen Bildungsreformen einsetzende Bildungsöffnung führte in beiden Ländern dazu, dass begabte Schüler die Volksschulen der Bundesrepublik und die *grammar schools* Britanniens in wachsender Zahl verließen, um höhere Bildungsabschlüsse zu erwerben. Traditionell hatte die Industrie aus dem Reservoir von begabten Schülern aus den bildungsfernen Schichten Industriearbeiter geschöpft, das nun verloren zu gehen drohte. Ralf Dahrendorf setzte die Ursache dafür ins Bild:

„Das Arbeiterkind mit ‚Köpfchen‘ kommt ins Büro. Dort im Büro, als Angestellter oder Beamter, entdeckt es den Nutzwert der höheren Ausbildung, denn es stößt sich an jenen Grenzen des Aufstiegs, bei denen der junge Abiturient oder gar [...] Diplomingenieur seinen Weg erst beginnt.“

Wenn Arbeiter unter finanziellen Einschränkungen ihren Kindern eine höhere Bildung finanzierten, vollzog sich der seltene Aufstieg vom Arbeiter zum Akademiker noch 1965 über drei Generationen hinweg.¹ Dennoch vermissten die Arbeitgeber unter den übrig gebliebenen Schülern nun die Besten, die ein ihrer Schulbildung entsprechend relativ niedriges Gehalt erwarteten und gleichwohl sehr gute Leistungen erbrachten. Obwohl in beiden Ländern, gemessen an heutigen Zahlen, sehr wenig Jungen studierten und die Mädchen nicht beachtet wurden, schätzten sie die Expansion der Hochschulen als großes Problem ein – in Britannien als Problem für die Industrie, in der Bundesrepublik für die gesamte Gesellschaft.

Waren die Ausgangslagen ähnlich, so unterschieden sich Strategien und die Argumentationsweisen der Arbeitgeber deutlich voneinander. In der Bundesrepublik und in Britannien vertraten Unternehmer die Überzeugung, begabte Arbeiterkinder und Sprösslinge der unteren Mittelschicht (*lower middle class*) erhielten auch ohne höhere Bildungsabschlüsse in der Wirtschaft gute Aufstiegschancen: Durch die Ausbildung in der Industrie könne jeder den seinen Fähigkeiten angemessenen Platz in der Hierarchie erreichen. Die Bildungsexpansion führte in Britannien zur Beschwerde der Industriellen, der begabte Nachwuchs werde von Universitäten und dem *Civil Service* aufgesogen. Während in Westdeutschland und in Britannien die Hochschullehrer und Rektoren wiederholt vor dem Abwandern der Begabten in die Industrie warnten, befürchtete die britische Industrie, als Arbeitgeber nicht attraktiv genug für Graduierte zu sein. Sie reagierte darauf mit der Strategie, Graduierte zu umwerben und für ein höheres Ansehen der Wirtschaft zu streiten. Die deutschen Arbeitgeber warben nicht. Für sie stellte sich das Problem der Attraktivität nicht. Sie werteten wiederholt und öffentlich den Aufstiegswillen der „Massen“ ab. Zudem, und dies ist für die Frage nach dem deutschen Bürgertum wichtig, erhoben die deutschen Arbeitgeber einen weit über ihre spezifischen bildungspolitischen Interessen gehenden gesellschaftspolitischen Führungsanspruch. Bildungspolitik verstanden sie als Aufklärung und verbanden sie mit dem Ruf nach einer neuen Elite.

Der Stil der Debatten unterschied sich zudem deutlich. Während in der Bundesrepublik der „Masse“ die Kompetenz für den sozialen Aufstieg und die Reife für den Eintritt in das Bürger-

¹ Ralf Dahrendorf, *Arbeiterkinder an deutschen Universitäten*, Tübingen 1965, S. 14.

tum abgesprochen wurden, verlief die britische Diskussion sachlicher und unemotionaler. Eine Erklärung für den großen Unterschied im Debattenstil könnte darin liegen, dass das politische und das Wertesystem Britanniens durch den Zweiten Weltkrieg nicht in Zweifel gezogen worden waren. Zweitens sorgte der Erhalt der privaten und kostenpflichtigen Bildungseinrichtungen, der *public schools*, von denen aus der Besuch von Elite-Universitäten weit wahrscheinlicher war als von weniger prestigereichen Sekundarschulen, für Stabilität der sozialen Ordnung. Auch innerhalb der staatlichen Schulen erschwerten Zugangstests den sozialen Aufstieg. Solche institutionellen Barrieren vor dem Eintritt in die höhere Schule gab es in der Bundesrepublik nicht.

Das unterschiedliche Auftreten der jeweiligen Wirtschaftsführer gegenüber Bildungs- und Regierungsvertretern spiegelt zudem das unterschiedliche Ansehen der Wirtschaft wider: Britische Unternehmer suchten Anerkennung für ihre nationale Bedeutung in der Öffentlichkeit und mussten sich ihren gesellschaftlichen Rang erst noch erarbeiten. Sie taten dies, um die Besten aus der Wissenschaft für eine Karriere in der Wirtschaft zu gewinnen. Auch wenn sie es bedauerten, dass die begabten *grammar school boys* nun nicht mehr von der Schule direkt in den Betrieb eintraten, werteten sie deren Entscheidung nicht öffentlich ab, sondern versuchten, sie nun nach dem Studium zu gewinnen. Über die Rekrutierung von Nachwuchs, auch von Führungspersonal, machte sich die deutsche Wirtschaft hingegen keine Sorgen. Dieses Thema kam gar nicht auf. Sie warb nicht um Akademiker und trug ihre eigenen bildungs- und sozialpolitischen Vorstellungen vielleicht auch deshalb umso offensiver in die Öffentlichkeit.

Während britische Arbeitgeber seit den vierziger Jahren den in internationalen Vergleichen hergestellten Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau von Staaten und ihrer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit anerkannten, weigerten sich deutsche Unternehmer, diese Verbindung zu ziehen. Nicht zuletzt war dies dem im Gegensatz zur britischen innerbetrieblichen Ausbildung flächendeckenden und weitergehenden deutschen Berufsausbildungssystem geschuldet, das deutsche Unternehmer als ausreichend erachteten, um die notwendige Qualifizierung der Arbeiterschaft zu gewährleisten. Abschließend lässt sich zu den gesellschaftlichen Umständen und der jeweils verwendeten Sprache feststellen, dass die britischen Arbeitgeber auf ein Ziel hinarbeiteten: ihre Akzeptanz an den Top-Universitäten auf der Basis ihrer Bedeutung für die Nation. Die deutschen Arbeitgeber hingegen versuchten, den über die Bildung vermittelten Besitzstand zu wahren und bedienten sich dazu der sprachlichen Abgrenzung gegenüber Aufstiegswilligen.

In Britannien ging der Bildungsbegriff als Nebenprodukt in die Kommunikation zwischen Industrie und Universitäten ein. Im Gegensatz dazu wurden der Bildungsbegriff und das Bildungsideal in der Bundesrepublik selbst Gegenstand von Überlegungen. Bildung wurde hier als Geistiges beschrieben, als Prozess und Prägungsvorgang, als Sammlung von Erfahrungen und darauf beruhend als Befähigung zu Weitblick und Urteilsbildung – so füllten zahlreiche Redner und Schriften der Wirtschaft ihren Bildungsbegriff. Nach diesem Verständnis war Bildung die Voraussetzung von Führung. Wahre Bildung galt als nicht statisch. Auch britische Bildungsakteure stellten das dynamische und kreative Element von Bildung in den Vordergrund. In beiden Ländern sollte der ganze Mensch geformt werden: zum Denken, zum Verstehen, zur Kritikfähigkeit und zur Initiative sollte er angeregt werden. Komplexe Sachverhalte sollte der von der britischen Industrie eingestellte Graduierte ebenso überblicken können wie die deutsche Führungskraft.

In die deutsche Auseinandersetzung floss über diese Gemeinsamkeiten hinaus jedoch eine weitere Dimension von Bildung ein: Bildung bzw. Erziehung sollte dem Einzelnen ermöglichen,

selbstverantwortlich in der freiheitlichen Gesellschaftsordnung mitzuwirken, ihn auf das politische und damit verbunden auf das Wirtschaftssystem einchwören. Bildung sollte nicht nur als Bollwerk gegen den sozialistischen Feind von außen dienen. Gleichmaßen erwarteten die Arbeitgeber sich von guter Bildung die Eindämmung der „sozialistischen Gefahren“ innerhalb der Bundesrepublik, im Gewand des Wohlfahrtsstaates: die Vermassung des Individuums als Folge der kollektiven sozialen Absicherung der Menschen durch die wachsende staatliche Fürsorge. Eine aus der Sicht der Unternehmer gute Schulbildung hatte das Leitbild der „Freiheit“ zu vermitteln, um den aus ihrer Sicht um sich greifenden Tendenzen der Egalisierung, der Entpersönlichung, der Flucht aus der Verantwortung und der eingebildeten Sicherheit etwas entgegenzusetzen. Freiheit als Gegenbild all dieser negativen Tendenzen ließe sich dann als Bekenntnis zur sozialen Hierarchie, zum Individuum und zur Übernahme von Verantwortung für die eigene soziale Absicherung lesen. Schließlich schloss das Bildungsideal der deutschen Arbeitgeber aus, dass Bildung als Selbstzweck für sogenannte gruppenegoistische Ziele missbraucht würde. Inhaltlich wurde dieser Gedanke zwar nicht näher ausgeführt, doch zielte er auf den Bildungserwerb mit dem Ziel des sozialen Aufstiegs.

Diese Argumentation stand in Widerspruch zu anderen öffentlichen Erklärungen, die Unternehmer gemeinsam mit Professoren erarbeiteten. Die Universitäten, so argumentierten Unternehmer und Professoren gemeinsam im „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“, seien nicht in der Lage, begabten Nachwuchs anzuziehen, wenn sich dessen Bildungsinvestition nicht zu lohnen verspreche, etwa durch die Aussicht auf eine der Leistung angemessene soziale Position und einer entsprechenden Besoldung.² Was Unternehmer gegenüber Arbeitern als Zweckentfremdung der reinen Bildung stigmatisierten, verteidigten sie bei Universitätsabgängern als legitim: beim Anspruch auf eine verdiente berufliche Position, die mit gesellschaftlicher Anerkennung für die erbrachten Leistungen verbunden war. Bürgerliche Werte wurden im einen Fall hochgehalten: beim Anspruch auf ein der persönlichen Leistung entsprechendes Sozialprestige mit angemessenem Einkommen. Im anderen Fall wurden sie abgewertet: beim sozialen Aufstieg durch Leistung. Diese Argumentationen sind ein Beispiel für das Spannungsverhältnis zwischen Inklusivität und Exklusivität, durch das sich bürgerliches Denken auszeichnet.

Bewerteten britische Eliten den sozialen Aufstieg positiver als deutsche Eliten? Im Widerspruch zum bürgerlichen Leistungsethos und dem darauf beruhenden Anspruch auf Sozialprestige und angemessenes Einkommen lehnten die deutschen Arbeitgeber Bildung als Mittel zum sozialen Aufstieg kategorisch ab und bezeichneten dies als ‚Vermaterialisierung‘ von Bildung. Dabei sahen sie sich in Einklang mit Humboldts Postulat, „den Menschen bilden“ hieße, sie „nicht zu äußeren Zwecken zu erziehen.“³ Wenn die britischen Arbeitgeber hier weniger scharf urteilten, so dürfte dies auch auf den Nachkriegskonsens zurückzuführen sein, der den Wohlfahrtsstaat grundsätzlich anerkannte. Gleiche Bildungschancen für alle wurden als gerechter Lohn für den Einsatz der Menschen aller Klassen im Zweiten Weltkrieg aufgefasst. Dieser von den parlamentarischen Parteien getragene Konsens wurde öffentlich nicht in Frage gestellt. Hier dürften jedoch auch die britische Tradition der Förderung besonders Begabter der unteren Schichten durch Stipendien und die Stabilität des zweigeteilten Bildungssystems eine Rolle gespielt haben, die den Wohlha-

² Ausführlicher dazu Teil III dieser Arbeit.

³ Rudolf Vierhaus, ‚Bildung‘, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. I, S. 508-551, hier S. 520.

benden ermöglichte, den „Aufsteigern“ in den *grammar schools* in die *public schools* und Oxford oder Cambridge auszuweichen.

Trotz dieser institutionellen Garantie überkommener Privilegien klang auch bei britischen Rednern manchmal die Vermutung an, dass eine hohe formale Bildung ohne eine charakterlich verankerte Führungspersönlichkeit nicht zu einer Führungsposition verhelfen werde. Wenngleich dies an sich noch keine schichtenspezifische Voreingenommenheit bedeutet, so wurde doch in der Praxis der *governing class type* mit traditionell in *public schools* und *Oxbridge* gebildeten Jungen identifiziert. Es drohte aber in Britannien, ohne dass dies in den Reden eigens erwähnt werden musste, keine „Vermassung“ der Elite, unabhängig davon, wie stark das staatliche Bildungssystem expandierte. Diese „Vermassung“ war in Westdeutschland hingegen nicht prinzipiell ausgeschlossen, wo kein nennenswerter privater Bildungssektor existierte. Die Öffnung des Gymnasiums und der Universitäten konnte deshalb als Bedrohung des bisher exklusiven Zugangs zu bestimmten Berufspositionen wahrgenommen werden.

Sowohl unter deutschen als auch unter britischen Unternehmern, galt formale Bildung allein also nicht als Zugangskriterium für Führungspositionen. Sie bewerteten persönliche Kriterien als entscheidend, die am Einzelfall schwer zu überprüfen waren. Dies ermöglichte potentiell, Exklusivität anhand scheinbar objektiver Kriterien zu verteidigen und gleichzeitig willkürlich definieren zu können, wer dazu gehören sollte. Michael Hartmanns Vergleiche zur Elitenrekrutierung in der Bundesrepublik und Britannien zeigen, dass in Deutschland der Habitus bei Einstellungen vor allem in höheren Positionen der Wirtschaft die durch den Besuch einer *public school* garantierten Karrierevorteile auch heute noch ersetzt. Die Bildungsöffnung führte dementsprechend weder in Britannien noch in Westdeutschland zur Öffnung der Eliten.⁴

Welche Rolle sollten nach dem Wunsch der Arbeitgeber die Universitäten nach 1945 spielen? Wie sollten ihre Absolventen beschaffen sein, bzw. was wurde von diesen erwartet? Arbeitgeber beider Länder wünschten immer wieder ausdrücklich eine breite Allgemeinbildung anstelle von Spezialisierung. Dies gehörte zur Ausbildung einer Führungspersönlichkeit quasi dazu: Sie war nur dann in der Lage, den Überblick zu wahren und Zukunftsvisionen zu entwickeln, wenn sie auf breite Kenntnisse zurückgreifen konnte. In Westdeutschland wurde – mit neidischem Blick auf britische *public schools* und Eliteuniversitäten – desöfteren gefordert, die Universitäten sollten eine Kontaktstelle zwischen den ausdifferenzierten Leistungseliten darstellen, um diese der Idee eines Bürgertums entsprechend zu verschmelzen. Trotz der Unkenrufe über eine drohende Vermassung der deutschen Universitäten kursierte in den 1960er Jahren noch die Idee, über Hochschulabschlüsse den Elitezugang zu filtern. Aus der Perspektive der Unternehmer gab es jedoch zu viele Studenten für eine entsprechend intensive Bildung, die nur in Kleingruppen zu leisten sei. In Britannien wurde interessanterweise immer wieder auf den Geisteswissenschaftler geblickt, der die bereits genannten Eigenschaften der ganzheitlichen Bildung mit Weitblick und Kreativität eher in die Wirtschaft einzubringen versprach als der geistig eher enge Naturwissenschaftler, dessen Abwertung sich in der deutschen Auseinandersetzung überhaupt nicht findet. Umgekehrt betonten deutsche Unternehmer gelegentlich, dass sie auch die Daseinsberechtigung der Geisteswissenschaften anerkannten.

⁴ Michael Hartmann, *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt/M. u. New York 2002.

In Britannien war man jenseits der mannigfaltigen Kritik an Graduierten bereit, offen auszusprechen, dass Hochschulabsolventen der Aufstieg in der Industrie eher gelinge als dem *grammar school boy*, der den „Hausaufstieg“ in seinem Betrieb anstrebe. Da die Graduierten kreativer und systematischer zu denken gelernt hätten und während des Studiums Sekundärtugenden wie Integrität, Intelligenz und die Fähigkeit, die eigene Meinung vertreten zu können, erworben hätten, wurde ihnen mehr zugetraut. Freilich schrieb manch ein Redner diese Eigenschaften eher pauschal den gebildeten Schichten zu.

Vor allem wenn es um Fragen des Bildungsreservoirs und der Begabtenförderung ging, schlugen die deutschen Unternehmer mitunter klassenkämpferische Töne an, die in Britannien ausblieben. Wohl lehnten auch die britischen Arbeitgeber die Anhebung des Schulpflichtalters ab, doch fügten sie sich ohne Aufschrei den konträren Empfehlungen des *Crowthor Committee*. In Westdeutschland beharrten sie dagegen kategorisch darauf, dass die Weiterbildung im Betrieb vollkommen ausreiche, um das gering eingeschätzte Begabungsreservoir voll auszuschöpfen. Jeder habe bereits die Möglichkeit, sich seiner Begabung entsprechend beruflich zu entfalten. Hans Dichgans war eine der wenigen Gegenstimmen. Die Aussagen zu diesem Thema belegen am stärksten, dass die deutschen Arbeitgeber einer Denkweise verhaftet waren, welche die Gefährdung der überkommenen sozialen Schichtung als Bedrohung der gegebenen Ordnung auffasste, die es durch das Postulat der fehlenden Begabung in den unteren Schichten zu mindern galt. Begabung wurde als legitime Grundlage für gesellschaftliche Differenzierung anerkannt. Die „Opferbereitschaft“, die mit dem Erwerb von Bildung verbunden war, wurde den Aufsteigern ab- und den Bildungsschichten zugesprochen. Dagegen nehmen sich die Erklärungen der britischen Arbeitgeber pragmatisch aus, welche die Wahlfreiheit einer Anhebung der Schulpflicht vorzogen, aber dieses Interesse erklärten, ohne zu polemisieren. Während die deutschen Arbeitgeber jedoch Begabung als von Milieueinflüssen völlig unabhängige naturgegebene Eigenschaft begriffen, wurde in Britannien das Milieu der Arbeiterschaft durch Intelligenz- und Auswahltests für die höheren Schulen im Zugang behindert, da Arbeiterkinder bei diesen Tests weit schlechter abschnitten als Kinder der Mittelschichten und daher nur in geringer Anzahl den Eingang in die *grammar schools* fanden. Ein weiteres Mal steht hier eine ideologisch geführte Debatte der institutionellen Bevorzugung von Kindern aus gebildeten Schichten gegenüber.

Es wurde auch in Britannien laut darüber nachgedacht, ob das erweiterte Stipendiensystem möglicherweise die Qualität der Studenten gefährde, indem es deren Unabhängigkeit und Initiative einschränke. Diese Aussagen waren insofern diskriminierend als sie nur auf Kinder aus nicht wohlhabenden Familien passen. Die großzügige finanzielle Ausstattung von reichen Studenten wurde dagegen nicht als Problem für deren Unabhängigkeit gesehen. Jedoch wurde nicht postuliert, dass der auf der Basis seiner Intelligenz aufgenommene Student weniger zum Studium geeignet sei als sein Kollege aus gutem Hause. Dies ließe sich wiederum damit erklären, dass die britischen Universitäten sich ihre Studenten selbst aussuchen und daher gesellschaftliche Veränderungen gelassener abwarten konnten. Auf diese Sicherheit konnten sich auch die Arbeitgeber verlassen.

Das Selbstverständnis der Bildungsarbeit von deutschen und britischen Arbeitgebern unterschied sich fundamental. Die britischen Arbeitnehmer vertraten ihre unmittelbaren Interessen, die bereits genannt wurden: Sie forderten einen fairen Anteil der begabten Studenten. Nur in einem weiteren Punkt glichen sich die Sorgen über die nationalen Grenzen hinweg: Die Industrie be-

klagte in beiden Ländern die Distanz von Schulen und Hochschulen zu den Betrieben. Die Gründe unterschieden sich jedoch. Die Briten glaubten, dass mehr Absolventen der Schulen und der Hochschulen sich nach ihrem Abschluss für eine Tätigkeit in der Industrie interessieren würden, wenn sie bereits während ihrer Bildungslaufbahn mehr über die dort gebotenen Möglichkeiten erfahren. Lehrer sollten deshalb im Rahmen von Programmen der Industrie Stippvisiten abstaten, um ihre eigenen Kenntnisse auf den neusten Stand zu bringen. Das gleiche wurde auch für den Hochschullehrernachwuchs gewünscht. In Westdeutschland sollten ähnliche Programme Wirtschaft und Bildungsinstitutionen einander näherbringen, doch in einem anderen Sinn: Lehrern und Schülern sollten die Denkweise der Unternehmer nachvollziehen lernen, um von diesen einen positiven Eindruck zu gewinnen. Die Funktionsweise der Wirtschaft sollte vermittelt werden, um die Demokratie gegen den Sozialismus zu verteidigen. Der Idee von Bildungs- als Aufklärungsarbeit entsprechend sollte gezeigt werden, dass die freie Welt ohne den selbstverantwortlich entscheidenden Unternehmer keinen Bestand habe. Dies sollte allen für die öffentliche Meinungsbildung entscheidenden Gruppen vermittelt werden. Die Menschen sollten lernen, sich ‚selbstverantwortlich‘ eine Meinung über die Wirtschaft zu bilden. Das Programm ‚Schule und Wirtschaft‘ sollte Schülern vor allem helfen, Staatsbürger von morgen zu werden – durch das Verständnis der Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch sahen sich deutsche Unternehmer zuweilen als neue Trägerschicht der Bildung, die Adel und Bildungsbürgertum abgelöst hatte und nun als Leitbild fungierte.⁵ Innerhalb dieses Deutschland-spezifischen Selbstvergewisserungsdiskurses der Unternehmer, der nach dem Nationalsozialismus einsetzte und in den 1960er Jahren abebbte,⁶ verstanden diese Bildungsarbeit als Sozialpolitik und als Vermittlung ihrer bereits genannten Werte: Individualismus anstatt Kollektivismus; Eigenverantwortung statt „Ausruhen“ auf der sozialen Absicherung; die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwohl anstelle der Vertretung gruppenspezifischer Werte. Dieses überfrachtet anmutende Verständnis der eigenen Bildungsarbeit und der permanente Rückgriff auf Schlagworte, die nicht näher gefüllt wurden, verdeutlichen, wie wichtig die Selbstversicherung der Unternehmer in Westdeutschland bis in die 1960er Jahre war. Die Erschütterung des Bürgertums führte zu einer Flut solcher Aussagen und Postulate, durch die das Althergebrachte beschworen und Veränderungen oftmals in ein schlechtes Licht gestellt wurden. Man könnte sagen, dass der Bruch, den das Selbstverständnis des Bürgertums 1945 erlitt, zumindest bis in die Mitte der 1960er Jahre hinein zum Wiederaufleben eines bürgerlichen Diskurses führte, der vor allem Selbstverantwortung, Unabhängigkeit, Führungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl hervorhob und sich stark negativ abgrenzte. Diese Abgrenzung wurde mit den Stichworten Masse, Kollektivismus und angeblich fehlgeleitetem Sicherheitsstreben vorgenommen. Wenn diesen Negativbildern die Notwendigkeit gegenübergestellt wurde, Arbeiter ideell zu verbürgerlichen und sie zur Verantwortung für das Gemeinwohl heranzuziehen, so ist dies eine Forderung nach Verbürgerlichung bzw. der Universalisierung der bürgerlichen Werte parallel zu den Angriffen gegen mögliche Ambitionen bildungsferner Schichten kaum überzeugend. Werte und Praxis klafften auseinander.

Bezogen sich britische Arbeitgeber auf das Gemeinwohl, so geschah dies eher selten und in Ab-

⁵ Heinz Hartmann, *Der Deutsche Unternehmer: Autorität und Organisation*, Frankfurt/M. 1968, S. 252 u. 263.

⁶ Vgl. Morton Reitmayer, „Unternehmer zur Führung berufen“ – durch wen?, in: *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität*, hg. v. Volker R. Berghahn, u.a., Essen 2003, S. 317-336, hier S. 320.

grenzung zur mangelnden Attraktivität ihres Berufsfeldes unter Graduierten. Die Wirtschaft definierten sie als Säule der Nation, dank derer der *Civil Service*, die Universitäten und die freien Berufe – allesamt renommiertere Berufsfelder – erst aufgebaut und unterhalten werden könnten. Der Gemeinwohlanspruch der deutschen Arbeitgeber ging weit darüber hinaus: Sie betrachteten ihre Arbeit für die Verbände und andere Kreise der Unternehmer als Dienst am Gemeinwohl und dies insofern begründet, als sie mit dieser Tätigkeit nicht unmittelbar eigenen Firmenprofit erwirtschafteten. Sie negierten vollkommen den Aspekt der unternehmerischen Partikularinteressen und verstanden ihre Öffentlichkeitsarbeit als Einsatz für die „freiheitliche Grundordnung“ und die unternehmerische Unabhängigkeit gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen, der letztlich dem Gemeinwohl diene. So präsentierten sie ihre eigenen Interessen als die der Allgemeinheit, was sie der Öffentlichkeit durch eine breit angelegte Bildungs- und Aufklärungspolitik nahebringen wollten.⁷ Es müssten andere Debatten miteinander verglichen werden, um dies zu überprüfen, doch scheint hier die Erklärung der sprachlichen anstelle einer institutionellen Abgrenzung nach unten allein nicht zu greifen. Die deutsche Auseinandersetzung wurde in einem Maße ideologisch geführt, wie es für die britische Debatte nur schwer vorstellbar ist.

Von einem Transfer von Westdeutschland nach Britannien fehlt fast jede Spur, da die britischen Arbeitgeberverbände keine Berichte über Deutschlands Entwicklung in der höheren Bildungsbeteiligung und der Bildungspolitik archiviert haben. Es ist unwahrscheinlich, dass solche Informationen gesammelt wurden, da sich die britischen Arbeitgeber grundsätzlich nicht stark in der Bildungspolitik engagierten. Die Berufsausbildung, für deren Qualität Deutschland international bekannt war, ist nicht Thema dieser Arbeit und kommt in den Debatten um die höhere Bildung kaum vor. Auf deutscher Seite wurden hier und da verklärt anmutende Berichte über Britannien erstattet, aber nicht debattiert, etwas von dort zu übernehmen. Vielmehr wurde in Berichten über die wunderbaren Verhältnisse an britischen *public schools* und in *Oxbridge* geschwelgt oder darüber, wie viele Unternehmer in Britannien im Unterhaus saßen und wie selbstverständlich zwischen einer politischen und einer Unternehmerkarriere hin- und her gewechselt wurde.⁸

Ein Forschungsassistent in Oxford schrieb zum Beispiel im *Arbeitgeber* von Juni 1960 über „Ein Kapitel englischer Elitebildung“, aus dem unverkennbar Neid spricht. Herbert Schneider stellte in diesem Artikel heraus, dass die Lebensläufe britischer Unterhausabgeordneter einen gewissen Trend erkennen ließen, nach dem die Labour-Abgeordneten ihren Weg ins Parlament über Schulen, Hochschulen und die Gewerkschaften fanden. Die Konservativen hingegen träten eher über die freien Berufe und Unternehmen in das Unterhaus ein.⁹ Er führte eine Übersicht der Berufsbezeichnungen von Parlamentariern von 1960 an, um sie anschließend zu interpretieren. Die Berufsgruppen der Rechtsanwälte (*barristers*), der Direktoren, Unternehmer und leitenden Angestellten sowie kleinere wirtschaftsnahe Gruppen, wie Landwirte und Offiziere, verträten überwiegend die konservative Partei im Parlament. Dozenten, Lehrer, kleinere Unternehmer, Angestellte und vor allem Arbeiter saßen dagegen überwiegend für die Labour-Partei im Parlament.¹⁰ Beachtens-

⁷ Georg Vobruba, ‚Wirtschaftsverbände und Gemeinwohl‘, in: *Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl*, hg. v. Renate Mayntz, Gütersloh 1992, S. 80-121; Herfried Münkler und Karsten Fischer (Hrsg.), *Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Ordnung*, Berlin 2002.

⁸ Herbert Schneider, ‚Ein Kapitel englischer Elitebildung‘, in: *Der Arbeitgeber* v. 20.6.1960, S. 332-334, hier S. 334.

⁹ Ebd., S. 332.

¹⁰ Ebd., S. 333, die Tabelle stützte sich auf eine Übersicht in Butler und Rose, *The British General Election of 1959*, London 1960, S. 126.

wert schien Schneider, dass 90 von 91 Arbeitern für die Labour-Partei im Parlament saßen, dass der Mittelstand „recht spärlich vertreten“ war und auch das Beamtentum nicht ins Gewicht fiel. Dagegen gäbe es mit 72 Rechtsanwälten und 37 Militärangehörigen sowie 68 Direktoren und 39 leitenden Angestellten zahlreiche Vertreter, die der Autor potentiell den Geschäftsleuten rechnete, die damit die stärkste Gruppe im Unterhaus bildeten. Doch habe der Begriff „Unternehmer“ in Britannien eine andere Bedeutung als in Deutschland, allein, weil viele dieser Männer nicht ihr ganzes Leben einer Karriere in der Wirtschaft weihen oder sich im Unterhaus in erster Linie als Vertreter des Unternehmertums betrachteten. Britische Unternehmer, so Schneider, fühlten sich vielmehr als Angehörige einer Oberschicht, die sich „seit jeher in allen Lebensgebieten getummelt und wohl auch bewährt haben.“ Zwar habe die hohe Erbschaftssteuer diese Schicht nicht unberührt gelassen, doch könnten sich immer noch zahlreiche ihrer Angehörigen leisten, „mehr oder weniger für die Politik zu leben“.¹¹ Ebenso positiv schilderte der Autor, dass sich die Vernetzung zwischen Politik und Wirtschaft in Britannien in beide Richtungen vollziehe, denn viele *MPs* würden von Unternehmen wiederum aufgrund ihrer parlamentarischen Erfahrung engagiert. In Britannien mischten sich Unternehmer und Politiker leichter als in Westdeutschland:

„Man entstammt denselben Schichten; man kennt sich; man gehört denselben Clubs an, man hat vielleicht auch gemeinsame Erinnerungen an die Public-School-Zeit oder an die Studienjahre in Oxford und Cambridge.“

Diese beiden Universitäten erteilten ihren Studenten im Gegensatz zu den Provinz- und den kontinentalen Universitäten auch weniger ein „Broterwerbsstudium“ als eine „Erziehungsphase“. Ein Student der klassischen Sprachen müsse diese Sprachen später keineswegs unterrichten. „Vielmehr geht er in die Verwaltung oder er versucht sein Glück in der Wirtschaft.“ Dieser deutsche Beobachter sah die britische Wirtschaft offensichtlich als prestigereichere Karriere an als die britischen Unternehmer und Bildungsvertreter.¹²

Wozu deutschen Unternehmern solche Berichte dienten, muss offen bleiben. Dass solche Artikel überhaupt entstanden und damit der Informationsfluss von Britannien nach Westdeutschland reger als in die umgekehrte Richtung war, liegt sicher auch an der Größe der deutschen Informationsressourcen: Der im Vergleich zum *BEC Bulletin* überaus umfangreiche *Arbeitgeber* veröffentlichte in jeder Ausgabe einige Artikel über Britannien, Frankreich und in geringerem Umfang auch über andere europäische Länder, wie Österreich oder Italien. In diesem Organ wurde jedoch vornehmlich der Blick auf die beiden großen Nachbarländer geworfen, um deren Sozialsysteme und Betriebsverfassungen mit jenen in Westdeutschland zu vergleichen. Zur Bildungspolitik wurde hier, kaum überraschend, vergleichsweise wenig publiziert. Im britischen Arbeitgeberorgan *BEC Bulletin* wurde der Blick nie auf die deutsche Gesellschaft und ihre Eliten oder ihr Bildungssystem gerichtet. Es unterscheidet sich aber auch von den deutschen Zeitschriftenbänden durch seinen Umfang von jeweils nur vier Din-A-5-Seiten, die der Information über die wichtigsten Veränderungen für die Unternehmer dienen sollten.

Ein Prestigeproblem konnten die deutschen Unternehmer in Bezug auf ihre britischen Kollegen also nicht erkennen. Vor dem Hintergrund der *Decline*-Debatte ist dies erklärungsbedürftig. Doch erst mit der sich zunehmend abzeichnenden wirtschaftlichen Rückständigkeit der Kriegsgewinne-

¹¹ Ebd., S. 333.

¹² Ebd., S. 334, Zitate ebd.

in Britannien gegenüber dem Kriegsverlierer Deutschland, die an den jährlichen Wachstumsraten gemessen wurde, sollte sich die Blickrichtung des Interesses ebenso wie das Gefühl der Überlegenheit umkehren.

Teil III Netzwerkbildung und Interessenvertretung

Gegenstand des dritten Teils dieser Arbeit sind die Netzwerke, über die Unternehmer und Hochschullehrer Einfluss auf die Hochschulpolitik übten. Folgende Fragen liegen ihm zugrunde: Wie nahe standen die Akteure politischen Entscheidungsträgern? Wie intensiv vernetzten sich Hochschullehrer und Unternehmer miteinander? Und welche Interessen standen bei den Vernetzungen im Zentrum?

Für die Frage nach Netzwerken und Einflussgrad der Akteure auf die Bildungspolitik sind grundlegende Übereinstimmungen, aber auch einige gruppenspezifische Besonderheiten relevant, die aus den Beiträgen zu den Bildungsdebatten hervorgingen. So wurde im zweiten Teil dieser Arbeit gezeigt, dass weder britische noch deutsche Hochschullehrer und Unternehmer strukturelle Reformen der Universitäten befürworteten. Man zog es vor, in Harmonie mit *liberal education* bzw. Humboldtschem Bildungsideal das Studium weiterhin in kleinen Gruppen zu gestalten und die Hochschulexpansion einzudämmen. Zudem beriefen sie sich zur sozialen Abgrenzung der Bildungs- und Besitzschichten auf bürgerliche Werte. Sie bezweifelten, dass die in den bildungsfernen Schichten vorhandenen Begabungen die für ein Universitätsstudium notwendigen Fähigkeiten einschlossen, die sie wiederum beim Nachwuchs der Bildungsschichten voraussetzten. Während aber Hochschullehrer sich mit wachsenden Studentenzahlen konfrontiert sahen, und besonders mit Studenten aus nicht-akademischen Elternhäusern, beschäftigten sich Unternehmer mit der komplementären Entwicklung, die sie als Nachwuchsproblem einschätzten: Je mehr talentierte Schüler an die Universitäten strömten, desto weniger Begabte gingen direkt als Berufsanfänger in die Industrie.

Innerhalb dieses groben Rasters standen die britischen Hochschullehrer der Bildungsexpansion offener gegenüber als die Deutschen und versuchten, die Expansion mitzugestalten. Sie knüpften die Aufnahme zusätzlicher Studenten an die Forderung einer Aufstockung der staatlichen Mittel, mit deren Hilfe sie die „neuen“ Studenten aus bildungsfernem Elternhaus durch besonders intensive Förderung kulturell in die Bildungsschichten einschmelzen könnten. Britische Unternehmer fanden sich ebenso mit dem sozialen Wandel ab, bezweifelten jedoch die Möglichkeit, über den Erwerb formaler Bildung Weitblick und Führungsfähigkeit zu erlangen. Diese Qualitäten schrieben sie den Führungsschichten qua sozialer Herkunft zu. Sie suchten jedoch zum einen nicht die öffentliche Auseinandersetzung. Zum anderen konzentrierten sie ihr bildungspolitisches Engagement auf zwei konkrete Probleme: die Attraktivität der Industrie für junge Schulabgänger und die Attraktivität der Industrie als Arbeitgeber für Graduierte. Deutsche Unternehmer stemmten sich vergleichsweise wortgewaltig gegen die Bildungsexpansion. In zahlreichen Informationsmaterialien der Arbeitgeberverbände wurde der ‚Masse‘ Intelligenz ebenso abgesprochen wie die Fähigkeit, bürgerliche Werte zu verinnerlichen, was aus Unternehmersicht Voraussetzung für einen echten sozialen Aufstieg war. Einen Aufstieg über formale Qualifikationen lehnten sie als Vermaterialisierung von Bildung ab. Zudem gingen die gesellschaftspolitischen Ambitionen der deutschen Unternehmervverbände weit über die von allen anderen Gruppen hinaus. Sie beanspruchten eine über Wirtschaft und Arbeitsmarkt hinausreichende Führungsrolle und verbanden dies mit dem Ruf nach einem selbstbewussten Bürgertum, das sich neu zu positionieren hätte.

Alle Verbände verfolgten je eigene Strategien zur bildungspolitischen Einflussnahme, die ihren

spezifischen Interessenlagen und ihrer Einbindung in politische Entscheidungsprozesse entsprachen. Daher werden die Netzwerke der britischen und der deutschen Akteure nacheinander behandelt. Eine vergleichende Gegenüberstellung folgt im Schlusskapitel der Arbeit. In Kapitel 10 werden die Nähe von Unternehmern und Hochschullehrern zu Parlamenten und Ministerien sowie ihre Beteiligung in regierungsnahen Ausschüssen betrachtet, beispielsweise im hochschulpolitisch einflussreichen *Robbins Committee*. Dabei wird aufgrund des vergleichsweise gering ausgeprägten bildungspolitischen Engagements und Führungsanspruchs britischer Unternehmer ein Blick auf ihre Gemeinwohlorientierung geworfen, um zu überprüfen, ob ihr gesellschaftliches Engagement insgesamt geringer ausgeprägt war als das der bildungspolitisch aktiveren deutschen Unternehmer. Den Abschluss des Kapitels bilden die Darstellung der Annäherungsversuche zwischen Hochschullehrern, Rektoren und Unternehmern sowie der Kooperationsversuche der *Association of University Teachers* mit anderen Interessenvertretungen der *middle class*. In Kapitel 11 folgt die Auseinandersetzung mit den Einflusskanälen des Deutschen Hochschulverbandes, seine Verbindung zu Parlamenten und Ministerien, seine intensive Zusammenarbeit mit und Konkurrenz zur Hochschulrektorenkonferenz sowie schließlich seine Versuche, mit anderen Interessenvertretungen von Akademikern zusammenzuarbeiten. Dem folgen Unterkapitel über die Strategien zur Einflussnahme, die das deutsche Unternehmertum verfolgte. Im Zentrum stehen dabei dessen finanzielles Engagement über den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft und die sich daraus entwickelnde intensive Vernetzung in die Hochschullandschaft hinein, zum einen über die Deutsche Forschungsgemeinschaft, zum anderen über den „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“, in dem Unternehmer und Professoren zu regelmäßigen Diskussions- und Arbeitsrunden zusammenkamen. Das Kapitel endet mit der Erörterung des Einflusses sowohl der Unternehmerverbände als auch des Hochschullehrerverbands auf den Wissenschaftsrat als dem wichtigsten hochschulpolitischen Beratungsgremium der Nachkriegszeit.

10 Netzwerke britischer Hochschullehrer und Unternehmer

Parlamentarier als Verbündete gegen unpopuläres Regierungshandeln

Seit der viktorianischen Zeit, als Aristokratie und *gentry* die meisten Sitze im Parlament innegehabt hatten, verlagerte sich das Gewicht zunehmend auf die einkommensabhängige *middle class*. 1958 waren von 622 Mitgliedern des Unterhauses 136 (22%) durch ein Amt mit diversen Wirtschaftsorganisationen verbunden. Davon gehörte die Mehrheit von 101 Abgeordneten (74%) der konservativen Partei an. Von den 35 *Labour*-Abgeordneten arbeiteten neun für kleinere Unternehmen und vierzehn als Büroangestellte (*clerical workers*). Annähernd so zahlreich vertraten wie die Wirtschaft waren nur Rechtsanwälte: 93 *barristers* saßen im Parlament, davon über zwei Drittel für die konservative Partei.¹ Im 1965 auf 549 Unterhausabgeordnete verkleinerten Parlament erhöhte sich der Anteil wirtschaftsnaher *MPs* noch leicht auf 134 (24%), wovon 91 Firmendirektoren und weitere 43 *businessmen* waren.² Allerdings ist der soziale Status dieser *MPs* vage, da die Unternehmerschaft außer der Kategorie *small business* nicht weiter nach Unternehmensgröße differenziert wurde.³

Der durchschnittliche *MP* von 1965 war *middle class*: Intellektueller, Beamter, Führungspersönlichkeit der Industrie, *professional* oder Unternehmer, nicht aber Rentier, Aristokrat oder Facharbeiter.⁴ Hochschullehrer stellten im Parlament eine kleine Gruppe dar. Während die Unternehmer überwiegend den *Tories* zuneigten, zeigten die Hochschullehrer eine Präferenz für *Labour*: 1958 waren von insgesamt 12 Hochschullehrern im Unterhaus (2% aller *MPs*), zwei *Conservative* und zehn *Labour* *MPs*. Noch deutlicher war die Neigung von Schullehrern: Von insgesamt 27 (5%) waren 25 für die *Labour*-Partei angetreten.⁵ 1965 unterschied Finer nicht mehr zwischen Lehrern an Schulen und Hochschulen. Die gesamte Lehrerschaft im Unterhaus nahm zwischen 1958 und 1965 von 43 auf 52 bzw. von 7 auf 9 Prozent zu.

Fidler hob ebenso wie Finer hervor, dass die Verbindungen der Wirtschaft zum Parlament daher gut waren, weil so viele ihrer Abgeordneten in der konservativen Partei waren, die sich zur Partei der Unternehmer, Manager und *professionals* entwickelt hatte. Die Nähe von Interessen und Werten des Unternehmertums und der konservativen Parlamentarier war augenfällig.⁶ Harold Perkin betonte vor allem das Gewicht der *professionals*, zu denen Hochschullehrer zählten: Nach Berufs-

¹ Samuel E. Finer, *Anonymous Empire. A Study of the Lobby in Great Britain*, London 1958, S. 135-142; allein 64 der Unternehmervverbänden verbundenen *MPs* waren *directors*, weitere 20 Firmenmanager und 22 Manager in Handel, Versicherungen und Finanzen. Ihren Höhepunkt hatte die Repräsentanz von Geschäftsleuten im Unterhaus nach dem Ersten Weltkrieg mit 200 Sitzen, zu 40 Prozent für die konservative Partei, erreicht; s. dazu: Kenneth O. Morgan, 'Die soziale und politische Mobilisierung Großbritanniens, 1918-1926', in: *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, hg. v. Hans Mommsen, Köln u.a. 2000, S. 125-144, hier S. 127.

² Ebd., S. 146; „businessmen“ wurde nicht präzisiert.

³ Es handelt sich um ein grundsätzliches Quellenproblem: *Directors* wurden ebenso wie Manager in statistischen Erhebungen nicht nach der Zahl der von ihnen geführten Mitarbeiter differenziert erfasst; vgl. Guy Routh, *Occupation and Pay in Great Britain 1906-1960*, Cambridge 1965, S. 22.

⁴ W.L. Guttsman, *The British Political Elite*, London 1965, S. 19 u. 32.

⁵ Finer, *Anonymous Empire*, S. 146.

⁶ Fidler, *British Business Elite*, S. 228.

gruppen zusammengefasst, überragten 1951 *professionals* in den Reihen der *Tories* Unternehmer mit 45 um 2 Prozent, 1979 sogar mit 55 um 15 Prozent. In der Labour-Partei seien sie 1951 mit 46 Prozent größer als die Gruppe der Arbeiter gewesen, zu der 37 Prozent der Labour-Abgeordneten gehörten. 1979 waren sie allerdings mit 29 Prozent hinter die 35 Prozent starke Arbeitergruppe zurückgefallen.

Ein weiteres Merkmal der Parlamentarier spricht für die kulturelle Nähe zu Hochschullehrern: Die Universitätsbildung nahm in den Nachkriegsjahrzehnten unter den *MPs* stark zu: 1951 hatten 41 Prozent der *Labour-MPs* und 65 Prozent der Konservativen studiert. 1979 waren es bereits 57 respektive 68 Prozent. Die meisten hatten ein College in *Oxbridge* besucht.⁷ Die relativ homogene Ausbildung verweist auf eine Milieunähe zwischen Hochschullehrern und Parlamentariern. Sowohl Unternehmer als auch Hochschullehrer dürften damit im Parlament gute Partner gefunden haben.

Anthony Sampson schätzte das Parlament jedoch als machtlos und für Lobbyisten unattraktiv ein. Als Beleg führte er den ehemaligen *MP* Christopher Hollis an, der die Rolle der Hinterbänkler in einem Buch sehr negativ auf den Punkt brachte:

„[T]he member is the obedient servant of the party machine. He tramps into the division lobby voting for or against he knows not what upon subjects with as a general rule no opinion save that of the specialist is of the least value.“⁸

Die Rolle der Hinterbänkler verkam dieser Einschätzung nach zur bloßen Akklamation. Sampson stellte ebenso wie Hollis die Rolle der *Whips* heraus, die das Schweigen oder die Stimmabgabe der *MPs* im Sinne der Regierung erzwingen. Da sie gleichzeitig für die Beförderungen der *MPs* zuständig seien, stehe ihnen dazu ein effektives Druckmittel zur Verfügung.⁹

Entsprechend gingen Lobbyisten mit ihren Anliegen grundsätzlich zuerst auf die zuständigen Ministerien zu. Da der *Civil Service* auf fachliche Informationen und Ratschläge von Lobbyisten angewiesen war, die auf ihren Gebieten Experten waren, hatten beide Seiten ein Interesse an der Zusammenarbeit. Druck übten die Lobbyisten daher zunächst nicht aus, vielmehr suchten beide Seiten das gegenseitige Einvernehmen. Erst wenn sie ihre Interessen nicht ausreichend von den Beamten *Whitehalls* berücksichtigt sahen, wandten sich Lobbyisten dem Parlament zu. Petitionen, parlamentarische Fragen und Debatten waren die Mittel, mit denen die Parlamente Druck auf Regierungen ausübten, und über diesen Weg setzten Lobbyisten zuweilen ihre Interessen durch.¹⁰

Diese Beschreibung trifft auf die Strategie der *AUT* zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber dem UGC und damit mittelbar dem Finanzministerium zu. Das Urteil von Hollis und Sampson fiel demgegenüber zu einseitig aus, denn der Umweg über das Unter- und das Oberhaus verhalf der *AUT* immer dann zum Erfolg, wenn sie ihre Interessen gegenüber dem UGC und dem *CVCP* nicht auf dem direkten Verhandlungsweg durchzusetzen vermochte.

Für die *AUT* war Lord Chorley von unschätzbarem Wert, da ihr seit 1945 sein Sitz im Oberhaus eine parlamentarische Plattform und schnellen Zugang zu Regierungskreisen verschaffte. Im Un-

⁷ Perkin, *Rise of Professional Society*, S. 443f.

⁸ Christopher Hollis, *Can Parliament Survive?* London 1949, S. 64, zitiert nach Anthony Sampson, *Anatomy of Britain Today*, London 1965, S. 48.

⁹ Sampson, *Anatomy of Britain Today*, S. 48.

¹⁰ Finer, *Anonymous Empire*, S. 21-23.

terhaus saß keine vergleichbar eminente Persönlichkeit der *AUT*.¹¹ Doch hatte sie in Unter- wie Oberhaus feste Ansprechpartner, wie z.B. die beiden bildungspolitisch einflussreichen Parlamentarier Lord Simon und Lindsay. Lord Simon¹² war Vorsitzender des Rates der Universität von Manchester und in den 1920er Jahren zweimal Unterhausabgeordneter gewesen. Die Labour-Regierung erhob ihn 1947 zum *First Baron of Didsbury*, kurz nachdem er in die Partei eingetreten war. Bei solchen Ernennungen gab weniger die Parteizugehörigkeit den Ausschlag als die Zugehörigkeit zur traditionellen *middle class*, sowie die damit einhergehende Ausbildung in *public schools* und *Oxbridge*, welche unter den nach 1945 zum Lord Ernannten die Regel war. Lord Lindsay of Birker¹³ war in den dreißiger Jahren Rektor eines Oxforder Colleges und der Oxforder Universität gewesen. Außerdem hatte er als einziges britisches Mitglied im Ausschuss für Studienreform am Hamburger „Blauen Gutachten“ zur Hochschulreform mitgearbeitet. So lange die Universitäten im Unterhaus eigene Abgeordnete hatten, nutzte die *AUT* diese für ihre Anliegen.¹⁴ Die *Universities MPs* waren bis 1950 Kenneth Martin Lindsay¹⁵, H. W. Harris¹⁶, Sir Arthur Salter¹⁷, und H. G. Strauss¹⁸, herausragende Vertreter des universitären *Establishment*, mit entsprechenden Bildungs- und Berufskarrieren, Ehrungen und Clubmitgliedschaften.

Mehrere über die Jahre hinweg unternommene Anläufe der *AUT*, einen ständigen parteienübergreifenden Parlamentsausschuss für die Universitäten zu institutionalisieren, verliefen jedoch im Sande. Im November 1945 legte Cosslett dazu ein Memorandum vor. Als Vorbild diente ihm das *Parliamentary & Scientific Committee*, das vor und während des Krieges die Belange der Naturwis-

¹¹ Perkin, *Key Profession*, S. 161.

¹² Ernest Darwin Simon, 1947 *1st Baron of Didsbury*, Jg. 1879; *Rugby* und *Cambridge*; anschließend polit. Karriere, zuerst für *Liberals*, dann *Labour*: 1921 *Lord Mayor of Manchester*, 1923-1924 u. 1929-1931 MP; 1931 *Parliamentary Secretary to the Minister of Health*; president Simon Engineering; 1932 zum Ritter geschlagen; 1932-1937 Vorsitz *British Broadcasting Corporation (BBC)*; 1941-1957 *Chairman Manchester University Council*; vgl. *Who Was Who 1897-1998*, CD-Rom; *AUT Executive Minutes*, Oktober 1945, Anhang: Programme of Conference. Saturday, 13th October, 1945, Bedford College Hall; vgl. Guttsman, *British Political Elite*, S. 345.

¹³ Lord Lindsay of Birker, 1919 *CBE*, 1945 *1st Baron of Birker*, Jg. 1879; Schulbildung unbekannt; Studium *University of Glasgow* und *University College, Oxford*; 1911 *Professor of Moral Philosophy, Glasgow University*, 1924-1949 *Master of Balliol College, Oxford*; 1935-1938 *Vice-Chancellor, Oxford University*; 1949 *principal University College of North Staffordshire*; David Philipps bezeichnet ihn als Sozialisten; s. David Phillips, *Pragmatismus und Idealismus. Das ‚Blaue Gutachten‘ und die britische Hochschulpolitik in Deutschland 1948*, Köln 1995, S. 7; zum Blauen Gutachten vgl. Kapitel 1.

¹⁴ Seit dem „Representation of the People Act“ von 1918 stellten die Universitäten eigene Wahlkreise. Ihre Kandidaten für das Unterhaus konnten von allen Universitätsmitgliedern gewählt werden. Mit dem „Representation of the People Act“ von 1948 wurde diese Gepflogenheit abgeschafft; vgl. F.W.S. Craig, *British Parliamentary Election Results 1918-1949*, London 1977, S. 676f.

¹⁵ Kenneth Martin Lindsay, Jg. 1897; St. Olave's School; Worcester College Oxford; 1916-1918 Kriegsdienst; 1922-1923 Präsident Oxford Union; 1935-1937 Civil Lord of the Admiralty; 1937-1940 Parliamentary Sec. Board of Education; 1933-1945 MP Kilmarnock Burghs (Nat. Lab 1933-1943, Ind. Nat. 1943-1945); 1945-1950 MP (Ind.) Combined English Universities; Autor: Social Progress and Educational Waste, English Education; vgl. *Who Was Who 1897-1980*, CD-Rom.

¹⁶ Henry Wilson Harris, Jg. 1883; *Phymouth Coll.*; *St John's Coll.*; *Cambridge (Scholar)*; 1905 Präsident *Cambridge Union*; 1908 journalist. Karriere, *Daily News*; Ratsmitgl. *Royal Institute of Int. Affairs*; Ratsmitgl. *Leys School*, Cambridge; 1932-1953 Herausgeber *Spectator*; 1945-1950 MP *Cambridge University* (Ind.); Club: *Reform*.

¹⁷ (James) Arthur Salter, 1953 *First Baron of Kidlington*, Jg. 1881; Oxford High School; Brasenose College, Oxford; zahlr. int. Missionen; 1937-50 MP Oxford University (Ind.); 1939-41 Parliamentary Sec., Ministry of Shipping; 1941 PC, 1944 GBE, 1922 KCB; Autor: *Memoirs of a Public Servant*, 1961; Club: *Reform*.

¹⁸ Henry George Strauss, 1955 *First Baron of Conesford*, Jg. 1892; *Rugby (Scholar)*; Christ Church, Oxford (Scholar); 1919 barrister Inner Temple, 1969 Hon. Bencher; 1935-1945 MP Norwich (Cons.), 1946-50 Combined English Universities, 1950-1955 Norwich South; 1936-1942 Parliamentary Sec., Attorney General; 1946 QC; Clubs: Carlton, Beefsteak, Pratt's; vgl. *Who Was Who 1897-1980*, CD-Rom.

senschaften erfolgreich in das Parlament getragen hatte und Ende 1944 ungefähr 200 *MPs* und Lords, sowie 60 nationale Verbände zu seinen Mitgliedern zählte, sich regelmäßig im Parlament traf und Gastredner einlud.¹⁹ Cosslett stellte aufgrund der anstehenden Universitätsreformen einen Bedarf nach engeren Verbindungen und besseren Einflussmöglichkeiten der *AUT* in das Parlament fest. Zudem erforderte der Regierungswechsel ebenso wie die stark veränderte Zusammensetzung des Unterhauses einen Strategiewechsel von der Konzentration auf die bislang sehr nützlichen *University MPs* als Sprachrohr der Universitäten hin zu breiter gestreuten Verbindungen. Cosslett betrachtete dabei die Parlamentarier als Partner der Hochschullehrer. Zudem setzte er über die Rektoren und die *National Union of Students (NUS)* hinausgehende natürliche Allianzen wie gemeinsame Interessen aller jener Berufsvereinigungen und Verbände voraus, deren zukünftigen Mitglieder in den Universitäten ausgebildet würden.²⁰

Vorgespräche des *AUT*-Unterausschusses für Parlamentsfragen mit *University MPs* und den Lords Simon und Lindsay mündeten in ein Treffen am 18. Juni 1946, an dem für die *AUT* Cosslett, Dodds, Laurie und Chorley, sowie für das Unterhaus Harris, Salter, Strauss und Kenneth Lindsay teilnahmen. Die überwiegend Parteilosen schätzten ihre Vermittlungschancen angesichts eines ausschließlich mit Labour-Abgeordneten besetzten parlamentarischen Bildungsausschusses jedoch als gering ein. Einem von *AUT*-Mitgliedern initiierten Ausschuss würden sie aber beitreten. Die Lords Lindsay und Simon sollten Vorsitz und Sekretariat übernehmen. Die Initiative versandete allerdings, als Lord Simon nach einer Rede des Finanzministers am 3. März 1947 die Rahmenbedingungen für die Universitäten verbessert und damit keinen Handlungsbedarf mehr sah.²¹ Somit scheiterte der Versuch, die informellen Kontakte ins Unter- und Oberhaus zu verbreitern und zu institutionalisieren. Der informelle Austausch funktionierte hingegen sehr gut. Bei finanziellen Engpässen für die Universitäten konnte die *AUT* weiterhin auf Verbündete in Unter- und Oberhaus zählen.

Zwar verfolgte die *AUT* weiterhin das Ziel, den Kommunikationsfluss zu verstetigen,²² doch erst nachdem die Institution der *University MPs* abgeschafft war,²³ regte sie im Frühjahr 1950 erneut erfolglos einen überparteilichen parlamentarischen Bildungsausschuss an und lud dazu Abgeordnete ein.²⁴ Unter einer ganzen Reihe von überwiegend der Labour-Partei angehörenden Unterhausabgeordneten, die sich im September 1950 prinzipiell für die Initiative aussprachen, waren einige politisch und gesellschaftlich herausragende Persönlichkeiten, so von *Labour* der ehemalige Vorsitzende der *Oxford Union* und spätere Bildungsminister Anthony Crosland, der ehemalige Präsident der *NUT* Ralph Morley²⁵ und der *junior minister* der vorangegangenen *Labour*-

¹⁹ AUT Executive Minutes, Dezember 1945, S. 2.

²⁰ AUT, Suggestions for improving Presentation of University matters in Parliament, vorgelegt v. V.E. Cosslett, Memorandum v. 5.11.1945, in: AUT HQ, AUT Circulars 1943-64, Dok. 379, Zitat S. 1.

²¹ AUT Executive Minutes, Mai 1946, S. 1; AUT Executive Minutes, September 1946, S. 2; leider war es nicht möglich, Mitgliederlisten der *AUT* einzusehen und diese mit *MPs* abzugleichen. Außer Lord Chorley scheint weder im Ober- noch im Unterhaus ein im Vorstand aktives *AUT*-Mitglied vertreten gewesen zu sein. Die hier erwähnten *AUT*-Mitglieder dürften also einfache Mitglieder gewesen sein, zumal die Übersichten zu Verbandstätigkeiten von Parlamentariern, die Finer erstellte, kein *AUT*-Mitglied aufführen; AUT Executive Minutes, März 1947, S. 3.

²² AUT Executive Minutes, Mai 1947, S. 3.

²³ Bei der Wahl von 1950 trat die Abschaffung der *University MPs* erstmals in der Praxis in Kraft; vgl. Craig, *British Parliamentary Election Results*, S. 676.

²⁴ AUT Executive Minutes, Februar 1950, S. 3.

²⁵ Ralph Morley, Friedensrichter u. 1946-1947 President, *National Union of Teachers*.

Regierung Robert Richards. Vier *Conservatives* zeigten Interesse: die beiden ehemaligen *University MPs* Kenneth William Murray Pickthorn²⁶, seit 1951 *parliamentary secretary* der Bildungsministerin Florence Horsbrugh, Strauss sowie der von 1958 bis 1960 amtierende Finanzminister Derick Heathcoat-Amory²⁷. Dazu kamen aus dem Oberhaus die Lords Lindsay (*Labour*), Beveridge (*Liberal*), Cherwell²⁸ (*Conservative*) und Caldecote²⁹. Zudem wurde eine Strategieänderung vorgenommen. Aus gelegentlichen, von ihr angeregten Diskussionen zu aktuellen Anlässen, so hoffte die *AUT*, würde sich im Laufe der Zeit der gewünschte parlamentarische Ausschuss herausbilden. Als Vertreter bei parlamentarischen Zusammenkünften nominierte sie Chorley, Cosslett, H.V.A. Briscoe,³⁰ den Chemieprofessor aus Leeds W.A. Wightman, den amtierenden Präsidenten Charles M. MacInnes und Generalsekretär Kenneth Urwin³¹. Am 5. März 1951 fand ein Treffen zur Besprechung des eben veröffentlichten Berichts über die technologische Ausbildung statt.³² Erst am 21. Februar 1952 folgte ein Gespräch über die finanzielle Lage der Universitäten. Acht Vertreter der *AUT*, darunter Chorley, Cosslett und Roy Pascal, trafen mit zehn konservativen und neun *Labour MPs* zusammen.³³

Das Wohlwollen der Parlamentarier fand die *AUT* zwar, wie die hohe Teilnehmerzahl zeigt, doch gaben sich diese außerstande, ihren Minister zu beeinflussen, so dass die Strategie der *AUT* am falschen Ende der Regierung anzusetzen schien. Im Februar 1952 trug ihnen die *AUT* ihre Klage darüber vor, dass die Fünf-Jahres-Grant für die Universitäten nicht ausreichend sei, um sowohl die geplante Expansion der Universitäten als auch Gehaltserhöhungen für Hochschullehrer zu finanzieren, die diesen einen ihrem Beruf angemessenen Lebensstandard ermöglichten. Daher baten sie die Parlamentarier darum, die Regierung zur Aufstockung der für den folgenden Herbst

²⁶ Kenneth William Murray Pickthorn, *lecturer* für Geschichte in Cambridge; *MP* Cambridge (*Con*).

²⁷ Derick Heathcoat-Amory hatte neben seiner politischen Karriere auch Ämter im Industrie- und Bankenwesen inne und wurde 1960 in den Adelsstand erhoben.

²⁸ Lord Cherwell war Philosophieprofessor in Oxford gewesen und neben zahlreichen anderen hohen Ämtern von 1942 bis 1945 und seit 1951 *paymaster general*.

²⁹ Lord Caldecote, Second Viscount of Bristol, war seit 1953 *director* bei English Electric Company und *managing director* bei British Aircraft Corporation, deren *executive director* er 1960 wurde.

³⁰ H.V.A. Briscoe war 1942 und von 1947 bis 1961 Mitglied des *Executive Committee* der *AUT* und von 1948 bis 1961 deren Schatzmeister. Henry Vincent Aird Briscoe, Jg. 1888; *City of London School*, 1906-1909 *Royal College of Science South Kensington* (seit 1908 Teil von *Imperial College London*), *first class honours*; bis 1932 *lecturer* u. Professor, Newcastle upon Tyne u. Durham; 1932-1954 Prof. f. anorgan. Chemie, *Imperial College London*; 1. WK: Industrie-Tätigkeit, Munitions- und Chemikalienherstellung; gleichzeitig Gastdozent *Imperial College*; Leitung eines Teams, das geheime Forschung für die Regierung durchführte und dessen Ergebnisse zum ersten militärischen Einsatz von Giftgas führten; 2. WK. erneut überwiegend geheime Forschung für Regierung u. Tätigkeit am *College*; eines von zwei britischen Mitgliedern des *International Committee on Atomic Weight*; 1926-1932 Forschungsdirektor *Northern Coke Research Committee*; Ehrungen: 1958 *Fellow* v. *Imperial College London*; *Associate*, *Royal College of Science*; *Fellow of the Institute of Fuel*; Clubs: *Athenaeum*, *Savage*; vgl. ‚Briscoe‘, in: *Who Was Who* 1961-1970, S. 135; ‚Briscoe‘, in: *The Times*, 25.9.1961, S. 17; *AUT Executive Minutes*, September 1961, S. 1 ‚Briscoe, Henry Vincent Aird‘, in: *Who Was Who* 1961-1970, S. 135; H.J.T.E., ‚Prof. H.V.A. Briscoe‘, in: *The Times*, 28.9.1961, S. 17c.

³¹ *AUT Executive Minutes*, Mai 1950, S. 1 u. September 1950, S. 3.

³² *AUT Executive Minutes*, Dezember 1950, S. 4 u. *AUT Council Minutes*, Mai 1951, S. 4.

³³ *AUT Executive Minutes*, *Minutes of a Meeting of Representatives of the Association of University Teachers with Members of Parliament*, February 21, 1952. Die *AUT-Delegation* bestand aus dem Präsidenten Prof. F.T.H. Fletcher, Lord Chorley, Dr. V.E. Cosslett, Dr. A.A. Eldridge, Prof. O. Kahn-Freund, Prof. W.H. Linnell, Prof. R. Pascal, und Prof. J.Z. Young. Den Vorsitz übernahm der *MP* H. Marquand. Für die *Conservative Party* nahmen Mr. W.J. Anstruther-Gray, Mr. C. Hollis, Mr. E.H. Keeling, Mr. G. Longden, John Francis Whitacker Maitland, Mr. Niall Macpherson, Professor Sir D.L. Savory, Mr. P. Smithers und Mr. Geoffrey Stevens teil. Die *Labour-Partei* war durch Mr. F. Blackburn, Mr. Dryden Brook, Mr. J. Johnson, Mr. H.M. King, Mr. Malcom MacPherson, Mr. R. Morley, Mr. F. Mulley, Mr. F. Peart und Sir Leslie Plummer vertreten.

vorgesehenen finanziellen Mittel zu bewegen. Doch die Parlamentarier sahen keinen Sinn in einer Delegation zum Finanzminister, dessen Entscheidung bereits getroffen sei, wie aus einer von Christopher Hollis vorgelesenen Stellungnahme des Ministers hervorging. So scheint die *AUT* in den ersten fünf Nachkriegsjahren das erfahren zu haben, was Hollis selbst 1949 öffentlich kritisiert hatte: *Westminster* war *Whitehall* gegenüber oftmals machtlos. Gleichwohl bewertete der *AUT*-Präsident das Treffen vom Februar 1952 als Erfolg, weil es zu einem Meinungsaustausch nicht nur über die Finanzierung, sondern auch über Themen wie die Studentenauswahl und -qualität geführt und die Verbindung in beide Häuser des Parlaments gestärkt habe. Dies betrachtete er als der Mühe wert.³⁴ Im November 1952 erklärten sich die Parlamentarier aufgrund des schwelenden Finanzkonflikts dazu bereit, beim *UGC* vorzusprechen, doch dessen Vorsitzender Sir Arthur E. Trueman wies sie mit der Begründung ab, er sei ihnen nicht rechenschaftspflichtig. Auf die Frage, warum die *AUT* trotz allem so großen Wert auf den Kontakt zu *MPs* legte, ging Cosslett während seiner *AUT*-Präsidentschaft 1953 ein, indem er vor den Gefahren eines übermächtigen Regierungseinflusses auf die Universitäten warnte und zur besseren Öffentlichkeitsarbeit der *AUT* aufrief, um im Konfliktfall nicht isoliert zu stehen.³⁵ Das Parlament war so gesehen ein Gegengewicht zum Finanzministerium. Zudem war das Einspannen von Parlamentariern für die eigenen Ziele letztlich gar nicht erfolglos, denn deren Petitionen störten die Arbeit der Ministerien und des *University Grants Committee* empfindlich. Sie machten der *AUT* lieber Zugeständnisse, als sich mit ständigem parlamentarischen Druck auseinanderzusetzen.

So setzte sich die *AUT* parallel mit den Rektoren auseinander und verfolgte dabei das Ziel, deren formaler Verhandlungspartner zu werden und auf Augenhöhe mit ihnen und dem *UGC* über Gehälter und sonstige Zuwendungen für die Universitäten zu verhandeln. Dies erreichte sie, wenn auch nach jahrelangem Ringen, zahllosen persönlichen Vorsprachen, dem häufigen Einsatz von parlamentarischem Druck, und nach einer Reihe von Rückschlägen und Etappenzielen. Zuerst sicherten die Rektoren im April 1954 zu, zukünftig weder Entscheidungen ohne die Anhörung der *AUT* zu treffen noch mit dem *UGC* in Verbindung zu treten, ohne sich vorher mit ihr abgesprochen zu haben.³⁶ Dann erreichte die *AUT* in Zusammenhang mit der Ankündigung neuer Gehälter durch den *Chancellor of the Exchequer* im November 1954 auch die formale Gleichstellung mit den Rektoren in Gehaltsverhandlungen,³⁷ wofür sie zum einen über lokale *AUT*-Vertreter die Unterstützung von deren jeweiligen Wahlkreis-*MPs* genutzt hatte.³⁸ Zum anderen hatte Lord Chorley über ein *AUT*-Mitglied von *University College, London*, den Kontakt zu Kenneth Robinson (*Labour*) hergestellt, der mit einer parlamentarischen Anfrage zu den Gehältern von Hochschullehrern und zu den Verhandlungsregeln nicht nur die Zusicherung des Finanzministers erreichte, die Gehaltshöhe zu überdenken, sondern darüber hinaus der *AUT* das formale Verhandlungsrecht mit dem *UGC* zu erteilen.³⁹

³⁴ *AUT Executive Minutes, Minutes of a Meeting of Representatives of the Association of University Teachers with Members of Parliament*, v. 21.2.1952.

³⁵ V.E. Cosslett, 'Presidential Address, 1953', in: *The Universities Review*, 26.1953, Nr. 1, S. 41-47, hier S. 42 u. 45, vgl. Kapitel 4 für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit Cossletts Rede.

³⁶ *AUT Executive Minutes*, Mai 1954, S. 3.

³⁷ Vgl. Perkin, *Key Profession*, S. 170.

³⁸ *AUT Executive Minutes*, September 1954, S. 2.

³⁹ Vgl. Perkin, *Key Profession*, S. 171f. u. *AUT Executive Minutes*, September 1955, S. 2, Zitat ebd.

Schon vor dieser am 20. Juli schriftlich gegebenen Zusage waren *AUT*- und *UGC*-Delegationen im Mai 1955 übereingekommen, dass die *AUT* fortan formal berechtigt sei solle, ohne den Umweg über die Rektoren direkt mit dem *UGC* Verbindung aufzunehmen. Dies verband das *UGC* allerdings mit der Mahnung, zukünftig finanzielle Belange wieder „within the family circle“ zu besprechen.⁴⁰ Dieser Hinweis legt nahe, dass die Einbindung der *AUT* in die Verhandlungen nicht zuletzt den parlamentarischen Druck auf die *Treasury* wieder zurückdrängen sollte. Damit ging die über Jahre verfolgte Strategie der *AUT*-Akteure auf, den Interessen von Hochschullehrern über das Parlament mehr Gewicht zu verschaffen.⁴¹ Die Erfahrungen der *AUT* sprechen insgesamt gegen Sampsons Einschätzung, das Parlament habe jeglichen Einfluss verloren. Dagegen unterstützen sie Samuel Finers differenziertere Sichtweise, dass die parlamentarische Intervention eine erfolgreiche Möglichkeit darstellte, Druck auf unwillige Regierungen auszuüben. Wenn sich die Ministerien bzw. regierungsnahe Gremien wie das *UGC* von der parlamentarischen Lobbyarbeit so gestört sahen, dass sie Zugeständnisse machten, um die Parlamentarier wieder auf Distanz zu bringen, so war dies letztlich ein gut funktionierendes Instrument. Beachtlich ist schließlich die Fähigkeit der zahlenmäßig kleinen Berufsgruppe der Hochschullehrer, lockere Kontakte im Parlament zu mobilisieren, um ihren Zielen näherzukommen – und die Milieunähe zu den Parlamentariern, mit denen sie in Kontakt stand.

Nach der grundsätzlichen Einigung mit dem *UGC* und dem *CVCP* nahm die *AUT* weiterhin und erfolgreich Zuflucht zu Abgeordneten, um Bewegung in eingefahrene Verhandlungssituationen zu bringen. Beispielsweise hatte das *UGC* dem Schatzkanzler gegen den ausdrücklichen Willen der *AUT* im März 1960 vorgeschlagen, Universitäten die nach Fächern differenzierte Bezahlung von *lecturers* zu ermöglichen. Dem lag die Idee zugrunde, diejenigen höher zu besolden, die am ehesten von der Universität in die Industrie oder in die freien Berufe abzuwandern drohten. In der Praxis bedeutete dies, dass vor allem Naturwissenschaftler und Mediziner mehr als andere Hochschullehrer verdienen würden. Daher trafen sich *AUT*-Vertreter am 10. Mai mit einer überparteilichen Gruppe von *MPs*, von denen anschließend eine fünfköpfige Gruppe vor den Finanzminister trat.⁴² Dies führte zu einer Besprechung des Finanzministers mit dem Vorsitzenden des *UGC*, Sir Keith Murray, der daraufhin *AUT*-Vertreter zu einem informellen Treffen einlud, um die Unstimmigkeiten auszuräumen. Gleichwohl forderten diese nun einen unabhängigen Ausschuss zur Überprüfung der Gehälter von Hochschullehrern.⁴³ Diese Aufgabe übernahm schließlich die neu eingerichtete *National Incomes Commission* (*NIC*), welche die Gehälter aller staatlich besoldeten Berufsgruppen evaluierte. Die Anhörungen dieses Ausschusses, so Harold Perkin, waren für die *AUT* „the nearest thing to real salary negotiation ever achieved“. Erstmalig hätte sie vor ein unabhängiges Tribunal treten können, das weder mit den Rektoren als ihrem direkten Arbeitgeber, noch mit dem *UGC* als ihrem direkten Geldgeber (*paymaster*), sondern mit den Beamten des Finanzministeriums, und damit den „ultimate controllers of the purse strings“, besetzt war.⁴⁴

⁴⁰ *AUT Executive Minutes*, Mai 1955, Anhang: Confidential: University Grants Committee: University Salaries: Negotiating Machinery, Zitat ebd.

⁴¹ *AUT Executive Minutes*, S. 2; Perkin, *Key Profession*, S. 173.

⁴² *AUT Executive Minutes*, Mai 1960, S. 1.

⁴³ Dies sollte beispielsweise analog zum „Franks Committee for senior civil servants“ funktionieren; s. dazu *AUT Executive Minutes*, September 1960, S. 1.

⁴⁴ Perkin, *Key Profession*, S. 179.

Nach jahrelangen Beratungen unterstützte die *NIC* schließlich die Position der *AUT*, dass die Hochschullehrer in den letzten Jahren gegenüber vergleichbar qualifizierten *professions* unberechtigter Weise finanziell zurückgefallen waren. Sie schlossen sich daher auch der Argumentation der Hochschullehrer an, dass die Angleichung der Gehälter an die von vergleichbaren Berufen nötig sei, um den Universitäten zu ermöglichen, in einen fairen Wettbewerb um die besten Graduierten zu treten. Ab dem 1. April 1964 sollten neue Gehälter in Kraft treten, mit deren Höhe die *AUT* sehr zufrieden war.⁴⁵ Nach über zehn Jahren des Einsatzes für ein angemessenes Gehalt, verbunden mit der ausdauernden Lobbyarbeit gegenüber den Rektoren, dem *UGC* und dem Ober- und Unterhaus, hatte die *AUT* schließlich ihre Ziele erreicht: die formale Beteiligung bei Gehaltsverhandlungen und ein standesgemäßes, mit anderen Professionen vergleichbares Gehalt.

Direkte Verbindungen zur Macht: Whitehall und politische Ausschüsse

Die Großindustrie wandte sich eher direkt an Minister oder Regierungsbeamte in *Whitehall*, obwohl sie auch im Unterhaus vertretenen war:

„[T]he truth is that the biggest business interests do not bother much about parliament, and few of the big corporations now maintain their own *MPs* in the House [...]. Parliamentary lobbying can hinder, not help, this pressure on the government.“

Im informellen Rahmen fand wichtige Lobbyarbeit statt, während eines Mittagessens, bei *Drinks* in einem der einschlägigen Londoner Clubs oder zu Hause. Tatsächlich hinterließ die *British Employers' Confederation* kaum Spuren der Lobbyarbeit. Informelle Zusammenkünfte erleichterten die Arbeit, da die aufwändige Planung formaler Delegationen wegfiel. Der *senior manager* einer großen Firma erläuterte gegenüber Sampson, *Whitehall* sei nur zwei U-Bahnstationen entfernt, und ein *permanent secretary* käme gelegentlich zum Mittagessen vorbei. Zudem begünstigten die immer häufigeren Berufswechsel von *Whitehall* in die Industrie die engen Beziehungen zwischen Industrie und Regierung. Je mehr Beamte in die Industrie wechselten, desto leichter wurde informeller Druck ausgeübt, da sich laut Sampson eine Art von stillschweigender Übereinstimmung (*like-mindedness*) entwickelt habe, welche die Unterscheidung zwischen Überzeuger und Überzeugtem erschwere.⁴⁶

Je näher ein Unternehmer der Spitze eines größeren Unternehmens war, desto eher traf dies zu. Rückschlüsse auf das ganze Unternehmertum sind aber nicht möglich. Nur vier von Fidler Befragte, die alle der sozialen Elite angehörten, zählten persönliche Kontakte als ersten ihrer Einflusskanäle auf und nannten Fremde, Clubmitglieder und alte Bekannte aus *Civil Service*-Tagen ebenso wie andere *directors*. Weiter verbreitet war hingegen die Lobbyarbeit über die Wirtschaftsverbände *BEC*, *FBI*, ihre Nachfolgerin *CBI* und über die Handelskammern.⁴⁷

Persönliche Verbindungen von *AUT*-Aktivisten existierten in jene Gremien hinein, die für Hochschulpolitik und Gehälter entscheidend waren. Sir Arthur E. Trueman, Vorsitzender des *University Grants Committee*, war T. Neville Georges⁴⁸ akademischer Lehrer und Förderer. Das *AUT*-Vor-

⁴⁵ Ebd., S. 182f.

⁴⁶ Sampson, *Anatomy*, S. 45 u. 47f., Zitat S. 47.

⁴⁷ Fidler, *British Business Elite*, S. 242.

⁴⁸ George war 1951 bis 1952 und von 1956 bis 1961 Mitglied des Vorstands der *AUT*, von 1959 bis 1960 als Präsident. Bereits in den 1930er Jahren war er zeitweise Vorsitzender der *AUT*-Gruppe Swansea gewesen. Thomas Neville George, Jg. 1904, Swansea, Wales; Sohn von Lehrern und sozialistischen Aktivisten; *elementary school*; 1914

standsmitglied W.A. Wightman führte 1954 zur Konfliktbewältigung mehrfach Privatgespräche mit Charles R. Morris, dem Vorsitzenden des *CVCP*, der die Rektoren anschließend veranlasste, die *AUT* in Verhandlungen mit dem *UGC* einzubeziehen.⁴⁹ Zudem bestand eine gewisse Nähe auch zwischen *Whitehall* und den Hochschullehrern. Während des Krieges hatten einige von diesen im *Civil Service* gearbeitet und dürften damit sowohl über Kontakte als auch über die Fähigkeit verfügt haben, die Denkweise der Ministerialbürokratie einzuschätzen. Von den sehr aktiven Mitgliedern der *AUT* waren die Professoren Briscoe, Chorley und Dodds während des Krieges in verschiedenen Ministerien tätig gewesen, Briscoe und Dodds allerdings nur in Forschungsabteilungen. Allein Chorley war im Außen-, im Arbeits- und im Innenministerium im engeren Sinne politisch aktiv gewesen und erfreute sich nach dem Krieg weiterhin seines Sitzes im Oberhaus sowie bester Kontakte in die Ministerien hinein.⁵⁰ Von nützlichen persönlichen Kontakten ins Finanzministerium war dagegen nie die Rede. Es gibt keine Hinweise auf semi-formelle regelmäßige Treffen mit hohen Beamten oder Ministern in den Unterlagen der *AUT*. Die politische Verortung vieler *AUT*-Aktivisten links von der Mitte scheint gelegentlich, aber nicht grundsätzlich, bei der Einflussnahme hinderlich gewesen zu sein. So stieß die Nominierung des politisch links stehenden Germanisten Pascal für die *AUT*-Delegation in die britische Zone Deutschlands 1947 im Außenministerium auf Widerstand.⁵¹ Andererseits war der Altphilologe Dodds trotz seines offenen Bekenntnisses zum Sozialismus während des Krieges im Außenministerium tätig gewesen. Politisch links stehende Persönlichkeiten, wie die Lords Lindsay und Simon, gehörten dem *Establishment* an und erreichten entsprechende Positionen. Die fehlenden Hinweise auf enge Kontakte direkt zu *Whitehall* dürften daher eher auf eine Besonderheit der britischen Kulturpolitik zurückzuführen sein: Zwischen kulturelle Institutionen und die Regierung wurden Nicht-Regierungs-Gremien geschaltet. Dadurch kamen die Universitäten ebenso selten wie beispielsweise die

Stipendium für *Swansea Municipal Secondary School*; 1919 *first class*, *Oxford Local Senior Certificate* Test; 1919 *sixth form* der *Swansea Grammar School*, Abgang aus finanziellen Gründen, ein Jahr vor den Stipendien-Prüfungen für Oxford und Cambridge; Studium *University College of Swansea*; 1926 *postgraduate St. John's College*, Cambridge; 1928 *PhD*, anschl. zwei Jahre erfolglose Suche nach einer Dozentenstelle; 1929 *Fellow Geological Society*, London; 1933 Professur Swansea (Nachfolge seines Professors A.E. Trueman); dann Nachfolge Trueman in Glasgow, als dieser *Vice-Chairman* und später *Chairman* des *University Grants Committee* wurde; Präsident *Glasgow AUT* und *AUT Scotland*; eine amüsante Anekdote erzählt T. Neville Georges Biograph über dessen Kreise, zu denen auch Unternehmer gehörten. Der Professor, der sein Mittagessen immer ausfallen ließ, habe eines Tages erzählt, dass er, vom Sprössling einer bekannten Schokoladenfabrikanten-Familie [Rowntree, R.V.] einmal nach seinen Essgewohnheiten befragt, geantwortet habe: „Oh I don't eat lunch but when I have a break I have a Kitkat.“ Leider habe er nie einen Pfennig für den später erfolgreichen Werbeslogan gesehen; *Ehrungen*: 1948 *Fellow Royal Society of Edinburgh*, 1949-1952 u. 1959-1961 deren Vizepräsident; 1956 Ehrendoktorwürde d. Universität Rennes; 1963 *Fellow Royal Society of London* u. *Lyell Medal, Geological Society of London*; 1967 *Honorary Fellow Geological Society of Edinburgh* u. Medaille d. Prager Karls-Universität; 1970 *DSc* Cambridge; 1973 *Clough Medal, Edinburgh Geological Society*; 1974 korresp. Mitglied *Geological Society*, Belgien; 1975 Ehrenmitgliedschaft *Geological Society*, Glasgow u. *Kelvin Prize, Royal Philosophical Society*, 1977 *Leverhulme Emeritus Fellow*; 1978 *Neill Prize, Royal Society of Edinburgh*; keine Clubs genannt. Georges enge Beziehung zu seinem Lehrer, dem späteren Vorsitzenden des *University Grants Committee*, Sir A. E. Trueman, wurde in den Akten der *AUT* nie erwähnt. Gleichwohl dürfte die Tutor-Student-Verbindung es George ermöglicht haben, privat beim *UGC*-Vorsitzenden vorzusprechen, der seine Karriere mehrfach gefördert hatte; vgl. Bernard E. Leake, 'Thomas Neville George, 13 May 1904-18 June 1980. Elected F.R.S. 1963', in: *Biographical Memoirs of Fellows of the Royal Society*, published by the Royal Society London, Cambridge, Bd. 37.1991, S. 199-217, hier S. 207; B.E. Leake, 'Professor T.N. George. Distinguished Geologist', in: *The Times Obituary*, 25. Juni 1980; Bernard E. Leake, 'George, Thomas Neville', in: *Dictionary of National Biography* 1971-1980, S. 334-335, hier S. 334.

⁴⁹ *AUT Executive Minutes*, März 1953, S. 5 u. *AUT Executive Minutes*, Mai 1954, S. 3; dies legt persönliche Bekanntschaften nahe, die aber selten eingehender thematisiert wurden.

⁵⁰ Perkin, *Key Profession*, S. 161.

⁵¹ *Proceedings of the British Academy*, Bd. LXVII (1981), London 1982, S. 449.

BBC in direkten Kontakt zur Regierung. Da das *University Grants Committee* alle Entscheidungen über die Budgets der Universitäten traf, lag ein direkter Austausch mit *Whitehall* nicht nahe – solange das Finanzministerium nicht die Entscheidungen des *UGC* überstimmte. Nicht zuletzt für diesen Fall pflegte die AUT ihre parlamentarischen Kontakte.

Obwohl sich Unternehmer zunehmend aus der Politik zurückzogen, verloren sie nicht an Einfluss auf nationale Belange. Sie übten ihn nun verstärkt über die an Bedeutung gewinnenden quasi-politischen Institutionen aus, die von Beratungsgremien über *Royal Commissions* bis zu den Vorständen der nationalisierten Industrien, *Quangos*⁵² und Interessenvertretungen wie der *FBI* oder der *BEC* reichten. Nach 1945 wurden die politische Macht und der zum inneren Zusammenhalt führende Austausch zwischen den Eliten in die von den Regierungen eingesetzten quasi-politischen Institutionen verlagert.⁵³

Wie in Kapitel 7 dargestellt, lief die Argumentation der Unternehmer in den Jahren der politisch forcierten Bildungsexpansion darauf hinaus, dass ihnen ein angemessener Anteil der „best brains of the country“ gebühre, weil eine funktionierende Wirtschaft nicht nur den Eigeninteressen der Unternehmer entgegenkomme, sondern das Fundament darstelle, auf dem das Gemeinwesen überhaupt erst aufbaute. Was lässt sich darüber hinaus über die Gemeinwohlorientierung der Unternehmer sagen? Wie stark waren klassisches Mäzenatentum, politisches Engagement und Aktivitäten im Bereich der Kultur ausgeprägt? John Fidler befragte 130 Männer, die zwischen 1974 und 1976 „chairmen, managing directors and other directors“ in britischen Großunternehmen waren, nach der Verantwortung des Unternehmers gegenüber dem Staat – definiert als Staatselite von Regierungsmitgliedern und von hohen Beamten des *Civil Service*. Die von ihm überblicksartig dargestellten Antworten verweisen darauf, dass sich das Engagement bzw. die Einflussnahme von Unternehmern im Laufe eines Jahrhunderts grundlegend gewandelt hatte. Familienunternehmer, die ihre eigenen Aktivitäten zu denen ihrer Väter und Großväter in Beziehung setzen konnten, erfassten diesen Wandel so: Die im 19. Jahrhundert herausragende Stellung von Unternehmern in der lokalen Politik und in den Wohltätigkeitsvereinen verschwand nahezu vollständig. Zwar hatten bereits die älteren Generationen häufig politische Ämter in Parlament und Regierung wahrgenommen, doch konzentrierten sich erst die Aktivitäten der jüngeren Unternehmer auf die nationale Ebene.⁵⁴

Bereits zwischen 1870 und 1914 war das lokale Engagement von Industriellen zurückgegangen, weil zunehmend auf der nationalen Ebene über lokale politische Belange und Rahmenbedingungen unternehmerischer Tätigkeit entschieden wurde.⁵⁵ Die Unternehmerelite verlagerte ihren

⁵² Halbstaatliche Organisationen: Abk. für „quasi-autonomous non-governmental organisation“.

⁵³ Guttman, *British Political Elite*, S. 32.

⁵⁴ John Fidler, *The British Business Elite. Its Attitudes to Class, Status and Power*, London 1981, S. 215-218.

⁵⁵ Hartmut Berghoff, *Englische Unternehmer 1870-1914. Eine Kollektivbiographie führender Wirtschaftsbürger in Birmingham, Bristol und Manchester*, Göttingen 1991, S. 288; zur Verschmelzung der provinziellen mit der „mainstream“ nationalen Unternehmer-middle class s. auch W.D. Rubinstein, „Britain's Elites in the Interwar Period, 1918-1939“, in: *The Making of the British Middle Class? Studies of Regional and Cultural Diversity since the Eighteenth Century*, hg. v. Alan Kidd und David Nicholls, Phoenix Mill 1998, S. 186-202 u. Richard Trainor, „Neither Metropolitan nor Provincial. The Interwar Middle Class“, in: ebd., S. 203-213; Rubinstein geht davon aus, dass die *provincial middle class* nach dem Ersten Weltkrieg kollabierte und von der gestärkt aus dem Krieg hervorgehenden *metropolitan* (d.h. süd-ost-englischen) *middle class* absorbiert wurde. Trainor hingegen sieht eine ein Jahrhundert umspannende homogenisierende Entwicklung, in deren Verlauf die *provincial middle class* ebenso wie die *metropolitan middle class* ihren Teil zur sich herausbildenden – und durch eine sich angleichende Bildung verfestigten – nationalen *middle class*-Kultur beitrug.

Wohnsitz daher zunehmend nach Südostengland, um nahe der Regierung und der großen Verbände ihren Einfluss geltend zu machen. Infolgedessen erfreute sich die lokale Politik in der urbanen Region um London engagierter Bürger im Überfluss und war ebenso wie ehrenamtliche Institutionen nach 1945 von Managern, Verwaltungsangestellten und *higher professionals* dominiert. Als weiteren Grund für ihre wachsende lokalpolitische Abstinenz führten Unternehmer Zeitmangel an; die immer komplexeren Unternehmensstrukturen beanspruchten sie mehr als früher. Drittens entsprach das Selbstbild der Befragten nicht mehr dem der großen Industriellen des 19. Jahrhunderts, die an ihren Schaffensorten noch eine dem Landbesitzer ähnliche Position eingenommen hatten. Die bekannten Industriedynastien der Cadburys, Rowntrees und Pilkingtons, so Fidler, hatten die Rolle des *gentleman* unter anderem zur Pflege persönlicher Beziehungen genutzt, um den Erfolg ihrer Unternehmen zu steigern.⁵⁶

Betrachteten sich die britischen Unternehmer als *upper middle class*, im Sinne eines Bürgertums bzw. der mit diesem Etikett einhergehenden Verantwortung für das Gemeinwohl? Die meisten der von Fidler befragten Männer sprachen ausschließlich von ihrer Verpflichtung als *directors*: Sie handelten im Dienste der Interessen ihrer Aktieninhaber, Angestellten und Kunden. Die Wenigen, die sich auf das Gemeinwohl bezogen, teilte Fidler in drei Gruppen ein: erstens, Unternehmer, die über die allgemeinen Staatsbürger-Pflichten hinaus im Privatleben keine besondere Verantwortung für das Gemeinwohl sahen. Zweitens, Unternehmer, die zwar keine prinzipiell größere Verantwortung ihres Berufsstandes für die Gesellschaft anerkannten, aber die besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen betonten. Ihr gegenüber anderen Menschen größeres Wissen mache sie zu potentiell wertvollen Teilhabern an Aktivitäten, die über ihre Unternehmen hinausgingen. Diese Gruppe überlappte in den Interviews deutlich mit einer dritten Gruppe, welche eine eindeutige Verpflichtung von Unternehmern postulierte, sich außerhalb ihrer Firmen zu engagieren.⁵⁷

Eine Gegenüberstellung von führenden Männern aus großen Unternehmen der Jahre 1925, 1950 und 1975 erbrachte, dass nur zwei Formen politischer Aktivität von der jüngsten Unternehmergeneration häufiger wahrgenommen wurden als von den beiden älteren: regierungsnahe oder Regierungs-Ausschusstätigkeiten und Positionen in Unternehmerverbänden. Insgesamt nahmen die außerindustriellen öffentlichen Aktivitäten ab – mit Ausnahme von Vorstandspositionen in Krankenhäusern und Universitäten.⁵⁸ Naturgemäß arbeiteten Unternehmer überwiegend in Ausschüssen mit, in denen wirtschaftliche Aspekte und Folgen der Wirtschaftspolitik beraten wurden, zum Beispiel im *National Economic Development Council* (NEDC, im Volksmund *NEDDY*), einem 1961 ins Leben gerufenen Beratungsgremium, in dem Gewerkschafter und Industrielle gemeinsam und gleichzeitig unabhängig vom Wirtschafts- und vom Finanzministerium Strategien zur Förderung des Wirtschaftswachstums erarbeiteten.

Den Zugang zu diesen weitgehend unabhängigen und teilweise einflussreichen Gremien eröffne-

Beide gehen von der Verschmelzung zu einer nationalen *middle class* aus und stimmen darin mit Fidlers Umfrageergebnissen überein.

⁵⁶ Fidler, *British Business Elite*, S. 218.

⁵⁷ Ebd., S. 218f.

⁵⁸ Fidler, *British Business Elite*, S. 220f. u. 225; die Gruppe von 1975 war fast dreimal so groß wie die von 1925; zudem bieten Nachschlagewerke wie *Who's Who* nicht vollständige Informationen. Beides schränkt die Aussagekraft der Ergebnisse ein.

ten Machtpositionen außerhalb der politischen Sphäre. Alle quasi-politischen Institutionen rekrutierten ihre Mitglieder zwischen 1945 und 1960 zu drei Fünfteln aus den Universitäten und zu einem Fünftel aus der Industrie.⁵⁹ In der Bildungspolitik waren zwei Ausschüsse zwischen 1945 und 1965 besonders einflussreich: der *Central Advisory Council for Education (England)*, der sich unter der Leitung von Sir Geoffrey Crowther mit der Bildung der Fünfzehn- bis Achtzehnjährigen beschäftigte, und das *Committee for the Expansion of Higher Education*, das unter Vorsitz von Lord Lionel Robbins die Hochschulreform einleitete. Die Zusammensetzung dieser beiden Ausschüsse und die Beziehungen ihrer Mitglieder zu Industrie und Hochschule geben Aufschluss über den Einfluss von Unternehmern und Universitätsvertretern auf die Bildungspolitik und darüber hinaus über die intensiven Verflechtungen zwischen Wirtschafts- und Bildungselite.

Der *Central Advisory Council for Education* – Zeitgenossen als *Crowther Committee* bekannt – veröffentlichte 1959 seinen Bericht über die Bildung der Fünfzehn- bis Achtzehnjährigen.⁶⁰ Der Journalist Sir Geoffrey Crowther war stellvertretender Herausgeber der Zeitschrift *Economist*. Der Ausschuss setzte sich aus zehn Vertretern von *public* und *grammar schools*, zehn Delegierten von Universitäten und *Colleges of Advanced Technology (CAT)*, vier Repräsentanten der Industrie und zwei Abgeordneten des TUC zusammen.⁶¹ Die vier Industriellen waren G.S. Bosworth, S.M. Caffyn, R. Holroyd und M.H. Cadbury. Zwei von ihnen repräsentierten Familienunternehmen und je einer die private und die öffentliche Großindustrie. Überraschenderweise wurden gerade über den Sprössling der Schokoladendynastie und *director* von Cadbury keine biographischen Angaben gefunden, dafür hingegen über die anderen drei Industrierepräsentanten, anhand von deren Kontakten zum Bildungsbereich die Behauptung überprüft werden soll, ob Hochschule und Wirtschaft voneinander isoliert waren.

Drei von vier Industriellen des Crowther-Ausschusses waren im Bildungsbereich aktiv, zwei davon kontinuierlich und auf vielfältige Art. G.S. Bosworth war *Chief Technical Personnel Administrator* bei der *English Electric Company* und Mitglied der FBI-Arbeitsgruppe, welche die Vorschläge für das *Robbins Committee* ausarbeitete, sowie Teil der FBI-Delegation zum *Robbins Committee*. Die Universitäten Bradford und Newcastle verliehen ihm 1968 und 1978 Ehrendoktorwürden.⁶² Sir Sydney Morris Caffyn war seit 1942 *chairman* und zwischen 1938 und 1972 *joint managing director* von *Caffyns, Ltd.*, zudem ein Mann der BEC. Er engagierte sich in der Lokalpolitik und im Bildungsbereich. Dem *chairman* ihres *Councils* und *pro-chancellor* verlieh die *University of Sussex* 1963 die Ehrendoktorwürde. Von 1947 bis 1976 war er Mitglied im Vorstand der *Governors* des *Chelsea College of Physical Education* und von 1948 bis 1976 des *Eastbourne College of Education*. Kirchliches rundete seine breiten gesellschaftlichen Aktivitäten ab. Nicht zuletzt war Caffyn Mitglied des Londoner *Athenaeum Club* – dem Club des intellektuellen *Establishment* – und des *Royal Automobile Club*, der wiederum dem Profil eines Industriellen entsprach.⁶³ Sir Ronald Holroyd,⁶⁴ ein stellvertretender

⁵⁹ Ebd., S. 320, 345 u. 347.

⁶⁰ Ministry of Education, *15 to 18. A report of the Central Advisory Council for Education (England)*. Volume 1. Report, London 1959, repr. 1960 (im folgenden *Crowther Report*); vgl. dazu Kapitel 7.

⁶¹ Ebd., S. xf.

⁶² *Who Was Who 1897-1998*, CD-Rom.

⁶³ Sydney Morris Caffyn, 1972 *Kt*, 1959 *CBE*, Jg. 1901; *Eastbourne grammar school*, *Royal School of Mines* u. *Imperial College* London; 1937-1974 Stadtrat Eastbourne, 1944 Ratsherr, 1956-1958 u. 1973-1974 Bürgermeister; 1957-1963 Mitgl. *Crowther Committee*; zahlr. weitere Ausschusstätigkeiten, u.a. 1951-1959 *National Joint Advisory Council (NJAC)*, *Ministry of Labour*; 1938-1972 *Joint Managing Director Caffyns, Ltd.*; 1948-1958 Mitgl. *General Purposes Committee* u. *Council*; 1956-

Vorsitzender von *Imperial Chemical Industries*, gehörte dem Ausschuss von 1957 bis 1967 an. Neben mehreren *directorships* in der Industrie übernahm er eine Reihe von Ehrenämtern. Von 1957 bis 1969 war er Mitglied des *Board of Governors* von *Westminster Hospital*, von 1957 bis 1970 *Trustee* von *Uppingham School*, von 1958 bis 1967 Mitglied des *Academic Planning Committee* für das *University College of Sussex* und von 1967 bis 1969 des *Council* der neu gegründeten *Sussex University* in Brighton. Von 1963 bis 1965 amtierte er im *Committee on Research and Development*, einem Beratungsgremium für das *Ministry of Power*. Neben zahlreichen anderen Ehrungen verlieh ihm 1958 die *Oxford University* die Ehrendoktorwürde, 1963 wählte ihn die *Royal Society* zum *Fellow (FRSA)*.⁶⁵

Die beiden Hochschulvertreter im *Crowthor Committee* waren ebenso Akteure an der Schnittstelle zwischen Hochschulen und Industrie und bestätigten den Eindruck der Vernetzung zwischen beiden Bereichen. Sir Patrick Linstead war seit 1955 *Rector* von *Imperial College London*, der wohl renommiertesten naturwissenschaftlichen Universität des Landes und Ausbildungsstätte von erstklassigen Ingenieuren und Naturwissenschaftlern. 1928 war er für ein Jahr forschend bei *Anglo-Persian Oil* tätig gewesen. Später hatte der Chemiker zunächst als Dozent, dann als Professor am *Imperial College*, Sheffield und Harvard gelehrt. Von 1942 bis 1945 war er stellvertretender Leiter der Abteilung für wissenschaftliche Forschung im *Ministry for Supply*, von 1945 bis 1949 Direktor des *Chemical Research Laboratory* im *Department of Scientific and Industrial Research*. Nach diesem längeren Ausflug in den *Civil Service* lehrte er für eine kurze Zeitspanne erneut am *Imperial College*, wechselte jedoch schon Mitte der 1950er Jahre in die Universitätsverwaltung. Von 1958 bis 1965 gehörte er dem *Governing Body* von *Charterhouse*, einer der neun elitären *Clarendon public schools*, an. Darüber hinaus war er *trustee* der *National Gallery*. Das Mitglied des *Robbins Committee* wurde von dessen Biographen Carswell als Mann der Industrie eingeordnet. Sein Interesse an der Industrie zeigt sich nicht zuletzt an seiner Beteiligung an den Sondierungsgesprächen für ein „Universities and Industry Joint Committee“ zwischen *CBI* und *CVCP* 1965, als einer der vier vom *Committee of Vice-Chancellors and Principals* delegierten Männer.⁶⁶

Peter F.R. Venables – 1963 zum Ritter geschlagen – gehörte von 1956 bis 1960 dem *Crowthor Committee* an und hatte im Organisationsausschuss an der Vorbereitung der gemeinsamen nationalen Konferenz von Industrie und Hochschulen 1965 mitgewirkt, zusammen unter anderem mit *AUT*-Vertretern. Nach kurzer Tätigkeit als Dozent war der Chemiker Rektor diverser technischer *Colleges* und von 1966 bis 1969 der *University of Aston* in Birmingham. Er setzte sich für die Erwachsenenbildung ein und gehörte zahlreichen Ausschüssen zu Wirtschaftsplanung an. Er pu-

1958 *BEC*-Vertreter, *Committee on Training and Education of Young Workers (Carr Committee)*. In *Who's Who* gab Caffyn als Hobbies nicht die unter Industriellen verbreiteten exklusiven Sportarten, sondern Büchersammeln, Lesen, Musik und Theater an; Clubs: *Athenaeum* u. *Royal Automobile*; vgl. *Who Was Who 1897-1998*, CD-Rom; vgl. *BEC Bulletin*, Nr. 84, v. 16.4.1958, S. 2.

⁶⁴ Ronald Holroyd, 1963 Kt, MSc, PhD., Jg. 1904; Holgate grammar school; Sheffield University; 1926-1928 Forschung, Safety in Mines Research Board; 1928 Eintritt Imperial Chemical Industries mit weiteren Directorships; zahlr. Ehrendoktorwürden: 1958 Oxford, 1959 Sheffield, 1960 Hull, 1966 TCD, 1967 Hon. DTech Bradford; 1953 Coal Science Medal (BCURA); 1958 Castner Medal of Society Chemical Industry; 1960 Fellow Royal Society.

⁶⁵ *Who Was Who 1897-1998*, CD-Rom; ohne Angaben über den Zeitraum seiner Tätigkeit in Sussex.

⁶⁶ Sir (Reginald) Patrick Linstead, 1959, Kt; 1946 CBE, Jg. 1902; *City of London School*; *Imperial College of Science*, London, 1923 Bsc., 1926 Ph.D, 1930 DSc.; 1929-1938 Dozent *Imperial College*, London; 1938-1939 Professor, Sheffield, 1939-1942 Harvard; 1961-1963 Mitgl. *Robbins Committee*; 1940 *Fellow Royal Society*; *Fellow Royal Institute of Chemists*; vgl. *Who Was Who 1897-1998*, CD-Rom; Carswell, *Government and the Universities*, S. 32 u. Aide memoire for meeting with Vice-Chancellors, Senate House, University of London, at 2.45 p.m. Friday, 25th March, 1966, in: *BEC*, MRC Warwick, MSS.200/C/3/EDU/15/19.

blizierte über technische Ausbildung.⁶⁷

Die Zusammensetzung des Ausschusses mit überwiegend Schul-, aber auch Universitäts- und Wirtschaftsvertretern zeugt von den Zielen des Informationsaustauschs und Interessenausgleichs. Darüber hinaus wurden die *BEC* und die *FBI* bereits im Vorfeld der Ausschussarbeit um ihre Stellungnahmen zum Bildungsangebot für Fünfzehn- bis Achtzehnjährige gebeten. Unter den Institutionen und Personen, die dem Ausschuss sowohl mündlich als auch schriftlich ihre Wünsche und Meinungen unterbreiteten, waren vier Vertreter des *FBI Education Committee*: A.G. Grant, L.S. Newton, W.H. Taylor, P.J.C. Perry. Es sprachen darüber hinaus Vertreter verschiedener Arbeitgeberverbände vor: der *Institution of Civil Engineers*, der *Institution of Chemical Engineers*, der *Institution of Electrical Engineers*, der *Institution of Mechanical Engineers*. Hinzu kamen einzelne Persönlichkeiten, unter diesen *directors*, die im Kontext der eingesehenen Akten der *BEC*, die schriftliche Anmerkungen einreichte, allerdings keine Rolle spielten.⁶⁸

Als das Finanzministerium am 8. Februar 1961 das *Robbins Committee* einsetzte, waren seine Beziehungen zu den Universitäten extrem angespannt. Es reagierte auf das wachsende öffentliche Interesse an den Universitäten und auf sich häufende parlamentarische Fragen zur Hochschulpolitik. Die Universitäten expandierten so massiv, dass die Neuordnung der Hochschullandschaft erwogen wurde.⁶⁹ Das *Robbins Committee* wird ebenso häufig wie irrtümlich als Motor der Hochschulexpansion bezeichnet. Tatsächlich sollte der Ausschuss die tertiäre Bildungslandschaft systematisch erfassen und einen den nationalen Bedürfnissen und Ressourcen entsprechenden Vorschlag zu ihrer Neuordnung vorlegen. Darin war explizit der Auftrag enthalten, die Frage zu klären, ob Systemveränderungen notwendig seien. In diesem Fall sollte der Ausschuss Ansatzmöglichkeiten für diese aufzeigen.⁷⁰ Im Laufe von über zweieinhalb Jahren tagte er 111mal und bearbeitete über 400 Memoranden von Personen und Organisationen. Am 23. September 1963 wurde der Robbins Bericht, inklusive des gesamten Schriftverkehrs, Anhörungsprotokollen und ausführlichen statistischen Übersichten zur Lage der Hochschulbildung, in dreizehn Bänden der Öff-

⁶⁷ Peter (Percy Frederick Ronald) Venables, 1963 Kt; Ph.D, Jg. 1904; Fellow Royal Institute of Chemists; Schulbildung nicht genannt, BSc. Liverpool University (First Class Honours); 1930-1936 Dozent Leicester College of Technology; 1936-1941 Head Science Dept., S.E. Essex Tech. Coll.; 1941-1947 Principal Municipal Coll., Southend, 1947-56 Royal Technical College, Salford, 1956-1966 Coll. Advanced Technology Birmingham, dort 1966-1969 Vice Chancellor u. 1969-72 Fellow; 1952-1953 Vorsitz Association of Principals of Technical Institutions; Engagement für Erwachsenenbildung: 1953-1954 ITA Adult Education Advisory Committee; 1965-1969 BBC Further Education Adv. Council for the UK; 1967-1969 Vorsitz Committee to establish an Open University (der britischen Fernuniversität); 1969-1974 Pro-Chancellor u. Ratsvorsitz Open University; 1971-1977 President National Institute of Adult Education; polit. Ämter: 1962-1964 Mitgl. Advisory Council on Scientific Policy; 1965-1968 Committee on Manpower Resources u. West Midlands Economic Planning Council; 1967-1973 Midlands Electricity Board; 1965-1968 Northern Ireland Committee on Univ. and Higher Tech; Ehrungen: 1970 UMIST, 1973 Chelsea Coll., 1969 Hon. DSc Aston, 1971 Sussex, 1973 DUniv Open Univ.; Club: Athenæum; vgl. Who Was Who 1987-1998, CD-Rom u. Industry/University correspondence, 1965/66, in: BEC, MRC Warwick, MSS.200.C/3/EDU/15/4.

⁶⁸ *Crowth Report*.

⁶⁹ John Carswell, *Government and the Universities in Britain. Programme and Performance 1960-1980*, Cambridge 1985, S. 19; vgl. Perkin, *Rise of Professional Society*, S. 451.

⁷⁰ Der weitreichende Auftrag lautete wörtlich: „to review the pattern of full-time higher education in Great Britain and in the light of national needs and resources to advise Her Majesty’s Government on what principles its long-term development should be based. In particular, to advise, in the light of these principles, whether there should be any changes in that pattern, whether any new types of institution are desirable and whether any modifications should be made in the present arrangement for planning and co-ordinating the development of the various types of institution.“ S. Committee on Higher Education: *Higher Education Report* (im folgenden *Robbins Report*), London 1963, S. 1.

fentlichkeit übergeben. John Carswell, der als junger Beamter des Finanzministeriums seinerzeit für das Sekretariat des *Robbins Committee* tätig gewesen war, veröffentlichte in den 1980er Jahren eine kritische Analyse der Arbeit des Ausschusses, dessen Empfehlungen und den darauffolgenden Veränderungen in der Hochschullandschaft. Er ordnete drei der ursprünglich elf in den Ausschuss berufenen Männer und Frauen der Industrie zu.

Sir Edward Herbert,⁷¹ Schiffbauer und bekannter Bankdirektor, repräsentierte laut Carswell die Arbeitgeber. Fast Siebzigjährig verstarb er fünf Monate vor der Veröffentlichung des Berichts. Er war nach dem Krieg Mitglied zahlreicher Regierungskommissionen und des *Grand Council* der FBI wie auch anderer Unternehmerverbände gewesen. Als Vorsitzender des *Governing Body* von *Loughborough College of Technology* pflegte er darüber hinaus direkte Beziehungen zur Hochschule. Sir David Anderson⁷² nannte Carswell als zweiten Vertreter der Industrie. Der Professor für *Accounting and Business Methods* an der Universität von Edinburgh hatte vor einer Hochschulkarriere, die ihn von der Lehre bis zu Rektoraten verschiedener *Technical Colleges* und schließlich zum Vorsitz der Rektoren aller technischen Universitäten führte, als Ingenieur bei der *North British Locomotive Company and Fullerton, Hodgart and Barclay* gearbeitet. Von 1941 bis 1942 und von 1948 bis 1950 war er Mitglied des Rates des *Institutes of Mechanical Engineers*. Er gehörte zu den Unterzeichnern der 1942 von der *Nuffield Foundation* veröffentlichten Erklärung *Industry and Education*, die aus den von bedeutenden Industriellen unterzeichneten Empfehlungen einer Konferenz im September 1942 in Oxford hervorgegangen war und sich mit dem mangelnden Kontakt zwischen Hochschulen und der Industrie beschäftigt hatte. Der dritte Industrievertreter, Reginald Bradbury Southall,⁷³ war seit 1950 *director* bei *British Petroleum Refinery Ltd.* und von 1958 bis 1964 *Vice-President* von *University College of Swansea*. Zudem füllte er viele öffentliche Ämter aus, sowohl im Bereich von Energie als auch von Bildung.

Alle drei der als Industrierepräsentanten in den Ausschuss berufenen Männer waren mit Hochschulen verbunden: Anderson als Professor und Herbert ebenso wie Southall über ihre Funktio-

⁷¹ Sir Edward (David Asher) Herbert, 1951 *Kt*, 1919 *OBE*, Jg. 1892; *Director* *Midland Bank*, *Northern Assurance Co.* u. a. öff. Unternehmen; Schule nicht genannt; *King's College*, Cambridge; 1914-1918 Kriegsdienst; 1919-1926 Ingenieurstätigkeiten in Südafrika; 1927-1939 Reorganisationsarbeiten für mehrere Staatsunternehmen; 1927-1939 *Director General* v. *Fabricated Building*; zahlreiche öffentl. Ämter: *Grand Council*, FBI; Vorsitz *Governing Body* *Loughborough College of Technology*; Mitgl. *Postmaster General's Television Advisory Committee*, *Western Hemisphere Exports Council*, *Robbins Committee*, u.a.; 1959-1960 *High Sheriff*, Nottinghamshire; Ehrenbürger (*Freeman*) *City of London*; Clubs: *Brooks's*, *Carlton*, *Devonshire*, *Royal Automobile*, *Bankers* (New York) u. *Rand* (Johannesburg). vgl. *Who Was Who 1897-1998*, CD-Rom u. Carswell, *Government and the Universities*, S. 29.

⁷² Sir David (Stirling) Anderson, 1957 *Kt*, Jg. 1895; Schulbildung unbekannt; *Royal Technical College*, Glasgow; Ingenieurstätigkeit *North British Locomotive Company* und *Fullerton, Hodgart and Barclay*; 1918 *Royal Air Force*; 1924-1926 Leitung *Dept. of Mech. Engineering*, 1926-1930 *Principal*, *Derby Techn. Coll.*; 1930-1946 *Principal*, *Coll. of Technology*, Birmingham; 1937 Präsident *Association of Principals of Technical Institutions*; 1946-1959 Direktor *Royal College of Science and Technology*; 1941-1942 u. 1948-1950 Mitglied *Council* u. *Fellow Inst. Mechanical Engineers*; 1951 Vorsitz *Council Assoc. of Techn. Institutions*; 1960-1967 Mitglied *Scotland Electricity Board*; 1961-1963 *Robbins Committee*; 1964-1969 *Scottish Certificate of Education Examination*; Ehrendoktor: 1961 LLD Glasgow, 1965 Strathclyde, 1966 *Hon. Dsc* Aston; Clubs: *Royal Automobile*, *Royal Scottish Automobile*, *Western* (Glasgow), *Scottish Mountaineering* (Edinburgh); FRSE; vgl. Carswell, *Government and the Universities*, S. 31 und *Who Was Who 1897-1998*, CD-Rom.

⁷³ Reginald Bradbury Southall, 1953 *CBE*, Jg. 1900; *West Monmouth School*; 1921 Eintritt *British Petroleum Company Group*; 1956-1964 *Vice-President Univ. College of Swansea*; öff. Ämter: 1947-1960 brit. Delegierter in d. Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) *Petroleum Committee*; 1954 *Justice of Peace* Swansea; 1958-1964 Direktor *Development Corporation für Wales*; Mitgl. 1961-1963 *Robbins Committee*, 1963-1965 *British Transport Docks Board*, 1964 *Central Training Council*, 1952 *CGIA*, Ehrendoktorwürde: 1962, LLD Wales; Clubs: *Reform*, *Bristol Channel Yacht* (Swansea). *Who Was Who 1897-1998*, CD-Rom; eine Universitätsausbildung wird dort nicht genannt; Carswell, *Government and the Universities*, S. 31.

nen in den politischen Gremien von Hochschulen und Vereinigungen von Bildungsinstitutionen. Sie verkörpern damit ebenso wie die Industriemitglieder des *Crowthier Committee* die personelle Vernetzung zwischen den Hochschulen und der Industrie. Sir Philip Morris⁷⁴ vertrat die Universitäten. Der *Vice Chancellor* von *Bristol University* hatte während des Zweiten Weltkrieges in *Whitehall* gearbeitet und war für Bildung in der Armee verantwortlich. Der starke Befürworter der Hochschulexpansion war Carswells Einschätzung nach wohl der mächtigste „university man“ seiner Zeit, dessen Einfluss weit über die Universitäten hinausreichte. Während der Amtszeit von Premierminister Clement Attlee sei er außerhalb der Universitäten der wohl mächtigste Mann West-Englands gewesen. Den Robbins Bericht habe er maßgeblich geprägt, wenn er nicht sogar dessen eigentlicher Architekt gewesen sei. Morris war britischer Delegierter zur Gründungskonferenz der UNESCO und Vorsitzender zahlreicher Gremien im Bereich von Medien, Bildung und Gesundheit. Auch Guttman führte ihn als Beispiel für die kleine Gruppe von Männern des *Establishment* an, die nacheinander in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Machtpositionen einnahmen.⁷⁵ An der Anhörung der Rektoren vor dem Robbins-Ausschuss nahm Morris quasi in Doppelfunktion teil, wobei die übrigen Professoren im Ausschuss – Robbins, Linstead und Anderson – ebenso für die enge Verzahnung zwischen Ausschuss und Universitäten standen. Der Rektor des *Imperial College* in London, Sir Patrick Linstead, repräsentierte Carswell zufolge die Naturwissenschaften. Als Chemiker mit Erfahrungen in Industrie und in Regierungsgremien, wie dem *Central Advisory Council for Education*, war Linstead über seine Fachrichtung wie auch über seine Universität mit der Wirtschaft verbunden.

Unter den übrigen Ausschussmitgliedern waren mit *Dame Kitty Anderson* und A. Chenevix-Trench zwei Schuldirektoren, mit James Drever und Helen Gardner zwei weitere Professoren – letztere die einzige Vertreterin von Oxford (und Cambridge) – mit Harold C. Shearman die *Local Education Authorities* (Schulbehörden) und mit H.L. Elvin eine Forschungsinstitution vertreten. Lord Robbins selbst war als angesehener Professor für Recht an der *London School of Economics* und als von der Labour-Regierung ins Oberhaus berufener Sozialreformer ein Wanderer zwischen Politik und Wissenschaft. Gewerkschaftsvertreter waren nicht in den Ausschuss berufen, sondern nur um Stellungnahme gebeten worden.

Die Zusammensetzung des *Robbins Committee* unterstreicht einmal mehr, dass die Bereiche von Industrie, Universität und Regierung über Aufsichtsratssitze, Ausschusstätigkeiten, in Ausnahmefällen sogar berufliche Wechsel, über die Biographien der einzelnen Persönlichkeiten miteinander vernetzt waren. Darüber hinaus setzte sich das *Robbins Committee* – in stärkerem Maß als das *Crowthier Committee* – ausnahmslos aus Vertretern des *Establishments* zusammen, aus bekannten Reprä-

⁷⁴ Sir Philip (Robert) Morris, 1946 *Kt*, 1941 *CBE*, 1960 *KCMG*, Jg. 1901; *Tonbridge School*, *Trinity College, Oxford*; 1923-1925 Dozent, *Westminster Training College*; 1932 Ass.-Direktor, 1938-1943 Direktor *Kent Education Committee*, 1946-1966 *Vice Chancellor* von *Bristol University*; 1955-1958 *Committee of Vice-Chancellors and Principals*; Regierungstätigkeiten: 1944-1946 Generaldirektor *Army Education*; 1942-1944 Mitglied Ausschuss d. Bildungsministeriums, *Training of Teachers and Youth Leaders*; UK Delegierter UNESCO-Gründungskonferenz; 1944-1948 *Central Advisory Council for Education (England)*; 1948-1951 *Secondary School Examinations Council*; 1946-1959 Vorsitz *National Advisory Council on Training and Supply of Teachers*; zahlr. Positionen im kulturellen Bereich, u.a.: 1946-1959 stv. Vorsitz *British Council*, 1946-1963 *Theatre Royal Bristol Management Cttee*; 1946-1971 *Bristol Old Vic Trust*; 1948-1966 stv. Vorsitz *United Bristol Hospitals Board of Governors*; 1947-1952 Mitglied *BBC Gen. Adv. Council*; 1952-1960 *BBC Governor*; Ehrendoktor- u.a. akad. Würden: 1950 Rhodes, 1951 Bristol, 1955 McGill, 1958 Windsor, 1960 NUI (W. Ontario), 1965 London, 1966 Bath; 1958 Hon. *ARCVS*; 1961 *Fellow Royal Society*; 1966 Hon. *FRCS*; Club: *Athenaeum*; vgl. *Who Was Who 1897-1998*, CD-Rom; Carswell, *Government and the Universities*, S. 32f.

⁷⁵ Guttman, *British Political Elite*, S. 360.

sentanten diverser Institutionen und Gesellschaftsbereiche, nicht von Berufsgruppen. Wenn kein aktives *AUT*-Mitglied dabei war, ist dies daher nicht überraschend. Die Biographien der Mitglieder dieser beiden zentralen bildungspolitischen Ausschüsse weisen auf eine Vernetzung von Wirtschafts- und Bildungssektor und damit von *professional* und *industrial middle class* hin. Diese Vernetzung ist im Kontext der Bildungspolitik in Britannien insgesamt eher auf der persönlichen Ebene zu finden. Dem stehen auf der Verbandsebene nur spärliche Kontakte zwischen *BEC* und *FBI* auf der einen und *CVCP* und *AUT* auf der anderen Seite gegenüber. Möglicherweise dokumentierten die deutschen Interessenvertretungen ihre Vernetzungen untereinander akribischer als die britischen; wahrscheinlicher ist allerdings, dass die deutsche Vernetzung zwischen Bildungs- und Wirtschaftsführern eher über die Zugehörigkeit zu Organisationen und Interessengruppen als über die soziale Herkunft und die Zugehörigkeit zu einem *Establishment* organisiert war, wie dies in den beiden hier betrachteten britischen Bildungsausschüssen der Fall war.

Auch die großen Wirtschaftsausschüsse richteten nach Bedarf Unterausschüsse zu Bildungsfragen ein. Der das Arbeitsministerium beratende *National Joint Advisory Council*, in den die *BEC* führende Persönlichkeiten entsandte – wie Sir Greville Maginess⁷⁶, Sir George Pollock,⁷⁷ Sir Maurice Laing, Sir Ernest John Hunter und Sir Sydney Morris Caffyn, der auch im *Crowthor Committee* saß,⁷⁸ beauftragte beispielsweise das *Carr Committee*, die Rekrutierung und Ausbildung junger Arbeiter zu überprüfen. Auch hier wurden Unternehmer in die sie betreffenden bildungspolitischen Entscheidungsprozesse eingebunden. Unter der Führung des parlamentarischen Sekretärs beim Arbeitsministerium, Robert Carr, sprach sich dieser Ausschuss in seinem Bericht „Training for Skill“ dagegen aus, neue Regierungsbefugnisse auf diesem Gebiet zu schaffen.⁷⁹ Den Empfeh-

⁷⁶ *Bulletin*, Nr. 171, v. 29.11.1961, S. 1; Maginess wurde 1945 Vizepräsident der *British Employers' Confederation* und war von 1946 bis 1950 ihr Präsident. Von 1946 bis zu seinem Tod 1961 war er Vorsitzender des Finanzausschusses der *BEC* und vertrat diese im *National Joint Advisory Council*. Seine weiteren Ämter umfassten die Präsidenschaft der *Engineering and Allied Employers' National Federation*, von 1944 bis 1946. In der *FBI* war er seit 1955 Mitglied des *Economic Policy Committee* und steht damit wie Laing für die personelle Vernetzung zwischen den beiden Großverbänden. Sir Greville Maginess, 1947 *Kt*, 1953 *KBE*, Jg. 1888, Sohn von Edmund John Maginness (*CBE u. MVO*), Southsea; *Plymouth school*, *Mannameread College*, Frankreich u. Deutschland; 1919 Mitglied d. brit. Delegation d. 1. Konferenz d. Internationalen Arbeitsbüros, Washington; 1940-1943 Präsident *Machine Tool Trades Association*; 1938 bis zu seinem Tod, *Russo-British Chamber of Commerce*, 1944-1946 *Engineering and Allied Employers' National Federation*; 1946-1961 Mitgl. *Engineering Advisory Council*, *Ministry of Supply*. Als junger Mann war er offenbar ein guter Rugby- und Kricketspieler gewesen, Sportarten, an denen er Zeit seines Lebens interessiert blieb; Club: *Royal Automobile*; vgl. *Who Was Who* 1961-1970, S. 740f.; Stephen Blank, *Industry and Government. in Britain. The Federation of British Industries in Politics, 1945-1965*, Westmead 1973, S. 249; *BEC Bulletin*, Nr. 171 v. 29.11.1961.

⁷⁷ Pollock war von 1954 bis zu deren Aufgehen in der *Confederation of British Industries (CBI)* director der *British Employers' Confederation*. Sir George Pollock, 1959 *Kt*, Jg. 1901; im 1. Wk. Dienst in der *Merchant Navy*; *trainee reporter*, *Leamington Spa Courier*; 1922-1928 *sub-editor*, *Daily Chronicle*, später *Daily Herald*; 1928 *Barrister*; 1933 Aufgabe d. Journalismus; Dienst in 2. Wk., *Chief Judicial Officer to the Allied Control Commission* d. besetzten Italien; Leitung d. ersten Kriegsverbrechertribunale; herausragende Karriere als *barrister*: 1948 *bencher*, *Gray's Inn*, 1951 Aufnahme in *Queen's Counsel*; *Master of the Moots*; 1948-1950 *Recorder of Sudbury* [ein auf zwei Jahre gewählter, nebenbei als Richter tätiger Rechtsanwalt]; 1954 *director*, *British Employers' Confederation* u. Aufgabe d. Gerichts. Bildungsweg, Club oder Freizeitbeschäftigungen wurden in den biographischen Angaben von Sir George Pollock ausgelassen. Dies könnte, muss aber nicht einen sozialen Aufstieg bedeuten; zahlreiche Ämter: *National Joint Advisory Council to the Minister of Labour*, *Joint Consultative Committee* (Vermittlungsausschuss der Sozialpartner), *National Production Advisory Council on Industry*, *British Productivity Council* u. *London Travel Committee*; *director BEC*; herausragende Rolle bei Fusion von *BEC*, *FBI* und *National Association of Manufacturers* zur *CBI*; vgl. 'Pollock, Sir George', in: *Who's Who* 1991, S. 1465; *The Times Obituaries*, 2. Mai, 1991, p. 20; 'Biographical details of Sir George Pollock', in: 'Cologne Meeting with B.D.A. – October 1960. Developments in the Field of Social Politics over the past year', in: *MRC Warwick*, MSS 200/B/3/3/911B.

⁷⁸ *BEC*, *MRC Warwick*, MSS.200/B/3/3/911B.

⁷⁹ *Bulletin*, Nr. 84, v. 16.4.1958, S. 2.

lungen des Berichtes entsprechend riefen die *BEC*, der *TUC* und die nationalisierten Industrien im Juli 1958 einen „Industrial Training Council“ ins Leben.⁸⁰

Die Wirtschaftsverbände wurden schließlich nicht nur dann direkt von der Regierung um ihre Meinung gebeten, wenn es sich um Industriebelange handelte. Das *FBI panel on grants to students* behandelte beispielsweise im Oktober 1958 eine Reihe von Fragen, die das Bildungsministerium brieflich an die *FBI* gerichtet hatte. Hier ging es unter anderem darum, wie Studenten für öffentliche Stipendien ausgewählt werden sollten und wie die Verantwortung für die Stipendien zwischen den *Local Education Authorities* und dem Staat aufzuteilen sei. Die Arbeitsgruppe in der *FBI* bestand aus P.C. Ashton von *Courtaulds Ltd.*, F.H. Perkins, *OBE*, und W.H. Perkins von *Imperial Chemical Industries*, P.J.C. Perry und W.H. Taylor.⁸¹

1962 trug die *BEC* dem *Central Advisory Council for Education* schriftlich vor, dass zwischen Lehrern an *secondary modern schools* und ihrer industriellen Umgebung zu wenig Kontakte gepflegt würden, so dass sie nicht ausreichend über die potentiellen Berufsfelder ihrer Schüler informiert seien. Ein Jahr darauf lud der *Central Advisory Council for Education* die *BEC* ein, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, in welchem Umfang die Arbeitgeber „introduction-to-industry-schemes“ unterstützen würden, durch die angehende und praktizierende Lehrer praktische Erfahrungen in der Industrie sammeln könnten.⁸² Die Wirtschaft fand damit einen Adressaten für ihre Anregungen im bildungspolitischen Bereich, dem sie auch eigeninitiativ Wünsche unterbreitete.

Lückenhaft vernetzt: Bildungs- und Wirtschaftswelten

In Britannien existierte weder ein Informations- und „Aufklärungs“-Apparat im Stile des Deutschen Industrieinstituts noch ein dem „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ entsprechender Ort kontinuierlicher Vernetzung. Gleichwohl verkehrten Industrielle und Universitätsvertreter im Rahmen von gemeinsamen Tagungen miteinander – wenn auch nicht im entferntesten so rege, wie dies in Deutschland der Fall war. Ein Ort, der sich der Vernetzung von Industrie und Hochschule verpflichtet sah, war das 1937 von dem Industriellen Lord Nuffield gestiftete *Nuffield College*, Oxford, das sich bester Regierungskontakte erfreute.⁸³ Die *Nuffield Foundation* veröffentlichte bereits 1942 die Entschließung einer Konferenz in Oxford zum Thema Industrie und Bildung, die von namhaften Vertretern der beiden Gesellschaftsbereiche besucht worden war. Zu den 33 Unterzeichnern der Entschließung zählten renommierte Industrielle wie Samuel Courtauld und Max Lock, der einflussreiche Gewerkschafter Walter Citrine und herausragende universitäre Persönlichkeiten, wie Charles R. Morris und Raymond Priestley. Darüber hinaus standen angesehene Persönlichkeiten und politische Schwergewichte wie Cyril Norwood und D.S. Anderson mit ihrer Unterschrift hinter dem Appell an Universitäten und die Industrie, ihren spärlichen Austausch im Dienste des gesellschaftlichen Fortschritts zu intensivieren.⁸⁴

⁸⁰ *Bulletin*, Nr. 89, v. 2.7.1958, S. 4.

⁸¹ 1958-1961: Panel on Grants to Students, 1958, in: *FBI*, MRC Warwick, MSS.200.F/1/1-123; keine biographischen Angaben über diese Männer.

⁸² *Bulletin*, Nr. 174, v. 17.11.1962, S. 2 und *Bulletin*, Nr. 197, v. 16.1.1963, S. 3.

⁸³ William Morris (später Lord Nuffield), der Gründer von *Morris Motors Ltd.*, stiftete *Nuffield College* 1937. Das *College* wurde aber erst Mitte der fünfziger Jahre gegründet; vgl. Sampson, *Anatomy*, S. 246f.

⁸⁴ G.D.H. Cole (Sub-Warden of Nuffield College), *Industry and Education. A Statement*, hg. v. Nuffield College, Oxford, 1943, in: AUT HQ, AUT Reports etc. 1921-1949, o. Blattzählung. Das Titelblatt des Berichts in: AUT HQ, AUT

Die Kontaktaufnahme zwischen den Universitäten und der Industrie beschränkte sich im großen und ganzen auf die drei nationalen Konferenzen, die 1949, 1952 und 1965 von der *Federation of British Industries* zusammen mit dem *Committee of Vice Chancellors and Principals* und der *Association of University Teachers* organisiert worden waren. Dazwischen lag immerhin eine Reihe von regionalen Konferenzen.⁸⁵

Um die Konferenz von 1952 vorzubereiten, wurde das *FBI Universities Conference Committee* ins Leben gerufen. Während die Vertreter der Hochschulen nicht nur hochrangige Männer, sondern auch durch ihre Fächer oder Positionen industrienah tätig waren, ist die Zusammensetzung der Industrievertreter heterogener und weist überwiegend Bildungsexperten aus Firmen und Verbänden auf, deren Rang wahrscheinlich nicht hoch war, insofern ihre Auslassung in biographischen Nachschlagewerken dafür als – vorsichtig einzuordnendes – Indiz gelten mag. Dies ist schon deshalb überraschend, weil die Industrie mehr Wert auf die Kooperation mit den Universitäten gelegt zu haben scheint als umgekehrt und weil sie darüber hinaus so stark an einer Erhöhung ihres Ansehens interessiert war. Vor diesem Hintergrund wäre es einleuchtender gewesen, wenn die Unternehmerverbände hochrangige Unternehmerpersönlichkeiten zur Anbahnung des tieferen Kontakts und zur Vorbereitung der Konferenz delegiert hätten. Warum sie dies nicht taten, und ob die Rektoren sich daran störten, muss allerdings offen bleiben. Jedenfalls delegierte der FBI-Bildungsausschuss drei Männer: D.R.O. Thomas war in der Position des *chief education officer* bei *The United Steel Companies* tätig und leitete einige Bildungsarbeitsgruppen innerhalb der FBI.⁸⁶ Kenneth Davis von *Radiation Ltd.* und A.G. Grant, der von 1954 bis 1960 Vorsitzender des Bildungsausschusses in der FBI war,⁸⁷ vervollständigten das Trio. Der Ausschuss für *Industrial Research* entsandte G. Dring von *Bakelite Ltd.* und R.K. Sanders von *The Metal Box, Co. Ltd.* Die Rektorenvereinigung war mit Charles Ewart Escritt, dem Sekretär des *Oxford Appointments Committee*, A.L. Fleet, dem *Assistant Secretary* des CVCP, Prof. E. Giffen, der dem *Department of Civil and Mechanical Engineering* von *Queen Mary College*, London, angehörte, und C.R. Morris, zu dieser Zeit *Vice-Chancellor* von *Leeds University*, vertreten. Escritt hatte von 1933 bis 1946 für die *Tootal Broadhurst Lee Company* gearbeitet, im Zweiten Weltkrieg in Asien gedient, 1970 einen OBE erhalten und 1965 eine *Fellowship* von *Keble College*, Oxford, wo er studiert hatte. Edmund Giffen war durch seine Tätigkeit als *lecturer* für Ingenieurwesen industrienah, hatte darüber hinaus von 1918 bis 1927 bei der Firma *Harland & Wolff Ltd.* gearbeitet und von 1940 bis 1945 als *director of research* beim *Institute of Automobile Engineers*.⁸⁸ Charles Richard Morris hatte mit den Stationen *Tonbridge College* und *Trinity College*, Oxford, eine klassische Bildungslaufbahn hinter sich. Neben zahlreichen herausragenden öffentlichen Ämtern und einer Tätigkeit in der Regierung während des Krieges sowie der Präsidentschaft des *Committee of Vice-Chancellors and Principals* von 1952 bis 1955 war er

Circulars Bl. 470; eine detaillierte Arbeit über die Aktivitäten von *Nuffield College* und die dort als *fellows* und als Ehrenfellows teilnehmenden Bildungs- und Unternehmensvertreter dürfte für eine sich informellen Kreisen und Vereinigungen widmende Bürgertumsstudie lohnend sein.

⁸⁵ Z.B. *Industry and the University Graduate*. Papers considered by a Conference held at the University of Leeds on the 4th and 5th April, 1952, in: MRC Warwick, MSS.399/3/CON/2.

⁸⁶ Brief von Adrian Liddell Hart, Mitglied des FBI Bildungsausschusses, an George Pollock, BEC v. 11. März 1959, in: BEC, MRC Warwick, MSS.200.B/3/2/264 parts 1-2.

⁸⁷ Blank, *Industry and Government*, Anhang B.

⁸⁸ *Who Was Who 1897-1998*, CD-Rom.

1952 unabhängiger Vorsitzender des *Advisory Committee for Wool Textile Industry*.⁸⁹

Die offizielle Funktion des Ausschusses bestand darin, ein Programm für die gemeinsame Konferenz von *FBI* und Universitäten zu erstellen und die Konferenz selbst vorzubereiten, die im Oktober 1952 bei *Leamington Spa* ausgerichtet wurde. Die Konferenzteilnehmer kamen aus Unternehmen, Hochschulen, aus dem *Universities Grants Committee*, der Regierung und dem *British Institute of Management*.⁹⁰ Danach löste sich die Arbeitsgruppe automatisch auf, wurde jedoch von der *FBI* allein weitergeführt. Deren Bildungsausschuss plante, die Arbeitsgruppe als Beratungsgremium für folgende Schritte der *FBI* zu nutzen. Geplant war beispielsweise, einzelne Hochschullehrer dazu einzuladen, als Privatmänner einzelne Punkte mit der Arbeitsgruppe zu diskutieren. Das Ziel eines ständigen Ausschusses mit den Universitäten wollten die Unternehmer nicht aus den Augen verlieren, beschieden sich aber erst einmal damit, die Ergebnisse der Konferenz zu sichern. Die Initiative zur Zusammenarbeit mit den Universitäten ging also von der Industrie aus.⁹¹

Der Organisationsausschuss für die Folgekonferenz von 1965 war mit je drei Vertretern von *FBI*, *AUT* und *CVCP* besetzt, von denen keiner dem 1952 tagenden Ausschuss angehört hatte. Die *AUT* vertraten M. Hookham, Prof. V.S. Griffiths und Dr. K. Urwin. Für die *CBI* standen S. Moore-Coulson, V.W. Oubridge von *Brico Engineering Co. Ltd.* und Philip Frederick Nind. Während Nind nach Bildung und Positionen eindeutig dem *Establishment* angehörte, sind die Positionen der anderen fünf Männer jenseits ihrer Berufspositionen nicht bekannt. Ob das Etikett „hochrangig“ auf die übrigen Industrievertreter des Organisationsausschusses zutraf, ist unwahrscheinlich, aber aufgrund der lückenhaften Erfassung gerade von Industriellen in biographischen Nachschlagewerken nicht eindeutig festzustellen. Im Gegensatz zur Industrie und den Hochschullehrern der *AUT* waren die Rektoren qua Position alle einflussreich: J.B. Butterworth, später ersetzt durch H.R. Pitt, Sir Peter Venables und A.A. Bath vertraten die Rektorenschaft. Sir Charles Wilson leitete den Ausschuss.⁹²

Der nach wie vor bestehende Wille der Industrie, einen Kommunikationskanal zur Universität herzustellen, geht aus der Korrespondenz zwischen Industriellen hervor. Moore-Coulson schwebte ein gemeinsamer ständiger Ausschuss vor, ein nun von den Universitäten geteilter Wunsch. Zudem hoffte Moore-Coulson, dass der zukünftige Ausschuss mit hochrangigen Persönlichkeiten besetzt werde.⁹³

Die Auswahl der auf der Konferenz sprechenden Industriellen erfüllte dieses Kriterium: Der Industrielle Sir William Reginald Verdon-Smith⁹⁴ war von 1965 bis 1986 *Pro-chancellor* von *Bristol*

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Report of the Universities and Industry Conference. Organised by the Federation of British Industries and the Committee of Vice-Chancellors and Principals of the United Kingdom and held at Ashorne Hill, Leamington Spa, Warwickshire, 24-26 October 1952, London, in: CVCP, MRC Warwick, MSS.399/3/CON/2.

⁹¹ Minutes of the Meeting of the Working Party on the Universities and Industry, v. 26.2.1953, in: FBI, MRC Warwick, MSS.200.F/1/1-119.

⁹² Confederation of British Industry, Aspects of Interdependence between Industry and the Universities, report of a Conference convened by the Committee of Vice-Chancellors and Principals of the Universities of the United Kingdom and the Confederation of British Industry on 10th and 11th December 1965, London April 1966, S. iv, in: CVCP, MRC Warwick, MSS.399/3/CON/2.

⁹³ Brief von S. Moore-Coulson and R. Verdon-Smith v. 15.11.1965, in: CBI, MRC Warwick, MSS.200.C/3/EDU/15/4.

⁹⁴ Sir William Reginald Verdon-Smith, 1953 *Kt.*, Jg. 1912; *Repton School*; *Brasenose College*, Oxford (Scholar); *barrister Inner Temple*; 1938-1968 *Bristol Aeroplane Co.*, 1942 Direktor, 1952 *Jt. Man. Director*; 1955 Vorsitz; 1966-1968 stv.

University, hatte nach seinem Studium in Oxford als *barrister* und von 1938 bis 1968 in hohen Positionen bei *Bristol Aeroplane Co.* gearbeitet, seit 1942 als *director* und seit 1955 als *chairman*. Ebenso hochrangige Positionen nahm er in Banken ein. Dem *Council* von *Bristol University* gehörte er von 1945 bis 1986 an. Verschiedene Ehrendoktorwürden und *Fellowships* krönten seine Karriere. Sir Michael John Sinclair Clapham war von 1974 bis 1981 Vorsitzender von *Imperial Metal Industries* und von *BPM Holdings*. Neben weiteren hohen Positionen in Industrie und Banken war er von 1972 bis 1974 Präsident der *CBI* und von 1969 bis 1971 Mitglied von deren *Industrial Research Committee*. Neben Tätigkeiten in verschiedenen Regierungsausschüssen war er von 1949 bis 1956 Mitglied des *Birmingham Education Committee*, 1955 als *Life Governor* von *Birmingham University*, deren *Council* er von 1956 bis 1961 angehörte, und von 1969 bis 1985 Mitglied des Rates der *University of London*. Sowohl Clapham als auch Verdon-Smith waren somit gleichzeitig hochrangige Industrielle und aktive Bildungspolitiker.

Universitäten entsandten zu dieser Zusammenkunft Rektoren, Mitglieder ihrer *Councils* und *Governing Boards* sowie Professoren und Dozenten, vornehmlich aus den natur- und angewandten Wissenschaften. Die Soziologie der Arbeitsbeziehungen war als einzige Sozialwissenschaft vertreten, während keine Geisteswissenschaftler unter den Delegierten waren – bemerkenswert angesichts der dauernden Beschwerden über das Desinteresse herausragender Geisteswissenschaftler an Industriekarrieren. Die Industriedelegierten unter den in den Mitgliederlisten aufgeführten Herren hatten überwiegend höhere Positionen als die eines *managers*. Etliche mit Orden ausgezeichnete Männer und einige Lords waren unter ihnen. Viele Unternehmen, wie zum Beispiel *Imperial Chemical Industries*, nominierten mehrere Persönlichkeiten. Die *AUT* sandte vornehmlich Dozenten technischer und naturwissenschaftlicher Fächer zu dieser Konferenz. Ihren insgesamt nur zehn Delegierten standen ungefähr vier Delegierte je Universität und zahlreiche Vertreter der Industrie gegenüber. Insgesamt handelte es sich eher um ein exklusives Treffen zwischen Industrie, Hochschulen und Hochschullehrern. Einige andere Repräsentanten waren jedoch unter den Gästen, darunter einzelne Vertreter von Bildungs- und anderen Ministerien, des *UGC*, von *Appointments Boards*, Schulleiter und Schulleiterinnen sowie Persönlichkeiten, deren institutionelle Verankerung nicht vermerkt wurde.⁹⁵

Am 25. März 1965 trafen sich schließlich in *Senate House* der *University of London* Rektoren mit Vertretern der *FBI*, um den geplanten Ausschuss ins Leben zu rufen. Für die Universitäten nahmen an diesem ersten Sondierungsgespräch Sir Patrick Linstead und F.S. Dainton, Rektor von *Nottingham University* sowie J.B. Butterworth, Rektor von *Warwick University*, und der Sekretär des *CVCP*, Taylor, teil. Die *CBI* entsandte neben ihrem Präsidenten Sir Maurice Laing, D.J. Mann,

Vorsitz Rolls Royce; 1968-1972 Vorsitz *British Aircraft Corp.*; 1951-83 *Director Lloyds Bank Ltd.*; 1973-1979 Vorsitz *Lloyds Bank*; Universität: 1945-1986 Mitgl. *Council Univ. of Bristol*, 1949-1956 Vorsitz; 1965-1986 *ProChancellor, Bristol University*; 1980-1988 *Vice Lord Lieutenant Avon*; Regierungsausschüsse: 1957-1959 Mitgl. *Radcliffe Committee on the Working of the Monetary System*; 1964-1968 *Review Body on Remuneration of Doctors and Dentists*; Ehrendoktor- u.a. akad. Würden: 1959 LLD *Bristol*; 1965 *Hon. Fellow Brasenose Coll., Oxford*; 1986 *Bristol Univ.*, 1971 *DSc Cranfield Inst. of Technology*; *Fellow Royal Society of Arts (FRSA)*; 1974 *DL Avon*; Clubs: *United Oxford & Cambridge University*, *Royal Cruising and Royal Yacht Squadron*; vgl. *Who Was Who 1897-1998*, CD-Rom.

⁹⁵ Vgl. die Mitgliederliste, die dem Konferenzprogramm beigelegt wurde, in: *Industry and the Universities. Aspects of Interdependence. A Conference convened by the Committee of Vice-Chancellors and Principals of the Universities of the United Kingdom and the Confederation of British Industry to be held in the William Beveridge Hall, University of London Senate House, Friday and Saturday 10 and 11 December 1965. Programme*, in: *CVCP, MRC Warwick*, MSS.399/3/CON/2.

den *deputy director general* John Davies und S. Moore-Coulson. John Davies, MBE, Jahrgang 1916, war 1964/65 Vorsitzender des *FBI-Technical Legislation Committee* und *managing director* von *Shell-Mex* und *BP*. 1965 war er der erste *director general* von *CBI*.⁹⁶ Auf diesem Treffen bekräftigte die *CBI* ihren Wunsch nach einem kontinuierlichen Ausschuss, der Fragen von gemeinsamem Interesse und politische Handlungsnotwendigkeiten diskutieren sollte. Mitglieder dieses „Universities and Industry Joint Committee“ sollten nur Rektoren und *managing directors* sein.⁹⁷

Insgesamt fallen die Zusammenarbeit und der Interessenaustausch zwischen britischen Unternehmen und Hochschullehrern eher spärlich aus, mit nur wenigen Tagungen über einen mehr als 15jährigen Zeitraum verteilt und ohne kontinuierliches Gespräch zwischen den beiden Gesellschaftsgruppen. Ebenso wenig finden sich, so wie in Deutschland, die Erarbeitung und öffentliche Vertretung gemeinsamer bildungspolitischer Ideen und Interessen. Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied zu den vielfältigen und kontinuierlichen deutschen Aktivitäten, die vergleichsweise viele Akteure zusammenführten und die im folgenden Kapitel nachgezeichnet werden.

Im Gegensatz zu den Akteuren des DHV interessierten sich diejenigen in der *AUT* erstens nicht nur für Allianzen mit ähnlichen Berufsgruppen, deren Ziel in der gemeinsamen Vertretung von Gehaltsforderungen und damit einhergehend der Standeswahrung lag. Zweitens hatten sie Gewerkschaften gegenüber weniger Vorbehalte als ihre deutschen Kollegen. So interessierte sich die *AUT* für die Aktivitäten des 1942 vom *Trades Union Congress* (*TUC*), der *Workers' Education Association* (*WED*) und der *National Union of Teachers* (*NUT*) ins Leben gerufenen *Council for Educational Advance*, der eine breit angelegte Kampagne für eine Bildungsreform organisierte. Deren Ziel war die Einführung eines einheitlichen Schulsystems, das zur Überwindung von Klassenunterschieden führen sollte. Während das Parlament 1944 die Bildungsreform beriet, wurde eine Konferenz unter dem Vorsitz des Gewerkschafters Sir William Citrine abgehalten, mit welcher die politischen Entscheidungsträger dazu gedrängt werden sollten, den Gesetzesentwurf zu schärfen und einen genauen Zeitpunkt festzulegen, zu dem die Schulpflicht auf sechzehn Jahre erhöht werden müsse – was nicht eintrat. Alle staatlich geförderten Schulen sollten zudem kostenfrei Bildung anbieten. Die *AUT* hatte A.J. Hatley delegiert, der einen positiven Tagungsbericht lieferte. Den progressiven Interessen des *Council* stand der *AUT*-Vorstand positiv gegenüber.⁹⁸ Als Netzwerk für bildungspolitische Aktionen nutzten die Hochschullehrer ihn dennoch nicht. Erst 1963 wurde in der *AUT* erneut der Beitritt zu einem *Council For Educational Advance* besprochen, wobei es sich nach zwanzig Jahren möglicherweise nicht um die gleiche Organisation handelte.⁹⁹ Bemerkenswert ist im Vergleich zu Westdeutschland das Interesse der *AUT* an der Herstellung gleicher Bildungschancen für alle, was in der deutschen Debatte kein Thema war, weil Chancengleichheit als gegeben betrachtet wurde. Während der DHV und seine Partner aus der Wirtschaft und den Universitäten über Möglichkeiten der Begrenzung des Zugangs zu höheren Schulen und Hochschulen nachdachten, waren die britischen Hochschullehrer aufgeschlossener, wobei sie Anfang der

⁹⁶ Blank, *Industry and Government*, Anhang B; Who's Who, 1966.

⁹⁷ Notes of Meeting held at Senate House, London University, 25.3.1966, in: CBI, MRC Warwick, MSS.200.C/3/EDU/15/19.

⁹⁸ AUT Executive Minutes, März 1944, S. 1; AUT Executive Minutes, April 1943, S. 1; vgl. Brian Simon, *Education and the Social Order 1940-1990*, London 1991, S. 47.

⁹⁹ AUT Council Minutes, Dezember 1963, S. 8.

sechziger Jahre das Ausmaß der Bildungsexpansion eher mit Schrecken wahrnahmen.¹⁰⁰

Die bildungspolitisch breiter angelegten Verbindungen erlaubten darüber hinaus die Pflege von Kontakten zu Parlamentariern auch außerhalb des Parlaments. Auf Initiative der NUS hatten sich am 24. Januar 1947 Delegierte getroffen, um eine gemeinsame Kampagne ins Leben zu rufen, die sowohl in eine öffentliche als auch in eine Zusammenkunft im Unterhaus münden sollte. Auf beiden Versammlungen sollten Probleme der Universität besprochen werden, vor allem die Abschaffung von Studiengebühren und die Einführung von Ausbildungsförderung (*grants*). Wenige Wochen darauf setzten sie die Idee um. Unter dem Vorsitz von Lord Simon wurde eine öffentliche Tagung mit dem Titel „Where are the Ghost Students“ veranstaltet. Es sprachen Ralph Morley, MP und Mitglied der *National Union of Teachers*, F.A. Cobb, MP und Mitglied der *Association of Scientific Workers*, sowie für die AUT A.J. Hatley.¹⁰¹ Auf dieser Veranstaltung wurde beschlossen, ein *Campaign Committee* zu gründen, dessen Ziel sein sollte, effektive Methoden zu entwickeln, um potentiellen Studenten das Studium zu ermöglichen, denen unter dem gegebenen harten Wettbewerb um zu knappe Plätze der Zugang zu den Universitäten versperrt blieb.¹⁰² Das *Committee for the Expansion of Higher Education* setzte sich aus der *National Union of Students*, der *National Union of Teachers*, der *Association of Scientific Workers* und der *Association of University Teachers* zusammen. Für dessen nationale Konferenz „Britain’s Need for Higher Education – The Student and Society“ im Oktober 1947 nominierte die AUT Lord Chorley und Cosslett. Zwar hatte der AUT-Vorstand im Vorfeld Zweifel an der Richtung des Ausschusses, beschloss jedoch schon vor der Tagung, in einem neu zu gründenden und erweiterten Ausschuss repräsentiert sein zu wollen.¹⁰³ Über die Notwendigkeit der Hochschulbildung für die Nation und die mit der Expansion verbundenen Probleme sprachen auf der Konferenz Lord Simon, Sir Charles Tennyson vom Bildungsausschuss der *Federation of British Industries*, die Labour MPs Ralph Morley und Dr. Somerville-Hastings.¹⁰⁴ Zudem sprachen ein Vertreter und eine Vertreterin des TUC und der Bildungsminister George Tomlinson. Lord Lindsay verwies in seinem Vorwort zum Konferenzbericht vor allem auf die Notwendigkeit, über die Expansion hinausgehend Veränderungen des Systems anzudenken. Die Konferenz wurde von 44 Organisationen besucht, darunter von der TUC und der FBI, ebenso von einzelnen Gewerkschaften, *professional organisations* und Bildungsinstitutionen.¹⁰⁵

Der im März 1947 gegründete Ausschuss setzte sich nach der Tagung im Oktober des gleichen Jahres aus der Association of Scientific Workers, der Association of Teachers in Technical Institutions, der Association of University Teachers, der British Association of Chemists, der National Union of Students und der National Union of Teachers zusammen.¹⁰⁶ Bis Februar des folgenden Jahres waren ihm zusätzliche Verbände beigetreten: die Association of Teachers in Technical

¹⁰⁰ Vgl. dazu Kapitel 7.

¹⁰¹ *Who’s Who*, 1948.

¹⁰² AUT Executive Minutes, März 1947, S. 3.

¹⁰³ AUT Executive Minutes, September 1947, S. 3.

¹⁰⁴ Campaign Committee for the Expansion of Higher Education, „Britain’s Need for Higher Education – The Student and Society. A National Delegate Conference October 25-26, 1947, Bedford College, Regent’s Park, N.W.1, o.O., o.D., in: AUT HQ, AUT Circulars 1943-46, Bl. 127.

¹⁰⁵ Report of a conference on Britain’s need for Higher Education, with a foreword of Lord Lindsay of Birker, London 1947, in: AUT HQ, AUT Circulars 1943-46, ohne Blattzählung, hier Vorwort, S. 2 u. 19.

¹⁰⁶ Campaign Committee for the Expansion of Higher Education, Britain’s Need for Higher Education, London, o.D., in: AUT HQ, AUT Circulars 1943-46, Bl. 406.

Institutions, die British Medical Association, der TUC und die Workers' Educational Association. Der Ausschuss wurde als unabhängige und beratende Institution gegründet, die sich aus Vertretern verschiedener Organisationen zusammensetzte. Entscheidungen sollten einstimmig getroffen werden, so dass keine Organisation an Weisungen gebunden sein würde, die ihre Repräsentanten nicht mitgetragen hatten.¹⁰⁷ Er konzentrierte sich thematisch auf Bildungsreformen im oben geschilderten Sinne und erstellte monatlich ein Nachrichtenblatt über die eigene Tätigkeit. Der die AUT repräsentierende Richard Onians¹⁰⁸ wurde Anfang 1949 als Vorsitzender des Campaign Committee for the Expansion of Higher Education von MP Corlett abgelöst.¹⁰⁹ Die Strategie des Campaign Committee beruhte letztlich auf der Einsicht, dass viele kleinere Berufsgruppen zusammen eine größere Schlagkraft entwickeln könnten, um ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen. Dazu gehörten gemeinsame Delegationen zum Bildungsminister und öffentlichkeitswirksame Konferenzen.¹¹⁰ Als 1953 erneut die Frage nach einer größeren Konferenz an die AUT gerichtet wurde, unterstützte diese das Vorhaben und schlug als Thema die Finanzierung der Studenten vor. Damit brechen die Erwähnungen des Campaign Committee in den Akten der AUT allerdings ab.¹¹¹ Die beiden Vereinigungen von Interessengruppen scheinen insgesamt eher schlecht organisiert gewesen zu sein und dürften sich darüber hinaus kaum als ‚middle class-Vereinigungen‘, sondern eher als Vertretung von Interessen links der politischen Mitte begriffen haben, zumal die TUC und die Workers Educational Association beim Campaign Committee for Higher Education beteiligt waren.

Gleichwohl war auch die AUT an Allianzen zur Vertretung gemeinsamer Gehaltsansprüche interessiert. Zwar erteilte sie 1956 der *Middle Class Alliance*, die vom konservativen Unterhausabgeordneten H.A. Price gegründet worden war, einen Korb,¹¹² wahrscheinlich weil diese wirtschaftsliberale Ziele, wie die Senkung der öffentlichen Ausgaben und eine niedrigere Einkommenssteuer verfolgte. Der Vorstand der MCA bestand fast ausschließlich aus *professionals* des privaten Sektors und überwiegend aus Anhängern der *Tories*.¹¹³ Die organisierten Hochschullehrer konnten als Staatsbedienstete kaum für die Senkung der öffentlichen Ausgaben sein, zumal wenn sie für die Expansion der Universitäten stimmten.¹¹⁴

Positiver reagierte die AUT auf eine Initiative der *British Medical Association* (BMA). Der von 1959 bis 1960 amtierende AUT-Präsident T. Neville George und sein Geschäftsführer Kenneth Urwin hatten im März 1960 eine von der BMA organisierte Konferenz besucht. Auf dieser wurde die

¹⁰⁷ AUT Executive Minutes, Februar 1948, S. 6.

¹⁰⁸ Richard Broxton Onians, Jg. 1899; MA Liverpool, PhD Trinity College, Cambridge, 1925-1933 Dozent für Latein an der University of Liverpool, 1936-1966 Professor für Latein an der University of London; 1945-1953 Mitglied des Council der AUT, 1946-1951 Mitglied des Executive Committee der AUT, s. *Who Was Who*, 1981-1990 u. *Obituary*, in: *Times* v. 31.5.1986, S. 19.

¹⁰⁹ AUT Executive Minutes, Januar 1949, S. 5; die AUT erhielt diese *News Bulletins* auch; s. Campaign Committee for the Expansion of Higher Education, *News Bulletin*, No. 5, April 1949, in: AUT HQ, AUT Circulars 1943-46, Bl. 405; Corlett war vorher Vorsitzender der National Union of Teachers gewesen; kein Eintrag in *Who's Who*.

¹¹⁰ AUT, Executive Minutes, Februar 1950, S. 6.

¹¹¹ AUT, Executive Minutes, Mai 1953, S. 5.

¹¹² AUT Executive Minutes, September 1956, S. 1.

¹¹³ E.H.H. Green, 'The Conservative Party, the state and the electorate, 1945-64', in: *Party, State and Society. Electoral Behaviour in Britain since 1820*, hg. v. Jon Lawrence and Miles Taylor, Aldershot 1997, S. 176-200, hier S. 184f., Zitat S. 184, s. dazu auch Finer, *Anonymous Empire*, S. 15.

¹¹⁴ Ebd., S. 185f.

Möglichkeit ausgelotet, eine *Confederation of Professional Organisations* (COPPSO) zu gründen. Mit dieser sollte keine neue Institution geschaffen werden, sondern ausschließlich *ad-hoc*-Konsultationen zwischen bestehenden Organisationen stattfinden.¹¹⁵ Damit erfüllte sie das Kriterium für erwünschte *middle class*-Vereinigungen: die Unverbindlichkeit. Zwar sollten ganz pragmatisch gemeinsame Ziele verfolgt werden, damit numerisch bedeutungslose Berufsgruppen gemeinsam stärkeren Druck auf die Politik ausüben könnten, doch ihre Unabhängigkeit war den Mitgliederorganisationen so wichtig, dass dieses Prinzip von Beginn an verankert wurde. Die Organisationen würden sich die relevanten Informationen über Entwicklungen innerhalb ihres eigenen Feldes gegenseitig zukommen lassen, vor allem über Entwicklungen von Verhandlungen und deren Ergebnissen, die auf Konferenzen besprochen würden. Die AUT trat COPPSO bei und bestimmte den jeweils amtierenden Präsidenten, den Vorsitzenden des *Salaries Committee* und den Geschäftsführer als Repräsentanten.¹¹⁶ Wie bei der *Middle Class Alliance* ging es hier um Fragen der Besoldung, nur dass COPPSO wahrscheinlich überwiegend staatlich alimentierte *professionals* vereinte, während die *Middle Class Alliance* privatwirtschaftliche Gruppen repräsentierte, eine Zweiteilung, welche der Kluft zwischen staatsnahen und privatwirtschaftlichen Gruppen von *professionals* in Britannien entspricht.

Ein Erfolg von COPPSO lag darin, dass der Direktor des *National Economic Development Council* (NEDC) Sir Robert Shone sich 1962 dazu bereit erklärte, eine Delegation zu empfangen, die von ihm die gleichen Konsultationsmöglichkeiten forderte, wie sie Arbeitgebern gewährt wurden. So verschaffte man sich als größere Gruppe von „white-collar organizations“ Gehör in Gehaltsverhandlungen.¹¹⁷ Während die anderen Mitglieder von COPPSO jedoch gegen die Einsetzung der geplanten *National Incomes Commission* zur Feststellung angemessener Gehälter waren, weil sie befürchteten, dass sie sich negativ für die staatlich alimentierten Professionen aussprechen werde,¹¹⁸ beschloss der AUT-Council im Dezember 1962 nach einer kontroversen Diskussion, mit der *National Incomes Commission* zu kooperieren.¹¹⁹ Eine gemeinsame Linie wurde also nicht gefunden.

Noch weniger aussagekräftiges Material als zu den anderen Vernetzungen liegt zur Zusammenarbeit mit dem *Institute of Professional Civil Servants* vor. In einem undatierten und in den Rundschreiben der AUT von 1943 bis 1946 abgehefteten Dokument wurde die Bedeutung der vom *Institute of Professional Civil Servants* erreichten Gehaltserhöhung für *Scientific* und *Experimental Officers* des *Civil Service*, für die Mitglieder der *Association of Scientific Workers* und für alle Berufsgruppen, deren Gehälter sich an der Höhe der Gehälter im *Civil Service* anlehnten, herausgestellt.¹²⁰ Die nächste Bezugnahme auf diese Organisation findet sich allerdings erst wieder Ende 1964 mit einem kurzen Verweis darauf, dass Kenneth Urwin und Lord Chorley einen Empfang der *Institution of Professional Civil Servants* besucht hatten.¹²¹ Ende 1965 hatte Urwin darüber hinaus den Ausschuss der

¹¹⁵ AUT Council Minutes, Mai 1960, S. 3.

¹¹⁶ AUT Executive Minutes, Februar 1962, S. 1; s. auch AUT Council Minutes, Mai 1962, S. 6.

¹¹⁷ Kenneth Urwin, For the information of members. News Sheet – No. 9, v. 12.7.1962, Bl. 524, Dok. H.228, in: AUT HQ, AUT Circulars.

¹¹⁸ Kenneth Urwin, To Local Committees and members of the Executive. Urgent: National Incomes Commission, v. 11.12.1962, ohne Blattnummerierung, Dok. I.92, in: AUT HQ, AUT Circulars.

¹¹⁹ AUT Council Minutes, Dezember 1962, S. 5.

¹²⁰ Institution of Professional Civil Servants, Civil Service Salaries Improved, ohne Datum, in: AUT HQ, AUT Circulars 1943-46, Bl. 262c.

¹²¹ AUT Council Minutes, Dezember 1964, S. 3.

Institution of Professional Civil Servants zu Status und Besoldung von Wissenschaftlern besucht. Ob die *AUT* überhaupt mit dieser Gruppe, die 1919 gegründet wurde und bis heute existiert, vernetzt war, ist nicht sicher. Der vorliegende Verweis gibt jedoch darüber Aufschluss, dass erneut das Thema Besoldung den Anlass zum Austausch gegeben hatte. Die Vernetzung von *middle class*-Vereinigungen hing eng mit der Vertretung von Besoldungsforderungen zusammen. Hier handelte es sich um ein Thema, bei dem zumindest die staatsabhängigen *professionals* ähnliche Interessen verfolgten.¹²² Während alle hier vorgestellten *middle class*-Vereinigungen nicht den Eindruck einer regen Vernetzungstätigkeit erwecken, waren für die *AUT* offensichtlich die Verbindungen zu Entscheidungsträgern wie Parlamentariern, Rektoren und dem *UGC* zentral.

¹²² *AUT Council Minutes*, Dezember 1965, S. 3.

11 Netzwerke westdeutscher Professoren und Unternehmer

Professoren als Experten für Parlamente und Ministerien

Parlamentarische Lobbyarbeit war in Westdeutschland aufgrund der landespolitischen Zuständigkeit für Bildungspolitik mühsamer als in Britannien, doch nahm der DHV dies in Kauf und ergriff jede Gelegenheit, vor Parlamentariern über die Besoldung von Hochschullehrern zu sprechen. Diese Arbeit war noch nicht professionalisiert und wurde in Ermangelung einer „ArbeitsEbene“ überwiegend vom DHV-Präsidenten und seinem Geschäftsführer selbst erledigt. Dabei kam dem DHV entgegen, dass eine beachtliche Zahl ehemaliger Kollegen der Professoren nun Abgeordnete, hohe Bundesbeamte oder sogar Minister waren. Lange vor der Errichtung eines Bundesbildungsministeriums 1969 wünschten sich die Professoren die Verlagerung der bildungspolitischen Verantwortung auf den Bund.¹ Felgentraeger und Weber erörterten kontinuierlich diverse Vernetzungsmöglichkeiten, unter anderem in den Bundestag hinein. Bereits im November 1951 betonte Felgentraeger die Bedeutung des Kontakts zu Bundeparlamentariern, da ihm aus Bonn „eisiger Wind“ entgegenschlage. Der Verband brauche das „Verständnis der Parlamentarier“, auch wenn man aufgrund der Länderhoheit in Bildungsfragen „die Länderparlamente bearbeiten müßte“. Aufgrund des damit verbundenen Aufwands sah er dies jedoch „noch in weitem Felde.“ Zum Herstellen des Kontakts in den Bundestag dachte er „an einen ‚parlamentarischen Empfang‘“.² Um diesen zu planen, nahm Felgentraeger „Fühlung“ zum Bundestag auf und berichtete Weber anschließend, er habe nun „den Kollegen“ Baade³ aus Kiel angeschrieben. Fritz Baade verband Reichs- und Bundestagsmandate für die SPD in der Weimarer Republik und von 1949 bis 1965 mit einer herausragenden Wissenschaftskarriere. Der Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften leitete seit seiner Remigration das Kieler Institut für Weltwirtschaft.⁴

Der Hochschulverband hatte sich zahlreichen Ausschüssen, Fraktionen und Parteien gegenüber zu erklären – und dies jeweils auf der Bundes- wie der Landesebene. Die Belastung für den Präsidenten und seinen Geschäftsführer war erheblich. Sie reisten pausenlos durch die Bundesrepublik, um vor Gesetzesverabschiedungen die Standpunkte der Hochschullehrer zu vermitteln. Nachdem Felgentraeger zwischen Januar und März 1964 allein in Hamburg vor der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion Vorträge über die Besoldungsnovelle gehalten hatte, sah er sorgenvoll der Aufgabe entgegen, nun auch die Abgeordneten der übrigen Landtage in die

¹ Christoph Führ, ‚Zur Koordination der Bildungspolitik durch Bund und Länder‘, in: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. VI/1.: 1945 bis zur Gegenwart, hg. v. dems. und Carl-Ludwig Furck, München 1998, S. 68-86, hier S. 69.

² Besprechung Wilhelm Felgentraeger mit Werner Weber am 14.12.1952, in: BA B380/13.

³ Brief Felgentraeger an Weber v. 23.11.1951, in: BA B380/13; weder der Brief an Baade noch seine Antwort lagen vor.

⁴ Fritz Baade, Jg. 1893, Sohn eines Seminardirektors in Neuruppin; 1922 Dr. rer. pol. Göttingen, seit 1915 SPD-Mitgl.; 1918/1919 Vorsitz Arbeiter- und Soldatenrat u. Stadtverordneter Essen; 6 Jahre Landwirt; seit 1928 Lehre an Univ. Berlin; bedeutende Positionen v.a. in Agrar- und Handelspolitik; 1930-1933 SPD-Reichstagsabgeordneter; 1933 Entlassung aus allen Ämtern; 1934 Emigration; bis 1946 Wirtschaftsberater in der Türkei; 1948 auf Wunsch Kurt Schumachers Remigration u. o.Prof. f. Wirtschafts- und Staatswissenschaften Kiel, Direktor Institut für Weltwirtschaft; 1949-1965 MdB; s. *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, Bd 1; *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom, *Munzinger Archiv Online* u. Mitteilungen des Hochschulverbandes, Bd. III, Nr. 2, Nov. 1955, S. 101.

„trockene Materie“ einzuführen.⁵

Umgekehrt taten sich die Parlamente schwer mit dem kontinuierlichen Kontakt zu Experten und waren in dieser Hinsicht gegenüber der Verwaltung im Nachteil, die einen regen Austausch mit der Wissenschaft pflegte. Nur gelegentlich luden hingegen die interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft, die parlamentarische Gesellschaft und andere informelle Zirkel Wissenschaftler zu Vorträgen ein. Zudem führten parlamentarische Ausschüsse regelmäßig Gespräche mit den Präsidenten der großen Forschungsinstitutionen. An einer institutionalisierten Form der Beratung mangelte es indessen, bis Mitte der sechziger Jahre Kritik an dem entstandenen Informationsgefälle zwischen Exekutive und Legislative aufkam. Die Verbindung zwischen Wissenschaft und Parlamenten bereitete demnach nicht nur den Wissenschaftlern Sorge. Durch die wachsende Akademisierung des Parlaments nahmen gleichwohl die informellen persönlichen Kontakte zur Wissenschaft zu, am wenigsten allerdings in der SPD, die sich daher in den sechziger Jahren am intensivsten um Kontakt zur Wissenschaft bemühte. Doch erst nach 1969 standen Parlamentariern neben den wissenschaftlichen Diensten auch direkte wissenschaftliche Mitarbeiter zur Verfügung sowie die Möglichkeit, Expertenkommissionen einzuberufen.⁶

Der Kontakt zu Parlamentariern war für die Hochschulen jedoch trotz der erkennbaren Anstrengung unentbehrlich, wie die Kommission für Hochschule und Öffentlichkeit der Hinterzartener Hochschulreformtagung von 1952 feststellte. Sie empfahl eine Professionalisierung: die Bildung regelmäßig zusammentretender gemischter Ausschüsse von Landtagsabgeordneten und Vertretern der Hochschulen und den Ausbau von Pressestellen.⁷ Wie unsystematisch die Presse- und Lobbyarbeit vorerst noch vonstatten ging, geht aus der Auflistung von an Universitätsfragen „interessierten Abgeordneten“ der Parlamente hervor, die in den Mitteilungen des Hochschulverbands abgedruckt wurden. Um diese zu ermitteln, bat Gerth Dorff 1959 den in Göttingen lehrenden Werner Weber, in einem Verzeichnis der Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags jene Abgeordnete zu markieren, die an Hochschulfragen interessiert sein könnten.⁸ Auch 1955 hatten die Mitteilungen eine Liste von Professoren im Bundestag und in den Landtagen abgedruckt, und diese war beeindruckend. Zwölf Professoren und Dozenten saßen im Bundestag: Fritz Baade, Franz Böhm, Ludwig Erhard, Hans Furler, Wilhelm Gülich, Paul Luchtenberg, Theodor Oberländer, Ludwig Preller, Hans Reif, Ernst Schellenberg, Carlo Schmid und Eduard Wahl.⁹

⁵ Niederschrift über die 51. Vorstandssitzung am 8. Mai 1964 in Frankfurt, Punkt 1 u. Niederschrift über die 56. Präsidiumssitzung am 18. Juni 1965 in Mainz, Punkt 1.

⁶ Gabriele Metzler, *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Stuttgart 2005, S. 188-194.

⁷ 2. Arbeitstagung „Probleme der Deutschen Hochschulen“ in Hinterzarten im Schwarzwald vom 9. bis 18. August 1952, IV. Bericht der Kommission für „Hochschule und Öffentlichkeit“, in: BA B106/1282; dazu ausführlicher weiter unten.

⁸ Briefe Dorff an Weber v. 12.6.1959 u. Weber an Dorff v. 15.6.1959, in: BA B380/13.

⁹ *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. III, Nr. 2, November 1955, S. 101-103; die Abgeordneten waren Fritz Baade (SPD), Franz Böhm, Jg. 1895, o.Prof. Zivil- und Handelsrecht in Frankfurt/M. (CDU); Ludwig Erhard, Jg. 1897, Honorarprof. f. Gegenwartsfragen der Wirtschaftspolitik in Bonn u. Bundeswirtschaftsminister (CDU); Wilhelm Gülich, Jg. 1895, Honorarprof. f. Schrifttumskunde d. Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften in Kiel (SPD); Paul Luchtenberg, Jg. 1890, eh. o.Prof. f. Pädagogik u. Philosophie an der TH Dresden (FDP); Theodor Oberländer, Jg. 1905, eh. o.Prof. f. Agrarpolitik in Prag u. Bundesminister für Vertriebene (BHE), eh. NSDAP-Mitglied; s. Schildt, *Kommunismus*, S. 223; Ludwig Preller, Jg. 1897, Honorarprof. f. Sozialpolitik und Volkswirtschaft an der TH Stuttgart (SPD); Hans Reif, Jg. 1899, Volkswirt u. Dozent an der Hochschule f. Politik, Berlin (FDP); Ernst Schellenberg, Jg. 1907, Prof. f. Sozialpolitik, Hochschule f. Politik, Berlin (SPD); Carlo Schmid, Jg. 1896, o.Prof. f. Wiss. Politik, Frankfurt/M. (SPD); Eduard Wahl, Jg. 1903, o.Prof. f. Zivilrecht, Heidelberg (CDU).

Hans Reif gehörte sowohl dem Bundestag als auch dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Weitere neun Hochschullehrer hatten ein Landtagsmandat inne: Walter Erbe, Otto Gönnerwein, Otto Suhr, Werner Stein, Joachim Tiburtius, Hans Stier, Walter Weizel, Martin Redeker und Gerhard Stoltenberg.¹⁰

Keiner dieser Männer war im Hochschulverband aktiv. Außer der Referenz auf Baade ist darüber hinaus keine Kontaktpflege zu ihnen seitens des DHV vermerkt. Doch zum einen wurden für die Hochschullehrer wichtige parlamentarische Ausschüsse von Vertretern naher Interessengruppen geleitet und höhere Ministeriumspositionen mit Professoren besetzt. Zum anderen beschränkten sich Kontakt und Milieunähe nicht auf Parlamentarier mit direkter Verbindung zur Universität. Anlässlich seines erfolgreichen Vortrags über das Berufsbeamtentum vor dem Deutschen Beamtenbund stellte Weber 1952 Kontakt zum FDP-Abgeordneten Herwart Mießner¹¹ und zu Josef Kleindinst¹² von der CDU her, der ihm „ein sehr verständiger Mann zu sein“ schien. Sowohl Mießner als auch Kleindinst waren Vorstandsmitglieder des Deutschen Beamtenbundes, Kleindinst außerdem Mitglied des kulturpolitischen Ausschusses und Vorsitzender im Beamtenausschuss des Deutschen Bundestags.¹³ Aus dieser Milieunähe folgt indessen nicht zwangsläufig grundsätzliche Übereinstimmung. So berichtete Felgentraeger im Dezember des gleichen Jahres von einem Gespräch mit Mießner, der „übrigens der Sohn eines verstorbenen Ordinarius der Tierärztlichen Hochschule Hannover“ sei „und selbst Schüler von Schaffstein.“¹⁴ Zwar hatte er ein starkes Interesse an Hochschulfragen bekundet, doch waren Mießners Ansichten Felgentraeger „in einer Reihe von Fragen [...] völlig fremd und haben mich mit Sorgen erfüllt.“¹⁵

Die Kontakte zu den Parlamenten gingen nicht nur von Professoren aus, sondern umgekehrt

¹⁰ Ebd.; *Baden-Württemberg*: Walter Erbe, Jg. 1909, o.Prof. f. Römisches Recht und Zivilrecht in Tübingen (FDP); Otto Gönnerwein, Jg. 1986, o.Prof. f. Deutsche Rechtsgeschichte u. Öffentliches Recht in Heidelberg (FDP); *Abgeordnetenhaus Berlin*: Hans Reif (s. o.); Otto Suhr, Jg. 1894, Honorarprof. f. Theorie d. Politik, Berlin, dort Regierender Bürgermeister (SPD); Werner Stein, Wiss. Assistent, Physikalisches Inst. d. FU Berlin (SPD); Joachim Tiburtius, Jg. 1889, o.Prof. f. Handels- und Sozialpolitik, FU Berlin u. Senator f. Volksbildung (CDU); *Landtag Nordrhein-Westfalen*: Hans Stier, Jg. 1902, o.Prof. f. Alte Geschichte in Münster (CDU); Walter Weizel, Jg. 1901, o.Prof. f. Theoret. Physik, Bonn (SPD); *Landtag Schleswig-Holstein*: Martin Redeker, Jg. 1900, o.Prof. f. Syst. Theologie, Kiel (CDU); Gerhard Stoltenberg, Jg. 1928, Wiss. Assistent am Seminar f. Wiss. u. Gesch. d. Politik, Kiel (CDU).

¹¹ Herwart Mießner, Jg. 1911, Sohn eines Professors für Bakteriologie und Hygiene an der Tierärztlichen Hochschule in Hannover; 1932 Promotion, Rechtswissenschaften; 1937 Assessorexamen; Bankausbildung; 1938 Reichsfinanzverwaltung; dort seit 1940 Regierungsrat; 1946 Oberfinanzpräsidium Hannover; 1948 Eintritt Deutsche Reichspartei, Mitgl. Bundesvorstand; seit 1949 MdB; Zusammenschluss im Bundestag mit Nationaldem. Partei (NDP) zu „Nationaler Rechten“; 1950 Eintritt FDP, seit 1953 mit Unterbrechung 1957-59 MdB. Bundes- u. Landesvorstandsmitglied Deutscher Beamtenbund; Autor: *Um die Sicherung des Berufsbeamtentums*, 1953; vgl. *Munzinger Archiv*, CD-Rom.

¹² Ferdinand Josef Kleindinst, Jg. 1881; 1910 Promotion, Rechts- und Staatswissenschaften; 1920 Berufssoldat; 1945 Eintritt CDU; 1948/49 Mitgl. Parl. Rat, dort erfolgreich für Erhalt d. Berufsbeamtentums eingetreten; 1949-1957 MdB; 1. u. 2. Legislaturperiode: Vorsitz Beamtenausschuss, beteiligt an Neugestaltung d. Beamtenrechts, Mitgestaltung Bundesbeamtengesetz, Wiedergutmachungsgesetz f. öff. Dienst u. Gesetz zu Art. 131 GG; 1957 maßgeb. Beteiligung an Besoldungsreform und Rahmengesetz zu Vereinheitlichung d. Beamtenrechts; Vorstand Deutscher Beamtenbund; vgl. *Munzinger Archiv*, CD-Rom.

¹³ Brief Weber an Felgentraeger v. 5.5.1952, in: BA B380/13.

¹⁴ Karl Friedrich Schaffstein, Jg. 1905; Rechtswissenschaftler, vgl. *Munzinger Archiv*, CD-Rom.

¹⁵ Brief Felgentraeger an Weber v. 17.12.1952, in: BA B380/13; um welcher Art von Unstimmigkeiten es sich handelte, ließ Felgentraeger offen; vgl. zu innerbürgerlichen Konflikten Hannes Siegrist, „Bürgerlichkeit und Antibürgerlichkeit in historischer Perspektive“, in: *Der Aufstand der Bürger: antibürgerliches Denken im 20. Jahrhundert*, hg. v. Günter Meuter und Henrique Ricardo Otten, Würzburg 1999, S. 35-50, hier S. 48 u. von Hodenberg, „Der Fluch des Geldsacks“, S. 87 u. 103.

auch von Parlamentariern und Ministerien. Bundestagsausschüsse luden Hochschullehrer als Experten für hochschulpolitische Fragen ein, vor allem im Vorfeld von Gesetzesentwürfen und parlamentarischen Debatten. Die Verbindungen des Hochschulverbands zum Deutschen Bundestag ließen – von außen betrachtet – nichts zu wünschen übrig. So referierte Ludwig Raiser im Mai 1950 vor dem Unterausschuss für Hochschulfragen im Bundestag, wo inklusive dessen Vorsitzenden Prof. Ludwig Bergsträsser¹⁶ fünf SPD-, vier CDU- und je ein Abgeordneter für die Deutsche Partei (DP) und die FDP anwesend waren.¹⁷ Der Bundesrat, die Kultusministerkonferenz und das Innenministerium delegierten ebenfalls Vertreter. Am 27. Juni 1950 wurden auf der Basis von Raisers Referat und sechs Thesen Bergsträssers „Leitsätze für eine Hochschulreform“ diskutiert, die vollkommen mit Raisers Plädoyer für den Erhalt der Universität als „universale Bildungsstätte“, gegen einen Hochschulrat und für die finanzielle Unterstützung bedürftiger Studenten übereinstimmten und schließlich in nur leicht veränderter Form vom Ausschuss für Kulturpolitik des Bundestages am 20. Juli 1950 verabschiedet wurden.¹⁸ Nach der Hochschulreformtagung in Bad Honnef lud Paul Egon Hübinger Ende 1955 Wilhelm Felgentraeger ein, vor dem kulturpolitischen Ausschuss des Deutschen Bundestages über die Probleme und den Stand der Hochschulreform und insbesondere über die Reformtagung in Bad Honnef zu berichten. Hübinger¹⁹ war bis 1954 Professor für mittelalterliche Geschichte in Bonn gewesen und hatte im gleichen Jahr die Nachfolge von Erich Wende als Leiter der Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums angetreten.²⁰ Das Beispiel Hans Leussink veranschaulicht noch eindrücklicher den Gang durch die Institutionen. Er hatte sich 1961 in die Suche nach einem Nachfolger für Professor Felgentraeger eingeschaltet und war ab 1963 Mitglied des Ordinarienkonvents. Der Karlsruher Professor für Bodenmechanik war von 1960 bis 1962 Präsident der WRK, von 1965 bis 1969 Vorsitzender des Wissenschaftsrats und von 1969 bis 1972 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft.²¹ Als solcher lud er Vertreter des Hochschulverbands und der WRK, sowie der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften und der Bundesassistentenkonferenz ein, um über das Hochschulrahmengesetz zu diskutieren. Wenn aus Professoren Wissenschaftsminister wurden, kann dies aufgrund ihrer intimen Sach- und Personenkenntnis positiv oder negativ zurückwirken und garantiert sicherlich nicht Übereinstimmung in der Bildungspolitik. Dennoch

¹⁶ Ludwig Bergsträsser, Jg. 1883; 1906 Promotion Geschichtswiss. Heidelberg; 1910 Privatdozent, 1916 Prof. Neuere Geschichte Greifswald; 1920 Forschungsabteilung Reichsarchiv; 1924-1928 Mitgl. Deutsche Demokratische Partei, Reichstagsmandat; 1933 Entlassung aus polit. Gründen; 1934-1945 Darmstadt, seit 1935 Verbindung mit ausl. Emigrantengruppen; 1945-1949 Regierungspräsident Darmstadt, 1946-1949 MdL Hessen; 1949-1953 MdB, Mitgl. Parl. Rat, Vorsitz Verfassungsausschuss; Honorarprof. f. Politik, Frankfurt/M.

¹⁷ Für die SPD nahmen neben Ludwig Bergsträsser die Abgeordneten Otto Graf, Arno Richard Hennig, Gustav Herbig und Dr. Elinor Hubert teil. Für die CDU kamen die Abgeordneten Hermann Ehlers, Eduart Edert, Josef Kleindinst und ein Dr. Bauer, dessen Identität nicht ermittelt werden konnte. Für die FDP nahm Friedrich Middlehauve teil, für die DP Ernst August Farke; vgl. *Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestags 1949-2002*, hg. v. Rudolf Vierhaus, München 2003.

¹⁸ Mitschrift d. Innenministeriums; Protokoll Nr. 3 des Unterausschusses für Hochschulfragen im Bundestag, Sitzung am 27.6.1950, in: BA B106/1282; Protokoll der 13. Sitzung des Ausschusses für Kulturpolitik am 20.7.1950, in: BA B106/1282.

¹⁹ Paul Egon Hübinger, Jg. 1911; 1935 Promotion Bonn, dort 1943 Habilitation; 1948 Gastdozent Cambridge; 1950 ao.Prof. Bonn, 1951 o.Prof. Münster; dann Leitung d. Abt. f. kulturelle Angelegenheiten d. Bundes, Bundesministerium des Innern; 1954 Honorarprof. Bonn, dort seit 1959 o.Prof.; s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie* und *Munzinger Archiv*, CD-Rom.

²⁰ Brief Hübinger an Felgentraeger v. 17.11.1955, in: BA B106/1330; an Felgentraegers Stelle trug Prof. Scheuner vor, s. dazu Kapitel 5.

²¹ Brief Leussink an Schröder, 15.6.1961; zur Person Leussinks s. *Kürschner* 1976.

verweist der Seitenwechsel einmal mehr auf die außerordentliche Milieunähe und langjährige Vernetzung aller an der Bildungspolitik Beteiligten, welche die Darstellung der Hochschulreform der späten 1960er Jahre als innerbürgerlichen Konflikt, wie sie beispielsweise aus der Kritik des hessischen Bildungsministers Ludwig von Friedeburg (1969-74)²² hervorgeht, plausibel erscheinen lässt.²³ Minister suchten auch persönlichen und informellen Kontakt zum DHV-Präsidenten, um sich hochschulpolitisch zu informieren. So lud der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Hans Lenz,²⁴ Felgentraeger im Juli 1964 zum Mittagessen ein, bevor der unter seiner Federführung operierende interministerielle Ausschuss für Wissenschaft und Forschung dem Bundestag Bericht über „Stand und Zusammenhang“ aller Maßnahmen des Bundes im Bereich der wissenschaftlichen Forschung“ erstatten sollte. Darüber wolle er mit Felgentraeger sprechen. Als Experten fiel es den Professoren insgesamt nicht schwer, den Kontakt mit Entscheidungsträgern anzubahnen und zu pflegen. Sie kannten diese entweder schon lange oder wurden von diesen um fachliche Informationen gebeten.²⁵

Nicht alle Hochschullehrer waren mit ihrer Expertenrolle zufrieden. Siegfried Strugger bewertete seinen Auftritt in der Sitzung einer interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft in Bonn im Oktober 1956 als zweifelhaften Erfolg. Zwar müsse er anerkennen, dass sich ein größerer Kreis von Abgeordneten um den neuesten Stand in der Hochschulreform und Möglichkeiten der Wissenschaftsförderung bemüht habe, doch die verteilten Unterlagen seien unzureichend gewesen, und die Diskussion habe nicht immer zur „Klarheit über die notwendigen Maßnahmen“ geführt. Er zweifelte deshalb daran, dass „man viel Förderung von ihr erwarten könne.“²⁶ Ob er damit auf Vermittlungsprobleme oder auf inhaltliche Vorbehalte der Parlamentarier reagierte, geht aus der Formulierung nicht eindeutig hervor. Sein Kommentar bringt aber die Frustration der Verbandsvertreter zum Ausdruck, die sich häufig der Unkenntnis der Behörden ausgesetzt fühlten. Diese Einschätzung resultiert nicht zuletzt daraus, dass sie ihre als Handlungsanleitung gemeinten Lösungsvorschläge an Ministerialbürokratien, Parteien und Parlamente als Vermittlung der „Sachlage“ – nicht von Partikularinteressen – begriffen und deren Ablehnung daher als Ausweis von Ignoranz empfanden.

In der Praxis überwog die Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz den Kontakt zu den Parlamentariern. Der Hochschulverband erhielt über die Westdeutsche Rektorenkonferenz den Zutritt zu den ständigen gemeinsamen Ausschüssen von WRK und KMK und war damit an einem langjährigen vertrauensbildenden Austausch beteiligt. Ohne formalen Sitz war er jedoch auf den guten Willen der Rektoren angewiesen, die üblicherweise Vertreter des DHV als Experten

²² Ludwig von Friedeburg, Jg. 1924; Dipl.-Psychologe, 1955-1962 Abteilungsleiter u. 1966 geschäftsführender Direktor am Institut für Sozialforschung, Frankfurt/M.; 1966 o.Prof., 1970 Hon. Prof. Universität Frankfurt/M.; 1969-1974 Kultusminister Hessen; s. *Kürschner*, 1976.

²³ Brief Leussink an Präsident Schwab, Hochschulverband v. 16.4.1970, in: BA B380/59; vgl. Ludwig von Friedeburg, *Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch*, Frankfurt 1989, bes. S. 417-429.

²⁴ Hans Lenz, Jg. 1907; Studium d. Neuphilologie in Tübingen, Berlin, London, Paris u. Reykjavik; dann Buchhändlerlehre; 1936-1941 Leiter eines Verlags in Breslau, dann Brunn; nach 1945 (keine genaue Angabe gefunden) Stadtrat in Trossingen; 1951 stv. Vorsitz d. württembergisch-hohenzollerschen FDP; 1953 MdB; 1961-1962 Bundeschatzmeister; 1962-1965 Minister für Wissenschaft u. Forschung; s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom.

²⁵ Den Termin nahm Hans Braun wahr. Der Gesprächsinhalt ist nicht dokumentiert; s. Briefe Lenz an Felgentraeger v. 1.7.1964 u. Felgentraeger an Lenz v. 13.7.1964, in: BA B380/19, Bl. 468 u. 470.

²⁶ Niederschrift der 20. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 24. November 1956 in Bonn, Punkt 11.

für Fragen der Lehrkörperstruktur und der Besoldung einluden. 1951 setzten WRK und KMK einen gemeinsamen Viererausschuss zur Rechtsstellung der Nichtordinarien und zu den Folgen von Artikel 131 GG – der Wiedereingliederung amtsverdrängter Hochschullehrer – ein.²⁷ Institutionell war der Hochschulverband nicht beteiligt, doch delegierte die Rektorenkonferenz Felgentraeger und Weber in das Gremium. Diesen war es ausdrücklich nicht gestattet, für den Hochschulverband zu sprechen, und die Gesprächsergebnisse gingen nicht dem DHV zu. So betonte Gerhard Hess²⁸ als WRK-Vertreter in einer Vorstandssitzung des DHV, dass Felgentraegers Berufung seiner „besonderen Sachkenntnis“ geschuldet sei. Gleichwohl schuf sie dem Hochschulverband eine Plattform für Verhandlungen mit den Hochschulreferenten.²⁹ Offensichtlich wollte oder konnte nicht auf die Kompetenz des Interessenverbands verzichtet werden, dessen Expertenwissen in der komplizierten Materie der Besoldungs- und Kolleggeldreform den Eingang zum direkten Austausch mit der KMK gewährte.

Alle Spitzenvertretungen der Hochschulen und der Forschung arbeiteten in wichtigen Fragen zusammen und berieten gemeinsam mit Vertretern der Länder und des Bundes. Ständige Ausschüsse stellten den Rahmen für einen kontinuierlichen Austausch zur Verfügung. In seinem Jahresbericht von 1956 schrieb Wilhelm Felgentraeger zufrieden über „persönliche Vertrauensbedingungen“, die sich im Laufe der Jahre entwickelt hätten und teilweise „weit über das amtliche Verhält-

²⁷ Niederschrift der 5. Sitzung des Vorstandes des Hochschulverbandes am 26. Oktober 1951 in Marburg, Punkt 1; zu Artikel 131 GG vgl. Bauer, *Hochschulverband*, S. 106-115: Unter Artikel 131 wurden die während der NS-Zeit aus rassistischen und politischen Gründen aus ihren Ämtern entfernten „unterschiedslos in einer Rechtskategorie“ mit jenen Professoren zusammengefasst, die durch Vertreibung oder Entnazifizierung ihre Lehrstühle verloren hatten. Zuständig für die aus politischen Gründen entlassenen waren jedoch die Länder, für die Vertriebenen der Bund; vgl. ausführlicher Bauer, *Hochschulverband*, S. 106 ff.

²⁸ Gerhard Hess, Jg. 1907, Sohn eines Lörracher Fabrikdirektors; 1951-1955 Vorstandsmitgl. DHV, 1952-54 stv. Vorsitz; humanist. Gym. Lörrach; 1926-1931 Romanistik in Basel, Heidelberg u. Berlin, dort 1931 Promotion; bis 1935 Assistent Roman. Seminar Berlin; 1938 Habilitation (roman. Philologie); 1940-1941 wiss. „Hilfsarbeiter“ Leibniz-Kommission d. Preuß. Akademie d. Wissenschaften, Berlin; 1944 Privatdozent; 1946 apl. Prof. Heidelberg; 1948-1964 o.Prof. Heidelberg; 1950 Mitgl. Heidelberger Akademie der Wissenschaften; *Wissenschaftsorganisation*: 1951-1952 Rektor Heidelberg u. Präsident WRK; Anregung eines Wissenschaftsrats durch Artikel ‚Ein langfristiger Plan für die Wissenschaft‘, v. 5.7.1956 in FAZ; 1957-1965 Gründungsmitgl. Wissenschaftsrat; Vorsitz Gründungsausschuss Universität Konstanz bis 1965; 1966 Gründungsrektor Universität Konstanz; 1955-1964 Präsident DFG; Mitgl. Senat MPG; 1956-1963 Leitung Gemischter Ausschuss d. Dt.-Fr. Kulturabkommens; 1977-1979 Vizeprärs. Ges. d. Freunde und Förderer d. Univ. Konstanz; *Ehrungen*: 1957 Ehrensensator Universität Freiburg; 1964 Ehrendoktorwürde TU Berlin; 1972 Ehrenbürgerschaft Universität Konstanz; *außeruniv. u. int. Auszeichnungen*: 1960 Großoffizierskreuz Verdienstorden d. Ital. Republik; 1961 Offizierskreuz Ehrenlegion d. Franz. Republik; 1964 Gr. Bundesverdienstkreuz mit Stern; vgl. Horst Sund, ‚Hess, Gerhard‘, in: *Badische Biographien*. Neue Folge, hg. v. Bernd Ottnad, Bd. 1-3, Stuttgart 1982-90; Bd. 2, S. 132-134, hier S. 132; *Kürschners*, 1950; *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, Bd. 4, S. 670; *Wer ist Wer*, 1969/70; für den Artikel in der FAZ s. Gerhard Hess, *Gesellschaft, Literatur, Wissenschaft. Gesammelte Schriften 1938-1966*, hg. v. Hans Robert Jauss und Claus Müller-Daehn, München 1967, S. 216-218; ‚Professor Heß neuer Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft‘, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. III, Nr. 5, Mai 1955, S. 114; Horst Sund, ‚Gerhard Hess – 13. April 1907 bis 30. Juni 1983‘, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen*, XXII.1985, H.4, S. 7-11; Heinz Trabant, ‚Zum Tode von Professor Gerhard Hess‘, in: Alexander von Humboldt-Stiftung, *Mitteilungen*, H. 42, August 1983, S. 59; Bauer, *Hochschulverband*, S. 129 u. ‚Die Mitglieder des Wissenschaftsrates‘, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Nr. 4/5, Juli-September 1958, S. 71f.; Hess war Mitglied des Hofgeismarer Kreises; vgl. Hofgeismarer Kreis, *Gedanken zur Hochschulreform. Neugliederung des Lehrkörpers*, Göttingen 1956.

²⁹ 51. Vorstandssitzung, Mai 1964, Punkt 1; als Vertreter der KMK im Viererausschuss gehörten im Juli 1952 Oberregierungsrat Dr. Hilgard aus München und Regierungsdirektor Dr. Fehling aus Kiel an. Nach seiner Erweiterung zum Sechserausschuss im gleichen Jahr fiel Hilgard weg. Nun repräsentierten Ministerialdirigent Dr. Hans von Heppe aus Düsseldorf und Ministerialrat G. Müller aus Stuttgart neben Fehling den Hochschulausschuss. Für die Hochschulen trat mit Prof. Hartke ein dritter Mann des Hochschulverbands hinzu; s. dazu Niederschrift der 7. Sitzung des Vorstandes des Hochschulverbandes am 12. Juli 1952 in Frankfurt a. Main, Punkte 5 u. 6; vgl. den Briefwechsel zwischen Felgentraeger und Weber und die Notizen einer ‚Besprechung des Vorsitzenden des Hochschulverbandes mit Herrn Professor Dr. Werner Weber‘ am 14. Dezember 1952 in Göttingen, in: BA B380/13.

nis hinaus zu vertrauensvollen Beziehungen geworden sind.“ Ohne Zweifel ermöglichten diese Beziehungen dem Hochschulverband,

„unsere Anliegen mit den einzelnen Referenten rückhaltlos durchzusprechen und dabei taktische Gesichtspunkte hinter die sachlichen zurücktreten zu lassen.“³⁰

Es wurde auch ad-hoc auf ständige Ausschüsse zwischen Hochschulen und Politik zurückgegriffen. So traf sich 1961 der nun in „Präsidialausschuß“ umbenannte „Viererausschuß“ mit Bundesminister Professor Balke, um über die Probleme der öffentlichen Hand im Rahmen der Zentralisierung der Forschungsförderung zu sprechen. An diesem Gespräch über die Verwirrung der Zuständigkeiten in der Forschungsförderung nahmen unter anderen die Präsidenten der DFG, des DAAD und des DHV, Hess, Lehnartz und Felgentraeger, teil.³¹ Kritik an der staatlichen Umsetzung des in Bad Honnef entwickelten Modells der Stipendienvergabe an Bedürftige verliehen auf einer Sitzung des Zehnerausschusses im Oktober 1958 die Vertreter der Hochschulen, unter denen sich Tellenbach, Weber und Felgentraeger befanden.³² Der auch Länderausschuss genannte Zehnerausschuss setzte sich aus je zehn Vertretern der WRK und des DHV sowie aus dem Präsidium der KMK zusammen.³³ Regelmäßige Treffen machten den Weg über die Öffentlichkeit oder andere gewerkschaftsähnliche Protestmaßnahmen überflüssig, so lange der Meinungsaustausch im voröffentlichen Raum funktionierte. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit war demnach trotz der gelegentlichen Beschwerden über nicht übernommene Forderungen der Hochschullehrer wünschenswert und möglich. Misst man den Erfolg sozialer Gruppen der Zivilgesellschaft an deren Fähigkeit, eine gemeinsame Sprache mit Entscheidungsträgern zu finden, um Partikularinteressen erfolgreich zu artikulieren, so durften die Hochschulen im Allgemeinen eine gute Lage für sich reklamieren.³⁴

Ein weiteres Gesprächsforum stellten die informellen und unregelmäßigen „Mainzer Gespräche“ zwischen dem Viererausschuss der WRK und der KMK dar. Zum ersten „Mainzer Gespräch“ hatte der damalige Präsident der WRK, Tellenbach, im November 1957 den Hochschulausschuss der KMK, den Viererausschuss der WRK und weitere Professoren eingeladen, unter ihnen Wilhelm Felgentraeger und Hans Braun.³⁵ Zwischen November 1957 und Februar 1960 folgten drei Mainzer Gespräche, in denen in „zwangloser Unterhaltung“³⁶ die jeweils „laufenden Fragen“ besprochen wurden.³⁷ Danach funktionierte die Zusammenarbeit allerdings nicht mehr reibungslos. Aus einem Briefwechsel zwischen Richard Voigt³⁸ und Julius Speer, den Präsidenten der KMK

³⁰ „Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden“, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. IV, Nr. 3, Mai 1956, S. 83 f., Zitate S. 84.

³¹ Kurzprotokoll der Sitzung des Präsidialausschusses am 23. Juni 1961 in Karlsruhe, in: Viererausschuß WRK, in: ZZBW/FZ 1391/3, Bl. 12919; zur Diskussion über die Studienförderung s. ausf. Kapitel 5.

³² Kurzprotokoll der Sitzung des Präsidialausschusses am 23. Juni 1961 in Karlsruhe, in: ZZBW/FZ 1391/3, Bl. 12919.

³³ Vermerk von Oberregierungsrat Dr. Scheidemann v. 16.7.1953, in: Bundesministerium des Innern, Referat II/1, BA B106/1330.

³⁴ Wolfgang Merkel u. Hans-Jürgen Puhle, *Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*, Opladen 1999, S. 172 und Pierre Bourdieu, *Sozialer Raum und Klassen. Leçon sur la Leçon, 2 Vorlesungen*, Frankfurt/M., 1995, S. 17-19.

³⁵ Einladung Tellenbach v. 12.11.1957, in: ZZBW/FZ 2183/2.

³⁶ Niederschrift der 32. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 8. Januar 1960, Punkt 1.

³⁷ Niederschrift der 33. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 14. Mai 1960 in Frankfurt a. Main, Punkt 1.

³⁸ Richard Voigt, Jg. 1895; 1910-1915 Lehrerseminar Braunschweig; seit 1916 Lehrer in Braunschweig (verwundet

und der WRK, geht hervor, dass die Gespräche nach Ansicht der Kultusminister keinen Empfehlungs- oder gar Beschlusscharakter, sondern einen nicht durch ein gemeinsames Protokoll festzuhaltenden „Charakter einer vertrauensvollen Fühlungnahme“ haben sollten. Diesem Ansinnen lief ihrer Ansicht nach die Anwesenheit der Vertreter „akademischer Zentralorganisationen“ wie dem DHV und dem DAAD zuwider.³⁹ Zwar wurde der Faden mit dem vierten Mainzer Gespräch im November 1961 wieder aufgenommen,⁴⁰ doch wurden die Gespräche zwischen 1962 und 1965 aus dem gleichen Grund erneut ausgesetzt.⁴¹ Die Vorbehalte der KMK sind jedoch nicht Ausdruck eines schlechten Klimas zwischen ihr und dem DHV. Als vom 3. bis zum 5. Dezember 1959 in Hamburg zwei Unterausschüsse des Hochschulausschusses der Kultusministerkonferenz tagten – der Unterausschuss für Beamten- und der Unterausschuss für Besoldungsrecht –, richtete Felgentraeger einen „kleinen Empfang“ aus und bewertete diese „zwanglose Zusammenkunft“ als

„von allen Seiten begrüßte Möglichkeit zu interessanten Gesprächen mit den Herren der verschiedenen Hochschulverwaltungen“.⁴²

Im Mai 1960 fand eine von Felgentraeger ebenso positiv bewertete Aussprache über die Kolleggeldreform zwischen dem DHV-Ausschuss für Kolleggeldwesen und dem KMK-Unterausschuss für Besoldungswesen statt.⁴³ Den Professoren habe dabei „keine einheitliche Front“ von Hochschulverwaltungsvertretern gegenübergestanden. Das letztlich unter dem Strich stehende Unvermögen, sich zu einigen, resultiere vielmehr daraus, dass die Hochschulreform sich „zum wesentlichen Teil“ als „Finanzfrage“ herausgestellt habe. So wollten die Verwaltungsvertreter

„auf keinen Fall eine Besserstellung der Hochschullehrer durch die Neuordnung des Kolleggeldwesens zulassen“.⁴⁴

Trotz des grundsätzlichen Einvernehmens war es offenbar aufgrund der mangelnden finanziellen Ressourcen nicht möglich, sich inhaltlich zu einigen. Die Lage spitzte sich allmählich zu, als im Juli 1960 die KMK die Reformvorschläge des Hochschulverbands zum Kolleggeldwesen ablehnte. Weder seine Maximalforderungen noch seine Kompromissvorschläge sah der DHV nun umgesetzt und hoffte auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrats, nicht ohne in der Zwischenzeit nochmals den Austausch mit Coing, Dr. Friedrich Schneider⁴⁵ und Raiser vom Wissen-

aus Kriegsdienst ausgeschieden); 1923 Erzieher Gr. Waisenhaus; 1925 Stadtverordneter SPD Braunschweig; 1928 Schulrat Helmstedt; 1931 Amtsverlust „aus politischen Gründen“; 1933 Entlassung aus dem Schuldienst; bis 1945 Handelsvertreter u. Versicherungskaufmann; 1945 Landrat, dann Oberkreisdirektor Helmstedt; 1948-55 u. 1959-63 Kultusminister Niedersachsen; 1951-1967 MdL Niedersachsen; s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom.

³⁹ Brief des Präsidenten der Ständigen Konferenz der Kultusminister an den Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Julius Speer, Bonn v. 29.11.1962, in: ZZBW/FZ 2183/2, 14004 b.

⁴⁰ Niederschrift der 36. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 28. Januar 1961 in Frankfurt a. Main, Punkt 1.

⁴¹ Briefe vom 14.11.1962, 20.11.1962, 29.11.1962, 21.12.1962, 25. 1.1963 und 14.5.1965, in: ZZBW/FZ 2183/2, 14004 a-c. Es handelt sich um eine diverse Amtswechsel überdauernde Korrespondenz zwischen den Präsidenten Speer und Voigt, Speer und Dehnkamp, Sieverts und Dehnkamp sowie zwischen den Generalsekretären der WRK und der KMK, Fischer und Frey.

⁴² Niederschrift 32. Vorstandssitzung, Punkt 1.

⁴³ Kolleggelder waren bis 1964 eine Leistungskomponente des Professorengehalts. Sie konnten bei überdurchschnittlichen Studentenzahlen über die Kolleggelder ihr Einkommen verbessern. Diese „Nebeneinkunft“ wurde 1964 schließlich pauschaliert. In den Jahren zuvor waren die Unterschiede zwischen den Einkünften von Professoren durch die wachsenden Studentenzahlen immer erheblicher geworden.

⁴⁴ Niederschrift 33. Vorstandssitzung, Punkte 4 u. 5, alle Zitate ebd.

⁴⁵ Ministerialdirektor Dr. h.c. Friedrich Schneider, Jg. 1913; 1960 Ehrendoktor Univ. Köln; s. *Wer ist Wer*, 1969/70; Friedrich Schneider war von 1958 bis 1966 Generalsekretär des Wissenschaftsrates.

schaftsrat zu suchen. Diese Hoffnung dämpfte Hans Leussink jedoch. Von einer staatlichen Institution sei die energische Unterstützung der Interessen des Hochschulverbands kaum zu erwarten.⁴⁶

Innerhalb des DHV-Vorstands gingen die Einschätzungen zur Vertrauenswürdigkeit der KMK erheblich auseinander.⁴⁷ Schließlich stellten die regelmäßigen Zusammenkünfte zwischen Hochschulvertretern und den Verwaltungen die Grundlage für von Vertrauen geprägte Beziehungen dar,⁴⁸ was den Konflikt zwischen Politik und Hochschulen verzögert haben dürfte, für den es durchaus Befürworter im Vorstand gab. Ausgeblieben ist er indessen nicht. Als der Hochschulverband im Februar 1961 zur Kenntnis nehmen musste, dass die Verwaltung alle entscheidenden Punkte zur Neuordnung des Kolleggeldwesens verneint und darüber hinaus bei der Neuordnung der Grundgehälter alles Substantielle gestrichen hatte, fand sich eine Mehrheit dafür, dass sich der Hochschulverband „deutlich in aller Öffentlichkeit von den Reformplänen zurückziehen“ möge. Lieber, so Wolfgang Hartke, sollten „einzelne führende Persönlichkeiten“, die über die Parteien große Einflussmöglichkeiten hätten, für die Durchsetzung der eigenen Vorschläge gewonnen werden.⁴⁹ Wiederholte persönliche Gespräche mit den Kultusministern Maunz⁵⁰, Osterloh⁵¹, Landahl⁵², Voigt und Wilhelm Hahn⁵³ führten angesichts des offen gezeigten Desinteresses der Länderfinanzminister⁵⁴ nicht zu einer Annäherung.⁵⁵

Erst im Oktober 1965 wurde ein viereinhalb Jahre zuvor gefasster Vorsatz umgesetzt und die ZDF-Geschäftsstelle besucht, um dort „die Öffentlichkeit“ über die Lage des Nachwuchses zu informieren,⁵⁶ nachdem sogar WRK-Präsident Hans Leussink den Gang an die Öffentlichkeit

⁴⁶ Niederschrift der 34. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 8. Juli 1960 in Saarbrücken, Punkt 3; Niederschrift der 41. Vorstandssitzung am 5. März 1962 in Bonn, Punkt 1.

⁴⁷ Niederschrift 34. Vorstandssitzung, Punkt 3.

⁴⁸ Vgl. Martin Fiedler, ‚Vertrauen ist gut, Kontrolle ist teuer: Vertrauen als Schlüsselkategorie wirtschaftlichen Handelns‘, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 27.2001, S. 576-592, hier S. 93 u. 95 u. ders., ‚Netzwerke des Vertrauens: Zwei Fallbeispiele aus der deutschen Wirtschaftselite‘, in: *Großbürger als Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert*, hg. v. Dieter Ziegler, Göttingen 2000, S. 93-115.

⁴⁹ Niederschrift der außerordentlichen Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 28. Februar 1961 in Frankfurt a. Main, Punkt 1.

⁵⁰ Theodor Maunz, Jg. 1901; seit 1957 Bayer. Staatsmin. f. Unterricht und Kultus; 1960/61 Präsident KMK; Promotion Dr. jur., Univ. München; 1927-1935 u. 1946-1952 Verwaltungslaufbahn in Bayern und Baden; 1932 Privatdoz., 1935 ao.Prof., 1937 o.Prof., Univ. Freiburg, 1952 Univ. München; vgl. *Wer ist Wer*, 1962.

⁵¹ Edo Osterloh, Jg. 1909; 1956 CDU-Kultusmin. Schleswig-Holstein; Studium Theologie; 1935-1941 Dozent kirchl. Hochschule Berlin; 1945-1952 Oberkirchenrat Oldenburg; seit 1949 Kirchenkanzlei EKD; vgl. *Wer ist Wer*, 1962.

⁵² Heinrich Landahl, Jg. 1895; Staatsprüfung f. d. höhere Lehramt Leipzig; 1919-1926 Studienrat Hamburg; 1924-1938 Mitgl. Bürgerschaft (Staatspartei); 1926-1933 (entlassen) Leiter Lichtwark-Schule; später private Unternehmertätigkeit u. Mitarbeit im H. Goverts Verlag; 1945-1953 u. 1957-1961 Senator Hamburg; vgl. *Wer ist Wer*, 1962.

⁵³ Wilhelm Hahn, Jg. 1909; 1937 Promotion Tübingen; 1937-1948 Pfarrer Minden/W.; 1950 o.Prof. f. Theologie, Heidelberg, 1958-1960 Rektor; 1952 Bischof von Oldenburg; 1955-1962 Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen; MdB (CDU); 1964 Kultusminister Baden-Württemberg; ab 1968 MdL, Baden-Württemberg.

⁵⁴ Niederschrift über die 49. Vorstandssitzung am 25.10.1963 in Bonn, Punkt 1.

⁵⁵ Niederschrift der 37. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 28. April 1961 in Frankfurt a. Main, Punkt 1; Niederschrift der 38. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 15. Juni 1961, Punkt 1; Niederschrift der 42. Vorstandssitzung des Hochschulverbandstages am 22. Juni 1962 in Bonn, Punkt 1; Niederschrift der 44. (außerordentlichen) Vorstandssitzung am 30. Nov. 1962 in Bonn, Punkt 1; Niederschrift der 45. Vorstandssitzung am 26. Januar 1963 in Bonn, Punkt 1; Niederschrift über die 54. Präsidiumssitzung am 23. Januar 1965 in Würzburg, Punkt 1.

⁵⁶ Kurzprotokoll über die 57. Präsidiumssitzung am 29. Oktober 1965 in Bonn, Punkt 1.

empfohlen hatte.⁵⁷ Innerhalb des Hochschulverbands brachen im Laufe dieser Verhandlungskrise gegensätzliche Interessenlagen auf: Die vom bisherigen Kolleggeldsystem profitierenden Ordinarien der Freiburger Medizinischen Fakultät – traten aus Protest gegen die Mitarbeit des DHV an der von ihnen als verwerflich bewerteten Reform geschlossen aus dem Verband aus. Schließlich legten die Vorstandsmitglieder Wolfgang Hartke und Gerhard Funke ihre Ämter nieder, weil sie die Interessen der Nichtordinarien durch eine gewerkschaftsorientierte Konfliktpolitik besser gewahrt sahen als durch Felgentraegers konsensorientierten Ansatz.⁵⁸ Dieser Konflikt verdeutlicht die Schwierigkeit, in der Krise Partikularinteressen seiner Mitglieder auszuhalten. Vor allem aber wurde es schwierig, einen *common sense* der Hochschullehrer nach außen zu vertreten. Die Legitimationsbasis brach geradezu weg.⁵⁹ Problematisch war für den Vorstand, dass bei der geringen Anzahl der Hochschullehrer ein gewerkschaftliches Auftreten kaum Aussicht auf Erfolg hatte. Für die Interessenvertretung einer zahlenmäßig bedeutungslosen Berufsgruppe erscheint der argumentative Rückgriff auf das Gemeinwohl als einzig Erfolg versprechende Handlungsstrategie. Persönliche Beziehungen und Überzeugungsarbeit stellten eine nahe liegende Alternative zu potentieller Verweigerung dar, wie sie im Streik zum Ausdruck kommt, der den Beamten zudem verboten war. Als Vertreter einer tendenziell als privilegiert wahrgenommenen Berufsgruppe dürfte Felgentraeger ohnedies vor einem öffentlichkeitswirksamen Werben für das Verständnis ihrer Lage zurückgeschreckt haben.⁶⁰ Die größten Chancen dürften sie sich bei der Teilöffentlichkeit der ihnen vergleichsweise nahe stehenden politischen und Verwaltungsspitze ausgerechnet haben, was das lange Zögern vor dem Verlassen der Verhandlungen und dem Gang zum Fernsehen nachvollziehbar macht. Dabei trat das Problem aller Verbandsführungen in einem auf Kooperation aufbauenden System von Parteien und Verbänden zutage: Die Verbandsführung muss ihren Mitgliedern Entscheidungen gegen sich mit einer „Art ‚Gemeinwohlselbsttröstung‘“ als notwendige Kompromisse vermitteln.⁶¹

Der DHV und seine Partnerorganisationen: Taktische Allianzen und Konkurrenz

Felgentraegers Stil der Lobbyarbeit, der Persönlichkeitspflege und Überzeugungsarbeit war kein persönliches Markenzeichen. Vielmehr existierte ein Netzwerk weniger Männer in Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft, die sich ähnlich der britischen Idee des *Establishment*, in diversen, aber institutionalisierten, Netzwerken bewegten, „sich [...] verstanden und [...] wussten, was sie untereinander verabredeten“, wie der DHV-Geschäftsführer Dorff in einem Interview zusammenfasste.⁶²

Anders als in Britannien waren die deutsche Rektorenkonferenz und der DHV qua Satzung personell miteinander verbunden. Die jeweiligen Vorsitzenden nahmen gegenseitig an den Ver-

⁵⁷ Niederschrift der 41. Vorstandssitzung am 5. März 1962 in Bonn, Punkt 1.

⁵⁸ Bauer, *Hochschulverband*, S. 64-65 u. S. 84-86.

⁵⁹ Darin, „eine Gruppe zu schaffen durch Schaffung des *common sense*“ liegt aber erst die gesellschaftliche Macht von Verbänden; s. Bourdieu, *Sozialer Raum und Klassen*, S. 19.

⁶⁰ Zur Haltung gegenüber der Konfliktstrategie vgl. ebd., S. 95.

⁶¹ Klaus von Beyme, ‚Gemeinwohlorientierung und Gemeinwohrrhetorik bei Partieliten und Interessengruppen‘, in: *Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Ordnung*, hg. v. Herfried Münkler u. Karsten Fischer, Berlin 2002, S. 137-156, hier S. 155.

⁶² Vgl. Bauer, *Hochschulverband*, S. 87 u. 89, Zitat S. 89; zu den Wirkungsfeldern einzelner Personen des Hochschulverbands vgl. Kapitel 5.

bandssitzungen teil.⁶³ Besonders wichtig für die erfolgreiche Zusammenarbeit waren jedoch führende Persönlichkeiten, die im Dienste beider Organisationen standen und über diese hinaus hohes Ansehen und Vertrauen genossen, so dass sie aufkommende Konflikte zu schlichten in der Lage waren. Der institutionelle Dualismus ergab sich daraus, dass sich der DHV nicht als bloße Hochschullehrerververtretung sehen wollte, sondern gegen den Willen einiger Rektoren die Hochschulen zu repräsentieren anstrebte. Diese Kompetenzüberschreitung barg Konfliktpotential und musste wiederholt durch Kompromisse ausgeglichen werden. Um die vorprogrammierten Konflikte zu vermeiden, stellte Felgentraeger bereits auf dem 1. Hochschulverbandstag vorbeugend das „gegenseitige Einvernehmen“ als zwingende Grundlage der Zusammenarbeit in den Vordergrund.⁶⁴

Die WRK und der Hochschulverband veranstalteten zusammen die erste große Hochschulkonferenz vom 4. bis zum 18. August 1952 in Hinterzarten, da sich der Hochschulverband allgemeinen Fragen der Hochschulreform zuwenden wollte, ohne der WRK ins Gehege zu kommen. So beauftragte der Vorstand den in beiden Organisationen Vertrauen genießenden Gerd Tellenbach damit, einen gemeinsamen Ausschuss von WRK und DHV ins Leben zu rufen und zu leiten. Tellenbach warnte zwar von Anfang an vor dem Konfliktpotential,⁶⁵ doch wurde er schließlich von der WRK und dem DHV als Vorsitzender des Ausschusses nominiert.⁶⁶ Schon dessen Besetzung war aber zwischen den WRK- und DHV-Präsidenten Thielicke und Felgentraeger strittig.⁶⁷ Seine daraufhin vorgelegten Vorschläge zu einzelnen Arbeitsgruppen verband Tellenbach mit dem eindringlichen Appell an die Präsidenten, die „Aufgaben und Möglichkeiten eines solchen Ausschusses“ in guter Zusammenarbeit zu erwägen, da sich in den vergangenen vier bis fünf Jahren die Diskussion über die Hochschulreform kaum bewegt habe.⁶⁸

Tellenbach konnte zudem auf das Vertrauen des US-amerikanischen Hohen Kommissariats für Deutschland zählen. Der amerikanische Kulturoffizier Oppenheimer verband seine Glückwünsche zur Nominierung an Tellenbach mit dem Angebot, der Ausschuss möge eine Reformtagung durchführen, die von der Hohen Behörde finanziell unterstützt werden solle.⁶⁹ Zu den Ausschuss-Mitgliedern zählten der Hamburger Rektor Bruno Snell⁷⁰, der am „Blauen Gutachten“ mitgearbeitet hatte, Wilhelm Flitner und Gerhard Hess. Nachdem der gemeinsame Ausschuss für Hochschulreform ins Leben gerufen war, schlug Tellenbach fünf Referate nebst drei ihrer Vorsitzenden vor: Verfassungsfragen unter der Leitung von Felgentraeger, Öffentlichkeit unter der Leitung von Hess, Technische Hochschulen unter der Leitung von Eugen Flegler⁷¹ und Lehrkör-

⁶³ Niederschrift der 3. Sitzung des Vorstandes des Hochschulverbandes in Göttingen, Punkt 2.

⁶⁴ Vgl. Bauer, *Hochschulverband*, S. 28-38 zu den Turbulenzen anlässlich der Gründung des Hochschulverbandes durch die Rektoren.

⁶⁵ Niederschrift der 5. Sitzung des Vorstandes des Hochschulverbandes am 26.10.1951 in Marburg, Punkt 5e.

⁶⁶ Niederschrift der 6. Sitzung des Vorstandes des Hochschulverbandes am 8.2.1952 in Mainz, Punkt 2.

⁶⁷ Brief Felgentraeger an Thielicke v. 3.12.1951, in: ZZBW FZ 45/4, Bl. 1.

⁶⁸ Brief Tellenbach an Thielicke u. Felgentraeger v. 7.12.1951, in: ZZBW/FZ 45/4, Bl. 2.

⁶⁹ Abschrift Brief v. J.J. Oppenheimer, Cultural Officer, Office of the United States High Commissioner for Germany. Office of Public Affairs, Division of Cultural Affairs in Frankfurt a. Main, an Tellenbach v. 10.1.1952, in: ZZBW/FZ 45/4, Bl. 7; Brief Tellenbach an Thielicke u. Felgentraeger v. 22.1.1952, in: ZZBW/FZ 45/4, Bl. 10.

⁷⁰ Vgl. Kapitel 1.

⁷¹ Eugen Flegler, Jg. 1897; 1928 Promotion Elektrotechnik TH Aachen; 1936 ao.Prof. München; während 2. Wk. Technische Hochschule Prag; danach Lücke; 1948 o.Prof. Elektrotechnik TU Aachen, dort 1954-1956 Rektor; s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom.

per sowie Studium Generale mit noch zu ernennenden Vorsitzenden.⁷²

Entsprechend Tellenbachs Warnung funktionierte die Zusammenarbeit der beiden Organisationen aber nicht reibungslos,⁷³ dennoch war die von der Hohen Kommission, dem Bund und den Ländern finanzierte Tagung, die auf dem von Georg Picht – später prominenter Ausrufer der „Deutschen Bildungskatastrophe“ – geleiteten Internat Birklehof stattfand, in den Augen ihrer Organisatoren ein voller Erfolg. Nicht nur inhaltlich, sondern auch gesellschaftlich war sie ein Ereignis. Die zehntägige Zusammenkunft am abgeschiedenen Ort im Schwarzwald, zu der einige Professoren ihre Frauen mitbrachten,⁷⁴ bot den Teilnehmern des DHV, der WRK und aus Stiftungen, Regierungen und Ministerialbürokratien viel Raum für Geselligkeit. Zwischen den Sitzungen und Vorträgen stand den Teilnehmern ausreichend Zeit zur Verfügung, um Kontakte zu knüpfen und die vertretenen Meinungen und Interessen in aller Ruhe auszuloten. Der niedersächsische Kultusminister Voigt, die nordrhein-westfälische Kultusministerin Teusch,⁷⁵ der baden-württembergische Kultusminister Schenkel und der Hamburger Senator Landahl nahmen ebenso teil wie Vertreter der Länder- und Bundesministerien, so der Leiter der Kulturabteilung im Bundesinnenministerium Erich Wende und Karl Friedrich Scheidemann⁷⁶ sowie der Sekretär der Kultusministerkonferenz und Hans von Heppe⁷⁷ für die Hamburger Schulbehörde. Der spätere Generalsekretär der Kultusministerkonferenz, Kurt Frey reiste als Geschäftsführer des Verbands Deutscher Studentenwerke nach Hinterzarten und Haerten als Geschäftsführer der Studienstiftung des deutschen Volkes.⁷⁸ US-amerikanische, französische und britische Vertreter von Universitäten und Behörden sowie Journalisten waren ebenso anwesend. Die Professoren Felgentraeger, Flegler, Hess, Raiser, Hartke, Tellenbach, Thielicke, Pringsheim und Wenke waren ebenso anwesend. Alles in allem kam eine ebenso stattliche wie einflussreiche Gruppe hochschulpolitischer Akteure zusammen.

Die gedruckten Empfehlungen der Tagung wurden anschließend zur Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Sie gingen allen Hochschulen, Hochschulverwaltungen, dem Bundesinnenministerium und

⁷² Brief Tellenbach an Oppenheimer v. 22.1.1952 u. Niederschrift der 6. Sitzung des Vorstandes des Hochschulverbandes am 8.2.1952 in Mainz, Punkt 2.

⁷³ Brief Tellenbach an Hess v. 26.3.1952, in: ZZBW/FZ 46 und Brief Tellenbach an Thielicke v. 26.2.1952, in: ZZBW/WRK 45/4.

⁷⁴ Vgl. Korrespondenz A-H, in: ZZBW/FZ 46/1.

⁷⁵ Christine Teusch, Jg. 1888; 1923 Leitung Kath. Mädchenschutzverband Deutschland; 1929-1933 Mandat Deutscher Reichstag (Zentrum); 1944-1945 Schutzhaft; nach Kriegsende Stadtvertretung Köln; Vorsitz Kulturausschuss der CDU für die britische Zone; seit 1947 MdL (Nordrhein-Westfalen); 1947-1954 Kultusministerin.

⁷⁶ Er wurde später Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung II Forschungsplanung, Technologie und Forschung im Bundesministerium für Forschung, vgl. *Wer ist Wer*, 1974/75.

⁷⁷ Hans von Heppe, Jg. 1907; 1931 Promotion Tübingen; Assessor; Eintritt Reichsbahn, anschl. Verkehrsministerium; 1946-1951 Hochschulreferent Hamburg; 1952-1955 Abteilungsleiter Kultusministerium Nordrhein-Westfalen; 1956 Hamburger Schulbehörde; vgl. *Wer ist Wer*, 1962. Von Heppe legte eine erfolgreiche Beamtenkarriere in Hamburg und im Bund zurück. 1956 erreichte er als Staatssyndikus den höchsten Beamtenrang Hamburgs. Von 1966 bis 1971 war er beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, dann Bildung und Wissenschaft. Er wurde als erster Generalsekretär des Wissenschaftsrates vorgeschlagen, lehnte jedoch ab; s. Olaf Bartz, *Wissenschaftsrat und Hochschulplanung. Leitbildwandel und Planungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1957 und 1975*, Köln 2005, S. 45, Fußnote 80; biographische Angaben zu Kurt Frey s. weiter unten bei Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft.

⁷⁸ Die Teilnehmerliste mit Funktionen der Teilnehmer in: ZZBW/FZ 48/2, Bl. 23f.; Webers Absage an Tellenbach v. 25.7.1952 in: ZZBW/FZ 47/3, Bl. 135.

den akademischen Berufsverbänden sowie nicht zuletzt der Presse und Parlamentariern zu.⁷⁹ Nach der Publikation der Empfehlungen wurde der gemeinsame Ausschuss wieder aufgelöst.⁸⁰

Von 19. bis 22. Oktober 1955 fand bereits die vom DHV organisierte und von der WRK und der KMK finanziell getragene Folgetagung in Bad Honnef statt. Den Vorbereitungsausschuss hatte Felgentraeger geleitet.⁸¹ Mit Ansprachen von Minister Schütz für die Kultusministerkonferenz und von Professor Kolb für die WRK eröffnete die Tagung. Daran anschließend hielt Hermann Heimpel den Eröffnungsvortrag über „Probleme und Problematik der Hochschulreform“, wonach sich die Tagung mit der Frage des Hochschullehrernachwuchses beschäftigte, über den Helmuth Plessner, der DFG-Generalsekretär Kurt Zierold⁸² und Wilhelm Felgentraeger referierten. Über Form und Organisation der Studentenförderung sprach unter anderen Gerhard Hess.⁸³

Nach der Tagung gelang es jedoch nicht, einen geplanten gemeinsamen Ausschuss von DHV und WRK ins Leben zu rufen, nicht einmal um die Tagungsergebnisse zu veröffentlichen. Schließlich publizierte der DHV Hermann Heimpels Vortrag und die Ergebnisse der Tagung im Alleingang. Der gerade als Rektor amtierende Eugen Flegler klagte in diesem Zusammenhang in einer Vorstandssitzung des DHV darüber, dass die „Bedeutung des Hochschulverbandes“ über Standesprobleme hinaus auch „für die hochschulpolitischen Möglichkeiten“ oftmals verkannt werde. Die sich hinter diesen Worten verbergende schwelende Beziehungskrise trat offen zutage, als die jährliche gemeinsame feierliche Veranstaltung von WRK und DHV ausfiel, obwohl der DHV, so Felgentraeger,

„mit Rücksicht auf seine Stellung nach außen und innen einer besonderen Herausstellung seiner Aufgaben und Bestrebungen bei dem einmal im Jahre stattfindenden Hochschulverbandstag bedarf.“

Gleichwohl tagten die WRK und der DHV wie gewohnt nacheinander am gleichen Ort, so dass die gegenseitige Vertretung und Zusammenarbeit gewährleistet blieb.⁸⁴

⁷⁹ Niederschrift der 8. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 24.10.1952 in Nürnberg, Punkt 3; vgl. *Probleme der deutschen Hochschulen. Die Empfehlungen der Hintergartener Arbeitstagungen im August 1952*, mit einer Einleitung von Prof. Dr. Gerd Tellenbach, Freiburg, Göttingen 1953.

⁸⁰ Brief Tellenbach an Fues v. 14.4.1953, in: ZZBW/FZ 47/1, Bl. 42-44; Antwort Fues an Tellenbach v. 21.4.1953, ebd., Bl. 47.

⁸¹ Niederschrift der 15. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 20.11.1954 in Tübingen, Punkt 8. u. Niederschrift der 16. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 13.05.1955 in Frankfurt a. Main, Punkt 8.

⁸² Kurt Zierold, Jg. 1899, Offizierssohn; Zierold war federführend bei der Neugründung der überregionalen Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft, der Vorläuferin der DFG. Er erarbeitete 1948 im Auftrag des Erziehungsrates der britischen Zone die Satzung für die Notgemeinschaft, zusammen mit ihm beigeordneten Vertretern der westdeutschen Kultusbehörden und der Zonenverwaltungen, unter diesen der schleswig-holsteinische Hochschulreferent Fehling, Professor Hallstein aus Frankfurt als Vertreter der amerikanischen und Professor Lehnartz aus Münster für die britische Zone. Die Satzung lehnte sich an jene von 1920 an; s. dazu Thomas Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965*, Köln 1981, S. 111f. Für die ausführlichere Biographie vgl. w. u. Stifterverband u. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom.

⁸³ Brief v. H. H. Nitzschke, Tagungsbüro Hochschultagung Bad Honnef, an Dr. Scheidemann, BMI v. 8.10.1955, in: BA B106/1329; unter Helmuth Plessners Leitung wurde vom Frankfurter Institut für Soziologie schließlich die große Erhebung über Hochschullehrer in der Reihe „Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer“, hg. v. Helmuth Plessner, Göttingen 1956, veröffentlicht.

⁸⁴ Zitat in: Niederschrift der 19. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 26.05.1956 in Aachen, Punkt 1; Niederschrift der 18. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 18.02.1956 in Gießen, Punkt 5; vgl. Bauer, *Hochschulverband*, S. 74. Anlass dieser unterschwellig geführten Auseinandersetzung war das Bestreben der WRK, sich aus einer zu engen Verbindung mit dem Hochschulverband zu lösen, was gegen dessen Interessen sprach.

Gerade unter der WRK-Präsidentschaft Tellenbachs wurde der DHV kurioserweise nicht einmal zur dritten Hochschultagung eingeladen, die erneut in Bad Honnef stattfand. War der Hochschulverband noch für die Organisation der Tagung von 1955 zuständig gewesen, führten WRK und KMK am 1. Juli 1957 ohne ihn eine Tagung zum Problem der Studienförderung durch. Gekränkt über diese Brückierung beschwerte sich Felgentraeger schriftlich und während einer Vorstandssitzung des DHV nochmals persönlich bei Tellenbach. Schließlich übernahm das Sekretariat der WRK die Verantwortung für die angeblich unbeabsichtigt versäumte Einladung. Dass keinem der Beteiligten die Abwesenheit Felgentraegers aufgefallen sein sollte, der sonst bei jeder Veranstaltung tatkräftig mitwirkte, und dass bei allen persönlichen Überschneidungen und intensiver Kommunikation zwischen WRK und DHV Felgentraeger vorab von niemandem über diese Tagung gehört haben sollte, ist unwahrscheinlich. Eine Unstimmigkeit zwischen Hermann Heimpel und Wilhelm Felgentraeger nach der ersten Honnefer Tagung deutet vielmehr auf Kompetenzstreitigkeiten als Ursache der versäumten Einbeziehung des DHV.⁸⁵

Bei allen Konflikten zwischen WRK und DHV über Zuständigkeitsbereiche, ausbleibende Einladungen, Konsultationen oder Nominierungsschwierigkeiten: Die Beteiligten kannten sich so gut und lange, dass Streitigkeiten immer wieder durch persönliche Aussprachen beigelegt werden konnten. So nahm Hermann Heimpel 1955 brieflich gegenüber Wilhelm Felgentraeger Stellung, nachdem dieser sich im Vorfeld gegen eine persönliche Kritik Heimpels verwahrt hatte:

„Wenn Sie [...] meinen, ich hätte mich mehrfach über ‚expansive und ehrgeizige Machenschaften‘ des Hochschulverbandes beklagt, so ist daran richtig, daß ich insbesondere bei der Vorbereitung des II. Hinterzarten einige Sorgen um das Gleichgewicht aller Beteiligten gehabt habe. Gewisse Spannungen liegen ja wohl immer in dem Zusammenleben von Organisationen, deren Grenzen fließend sind.“

Von „Machenschaften“ oder „Ehrgeiz“ habe er jedoch nie gesprochen und erinnerte an die Beziehung, die ihn mit Felgentraeger verband. Er betrachte

„doch wie gewiß Sie im Grunde auch nur mit Trauer das herzliche Verhältnis gestört [...], das uns nun seit beinahe dreißig Jahren verbindet.“

So wolle er nun eine private Reise nach Hamburg mit einem Besuch bei Felgentraeger verbinden, um den Konflikt auszuräumen.⁸⁶ Die Beziehungen zwischen dem Hochschulverband und der Westdeutschen Rektorenkonferenz waren in den 1950er und 1960er Jahren alles in allem sowohl von intensiver und institutionalisierter Zusammenarbeit, persönlichen Beziehungen und personellen Querverbindungen durch Doppelmitgliedschaften als auch von ständigem Konkurrenzkampf geprägt. Die personelle Kontinuität zwischen den drei Konferenzen zur Hochschulreform von 1952, 1955 und 1957 verdeutlicht die Kohäsion zwischen den hochschulpolitisch Aktiven in und außerhalb der Universitäten.

Als Standesvertretung einer numerisch marginalen Berufsgruppe strebte der Hochschulverband seit seiner Neugründung Allianzen an, um zusammen mit ähnlichen Gruppierungen eine gewichtigere Stimme gegenüber Entscheidungsträgern zu gewinnen. Diesem strategischen Bedürfnis

⁸⁵ Brief Felgentraeger an Tellenbach v. 12.8.1957, in: ZZBW/FZ 2884/1, Bl. 5128; Antwortbrief Fischer an Felgentraeger v. 30.7.1957, in: ebd., Bl. 5006; Niederschrift der 23. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 2.11.1957 in Frankfurt a. Main, Punkt 1.

⁸⁶ Brief Heimpel an Felgentraeger v. 5.3.1955, in: ZZBW/FZ 105/3, Bl. 74f.; vgl. Bauer, *Hochschulverband*, S. 123 zu den Verstimmungen zwischen der WRK und dem DHV.

stand jedoch von Anfang an die Furcht entgegen, die Professorenschaft könne in solchen Zusammenschlüssen ihre Eigenständigkeit verlieren. Wilhelm Felgentraeger war daher von Zweifeln über das strategisch beste Verhalten geplagt. Er hatte in der „Isolierung“ des DHV immer „eine gewisse Stärke“ gesehen, wie er Werner Weber berichtete, doch drängten seine Vorstandskollegen ihn 1952, auf Verbindungsangebote von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und dem Marburger Bund einzugehen.⁸⁷

Antriebsmotor für Versuche, berufsgruppenübergreifende Interessen des Bildungsbürgertums durch gemeinsames Handeln durchzusetzen, war wie bereits am Ende des Ersten Weltkriegs dessen finanzielle Lage. Höhere Beamte, Philologen, Richter, Pastoren und Staatstechniker hatten sich 1918 im Reichsbund organisiert und gemeinsame Forderungen durchsetzen können, obwohl der Reichsbund viel weniger Mitglieder als der Deutsche Beamtenbund gezählt hatte. Dagegen waren der ebenfalls 1918 gegründete, aber breiter angelegte Reichsausschuß akademischer Berufsstände mit seinem Anliegen, die „sozialen und kulturellen Interessen der akademischen Berufe“ zu vertreten, ebenso gescheitert wie das 1923 gegründete Schutzkartell der leidenden geistigen Schichten Deutschlands.⁸⁸ Der Hochschulverband konnte somit auf positive wie negative Beispiele der Vernetzung von Bildungsbürgern zurückblicken, die alle auf Erfahrungen des Einkommens- und Statusverlustes durch Inflation und Revolution beruhten, welche die „Gemeinsamkeiten derjenigen, deren Zugehörigkeit zum Bürgertum auf der berufsmäßigen Verwertung universitär erworbenen kulturellen Kapitals basierte, besonders deutlich zutage treten ließen.“ Diese Gemeinsamkeit war im Begriff des ‚geistigen Arbeiters‘ festgehalten worden, mit dem sich das gebildete Bürgertum neu konstruiert hatte und wurde nun eher durch den ‚geistig Schaffenden‘ ersetzt, der indessen ebenfalls ein Bildungsbürgertum festschrieb.⁸⁹

Hemmend für Bündnisse wirkte sich das stark ausgeprägte Unabhängigkeitsstreben der Professoren aus. Weil sie ihre Besonderheit als Berufsstand erhalten wollten, zogen sie nur lose Zusammenschlüsse ernsthaft in Erwägung, woran unter anderem die Gewerkschaftsangebote scheiterten. Gegen eine ebenso zur Diskussion stehende AG der Verbände des höheren Dienstes wandte Dorff wiederum ein, die Anliegen der Hochschullehrer ließen sich nicht mit jenen von Laufbahnbeamten verbinden. Da Felgentraeger die glatte Absage an die Vereinigung höherer Postbeamter scheute, pflegte er stattdessen halbherzig den Kontakt.⁹⁰

Jenseits des Spannungsverhältnisses zwischen Isolierung und Eigenständigkeit auf der einen und stärkerer Interessenvertretung durch Allianzen auf der anderen Seite war über die Richtung der Vernetzung zu entscheiden. Werner Weber warnte mit Bezug auf die GEW vor „einer Schäkerei mit dem DGB“, die den DHV in „eine schiefe Lage“ gegenüber dem Deutschen Beamtenbund brächte, dem sich anzuschließen er vorzog.⁹¹ Wenige Jahre später votierte Thieme gegen den DBB, da zum einen nicht alle Hochschullehrer Beamte seien und der DBB zum anderen über-

⁸⁷ Brief Felgentraeger an Weber v. 28.4.1952, in: BA B380/13.

⁸⁸ Konrad H. Jarausch, ‚Die Krise des deutschen Bildungsbürgertums im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts‘, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil IV Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation*, hg. v. Jürgen Kocka, Stuttgart 1989, S. 180-205, hier S. 195.

⁸⁹ Michael Schäfer, *Bürgertum in der Krise. Städtische Mittelklassen in Edinburgh und Leipzig von 1890 bis 1930*, Göttingen 2003, S. 330f.

⁹⁰ Brief Dorff an Risler v. 23.12.1964 u. Brief Jansen an Risler v. 28.1.1965, in: BA B380/1169; Niederschrift über die 54. Präsidiumssitzung am 23.1.1965 in Würzburg, Punkt 7.

⁹¹ Brief Weber an Felgentraeger v. 5.5.1952, in: BA 380/13.

wiegend die Interessen des mittleren und gehobenen Dienstes vertrete.⁹² Dem Interesse an losen Akademikerzusammenschlüssen, ohne drohende Nivellierung der eigenen Interessen durch die Zusammenarbeit mit sozial breiter gestreuten Gruppen, entsprachen Vereine wie die „Union der Geistesschaffenden“ und die genannte „AG Verbände des Höheren Dienstes“.

Doch auch diese Zusammenschlüsse stellten den Vorstand nicht zufrieden. Klagen über die mangelnden Fähigkeiten der jeweiligen Führungsspitzen standen bei Vorstandssitzungen des DHV regelmäßig auf der Tagesordnung. Möglicherweise lag dies schlicht an der reservierten Haltung des Verbands gegenüber Kooperationen außerhalb der Hochschullehrerschaft. Ebenso könnte es auf die unterfinanzierten und überlasteten Geschäftsstellen zurückzuführen sein, die nur eine mangelhafte Organisation leisten konnten. Denn als der DHV 1953 nach einigem Zögern und auf Thiemes Drängen der Union der Geistesschaffenden beitrug, war dies bereits deren zweiter Anlauf, während der erste an einer nicht funktionierenden Geschäftsstelle gescheitert war. Der Vorsitzende des Bundesverbands der Freien Berufe, Max Horn, übernahm nun den Vorsitz des eingetragenen Vereins, der monatlich den *Geistesarbeiter* veröffentlichte. Der stellvertretende Hochschulverband-Delegierte, Siegfried Strugger,⁹³ empfahl bereits im folgenden Jahr den Austritt aus der Union, weil deren „Mittelmäßigkeit in den Führungsgremien“ ihn störte. Auch Hermann Heimpel hatte sich kritisch geäußert. Tatsächlich funktionierte die Union schlecht. 1954 wurde *Der Geistesarbeiter* eingestellt, die Arbeit des Vereins ruhte aufgrund der Krankheit seines Präsidenten. Ebenso wie der Richterbund wollte Strugger vor einer endgültigen Entscheidung ein halbes Jahr die weitere Entwicklung abwarten und plädierte dann abermals für den Austritt. Diesen reichte Felgentraeger ein, woraufhin jedoch der Verein „hauptsächlich auf Betreiben des Hochschulverbandes“ aufgelöst wurde, um anschließend als lose „Arbeitsgemeinschaft von Verbänden geistig tätiger Berufe“ in einem dritten Anlauf neu ins Leben gerufen zu werden. Im Hochschulverband war die Union jedoch kein Thema mehr und ist aus dessen Sicht als gescheitert zu betrachten. Die gleichwohl fortdauernde Beteiligung des DHV geht aus einem Verweis von 1959 hervor, ein DHV-Vertreter habe an einer ihrer Sitzungen teilgenommen.⁹⁴ Gemessen an der Anzahl der vom Hochschulverband beachteten Aktivitäten, funktionierte die AG der Verbände des höheren Dienstes besser. Sie wurde Mitte der sechziger Jahre gegründet, formalisierte sich kontinuierlich und mündete in den Bundesverband Höherer Dienst.⁹⁵

⁹² Ohnedies konnten nur Personen, nicht aber Körperschaften dem DBB beitreten, was den DHV von vorneherein ausschloss; vgl. Niederschrift der 31. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes, Punkt 8.

⁹³ Zum Vorlauf vgl. Niederschrift der 9. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 10.05.1953 in Heidelberg, Punkt 11; Niederschrift der 10. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 27.06.1953 in Stuttgart, Punkt; „Der Hochschulverband tritt der „Union der Geistesarbeiter“ bei“, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bd. II, Nr. 4, Dezember 1953, S. 31; für Thiemes Einschätzung s. Abschrift Aktenvermerk v. Thieme, ohne Datum, betr.: Union der Geistesarbeiter, in: ZZBW/FZ 105/2, Akten 1, Bd. 48, Bl. 33-38, hier S. 1-4; Nominierung von Hess und Strugger s. Niederschrift der 11. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 21.11.1953 in Münster/Westfalen, Punkt 3.

⁹⁴ Niederschrift der 17. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 19.11.1955 in Würzburg, Punkt 13, u. Niederschrift der 18. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 18.02.1956 in Gießen, Punkt 10; Niederschrift der 29. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 9.5.1959 in Hamburg, Punkt 3; Niederschrift der 15. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 20.11.1954 in Tübingen, Punkt 12; Niederschrift der 16. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 13.05.1955 in Frankfurt a. Main, Punkt 13; Niederschrift der 17. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 19.11.1955 in Würzburg, Punkt 13, u. Niederschrift der 18. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 18.02.1956 in Gießen, Punkt 10; Niederschrift der 29. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 9.5.1959 in Hamburg, Punkt 3.

⁹⁵ Ergebnisniederschrift über die 2. Besprechung der Verbände des Höheren Dienstes am 15.1.1965, in: BA

Wenn der Beschluss zum Beitritt einmal gefasst war, beteiligte sich der DHV federführend. So hatte Felgentraeger sich – zusammen mit Herwart Mießner vom Deutschen Beamtenbund in den fünfköpfigen Vorstand der Union wählen lassen.⁹⁶ Trotz schwachem Interesse an der AG Verbände des höheren Dienstes, die den DHV immer wieder zur Mitarbeit drängte, übernahm er auch dort eine aktive Rolle. Ebenso ließ der DHV von seinem Mitglied Heinz Müller⁹⁷ ein Gutachten über die „Nivellierung der Besoldung der höheren Beamten“ erstellen, das als Vorlage für eine Vorsprache beim Ministerium diente.⁹⁸

Warum sich der DHV trotz aller Kritik an der Union und Unbehagens gegenüber der AG von beiden nicht distanzierte, wird nicht zuletzt aus dem Inhalt dieses Gutachtens ersichtlich: Hinter allen Versuchen von Akademikern, über die Grenzen einzelner Berufsgruppen hinweg Allianzen zu schmieden, stand die von ihnen geteilte Wahrnehmung, finanziell seit 1945 gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen von der Politik schlechter gestellt worden zu sein. Das gemeinsame Ziel, dieser Entwicklung entgegenzutreten und sich wieder eine der eigenen Leistung gemäße soziale Stellung zu verschaffen, sollte mit den Allianzen effektiver erreicht werden.⁹⁹ Im Laufe der Vorsprache im Bundesinnenministerium, an der Dorff und Helmut Risler teilnahmen,¹⁰⁰ trug der Vertreter der Höheren Postbeamten, Ministerialdirigent Köhler, auf der Basis des Gutachtens über die Besoldungsentwicklung der höheren Beamten die vom Hochschulverband verfolgte Argumentation im Wortlaut vor. Kein „junger Mensch mit überdurchschnittlichen Kenntnissen und Erwartungen“ sei unter den gegebenen Umständen mehr bereit, in den Staatsdienst einzutreten, mit gravierenden Folgen für das Gemeinwesen. „Gefährlicher noch“ war laut Köhler, dass

„die geistige Elite, die den Staat trage und darstelle, nicht mehr verstehen könne, warum sie in solchem Maße benachteiligt werde. Sie fühle sich als eine übergangene, zurückbleibende Schicht. Zum Verlust des Sozialprestiges, [...] trete das Gefühl, hinter jedem ‚cleveren Alleskönner‘ der freien Wirtschaft zurückstehen zu müssen“.

Die Verbitterung gegenüber der als passiv wahrgenommenen Regierung wurde deutlich zum Ausdruck gebracht.¹⁰¹ Während einer weiteren Vorsprache im Bundesinnenministerium betonte Generalstaatsanwalt Groß, dass die Angehörigen des höheren Dienstes nach dem Kriege „zum Wohle des Staates“ zurückgesteckt hätten, ohne dass ihnen ihre „vornehme Zurückhaltung [...] gedankt worden“ sei. Der Staat müsse mit einer neuen Besoldungspolitik ein gerechtes „Entgelt für die Leistung“ gewährleisten, die auch „das Maß an Verantwortung“ zu berücksichtigen habe, das mit leitenden Aufgaben einhergehe.

B380/1169; Dorff und Prof. Dr. Klaus-Ulrich Heyland, 4.7.1969, Brief Dorff an Dr. Claussen, Staatssekretär a.D. und Sprecher der AG, die Anfang der 1970er Jahre 70 000 Mitglieder hatte, v. 21.7.1969, in: BA B380/1169.

⁹⁶ Vgl. w.o. Abschrift Aktenvermerk v. Thieme, o.D.

⁹⁷ Heinz (Josef) Müller, Jg. 1918; Nationalökonom; Studium d. Nationalökonomie, 1945 Promotion u. 1949 Habilitation in Volkswirtschaftslehre Bonn; 1955 o.Prof. Freiburg/Br.; s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom.

⁹⁸ Brief Risler an Dorff v. 26.3.1965, in: BA B380/1169; Niederschrift über die 55. Präsidiumssitzung am 8.5.1965 in Köln, Punkt 6; Brief Dorff an Müller v. 8.6.1965 u. Brief Müller an Dorff v. 30.6.1965, in: BA B380/1169; Vermerk über eine Unterredung der Vertreter der AG im BMI mit Paul Lücke am 3.2.1966, in: BA B380/1169.

⁹⁹ Ebd., Niederschrift 55. Präsidiumssitzung.

¹⁰⁰ Brief Risler an Felgentraeger v. 23.6.1965; Brief Dorff an Risler v. 28.6.1965; Brief Risler an Dorff v. 1.7.1965, in: BA B380/1169; Kurzprotokoll über die 57. Präsidiumssitzung am 29.10.1965 in Bonn, Punkt 1.

¹⁰¹ Vermerk über eine Unterredung am 13.7.1965 im BMI mit dem Thema: Besoldungspolitik des Bundes, in: BA B380/1169.

„Vom Gehalt hänge nun einmal, insbesondere heute in einer so materiell ausgerichteten Welt, die soziale Bewertung eines Amtes und seines Trägers ab.“

Der bürgerliche Anspruch auf ein hohes Sozialprestige und ein entsprechendes standesgemäßes Gehalt, sowie die Verbindung des Schicksals der höheren Beamten mit der Sorge um das Gemeinwohl deckt sich in Motiv und Wortlaut so deutlich mit dem Hauptanliegen des Hochschulverbands, dass es verständlich ist, wenn der Verband entgegen seinem ausgeprägten Unabhängigkeitsstreben nicht darauf verzichten mochte, mit gleichgesinnten Gruppen die eigenen Beschwerden den entsprechenden Regierungsstellen wortgewaltiger zu vermitteln, als dies im Alleingang möglich gewesen wäre. Über die Berufsgrenzen hinweg fühlten sich offensichtlich alle akademisch gebildeten Berufsgruppen jenseits der Wirtschaft als zurückgesetzt und in einem Boot sitzend. Die „Zermalmung“ der geistig Tätigen „zwischen organisiertem Kapital und Handarbeit“, angesichts der ihnen fehlenden Repräsentation war das verbindende Thema, wie der erste Präsident der Union der Geisteswissenschaftler bei der Amtsübergabe 1953 betonte.¹⁰² Dies spiegelt das Programm der Union wider. Der „Kampf gegen die Proletarisierung [...] durch Unterbewertung der geistigen Arbeit“, gegen die „Vermassung und Entpersönlichung des Geistesarbeiters“ und für die „wirtschaftliche und kulturelle Förderung des Nachwuchses“ nicht zuletzt durch „eine gesunde Steuergesetzgebung“ sowie die „Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Geistesarbeiter in der Gesetzgebung“ waren alles Ziele, die der Hochschulverband uneingeschränkt teilte.¹⁰³

So schloss die Union der Geistesarbeiter mit der sozialen Nivellierung thematisch direkt an die Zwischenkriegszeit an, in der sich Bürger bereits darüber beklagt hatten, dass Arbeiter ihre Gehaltsvorstellungen als große gesellschaftliche Gruppe rücksichtslos durchsetzten, während die Bürger eine viel zu kleine Gruppe darstellten, um Einfluss auf die Besoldung nehmen zu können.¹⁰⁴ Diese Sicht auf die Dinge hatte nach 1945 offenbar Bestand. Die Referenz für das, was als angemessene Lage, Status, Prestige und Einkommen der akademischen Berufe betrachtet wurde, blieb somit das Kaiserreich als Zeit, in der Bürger noch eine herausgehobene Stellung genossen hatten. Die Betonung ihrer Vornehmheit, die Akademikern ein starkes Eintreten in eigener Sache verbiete, während ihre Einflussmöglichkeiten auf der politischen Ebene gering seien, würden vermuten lassen, dass sie tatsächlich sozial abgesunken waren, was der Realität der Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik jedoch nicht entspricht.¹⁰⁵

Wenn der Hochschulverband noch bei einem dritten Anlauf der Union federführend war, liegt dies vielleicht daran, dass sie nicht nur höhere Beamte, sondern besser verdienende Akademikergruppen vertrat und in der neu gewonnenen Breite die Eigenständigkeit und Besonderheiten der Professoren als Beamte ohne Laufbahn weniger bedrohte. Ein Vorteil, der die Zusammenarbeit mit der Union attraktiver als den Beitritt zu größeren Verbänden und die Mitarbeit in der AG Verbände des Höheren Dienstes attraktiv erscheinen lässt. Die klare berufliche Abgrenzung dürfte auch zur Zufriedenheit über die Zusammenarbeit zwischen Hochschullehrern und Unternehmern beigetragen haben, die im Folgenden betrachtet wird.

¹⁰² Abschrift Aktenvermerk v. Thieme, ohne Datum, betr.: Union der Geistesarbeiter, in: ZZBW/FZ 105/2, Akten 1, Bd. 48, Bl. 33-38, hier S. 1-4.

¹⁰³ Ebd., S. 4f.

¹⁰⁴ Schäfer, *Bürgertum in der Krise*, S. 330.

¹⁰⁵ Ebd., S. 332; zur Einkommens- und Vermögensverteilung s. Kapitel 1 dieser Arbeit.

Die persönlichen Kontakte zwischen den höchsten Ebenen der Wirtschaftsverbände BdA, BDI und der Regierungen waren ausgesprochen gut, nicht nur zwischen dem ersten BDI-Präsidenten Berg und Konrad Adenauer.¹⁰⁶ Zudem war das Unternehmertum zahlreich im Bundestag vertreten und nahm über dessen Ausschussarbeit Einfluss auf die Gesetzgebung: Zwischen 1953 und 1957 setzten sich vier Ausschüsse zu über einem Drittel aus wirtschaftsnahen Parlamentariern zusammen, zwei weitere aus fast einem Drittel beziehungsweise einem Viertel. In insgesamt zwölf Ausschüssen kamen vier Vorsitzende und fünf stellvertretende Vorsitzende aus der Großindustrie und den Verbänden. Angesichts ihres Anteils von 13,5 Prozent der Bundestagssitze und im Verhältnis zu ihrer Größe war diese Interessengruppe deutlich überrepräsentiert.¹⁰⁷ Der geschäftsführende Direktor des Deutschen Industrieinstituts Fritz Hellwig¹⁰⁸ war von 1953 bis 1957 CDU-Bundestagsabgeordneter und übermittelte Bundeskanzler Adenauer im Februar 1957 einen Bericht über die politische Lage an den Universitäten, den ihm sein „Gewährsmann“ im Deutschen Industrieinstitut geliefert habe. Den Bericht ließ Hellwig gleichzeitig den geschäftsführenden Mitgliedern der CDU, Minister Gerhard Schröder und Minister a.D. Franz Meyers sowie den Abgeordneten Kurt Georg Kiesinger, Bruno Heck und Konrad Kraske¹⁰⁹ zugehen. Sein Gewährsmann informiere ihn seit Jahren zuverlässig über „Vorgänge in der Studentenschaft und in den studentischen Verbänden“. In dem als Anlage beigefügten „internen Vermerk“ über die Lage an den Universitäten, die laut Hellwig die „CDU mit größter Besorgnis erfüllen“ müsse, wurde der Erfolg des SDS innerhalb der Studentenschaft auf die „Materialisierung der Grundeinstellung und auch der Verhaltensweise der Studenten“ zurückgeführt. Demgegenüber fänden die konservativen „Kernsätze“ und die sie vertretenden studentischen Korporationen kaum noch Gehör. „Das Bürgertum“, so der Berichterstatter, „ist in der Einschätzung der meinungsbildenden Bedeutung der Studenten fahrlässig“, da es ihnen einen nach 1933 nicht mehr gerechtfertigten „Vertrauenskredit einräumt“.¹¹⁰

¹⁰⁶ Dies verschaffte laut Werner Bührer dem BDI unter allen Verbänden den größten Einfluss; vgl. Werner Bührer: „Auf dem Weg zum Korporatismus? – Der Bundesverband der Deutschen Industrie in zeitgeschichtlicher Perspektive“, in: *Unternehmerverbände und Staat in Deutschland*, hg. v. dems. und Edgar Grande, Baden-Baden 2000, S. 43-52, hier S. 47; zu den engen Beziehungen zwischen Berg und Adenauer s. auch Berghahn, *Unternehmer*, S. 187f.

¹⁰⁷ Heinz Hartmann, *Der Deutsche Unternehmer: Autorität und Organisation*, Frankfurt/M. 1968, S. 250f.

¹⁰⁸ Fritz Hellwig, Jg. 1912; Studium d. Philosophie, Volkswirtschaft, Staatenkunde u. Geschichte, 1933 Promotion; 1936-1939 Geschäftsführer IHK Saarbrücken; 1937-1938 Lehre Hochschule für Lehrerbildung Saarbrücken; 1947 Wirtschaftsberater; 1951-1959 geschäftsführender Direktor d. Dt. Industrieinstituts; 1953-59 MdB (CDU) u. 1956-59 Vorsitz Wirtschaftsausschuss; 1959 Abgeordneter Europ. Parlament; vgl. *Munzinger Archiv*, CD-Rom; Der Wirtschaftspublizist Hellwig trat in den 1930er Jahren in die NSDAP ein, wurde Geschäftsführer der Bezirksgruppe Südwest der Eisenhüttenindustrie in Saarbrücken und 1943 in die Wehrmacht eingezogen. Er verbrachte zwei Jahre in US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft in Fort Reno, Oklahoma, wo er erneut publizistisch tätig war und sich vor allem mit der sozialistischen Bedrohung auseinandersetzte; vgl. Wiesen, *West German Industry*, S. 108f.

¹⁰⁹ Franz Meyers, Jg. 1908; Jurist, 1952 Innenminister Nordrhein-Westfalen; Konrad Kraske, Jg. 1926; Historiker; 1954 stv. Bundesgeschäftsführer, 1958-1970 Bundesgeschäftsführer CDU; beide in *Munzinger Archiv*, CD-Rom; Kurt Georg Kiesinger, Jg. 1904; Jurist; 1949-1958 MdB CDU, 1958-1966 Ministerpräsident, Baden-Württemberg, 1966-1969 Bundeskanzler; Gerhard Schröder, Jg. 1910; Jurist; 1949-1980 MdB; 1953-1961 Bundesinnenminister, 1961-1966 Bundesaußenminister, 1966-1969 Bundesverteidigungsminister; Angaben zu beiden in *Deutsche Biographische Enzyklopädie*; Bruno Heck, Jg. 1917; Studium d. Theologie, Althilologie, Germanistik u. Geschichte Tübingen; 1938-1944 Wehrmacht; 1950 Promotion; 1950-1952 Kultusministerium Baden-Württemberg, 1957 MdB, seit 1961 Vorsitz kulturpolitischer Ausschuss; seit 1961 Vorsitz Deutsche Welle; seit 1968 Vorsitz Konrad-Adenauer-Stiftung; seit 1967 Mitglied Zentralkomitee der deutschen Katholiken; vgl. *Wer ist Wer*, 1969/70.

¹¹⁰ Brief Hellwig an Adenauer v. 18.2.1957, im Anhang ein Vermerk für Hellwig v. 16.2.1957, betr. Politische Lage in

Als Verbindungsglied zwischen dem Deutschen Industrieinstitut – und darüber dem BDI und der BdA – auf der einen und dem Bundestag und der Bundesregierung auf der anderen Seite, kam Hellwig quasi einer doppelten Verpflichtung nach, um die Sorgen des deutschen Bürgertums, das er mit den politisch konservativen und christlichen Kreisen gleichsetzte, in der Regierung zu verbreiten. Eine Trennung zwischen den Interessen der CDU und der deutschen Wirtschaft ist in Fritz Hellwigs Brief nicht erkennbar. Die zum Ausdruck gebrachte Bedrohung und der Rekurs auf das fahrlässige Bürgertum beleuchtet die kontinuierlichen Vernetzungsbestrebungen der Unternehmer ebenso wie das Verständnis der Arbeitgeberverbände von Bildungsarbeit. Solcherart Hineintragen unternehmerischer „Aufklärungsarbeit“ in Parlament und Regierung findet in Britannien keine dokumentierte Parallele.

Um auf verschiedenen Ebenen bildungspolitischen Einfluss auszuüben, gründeten die deutschen Unternehmerverbände zahlreiche Gesprächsforen und Institutionen. Drei davon, der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, der „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ und der Wissenschaftsrat sollen im Folgenden genauer betrachtet werden. Dort vernetzten sich Unternehmertum und Professorenschaft, teilweise auch mit politischen Entscheidungsträgern.

1921 war der „Stifterverband der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ zur Unterstützung der durch die Inflation bedrohten Wissenschaft ins Leben gerufen worden. 1949 wurde er als „Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft“ neu gegründet.¹¹¹ Mit den Spitzen der sich wieder formierenden Unternehmerverbände und Handelskammern war sich der Gründerkreis des Stifterverbands über die entscheidende Rolle von Forschung und Innovation im internationalen Wirtschaftswettbewerb einig.¹¹² Er appellierte an das unternehmerische Verantwortungsgefühl für Wissenschaft, Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung und verfolgte eine doppelte Stoßrichtung, um

„dem Gedanken der Wissenschaft nicht nur in Politik und Verwaltung, sondern gerade auch in breiteren Kreisen der Wirtschaft selbst Einzug zu verschaffen.“¹¹³

Darum stünde es schlecht, weil viele Unternehmer „wenig Verständnis für das große Ganze“ zeigten. Das Bewusstsein der „Verpflichtung des Reichtums gegenüber dem Volksganzen“ drohe ihnen im Zuge des Wirtschaftswunders verloren zu gehen.¹¹⁴ Mit der Unterstützung durch die Unternehmerverbände war der Stifterverband dagegen, wie in einem Artikel in *Der Arbeitgeber* zu lesen war, zufrieden.¹¹⁵ Darin wurde die hinter dessen Neugründung stehende Motivation so umrissen:

„Der Stifterverband stellt den Versuch dar, das alte Mäzenatentum vergangener Zeitalter in der zeitbedingten Form einer freiwilligen *kollektiven Solidarleistung* wiedererstehen zu lassen.“

Zum einen sollte er Mittel zur Wissenschaftsförderung aufbringen und zum anderen eine „enge

der Studentenschaft, o. Autor, Abt. IV des Deutschen Industrieinstituts.

¹¹¹ Vgl. Winfried Schulze, *Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1920-1995*, Berlin 1995, S. 223.

¹¹² Ein Bindeglied zwischen BDI und Stifterverband war dessen stellvertretender Vorsitzender Hermann Reusch, der an der Gründung des BDI beteiligt gewesen war, deren Vorsitz er erfolglos angestrebt hatte.

¹¹³ Schulze, *Stifterverband*, S. 154 u. 156, Zitat S. 156.

¹¹⁴ Ebd., S. 215; die Kritik ist einem Brief von Clemens Plassmann an Fritz Gummert aus dem Jahre 1956 entnommen.

¹¹⁵ „Der Stifterverband in Würzburg“, in: *Der Arbeitgeber*, 20.6.1961, S. 364f., Zitat S. 365.

Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft“ pflegen, „damit beide sich in ihren Wünschen und Notwendigkeiten [...] aufeinander abstimmen“ könnten. Durch das „Zusammenrücken von Wirtschaft und Wissenschaft“ biete sich dem Stifterverband

„auch die Möglichkeit, sich gegenüber der Öffentlichkeit, insbesondere aber gegenüber der Wirtschaft zum Fürsprecher der Wissenschaft und ihrer Bedürfnisse zu machen.“¹¹⁶

Gegenüber der „Öffentlichkeit“ legitimierte das eigene Engagement den Anspruch, in der Wissenschaftspolitik mitreden zu dürfen. In diesem Sinne forderte Hermann Reusch „mit dem moralischen Mitspracherecht“ dessen, der den gleichen Maßstab an sich selbst anlege, auf der Vollversammlung des Gesprächskreises „Wissenschaft und Wirtschaft“ 1959 den Staat dazu auf, 1 Prozent des Volkseinkommens für die Wissenschaft auszugeben, so wie die Wirtschaft dem Stifterverband 1 Prozent ihres Gewinns „als freie Spende zur beliebigen Verfügung“ stelle.¹¹⁷ Diese Summe kam indes bei weitem nicht zustande, womit das schon für das Kaiserreich gezeigte Phänomen vom weit hinter den öffentlichen Bekundungen liegenden Spendenaufkommen der Wirtschaft für Kultur und Wissenschaft nur fortwährte.¹¹⁸

Über den Stifterverband fanden Unternehmer und Unternehmerverbände, wie die Gewerkschaften richtig erkannten, Eingang in die DFG und in den Wissenschaftsrat, wo sie sowohl die Bildungspolitik als auch die Mittelvergabe beobachten, wenn nicht mitgestalten konnten.¹¹⁹ Um „Spendenwildwuchs“ zu verhindern, einigten sich die Konkurrenten, den Hauptanteil der vom Stifterverband verwalteten Gelder in die Notgemeinschaft einfließen zu lassen, die im Gegenzug darauf verzichtete, weitere private Spenden einzuwerben, woraus beide Institutionen einen Vorteil zogen: Die spätere DFG bewahrte so ihren „einzigartigen privatrechtlichen Organisationsstatus“, obwohl sie überwiegend von öffentlichen Geldern lebte. Der Stifterverband erlangte durch die Partnerschaft

„Einblick und Einfluß auf alle der Wissenschaft in Forschung und Lehre wesentlich zuzufließenden Mittel“.¹²⁰

Zur Schaffung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses fand ein größerer „Gremienaus-tausch“ statt: Vom Stifterverband gingen Richard Merton¹²¹ in das Präsidium, Fritz Gummert¹²²

¹¹⁶ Ebd., S. 364.

¹¹⁷ ‚Wissenschaftsförderung tut not‘, in: *Der Arbeitgeber*, 5.3.1959, S. 139f., Zitat S. 140.

¹¹⁸ Am Beispiel der mangelnden Spendenbereitschaft, mit Ausnahme einiger sehr reicher Großspender innerhalb der Berliner Kaufmannschaft im Kaiserreich und der Weimarer Republik, zeigte dies ausführlich Christof Biggeleben, *Das „Bollwerk des Bürgertums“. Die Berliner Kaufmannschaft 1870-1920*, München 2006, S. 209 mit dem Fazit, dass entgegen dem sagenumwobenen bürgerlichen Mäzenatentum im Kaiserreich für die Berliner Kaufmannschaft Spenden keinesfalls konstitutiv war; auch das Spendenaufkommen des Stifterverbandes blieb weit hinter dem 1% zurück, von dem Reusch sprach: nach dieser Formel hätten bis 1958 bereits 250 Mio DM zusammenkommen müssen, tatsächlich waren es gerade einmal 10 Mio DM; s. dazu ausführlicher Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, S. 124.

¹¹⁹ Schulze, *Stifterverband*, S. 159 u. 213.

¹²⁰ Ebd., S. 159.

¹²¹ Richard Merton, Jg. 1881; Leitung Familienunternehmen Frankfurter Metallgesellschaft AG; 1928-1933 Stadtverordneter Frankfurt; 1932/33 Reichstagsabgeordneter (Deutsche Volkspartei); 1939 floh der Protestant jüdischer Herkunft nach Britannien und war nach seiner Rückkehr 1947 nach Deutschland von 1948 bis 1958 erneut Aufsichtsratsvorsitzender der Metallgesellschaft AG. Über seine Ehefrau war er mit dem deutschen Hochadel verwandt: Elisabeth Prinzessin zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg war seit 1923 von Prinz Otto-Konstantin zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg geschieden; vgl. Pritzkeleit, *Männer, Mächte, Monopole*, S. 481. Merton zählte zu den einflussreichen Wirtschaftsvertretern, die informell mit Ludwig Erhard am Runden Tisch Standpunkte über Wirtschaftspolitik austauschten; s. Lothar Gall, *Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie*, München 2005, S. 244.

und Ernst H. Vits¹²³ sowohl in den Hauptausschuss als auch in das Kuratorium der Notgemeinschaft. Der ab 1969 als Vorsitzender der BdA amtierende Otto A. Friedrich,¹²⁴ Wilhelm Haspel¹²⁵ und Karl Ziegler¹²⁶ traten in ihr Kuratorium ein. Von der Notgemeinschaft zogen Emil Lehnartz¹²⁷ in den Vorstand und Karl Geiler,¹²⁸ Walter Gerlach, Hartmann und Kurt Zierold¹²⁹ in den

¹²² Fritz Gummert war Schatzmeister des Stifterverbands und leitete eine Gesprächsgruppe des Gesprächskreises „Wissenschaft und Wirtschaft“, *Wer ist Wer*, 1955.

¹²³ Dr. Ernst Hellmut Vits; Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG in Wuppertal-Elberfeld; Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des Stifterverbands; Jg. 1903, Sohn des evangelischen Bischofs von Berlin Ernst H. Vits; Promotion Rechtswissenschaften Münster; 1929 Gerichtsassessor; 1929 Justitiar; Deutsche Revisions- und Treuhand-AG Treuarbeit, ordentl. Vorstandsmitglied seit 1932; 1939 Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG, Wuppertal-Elberfeld; 1940 Vorstandsvorsitz und Generaldirektion, 1969 Aufsichtsratsvorsitz; Aufsichtsratsvorsitzender und -mitglied weiterer Firmen. Vits agierte an prominenter Stelle innerhalb des vom Stifterverband mitgetragenen Gesprächskreises „Wissenschaft und Wirtschaft“ u. von 1958 bis 1965 war er Mitglied des Wissenschaftsrates. Vits war mit verschiedenen Wissenschaftsorganisationen eng verbunden, als Präsidialmitglied des Hauptausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft, als Senator der Max Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Thyssen-Stiftung. Die Universität Münster und die Technische Hochschule Berlin ernannten ihn zum Ehrensensator, er erhielt die Ehrendoktorwürde der Universität Münster und 1953 das Große Bundesverdienstkreuz, 1963 den Stern. 1970 starb er im Alter von 66 Jahren.

¹²⁴ Otto A. Friedrich war Vorstandsvorsitzender der Harburger Gummiwarenfabrik Phoenix AG und Berater des Bundeswirtschaftsministeriums in Rohstofffragen sowie ab 1969 Vorsitzender der BdA. Er war Vorstandsmitglied bei Phönix und der Bruder des in Harvard lehrenden Wissenschaftlers Carl Joachim Friedrich; vgl. Volker Berghahn, *Otto A. Friedrich, ein politischer Unternehmer. Sein Leben und seine Zeit, 1902-1975*, Frankfurt/M. 1993.

¹²⁵ Wilhelm Haspel, Jg. 1898; Generalsekretär Daimler Benz AG; der Wirtschafts- und Industriemanager starb im Alter von 53 Jahren an den Folgen einer Gehirnblutung. 1927 Promotion, TH Stuttgart, danach Einstieg bei Daimler Benz; 1941 Vorstandsmitglied, 1942 Vorstandsvorsitzender u. Generaldirektor Daimler-Benz AG; 1951 Ehrenbürger, TH Stuttgart; im gleichen Jahr Ehrendoktor der TH Berlin; vgl. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom und *Munzinger Archiv*, CD-Rom; Haspel wurde in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender von Daimler Benz 1945 seines Amtes enthoben, obwohl ihn „noch das NS-Regime aus dem Amt zu drängen versucht hatte“, so Paul Erker u. Toni Pierenkämper, „Einleitung: Industrie-Eliten im 20. Jahrhundert“, in: *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*, hg. v. dens., München 1999, S. 1-18, hier S. 9; Joly, *Großunternehmer*, S. 148 verweist indessen darauf, dass dieser Amtsverdrängungsversuch nicht einer Gegnerschaft Haspels zum NS geschuldet war, sondern vielmehr den jüdischen Vorfahren seiner Frau. Haspel hatte den Bereich Triebwerke in Albert Speers Organisation geleitet, was seine Verhaftung durch die Alliierten wiederum plausibel macht. Seit 1950 gehörte Haspel dem Runden Tisch führender Wirtschaftsvertreter an, die mit Wirtschaftsminister Erhard informell die neueste Wirtschaftspolitik diskutierten; s. Lothar Gall, *Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie*, München 2005, S. 243.

¹²⁶ Karl Ziegler, Jg. 1898; 1928 a.o.Prof. Heidelberg; 1936 o.Prof. u. Direktor Chemisches Institut, Universität Halle. 1943 Leitung Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohleforschung Mühlheim/Ruhr. 1935 Liebig-Medaille d. Vereins Deutscher Chemiker, 1952 Carl-Duisberg-Plakette d. Gesellschaft Deutscher Chemiker. Mitgl. u.a. Akademien der Wissenschaften München u. Göttingen; Senator Max-Planck-Gesellschaft; vgl. *Wer ist Wer*, 1955 u. *Kürschners*, 1961.

¹²⁷ Emil Lehnartz, Jg. 1898; Kaufmannssohn; 1929 Habilitation in Medizin; 1939 ao.Prof. Münster, dort 1946 o.Prof., Leiter Institut f. physiologische Chemie u. 1946-1949 Rektor; Vorsitz Deutsch-Englische Gesellschaft; Vorstandsmitglied Stifterverband; Mitgl. Arbeitsgemeinschaft für Forschung Nordrhein-Westfalen; Gründungs- und Kuratoriumsmitglied, seit 1968 Präsident DAAD; gr. Bundesverdienstkreuz mit Stern, 1960 CBE; Lehnartz war Mitglied des Hofgeismarer Kreises; s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie* u. vgl. *Munzinger Archiv*, CD-Rom; vgl. Hofgeismarer Kreis, *Gedanken zur Hochschulreform. Neugliederung des Lehrkörpers*, Göttingen 1956.

¹²⁸ Karl (Hermann Friedrich) Geiler, Jg. 1878; Studium Rechtswissenschaften Freiburg/Br., Berlin u. Heidelberg; 1904 Niederlassung als Rechtsanwalt; 1909 Mitbegründer Handelshochschule Mannheim, dort Lehrtätigkeit in Handels-, Wirtschafts- und Steuerrecht; 1921 ao.Prof. Heidelberg, 1928-1939 o. Hon.prof.; 1945-1947 1. Ministerpräsident Hessens; 1947 o.Prof. internationales Recht Heidelberg, dort 1948/49 Rektor; Präsident Deutsche Europa-Akademie und Deutsch-Französische Gesellschaft; s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, Geiler war der erste Präsident der neugegründeten Notgemeinschaft und hatte am 18. Mai 1949 die Gruppe um Richard Merton eingeladen, um über die zusätzliche Finanzierung der Notgemeinschaft durch einen neu zu gründenden Stifterverband zu sprechen, s. dazu Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, S. 118.

¹²⁹ Kurt Zierold, Jg. 1899, Offizierssohn; Studium Rechtswissenschaften München, Berlin u. Greifswald; 1921 Promotion; 1925 Eintritt preuß. Kultusministerium; 1934 Vorsitz Reichsanstalt für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht; seit 1945 Leitung Hochschulabteilung im niedersächsischen Kultusministerium; 1949-1952 geschäftsführender Vizepräsident, Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft; 1952-1964 Generalsekretär

Verwaltungsrat des Stifterverbands.

Für den Hochschulverband war der Stifterverband zum einen finanziell sehr interessant, gab er sich doch laut Felgentraeger „große Mühe [...] den Hochschulverband zu fördern“, ¹³⁰ zum anderen als Ort der Vernetzung. So nahm Felgentraeger wiederholt an den vom Stifterverband finanzierten jährlichen Studienreisen des Gesprächskreises „Wissenschaft und Wirtschaft“ teil. ¹³¹ Die repräsentativen Jahresversammlungen und Pressekonferenzen des Stifterverbands ¹³² wussten Felgentraeger und Dorff ebenfalls für Gespräche mit wichtigen Persönlichkeiten, wie dem Bundespräsidenten oder Ministern, zu nutzen. ¹³³ Zu Arbeitssitzungen des Stifterverbands wurde der Hochschulverband regelmäßig eingeladen, nicht nur zu den Sitzungen über Fragen der Besoldung oder der Lehrkörperstruktur, sondern beispielsweise auch zur Aussprache über die Konzeption der Volkswagenstiftung. ¹³⁴ Geschäftsführer Dorff boten diese Arbeitssitzungen Gelegenheiten, „mit den leitenden Herren der wissenschaftlichen Organisationen Kontakte zu pflegen“. ¹³⁵

In seiner Bilanz über den Stifterverband lehnt Winfried Schulze den Begriff Mäzenatentum ab, da er als „Vertreter legitimer und dazu gesellschaftlich nützlicher Interessen“ mit seinem geringen Anteil am Gesamtbudget der DFG eher eine strategische Förderung geleistet habe, welche dem Unternehmertum als „Eintrittsbillet in den Kreis der Wissenschaftsorganisationen“ diene, deren Ziele und Entscheidungen es zu beeinflussen gedachte. Alles in allem beurteilt er den Stifterverband als „strategische Leistung“. ¹³⁶ Tatsächlich bot der Stifterverband als Lobbyinstitution der Privatwirtschaft in der Wissenschaftsförderung Unternehmern Einfluss auf Universitäten und Politik, während die 1959 und 1961 gegründeten und finanzstarken Fritz-Thyssen- und Volkswagen-Stiftungen ebenso wie das geringe Spendenaufkommen des Stifterverbandes verhinderten, dass der ursprüngliche Plan der Gruppen um Merton und Reusch, diesen zum „zentralen Verteilungsorgan“ der Wirtschaft aufzubauen, scheiterte. ¹³⁷

Der Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft

Zusammen mit dem BDI gründete der Stifterverband den bereits erwähnten „Gesprächskreis

Deutsche Forschungsgemeinschaft; vgl. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom und *Munzinger Archiv*, CD-Rom.

¹³⁰ Felgentraeger erfreute sich guter Beziehungen zum Direktor des Stifterverbands, Nord; zudem finanzierte ihm der Stifterverband einen Präsidialfond; s. Niederschrift der 22. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 22.6.1957 in Frankfurt a. Main, Punkt 8b. Zusammenarbeit mit anderen Verbänden.

¹³¹ Genauer zu diesen Reisen im Unterkapitel Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft.

¹³² Schulze, *Stifterverband*, S. 218.

¹³³ Über die Veranstaltungen des Stifterverbandes wurde regelmäßig in den Vorstandssitzungen des Hochschulverbandes berichtet, vgl. Niederschrift der 33. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 14. Mai 1960 in Frankfurt a. Main, Punkt 1; Niederschrift über die 47. Vorstandssitzung am 11. Mai 1963 in Frankfurt/Main, Punkt 1; Niederschrift über die 48. Vorstandssitzung am 14.6.1963 in Berlin, 14.6.1963, Punkt 1; Niederschrift über die 49. Vorstandssitzung am 25.10.1963 in Bonn, Punkt 1; Niederschrift über die 52. Vorstandssitzung am 12.6.1964 in Hannover, Punkt 1 u. Niederschrift über die 56. Präsidiumssitzung am 18.6.1965 in Mainz, Punkt 1.

¹³⁴ Niederschrift der 36. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 28. Januar 1961 in Frankfurt a. Main, Punkt 1.

¹³⁵ Niederschrift über die 53. Präsidiumssitzung am 30.10.1964 in Hamburg, Punkt 1; zu den Sitzungen des Definitionsausschusses 1964 s. Niederschrift über die 54. Präsidiumssitzung am 23.1.1965 in Würzburg u. Niederschrift über die 55. Präsidiumssitzung am 8.5.1965 in Köln, Punkt 1.

¹³⁶ Schulze, *Stifterverband*, S. 304.

¹³⁷ Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, S. 124f.

Wissenschaft und Wirtschaft“, der die Anonymität zwischen den „Förderern und Geförderten“ durch den „unmittelbaren Kontakt“ aufheben sollte. An Bildungsfragen interessierten Unternehmern sollte die „Möglichkeit des persönlichen Austausches mit führenden Wissenschaftlern“ eröffnet werden.¹³⁸ Am 27. April 1956 begann die Vorarbeit, und am 27. November 1957 wurde der Gesprächskreis gegründet, der später die Unterstützung von BdA und DIHT fand.¹³⁹ Der Stifterverband fungierte als Verbindungsglied zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und als Hauptorganisator.¹⁴⁰

Eine kurze Zusammenfassung der Arbeitsweise und Ziele des Gesprächskreises im *Arbeitgeber* spiegelt die aktionsorientierte Haltung der Unternehmer wider:

„Hier werden regelmäßig Persönlichkeiten aus der Wirtschaft und den freien Berufen mit Wissenschaftlern aus Lehre und Forschung zu Gesprächsgruppen zusammengefaßt, die nach Sachgebieten gegliedert sind. Die Ergebnisse der Gesprächsarbeit werden in der Form von Entschliefungen der Öffentlichkeit und in der Form von Anregungen und Empfehlungen den zuständigen Stellen zugeleitet.“¹⁴¹

Die GKWW-Initiatoren strebten die Vernetzung und Einbindung bildungspolitischer Interessengruppen an. Da die Unternehmerverbände ebenso wie WRK, DFG, DAAD, DHV und andere Institutionen Teilnehmer für die einzelnen Gesprächsgruppen nominierten, beschränkte sich der Kreis der Ausgewählten auf diesen Institutionen verbundene Männer, deren Wirkungskreise schriftlich festgehalten wurden.¹⁴² Durch diese gezielte Auswahl entstand eine umfassende Vernetzung zwischen Spitzenorganisationen der Wissenschaft, Politikern, hohen Ministerialbeamten und Unternehmern.

Konsensfindung in bildungspolitischen Fragen ging eng mit Vernetzung einher und kann gleichermaßen als Strategie wie als Ziel der Initiatoren bezeichnet werden. Aus einer Ansprache Hermann Reuschs zur Jahresversammlung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften von 1957 ging die so genannte Grünschrift „Gedanken zur Wissenschaftsförderung“ hervor,¹⁴³ welche allen Gesprächsgruppen in ihren ersten Sitzungen als Diskussionsgrundlage diente und von ihnen mit Veränderungsvorschlägen versehen wurde. Diese gingen an ein Überarbeitungsteam von Vertretern der wichtigsten Teilnehmergruppen des Gesprächskreises: den Generalsekretär der WRK Jürgen Fischer,¹⁴⁴ Albert Oeckl¹⁴⁵ vom DIHT, Herbert Studders¹⁴⁶, Mit-

¹³⁸ Zitate ebd., S. 224f.; vgl. zur engen Verzahnung der beiden Jahresversammlungen in *Der Arbeitgeber*, 20.5.1959, S. 288, in dem das III. Gespräch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft unter einem mit ‚Die Jahresversammlung des Stifterverbandes‘ betitelten Artikel subsumiert wird.

¹³⁹ Schulze, *Stifterverband*, S. 226 u. 231; vgl. dazu das Dokument 9 dort im Anhang.

¹⁴⁰ ‚Der Stifterverband in Würzburg‘, in: *Der Arbeitgeber*, 20.6.1961, S. 364f., Zitat S. 365.

¹⁴¹ *Der Arbeitgeber* v. 20.6.1961, o.A., S. 364f. Zitat, S. 364.

¹⁴² So forderte nach einer Vorbereitungssitzung Coing Tellenbach zu Nominierungen für die WRK auf und wollte ihn persönlich als „Kontakt zwischen Wissenschaft und Wirtschaft an dieser so wichtigen Stelle“ sehen; s. Brief Coing an Tellenbach v. 5.12.57, in: ZZBW/FZ 208/1, Bl. 6. Dieser wollte an zwei Gesprächsgruppen teilnehmen; s. Brief Tellenbach an Coing v. 8.12. 1957, in: ZZBW/FZ 208/1, Bl. 4; er schlug u.a. Flitner für den Vorsitz der Gruppe Hochschulreife sowie Coing vor; Brief Tellenbach an Flitner v. 8.5.1958, in: ZZBW/FZ 147/2, Bl. 99.

¹⁴³ S. Einladung von Kost an die Gesprächsgruppen II (Wissenschaftliche Hochschulen und Institute) und III (Wissenschaftsfinanzierung), in: ZZBW/FZ 209/1.

¹⁴⁴ Jürgen Fischer war Historiker, Schüler Hermann Heimpels und fast drei Jahrzehnte lang Generalsekretär der WRK; vgl. *Hochschuloffiziere im Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945-1952. Teil 3: Die Französische Zone*, hg. von Manfred Heinemann, bearbeitet von Jürgen Fischer, Hildesheim 1991, S. VIII und Hartmut Boockmann, *Der Historiker Hermann Heimpel*, Göttingen 1990, S. 31; Fischer promovierte 1957 in Göttingen.

begründer des Stifterverbandes nach 1945 und Leiter der Abteilung für Führungsnachwuchs im BDI,¹⁴⁷ Fritz Arlt für die BdA und den Ettlinger Kreis, an den Hofgeismarer Kreis¹⁴⁸ und an die DFG.¹⁴⁹

Die Strategie der Einbindung wurde über den Kreis der Gesprächsteilnehmer hinaus auf deren Institutionen ausgeweitet. Nachdem die überarbeiteten „Gedanken zur Wissenschaftsförderung“ 1958 veröffentlicht worden waren, gingen 996 Exemplare sowie 322 Exemplare der Mitgliederlisten des Gesprächskreises an die WRK und wurden von dieser an die 332 Fakultäten der in ihr zusammengeschlossenen Universitäten weitergeleitet,¹⁵⁰ mit der Einladung an alle Dekane, Kommentare und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiteten.¹⁵¹ So wurde über die Teilnehmer hinaus ein Informationsaustausch mit den Universitäten in Gang gebracht. In seiner Rede anlässlich der Gründung des Gesprächskreises „Wissenschaft und Wirtschaft“ in Köln am 27. November 1957 betonte Reusch wiederum den Informationsfluss in die Unternehmerschaft hinein. Die organisatorischen Möglichkeiten des BDI, des DIHT und der BdA garantierten, dass „auch das letzte Unternehmen mit den Vorstellungen der Wissenschaft“¹⁵² in Berührung kommen werde. Der *Deutsche Forschungsdienst* bewertete in seiner Berichterstattung die Gründung dieses Kreises als „nichts anderes als die Ausgestaltung der bisherigen Beziehungen“ zwischen BDI, BdA, DIHT und Stifterverband, sowie DFG, MPG, WRK und Hochschulverband, einzelnen Professoren verschiedener Fächer, und Vertretern weiterer Bildungsinstitutionen „zu einem Organ ständiger Zusammenarbeit“.¹⁵³

Fiel die Gründung des Gesprächskreises nur zufällig in das gleiche Jahr wie das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zur Schaffung eines Wissenschaftsrats? In einem Schreiben an den Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Gerd Tellenbach, berichtete Helmut Coing von der Besprechung „Wissenschaft und Wirtschaft“ am 27. November 1957, die er stellvertretend für ihn besucht hatte. Grundsätzlich bewertete Coing die Initiative von Stifterverband und BDI positiv und legte nahe, die Gesprächskreise zu fördern. Doch sei „gelegentlich darüber gesprochen“ worden, dass die Gesprächskreise „Zubringerdienste zu dem Wissenschafts-

¹⁴⁵ Albert Oeckl, Jg. 1909; Studium u. Promotion d. Rechtswissenschaften u. Volkswirtschaft in München u. Berlin; 1936-1945 Direktions- und Presseabteilung IG Farbenindustrie, Berlin; 1945-1950 selbständiger Wirtschaftsberater; 1950-1959 Geschäftsführer u. Leiter PR-Abteilung d. DIHT; 1959-74 Aufbau u. Leitung Öffentlichkeitsabteilung BASF; seit 1960 Vorlesungen in Kommunikationswissenschaften Universität Heidelberg u. Augsburg; 1974-1977 ao.Prof. Universität Rom; 1975 o.Prof. Institut für Wissenschaft und Technik der öffentlichen Meinung (Isop) Rom; 1977-1982 leitete der „als ‚PR-Papst‘ apostrophierte“ Oeckl Managementseminare in Hohenstein; vgl. *Munzinger Archiv*, CD-Rom.

¹⁴⁶ Keine biographischen Angaben.

¹⁴⁷ Heinz Hartmann, *Der Deutsche Unternehmer: Autorität und Organisation*, Frankfurt/M. 1968, S. 177.

¹⁴⁸ Der Hofgeismarer Kreis wurde im Juli 1953 nach der Tagung „Wissenschaft und Freiheit“ ins Leben gerufen und führte überwiegend ehemalige Rektoren zusammen, die sich fortan in Hofgeismar trafen. Er publizierte 1956 eigene Vorschläge zur Hochschulreform: Hofgeismarer Kreis, *Gedanken zur Hochschulreform. Neugliederung des Lehrkörpers*, Göttingen 1956.

¹⁴⁹ Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, *Bericht 1957/1967*, S. 1; Die Redaktionsmitglieder gehen aus einem Schreiben der Geschäftsführung des GKWW an die Redaktionsmitglieder hervor, o.D., in: ZZBW/FZ 210/1, Bl. 6f; die Vertreter von Hofgeismarer Kreis und DFG standen noch nicht fest.

¹⁵⁰ Brief Nord an Fischer v. 24.6.1958, in: ZZBW/FZ 210/1, Bl. 12f.

¹⁵¹ Vgl. für Stellungnahmen zur Einführung des Magistertitels, in: ZZBW/FZ 210/1, Bl. 96-101.

¹⁵² Rede Hermann Reuschs am 27.11.1957, in: ZZBW/FZ 208/1, Bl. 26-44.

¹⁵³ *Deutscher Forschungsdienst* v. 3.12.1957, „Wissenschaft und Wirtschaft – Partner im Fortschritt – Der Gesprächskreis im Bundesverband der Deutschen Industrie“, in: ZZBW/FZ 208/1, Bl. 20-21.

rat“ leisten sollten. Zwar seien damit wohl nur „Anregungen“ gemeint, doch erregte dies sein Misstrauen, weshalb er Tellenbach dazu drängte,

„die Gesprächspartner rechtzeitig zu nennen, um einem einseitigen Einfluß auf den Wissenschaftsrat vorzubeugen.“¹⁵⁴

Die Hoffnung, aus der Zusammenarbeit mit Unternehmern Anregungen zu erhalten, war demnach von Skepsis gegenüber deren Zielen begleitet – ebenso wie vom Vorsatz, sich nicht in die Wissenschaftspolitik hineinreden zu lassen.¹⁵⁵ Tatsächlich lud Hermann Reusch die Vorsitzenden aller Gesprächsgruppen im März 1958 in seine Gutehoffnungshütte zu Imbiss und Planungssitzung ein, bei der überlegt werden sollte, wie der Gesprächskreis die Arbeit des Wissenschaftsrates unterstützen könne. Unter anderen waren Hess, Tellenbach, Lehnartz, Kost, Arlt und Fischer anwesend.¹⁵⁶

Alljährlich fanden fortan öffentliche Gespräche zwischen Wissenschaft und Wirtschaft unter der Ägide des Gesprächskreises statt,¹⁵⁷ die jeweils unter einem Überthema standen: 1957 „Fachwissen – Allgemeinbildung“, 1959 „Die Überfüllung der Hochschulen“, 1961 „Die Aktivierung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates“ und 1964 die „Fluktuation deutscher Wissenschaftler“. Die berufsbezogene Bildung wurde 1962 zum Thema gemacht.¹⁵⁸ Mit vier Gesprächsgruppen nahm der Gesprächskreis die Arbeit auf. Der Vorsitzende des Schulausschusses der WRK, Wilhelm Flitner, übernahm den Vorsitz der Gruppe I „Hochschulreife“, der unter anderem Arlt, der Rechtsanwalt und von 1963 bis 1981 amtierende Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung Hellmut Becker,¹⁵⁹ der Generalsekretär der KMK Kurt Frey,¹⁶⁰ der Unternehmer und spätere Vorsitzende des Kulturkreises im BDI Herbert Grünewald,¹⁶¹ Konsul Haus vom Bankhaus Sal. Oppenheim,¹⁶² Paul Schorn,¹⁶³ und das Wissenschaftsratsmitglied Otto Reuleaux ange-

¹⁵⁴ Brief Coing an Tellenbach v. 5.12.57, in: ZZBW/FZ 208/1, Bl. 6.

¹⁵⁵ Brief Tellenbach an Coing v. 8.12. 1957, in: ZZBW/FZ 208/1, Bl. 4.

¹⁵⁶ Felgentraeger, Coing und Studders hatten abgesagt; s. Brief Reusch als Vorsitzender des GKWW an Tellenbach, WRK v. 24.2.1958, in: ZZBW/FZ 208/2, Bl. 37f. u. ebd., Bl. 30: „Betr. Einladung für den 17.3.58: Zusagen und Absagen“.

¹⁵⁷ Schulze, *Stifterverband*, S. 226 u. 231; vgl. dazu das Dokument 9 dort im Anhang.

¹⁵⁸ Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, *Bericht 1957/1967*, S. 4.

¹⁵⁹ Hellmut Becker, Jg. 1913; nach 2. Wk. Anwalt, u.a. in den Nürnberger Prozessen; 1958 Mitglied Beirat „Innere Führung“ im Bundesverteidigungsministerium; seit 1960 Vorbereitung der Gründung des Max-Planck-Instituts; vgl. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom.

¹⁶⁰ Kurt Frey, Jg. 1913, entstammte einer Juristenfamilie; Studium der Rechtswissenschaften; in frühen Jahren Sportler und Sportjournalist; Kriegsgefangenschaft; 1950 Geschäftsführung Verband Deutscher Studentenwerke; 1953 Generalsekretär Deutsche UNESCO-Kommission; 1955 Generalsekretär KMK; vgl. *Munzinger Archiv*, CD-Rom.

¹⁶¹ Herbert Grünewald, Jg. 1921, Kaufmannssohn; Studium, Ostfront u. Gefangenschaft; 1949 Wiederaufnahme Studium; 1956 Promotion in Chemie; 1956 Eintritt Bayer AG, 1965 Direktor Abteilung Zwischenprodukte, 1968 Vorstandsmitgl., 1974 Vorstandsvorsitz; zahlr. Aufsichtsratsmandate u. Aufsichtsratsvorsitz Allianz; bis 1993 Vizepräsident Max-Planck Gesellschaft u. Stiftungskommissar Carl-Zeiss-Stiftung; bis 1991 Vorsitzender des Kulturkreises im Bundesverband der Deutschen Industrie, danach Verwaltungsratsvorsitzender. 1975 Hon.prof. Technische Chemie Bonn, 1988 dort Ehrensenator; 1975-94 Vorsitz, dann Ehrenvorsitz Gesellschaft von Freunden und Förderern der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn. Heute existiert eine Herbert-Grünewald-Stiftung der Bayer AG, s. *Munzinger Archiv*, CD-Rom; vgl. Hervé Joly, *Großunternehmer in Deutschland. Soziologie einer industriellen Elite, 1933-1989*, Leipzig 1998, S.55.

¹⁶² Konsul Karl Friedrich Wilhelm Haus, Jg. 1900; Gymnasium; Ausbildung bei mehreren großen Versicherungen; 1936 Vorstandsmitgl. in diversen Versicherungsgesellschaften; seit 1953 persönlich haftender Gesellschafter Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie, Köln; zahlr. Aufsichtsratsmandate u. Verwaltungsratsmitglied d. Stifterverbands; Vorstandsvorsitz Verein d. Förderer d. Instituts f. Versicherungswissenschaften, Universität Köln; Ehrenbürger

hörten. Die Gruppe II, „Wissenschaftliche Hochschulen und Institute einschließlich Akademischer Nachwuchs“ leitete Heinrich Kost. Ihr gehörten unter anderen Felgentraeger, Fischer, Frey, Hess, Lehnartz, der Germanist Wolfgang Paulsen, Grünwald, Haus und Reuleaux an, ebenso Schneider, Schorn, Tellenbach, und – mittlerweile Professor – Thieme an. Gruppe III, „Wissenschaftsfinanzierung“, unter Leitung von Fritz Gummert, dem Schatzmeister des Stifterverbands, brachte Fischer, Frey, Haus, Reuleaux, Schneider, Tellenbach, Schorn und Kurt Zierold an. Gruppe IV widmete sich unter Vorsitz von Lehnartz dem Thema „Internationale Wissenschaftsbeziehungen“ und zählte unter anderen Coing, Reuleaux und Ministerialrat a.D. Classen¹⁶⁴ zu ihren Mitgliedern.¹⁶⁵ Seitens der Wirtschaft hatten sich von diesen Herren im bildungspolitischen Bereich besonders Kost, der Organisator im Stifterverband, Ferdinand Nord, Haus, Reuleaux, Schneider, Gummert und Grünwald hervorgetan. Seitens der Hochschulen beteiligten sich die in allen wichtigen Gremien ein- und ausgehenden Professoren Flitner, Felgentraeger, Hess, Lehnartz, Tellenbach und Coing rege.

Die Arbeitsweise der Gesprächsgruppen erfüllte die Ziele der Einbindung und Vernetzung und zudem der Auslotung gemeinsamer Interessen, die gegenüber Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit vertreten wurden. Die Arbeitskreise trafen sich zu jeweils vorab festgelegten Diskussionsthemen. Vor den Sitzungen aller Gesprächsgruppen wurde Material zur Vorbereitung versandt. Es referierten Teilnehmer aus Wissenschaft, Wirtschaft oder Verwaltung wie auch Gäste zum Thema. Anschließend wurde diskutiert und der erzielte Konsens in Form von Entschlüssen festgehalten. Anschließend wurden Kontakte zur Politik genutzt, um den Forderungen Gehör zu verschaffen.

Zur Vorbereitung der ersten Sitzung der Gruppe Hochschulreife wurde zusammen mit anderen Materialien ein auf einer Tutzinger Tagung gehaltener Vortrag von Wilhelm Flitner über Hochschulreife versandt.¹⁶⁶ In der Sitzung am 12. September 1958 erstattete Hermes von der WRK Bericht „über den Meinungsstand zum Thema Hochschulreife“, gefolgt von Flitners Bemerkungen über den Zusammenhang zwischen Hochschulreife und Hochschulreform und einem Referat von Oberstudienrat Fettback über „Die Krise der höheren Schule und die dringende Notwendigkeit einer Reform“, das anschließend diskutiert wurde. Die Gesprächssitzung fand während laufender Verhandlungen zwischen WRK und KMK zu diesem Thema statt, wie Flitner hervorhob.¹⁶⁷ Nach der Diskussion über Fettbacks Vorschlag, die drei Hauptarten von höheren Schulen zu einem einzigen Schultyp zusammenzuführen, beschlossen die Teilnehmer, „die Herren Dr.

Stadt Köln u. Vorstandsmitgl. Förderkreis Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln; vgl. *Wer ist Wer*, 1955.

¹⁶³ Paul Schorn, Jg. 1903; 1927 Dipl. Ingenieur; 1930 Bergassessor; Geschäftsführer Verband bergbaulicher Unternehmen und bergbauverwandten Organisationen; vgl. *Wer ist Wer*, 1969/70.

¹⁶⁴ Classen konnte nicht eindeutig identifiziert werden.

¹⁶⁵ Vgl. ohne Datum, eingeordnet zwischen Dokumenten v. 16.6.1958 und 30.6.1958, in: ZZBW/FZ 208/3, Bl. 70f.

¹⁶⁶ Vorschläge für die erste Zusammenkunft der Gesprächsgruppe I „Hochschulreife“ im Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft am 12. September 1958 in Köln, in: ZZBW/FZ 447/1, Bl. 10 u. ebd. Bl. 12: Unterlagenverzeichnis. Zu den Tutzinger Empfehlungen vgl. Neumann, *Dokumente zur Hochschulreform*, Nr. 434-437 u. Hans Scheuerl, *Probleme der Hochschulreife. Bericht über die Verhandlungen zwischen Beauftragten der Ständigen Konferenz der Kultusminister und der Westdeutschen Rektorenkonferenz 1958-1960 „Tutzinger Gespräche“ I-III*, Heidelberg 1962; s. auch Brief Flitner an Assessor Hermes, WRK mit dem Manuskript seines auf der Tutzinger Tagung gehaltenen Referats, in: ZZBW/FZ 446/4, Bl. 126, das Referat Flitners ebd., Bl. 127-140.

¹⁶⁷ Protokoll Flitner und Hermes zur 1. Sitzung der Gesprächsgruppe I „Hochschulreife“, in: ZZBW/FZ 177/3, Bl. 71-77, hier Bl. 72.

Reusch und Professor Flitner“ zu bitten, in einem gemeinsamen Brief den Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen aufzufordern, Oberstudienrat Fettback zum Vortrag über seine Vorschläge einzuladen.¹⁶⁸ Diese Türöffnerfunktion übernahm Hermann Reusch sodann und bat den nordrhein-westfälischen Kultusminister Schütz um ein persönliches Gespräch mit Fettback, der daraufhin im Ministerium vorsprach. Anschließend hakte Reusch beim Minister nach, ob er daraus „irgendwelche Folgerungen“ zu ziehen gedenke.¹⁶⁹

Gewöhnlich gingen aus den Diskussionen der Gesprächsgruppen Entschließungen hervor. So wurde in derselben Sitzung im Anschluss an die Diskussion über Fettbacks Vortrag ebenfalls harmonisch über Flitners Anregung diskutiert, hinsichtlich der Schulbildung die Befähigung zur Übernahme von Verantwortung herauszustreichen. Nachdem beschlossen wurde, an der Einheit von Abitur und Hochschulreife festzuhalten, wurden Fritz Arlt, Jürgen Fischer, Ferdinand E. Nord und der Hauptgeschäftsführer des BDI, Helmuth Wagner¹⁷⁰ in den neu gebildeten Redaktionsausschuss gewählt, der eine entsprechende Entschließung entwerfen sollte.¹⁷¹ Damit wurden die WRK, der Stifterverband, der BDI und die BdA in den Entwurf der Entschließung einbezogen, der anschließend veröffentlicht wurde. Bereits in der zweiten Sitzung der Gruppe Hochschulreife berichtete Flitner erfreut über die „Resonanz“ dieser „Dritten Entschließung“ des Gesprächskreises zur Maturität.¹⁷² Professor Wenke aus Hamburg habe sich im Norddeutschen Rundfunk gegen die Gleichmachung von Abitur und Hochschulreife ausgesprochen. Das Presseecho sei „vielfältig, jedoch im Ganzen positiv“ ausgefallen.¹⁷³ Die Arbeit der Kreise fand demnach nicht nur öffentlichen Widerhall, sondern ging vor allem zügig voran. Von der ersten Diskussion bis zur Entschließung brauchte es wenig Zeit.

Mit den Entschließungen stellte sich der Gesprächskreis Wissenschaft Wirtschaft mehrfach hinter die Forderungen der Hochschulen. Gemeinsame Sitzungen zwischen den Gesprächsgruppen „Wissenschaftsförderung“ und „Wissenschaftliche Hochschulen und Nachwuchs“ führten 1958 zu den Forderungen, die Anzahl der Lehrkräfte drastisch zu erhöhen sowie mindestens 1% des Volkseinkommens in die Wissenschaftsförderung zu investieren.¹⁷⁴ An den Sitzungen nahmen Dorff, Felgentraeger, Hess und Fischer teil. Die Vorsitzenden der Gruppen „Nachwuchs“ und „Wissenschaftsfinanzierung“ Heinrich Kost¹⁷⁵ und Gummert waren ebenso dabei wie Zierold,

¹⁶⁸ Protokoll d. 1. Sitzung d. Gesprächsgruppe „Hochschulreife“, in: ZZBW/FZ 177/3, Bl. 73.

¹⁶⁹ Abschrift Brief Reusch an Schütz v. 14.1.1959, in: ZZBW/HFK FZ 447/3 Bl. 14; s. auch einen Brief Fettbacks an Flitner mit der erneuten Bitte, sich für dessen Forderungen einzusetzen: Brief Fettback an Flitner v. 5.3.1961, in: ZZBW/FZ 448/4 Bl. 133.

¹⁷⁰ Hellmuth Wagner, Jg. 1917; kaufmänn. Lehre Textilindustrie; 1938-1945 Wehrmacht; 1945-1948 Studium Münster; 1951 Assessor; 1952 BDI, 1963 Hauptgeschäftsführer, 1968 geschäftsführendes Präsidialmitgl.; 1967 Vizepräsident Europa-Union.

¹⁷¹ Brief Fischer an Wagner v. 19.9.1958, in: ZZBW/FZ 177/2, Bl. 5f.

¹⁷² 3. Entschließung v. November 1958, in: *Entschließungen 1957-1966*, hg. v. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Essen, o.J., S. 10.

¹⁷³ Kurzprotokoll der 2. Sitzung der Gesprächsgruppe I „Hochschulreife“ im Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft am 16. Februar 1959 in Essen-Bredeney, in: ZZBW/FZ 177/3, Bl. 48ff.; die Sitzungseröffnung und Bemerkungen von Flitner Bl. 49.

¹⁷⁴ Niederschrift Sitzung der Gesprächsgruppen II und III, 7.7.1958, Homberg/Niederrhein, gez. Nord u. Wagner, in: ZZBW/FZ 177/4, Bl. 12, sowie Bl. 16 mit der als Anlage beigelegten zweiten Entschließung.

¹⁷⁵ Heinrich Kost leitete die Gesprächsgruppe II, ‚Wissenschaftlicher Nachwuchs‘ im Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft. Heinrich Kost, Jg. 1890, Sohn d. Generaldirektors d. AG Steinkohlenbergwerk Nordstern in Essen und der streng protestantischen Tochter eines schlesischen Rittergutbesitzers, 1925 Heirat Martha Pattberg, Tochter v. Heinrich Pattberg, Generaldirektor d. Haniel-Zechen Rheinpreußen und Neumühl; dessen Positionen übernahm

Schneider und Nord.¹⁷⁶ Zur Diskussion des entstandenen Entschließungsentwurfs im Juli 1958 nahmen neben den bei der ersten Sitzung anwesenden Mitgliedern Emil Lehnartz, Wilhelm Flitner und weitere Vertreter von Stifterverband und BDI teil. Erneut wurde vor der Veröffentlichung der Entschließungen das Einverständnis Hermann Reuschs eingeholt, der wie ein Übervater des Gesprächskreises wirkt, im Hintergrund die Fäden zog und in die Öffentlichkeit hinein seinen Einfluss für den Gesprächskreis nutzte, ohne bei den einzelnen Gesprächsgruppen anwesend zu sein.

Für eine Zusammenkunft der Gesprächsgruppe II lud deren Vorsitzender Kost ein, eine Schrift von Karl Friedrich Scheidemann aus dem Innenministerium über das Fassungsvermögen der deutschen Universitäten zu diskutieren.¹⁷⁷ Am Gespräch über die Überfüllung der Hochschulen im Juli 1960 in Homberg am Niederrhein nahmen Dorff, Lehnartz, Schneider, von Medem und Scheidemann teil. Einigkeit wurde darüber erzielt, dass Professoren nicht genug verdienten, während die Auswirkungen auf das gesellschaftliche Ansehen des Berufsstands unterschiedlich bewertet wurden.¹⁷⁸ Solche Diskussionen zwischen Hochschullehrern, Unternehmern und der höheren Ministerialbürokratie wirkten vertrauensbildend. Dies zeigte sich, als innerhalb des Hochschulverbands 1960 kontrovers über die Absichten der KMK diskutiert wurde und sich Dorff explizit auf die Ausführungen von Ministerialrat von Medem in diesem Gespräch über die überfüllten Hochschulen bezog, die ihn vom Reformwillen innerhalb der Ministerien überzeugt habe. Die kontinuierlichen Gespräche trugen somit dazu bei, dass der Hochschulverband erst nach Jahren der Unzufriedenheit die öffentliche Konfrontation mit der KMK suchte.¹⁷⁹

Kost 1932; Volksschule u. Gymnasien Wattenscheid u. Essen, 1910 Abitur; 1914-1918 Kriegsdienst; 1919 Bergreferendarexamen TH Berlin; 1921 Bergassessor; 1922 Direktion Altenburg d. Deutschen Erdöl AG; 1925-1932 Vorstandsmitgl. Magdeburger Bergwerksgesellschaft, Bergwerksdirektor Zeche Königgrube; 1932 Generaldirektor Gewerkschaft Rheinpreußen, später Rheinpreußen AG für Bergbau und Chemie; 1934 u. 1944 Verhaftung; 1945 nicht vollstreckter Erschießungsbefehl durch Martin Bormann; 3.5.1945 Verhaftung, zweimonatige Internierung durch US-Militär, anschl. Entlassung u. offizielle Entschuldigung der Besatzungsbehörden; laut Pritzkolet 1961/62 Mitglied in 9 Aufsichtsräten, einmal Vorsitz u. zweimal stv. Vorsitz; drei Vorsitze in einer Entwässerungsgenossenschaft und zwei wirtschaftlichen Vereinen, Präsidentenamt in fünf Organisationen; Vorstandsmitgl. DIHT; Vizepräsident BDI; laut Kroker einer von „wenigen Industriepolitikern, die in allen drei Spitzenverbänden der Wirtschaft vertreten waren“; 1945 Präsident Industrie- und Handelskammer Duisburg; 1947-1953 Generaldirektor Deutsche Kohlenbergbauleitung Essen; Vorsitz Westfalia Dinnendahl Gröppel AG u. Kohlenverwertungsgesellschaft MBH, Aufsichtsrat zahlr. Energiewirtschaftsunternehmen u. Westfalenbank AG Bochum; 1949 Mitglied Deutscher Rat d. Europ. Bewegung; *Ehrenämter*: 1953 Präsident Wirtschaftsvereinigung Bergbau, Internationale Handelskammer Duisburg-Wesel; dt. nat. Komitee d. Weltkraftkonferenz für die Bundesrepublik Deutschland; *Wissenschaft*: bis 1969 Vorsitz d. Max-Planck Gesellschaft; Mitgl. Kuratorium versch. Max-Planck-Institute; bis 1966 Präsident des Kuratoriums des Deutschen Studentenwerks; Mitgl. Freundeskreis d. Ruhr-Universität Bochum; Vorstandsvorsitz Krankenhaus Bethanien; *Ehrungen und Ehrendoktorwürden*: 1949 TH Aachen; Ehrenbürgerschaften Bergakademie Clausthal und Stadt Homberg/Niederrhein; Ehrenpräsident Internationale Handelskammer Duisburg und Wirtschaftsvereinigung Bergbau; Ehrenkurator Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; 1953 Gr. Bundesverdienstkreuz mit Stern, 1964 Schulterband; 1956 Plakette Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; 1957 Karmasch-Medaille der Hannoverschen Hochschulgemeinschaft; seit 1948 CDU-Mitglied; vgl. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom; *Wer ist Wer*, 1951 und *Wer ist Wer*, 1969/70; Kurt Pritzkolet, *Männer, Mächte, Monopole. Hinter den Türen der westdeutschen Wirtschaft*, Düsseldorf, 1963, S. 66f.; *Munzinger*, CD-Rom; ausführlich u. mit weiterführenden Verweisen: Evelyn Kroker: ‚Heinrich Kost: Rationalisierung und Sozialbeziehungen im Bergbau‘, in: *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*, hg. v. Paul Erker und Toni Pierenkemper, München 1999, S. 291-316.

¹⁷⁶ Ergebnisniederschrift Zusammenkunft Gesprächsgruppen II und III, 17.4.1958, gez. Wagner und Nord, in: ZBBW/FZ 177/4, Bl. 18.

¹⁷⁷ Einladung, in: ZBBW/FZ 209/1, Bl. 4, Anhang mit der Studie von Ministerialrat Scheidemann Bl. 5.

¹⁷⁸ Niederschrift der Sitzung der Gesprächsgruppe II am 4. Juli 1960, in: ZBBW/FZ 209/2, Bl. 86.

¹⁷⁹ S.o. Abschnitt zu Zusammenarbeit zwischen DHV, WRK und KMK.

Der Hochschulverband wurde zunehmend aktiver im Gesprächskreis. Im Juni 1962 referierte Felgentraeger vor der „Gesprächsgruppe Kost“ über die Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses.¹⁸⁰ Im Oktober und November 1963 war er anwesend, als Hans Dichgans seine gängigen Forderungen zur Verkürzung des Studiums vorstellte.¹⁸¹ Der Verband beteiligte sich nun auch an der Schriftführung, und Felgentraeger übernahm 1965 den stellvertretenden Vorsitz der Gesprächsgruppen I „Wissenschaftliche Hochschulen“, unter Vorsitz von Heinrich Schackmann,¹⁸² und III „Akademischer Nachwuchs“, unter Leitung von Hermann Winkhaus.¹⁸³

Auf der ersten Sitzung der Gruppe „Akademischer Nachwuchs“ im November 1964 hielten Vertreter verschiedener Industriezweige Referate über die Frage „Erfüllt der akademische Nachwuchs heute die an ihn gestellten Anforderungen der Wirtschaft?“ Es referierten Hermann Brandi,¹⁸⁴ Vorsitzender des Arbeitgeberverbands Eisen- und Stahlindustrie, das Vorstandsmitglied von Siemens Heinz Goeschel, der Geschäftsführer von Vorwerk Erich Mittelsten-Scheid,¹⁸⁵ aus dem Vorstand der Saarbergwerke AG Hubertus Rolshofen¹⁸⁶ für den Bergbau und das Vorstandsmitglied der Farbwerke Hoechst Werner Schultheis¹⁸⁷ für die chemische Großindustrie.¹⁸⁸

¹⁸⁰ Niederschrift der 42. Vorstandssitzung des Hochschulverbandstages am 22.6.1962 in Bonn, Punkt 1.

¹⁸¹ Niederschrift über die 49. Vorstandssitzung am 25.10.1963 in Bonn, Punkt 1; Niederschrift über die 50. Vorstandssitzung am 18.1.1964 in Frankfurt, Punkt 1.

¹⁸² Dr.-Ing. Heinrich Schackmann, Jg. 1908; 1932 Promotion TH Aachen; 1935 Duisburger Kupferhütte, 1953 Vorstandsmitglied, 1955 Vorstandsvorsitz; 1968 Hon.prof. f. Anorganische Chemie TH Aachen; zahlreiche Vorstands- und Aufsichtsratsmandate; 1959 Ehrenbürger TH Aachen; 1969 Gr. Bundesverdienstkreuz; vgl. *Wer ist Wer* 1969/70.

¹⁸³ Hermann Winkhaus, Jg. 1887; Studium Bergbau; Bergwerksdirektor in versch. Zechen; seit 1935 Leiter Bergbau im Mannesmann-Konzern Düsseldorf; 1957-1962 Generaldirektor u. Vorstandsvorsitz Mannesmann; Vorstandsmitgl. Wirtschaftsvereinigung Eisen u. Stahlindustrie Düsseldorf; Aufsichtsratsvorsitz Essener Steinkohlenbergwerke AG u. anderer Unternehmen; in der Nachfolge von Fritz Gummert seit 1964 Schatzmeister Stifterverband; Senator Max-Planck-Gesellschaft; Mitglied Deutsche Atomkommission; 1960 Förderring der Deutschen Wissenschaft; vgl. Verteiler zu einem Brief von Hermann Reusch an die Vorsitzenden der Gesprächsgruppen, in: ZZBW/FZ 208/4, Bl. 12 u. *Munzinger Archiv*, CD-Rom; Joly, *Großunternehmen*, S. 155 nennt Winkhaus als Beispiel für die vielen Fälle der „spektakulären Rückkehr in ihre einstigen Positionen“. 1952 erhielt Winkhaus seine Vorstandsposition des entflochtenen Unternehmens wieder und unternahm ab 1955 mit dem ebenso spektakulär wieder eingetretenen Chef von Mannesmann, W. Zangen, die Rekonstruktion des ehemaligen Konzerns. Schon 1949 hatte Winkhaus wieder einen Sitz im Aufsichtsrat erhalten.

¹⁸⁴ Dr. Dr. Ing. h.c. Hermann Brandi, Jg. 1908, Sohn eines Bergwerksdirektors; Techn. Vorstand Phönix Rheinruhr AG u. Vereinigte Hütten- u. Rohrwerke Düsseldorf; zahlr. Aufsichtsrats- und Vorstandsmandate; Vorstandsvorsitz Gesellschaft d. Freunde d. Aachener Hochschule; Mitglied Vollversammlung d. Niederrheinischen IHK Duisburg-Wesel u. Vorstand Verein Deutsche Hüttenleute Düsseldorf; 1961 Ehrenbürger TH Aachen, dort 1963 Ehrendoktor; Rotarier; vgl. *Hoppenstedt*, 1962 u. *Wer ist Wer*, 1969/70.

¹⁸⁵ Dr. Ing. Erich Mittelsten-Scheid; Sohn von Geheimrat August Mittelsten-Scheid und dessen Frau Mathilde, geborene Vorwerk; Studium Maschinenbau an der TH München, 1933 Eintritt bei Vorwerk, seit 1938 persönlich haftender Gesellschafter; Vorstandsmitglied Barmer Baugesellschaft für Arbeiterwohnungen AG; Präsidialmitglied Gesamtverband der Textilindustrie in der BRD; 1965 Ehrenbürger der TH Aachen; 1964 *Wallace Clark Award* u. 1968 Großes Bundesverdienstkreuz; Rotarier; Mitgl. BdA-Ausschuß für Sozialpolitik in der EWG; Mitglied Förderverein der Industrie- und Berufsschule in Wuppertal; Kuratoriumsmitglied Gesellschaft zur Förderung des Industrienachwuchses; Rat für angewandte Forschung in der DFG; vgl. *Wer ist Wer*, 1969/70 u. *Leitende Männer der Wirtschaft*, 1962.

¹⁸⁶ Dr.-Ing. Bergrat a.D. Hubertus Rolshofen, Jg. 1913, Apothekersohn; Studium Tübingen, Bonn, TH Aachen u. Berlin; 1957 Saarbergwerke AG, deren Vorstandsvorsitz bis 1969; danach Aufsichtsratsmitglied und Vorsitz Unternahmerversand Saarbergbau; Rotarier; zahlr. Aufsichtsratsmandate; Mitgl. Beratender Ausschuss der Hohen Behörde der EGKS; vgl. *Leitende Männer der Wirtschaft*, 1962 u. *Wer ist Wer*, 1969/70.

¹⁸⁷ Prof. Dr. Ing., Dr. h.c. Werner Schultheis, Jg. 1903; seit 1961 Hon.prof. Marburg; 1923-1968 IG Farben AG bzw. Farbwerke Höchst, dort Direktor Forschung u. Vorstandsmitgl.; 1963 Ehrendoktorwürde Universität München; vgl. *Wer ist Wer*, 1969/70.

¹⁸⁸ Brief Dorff v. 4.1.1965, in: ZZBW/FZ 115/7, Bl. 9-38, hier Bl. 9f.; das Protokoll der genannten Referate, in: ebd., Bl. 11-38.

Die Fragestellung entspricht ebenso wie die Vorgehensweise, Redner aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen zu Wort kommen zu lassen, der *Universities-Industries* Tagung in Britannien, die 1965 Rektoren, AUT-Vertreter und Unternehmer zusammenbrachte.

Der hier stattfindende Informations- und Meinungsaustausch, der in die Erarbeitung gemeinsamer Interessen mündete, die anschließend nach außen getragen wurden, erinnert deutlich an den Vernetzungsaspekt des Bürgertums: die Bildung von Organisationen, die gemeinsame Werte und Interessen nach außen vertreten und durchzusetzen versuchen. Der Gesprächskreis führte Männer zusammen, die in anderen Kreisen in dieser Größenordnung, Kontinuität und Intensität nicht zusammenkamen. Seine Arbeit kann als Versuch traditionell zum Wirtschafts- und Bildungsbürgertum zählender Berufsgruppen interpretiert werden, sich zu formieren, als sich Ende der 1950er Jahre die Hochschulreformdebatte intensivierte, um gemeinsam die Bildungspolitik zu beeinflussen. Wenngleich die Gründung von Stifterverband und BDI ausging, waren die Hochschullehrer, Vertreter der WRK und des DAAD zur aktiven Mitarbeit bereit. Die Einbindung der bundesdeutschen Ministerialbürokratie und der KMK sind Erfolgsmerkmale dieser Arbeit.

Innerhalb des Hochschulverbands wurde in all den Jahren der Zusammenarbeit kein negatives Wort über Sinn und Arbeitsweise des Gesprächskreises schriftlich festgehalten. Bei der WRK und der KMK kamen indessen durchaus distanzierte Stimmen auf. So kritisierte Kurt Frey von der KMK bereits 1959 gegenüber Ferdinand Nord vom Stifterverband in aller Deutlichkeit die

„Methode der Resolutionsfassung durch die Gesprächskreise [...]. Diese Dinge setzen doch wirklich eine sehr eingehende Beschäftigung mit der Materie voraus. Und das heißt auch wieder, daß man alle infrage kommenden Dokumentations- und Informationsmöglichkeiten voll ausschöpft. Die kürzlich herausgegebene Schrift ‚Aufstieg der Begabten‘ läßt gegen die Art und Weise der Arbeit des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft immer größere Bedenken aufkommen.“¹⁸⁹

Diese vom Gesprächskreis herausgegebene Schrift durfte als von allen Gesprächsteilnehmern unterstütztes Gedankengut aufgefasst werden und hatte den ‚unteren Schichten‘ qua Geburt die nahezu totale Begabungslosigkeit attestiert.¹⁹⁰ Anscheinend teilten weder die Unternehmer noch der Hochschulverband die Skepsis der Kultusministerkonferenz über die Qualität der Arbeit. Dies spricht für Thomas Stammers Einschätzung, dass die Wirtschaft im Gesprächskreis gelegentlich als Lobbyist für die öffentlich zurückhaltenderen Wissenschaftler auftrat, um von diesen durchaus unterstützte Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen.¹⁹¹ So folgte Wagner vom BDI in einem Brief an Wilhelm Flitner über die Fortführungsmöglichkeiten der Gesprächsgruppe I „Hochschulreife“:

„Wie Sie, sehe auch ich den Sinn des Kreises vor allem darin, daß die pädagogischen Fachleute und die Vertreter der Wirtschaft freimütig miteinander diskutieren und daß sich aus diesem Gespräch gemeinsame Vorstellungen über die künftige Gestaltung der Hochschulreife entwickeln.“¹⁹²

In diesem Sinne dürften die Gesprächsgruppen dem Hochschulverband Gelegenheit geboten ha-

¹⁸⁹ Brief Frey an Fischer v. 13.2.1959, in: ZZBW/FZ 447/3, Bl. 8.

¹⁹⁰ *Aufstieg der Begabten* (= Veröffentlichung des Stifterverbandes für den Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft) 1958.

¹⁹¹ Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, S. 125.

¹⁹² Wagner an Flitner v. 16.10.1959, in: ZZBW/FZ 447/4, Bl. 21.

ben, weniger versierten Unternehmern die Standpunkte des Berufsverbands zu vermitteln und von diesen zu überzeugen. Gleichwohl hielt im Februar 1961 ein Mitarbeiter der Geschäftsstelle der WRK gegenüber Flitner es für „ziemlich überflüssig“ und „zeitraubend“, alle bereits ausführlich im Schulausschuss der WRK besprochenen Fragen nochmals im Gesprächskreis durchzugehen, zumal die Herren, „denen diese sachliche Orientierung fehlt“, sie nicht im Rahmen einer kurzen Sitzung erwerben würden. Gleichwohl lohnten sich diese Treffen für die Hochschulvertreter, denn:

„Wenn es zu einer Resolution in unserem Sinne käme, die auch von der Wirtschaft unterstützt wird und die notwendige Verbreitung findet, könnte dies die Entwicklung beschleunigen, bzw. fördern.“¹⁹³

Eine starke Motivation der Hochschulvertreter war demnach die Öffentlichkeitswirksamkeit. Je nachdem, wie gut der eigene Standpunkt in den Gesprächskreisen vorgetragen und in gemeinsame Entschlüsse gegossen wurde, konnten sich die Wissenschaftler durch die Rückendeckung der Wirtschaft ein größeres Gewicht in der hochschulpolitischen Debatte erhoffen. Demgegenüber war die Substanz der Diskussionen in den Kreisen wohl zweitrangig. Wenn die nicht in diesen Kreisen vertretenen Gewerkschaften kritisierten, dass „die Unternehmer in ihrem Sinne unmittelbar in die Wissenschaftspolitik eingreifen“, erfassten sie somit nur eine Dimension der Zusammenarbeit. Denn auch die Hochschulvertreter konnten durch diese Allianz ihren Reformideen Nachdruck verschaffen. So berichtete Felgentraeger, er habe 1961 anlässlich der Vollversammlung des Gesprächskreises in Essen

„Gelegenheit gehabt, neben den Präsidenten der anderen großen Wissenschaftsorganisationen vor Vertretern der Ministerialbürokratie und vielen Wirtschaftlern die Stellungnahme des Hochschulverbandes zu einigen personellen Fragen der Hochschulreform zu umreißen.“¹⁹⁴

In den Vorstandssitzungen des Hochschulverbands wurden wiederholt die guten Kontakte hervorgehoben, die bei diesen Gelegenheiten geknüpft wurden.¹⁹⁵ Es bot sich hier ein Forum hochschulpolitisch wichtiger Persönlichkeiten. Anlässlich einer Sitzung des Gesprächskreises im März 1963 gewann er Minister Lenz persönlich für einen Vortrag auf dem 13. Hochschulverbandstag, ein andermal sprach er mit dem Bundespräsidenten.¹⁹⁶ Besonders gern nahm Felgentraeger an den jährlich vom Gesprächskreis veranstalteten Reisen teil. Erstmals berichtete Felgentraeger 1958 von einer vom Stifterverband organisierten und finanzierten einwöchigen Studienreise in die Schweiz, die „sehr nützlich“ für die Kontaktaufnahme mit Vertretern verschiedener Ministerien gewesen sei.¹⁹⁷ 1960 nahm er an einer Reise nach England und 1962 an einer siebentägigen Studienfahrt durch Friesland teil.¹⁹⁸ Im darauffolgenden Jahr ging eine siebentägige Reise an den Bodensee.¹⁹⁹ 1965 wurde eine viertägige Reise nach Luxemburg veranstaltet.²⁰⁰ Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Felgentraeger sich nie negativ zu Kosten und Nutzen

¹⁹³ Martin an Flitner v. 24.2.1961, in: ZZBW/FZ 448/4 Bl. 135.

¹⁹⁴ Niederschrift der 40. Vorstandssitzung am 27.1.1962 in Bonn, Punkt 1.

¹⁹⁵ Niederschrift der 25. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 10.05.1958 in Frankfurt a. Main, Punkt 1.

¹⁹⁶ Niederschrift über die 47. Vorstandssitzung am 11.5.1963 in Frankfurt a. Main, Punkt 1.

¹⁹⁷ Niederschrift der 27. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 29.10.1958 in Frankfurt a. Main, Punkt 1.

¹⁹⁸ Niederschrift der 43. Vorstandssitzung am 26.10.1962 in Bonn, Punkt 1.

¹⁹⁹ Niederschrift über die 49. Vorstandssitzung am 25.10.1963 in Bonn, Punkt 1.

²⁰⁰ Kurzprotokoll über die 57. Präsidiumssitzung am 29.10.1965 in Bonn, Punkt 1.

der Teilnahme an den Kreisen äußerte, die mit regelmäßigen zeitintensiven Treffen, Vorträgen, Reisen und öffentlichen Veranstaltungen verbunden waren, sondern immer nur deren Nutzen herausstellte.

Mit der Studienreise in die Schweiz von 1958 wünschten die Veranstalter, „die Beziehungen von Wissenschaft und Wirtschaft deutlich zu machen“, die sich in industrialisierten Ländern entwickelt hatten.²⁰¹ Zu diesem Zweck wurden täglich ungefähr zwei Firmen oder Forschungsinstitute quer durch die Schweiz besucht. Auf dem Programm standen Führungen und Vorträge. Von den zahlreichen Kultur- und Naturerlebnissen wie geselligen Zusammenkünften zeugt der Reisebericht.²⁰² Die Teilnehmer waren die Herren Arntz, Hans Bremme, Classen, Emmene, Felgentraeger, Fischer, Forsteneichner, Gussow, John von Freyend, Werner Kiewitz, Nord, Reh, von Rotberg, Schaar, Scheffer, Schneider, Wagner und Zierold.²⁰³

Legt der Name „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ im Allgemeinen und dieser Bericht im Besonderen den Gedanken nahe, hier stünden Verbindungen zwischen diesen beiden gesellschaftlichen Bereichen im Vordergrund, so maß Felgentraeger der „Kontaktaufnahme mit den Vertretern der verschiedenen Ministerien“ höheres Gewicht bei.²⁰⁴

Insgesamt können die Jahresversammlungen des Gesprächskreises ebenso wie die des Stifterverbands, der WRK, des DHV und anderer Großorganisationen als Orte der Kapitalumwandlung betrachtet werden, womit der letzte und vielleicht wichtigste Punkt in Verbindung mit dem „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ angesprochen ist. Die Hochschullehrer setzten vor allem kulturelles Kapital ein und erhöhten dafür ihr soziales Kapital.²⁰⁵ Die Expertenrolle des Hochschulverbandes auf dem Gebiet der allgemeinen Rechtsfragen, des Besoldungsrechts und der Lage des Nachwuchses verschaffte seinen Vertretern Gehör innerhalb der Kreise und ermöglichte die Einflussnahme durch Information, wie sie bereits weiter oben als Strategie gegenüber Bildungspolitikern und der Verwaltung deutlich wurde. Dabei stellte für alle das aus ihrer Zugehörigkeit zu einem Unternehmer- oder Wissenschaftspolitiknetzwerk bestehende soziale Kapital das Eingangsbillet zu den Kreisen dar. Felgentraegers wiederholte Zufriedenheit über die Kontaktaufnahme zur Wissenschaftsbürokratie spricht für eine aus seiner Sicht erfolgreiche Kapitalumwandlung.²⁰⁶ Für die Unternehmer war die Umwandlung von ökonomischem in soziales und in

²⁰¹ Der Bericht mit unbekanntem Autor erwähnt jedoch auch keine Namen der Teilnehmer, in: ZZBW/FZ 189/3, Bl. 19-33.

²⁰² Ebd., Bl. 20f.

²⁰³ Außer den bereits vorgestellten Herren sind die Personen nicht eindeutig ermittelbar, da nur die Nachnamen der Reisenden angegeben sind.

²⁰⁴ Niederschrift der 27. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 29.10.1958 in Frankfurt a. Main, Punkt 1.

²⁰⁵ Während mäzenatisches Handeln mit der „Praxis der Inszenierung sozialer Macht“ durch den Mäzen verbunden ist, ist im Falle des Gesprächskreises von einer Kapitalumwandlung aller Akteure auszugehen, auch wenn die Unternehmer den Kreis finanziell trugen; so Manuel Frey, *Macht und Moral des Schenkens. Staat und bürgerliche Mäzene vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Berlin 1999, S. 13; vgl. für den Kunstbereich Andrea Meyer, *In guter Gesellschaft. Der Verein der Freunde der Nationalgalerie Berlin von 1929 bis heute*, Berlin 1998, für den Wissenschaftsbereich Marion Hüchtermann und Rudolf Spiegel, *Unternehmer als Mäzene*, Köln 1986, S. 18 u. 47f.: Unternehmen lassen ihrer Untersuchung nach fast die Hälfte ihrer Spenden der Wissenschaftsförderung zukommen. Zu den vielfältigen Spendenmotiven vgl. Heinz-Rudi Spiegel, „Begründung und Motive privater und industrieller Wissenschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Bericht“, in: *Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, hg. v. Rüdiger vom Bruch, Stuttgart 1990, S. 153-184, hier S. 164; mit Bezug auf Unternehmer im Kaiserreich s. Biggeleben, „*Bollwerke des Bürgertums*“, S. 220 mit weiteren Literaturhinweisen.

²⁰⁶ Morten Reitmayer verdeutlicht, wie es bei Treffen in den Evangelischen Akademien zwischen Unternehmern und Intellektuellen zu einem Wissenstransfer kam, insofern sie ihre Ordnungskonzepte zur Diskussion stellten; vgl.

kulturelles Kapital bedeutender. Durch die Arbeit des Stifterverbands hatten sie bereits Eingang in die Deutsche Forschungsgemeinschaft gefunden. Der Gesprächskreis stellte die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft jedoch auf eine breitere Basis, sowohl thematisch, weil nun auch Fragen der Ausbildung diskutiert wurden, als auch quantitativ: Er zählte insgesamt 300 Teilnehmer und ist in seiner Organisation – den zahlreichen Versendungen, Einladungen, Planungen und Reisen – sicher nicht ohne die Trägerschaft durch Stifterverband und BDI denkbar, obwohl seitens der WRK und des DHV einiges an unterstützender Organisationsarbeit geleistet wurde. Nicht nur wurde die Büro- und Schriftleitung größtenteils vom Stifterverband und dem BDI getragen. Die Sitzungen und Reisekosten trugen die jeweils gastgebenden Unternehmen BASF, Bayer, Mannesmann, Allianz und die Gutehoffnungshütte.²⁰⁷ So lud Dr. jur. Hans Goudefroy, Vorstandsvorsitzender der Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft den Gesprächskreis im April 1961 in den Firmensitz ein. Trugen die Bildungsvertreter also zu den Sitzungen ihr Expertenwissen bei, so schufen die Unternehmer den Arbeits- wie den geselligen Rahmen, innerhalb dessen die einzelnen Themen diskutiert und Entschlüsse vorformuliert wurden.²⁰⁸

Daraus ergibt sich ein Bild des regen Austauschs zwischen den Vertretern der verschiedenen Vereinigungen und ebenso zwischen Wissenschaftlern und Unternehmern, wenn die Verbindungen des Hochschulverbands zum Stifterverband zusammen mit den Beziehungen innerhalb des GKWW und der offiziellen Zusammenarbeit mit der WRK und anderen Wissenschaftsgremien sowie der Ministerialbürokratie zusammengekommen betrachtet werden. Über Jahre hinweg führte dieser Austausch immer wieder die gleichen Herren zusammen und dürfte so zu einer wachsenden Kohäsion in den Positionen zur Hochschulreform geführt haben. Gerade eine Institution wie der Gesprächskreis, aber auch der Stifterverband und über ihn die Mitwirkung deutscher Unternehmer in bildungspolitischen Gremien, wie dem Wissenschaftsrat und der DFG, legen nahe, von einem fraktionsübergreifenden Bürgertum mit einer gemeinsamen Interessen- und Wertelage und einem hohen Vernetzungsgrad zu sprechen. Bei allen unterschiedlichen Interessen im Einzelnen wurde immer ein gemeinsamer Nenner gefunden, der in repräsentativen Veranstaltungen nach außen getragen und durch gesellige Zusammenkünfte und längere Reisen nach innen stabilisiert wurde.

Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vereint: Der Wissenschaftsrat

Zu den informellen Kanälen der Politikberatung, wie Gesprächen, Gutachtertätigkeiten und kurzlebigen Beratergremien, trat in den sechziger und siebziger Jahren eine Reihe von langjährigen bildungspolitischen Beratergremien, von denen sich über die Beratungskonjunktur hinaus jedoch nur der Wissenschaftsrat hielt.²⁰⁹ Er wurde 1957 von Bund und Ländern gegründet und setzte sich aus Wissenschaftlern, Personen des öffentlichen Lebens und Vertretern von Bund und

Morten Reitmayer, „Unternehmer zur Führung berufen“ – durch wen?, in: *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität*, hg. v. Volker R. Berghahn, u.a., Essen 2003, S. 317-336, hier S. 317.

²⁰⁷ Brief der Geschäftsführung des Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft an Flitner v. 8.1.1960, in: ZZBW/FZ 448/3, Bl. 85; vgl. Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, S. 198f.

²⁰⁸ Brief Goudefroy an Nord v. 4.4.1961, in: ZZBW/FZ 448/4, Bl. 95.

²⁰⁹ Wilfried Rudloff, ‚Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren‘, in: *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, hg. v. Stefan Fisch und Wilfried Rudloff, Berlin 2004, S. 153-188, hier S. 159.

Ländern zusammen. Er wurde nicht zuletzt deshalb ins Leben gerufen, weil laut Verfassung der Bund für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung, die Länder aber für die Hochschulen zuständig waren, so dass eine Koordination zunehmend wichtiger wurde.²¹⁰ Seine Hauptaufgabe bestand darin, Entwicklungspläne für die Hochschulen zu erstellen.²¹¹ In seiner Funktion glich er dem britischen *Robbins Committee*. Beide Ausschüsse reflektieren den internationalen Trend zur Verstärkung von bildungsreformerischen Anstrengungen. Während sich Politiker von den wissenschaftlichen Gremien die Versachlichung der Debatte über die Neuordnung des Bildungswesens erhofften und Professoren mitunter als neutrale Experten betrachteten – vor allem in Bezug auf Bildungspolitik eine kuriose Einschätzung, da sie Professoren noch dort Neutralität unterstellt, wo ihre eigenen Interessen direkt betroffen sind-, bezeichnet Wilfried Rudloff die Etikettierung Experten als teilweisen Schwindel.²¹²

In seiner scharfen Kritik am Wissenschaftsrat bezeichnete Rolf Berger 1974 die Wissenschaftler sogar als „treibende Kraft hinter der Idee des Wissenschaftsrats“, mit dem Ziel, den Hochschulen die finanziellen Mittel des Bundes zu sichern. Dieses Urteil ist nur teilweise berechtigt. Zum einen zeigte der Bildungsökonom und Gründungsdirektor des 1963 gegründeten Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung Friedrich Edding krasse Defizite in der Hochschulfinanzierung der Bundesrepublik auf. Zum anderen wurde Forschungspolitik zunehmend unter Gesichtspunkten des internationalen Wettbewerbs gesehen. Sogar von forschungspolitischem „Wettrüsten“ war die Rede.²¹³ Die interparlamentarische Bund-Länder-Arbeitsgruppe stellte schließlich einen Bedarf nach Koordinierung zwischen Bund und Ländern bei der Mittelvergabe fest. Antreiber der Errichtung des Wissenschaftsrates waren fortan der Vorsitzende der bayerischen SPD-Landtagsfraktion Waldemar von Knoeringen, die bayerische FDP-Landtagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher und Kurt Zierold von der DFG. Hans von Heppe aus dem nordrhein-westfälischen Kultusministerium und Kurt Frey von der Kultusministerkonferenz traten diesem Kreis während der Planungsphase bei. Wenn Gerhard Hess dennoch das Vorhaben in der FAZ vom 5. Juli 1956 unter dem Titel „Ein langfristiger Plan für die Wissenschaft“ publik machte, so war dies dem Anliegen geschuldet, den Plan als überparteilichen Vorschlag zu veröffentlichen.²¹⁴

Aus dem finanzpolitischen Hauptziel der Wissenschaftler machten weder Gerhard Hess noch andere Wissenschaftler einen Hehl. Dazu stellte er fest:

„Einfach ist schließlich der zumindest meine Überlegungen beherrschende Gedanke, daß alles darauf ankäme, einen Teil der im Julisturm des Bundesfinanzministeriums gehorteten Milliarden der Wissenschaft, vornehmlich den Hochschulen, zuzuführen.“²¹⁵

²¹⁰ Willy Strzelewicz u. Ferdinand Wiebecke, ‚Bildungspolitik‘, in: *Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, hg. v. Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1974, S. 865-904, hier S. 899.

²¹¹ Christoph Oehler, ‚Hochschulen. Die Hochschulentwicklung nach 1945‘, in: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd VI/1: 1945 bis zur Gegenwart*, hg. v. Christa Berg, München 1998, S. 412-446, hier S. 415.

²¹² Rudloff, ‚Wieviel Macht den Räten?‘, S. 153f. u. S. 170.

²¹³ Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, S. 198.

²¹⁴ Bartz, *Wissenschaftsrat und Hochschulplanung*, S. 44f.; vgl. Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, S. 199, S. 202, u. S. 204f.

²¹⁵ Zur Gründungsgeschichte des Wissenschaftsrats s. *Wissenschaftsrat 1957-1997*, S. 49-60, hier S. 49: Hess schlug den Wissenschaftsrat in seiner Funktion als DFG-Präsident 1956 öffentlich vor; vgl. Gerhard Hess, ‚Zur Vorgeschichte des Wissenschaftsrats‘, in: *Wissenschaftsrat 1957-1967*, Bonn 1968, S. 7f., zitiert nach Berger, *Stellung des Wissenschaftsrats*, S. 115.

Mit der Umsetzung dieses Zieles zeigte sich Ludwig Raiser in seiner Funktion als Vorsitzender des Rates jedoch unzufrieden:

„Der sehr beschränkte Einflußbereich, der dem Wissenschaftsrat bisher auf das Gesamtproblem der Wissenschaftsfinanzierung in der Bundesrepublik eröffnet war, kann nicht befriedigen.“²¹⁶

Da die Professoren aus Ländersicht mitnichten neutrale Experten waren, setzten sich die Hochschulreferenten der Kultusminister dafür ein, dem wissenschaftlichen Beratungs- ein Entscheidungsgremium von Vertretern der Verwaltung zur Seite zu stellen, um zwischen Beratung und Entscheidung zu trennen. Damit sollte die Macht der Wissenschaftler in Schach gehalten und verhindert werden, dass diese die Hochschulverwaltungen übergingen. Der zwischen den widerstrebenden Wissenschaftlern und Bund auf der einen und den Ländern auf der anderen Seite erzielte Kompromiss sah schließlich vor, dass eine wissenschaftliche und eine Verwaltungskommission die Empfehlungen zunächst voneinander getrennt debattieren und anschließend gemeinsam verabschieden sollten.²¹⁷ Der Wissenschaftsrat war nur in seiner gemeinsamen und paritätisch besetzten Vollversammlung beschlussfähig.²¹⁸ Er selbst betrachtete sich folgerichtig als „Austauschforum“ für Wissenschaftler und Politiker.²¹⁹ Darüber hinaus schufen die für den Kompromiss notwendigen Beratungen im Entscheidungsfindungsprozess zwischen den beiden Kommissionen Raum für ein „Politiknetzwerk‘ in der Forschungs- und Wissenschaftspolitik“ zwischen Wissenschaftlern, Verwaltungsvertretern und Wirtschaft.²²⁰

Aus dem numerischen Übergewicht von Wissenschaftlern, das der Staatssekretär im Post- und Fernmeldeministerium, Friedrich Gladenbeck,²²¹ während der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern vorgeschlagen hatte, entwickelte sich eine endgültige Zusammensetzung aus sechzehn Wissenschaftlern, sowie sechs Vertretern der Bundesregierung und elf Ländervertretern, die beide ein Gewicht von je elf Stimmen erhielten, und schließlich sechs Vertretern der Öffentlichkeit.²²² Zur Wahrung parteipolitischer Neutralität nominierte der Bundespräsident die Ratsmitglieder aus Wissenschaft und Öffentlichkeit. Unter den ersten sechzehn Gelehrten waren mit

²¹⁶ Ludwig Raiser, ‚Bericht des Vorsitzenden über die Arbeit des Wissenschaftsrats 1961 bis 1964‘, Bonn 1964, S. 16f., zitiert nach Berger, *Stellung des Wissenschaftsrats*, S. 116.

²¹⁷ Rudloff, ‚Wieviel Macht den Räten?‘, S. 168f.

²¹⁸ Ludwig von Friedeburg, *Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch*, Frankfurt/M. 1989, S. 338.

²¹⁹ So Adolf Butenandt, in: *Wissenschaftsrat 1957-1967*, S. 65, zitiert nach Metzler, *Konzeptionen politischen Handelns*, S. 170.

²²⁰ Dies entsprach auch dem Bild der Beteiligten; s. dazu Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, den 17.11.1967, Auszug einer Rede des Präsidenten der KMK Kultusminister Claus Joachim von Heydebreck, Schleswig-Holstein, in der Debatte über die Großen Anfragen der Fraktion der CDU/CSU die Studienreform vom 12.5.1967 (Drucksache V/1742) betreffend und der Fraktion der SPD die Wissenschaftsförderung und Wissenschaftsplanung betreffend, vom 4.10.1967 (Drucksache V/2132), in: BA B 380/884; vgl. Metzler, *Konzeptionen politischen Handelns*, S. 169, Zitat ebd.

²²¹ Friedrich Gladenbeck, Jg. 1899; Studium Fernmeldetechnik; Promotion Dr. rer. nat.; 1938-1942 Präsident Forschungsanstalt d. Deutschen Reichspost; 1942-1947 Vorstandsmitgl. AEG, anschl. ‚private Forschungsarbeit‘; 1952 Bundespostministerium, dort Chefingenieur und Staatssekretär; 1942 Ehrendoktor TH Berlin; 1959 Bundesverdienstkreuz.

²²² Besprechung des Herrn Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder am 21.3.1957 über Fragen der Wissenschaftspflege, Herbeiführung des Einvernehmens innerhalb der Bundesregierung über die wesentlichen Punkte der Bund und Länder betreffenden organisatorischen Probleme, in: Bundesminister des Innern, in: BA B106/1539; vgl. von Friedeburg, *Bildungsreform*, S. 338.

Gerhard Hess, Helmut Coing, Ludwig Raiser und Gert Tellenbach vier dem Hochschulverband, der WRK und der DFG verbundene Professoren.²²³ Die zahlreichen Ämterüberschneidungen resultierten daraus, dass die Wissenschaftsvertreter von WRK, DFG, MPG und Helmholtzgemeinschaft vorgeschlagen wurden.²²⁴ Im Vorfeld hatten eine Reihe von Wissenschaftlern die Vertretung ihrer Disziplinen, Institutionen oder von Einzelpersonen durchzusetzen versucht. Daher war die Entscheidung für die Einbindung der großen Wissenschaftsorganisationen in das Vorschlagsverfahren und gegen die direkte Nominierung von Individuen gefallen.²²⁵ Dies begünstigte indes ebenso ein wissenschaftliches *Establishment* wie die enge Verbindung zur DFG und die Gremienerfahrung, auf die bei Neubesetzungen der Wissenschaftlichen Kommission Wert gelegt wurde.

Den Vorsitz des Wissenschaftsrates nahmen von 1958 bis 1961 Helmut Coing, von 1961 bis 1965 Ludwig Raiser und von 1965 bis 1969 Hans Leussink ein.²²⁶ Als ersten Präsidenten der wissenschaftlichen Kommission hatte Theodor Heuss ursprünglich Ludwig Raiser vorschlagen wollen und reagierte enttäuscht, als dieser seine Kandidatur mit der Begründung zurückzog, sich seinen Studenten widmen zu wollen. Laut Olaf Bartz fürchtete Raiser jedoch möglicherweise, dass er als profilierter Reformler Helmut Coing in der Wahl unterliegen würde, der „klar zur Riege der humboldtianistischen Nachkriegsrestauration“ gehörte.²²⁷ Für diese Interpretation spricht, dass Raiser sich 1947 hinter das Blaue Gutachten gestellt hatte und als Mitglied des Hofgeismarer Kreises zu jenen Professoren gehörte, die strukturellen Hochschulreformen aufgeschlossen gegenüber standen.²²⁸ Allerdings trat Raiser 1961 ja die unmittelbare Nachfolge von Coing als zweiter Präsident der wissenschaftlichen Kommission an. Dies und seine zahlreichen hohen Ämter – Präsident des DHV, DFG-Präsident und Vorstandsmitglied des Stifterverbands – stellen wiederum seine Position als Außenseiter infrage.

Die Einbindung der großen Wissenschaftsorganisationen erklärt deren Zustimmung zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die von anderer Seite Kritik auf sich gezogen haben. So legiti- mierten die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Hochschulentwicklung und -struktur laut Thomas Ellwein nur bereits im Gang befindliche Entwicklungen. Es sei keine funktionale Ar-

²²³ ‚Die Mitglieder des Wissenschaftsrates‘, in: *FAZ* v. 24.1.58, abgedruckt in: Deutscher Ausschuß, Schriftwechsel mit dem Wissenschaftsrat, in: BA B154/49.

²²⁴ Auf einer Sitzung des WRK-Zehnerausschusses am 15. Juli 1957 in Bad Godesberg wurden die Nominierungen besprochen. Anwesend waren für die WRK deren Präsident Coing und der designierte Präsident Tellenbach, für den Zehnerausschuß u.a. Wolfgang Paulsen und Werner Weber, für den Viererausschuß Kolb, Paulsen und Horn. Die DFG entsandte Hess, die Max-Planck-Gesellschaft einen Dr. Benecke. Unter den von den Anwesenden nominierten Wissenschaftlern waren Gerhard Hess, Gerd Tellenbach, Ludwig Raiser, Hermann Heimpel, Bruno Snell, Helmut Coing, Werner Weber und Eugen Flegler, die alle dem Hochschulverband langjährig verbunden gewesen waren – wenn nicht als Vorstandsmitglieder, so als Rektoren; vgl. das Kurzprotokoll Sitzung des Zehnerausschusses v. 15.7.1957, in: ZZBW/FZ 301/1, Bl. 22; Aus der Teilnehmerliste einer gemeinsamen Sitzung des Vierer- und Zehnerausschusses der WRK mit den wissenschaftlichen Mitgliedern des Wissenschaftsrates im Februar 1958 gehen die verschiedensten Doppelfunktionen hervor: Von den Wissenschaftsratsmitgliedern waren Tellenbach als WRK-Präsident, Coing als WRK-Vizepräsident und Mitglied des Viererausschusses und Hess als DFG-Mitglied aufgeführt, s. Ergebnisprotokoll der Sitzung des Zehner- und Viererausschusses der WRK mit Mitgliedern des Wissenschaftsrates am 5. Februar 1958, in: ZZBW/FZ 301/1, Bl. 12.

²²⁵ Metzler, *Konzeptionen politischen Handelns*, S. 167.

²²⁶ *Wissenschaftsrat 1957-1997*, hg. v. Wissenschaftsrat, 1998, S. 99.

²²⁷ Bartz, *Wissenschaftsrat und Hochschulplanung*, S. 63.

²²⁸ Für eine Diskussion des Blauen Gutachtens als gescheiterten Versuch der Alliierten, strukturelle Hochschulreformen anzuregen, vgl. Kapitel 1 dieser Arbeit.

beitsteilung im tertiären Sektor eingeführt worden, und die alte Hierarchie mit den Universitäten an der Spitze sei erhalten geblieben. Sie hätten das alleinige Promotionsrecht und das Akademikerprivileg behalten.²²⁹ Die Empfehlungen entsprachen schließlich dem seit 1945 herrschenden hochschulpolitischen Konsens, der den Ausbau der Universitäten ohne einhergehende strukturelle Veränderung vorsah, worauf Ludwig von Friedeburgs Kritik zielt.²³⁰

Seinen Erfolg verdankte der Wissenschaftsrat der Tatsache, dass er sich in den ersten Jahren auf den Ausbau der Universitäten konzentrierte. Berger zufolge kam es erst dann zu einer Reform, als der von den Studentenunruhen ausgehende Druck zu stark wurde. Davor hätten sich die Wissenschaftler mit ihrer Reformblockade innerhalb des Rates durchgesetzt.²³¹ Diese Kritik ignoriert jedoch dessen Auftrag, der zuerst darin bestand, beträchtliche Bundes- und Ländermittel für die Wissenschaft zu verteilen. Strukturreformen waren hingegen ebenso wenig wie eine expansive Bildungspolitik Priorität. Das übergeordnete Interesse war vielmehr zunächst, die Arbeitsfähigkeit der Hochschulen wiederherzustellen, wofür immerhin gegen den Widerstand der Ordinarien die Einführung von Parallellehrstühlen vorangetrieben wurde. Der darüber hinausgehende Umbau der Hochschulen wurde verschoben, und darin liegt sicherlich ein Erfolgsrezept des frühen Wissenschaftsrates.²³² Als dieser in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre dazu überging, Hochschulreformen zu empfehlen, fand er in der Politik weniger Gehör.²³³

Die fehlende Repräsentation von Assistenten und Privatdozenten sowie der Gewerkschaften dürfte diesen am Status Quo orientierten Konsens erleichtert haben.²³⁴ Eine dahingehende Klage der Gewerkschaften in der *Welt der Arbeit* unterstreicht geradezu die Effizienz unternehmerischer Wissenschaftspolitik:

„Mittlerweile geht die Verknüpfung von Unternehmerverbänden und Hochschulen bis in die höchsten Gremien der Wissenschaftspolitik. Im kürzlich berufenen Wissenschaftsrat [...] finden sich allein vier – wenn nicht gar fünf – Vertreter der Unternehmerschaft der Großindustrie, von denen drei dem Vorstand bzw. Verwaltungsrat des Stifterverbandes angehören. Gleichzeitig repräsentieren die Unternehmer aber auch das im Wissenschaftsrat, was man das ‚öffentliche Interesse‘ nennen könnte, während kein Mitglied des Wissenschaftsrates der Gewerkschaftsbewegung auch nur nahesteht. Zusätzlich wurde der Vorsitzende des Wissenschaftsrates nach dessen Gründung in den Verwaltungsrat des Stifterverbandes berufen, um die Verbindung zwischen Unternehmertum und Wissenschaft noch enger zu gestalten.“²³⁵

²²⁹ Thomas Ellwein, *Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Frankfurt/M. 1992, S. 244f.

²³⁰ Von Friedeburg, *Bildungsreform*, S. 342 sprach von einer Blockade der Hochschulreform.

²³¹ Berger, *Stellung des Wissenschaftsrats*, S. 159f. u. S. 162.

²³² Wilfried Rudloff, ‚Bildungsplanung in den Jahren des Bildungsbooms‘, in: *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, hg. v. Matthias Frese, Julia Paulus u. Karl Teppe, Paderborn 2003, S. 259-282, hier S. 263.

²³³ Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, S. 223; Rudloff, ‚Wieviel Macht den Räten?‘, S. 172 u. Metzler, *Konzeptionen politischen Handelns*, S. 168.

²³⁴ Vgl. dazu Rolf Berger, *Zur Stellung des Wissenschaftsrats bei der wissenschaftspolitischen Beratung von Bund und Ländern*, Baden-Baden 1989, S. 54, der im Wissenschaftsrat von 1970 und von 1972 je zwei Nicht-Professoren identifizierte, die gegenüber der überwältigenden Mehrheit von ordentlichen und den wenigen nichtordentlichen Professoren kaum ins Gewicht fielen.

²³⁵ ‚Mäzene mit Hintergedanken‘, zitiert nach einem Brief v. F.E. Nord an die Mitglieder des Vorstandes und Verwaltungsrates des Stifterverbandes, in: BA B154/53: ‚Mitglieder des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft v. 5.3.1959‘, Nords Anmerkung: „Wir enthalten uns eines eigenen Kommentars.“ Vgl. dazu Schulze, *Stifterverband*, S. 153.

Wenn die Gewerkschaften gar nicht, Unternehmer dafür umso zahlreicher Eingang in den Rat fanden, so lag dies nicht an letzteren. Der Vorsitzende des Stifterverbands Ernst H. Vits hatte inmitten von Querelen über die Bindung der Vorschläge des Wissenschaftsrates für die Politik gefordert, dass die sechs Vertreter des öffentlichen Lebens auf Vorschlag des Stifterverbands, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Städtetages nominiert werden sollten.²³⁶ Am Ende hatte sich aber Innenminister Schröder gegen die Berücksichtigung von Institutionen durchgesetzt, die nicht unmittelbar mit der Wissenschaft zu tun hatten, wie die Kirchen und die Gewerkschaften.²³⁷ Deren Außenvorstellen resultierte demnach letztlich daraus, dass die bildungspolitische Arbeit des DGB Wissenschaft und Forschung lange ignoriert hatte, während die Bildungsabteilungen der Wirtschaft sich diesen Themen früh zugewandt hatten.²³⁸

Das Unternehmerorgan *Der Arbeitgeber* begrüßte im Gegensatz zur Gewerkschaftspresse die ersten Empfehlungen des Wissenschaftsrats, an denen einige Unternehmer beteiligt gewesen waren. Die Empfehlungen des Rates würden sich reformierend auswirken, obwohl es nicht seine Aufgabe gewesen sei, einen Reformplan für die Hochschulen auszuarbeiten. Die als Beleg dafür angeführten Punkte begründeten jedoch eher einen Hochschulausbau als eine Hochschulreform. So empfahl der Wissenschaftsrat vor allem die Verbesserung der Stellenpläne. In den folgenden fünf Jahren sollten 1200 neue Lehrstühle geschaffen werden – eine Erhöhung des Umfangs von 1960 um 39 Prozent. Der Mittelbau sollte zur Entlastung des Lehrkörpers durch die Schaffung Akademischer Räte und von Abteilungsleitern erweitert werden.²³⁹ Die dem zugrunde liegenden Bedarfsprognosen waren jedoch ebenso schnell von der Realität überholt wie die des *Robbins Committee* und mit ihnen die Einschätzung, der Gipfel der Expansion werde 1962 erreicht und die Universitäten auf eine Dekade hin saniert sein.²⁴⁰

Die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind nicht zuletzt für die Fragestellung nach einem berufsübergreifenden Bürgertum interessant, weil sie überwiegend aus dem Unternehmertum kamen, mit Universitäten als Honorarprofessoren verbunden waren und selbst teilweise aus dem Bildungsbürgertum stammten. Über den Ämtertausch zwischen DFG und Stifterverband und den „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ hatten sie mit Professoren des Wissenschaftsrats bereits vorab regen Austausch gepflegt.²⁴¹ Ernst H. Vits war Mitbegründer und langjähriger Vorstandsvorsitzender des Stifterverbands, der den GKWW federführend organisierte. Das Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckertwerke AG in München Heinz Goeschel hatte in Braunschweig promoviert, war Mitglied des Vorstands des Stifterverbands und des Kuratoriums der DFG, lehrte als Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Braunschweig und seit 1960

²³⁶ Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, S. 215.

²³⁷ Bartz, *Wissenschaftsrat und Hochschulplanung*, S. 48.

²³⁸ Schulze, *Stifterverband*, S. 153.

²³⁹ F.M. Hilterhaus, ‚Zwischen den Zeilen. Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates‘, in: *Der Arbeitgeber*, 5.2.1961, S. 81-84, hier S. 83.

²⁴⁰ Rudloff, ‚Bildungsplanung‘, S. 263 u. ders., ‚Wieviel Macht den Räten?‘, S. 171.

²⁴¹ Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrates vom 5. September 1957, abgedruckt in: *Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959*, bearbeitet von Rolf Neuhaus, Wiesbaden 1961, S. 512-515, Zitat S. 512; vgl. dazu ‚Mäzene mit Hintergedanken‘, in: *Welt der Arbeit* v. 13.2.1959; s. auch *Wissenschaftsrat 1957-1997*, S. 81; Rolf Berger bemerkte dazu in seiner Analyse des Wissenschaftsrates kritisch, die unbestimmten Wertbegriffe wie „anerkannte Persönlichkeiten“ und „öffentliches Leben“ ermöglichten jedwede Nominierung, vgl. Berger, *Stellung des Wissenschaftsrats*, S. 41.

in München. Er war außerdem Mitglied des Gesprächskreises „Wissenschaft und Wirtschaft“.²⁴² Dies trifft ebenso auf den Vorstandsvorsitzenden der Kali-Chemie AG Hannover Otto Hermann Karl Henning Reuleaux zu.²⁴³ Er hatte Chemie, Hüttenkunde, Nationalökonomie, Geschichte und Rechtswissenschaften an der TH Berlin studiert, wo er 1923 zum Dr.-Ing. promoviert wurde. Zu seinen Vorfahren zählte Franz Reuleaux, ein früherer Rektor der TH Berlin. Seit 1950 war er Vorsitzender des Geld-, Kredit- und Währungsausschusses im Bundesverband der Deutschen Industrie.²⁴⁴ Der Aufsichtsratsvorsitzende der BASF Carl Wurster war Honorarprofessor an der Universität Heidelberg.²⁴⁵ Der Sohn eines Rechtsanwalts und „Sproß einer altangesessenen württembergischen Beamtenfamilie in Stuttgart“ hatte 1923 in Stuttgart in Chemie promoviert, dort zunächst als wissenschaftlicher Assistent gearbeitet und war 1924 in die Forschungsabteilung der BASF eingetreten.²⁴⁶ Seine Karriere hatte ihn an die Spitze des Konzerns geführt. Die ihm übertragenen Würden umfassten auch den stellvertretenden Vorsitz des Kuratoriums der Stiftung Volkswagenwerk. Mit der Wissenschaft war Wurster durch zahlreiche Ämter und Würden verbunden. Ebenso wie Ernst E. Vits war er Senator und Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften sowie Vorstandsrat des Deutschen Museums in München. Der in 1947 in Nürnberg Angeklagte erhielt später zahlreiche Ehrendoktor- und -senatorenwürden sowie das Bundesverdienstkreuz. Als Honorarprofessor lehrte er in Heidelberg.²⁴⁷ Peter van Aubel²⁴⁸ war Vorstandsvorsitzender der Wirtschaftsberatung-AG Düsseldorf und hatte den Vorsitz der Studienstiftung inne. Der Physiker Walter Gerlach²⁴⁹ saß als DFG-Vorstands-

²⁴² Dr. Ing. Heinz Goeschel, Jg. 1906, Vater: Architekt; 1934 Eintritt Schuckertwerke, 1953 Vorstandsmitgl.; 1966 Vorstandsmitgl. Siemens AG; diverse Aufsichtsratsvorsitze und -mandate; Mitgl. Deutsche Atomkommission; Ehrendoktor TH Aachen, 1966 Universität Istanbul; Ehrensenator TH Braunschweig; 1969 Karmasch-Denkmünze der Hannoverschen Hochschulgemeinschaft; vgl. *Wer ist Wer*, 1969/70.

²⁴³ Brief Hermes an Reuleaux, in: ZZBW/FZ 177/2, Bl. 13; vgl. die Entschliefungen des Gesprächskreises in: Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, *Bericht 1957/1967*.

²⁴⁴ Dr. Otto Hermann Karl Henning Reuleaux, Jg. 1891; 1923 Metallgesellschaft AG in Frankfurt/M.; seit 1929 Leitung Vereinigte Leichtmetallwerke GmbH Bonn; nach 1945 Vorstandsmitgl. Metallgesellschaft u. Aufsichtsratsmitgl. Vereinigte Deutsche Metallwerke AG; 1947 Vorstandsvorsitz Kali-Chemie AG Hannover; zahlr. Aufsichtsratsmandate in gr. Industrieunternehmen; vgl. *Wissenschaftsrat 1957-1997*, hg. Wissenschaftsrat, 1998, S. 82; persönl. Angaben aus *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom; die Lebensdaten in *Munzinger-Archiv* entsprechen nur teilweise dem im DBE dargestellten Lebenslauf. *Munzinger* gibt als Geburts- und Todesjahr 1886 und 1979 an.

²⁴⁵ *Wissenschaftsrat 1957-1997*, S. 84.

²⁴⁶ Vgl. *Munzinger Archiv*, CD-Rom.

²⁴⁷ Dr.-Ing. Carl Wurster, Jg. 1900; bei der IG Farben war Wurster 1934 Prokurist, 1936 Direktor und 1938 Vorstandsmitglied. Er leitete das Werk Ludwigshafen, obwohl er Wehrwirtschaftsführer und NSDAP-Mitglied gewesen war, auch über den Zweiten Weltkrieg hinaus, da Engländer und Franzosen weniger hart gegen die Direktoren von Fabriken vorgehen als die Amerikaner. Nach zähen Verhandlungen mit den Franzosen, die nicht auf Wursters Erfahrungen verzichten wollten, wurde er ausgeliefert und 1947 als ehemaliges Vorstandsmitglied der IG Farben in Nürnberg angeklagt, 1948 aber in allen Punkten freigesprochen. 1948 erneut Leitung des Werkes Ludwigshafen; 1952 Vorstandsvorsitz BASF; 1965 Amtsniederlegung und Aufsichtsratsvorsitz BASF, sowie ab 1967 bei Robert Bosch GmbH, Stuttgart und stellvertretend 1966-71 bei Brown, Boveri & Cie AG, Mannheim; Aufsichtsratsmitgl. Allianz, Degussa, Deutsche Bank; Siegle und Kast + Ehinger GmbH, Stuttgart; *Zahlreiche Ehrungen*: Ehrensenator Universität Mainz, Heidelberg, Tübingen und TH Karlsruhe; Ehrenbürger TH Stuttgart, Tübingen und TH München; 1955 Gr. Bundesverdienstkreuz mit Stern, 1963 mit Stern u. Schulterband; 1968 Bayer. Verdienstorden; 1966 Schillerpreis Stadt Mannheim; vgl. *Munzinger Archiv*, CD-Rom, u. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom; vgl. auch Erker u. Pierenkämper, „Einleitung“, S. 9, die den Fall Wurster als Beispiel für Ungereimtheiten bei den Entlassungswellen anführen. Joly führt Wurster ebenso als Ausnahmeerscheinung an, zum einen wegen seines „Davonkommens“ und zum anderen, weil er bereits im Alter von 38 Vorstandsmitglied bei den IG Farben war, bei einem Durchschnittsalter von 50, vgl. Joly, *Großunternehmer*, S. 78, 149f. u. 157.

²⁴⁸ *Wissenschaftsrat 1957-1997*, S. 80.

²⁴⁹ Walter Gerlach, Jg. 1889, Arztsohn; 1912 Promotion in Physik Tübingen; 1916 Habilitation; 1921 ao.Prof. Frank-

mitglied im Verwaltungsrat des Stifterverbands. Rüdiger Robert Beer war Beigeordneter für Kultur im Deutschen Städtetag.

Die Verbindung zwischen Wissenschaftsrat und „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ ging über Personalunionen hinaus. Die Aktivierung der ersten Empfehlungen des Wissenschaftsrates standen 1961 im fünften „Gespräch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft“ in Würzburg unter Leitung von Helmut Coing zur Diskussion, die Einführung übernahm Ernst E. Vits, der an die Hochschulen appellierte, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu unterstützen, da diese sonst keine Aussicht auf erfolgreiche Realisierung hätten. Kritik solle daher hochschulintern bleiben. Dem Appell, Uneinigkeit nicht in die Öffentlichkeit zu tragen, war sicherlich umso leichter nachzukommen, als die Empfehlungen innerhalb des beschriebenen engen Führungskreises aller betroffenen Institutionen ausgehandelt worden waren. Auch Vertreter des Hochschulverbands waren als unverzichtbare Experten zu einzelnen Sitzungen des Wissenschaftsrats herangezogen worden und hatten beispielsweise den Stellenplanungsausschuss unterstützt.²⁵⁰ Kaum überraschend enthielt sich daher auch der DHV der öffentlichen Stellungnahmen zu Empfehlungen des Rates und lud 1965 lieber dessen Generalsekretär zu einem Vortrag auf den Hochschulverbandstag ein, um diesem die Kritik an der geplanten zukünftigen Struktur des Lehrkörpers direkt zu vermitteln.²⁵¹

Angesichts der zahlreichen Gesprächsorte, die über den Wissenschaftsrat hinaus weiterhin bestanden, kann es nicht überraschen, dass dessen Empfehlungen öffentlich auf breite Unterstützung trafen, stand doch ausreichend Zeit und Raum zur Bereinigung von möglichen Verstimmungen zur Verfügung. Davon und von der exzellenten Vernetzung zwischen den im Wissenschaftsrat vereinten Persönlichkeiten der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zeugt abschließend der folgende Hinweis im *Arbeitgeber* von 1961:

„Auf der [...] Sitzung des ‚Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft‘ begegneten sich in Anwesenheit des Bundesministers Prof. Dr. Balke ausgewählte Mitglieder des Stifterverbandes mit führenden Herren des Wissenschaftsrates, des Hochschulverbandes, der Max-Planck-Gesellschaft und der Verwaltung, um die bei der Durchführung der Empfehlung [d. WR] zutage tretenden Schwierigkeiten und Aufgaben [...] noch einmal zu erörtern.“²⁵²

furt/M.; 1924 o.Prof., Tübingen; 1948-1951 Rektor Universität München; s. *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, CD-Rom.

²⁵⁰ *Die Aktivierung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates. V. Gespräch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft*, veranstaltet v. Bundesverband der Deutschen Industrie und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Würzburg am 3. Juni 1961; Niederschrift der 31. Vorstandssitzung des Hochschulverbandes am 7.11.1959 in Frankfurt a. Main, Punkt 1. u. Niederschrift über die 49. Vorstandssitzung am 25.10.1963 in Bonn, Punkt 1.

²⁵¹ Niederschrift über die 56. Präsidiumssitzung am 18.6.1965 in Mainz, Punkt 2.

²⁵² ‚Der Stifterverband in Würzburg‘, in: *Der Arbeitgeber*, 20.6.1961, S. 365, o.A.

Zusammenfassung

Am Ende der beiden Nachkriegsjahrzehnte führte in Deutschland und Britannien ein durch die Bildungsexpansion erzeugter Druck auf die Universitäten zu den Hochschulreformen der sechziger Jahre. Am Beginn von Ausbau, Neubau und strukturellen Veränderungen der Universitäten standen mit anderen Worten nicht Hochschulreformen. Vielmehr reagierte die deutsche Politik auf unhaltbar gewordene Studienbedingungen, die britische Politik auf einen immer eklatanteren Studienplatzmangel. Unter den Bildungs- und Besitzschichten herrschten in beiden Ländern Tendenzen zur Bewahrung der Schul- und Hochschulsysteme und zur Abwehr der Bildungsexpansion vor.

Deutsche und britische Hochschullehrer und Unternehmer standen dem sozialen Wandel und der Bildungsöffnung skeptisch bis ablehnend gegenüber. Ihre zentrale Sorge galt ihrer gesellschaftlichen Anerkennung und sozialen Stellung. Sie teilten die Befürchtung, dass die Qualität von Bildung unter der quantitativen Belastung durch die Bildungsexpansion leiden werde. Daher traten sie für den Erhalt sowohl des Studiums in kleinen Lerngruppen als auch des intensiven Austauschs zwischen Lehrenden und Lernenden ein, die dem *Humboldtschen* und dem Bildungsideal der *liberal education* entsprachen. Diese Bildungsideale vertraten sie jedoch auf gegensätzliche Weise: in Britannien relativ zurückhaltend, konstruktiv und pragmatisch, in Westdeutschland erhitzt, verharrend und teilweise ideologisch.

Die soziale Abgrenzung durch Sprache war in Deutschland extremer ausgeprägt als in Britannien, und die teilweise sehr starke Diskrepanz im Ton der Auseinandersetzungen wirft die Frage auf, ob die britische *middle class* weniger standesbewusst war und der Verallgemeinerung von bürgerlichen Privilegien auf die ganze Gesellschaft aufgeschlossener gegenüberstand. Der Vergleich institutioneller Unterschiede belegt diese Sichtweise jedoch nicht, denn hier war die soziale Abgrenzung in Britannien wiederum rigider als in Deutschland. So hatte die Bildungsreform von 1944 nicht zum Abbau der hierarchischen Struktur des Schulsystems geführt – entgegen der in vielen zeitgenössischen Reden und Schriften deutlichen Begeisterung für Chancengleichheit und Solidarität zwischen den Klassen.¹ Die Kriegskoalition aus *Conservatives* und *Labour* hatte zwar mehr kostenfreie Plätze für die *grammar schools* bereitgestellt, sich aber nicht auf die Abschaffung des privaten Bildungssektors geeinigt. Die *middle class* reagierte auf die Reform mit der Flucht in *public schools*, von denen sie sich in der Zwischenkriegszeit aus Kosten- und Qualitätsgründen längst abgewandt hatte. Aufgrund der Befürchtung, dass ihre Kinder in den öffentlichen *grammar schools* fortan auf Arbeiterkinder treffen würden, verschaffte sie dem privaten Sektor einen wiederbelebenden Boom. Die Trennung zwischen öffentlichem und privatem Bildungssektor ermöglichte sowohl den Zugang der breiten Bevölkerung zur höheren Bildung zu erweitern, als auch der oberen Mittel- und Oberschicht weiterhin Elitenbildung zu gewähren, indem die *public schools* und *Oxbridge* von der Bildungsexpansion ausgenommen wurden.

In Übereinstimmung mit dem dahinter stehenden parteienübergreifenden Konsens trat der britische Hochschullehrerverband für gleiche Bildungschancen ein, ohne sich mit der Hierarchie zwischen privaten und öffentlichen Bildungsinstitutionen auseinanderzusetzen. Die Unternehmer sa-

¹ Kenneth O' Morgan, *Britain since 1945. The People's Peace*, Oxford 2001, S. 18f.

hen ohnehin kein Problem ungleich verteilter Bildungschancen und äußerten sich selten und verhalten skeptisch zur Bildungsexpansion. Die britischen Hochschullehrer bilden damit das augenfälligste Beispiel für den Widerspruch zwischen universellen Werten und exklusiven Praktiken, aus dem ein bürgerliches Spannungsverhältnis zwischen Idealen und Praktiken hervorgeht.² Einerseits setzten sie sich für Chancengleichheit ein und forderten, Studenten aus bildungsfernen Familien mittels einer betreuungsintensiven, klassischen *liberal education* in die Kultur der gebildeten Schichten zu assimilieren und somit nicht nur einen sozialen, sondern auch einen kulturellen Aufstieg in die *middle class* zu vollziehen. Andererseits kritisierten sie nicht, dass mittellose Begabte nur selten in die Universitäten vordringen konnten. Dem für den Zugang notwendigen Stipendium ging ein Wettbewerb voran, der mit Auswahltests und Wettbewerben für Stipendien von *grammar schools* im Alter von elf Jahren begann und bis zu Eingangstests an den Universitäten führte. Schließlich wurden Absolventen von kostenpflichtigen *public schools* bei schlechteren Noten von Universitäten den *grammar school*-Absolventen vorgezogen.

In Westdeutschland war hingegen die sprachliche Abgrenzung besonders stark ausgeprägt. Professoren und Unternehmer kritisierten, dass die soziale Öffnung des Gymnasiums und der Universitäten ihren durch Leistung und Fähigkeit verdienten Bildungsprivilegien ein Ende bereiteten und darüber hinaus der Universität Schaden zufügten, weil die Bildungsaufsteiger nicht für das Studium geeignet seien und die Hörsäle verstopften. Ihre Polemik kann als Abschreckungskurs interpretiert werden, als Versuch, Bildungswillige vom Studium fernzuhalten, indem ihre Bildungsfähigkeit in Zweifel gezogen wurde. Die vergleichsweise radikale Reaktion ist wiederum in Beziehung zu den bildungspolitischen Rahmenbedingungen zu setzen. Denn hier garantierte nicht ein exklusiver, privater Bildungssektor die fortwährende (Aus-)Bildung von Eliten. Zwar waren die Bildungsbarrieren auch hierzulande weiterhin hoch. Entgegen den alliierten Plänen blieb zum einen das dreigliedrige Schulsystem für Einheitsschulen bestehen, zum anderen blieben Strukturreformen an den Hochschulen aus, und die Universitäten knüpften mit ihren Verfassungen an die Weimarer Zeit an. Dennoch drohte die soziale Öffnung des Gymnasiums und der Universität – durch die sukzessive Abschaffung von Schul- und Studiengebühren – diesen bürgerlichen Bildungseinrichtungen ein Ende zu bereiten. Den Gebildeten und Besitzenden standen kaum private Eliteinstitutionen zur Verfügung, in die sie sich vor den breiteren Schichten hätten zurückziehen können. Folgerichtig drohte aus ihrer Perspektive das Eindringen wachsender Schüler- und Studentenzahlen in vormals sozial exklusive höhere Schulen und Universitäten diese zu ‚vermassen‘. Ihre argumentative Abwehrreaktion kann daher als Äquivalent zur Flucht der britischen *middle class* aus dem öffentlichen in den privaten Sektor betrachtet werden.

Die sprachliche Abwehr und der Erhalt von Eliteinstitutionen waren somit unterschiedliche Reaktionen auf ähnliche Verlustängste. Mit den Bildungsprivilegien der oberen Mittelschicht stand die Wahrung ihrer gesellschaftlichen Distinktion zur Disposition. Dies knüpft an die Frage an, ob

² Dror Wahrman, *Imagining the Middle Class. The Political Representation of Class in Britain, c. 1780-1840*, Cambridge 1995, hier z.B. S. 55 und S. 314; vgl. Jonathan Sperber, ‚Bürger, Bürgertum, Bürgerlichkeit, Bürgerliche Gesellschaft: Studies of the German (Upper) Middle Class and its Sociocultural World‘, in: *The Journal of Modern History*, 69.1997, S. 271-297, hier S. 286; Wolfgang Kaschuba, ‚Deutsche Bürgerlichkeit nach 1800: Kultur als symbolische Praxis‘, in: *Bürgertum im 19. Jahrhundert*, Band 2, hg. v. Jürgen Kocka Göttingen 1987, S. 92-127; Albert Tanner, *Arbeitsame Patrioten - wohlstandige Damen: Bürgertum und Bürgerlichkeit in der Schweiz 1830-1914* Zürich 1995 u. Thomas Mergel, ‚Die Bürgertumsforschung nach 15 Jahren. Für Hans-Ulrich Wehler zum 70. Geburtstag‘, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41.2001, S. 515-538, hier S. 529.

die Kategorie Bürgertum auf die Nachkriegszeit übertragen werden kann, obwohl sie sich in der Selbstbeschreibung von Gesellschaften nicht mehr findet.³ Deutsche Hochschullehrer und Unternehmer hörten jedoch nach 1945 nicht abrupt auf, sich dem Bürgertum zuzuordnen, auch wenn die Professoren umschreibende Begriffe für das Bildungsbürgertum vorzogen, wie beispielsweise „akademische Schichten“ oder „geistig Schaffende“.⁴ In Britannien versiegten die Selbstzuschreibungen der *middle class* bzw. der *professional middle class* ebenso wenig mit dem Krieg und dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates.⁵ Der Anspruch auf eine bürgerlichen Idealen entsprechende Lebensführung, die sich von Nicht-Akademikern abhob, verweist in beiden Ländern auf bürgerliches Standesbewusstsein. Alle Akteure verorteten sich schließlich als distinkte gesellschaftliche Führungsformation, indem sie sich mit dem Anspruch auf leistungsadäquate Gehälter kulturell und sozial von der breiten Bevölkerung absetzten.

Bürgerliche Werte spielten ebenfalls eine Rolle in den Selbstbeschreibungen und Argumentationen der Akteure. Alle Gruppen rechtfertigten ihre Forderungen am häufigsten mit dem von ihnen geleisteten Dienst am Gemeinwohl, gefolgt von Verantwortung, Urteilsfähigkeit und Freiheit. Sie erachteten Bildung als zentrales Instrument zur Ausbildung dieser Charaktereigenschaften und von Selbständigkeit. In Einklang mit dem bürgerlichen Ideal wurde Bildung als Voraussetzung für die persönliche Entwicklung und als Selbstzweck geschätzt. Darüber hinaus galt sie in Britannien grundsätzlich als legitimes Vehikel für materiellen Aufstieg, nicht aber in Deutschland,⁶ wo Professoren und Unternehmer die seit dem Mittelalter existierende Dimension des Universitätsstudiums als Instrument sozialen Fortkommens ausblendeten.⁷ Die besagten bürgerlichen Werte beanspruchten jedoch alle Gruppen gleichermaßen als besondere Eigenschaften und Fähigkeiten für sich und in Absetzung zur Bevölkerungsmehrheit. Die Berufung auf bürgerliche Werte war somit Teil eines Standesbewusstseins, das allen hier untersuchten Akteuren gemeinsam war.

Im Einzelnen positionierten sich deutsche und britische Hochschullehrer in den Bildungsdebatten ähnlich, aber ihren unterschiedlichen Rahmenbedingungen angepasst. Beiden Verbänden waren der Statuserhalt ihrer Berufsgruppe und möglichst wenig Veränderung in der Studentenschaft am wichtigsten. Beide verfolgten diese Ziele über den Untersuchungszeitraum hinweg mit einer Reihe von verwandten Argumenten. Zum einen forderten sie, die Hochschullehrerbesoldung der von vergleichbaren Berufsgruppen anzupassen – die Briten orientierten sich hier an den *learned*

³ Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 25.

⁴ Für die Freien Berufe verweist hierauf auch Hannes Siegrist, ‚Der Akademiker als Bürger. Die westdeutschen gebildeten Mittelklassen 1945-1965 in historischer Perspektive‘, in: *Biographien in Deutschland, soziologische Rekonstruktion gelebter Gesellschaftsgeschichte*, hg. v. Wolfram Fischer-Rosenthal, Opladen 1995, S. 118-136, hier S. 130f; vgl. ders., ‚Ende der Bürgerlichkeit?‘, S. 568 ff.

⁵ Lewis und Maude, *The English Middle Classes*, S. 9; über das Ableben des deutschen Bürgertums s. dagegen Emil H. Maurer, *Der Spätbürger*, Bern u. München 1964. Als Beispiel für die den Untersuchungszeitraum überschreitende kontinuierliche (Selbst)beschäftigung mit der Auflösung der *middle class* s. Patrick Hutber, *The Decline and Fall of the Middle Class – and how it can fight back*, London 1976.

⁶ Manfred Hettling u. Stefan-Ludwig Hoffmann, ‚Einleitung: Zur Historisierung bürgerlicher Werte‘, hg. v. dens., *Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 2000, S. 7-21, hier S. 14.

⁷ Otto Gerhard Oexle, ‚Alteuropäische Voraussetzungen des Bildungsbürgertums – Universitäten, Gelehrte und Studierende, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil I Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen*, hg. v. Werner Conze und Jürgen Kocka, Stuttgart 1985, S. 29-78, hier S. 62f; zum Aufstieg ganzer Schichten von Studenten, den Juristen und den Medizinern, im 12. u. 13. Jahrhundert s. ebd., S. 72-76.

professions und am *Civil Service*, die Deutschen an der höheren Ministerialbürokratie. Zum anderen betonten sie ihren Anspruch auf einen bürgerlichen Lebensstil und leiteten daraus die Forderung nach finanzieller Anerkennung ihrer Tätigkeit ab, die sie nicht nur als Beruf, sondern als besondere Leistung honoriert sehen wollten: Sie trügen die schwerwiegende Verantwortung, die zukünftigen Führungsschichten zu formen und erfüllten damit eine Schlüsselrolle innerhalb der *learned professions* bzw. der Akademikerschicht. Nur weil sie einem hohen Dienstethos verpflichtet seien, glichen sie durch hohen persönlichen Einsatz die Überlastung der Universitäten aus. Durch ihre Lehrtätigkeit leisteten sie, so die Selbsteinschätzung, einen Dienst an ihrer Nation bzw. ihrer Gesellschaft, für die sie die dringend gebrauchten Führungskräfte ausbildete. Die dabei erbrachten persönlichen Opfer und individuellen Höchstleistungen von Hochschullehrern seien nicht finanziell aufzuwiegen, daher seien ihre Forderungen bescheiden. Zudem beanspruchten sie, diese nicht ausschließlich im eigenen Interesse, sondern immer im Interesse des Gemeinwohls zu stellen.

In beiden Ländern verbanden die Hochschullehrer ihre Sorge um die Studierfähigkeit der zukünftigen Studenten auf je eigene Weise mit der Forderung nach finanzieller staatlicher Unterstützung. Die Vertreter der *Association of University Teachers (AUT)* argumentierten, das althergebrachte Ideal der *liberal education* weiche zwangsläufig dem Spezialistentum, wenn die Universitäten nicht zusätzliche Mittel für die Einstellung von Hochschullehrern erhielten, um das numerische Verhältnis von Lehrern zu Studenten im Laufe der Expansion stabil halten zu können. Andernfalls seien die Universitäten nicht mehr in der Lage, intellektuellen Weitblick, Urteilsfähigkeit, kritisches Denken und die Fähigkeit, Gelerntes in einen größeren Rahmen einzuordnen, zu vermitteln. Diese Argumentation war erfolgreich, denn die Expansion fand bis Mitte der sechziger Jahre ohne strukturelle Eingriffe in die Lehre statt, und das Studenten-Dozenten-Verhältnis blieb stabil. Die deutschen Professoren wandten sich gegen die Verstärkung der Fakultäten zur Bewältigung der wachsenden Studentenschaft. Dies hätte die Einführung von Parallel-Lehrstühlen und damit einen Verlust des Wirkungskreises von Ordinarien bedeutet, die bislang jeweils allein an der Spitze ihrer Institute standen. Gleichwohl verfolgten sie dasselbe Ziel wie die britischen Hochschullehrer: den Erhalt überschaubarer Seminare und die Vermittlung einer breiten Bildung an dazu befähigte Studenten. Die Sorge, wie Studenten aus bildungsfernen Familien gezielt gefördert werden könnten, beschäftigte sie indessen weniger als die Furcht, dass die akademischen Schichten finanziell immer weniger in der Lage seien, ihren Kindern ein Studium zu ermöglichen, obwohl diese aufgrund ihres kulturellen Hintergrundes dazu am besten geeignet seien. Deshalb setzten sich die Professoren für eine allgemeine staatliche Studentenförderung ein. Als Mitte der fünfziger Jahre dieses Ziel erreicht war, befürchteten sie jedoch, dem Wohlfahrtsstaat Eingang in die Universitäten verschafft zu haben. Da der Gesetzgeber nicht Begabung, sondern Bedürftigkeit als Auswahlkriterium für den Vorläufer des heutigen Bafögs gewählt hatte, drohten Akademikerkinder leer auszugehen. Professoren warnten vor einer ‚Vermassung‘ der Universitäten als Folge dieser Weichenstellung gegen Begabung und für Bedürftigkeit. Sie versuchten jedoch nicht, Zulassungsbeschränkungen entgegenzusetzen, um Begabung ins Zentrum der Auswahl zu stellen. Vielmehr hielten sie am Abitur als einzigem Zulassungskriterium zur Universität fest, warfen aber gleichzeitig den Gymnasien Versagen bei der Auslese vor. Indirekt nahmen sie damit steigende Studentenzahlen in Kauf und führten lediglich den seit der Weimarer Republik bekannten Vermassungsdiskurs.

Britische und deutsche Unternehmer standen der sozialen Aufstiegsbewegung über den Bildungs-

erwerb ebenfalls skeptisch gegenüber und betrachteten mit Sorge, dass begabte Schüler zunehmend dem Lehrlingsdasein eine höhere Bildungslaufbahn vorzogen. Unternehmer vertraten den Standpunkt, begabte Jungen könnten ohne Hochschulreife und -examen bis an die Spitze der Betriebe aufsteigen, wenn dies ihren Fähigkeiten entsprach. Der massenhafte Aufstieg über das höhere Bildungswesen erübrigte sich daher ihrer Ansicht nach und entspräche nicht der Begabungsverteilung innerhalb der Gesellschaften. Über diesen gemeinsamen Ausgangspunkt hinaus unterscheiden sich die Reaktionen jedoch erheblich. Die britische Industrie reagierte auf die wachsenden Studentenzahlen damit, Graduierte und Rektoren zu umwerben, um an den Universitäten die Attraktivität einer Beschäftigung in der Industrie zu erhöhen. Sie forderten einen ‚fairen‘ Anteil an Graduierten: Die Industrie sei die Säule des wirtschaftlichen Wohlstands der ganzen Nation, ihre Leistungen seien entsprechend als Dienst am Gemeinwohl zu bewerten. Dies wollten Industrielle durch eine angemessene gesellschaftliche Wertschätzung ihrer Tätigkeit entlohnt sehen, beispielsweise durch die Vermittlung der besten Hochschulabsolventen nicht in den *Civil Service*, sondern in die Industrie.

Die deutschen Unternehmer fallen auf zweifache Weise aus dem Rahmen des Vergleichs: Zum einen polemisierten sie gegen den ‚Aufstieg der Massen‘. Zum anderen erhoben sie am deutlichsten einen Anspruch auf gesellschaftliche Führung. Unternehmerische Bildungspolitik wollten sie als gesellschaftspolitische Aufklärung verstanden wissen, und setzten sie zur ‚Verteidigung der freiheitlichen Grundordnung‘ gegen ‚Vermassung‘ und ‚Kollektivierung‘ im Innern und den Sozialismus im Ausland ein. Bildung solle dazu befähigen, selbstverantwortlich die freiheitliche Gesellschaftsordnung mitzugestalten, anstatt ein Anspruchsdenken auf Versorgung zu entwickeln. Sie solle vom politischen System und von der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik überzeugen. Sie verhindere das Aufgehen des Individuums in einem, durch den Wohlfahrtsstaat aus der Verantwortung entlassenen, entpersönlichten ‚Kollektiv‘. Unternehmer hielten der ‚Egalisierung‘ das Leitbild der Freiheit entgegen. Freiheit übersetzten sie mit individueller Verantwortungsübernahme und kritischer Urteilkraft. Diese höhle der Wohlfahrtsstaat aus, indem er den breiten Schichten die Flucht aus der Verantwortung in die vermeintliche soziale Sicherheit ermögliche. Während sie im Rahmen ihrer Argumentation gegen den Wohlfahrtsstaat wider die Ausweitung der höheren Bildung argumentierten, verbreiteten die Unternehmer zugleich ein bürgerliches Bildungsideal, das auf den Pfeilern von Freiheit, Verantwortung und kritischem Überblick ruhte.

Grundsätzlich glichen sich die Bildungsbegriffe der Unternehmer. Westdeutsche Unternehmer definierten Bildung als Sammlung von Erfahrung; nicht als geistigen Zustand, sondern als Prozess, der zu Weitblick und Urteilkraft befähige. Führungskompetenz setze eine solche umfassende Bildung voraus. Dies stimmte mit dem Bildungsideal der britischen Unternehmer überein, das ebenfalls dynamisch war und die Ausbildung von Persönlichkeit umfasste. Die deutschen Unternehmer gingen jedoch einen Schritt weiter und sprachen den ‚Massen‘ die Fähigkeit ab, über Bildung auch Bürger zu werden. Ihre Polemik gegen den Bildungsaufstieg basierte auf dem Postulat, dass Bildung, derart zu materiellem Vorteil missbraucht, entwertet sei und nicht mehr dem zweckfreien bürgerlichen Bildungsideal entspreche. So weit gingen die britischen Arbeitgeber nicht. Wenn sie schon der Anhebung der Schulpflicht von fünfzehn auf sechzehn Jahre kritisch gegenüberstanden, so fällten sie doch kein generelles Verdikt gegen das Streben nach höherer Bildung. Sie argumentierten eher pragmatisch, dass Schüler dieses Alters erfahrungsgemäß nach einem weiteren Schuljahr keinen erkennbaren Lernzuwachs zeigten, während der Industrie Engpässe entstünden, wenn ein Jahrgang von Lehrlingen ausfiel.

Widersprüchliche Argumentationen in Verbindung mit je nach Berufsstand unterschiedlich angelegten Bewertungsmaßstäben sind ein besonderes Merkmal der deutschen Bildungsdebatten. So klagten Professoren über den Einzug des Wohlfahrtsstaates in die Universitäten, weil Akademikerfamilien nicht in dem Maße gefördert wurden, wie sie sich erhofft hatten. Ihr Argument für die staatliche Studentenförderung war indessen gewesen, dass die gebildeten Schichten aufgrund von Einkommens- und Vermögensverlusten durch Inflationen, Kriege und besoldungspolitisch bedingte Nivellierung in die Bedürftigkeit abgesunken seien. Bedürftigkeit als Kriterium für staatliche Förderung hatten sie somit selbst ins Spiel gebracht. Sie reagierten später ablehnend darauf, dass Akademikerfamilien im Allgemeinen nicht als finanziell bedürftig eingestuft wurden, sondern vielmehr gerade jene Bevölkerungsteile, die sie nicht für das Studium geeignet hielten. Eine saubere Trennlinie zwischen Begabung und Bedürftigkeit zogen sie in ihren Argumenten nicht. Noch widersprüchlicher verhielten sich Unternehmer. Während sie den formalen Bildungserwerb zum beruflichen Weiterkommen als Materialisierung von Bildung abwerteten, unterstützten sie im „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ die Argumentation von Professoren, die Universitäten könnten nur dann den begabten Nachwuchs halten, wenn das Ordinariat als Ziel der Hochschullaufbahn finanzielle Ausstrahlungskraft habe. Jahrelange Qualifizierung müsse daher mit einer angemessenen sozialen Position der Ordinarien und entsprechender Besoldung honoriert werden. Diese Forderung stellte in den Augen der im Gesprächskreis versammelten Unternehmer und Professoren offenbar keine Materialisierung von Bildung dar, sondern die logische Konsequenz aus dem Wettbewerb um die Besten. Vertreter des Bürgertums stellten hier zudem einen ihnen selbstverständlichen Anspruch auf ein der persönlichen (Lebens-)Leistung entsprechendes Sozialprestige und Gehalt. Jedoch verteuflten Unternehmer solches Denken in anderen Diskussionszusammenhängen, wenn sie den ‚Aufstieg der Massen‘ über Bildungsinvestitionen anprangerten, also deren Anspruch auf ihren Leistungen entsprechende berufliche Positionen und Einkommen. So setzten Unternehmer den bürgerlichen Wert der zweckfreien Bildung auf widersprüchliche Weise für den Statuserhalt der Professoren und für die Bewahrung der herkömmlichen Gesellschaftsordnung ein.

Interessant am binationalen Vergleich ist nicht zuletzt, etwas über wechselseitige Einflüsse zu erfahren. Ein Transfer bildungspolitischer Ideen fand jedoch nicht statt, obwohl Briten und Deutsche durchaus über das jeweils andere System im Bilde waren – die Briten als Unterstützer und die Deutschen als Bewunderer. Einige AUT-Aktivist*innen waren Teil einer Regierungsdelegation in die britische Besatzungszone, um sich dort nach Kriegsende ein Bild über die Lage zu verschaffen und bildungspolitische Reformanregungen zu geben. Diese stießen in der Zone jedoch nicht auf Interesse und blieben ohne Konsequenz. Vorbildliches konnten die britischen Reformer dem deutschen Bildungssystem nicht abgewinnen. Nachdem die Bundesrepublik Deutschland gegründet und die bildungspolitische Souveränität wiedererlangt war, blickten deutsche Hochschullehrer und Unternehmer hingegen zuweilen anerkennend auf das britische Bildungssystem. Sie bewunderten vor allem die traditionelle Elitenausbildung in *Oxbridge*. Allerdings diskutierten sie nicht die Möglichkeit, britische Bildungsstrukturen nachzuahmen und in Westdeutschland Eliteschulen und -universitäten einzuführen. Zudem beneideten England-Reisende die britischen Hochschullehrer um den Vorteil, ihre zukünftigen Studenten selbst auswählen zu können. Doch auch dies führte nicht zu entsprechenden Forderungen, den deutschen Universitäten die Auswahl ihrer Studenten zu überlassen. Wenn sich die Bildungsdebatten glichen, so war dies wohl eher den ähnlichen Veränderungen in beiden Ländern geschuldet.

Die Interessen der Akteure entsprechen ebenso wie die von ihnen vertretenen Wertvorstellungen ihrer Stellung im sozialen Raum, und diese unterschied sich zwischen deutschen und britischen Hochschullehrern. So kamen die in der *AUT* aktiven Hochschullehrer sowohl aus der oberen als auch aus der unteren Mittelschicht, einige von ihnen gehörten zu den hochbegabten *scholarship boys*, die es bis zu Professuren an einer Provinz- oder sogar einer Eliteuniversität gebracht hatten. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass *AUT*-Akteure teilweise reformerische und politisch linke Positionen vertraten und dem sozialen Aufstieg gegenüber aufgeschlossen waren. Die in der *AUT* selbstverständliche Zustimmung zur besonderen Stellung von *Oxbridge* und zu dessen Ausklammerung aus der Bildungsexpansion führten Kritiker darauf zurück, dass die Mehrheit aller Hochschullehrer dort studiert hatte und von einer Rückkehr als Dozent träumte. Die aktiven Mitglieder des DHV waren ausnahmslos bürgerlicher Herkunft. Die Reaktion von Hochschullehrern auf die wachsenden Aufstiegschancen der unteren Mittelschichten mit einer sich zwischen 1914 und 1935 verstärkenden „Disposition zum antimodernen politischen Extremismus“ wurde auf deren soziale Herkunft aus den von der Modernisierung stark betroffenen „Kernschichten des Bildungsbürgertums“ zurückgeführt.⁸ Von Extremismus kann zwar nach 1945 keine Rede mehr sein, doch herrschte im Deutschen Hochschulverband weiterhin eine ständisch geprägte Distanz gegenüber den aufsteigenden Mittelschichten vor. Die unterschiedliche Argumentation der Hochschullehrerverbände den wissenschaftlichen Nachwuchs betreffend, wird ebenfalls vor dem Hintergrund ihrer Mitgliederbasis verständlich. Der DHV, der ausschließlich Professoren vertrat, argumentierte für ein höheres Professorengeloh als Anreiz für den Nachwuchs, ohne dessen Situation während seiner Qualifizierung zu thematisieren. Die *AUT*, die sowohl junge Dozenten als auch Professoren repräsentierte, argumentierte hingegen für die Erhöhung der Gehälter aller Statusgruppen von Hochschullehrern, um Abwanderung in die Industrie oder ins Ausland zu verhindern.

Um einer Antwort auf die Frage näher zu kommen, ob das deutsche Bürgertum geschwächt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging oder in einzelne, nicht mehr miteinander vernetzte Berufsgruppen, zerfiel, wurden Netzwerke und Vernetzungsstrategien von Unternehmern und Hochschullehrern auf dem Feld der Bildungspolitik betrachtet. Als politisch stabiles Land mit intakten Bildungsinstitutionen und moralisch nicht diskreditierten Eliten bietet Britannien hier einen Vergleichsmaßstab. Es wurde deutlich, dass deutsche Professoren und Unternehmer auf der Verbandsebene umso intensiver eine Zusammenarbeit anstrebten, als Netzwerke in Westdeutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wiederbelebt oder neu aufgebaut werden mussten. Die beiden Gruppen einte das Interesse, zu überschaubaren Universitäten zurückzukehren. Ihre Verbände waren durch gemeinsame Wertvorstellungen einander verbunden und verfolgten nicht nur jeweils spezifische Interessen als Vertretungen von Professoren und Unternehmern. Deren Austausch spricht nicht dafür, dass sie als Teile des Bürgertums in der Nachkriegsgesellschaft aufgingen, die einer „Ideologie der Gleichheit“ (Dahrendorf) entsprechend Nivellierungsdiskurse pflegte.⁹

⁸ Christian Jansen, *Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935*, Göttingen 1992, S. 27-30 u. S. 306.

⁹ Zitat von Ralf Dahrendorf, ‚Deutsche Oberschicht im Übergang‘, in: *Merkur*, 18.1964, S. 323-333, hier S. 324; vgl. P. Nolte, ‚Der Verlust der Utopie und die wiedergefundene Mitte. Vorstellungen sozialer Ordnung in der westdeutschen Gesellschaft (1945-1965)‘, in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung*, 20.1998, S. 298-332, hier S. 316.

Aus den biographischen Skizzen geht ebenso ein Austausch zwischen Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum hervor. Die Unternehmer können ihrer sozialen Herkunft nach der oberen Mittelschicht zugerechnet werden. Sie bewegten sich in Bildungs- und vor allem in Hochschulkreisen. Als Habilitierte oder als Honorarprofessoren lehrten einige von ihnen an Universitäten, anderen wurden Ehrendoktorwürden verliehen. Sie engagierten sich als Mitglieder von Freundeskreisen für Universitäten oder andere Bildungseinrichtungen. Umgekehrt pflegten Professoren seltener Verbindungen zur Industrie, beispielsweise über Aufsichtsratsmandate. Sie wurden dafür häufiger Parlamentsabgeordnete und Minister. Am Werdegang von Bildungspolitikern der Nachkriegszeit wird deutlich, dass ein Wechsel zwischen Hochschul-, politischer und Verwaltungslaufbahn kein Einzelfall war. Die hier zusammenkommenden Akteure aus den verschiedenen Feldern kannten sich zuweilen bereits als ehemalige Kollegen. Aus all dem kann nicht auf ein geschlossenes Bürgertum geschlossen werden, doch lassen diese Hinweise auf einen Austausch zwischen den verschiedenen bürgerlichen Führungsgruppen eine quantitative Untersuchung von Verkehrskreisen lohnenswert erscheinen.

In Britannien sind hingegen kaum Vernetzungsaktivitäten zwischen Hochschullehrern und Unternehmern erkennbar. Die wenigen Annäherungsversuche vermitteln den Eindruck von kultureller Distanz und schwach ausgeprägter Interessenübereinstimmung. Dies entspricht der weit verbreiteten Annahme von einer historisch bedingten kulturellen Kluft zwischen *educated* und *entrepreneurial middle class*. Die biographischen Angaben unternehmerischer Persönlichkeiten bestätigen jedoch ebenso wenig den Eindruck ihrer bildungspolitisch passiven Haltung wie den einer kulturellen Distanz zwischen Bildungs- und Wirtschaftsbürgern. Für ein verbreitetes bildungspolitisches Engagement von Unternehmern spricht, dass viele von ihnen Mitglieder in entscheidungsbefugten *Boards* von teilweise erstklassigen *public schools* und Universitäten waren. Insgesamt wurde ihre gesellschaftliche Verantwortungsübernahme im sozialen und kulturellen Bereich deutlich. Die Unternehmer an der Spitze der britischen Verbände stammten aus gehobenen sozialen Kreisen und erhielten nicht nur für ihre unternehmerischen, sondern auch für ihre wohltätigen Leistungen zahlreiche Orden und Ehrungen. Wenige gehörten dem *Establishment* an und waren Mitglieder in renommierten Clubs, doch ob sie ihre Verkehrskreise nutzten, um sich mit Vertretern des Bildungs-*Establishments* zur Auslotung gemeinsamer Interessen zu vernetzen, ist anhand der Verbandsquellen nicht überprüfbar. Die ausgewerteten Begegnungen zwischen den ebenfalls dem *Establishment* angehörenden Hochschulrektoren und Unternehmern auf den großen Hochschulkonferenzen deuten jedoch nicht in diese Richtung.

Nicht nur die Vernetzungsintensität, sondern auch die Vernetzungsstrategien der Hochschullehrerverbände unterschieden sich in einem wesentlichen Punkt voneinander. Die *AUT* beschränkte sich im Gegensatz zum DHV nicht auf Kontakte zu statusähnlichen Berufsgruppen, wie *professionals* oder *civil servants*. Vielmehr war sie auch solchen Interessenvereinigungen gegenüber aufgeschlossen, die nicht die *middle class* repräsentierten. Sie orientierte sich nicht an Standesgrenzen, sondern an den jeweils verfolgten Interessen, wenn sie Aktionsbündnisse zum Erreichen konkreter politischer Ziele einging. Sie versuchte zudem, ihre Kontakte in das Unter- und in das Oberhaus zu institutionalisieren, um mit der Rückendeckung von Parlamentariern ihre Interessen im Konfliktfall zum einen gegen ihre Geldgeber, die Rektoren und das *University Grants Committee*, und zum anderen gegen die Regierung durchzusetzen, wenn diese unerwünschte bildungspolitische Entscheidungen zu treffen drohte.

Deutsche Professoren zogen punktuellen Aktionsbündnissen eine kontinuierliche Vernetzung vor. Auf Kooperationsangebote von Gewerkschaften ließen sie sich nicht ein, denn deren breite Mitgliederbasis bot Anlass zur Befürchtung, dass die besoldungspolitischen Interessen von Professoren dort nicht gewahrt würden. Aus pragmatischen Gründen suchten sie widerwillig lose Allianzen mit anderen „geistig Schaffenden“: Als kleine Gruppe schätzten sie ihre Chancen gering ein, pekuniäre Forderungen gegenüber den Ländern durchzusetzen. Am attraktivsten erschienen ihnen Bündnisse wie die „Union der Geistesschaffenden“ oder die „Arbeitsgemeinschaft Höherer Beamter“, die im Gegensatz zu Gewerkschaften keinen formellen Beitritt erforderten und dennoch ermöglichten, als Teil einer gewichtigeren Gruppe von ‚Geistesschaffenden‘ eine gerechte Besoldungspolitik zu fordern. Uneingeschränkt positiv stand der Vorstand des Hochschulverbands der Vernetzung mit Unternehmern gegenüber. Deren Fürsprache gegenüber Politikern war nützlich, sie bedrohten nicht die Eigenständigkeit der Professoren, und sie waren potentielle Geldgeber. Aus diesen Gründen pflegte der DHV-Vorstand seine Kontakte zum Stifterverband und zum „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ intensiv. Die Professoren schätzten den Gesprächskreis als Gelegenheit zum Austausch mit Vertretern der Ministerialbürokratie und den Parlamenten. Zudem konnten sie dort als Experten der Bildungspolitik Unternehmern ihre Sicht auf Fehlentwicklungen vermitteln und erfolgreich um deren Unterstützung für hochschulpolitische Forderungen werben.

Deutsche Unternehmer erhielten durch ihr finanzielles Engagement und ihre regen Vernetzungsaktivitäten Eingang in bildungspolitische Gremien. Zum einen förderte die Wirtschaft über den Stifterverband die Deutsche Forschungsgemeinschaft, und diese Institutionen waren einander durch einen Ämtertausch personell verbunden. Zum anderen war der Stifterverband bei der Gründung und der Organisation des „Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft“ federführend. In den zahlreichen Gesprächsgruppen, die sich regelmäßig trafen, um gemeinsame Positionen zu finden und diese als Entschließungen zu veröffentlichen, kamen Professoren und Unternehmer auf einer vergleichsweise breiten Basis zusammen, um sich über ihre bildungspolitischen Interessen und Ziele zu verständigen. So verwirklichten Unternehmer ihren Anspruch auf eine gesellschaftliche Führungsrolle, die über den unmittelbaren Interessenbereich der Wirtschaft hinausging. Ihr Erfolg wird beispielsweise daran deutlich, dass die Vertreter ‚der Öffentlichkeit‘ im neu geschaffenen Wissenschaftsrat überwiegend aus den Reihen der Wirtschaft berufen wurden.

Bedeutende Unternehmer waren ebenso in den wichtigen britischen bildungspolitischen Gremien der Nachkriegszeit wie dem *Robbins Committee* vertreten. Auch dies spricht gegen eine Kluft zwischen britischer Bildungs- und Wirtschaftselite. Unternehmern wurde hier scheinbar ein direkter Einfluss auf Bildungspolitik eingeräumt, ohne dass dem von ihrer Seite rege Vernetzungsaktivitäten auf Verbandsebene vorausgingen. Folglich fehlte in Britannien nicht eine Vernetzung zwischen *professional* und *entrepreneurial middle class*. Es gab lediglich keine Diskussionszirkel zur Verständigung über die eigene gesellschaftliche Rolle und über bildungspolitische Ziele, wofür in Britannien im Gegensatz zu Deutschland offensichtlich kein Bedarf bestand.

Der politische Bruch von 1945 gab in Deutschland Anlass zu langjährigen Selbstvergewisserungsdiskursen,¹⁰ die in Britannien weniger ausgeprägt waren, obwohl auch dort die sozialen Umwäl-

¹⁰ Vgl. Morton Reitmayer, „Unternehmer zur Führung berufen“ – durch wen?, in: *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität*, hg. v. Volker R. Berghahn, u.a., Essen 2003, S. 317-336, hier S. 320 u. Stefan Unger, „Die Wirtschaftselite als Persönlichkeit. Zur Selbstdarstellung von Unternehmern und Managern im

zungen während des Krieges und danach zu Krisendiskursen innerhalb der *upper middle class* führten. Bei allen im deutsch-britischen Vergleich deutlich werdenden Unterschieden standen Statuserhalt und Distinktion auch nach 1945 noch auf der Agenda des Bürgertums bzw. der *middle class*. In Westdeutschland bestand jedoch nicht nur die Notwendigkeit, die vermeintliche Nivellierung der Gesellschaft zu verarbeiten. Hinzu kam das Bedürfnis, angesichts der Wahrnehmung eines von Nationalsozialismus und Krieg hinterlassenen Führungsvakuums wieder eine Rolle zu finden. Dies ließ gerade Unternehmer auf Ideale des Bürgertums zurückgreifen. Während Eckart Conze von einer „Revitalisierung“ und einer neuen „Hochschätzung“ bürgerlicher Werte in der Bundesrepublik ausgeht, die vor allem Fleiß, Arbeitsdisziplin, Bildung, Sparsamkeit und Familie umfassen,¹¹ stellten die Unternehmer und Hochschullehrer vor allem Werte wie den Dienst am Gemeinwohl, die Fähigkeit zum kritischen Denken, Standfestigkeit und Führungskraft ins Zentrum ihres Bildungsideals. Die deutschen Akteure dürften insofern auch nicht als Träger der Liberalisierung gelten, als sie aufsteigenden Schichten teilweise absprachen, diese angeblich bürgerlichen Eigenschaften ausbilden zu können.

Erfolgreichen Widerstand gegen Strukturreformen an den Universitäten leisteten alles in allem sowohl die deutschen als auch die britischen Hochschullehrer und Unternehmer. All diese Gruppen trugen dazu bei, dass erst Mitte der sechziger Jahre politische Konsequenzen aus dem enormen Expansionsdruck auf die Universitäten gezogen wurden. Die Positionen aller Akteure waren ständisch geprägt und zielten nicht nur auf die Bewahrung von bürgerlichen Bildungsidealen, sondern auch auf die Gewährleistung von Elitenbildung für die obere Mittel- und Oberschicht in Abgrenzung zur Bevölkerungsmehrheit.

Ruhrgebiet während der Zwischenkriegszeit“, in: *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität*, hg. v. Volker R. Berghahn, Stefan Unger und Dieter Ziegler, Essen 2003, S. 295-316, hier S. 295.

¹¹ Eckart Conze, „Eine bürgerliche Republik? Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegszeit“, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 30.2004, S. 527-542, hier S. 527; vgl. Ulrich Herbert, „Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze“, in: *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, hg. v. dems., Göttingen 2003, S. 7-49.

Bibliographie

Archive

Archiv der Geschäftsstelle der Association of University Teachers, London (AUT HQ)

AUT Circulars, 1943-1965

AUT Council Minutes, 1942-1965

AUT Executive Minutes, 1942-1965

AUT Reports, 1943-1965

Archiv der British Employers' Confederation (BEC), Modern Records Centre, University of Warwick (MRC Warwick)

BEC Bulletin, 1.1954-9.1964

General Meeting Minutes (MSS.200/B/1)

Correspondence and Committee Files on Education (MSS.200/B/3)

Publications of the Confederation (MSS.200/B/4)

Archiv der Federation of British Industry (FBI), Modern Records Centre, University of Warwick (MRC Warwick)

Working Parties, Panels, and Conferences on Education (MSS.200/F/1)

Archiv der Confederation of British Industry (CBI), Modern Records Centre, University of Warwick (MRC Warwick)

Akten des Education and Training Directorate (MSS.200/C/3/EDU)

Archiv des Committee of Vice-Chancellors and Principals, Modern Records Centre, University of Warwick (MRC Warwick)

Home University Conferences: Industries and Universities (MSS.399/3/CON/2)

University Development, Robbins Committee, and miscellaneous (MSS.399/3/UNI/1)

Archiv des Deutschen Hochschulverbandes, Bonn-Bad Godesberg

Niederschriften der Hochschulverbandstage

Protokolle der Vorstandssitzungen

Akten zur Beamtenrahmen- und Besoldungsgesetzgebung (IV/110, IV/130, IV/140)

Bundesarchiv Koblenz

Bestand des Bundesinnenministeriums (B106: 1282, 1283, 1328-1330, 1340, 1341, 1539, 1700, 2355, 2539, 2819, 2820, 3317-3319)

Bestand des Deutschen Hochschulverbands (B380: 13-19, 47-52, 55, 56, 59, 60, 68, 71-74, 82, 96, 97, 212, 213, 884-886, 890, 911-915)

Archiv der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Zentrum für Zeitgeschichte von Bildung und Wissenschaft, Hannover (ZZBW)

Akten zu den Hochschulreformtagungen in Hinterzarten und Bad Honnef (FZ 45-63)

Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft (FZ 177, 189, 208-210, 446-448)

Korrespondenz (FZ 97, 104-115, 204, 2884)

Mainzer Gespräche (FZ 2561, 1319)

Union der Geistesarbeiter (FZ 213)

Viererausschuß (FZ 1391)

Zehnerausschuß (FZ 301-308, 2896)

Bibliothek der Deutschen Wirtschaft, Köln

Schnelldienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln (Deutscher Industrie Verlag).

Unternehmerbrief des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln (Deutscher Industrie Verlag).

Vortragsreihe des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln (Deutscher Industrie Verlag).

Materialsammlungen zu Siegfried Balke und Ludwig Vaubel

Einzelschriften

„Begabtenförderung im Bereich von Wirtschaft und Betrieb“, Vortragsunterlage aus dem Rednerdienst des Deutschen Industrieinstituts, Ausgabedatum Juli 1959 (= Wirtschafts- und sozialpolitische Grundinformationen. Lehr- und Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts IV.2).

„Führungswechsel im Deutschen Industrieinstitut. Carl Neumann übergibt den Vorsitz an Rolf Rodenstock, Bl. 1-2“, in: Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts, 16.1966, Nr. 22.

25 Jahre Bildungsarbeit für Wirtschaft und Gesellschaft. Eine Dokumentation. Ausschuß für Bildungspolitik und Bildungsarbeit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1956-1981, Köln 1981.

Bedeutung und Aufgaben der Arbeiterbildung, hg. v. Deutschen Industrieinstitut, 4.1956.

Bildungsfragen im Spiegel der Presse, hg. v. Deutsches Industrieinstitut. Abt. Bildungsarbeit und gesellschaftspolitische Fragen; in Zusammenarbeit mit der BDA. Abt. Sozialpolitische Bildungs- und Jugendarbeit, bearbeitet v. Dr. D. Wilms, IV 13; Materialzulieferer: Mitarb. D1/ IV u. BDA/ V (= nur zur internen Information) 1962 ff.

Bildungsprobleme in unserer Gesellschaft. Vorträge einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung des Jugend- und Bildungsausschusses Baden-Württembergischer Kammern und Verbände, Stuttgart 1965.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Ausschuß für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit (Hrsg.): Wirtschaft und Schule. Auswertung des zweiten zentralen Arbeitsgesprächs vom 8. bis 11. November 1956.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Eine kleine Einführung. Broschüre, ohne Ort und Datum.

Die Stellung des Unternehmers im Staat, hg. v. der Industrie- und Handelskammer Augsburg, Augsburg 1956, S. 12-16.

Die unternehmerische Verantwortung in unserer Gesellschaft. Materialsammlung: Der Unternehmer und die unternehmerische Wirtschaft im Zerrspiegel der zeitkritischen Literatur, im Manuskript vorgelegt vom Deutschen Industrieinstitut (= zur persönlichen und internen Information Nr. 383), Dezember 1962.

Eichler, Wolfgang: „Individuum und Kollektiv in unsrer Zeit“. Vortrag gehalten auf der Geschäftsführerkonferenz der BdA am 23.-25. Mai 1968 in Travemünde zum Thema Individuum und Kollektiv in unserer Zeit, hg. v. der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Eichler, Wolfgang: Rückblick auf zehn Jahre Jugend- und Bildungsarbeit. Bericht auf der 22. Sitzung des Jugend- und Bildungsausschusses der Bundesvereinigung am 12. Juli 1966 in München (Entwurf, Institut der Deutschen Wirtschaft).

Raymond, Walter: Die freie Wirtschaft in den Stürmen unserer Zeit, Vortrag gehalten vor dem Übersee-Club in Hamburg am 17. Januar 1952.

Reusch, Hermann: „Dank an Carl Neumann“, in: Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts, 17. März 1966, Jg. 16, Nr. 11, S. 1-4.

Reusch, Hermann: „Wissenschaft und Wirtschaft“, in: Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Nr. 22, v. 31.5.1960, Köln.

Reusch, Hermann: Einführungsworte von Herrn Dr. Reusch anlässlich des X. Gesprächs zwischen Wissenschaft und Wirtschaft am 7. November 1966, 15 Uhr, in Essen, Villa Hügel (= Wiederabdruck des Deutschen Industrieinstituts).

Vaubel, Ludwig: „Bildung und Führung“, in: Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Nr. 14, 5. April 1960, Köln 1960.

Winschuh, Josef: ‚Wesen und Struktur des Unternehmertums‘, in: Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Nr. 35 v. 2.9.1957.

Bibliothek der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin

Rundschreiben, der Referate V-VII, 1949-1965

Zeitschriften

Der Arbeitgeber, hg. v. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Düsseldorf (Arbeitgeberverlag), 1.1949-17.1965.

Mitteilungen des Hochschulverbandes, hg. v. Deutschen Hochschulverband, Bonn, 1.1950-14.1966.

The Universities Review, hg. v. Association of University Teachers, London, 16.1943-34.1962 (dann eingestellt).

Biographische Nachschlagewerke

World Biographical Index, online [letzter Zugriff: März 2007].

Bundesrepublik Deutschland

Badische Biographien. Neue Folge, hg. v. Bernd Ottnad, 3 Bde, Stuttgart (Kohlhammer) 1982-90; Bd. 2.

Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestags 1949-2002, hg. v. Rudolf Vierhaus, München 2003.

Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE), hg. v. Walter Killy, München u.a. (K.G. Saur) 1995-99.

Deutsche Biographische Enzyklopädie und Deutscher Biographischer Index, CD-ROM München (K.G.Saur) 2001.

Deutscher Wirtschaftsführer. Lebensgänge Deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten, bearbeitet von Georg Wenzel, Hamburg u.a. (Hanseat. Verlags-Anstalt) 1929.

Kanzler und Minister 1949-1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, hg. v. Udo Kempf, Opladen (Westdeutscher Verlag) 2001.

Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender, hg. v. Werner Schuder u.a., Berlin und München (de Gruyter und Saur) ⁷1950; ¹¹1970; ¹²1976.

Leitende Männer der Wirtschaft, Berlin u.a. (Hoppenstedt) 1962.

Munzinger-CD-ROM-Archiv, Ravensburg (Munzinger) 2000-2004.

5000 Köpfe. Wer War Was im 3. Reich, hg. v. Erich Stockhorst, Kiel (Arndt) ²1985.

Wer ist Wer? 1100 Kurzbiographien deutscher Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur, Berlin (Arani) 1948.

Wer ist Wer? Das deutsche Who's Who, begr. von Walter Habel, Lübeck (Schmidt-Römhild) 1951; 1955; 1967/68; 1969/70 [CD-ROM 2000/01]

Wer ist's? Eine Sammlung von rund 18000 Biographien mit Angaben über Herkunft, Familie, Lebenslauf, Veröffentlichungen und Werk, begr. und hg. von Herrmann A. L. Degener, Berlin und Leipzig (Degener) ¹⁰1935.

Who's Who in Germany: The German Who's Who, hg. v. Otto J. Groeg, Ottobrunn (Who's Who-Book & Publishing GmbH) ⁵1974.

Britannien

Biographical Memoirs of Fellows of the Royal Society, hg. v. der Royal Society, Cambridge (Cambridge University Press), 1955 ff.

De la Bere, Brigadier Sir Ivan: The Queen's Orders of Chivalry, London 1965.

Dictionary of Business Biography. A Biographical Dictionary of Business Leaders Active in Britain in the Period 1860-1980, hg. v. David J. Jeremy und Christine Shaw, Bd. 3, London (Butterworths) 1985.

Dictionary of Twentieth Century British Business Leaders, hg. v. David J. Jeremy und Geoffrey Tweedale, London u.a. (Bowker-Saur) 1994.

Proceedings of the British Academy, London (Oxford Univ. Press) 1979.

- The Dictionary of National Biography, 1971-1980, hg. v. Lord Blake u.a., Oxford (Oxford University Press) 1986.
- The Dictionary of National Biography, 1986-1990, hg. v. Christine Stephanie Nicholls, Oxford (Oxford University Press), 1996.
- The Times Obituaries: Lives Remembered (Jahrgänge 1977 und 1991), hg. v. Frank C. Roberts, Blewbury (Blewbury Print) 1975 ff.
- Times Obituaries. Obituaries from the Times (Jahrgänge 1951-1960, 1961-1970, 1971-1975), hg. v. Frank C. Roberts, Reading (Newspaper Archive Developments Ltd.) 1978 ff.
- Who Was Who (Jahrgänge 1916-1928, 1951-60, 1961-1970, 1971-1980, 1981-1990), London (Black) 1920 ff.
- Who Was Who 1897-1998, CD-Rom-Ausgabe, Oxford (Black) 1998.
- Who's Who: An annual biographical dictionary (Jahrgänge 1991, 2002), London (Black).

Veröffentlichungen seit 1969

- Abelshauser, Werner: Die langen Fünfziger Jahre, Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949-1966, Düsseldorf (Schwann) 1987.
- Abelshauser, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1983.
- Adonis, Andrew und Stephen Pollard: A Class Act: The Myth of Britain's Classless Society, London (Penguin) 1998.
- Altmann, Rüdiger: Abschied vom Staat. Politische Essays, Frankfurt/M. (Campus) 1998.
- Ambrosius, Gerold und William H. Hubbard: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert, München (C.H. Beck) 1984.
- Anderson, Robert D.: 'Universities and Elites in modern Britain', in: History of Universities, Bd. 10.1991, S. 225-250.
- Anderson, Robert D.: Universities and Elites in Britain since 1800, Cambridge (Cambridge University Press) 1992.
- Annan, Noel: Our Age. Portrait of a Generation, London (Weidenfeld & Nicholson) 1990.
- Anweiler, Oskar u.a.: Bildungspolitik in Deutschland 1945-1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband, Opladen (Leske und Budrich) 1992.
- Ardenne, Manfred von: Ich bin ihnen begegnet. Wegweiser der Wissenschaft, Pioniere der Technik, Köpfe der Politik, unter Mitarbeit von Manfred Lotsch, Düsseldorf (Droste) 1997.
- Argyle, Michael: The Psychology of Social Class, London und New York (Routledge) 1994.
- Atkinson, A. B.: 'Distribution of Income and Wealth', in: Twentieth-Century British Social Trends, hg. v. A.H. Halsey und Josephine Webb, London (Macmillan) 2000, S. 349-381.
- Baethge, Martin: Ausbildung und Herrschaft. Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik, Frankfurt/M. (Europäische Verlagsanstalt) 1970.
- Ballerstedt, Eike und Wolfgang Glatzer: Soziologischer Almanach. Handbuch gesellschaftlicher Daten und Indikatoren, Frankfurt/M. (Campus) 1979.
- Barker, Rodney: Education and Politics 1900-1951. A Study of the Labour Party, Oxford (The Clarendon Press) 1972.
- Barnett, Correlli: The Audit of War. The Illusion and Reality of Britain as a Great Nation, London (Macmillan) 1986.
- Bartz, Olaf: Wissenschaftsrat und Hochschulplanung. Leitbildwandel und Planungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1957 und 1975, Köln (Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln) 2005 (http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=981776116&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=981776116.pdf), Zugriff am 12.11.2007.
- Bauer, Franz J.: Geschichte des Deutschen Hochschulverbandes, München (K.G. Saur) 2000.

- Beck, Ulrich: ‚Jenseits von Stand und Klasse. Auf dem Weg in die individualisierte Arbeitnehmergesellschaft‘, in: Merkur, 38.1984, S. 485-497.
- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1986.
- Bell, Daniel: The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting, New York (Basic Books) 1976.
- Berg, Nicolas: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen (Wallstein) 2003.
- Berger, Rolf: Zur Stellung des Wissenschaftsrats bei der wissenschaftspolitischen Beratung von Bund und Ländern, Baden-Baden (Nomos) 1989.
- Berghahn, Volker: Otto A. Friedrich, ein politischer Unternehmer. Sein Leben und seine Zeit, 1902-1975, Frankfurt/M. (Campus) 1993.
- Berghahn, Volker: Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1985.
- Berghahn, Volker R., Stefan Unger und Dieter Ziegler (Hrsg.): Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität, Essen (Klartext-Verlag) 2004.
- Berghoff, Hartmut und Cornelia Rauh-Kühne: Fritz K. Ein deutsches Leben im 20. Jahrhundert, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 2000.
- Berghoff, Hartmut: Englische Unternehmer 1870-1914. Eine Kollektivbiographie führender Wirtschaftsbürger in Birmingham, Bristol und Manchester, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1991.
- Beyme, Klaus von: ‚Gemeinwohlorientierung und Gemeinwohrrhetorik bei Parteieliten und Interessengruppen‘, in: Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Ordnung, hg. v. Herfried Münkler und Karsten Fischer, Berlin (Akademie Verlag) 2002, S. 137-156.
- Beyme, Klaus von: ‚Zivilgesellschaft – Von der vorbürgerlichen zur nachbürgerlichen Gesellschaft?‘, in: Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, hg. v. Wolfgang Merkel, Opladen (Leske und Budrich) 2000, S. 51-88.
- Biggeleben, Christoph: ‚Kontinuität von Bürgerlichkeit im Berliner Unternehmertum. Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (1879-1961)‘, in: Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität, hg. v. Volker R. Berghahn, Stefan Unger und Dieter Ziegler, Essen (Klartext-Verlag) 2003, S. 241-274.
- Biermann, Benno: Die soziale Struktur der Unternehmerschaft. Demographischer Aufbau, soziale Herkunft und Ausbildung der Unternehmer in Nordrhein-Westfalen, Stuttgart (Ferdinand Enke) 1971.
- Binder, Elisabeth: Die Entstehung unternehmerischer Public Relations in der Bundesrepublik Deutschland, Münster (Lit Verlag) 1983.
- Blank, Stephen: Industry and Government in Britain. The Federation of British Industries in Politics, 1945-65, Westmead (Saxon House) 1973.
- Bleker, Johanna: „Deutsche Wissenschaft ist Männerwerk“. Der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik, eine Zeitenwende?, in: Der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik: Zur Geschlechterfrage im akademischen Selbstverständnis und in der wissenschaftlichen Praxis am Anfang des 20. Jahrhunderts, hg. v. ders., Husum (Matthiesen) (=Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, Heft 84) 1998, S. 17-30.
- Bloxham, Donald: ‚Pragmatismus als Programm. Die Ahndung deutscher Kriegsverbrechen durch Großbritannien‘, in: Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, hg. v. Norbert Frei, Göttingen (Wallstein Verlag) 2006, S. 140-179.
- Bödeker, Hans Erich: ‚Die „gebildeten Stände“ im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert: Zugehörigkeit und Abgrenzungen. Mentalitäten und Handlungspotentiale‘, in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil IV Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation, hg. v. Jürgen Kocka, Stuttgart (Klett-Cotta) (= Industrielle Welt, Bd. 48) 1989, S. 21-52.
- Boehling, Rebecca: A Question of Priorities. Democratic Reform and Recovery in Postwar Germany, New York und Oxford (Berghahn) 1996.
- Bogdanor, Vernon und Robert Skidelsky: The Age of Affluence 1951-1964, London (Macmillan) 1970.
- Boockmann, Hartmut: Der Historiker Hermann Heimpel, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1990.

- Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1996.
- Bourdieu, Pierre: ‚Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital‘, in: Soziale Ungleichheiten, hg. v. Reinhard Kreckel, Göttingen (Schwartz) (=Soziale Welt, Sonderband 2) 1983, S. 183-198.
- Bourdieu, Pierre: Sozialer Raum und Klassen. Leçon sur la leçon, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1991.
- Bourke, Joanna: Working Class Cultures in Britain 1890-1960: Gender, Class, and Ethnicity, London (Routledge) 1993.
- Bourn, Douglas: ‚Equality of Opportunity? The Labour Government and Schools‘, in: Labour’s Promised Land? Culture and Society in Labour Britain 1945-51, hg. v. Jim Fyrrh, London (Lawrence & Wishart) 1995, S. 163-177.
- Braun, Hans: ‚Helmut Schelskys Konzept der nivellierten Mittelstandsgesellschaft und die Bundesrepublik der 50er Jahre‘, in: Archiv für Sozialgeschichte, 29.1989, S. 199-223.
- Breuilly, John: ‚The Elusive Class. Some Critical Remarks on the Historiography of the Bourgeoisie‘, in: Archiv für Sozialgeschichte, 38.1998, S. 385-395.
- Britain in the Twentieth Century. A Documentary Reader, 2. Bd., 1939-1970, hg. v. Lawrence Butler und Harriet Jones, London (Heinemann Educational) 1995.
- Brock, Ditmar: Der schwierige Weg in die Moderne. Umwälzungen in der Lebensführung der deutschen Arbeiter zwischen 1850 und 1980, Frankfurt/M. und New York (Campus) 1991.
- Brook, Stephen: Class. Knowing your Place in Modern Britain, London (Gollancz) 1997.
- Brooke, Stephen: ‚Gender and Working Class Identity in Britain during the 1950s‘, in: Journal of Social History, 34.2001, Nr. 4, S. 773-795.
- Büchert, Gesa, Harald Fuchs u. Peter Löw (Hrsg.), Kleine Geschichte einer großen Fakultät. 75 Jahre Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg, Nürnberg (Edelmann) 1994.
- Budde, Gunilla-Friederike: Auf dem Weg ins Bürgerleben. Kindheit und Erziehung in deutschen und englischen Bürgerfamilien 1840-1914, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1994.
- Budde, Gunilla-Friederike: ‚Paradefrauen. Akademikerinnen in Ost- und Westdeutschland‘, in: Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, hg. v. ders., Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1997, S. 183-211.
- Bude, Heinz: Bilanz der Nachfolge: die Bundesrepublik und der Nationalsozialismus, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1992.
- Bührer, Werner: ‚Auf dem Weg zum Korporatismus? – Der Bundesverband der Deutschen Industrie in zeitgeschichtlicher Perspektive‘, in: Unternehmerverbände und Staat in Deutschland, hg. v. dems. und Edgar Grande, Baden-Baden (Nomos) 2000, S. 43-52.
- Bungenstab, Karl-Ernst: Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945-1949, Düsseldorf (Bertelsmann) 1970.
- Bunn, Ronald: ‚The Ideology of the Federation of German Employers’ Associations‘, in: The American Journal of Economics and Sociology, 18.1959, Nr. 4, Juli, S. 369-380.
- Burgess, Robert: ‚Aspects of education in post-war Britain‘, in: Understanding Post-War British Society, hg. v. James Obelkevich und Peter Catterall, London (Routledge) 1994, S. 128-140.
- Burrage, Michael: ‚Unternehmer, Beamte und freie Berufe. Schlüsselgruppen der bürgerlichen Mittelschichten in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten‘, in: Bürgerliche Berufe: Zur Sozialgeschichte der freien und akademischen Berufe im internationalen Vergleich, hg. v. Hannes Siegrist, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) (=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 80) 1988, S. 51-83.
- Burrage, Michael und Rolf Torstendahl (Hrsg.): Professions in Theory and History. Rethinking the Study of the Professions, London u.a. (Sage Publications) 1990.
- Butler, David und Gareth Butler: Twentieth-Century British Political Facts 1900-2000, London (Macmillan) 2000.
- Cannadine, David: Class in Britain, London (Penguin) 2000.
- Cannadine, David: The Rise and Fall of the British Aristocracy, London (Papermac) 1990.

- Carey, John: *The Intellectuals and the Masses. Pride and Prejudice among the Literary Intelligentsia, 1880-1939*, London (Faber) 1992.
- Carswell, John: *Government and the Universities in Britain. Programme and Performance 1960-1980*, Cambridge (Cambridge University Press) 1985.
- Case, Michael: *A Policy in Transition. The Development of Labour's Comprehensive School Policy, 1945-1965*, unveröff. Dissertation Warwick University, 1994.
- Chambers, Simone und Will Kymlicka (Hrsg.): *Alternative Conceptions of Civil Society*, Princeton und Oxford (Princeton University Press) 2002.
- Charle, Christophe: 'La bourgeoisie en Europe au XXe siècle', in: *Encyclopedia of History*, hg. v. Jay Winter.
- Charle, Christophe: 'The „Middle Classes“ in France: Social and Political Functions of Semantic Pluralism from 1870-2000', in: *Social Contracts under Stress. The Middle Classes of America, Europe, and Japan at the Turn of the Century*, hg. v. Oliver Zunz, Leonard Schoppa und Nobuhiro Nawatari, New York (Russell Sage Foundation) 2002, S. 66-88.
- Childs, David: *Britain since 1945. A Political History*, London (Ernest Benn) 1979.
- Clason, Synnöve: *Schlagworte der „konservativen Revolution“*. Studien zum polemischen Wortgebrauch des radikalen Konservatismus in Deutschland zwischen 1871 und 1933, Stockholm (Schriften des deutschen Instituts Universität Stockholm, Bd. 12) 1981.
- Coad, Roy: Laing. *The Biography of Sir John W. Laing, C.B.E. (1879-1978)*, London u.a. (Hodder and Stoughton) 1979.
- Cole, George Douglas Howard: *Studies in Class Structure*, London (Routledge) 1955.
- Conway, Martin: 'Reply to Jones', in: *Contemporary European History*, 13.2004, S. 96-99.
- Conway, Martin: 'The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age, 1945-1973', in: *Contemporary European History*, 13.2004, S. 67-88.
- Conze, Eckart: 'Eine bürgerliche Republik? Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegszeit', in: *Geschichte und Gesellschaft*, 30.2004, S. 527-542.
- Conze, Eckart: *Von deutschem Adel: Die Grafen Bernstorff im zwanzigsten Jahrhundert*, München und Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 2000.
- Conze, Werner: 'Mittelstand', in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4, 1978, S. 49-92.
- Corfield, Penelope J.: *Power and the Professions in Britain 1700-1850*, London und New York (Routledge) 1995.
- Craig, Frederick Walter Scott: *British Parliamentary Election Results 1918-1949*, London (Macmillan) überarb. Ausgabe 1977.
- Crouch, Colin: *Social Change in Western Europe*, Oxford (Oxford University Press) 1999.
- Dahrendorf, Ralf: *LSE – A History for the London School of Economics and Political Science 1895-1995*, Oxford (Oxford University Press) 1995.
- Dargie, Charlotte u. Rachel Locke: 'The British Senior Civil Service', in: *Bureaucratic Elites in Western European States*, hg. v. Edward C. Page und Vincent Wright, Oxford (Oxford University Press) 1999, S. 178-204.
- Dent, Harold Collett: *1870-1970. Century of Growth in English Education*, London (Longman) 1970.
- Deppe, Frank und Klaus Dörre: 'Klassenbildung und Massenkultur im 20. Jahrhundert', in: *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, hg. v. Klaus Tenfelde, Stuttgart (Klett-Cotta) 1991, S. 726-771.
- Dintenfass, Michael: 'Service, Loyalty and Leadership: the Life Tales of British Coal Masters and the Culture of the Middle Class, c. 1890-1950', in: *The Making of the British Middle Class? Studies of Regional and Cultural Diversity since the Eighteenth Century*, hg. v. Alan Kidd und David Nicholls, Phoenix Mill (Sutton) 1998, S. 214-227.
- Dodds, Eric Robertson: *Missing Persons*, Oxford (Clarendon Press) 1977.
- Doering-Manteuffel, Anselm: 'Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre', in: *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, hg. v. Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers, Hamburg (Christians) 2000, S. 311-341.

- „Dr. Walter Raymond wird 85 Jahre alt“, 2 Bl., in: PDA-Pressedienst der BDA vom 18.5.1971, Nr. 11.
- Edwards, E.G.: *Higher Education for Everyone*, London (Spokesman Books) 1982.
- Edgell, Stephen: *Class*, London und New York (Routledge) 1993.
- Eisenberg, Christiane: „Arbeiter, Bürger und der „bürgerliche Verein“ 1820-1870. Deutschland und England im Vergleich“, in: *Bürgertum im 19. Jahrhundert*, Bd. 3: *Verbürgerlichung, Recht und Politik*, hg. v. Jürgen Kocka, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1995, S. 48-80.
- Elliott, Philip: *The Sociology of the Professions*, London (Macmillan) 1972.
- Ellison, Nick: „Consensus Here, Consensus There ... but not Consensus Everywhere: The Labour Party, Equality and Social Policy in the 1950s“, in: *The Myth of Consensus*, hg. v. Harriet Jones und Michael Kandiah, London (Macmillan) 1996, S. 17-39.
- Ellwein, Thomas: „Die großen Interessenverbände und ihr Einfluß“, in: *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, hg. v. Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz, Stuttgart (Seewald) 1974, S. 470-493.
- Ellwein, Thomas: *Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Frankfurt/M. (Hain) 1992.
- Esping-Andersen, Gøsta (Hrsg.): *Changing Classes: stratification and mobility in post-industrial societies*, London (Sage) 1993.
- Esping-Anderson, Gøsta: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton (Princeton University Press) 1990.
- Erikson, Robert und John H. Goldthorpe: *The Constant Flux: A Study of Class Mobility in Industrial Societies*, Oxford (Oxford University Press) 1993.
- Erker, Paul: „„Amerikanisierung“ der westdeutschen Wirtschaft? Stand und Perspektiven der Forschung“, in: *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*, hg. v. Konrad H. Jarausch und Hannes Siegrist, Frankfurt/M. und New York (Campus) 1997, S. 137-145.
- Erker, Paul und Toni Pierenkämper (Hrsg.): *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*, München (Oldenbourg) 1999.
- Erker, Paul und Toni Pierenkämper, „Einleitung: Industrie-Eliten im 20. Jahrhundert“, in: *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*, hg. v. dens., München (Oldenbourg) 1999, S. 1-18.
- Ermarth, Michael: „„Amerikanisierung“ und deutsche Kulturkritik 1945-1965. Metastasen der Moderne und hermeneutische Hybris“, in: *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*, hg. v. Konrad H. Jarausch und Hannes Siegrist, Frankfurt/M. und New York (Campus) 1997, S. 315-334.
- Fahrmeir, Andreas: „Zwischen Leistungselite und ständischen Strukturen: Das britische Wirtschaftsbürgertum“, in: *Geburt oder Leistung? Elitenbildung im deutsch-britischen Vergleich*, hg. v. Franz Bosbach, Keith Robbins und Karina Urbach, München (Saur) 2003, S. 181-194.
- Fawcett, Helen: „The Welfare State Since 1945“, in: *Britain since 1945*, hg. v. Jonathan Hollowell, London (Blackwell) 2003, S. 442-460.
- Felbick, Dieter: *Schlagwörter der Nachkriegszeit, 1945-1949*, Berlin und New York (Walter de Gruyter) 2003.
- Fidler, John: *The British Business Elite. Its Attitudes to Class, Status and Power*, London (Routledge) 1981.
- Fiedler, Martin: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist teuer: Vertrauen als Schlüsselkategorie wirtschaftlichen Handelns“, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 27.2001, S. 576-592.
- Fiedler, Martin: „Netzwerke des Vertrauens: Zwei Fallbeispiele aus der deutschen Wirtschaftselite“, in: *Großbürger als Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert*, hg. v. Dieter Ziegler, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2000, S. 93-115.
- Fisch, Stefan und Wilfried Rudloff (Hrsg.): *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin (Duncker & Humblot) (=Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 168) 2004.
- Fitzpatrick, Ray, Rebecca Surender und Tarani Chandola: „Health and Health Care“, in: *Britain since 1945*, hg. v. Jonathan Hollowell, London (Blackwell) 2003, S. 332-346.

- Foschepoth, Joseph und Rolf Steininger (Hrsg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949, Paderborn (Schöningh) 1985.
- Fourastié, Jean: Les Trente Glorieuses ou la révolution invisible de 1946 à 1975, Paris (Hachette) 1979.
- Franz, Heike: Zwischen Markt und Profession. Betriebswirte in Deutschland im Spannungsfeld von Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum (1900-1945), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) (= Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte, Bd. 11) 1998.
- Frese, Matthias und Julia Paulus: ‚Geschwindigkeiten und Faktoren des Wandels – die 1960er Jahre in der Bundesrepublik‘, in: Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, hg. v. dens. und Karl Teppe, Paderborn, (Schöningh) 2003 (= Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 44), S. 1-23.
- Frei, Norbert: ‚Nach der Tat. Die Ahndung deutscher Kriegs- und NS-Verbrechen in Europa – eine Bilanz‘, in: Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, hg. v. dems., Göttingen (Wallstein Verlag) 2006, S. 7-36.
- Frei, Norbert, in Zusammenarbeit mit Tobias Freimüller u.a. (Hrsg.): Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt/M. (Campus) 2001.
- Frey, Manuel: Macht und Moral des Schenkens. Staat und bürgerliche Mäzene vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Berlin (Fannei und Walz) 1999.
- Friedeburg, Ludwig von: Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1989.
- Führ, Christoph: ‚Einleitung. Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945‘, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. VI/1: 1945 bis zur Gegenwart, hg. v. dems. und Carl-Ludwig Furck, München (C.H. Beck) 1998, S. 1-24.
- Führ, Christoph: ‚The German University: Basically Healthy or Rotten? Reflections on an Overdue Reorientation of German Higher Education Policy‘, in: Education in Germany. Tradition and Reform in Historical Context, hg. v. David Phillips, London (Routledge) 1995, S. 80-91.
- Führ, Christoph: ‚Zur Koordination der Bildungspolitik durch Bund und Länder‘, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. VI/1.: 1945 bis zur Gegenwart, hg. v. dems. und Carl-Ludwig Furck, München (C.H. Beck) 1998, S. 68-86.
- Furck, Carl-Ludwig: ‚Grund- und Rahmenbedingungen‘, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. VI, 1945 bis zur Gegenwart. Erster Teilband. Bundesrepublik Deutschland, hg. von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck, München (C.H. Beck) 1998, S. 27-57.
- Gall, Lothar: Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie, München (C.H. Beck) 2005.
- Gallie, Duncan: ‚The Labour Force‘, in: Twentieth-Century British Social Trends, hg. v. A.H. Halsey und Josephine Webb, London (Macmillan) 2000, S. 281-323.
- Garner, Curt: ‚Public Service Personnel in West Germany in the 1950s: Controversial Policy Decisions and their Effects on Social Composition, Gender Structure, and the Role of Former Nazis‘, in: West Germany under Reconstruction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era, hg. v. Robert G. Moeller, Ann Arbor (The University of Michigan Press) 1997, S. 135-195.
- Gass-Bolm, Torsten: Das Gymnasium 1945-1980. Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland, Göttingen (Wallstein) 2005.
- Geißler, Rainer: ‚Der Ungleichheitsansatz in der Elitenforschung‘, in: Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen, hg. v. Peter Imbusch und Stefan Hradil, Opladen (Leske und Budrich) 2003, S. 119-122.
- Giddens, Anthony: The Class Structure of the Advanced Societies, London (Hutchinson) 1973.
- Glass, David V.: ‚Education‘, in: Law and Opinion in England in the 20th Century, Westport (Greenwood Press) 1959, S. 319-346.
- Goldthorpe, John H., David Lockwood u.a.: The Affluent Worker in the Class Structure, Cambridge (Cambridge University Press) 1971.
- Gosewinkel, Dieter und Sven Reichardt (Hrsg.): Ambivalenzen der Zivilgesellschaft. Gegenbegriffe, Gewalt und Macht, Berlin (= WZB discussion papers, Nr. SP IV 2004-501) 2004.
- Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München (C.H. Beck) 1999.

- Goetz, Klaus H.: ‚Senior Officials in the German Federal Administration: Institutional Change and Positional Differentiation‘, in: *Bureaucratic Elites in Western European States*, hg. v. Edward C. Page und Vincent Wright, Oxford (Oxford University Press) 1999, S. 147-177.
- Grant, Wyn und David Marsh: *The Confederation of British Industry*, London (Hodder and Stoughton) 1977.
- Green, E.H.H.: ‚The Conservative Party, the State and the Electorate, 1945-64‘, in: *Party, State and Society. Electoral Behaviour in Britain since 1820*, hg. v. Jon Lawrence und Miles Taylor, Aldershot (Scolar Press) 1997, S. 176-200.
- Grüttner, Michael: ‚Das Scheitern der Vordenker. Deutsche Hochschullehrer und der Nationalsozialismus‘, in: *Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup*, Frankfurt/M. (Campus), 1999, S. 458-481.
- Grüttner, Michael: ‚Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz‘, in: *Zwischen Autonomie und Anpassung: Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, hg. v. dems. und John Connelly, Paderborn (Ferdinand Schöningh) 2003, S. 67-100.
- Habermas, Jürgen: ‚Die Neue Unübersichtlichkeit. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien‘, in: *Merkur* 39.1985, S. 1-14.
- Halsey, Albert Henry (Hrsg.): *British Social Trends since 1900: A Guide to the Changing Social Structure of Britain*, London (Macmillan) 1993.
- Halsey, Albert Henry: *Decline of the Donnish Dominion. The British Academic Professions in the Twentieth Century*, Oxford (Clarendon Press) 1995.
- Halsey, Albert Henry: ‚Further and Higher Education‘, in: *Twentieth-Century British Social Trends*, hg. v. dems. und Josephine Webb, London (Macmillan) 2000, S. 221-253.
- Halsey, Albert Henry: ‚Higher Education‘, in: *Trends in British Society since 1900. A Guide to the Changing Social Structure of Britain*, hg. v. dems., London (Macmillan) 1972, S. 192-226.
- Halsey, Albert Henry, A.F. Heath und J.M. Ridge: *Origins and Destinations. Family, Class, and Education in Modern Britain*, Oxford (Clarendon Press) 1980.
- Halsey, Albert Henry und Martin A. Trow, unter Mitarbeit von Oliver Fulton: *The British Academics*, London (Faber and Faber) 1971.
- Halter, Utz: ‚Die Gesellschaft der Bürger‘, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 19.1993, S. 100-134.
- Hann, Chris und Elizabeth Dunn (Hrsg.): *Civil Society. Challenging Western Models*, London und New York (Routledge) 1996.
- Hann, Chris: ‚Zivilgesellschaft oder Citizenship? Skeptische Überlegungen eines Ethnologen‘, in: *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, hg. v. Manfred Hildermeier, Jürgen Kocka und Christoph Conrad, Frankfurt/M. (Campus) 2000, S. 85-109.
- Harris, José: ‚Enterprise and the Welfare State: A Comparative Perspective‘, in: *Britain since 1945*, hg. v. Terry Gourvish und Alan O'Day, London (Macmillan) 1991, S. 39-57.
- Harris, José: *William Beveridge*, Oxford (Oxford University Press) 1997.
- Harte, Negley: *The University of London 1836-1986. An Illustrated History. With a Foreword by HRH The Princess Anne, The Chancellor*, London (Athlone Press) 1986.
- Hartmann, Heinz: *Der Deutsche Unternehmer: Autorität und Organisation*, Frankfurt/M. (Europäische Verlagsanstalt) (= Reihe Betrieb und Gesellschaft) 1968.
- Hartmann, Heinz und Hanns Wienold: *Universität und Unternehmer*, Gütersloh (Bertelsmann) 1967.
- Hartmann, Michael: ‚Die Rekrutierung von Topmanagern in Europa. Nationale Bildungssysteme und die Reproduktion der Eliten in Deutschland, Frankreich und Großbritannien‘, in: *Archives Européennes de Sociologie XXXVIII.1997*, S. 3-37.
- Hartmann, Michael: ‚Kontinuität oder Wandel? Die deutsche Wirtschaftselite zwischen 1970 und 1995‘, in: *Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert*, hg. v. Dieter Ziegler, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2000, S. 73-92.
- Hartmann, Michael: *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt/M. und New York (Campus) 2002.
- Hayse, Michael R.: *Recasting West German Elites. Higher Civil Servants, Business Leaders and Physicians in Hesse between Nazism and Democracy 1945-1955*, New York und Oxford (Berghahn) 2003.

- Heath, Anthony: ‚Education since 1945‘, in: Britain since 1945, hg. v. Jonathan Hollowell, London (Blackwell) 2003, S. 296-312.
- Heath, Anthony: ‚Social Mobility‘, in: Twentieth-Century British Social Trends, hg. v. A.H. Halsey und Josephine Webb, London (Macmillan) 2000, S. 254-278.
- Heiber, Helmut: Universität unterm Hakenkreuz. Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München u.a. (Saur) 1991.
- Henz, Ursula und Ineke Maas: ‚Chancengleichheit durch die Bildungsexpansion?‘, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47.1995, S. 605-633.
- Herbert, Ulrich: ‚Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze‘, in: Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, hg. v. dems., Göttingen (Wallstein Verlag) 2003, S. 7-49.
- Herbert, Ulrich: ‚Rückkehr in die Bürgerlichkeit. NS-Eliten in der Bundesrepublik‘, in: Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit, hg. v. Bernd Weisbrod, Hannover (Hahn) 1995, S. 157-73.
- Herrmann, Ulrich: ‚Über „Bildung“ im Gymnasium des wilhelminischen Kaiserreichs‘, in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil II Bildungsgüter und Bildungswissen, hg. v. Reinhart Koselleck, Stuttgart (Klett-Cotta) 1990, S. 346-368.
- Herz, Thomas A.: ‚Die Dienstklasse. Eine empirische Analyse ihrer demographischen, kulturellen und politischen Identität‘, in: Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, hg. v. Peter A. Berger und Stefan Hradil, Göttingen (Otto Schwartz & Co) 1990, S. 231-252.
- Hettling, Manfred: ‚Die persönliche Selbständigkeit. Der archimedische Punkt bürgerlicher Lebensführung‘, in: Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, hg. v. dems. und Stefan-Ludwig Hoffmann, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2000, S. 57-78.
- Hettling, Manfred: Politische Bürgerlichkeit. Der Bürger zwischen Individualität und Vergesellschaftung in Deutschland und der Schweiz von 1860-1918, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) (= Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte, Bd. 13) 1999.
- Hettling, Manfred und Bernd Ulrich (Hrsg.): Bürgertum nach 1945, Hamburg (Hamburger Edition) 2005.
- Hettling, Manfred und Stefan-Ludwig Hoffmann: ‚Der bürgerliche Wertehimmel. Zum Problem individueller Lebensführung im 19. Jahrhundert‘, in: Geschichte und Gesellschaft, 23.1997, S. 333-359.
- Hettling, Manfred und Stefan-Ludwig Hoffmann: ‚Einleitung: Zur Historisierung bürgerlicher Werte‘, in: Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, hg. v. dems., Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2000, S. 7-21.
- Hildermeyer, Manfred, Jürgen Kocka und Christoph Conrad (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, Frankfurt/M. und New York (Campus) 2000.
- Hilger, Susanne: ‚Amerikanisierung‘ deutscher Unternehmen. Wettbewerbsstrategien und Unternehmenspolitik bei Henkel, Siemens und Daimler-Benz (1945/49-1975), Stuttgart (Steiner) (= Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 173) 2004.
- Hobsbawm, Eric: ‚Die englische middle-class 1780-1920‘, in: Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, hg. v. Jürgen Kocka, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1987, S. 79-106.
- Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München und Wien (Hanser) 1995.
- Hockerts, Hans Günter: ‚Deutsche Nachkriegssozialpolitik vor dem Hintergrund des Beveridge-Plans. Einige Beobachtungen zur Vorbereitung einer vergleichenden Analyse‘, in: Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850-1950, hg. v. Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Wolfgang Mock, Stuttgart (Klett-Cotta) 1982, S. 325-350.
- Hodenberg, Christina von: ‚Der Fluch des Geldsacks. Der Aufstieg des Industriellen als Herausforderung bürgerlicher Werte‘, in: Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2000, S. 79-104.
- Homburg, Heidrun und Jakob Schissler: ‚Zum Kontinuitätsproblem von Interessenorganisationen und Funktionseliten der westdeutschen Industrie im Umbruch 1945/49‘, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium, 6.1977, S. 117-121.
- Howarth, T.E.B.: Prospect and Reality. Great Britain 1945-1955, London (Collins) 1985.

- Howlett, Peter: 'The „Golden Age“, 1955-1973', in: Twentieth Century Britain. Economic, Social and Cultural change, hg. v. Paul Johnson, London (Longman) 1994, S. 320-339.
- Hradil, Stefan unter Mitarbeit von Jürgen Schiener: Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen (Leske und Budrich) 1999.
- Hradil, Stefan: 'Entwicklungstendenzen der Schicht- und Klassenstruktur in der Bundesrepublik', in: Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Dt. Soziologentags in Bamberg 1982, hg. v. Joachim Matthes, Frankfurt/M. (Campus) 1983, S. 189-205.
- Hradil, Stefan: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften) 2004.
- Hüchtermann, Marion und Rudolf Spiegel: Unternehmer als Mäzene, Köln (= Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik des Instituts der Deutschen Wirtschaft) 1986.
- Huerkamp, Claudia: Bildungsbürgerinnen: Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900-1945, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1996.
- Huerkamp, Claudia: 'Weibliche Konkurrenz auf den akademischen Arbeitsmärkten. Zu einigen Ursachen und Hintergründen der bürgerlich-akademischen „Krise“ in den 1920er Jahren', in: Wege zur Geschichte des Bürgertums, hg. v. Klaus Tenfelde und Hans-Ulrich Wehler, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1994, S. 273-288.
- Hutber, Patrick: The Decline and Fall of the Middle Class – and how it can fight back, London (Associated Business Programmes) 1976.
- Imbusch, Peter: 'Konjunkturen, Probleme und Desiderata sozialwissenschaftlicher Elitenforschung', in: Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen, hg. v. dems. und Stefan Hradil, Opladen (Leske und Budrich) 2003, S. 11-32.
- Jackson, Alan A.: The Middle Classes. 1900-1950, Nairn, Scotland (David St. John Thomas Publisher) 1991.
- Jansen, Christian: Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1992 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 99).
- Jaraus, Konrad H.: Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt M. (Suhrkamp) (= edition Suhrkamp. Neue Folge, Bd. 258) 1984.
- Jaraus, Konrad H.: 'Die Krise des deutschen Bildungsbürgertums im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts', in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil IV Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation, hg. v. Jürgen Kocka, Stuttgart (Klett-Cotta) (= Industrielle Welt, Bd. 48) 1989, S. 180-205.
- Jaraus, Konrad H. und Hannes Siegrist: 'Amerikanisierung und Sowjetisierung. Eine vergleichende Fragestellung zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte', in: Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, hg. v. dems., Frankfurt/M. und New York (Campus) 1997, S. 11-46.
- Joly, Hervé: 'Kontinuität und Diskontinuität der industriellen Elite nach 1945', in: Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert, hg. v. Dieter Ziegler, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2000, S. 54-72.
- Joly, Hervé: Großunternehmer in Deutschland. Soziologie einer industriellen Elite, 1933-1989, Leipzig (Leipziger Universitätsverlag) 1998.
- Jones, Erik: 'Comment on Conway', in: Contemporary European History, 13.2004, S. 89-95.
- Jones, Harriet: 'A Bloodless Counter-Revolution: The Conservative Party and the Defence of Inequality 1945-51', in: The Myth of Consensus, hg. v. dems. und Michael Kandiah, London (Macmillan) 1996, S. 1-16.
- Jones, Harriet und Michael Kandiah: The Myth of Consensus, London (Macmillan) 1996.
- Kaelble, Hartmut: 'Boom und gesellschaftlicher Wandel 1948-1973: Frankreich und die Bundesrepublik im Vergleich', in: Der Boom 1948-1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa, hg. v. dems., Opladen (Westdeutscher Verlag) 1992, S. 219-247.
- Kaelble, Hartmut: Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1800-1980, München (C.H. Beck) 1987.

- Kaelble, Hartmut: ‚Französisches und deutsches Bürgertum 1870-1914‘, in: Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Eine Auswahl, hg. v. Jürgen Kocka, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1995, Bd. I, S. 113-146.
- Kaelble, Hartmut: Soziale Mobilität und Chancengleichheit im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1983.
- Kaelble, Hartmut: Sozialgeschichte Europas 1945 bis zur Gegenwart, München (C.H. Beck) 2007.
- Kampe, Norbert: ‚Die Abwehr der Außenseiter‘, in: Der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik: Zur Geschlechterfrage im akademischen Selbstverständnis und in der wissenschaftlichen Praxis am Anfang des 20. Jahrhunderts, hg. v. Johanna Bleker, Husum (Matthiesen) (= Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, Heft 84) 1998, S. 71-73.
- Keane, John: Civil Society. Old Images, New Visions, Oxford (Polity Press) 1998.
- Kenkmann, Alfons: ‚Von der bundesdeutschen „Bildungsmisere“ zur Bildungsreform in den 60er Jahren‘, in: Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, hg. v. Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers, Hamburg (Christians) 2000, S. 402-423.
- Kidd, Alan und David Nicholls (Hrsg.): Gender, Civic Culture and Consumerism. Middle Class Identity in Britain 1800-1940, Manchester und New York (Manchester University Press) 1999.
- Kieseritzky, Wolther von: Liberalismus und Sozialstaat. Liberale Politik in Deutschland zwischen Machtstaat und Arbeiterbewegung (1878-1893), Köln u.a. (Böhlau) (= Industrielle Welt, Bd. 62) 2002.
- King, Roger und John Raynor: The Middle Class, London (Longman) 1969, ²1981.
- Kipping, Norman: Summing up, London (Hutchinson) 1972.
- Kirby, M.W.: ‚The Economic Record since 1945‘, in: Britain since 1945, hg. v. Terry Gourvish und Alan O’Day, London (Macmillan) 1991, S. 11-37.
- Kocka, Jürgen: ‚Bürgertum und Bürgerlichkeit als Probleme der deutschen Geschichte vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert‘, in: Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, hg. v. dems., Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1987, S. 21-63.
- Kocka, Jürgen: ‚Das europäische Muster und der deutsche Fall‘, in: Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Eine Auswahl, hg. v. dems., Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1995, S. 9-75.
- Kocka, Jürgen, ‚The middle classes in Europe‘, in: The European Way. European Societies in the 19th and 20th centuries, hg. v. Hartmut Kaelble, New York (Berghahn) 2004, S. 15-43.
- Kocka, Jürgen: Unternehmer in Deutschland seit 1945 (= Schriftenreihe der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets), Bochum (Klartext Verlag) 2002.
- Kocka, Jürgen: ‚Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen‘, in: Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, hg. v. Manfred Hildermeier, Jürgen Kocka und Christoph Conrad, Frankfurt/M. (Campus) 2000, S. 13-39.
- Kocka, Jürgen u.a.: Neues über die Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel, Berlin (= Veröffentlichung der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven beim Präsidenten des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, P01-801) Dezember 2001.
- Koselleck, Reinhart: ‚Einleitung. Zur anthropologischen und semantischen Struktur der Bildung‘, in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil II: Bildungsgüter und Bildungswissen, Stuttgart (Klett-Cotta) 1990, S. 11-46.
- Koselleck, Reinhart, Ulrike Spree und Willibald Steinmetz: ‚Drei bürgerliche Welten? Zur vergleichenden Semantik der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, England und Frankreich‘, in: Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft, Politik, Kultur, hg. v. Hans-Jürgen Puhle, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1991, S. 14-58.
- Krais, Beate: ‚Begriffliche und theoretische Zugänge zu den „oberen Rängen“ der Gesellschaft‘, in: Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen, hg. v. Peter Imbusch und Stefan Hradil, Opladen (Leske und Budrich) 2003, S. 35-54.
- Kroker, Evelyn: ‚Heinrich Kost: Rationalisierung und Sozialbeziehungen im Bergbau‘, in: Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten, hg. v. Paul Erker und Toni Pierenkemper, München (Oldenbourg) 1999, S. 291-316.

- Langewiesche, Dieter: ‚Liberalismus und Bürgertum in Europa‘, in: Bürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. III: Verbürgerlichung, Recht und Politik, hg. v. Jürgen Kocka, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1995, S. 243-277.
- Lepsius, M. Rainer: ‚Bürgertum als Gegenstand der Sozialgeschichte‘, in: ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1993, S. 289-302.
- Lepsius, M. Rainer: ‚Das Bildungsbürgertum als ständische Vergesellschaftung‘, in: ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1993, S. 303-313.
- Lepsius, M. Rainer: ‚Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland (bis 1970)‘, in: ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1993, S. 145-174.
- Lepsius, M. Rainer: ‚Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit‘, in: Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, hg. v. Jürgen Kocka, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1987, S. 79-100.
- Lewis, Jane: ‚Women and Social Change, 1945-1995‘, in: Britain since 1945, hg. v. Jonathan Hollowell, London (Blackwell) 2003, S. 260-278.
- Lewis, Jane: Women in Britain since 1945, Oxford (Oxford University Press) 1992.
- Liebl, Franz: ‚Wie verkauft man mit „Gemeinwohl“?‘, in: Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Ordnung, hg. v. Herfried Münkler und Karsten Fischer, Berlin (Akademie Verlag) 2002, S. 207-225.
- Lockwood, David: ‚Marking out the Middle Class(es)‘, in: Social Change and the Middle Classes, hg. v. Tim Butler und Mike Savage, London (UCL Press) 1995.
- Lockwood, David: The Blackcoated Worker. A Study in Class Consciousness, Oxford (Clarendon Press) 1989.
- Lowe, Rodney: ‚Postwar Welfare‘, in: Twentieth Century Britain. Economic, Social and Cultural Change, hg. v. Paul Johnson, London (Longman) 1994, S. 356-373.
- Lowe, Rodney: The Welfare State in Britain since 1945, London (Macmillan) 1999.
- Lowe, Roy: Education in the Postwar Years: A Social History, London und New York (Routledge) 1988.
- Lowe, Roy: ‚English elite education in the late nineteenth and early twentieth centuries‘, in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil I Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen, hg. v. Werner Conze und Jürgen Kocka, Stuttgart (Klett-Cotta) (= Industrielle Welt, Bd. 38) 1985, S. 147-162.
- Lundgreen, Peter: ‚Bildung und Bürgertum‘, in: Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997), hg. v. d. d. d., Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2000, S. 173-194.
- Lundgreen, Peter: Sozialgeschichte der deutschen Schulen im Überblick, Teil II: 1918-1980, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1981.
- Lundgreen, Peter (Hrsg.): Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2000.
- Lundgreen, Peter: ‚Wissen und Bürgertum. Skizze eines historischen Vergleichs zwischen Preußen/ Deutschland, Frankreich, England und den USA, 18.-20. Jahrhundert‘, in: Bürgerliche Berufe: Zur Sozialgeschichte der freien und akademischen Berufe im internationalen Vergleich, hg. v. Hannes Siegrist, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 80) 1988, S. 106-124.
- Lundgreen, Peter: ‚Zur Konstituierung des „Bildungsbürgertums“: Berufs- und Bildungsauslese der Akademiker in Preußen‘, in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil I Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen, hg. v. Werner Conze und Jürgen Kocka, Stuttgart (Klett-Cotta) (= Industrielle Welt, Bd. 38) 1985, S. 79-108.
- Lutz, Burkart: ‚Integration durch Aufstieg. Überlegungen zur Verbürgerlichung der deutschen Facharbeiter in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg‘, in: Bürgertum nach 1945, hg. v. Manfred Hettling und Bernd Ulrich, Hamburg (Hamburger Edition) 2005, S. 284-309.

- Lutz, Burkart: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine neue Interpretation industrieller wie kapitalistischer Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. und New York (Campus) 1984.
- Marshall, Gordon: Repositioning Class: Social Inequality in Industrial Societies, London (Sage) 1997.
- Marwick, Arthur: Class: Image and Reality in Britain, France and the USA since 1930, London (Macmillan) 21990.
- Marwick, Arthur: The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c.1958-c.1974, Oxford (Oxford University Press) 1998.
- Mayntz, Renate: ‚Interessenverbände und Gemeinwohl. Die Verbändestudie der Bertelsmann Stiftung‘, in: Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl, hg. v. ders., Gütersloh (Bertelsmann Stiftung) 1992, S. 11-35.
- McClelland, Charles E.: ‚Zur Professionalisierung der akademischen Berufe in Deutschland‘, in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil I Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen, hg. v. Werner Conze und Jürgen Kocka, Stuttgart (Klett-Cotta) (= Industrielle Welt, Bd. 38) 1985, S. 233-247.
- McKenzie, Janet: Changing Education. A Sociology of Education since 1944, Harlow, England (Prentice Hall) 2001.
- McKibbin, Ross: Classes and Cultures. England 1918-1951, Oxford (Oxford University Press) 1998.
- Mergel, Thomas: ‚Die Bürgertumsforschung nach 15 Jahren. Für Hans-Ulrich Wehler zum 70. Geburtstag‘, in: Archiv für Sozialgeschichte, 41.2001, S. 515-538.
- Mergel, Thomas: Großbritannien seit 1945, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2005.
- Merkel, Wolfgang und Hans-Jürgen Puhle: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Opladen (Westdeutscher Verlag) 1999.
- Metzler, Gabriele: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Stuttgart (Ferdinand Schöningh) 2005.
- Meulemann, Heiner: ‚Expansion ohne Folgen? Bildungschancen und sozialer Wandel in der Bundesrepublik‘, in: Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur, hg. v. Wolfgang Glatzer, Frankfurt/M. und New York (Campus) 1992, S. 123-156.
- Meuser, Michael und Ronald Hitzler: ‚Gemeinwohrrhetorik ärztlicher Berufsverbände im Streit um die Gesundheitsreform‘, in: Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Ordnung, hg. v. Herfried Münkler und Karsten Fischer, Berlin (Akademie Verlag) 2002, S. 177-205.
- Meyer, Andrea: In guter Gesellschaft. Der Verein der Freunde der Nationalgalerie Berlin von 1929 bis heute, Berlin (Fannei & Walz) 1998.
- Mitchell, Brian R. (Hrsg): International Historical Statistics Europe, Basingstoke (Palgrave) 2003.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialforschung und Bundesarchiv (Hrsg): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd 2/1 1945-1949. Die Zeit der Besatzungszonen. Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten, Bandverantwortlicher Udo Wengst, Baden Baden (Nomos) 2001.
- Mommsen, Hans: ‚Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert‘, in: Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, hg. v. Jürgen Kocka, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1987, S. 288-315.
- Mooser, Josef: ‚Arbeiter, Angestellte und Frauen in der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“. Thesen‘, in: Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, hg. v. Axel Schildt und Arnold Sywottek, Bonn (Dietz) 1993, S. 362-376.
- Mooser, Josef: Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1984.
- Morgan, Kenneth O.: ‚Die soziale und politische Mobilisierung Großbritanniens, 1918-1926‘, in: Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, hg. v. Hans Mommsen, Köln u.a. (Böhlau) (= Industrielle Welt, Bd. 60) 2000, S. 125-144.
- Morgan, Kenneth O. (Hrsg): The Oxford History of Britain. Band 5: The Modern Age, Oxford (Oxford University Press) 1992.
- Morgan, Kenneth O.: The People's Peace, Oxford (Oxford University Press) 21990.

- Müller, Walter und Haun, Dietmar: ‚Bildungsungleichheit im sozialen Wandel‘, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46.1994, S. 1-42.
- Münkler, Herfried und Karsten Fischer: ‚Einleitung: Rhetoriken des Gemeinwohls und Probleme des Gemeinsinns‘, in: Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Ordnung, hg. v. dens., Berlin (Akademie Verlag) 2002, S. 9-17.
- Niethammer, Lutz u.a.: Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, Frankfurt/M. (Fischer) 1990.
- Nolte, Paul: ‚Der Verlust der Utopie und die wiedergefundene Mitte. Vorstellungen sozialer Ordnung in der westdeutschen Gesellschaft (1945-1965)‘, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, 20.1998, S. 298-332.
- Nolte, Paul: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München (C.H. Beck) 2000.
- Obelkevich, James, ‚Consumption‘, in: Understanding Post-War British Society, hg. v. James Obelkevich und Peter Catterall, London (Routledge) 1994, S. 141-154.
- Oehler, Christoph in Zusammenarbeit mit Christiane Bradatsch: ‚Hochschulen. Die Hochschulentwicklung nach 1945‘, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd VI/1: 1945 bis zur Gegenwart, hg. v. Christa Berg, München (C.H. Beck) 1998, S. 412-446.
- Oexle, Otto Gerhard: ‚Alteuropäische Voraussetzungen des Bildungsbürgertums – Universitäten, Gelehrte und Studierende‘, in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil I Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen, hg. v. Werner Conze und Jürgen Kocka, Stuttgart (Klett-Cotta) (= Industrielle Welt, Bd. 38) 1985, S. 29-78.
- Osgerby, Bill: ‚„Well, It’s Saturday Night an’ I just got paid“: Youth, Consumerism and Hegemony in Post-War Britain‘, in: Contemporary Record, 6.1992, Nr. 2, S. 287-305.
- Osgerby, Bill: Youth in Britain since 1945, London (Blackwell) 1998.
- Page, Edward C. und Vincent Wright (Hrsg.): Bureaucratic Elites in Western European States, Oxford (Oxford University Press) 1999.
- Paulmann, Johannes: ‚Interkultureller Transfer zwischen Deutschland und Großbritannien: Einführung in ein Forschungskonzept‘, in: Aneignung und Abwehr: Interkultureller Transfer zwischen Deutschland und Großbritannien im 19. Jahrhundert, hg. v. Rudolf Muhs, Johannes Paulmann und Willibald Steinmetz, Bodenheim (Philo) 1998, S. 21-43.
- Paulmann, Johannes: ‚Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts‘, in: Historische Zeitschrift, 267.1998, S. 649-685.
- Pehle, Walter H. und Peter Sillem: Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945?, Frankfurt/M. (Fischer) 1992.
- Perkin, Harold: Key Profession. The History of the Association of University Teachers, London (Routledge & Kegan Paul) 1969.
- Perkin, Harold: The Rise of Professional Society. England since 1880, London und New York (Routledge) 1989.
- Perkin, Harold: The Third Revolution. Professional Elites in the Modern World, London (Routledge) 1996.
- Phillips, David: German Universities after the Surrender, Oxford (University of Oxford Department of Educational Studies) 1983.
- Phillips, David: Pragmatismus und Idealismus. Das ‚Blaue Gutachten‘ und die britische Hochschulpolitik in Deutschland 1948, Köln (Böhlau) 1995.
- Pingel, Falk: ‚Wissenschaft, Bildung und Demokratie – der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform‘, in: Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949, hg. v. Joseph Foscemoth und Rolf Steininger, Paderborn (Schöningh) 1985, S. 183-209.
- Plato, Alexander von: ‚„Wirtschaftskapitäne“: Biographische Selbstkonstruktionen von Unternehmern in der Nachkriegszeit‘, in: Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, hg. v. Axel Schildt, Bonn (Dietz) 1993, S. 377-391.
- Plato, Alexander von: ‚Ein unglaublicher Frühling“. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945-1948, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1997.

Plumpe, Werner: ‚Die Unternehmerverbände im Transformationsprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg‘, in: *Unternehmerverbände und Staat in Deutschland*, hg. v. Werner Bührer und Edgar Grande, Baden-Baden (Nomos) 2000, S. 75-87.

Quail, John M.: ‚From Personal Patronage to Public School Privilege. Social Closure in the Recruitment of Managers in the United Kingdom from the Late Nineteenth Century to 1930‘, in: *The Making of the British Middle Class? Studies of Regional and Cultural Diversity since the Eighteenth Century*, hg. v. Alan Kidd und David Nicholls, Phoenix Mill (Sutton) 1998, S. 169-226.

Rauh-Kühne, Cornelia: „... so weiß ich heute, daß Dein Leben in unserer Familiengeschichte einen wertvolleren Platz haben wird als das Deiner Söhne“. Zur Bürgerlichkeit von Unternehmerfamilien der Wiederaufbaugeneration‘, in: *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität*, hg. v. Volker R. Berghahn, Stefan Unger und Dieter Ziegler, Essen (Klartext-Verlag) 2003, S. 443-461.

Rauh-Kühne, Cornelia: ‚Hans Constantin Paulssen: Sozialpartnerschaft aus dem Geiste der Kriegskameradschaft‘, in: *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*, hg. v. Paul Erker und Toni Pierenkemper, München (Oldenbourg) 1999, S. 109-192.

Rauh-Kühne, Cornelia: ‚Zwischen „verantwortlichem Wirkungskreis“ und „häuslichem Glanz“. Zur Innenansicht wirtschaftsbürgerlicher Familien im 20. Jahrhundert‘, in: *Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert*, hg. v. Dieter Ziegler, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2000, S. 215-248.

Reichardt, Sven: ‚Zivilgesellschaft und Gewalt. Einige konzeptionelle Überlegungen aus historischer Sicht‘, in: *Neues über Zivilgesellschaft aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel*, Dezember 2001 (= Veröffentlichung der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven beim Präsidenten des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, *P01-801*), S. 45-80.

Reitmayer, Morten: „Unternehmer zur Führung berufen“ – durch wen?‘, in: *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität*, hg. v. Volker R. Berghahn, Stefan Unger und Dieter Ziegler, Essen (Klartext-Verlag) 2003, S. 317-336.

Reuter, Lutz R.: ‚Rechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen‘, in: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd VI/1: 1945 bis zur Gegenwart, hg. v. Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck, München (C.H. Beck) 1998, S. 35-57.

Ringer, Fritz: ‚Das gesellschaftliche Profil der deutschen Hochschullehrerschaft 1871-1933‘, in: *Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815-1945*, hg. v. Klaus Schwabe, Boppard a. Rh. (Harald Boldt) 1988, S. 93-104.

Ringer, Fritz: *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933*, Stuttgart (Klett) 1983.

Roseman, Mark: ‚The Organic Society and the „Massenmenschen“. Integrating Young Labour in the Ruhr Mines, 1945-58‘, in: *West Germany under Reconstruction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*, hg. v. Robert G. Moeller, Ann Arbor (The University of Michigan Press) 1997, S. 287-320.

Rubinstein, W.D.: ‚Britain’s Elites in the Interwar Period, 1918-1939‘, in: *The Making of the British Middle Class? Studies of Regional and Cultural Diversity since the Eighteenth Century*, hg. v. Alan Kidd und David Nicholls, Phoenix Mill (Sutton) 1998, S. 186-202.

Rubinstein, W.D.: ‚Education and the Social Origins of the British Elites, 1880-1970‘, in: *Past & Present*, 112.1986, S. 163-207.

Rudloff, Wilfried: ‚Bildungsplanung in den Jahren des Bildungsbooms‘, in: *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, hg. v. Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Teppe, Paderborn, (Schöningh) 2003 (= *Forschungen zur Regionalgeschichte*, Bd. 44), S. 259-282.

Rudloff, Wilfried: ‚Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren‘, in: *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, hg. v. Stefan Fisch und Wilfried Rudloff, Berlin (Dunker & Humblot) (= *Schriftenreihe der Hochschule Speyer*, Bd. 168) 2004, S. 153-188.

Ruppert, Wolfgang: ‚Zur Konsumwelt der 60er Jahre‘, in: *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, hg. v. Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers, Hamburg (Christians) 2000, S. 752-767.

- Sandbrook, Dominic: *Never Had it so Good. A History of Britain from Suez to the Beatles*, London (Abacus) 2006.
- Sanderson, Michael: *Education and Economic Decline in Britain, 1870 to the 1990s*, Cambridge (Cambridge University Press) 1999.
- Sanderson, Michael: ‚Social Equity and Industrial Need: A Dilemma of English Education since 1945‘, in: *Britain since 1945*, hg. v. Terry Gourvish und Alan O'Day, London (Macmillan) 1991, S. 159-183.
- Savage, Mike: ‚Individuality and Class: The Rise and Fall of the Gentlemanly Social Contract in Britain‘, in: *Social Contracts under Stress. The Middle Classes of America, Europe, and Japan at the Turn of the Century*, hg. v. Oliver Zunz, Leonard Schoppa und Nobuhiro Nawatari, New York (Russell Sage Foundation) 2002, S. 47-65.
- Schäfer, Michael: *Bürgertum in der Krise. Städtische Mittelklassen in Edinburgh und Leipzig von 1890 bis 1930*, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) (= *Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 23) 2003.
- Schanetzky, Tim: ‚Unternehmer: Profiteure des Unrechts‘, in: *Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945*, hg. v. Norbert Frei in Zusammenarbeit mit Tobias Freimüller u.a., Frankfurt/M. (Campus) 2001, S. 73-126.
- Schelsky, Helmut: ‚Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft (1953)‘, in: *ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit*, München (Goldmann) 1979, S. 326-332.
- Schenk, Catherine R.: ‚Austerity and Boom‘, in: *Britain since 1945*, hg. v. Jonathan Hollowell, London (Blackwell) 2003, S. 300-319.
- Scheuch, Erwin K.: ‚Elitenkonfiguration in Deutschland‘, in: *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*, hg. v. Peter Imbusch und Stefan Hradil, Opladen (Leske und Budrich) 2003, S. 147-174.
- Schildt, Axel: *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg (Christians) 1995.
- Schildt, Axel, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hrsg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg (Christians) 2000.
- Schildt, Axel: *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München (Oldenbourg) (= *Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit*, Bd. 4) 1999.
- Schlaffke, Winfried: ‚Abschied vom Akademiker‘, in: *IWD. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft*, 2.1976, Nr. 28, v. 15.7.1976, S. 2.
- Schmidtman, Christian: *Katholische Studierende 1945-1973. Ein Beitrag zur Kultur- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Paderborn u.a. (Ferdinand Schöningh) 2006.
- Schneider, Ullrich: ‚The Reconstruction of the Universities in American Occupied Germany‘, in: *Hochschuloffiziere im Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945-1952*, Teil 2: *Die US-Zone*, hg. v. Manfred Heinemann, Hildesheim (Lax) 1990, S. 1-8.
- Schröter, Harm: ‚Zur Übertragbarkeit sozialhistorischer Konzepte in die Wirtschaftsgeschichte. Amerikanisierung und Sowjetisierung in deutschen Betrieben 1945-1975‘, in: *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*, hg. v. Konrad H. Jarausch u. Hannes Siegrist, Frankfurt/M. und New York (Campus) 1997, S. 147-165.
- Schulz, Andreas: *Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert*, München (Oldenbourg) 2005.
- Schulze, Gerhard: *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt/M. und New York (Campus) 1993.
- Schulze, Gerhard: ‚Die Transformation sozialer Milieus in der Bundesrepublik Deutschland‘, in: *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*, hg. von Peter A. Berger u. Stefan Hradil, Göttingen (Verlag Otto Schwartz & Co) 1990, (= *Soziale Welt, Sonderband 7*), S. 209-432.
- Schulze, Winfried unter Mitarbeit von Sven Bergmann und Gerd Helm: *Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft 1920-1995*, Berlin (Akademie Verlag) 1995.
- Schumann, Dirk: ‚Einheitssucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen middle classes)‘, in: *Der Erste*

- Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, hg. v. Hans Mommsen, Köln u.a. (Böhlau) (= Industrielle Welt, Bd. 60) 2000, S. 83-105.
- Schwabe, Klaus und Rolf Reichardt (Hrsg.): Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard a. Rh. (Harald Boldt) 1984.
- Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer 1949-1957. Gründerjahre der Republik, Stuttgart und Wiesbaden (Deutsche Verlags-Anstalt und Brockhaus) 1981.
- Schwartz, Thomas Alan: ‚John J. McCloy and the Landsberg Cases‘, in: American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945-1955, hg. v. Jeffry M. Diefendorf, Axel Frohn u. Hermann-Josef Rupieper, German Historical Institute, Washington D.C. und Cambridge (Cambridge University Press) 1993, S. 433-454.
- Seligman, Adam B.: ‚Civil Society as Idea and Ideal‘, in: Alternative Conceptions of Civil Society, hg. v. Simone Chambers und Will Kymlicka, Princeton und Oxford (Princeton University Press) 2002, S. 13-33.
- Siegfried, Detlef: ‚Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969‘, in: Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, hg. v. Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers, Hamburg (Christians) 2000, S. 77-113.
- Siegrist, Hannes: ‚Der Akademiker als Bürger. Die westdeutschen gebildeten Mittelklassen 1945-1965 in historischer Perspektive‘, in: Biographien in Deutschland, soziologische Rekonstruktion gelebter Gesellschaftsgeschichte, hg. v. Wolfram Fischer-Rosenthal, Opladen (Westdeutscher Verlag) 1995, S. 118-136.
- Siegrist, Hannes: ‚Bürgerlichkeit und Antibürgerlichkeit in historischer Perspektive‘, in: Der Aufstand der Bürger: antibürgerliches Denken im 20. Jahrhundert, hg. v. Günter Meuter und Henrique Ricardo Otten, Würzburg (Königshausen und Neumann) 1999, S. 35-50.
- Siegrist, Hannes: ‚Der Wandel als Krise und Chance. Die westdeutschen Akademiker 1945-1965‘, in: Wege zur Geschichte des Bürgertums, hg. v. Klaus Tenfelde und Hans-Ulrich Wehler, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1994, S. 289-314.
- Siegrist, Hannes: ‚Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorien „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegsperiode‘, in: Geschichte und Gesellschaft, 21.1995, S. 549-583.
- Siegrist, Hannes: ‚From Divergence to Convergence. The Divided German Middle Class 1945-2000‘, in: Social Contracts under Stress: The Middle Classes of America, Europe, and Japan at the Turn of the Century, hg. v. Olivier Zunz, Leonard Schoppa und Nobuhiro Hiwatari, New York (Russell Sage Foundation) 2002, S. 21-46.
- Simon, Brian: Education and the Social Order 1940-1990, London (Lawrence & Wishart) 1991.
- Sperber, Jonathan: ‚Bürger, Bürgertum, Bürgerlichkeit, Bürgerliche Gesellschaft: Studies of the German (Upper) Middle Class and its Sociocultural World‘, in: The Journal of Modern History, 69.1997, S. 271-297.
- Spiegel, Heinz-Rudi: ‚Begründung und Motive privater und industrieller Wissenschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Bericht‘, in: Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, hg. v. Rüdiger vom Bruch, Stuttgart (Franz Steiner) 1990, S. 153-184.
- Stamm, Thomas: Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965, Köln (Verlag Wissenschaft und Politik) 1981.
- Steiniger, Rolf: Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 1: 1945-1947, Frankfurt/M. (Fischer) 1996.
- Stevenson, John: ‚The Jerusalem that Failed? The Rebuilding of Post-War Britain‘, in: Britain since 1945, hg. v. Terry Gourvish und Alan O'Day, London (Macmillan) 1991, S. 89-110.
- Strzelewicz, Willy und Ferdinand Wiebecke: ‚Bildungspolitik‘, in: Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hg. v. Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz, Stuttgart (Seewald) 1974, S. 865-904.
- Summerfield, Penny: ‚Approaches to Women and Social Change in the Second World War‘, in: What Difference did the War make?, hg. v. Brian Bivati und Harriet Jones, Leicester (Leicester University Press) 1993, S. 63-79.

- Sund, Horst: ‚Gerhard Hess – 13. April 1907 bis 30. Juni 1983‘, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, XXII.1985, H. 4, S. 7-11.
- Tellenbach, Gerd: Aus erinnerter Zeitgeschichte, Freiburg (Wagnersche Universitätsbuchhandlung) 1981.
- Tenfelde, Klaus: ‚Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert‘, in: Wege zur Geschichte des Bürgertums. Vierzehn Beiträge, hg. v. H.-U. Wehler und K. Tenfelde, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1994, S. 317-353.
- Tent, James F.: ‚Denazification of Higher Education in US Occupied Germany, 1945-1949‘, in: Hochschuloffiziere im Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945-1952, Teil 2: Die US-Zone, hg. v. Manfred Heinemann, Hildesheim (Lax) 1990, S. 9-15.
- Thane, Pat: ‚Women since 1945‘, in: Twentieth Century Britain. Economic, Social and Cultural Change, hg. v. Paul Johnson, London (Longman) 1994, S. 392-410.
- Thompson, Francis Michael L.: Gentrification and the Enterprise Culture. Britain 1780-1980, Oxford (Oxford University Press) 2001.
- Thompson, Paul: ‚Snatching defeat from the jaws of victory: the last post of the old city financial elite, 1945-1995‘, in: The Making of the British Middle Class? Studies of Regional and Cultural Diversity since the Eighteenth Century, hg. v. Alan Kidd und David Nicholls, Phoenix Mill (Sutton) 1998, S. 228-246.
- Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1996.
- Tooze, Adam: The Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy, London (Allan Lane) 2006.
- Torno, Ingo: ‚Die deutschen Unternehmerverbände 1945-1950. Kontinuität oder Diskontinuität?‘, in: Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, hg. v. Josef Becker, Theo Stammen und Peter Waldmann, München (Wilhelm Fink) 1979, S. 235-260.
- Trabandt, Heinz: ‚Zum Tode von Professor Gerhard Hess‘, in: Mitteilungen der Alexander von Humboldt-Stiftung, H. 42, August 1983, S. 59.
- Trainor, Richard H.: ‚The Social Impact of British Universities since 1850‘, in: Geburt oder Leistung? Elitenbildung im deutsch-britischen Vergleich, hg. v. Franz Bosbach, Keith Robbins und Karina Urbach, München (Saur) 2003, S. 217-228.
- Trainor, Richard: ‚Neither Metropolitan nor Provincial. The Interwar Middle Class‘, in: The Making of the British Middle Class? Studies of Regional and Cultural Diversity since the Eighteenth Century, hg. v. Alan Kidd und David Nicholls, Phoenix Mill (Sutton) 1998, S. 203-213.
- Trentmann, Frank: ‚Introduction: Paradoxes of Civil Society‘, in: Paradoxes of Civil Society. New Perspectives on Modern German and British History, hg. v. dems., New York und Oxford (Berghahn) 2000, S. 3-46.
- Turner, George: Hochschule zwischen Vorstellung und Wirklichkeit. Zur Geschichte der Hochschulreform im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, Berlin (Duncker & Humblot) 2001.
- Unger, Stefan: ‚Die Wirtschaftselite als Persönlichkeit. Zur Selbstdarstellung von Unternehmern und Managern im Ruhrgebiet während der Zwischenkriegszeit‘, in: Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität, hg. v. Volker R. Berghahn, Stefan Unger und Dieter Ziegler, Essen (Klartext-Verlag) 2003, S. 295-316.
- Ullmann, Hans-Peter: Der Bund der Industriellen, Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im deutschen Kaiserreich 1895-1914, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1976.
- Urbach, Karina: ‚Adel versus Bürgertum. Überlebens- und Aufstiegsstrategien im deutsch-britischen Vergleich‘, in: Geburt oder Leistung? Elitenbildung im deutsch-britischen Vergleich, hg. v. Franz Bosbach, Keith Robbins und ders., München (Saur) 2003, S. 25-42.
- Vester, Michael: ‚Krise der politischen Repräsentation? Spannungsfelder und Brüche zwischen politischer Elite, oberen Milieus und Volksmilieus‘, in: Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen, hg. v. Peter Imbusch und Stefan Hradil, Opladen (Leske und Budrich) 2003, S. 237-270.
- Vierhaus, Rudolf: ‚Bildung‘, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. I, S. 508-551.
- Vinen, Richard: Bourgeois Politics in France, 1945-1951, Cambridge (Cambridge University Press) 1995.
- Vobruba, Georg: ‚Wirtschaftsverbände und Gemeinwohl‘, in: Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl, hg. v. Renate Mayntz, Gütersloh (Bertelsmann Stiftung) 1992, S. 80-121.

- Voswinckel, Goswin: ‚Die Entwicklung der Einkommens- und Güterverteilung in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1980‘, in: Verteilungsprobleme in Industriegesellschaften, Veröffentlichung der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Opladen (Westdeutscher Verlag) 1982, S. 64-79.
- Wahrman, Dror: *Imagining the Middle Class. The Political Representation of Class in Britain, c. 1780-1840*, Cambridge (Cambridge University Press) 1995.
- Walzer, Michael: ‚Equality and Civil Society‘, in: *Alternative Conceptions of Civil Society*, hg. v. Simone Chambers und Will Kymlicka, Princeton und Oxford (Princeton University Press) 2002, S. 34-49.
- Weber, Werner: *Im Dienst an Recht und Staat. Festschrift für Werner Weber zum 70. Geburtstag*, dargebracht von Freunden, Schülern und Kollegen, Berlin (Duncker & Humblot) 1974.
- Wegener, Bernd: *Kritik des Prestiges*, Opladen (Westdeutscher Verlag) 1988.
- Wehler, Hans-Ulrich: ‚Deutsches Bürgertum nach 1945: Exitus oder Phönix aus der Asche?‘, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 27.2001, S. 617-634.
- Weinke, Annette: ‚„Alliierter Angriff auf die nationale Souveränität“? Die Strafverfolgung von Kriegs- und NS-Verbrechen in der Bundesrepublik, der DDR und Österreich‘, in: *Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*, hg. v. Norbert Frei, Göttingen (Wallstein Verlag) 2006, S. 37-93.
- Westermann, Andrea: *Plastik und politische Kultur in Westdeutschland*, Zürich (Chronos) (=Interferenzen 13) 2007.
- Wiedemann, Andreas: *Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942-1945)*, Dresden (Hannah-Arendt-Institut f. Totalitarismusforschung) 2000.
- Wiener, Martin J.: *English Culture and the Decline of the Industrial Spirit, 1850-1980*, Cambridge (Cambridge University Press) 1981.
- Wiesen, Jonathan: *West German Industry and the Challenge of the Nazi Past, 1945-1955*, Chapel Hill (The University of North Carolina Press) 2001, S. 53-56.
- Wildt, Michael: *Am Beginn der „Konsumgesellschaft“: Mangelersfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren*, Hamburg (Ergebnisse-Verlag) 1995.
- Wildt, Michael: ‚Das Ende der Bescheidenheit. Wirtschaftsrechnungen von Arbeitnehmerhaushalten in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1963‘ in: *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, hg. v. Klaus Tenfelde, Stuttgart (Klett-Cotta) 1991, S. 573-610.
- Wildt, Michael: ‚Die Kunst der Wahl. Zur Entwicklung des Konsums in Westdeutschland in den 1950er Jahren‘, in: *Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18.-20. Jahrhundert)*, hg. v. Hannes Siegrist, Hartmut Kaelble und Jürgen Kocka, Frankfurt/M. (Campus) 1997, S. 307-324.
- Wilharm, Irmgard: ‚Ende oder Wandel bürgerlicher Gesellschaft?‘, in: *Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven. Mit Beiträgen von L. Niethammer u.a.*, Frankfurt/M. (Fischer) 1990, S. 612-622.
- Wilharm, Irmgard: ‚Wiederaufbaudynamik und Wertewandel‘, in: *Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven. Mit Beiträgen von L. Niethammer u.a.*, Frankfurt/M. (Fischer) 1990, S. 561-576.
- Williams, Glyn und John Ramsden: *Ruling Britannia. A Political History of Britain 1688-1988*, London (Longman) 1990.
- Windolf, Paul: *Expansion and Structural Change. Higher Education in Germany, the United States, and Japan, 1870-1990*, Bolder, Colorado (Westview Press) 1997.
- Windolf, Paul: *Die Expansion der Universitäten 1870-1985. Ein internationaler Vergleich*, Stuttgart (Ferdinand Enke) 1990.
- Windolf, Paul: ‚Sind Manager Unternehmer? Deutsche und britische Manager im Vergleich‘, in: *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*, hg. v. Peter Imbusch und Stefan Hradil, Opladen (Leske und Budrich) 2003, S. 301-336.
- Wissenschaftsrat (Hrsg.): *Wissenschaftsrat 1957-1997*, Köln (ohne Verlag) 1998.
- Ziegler, Dieter (Hrsg.): *Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert*, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2000.

Ziegler, Dieter: ‚Einleitung: Die wirtschaftsbürgerliche Elite im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz‘, in: Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert, hg. v. dems., Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2000, S. 7-29.

Zunkel, Friedrich: ‚Das Verhältnis des Unternehmertums zum Bildungsbürgertum zwischen Vormärz und Erstem Weltkrieg‘, in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil III Lebensführung und ständische Vergesellschaftung, hg. v. M. Rainer Lepsius, Stuttgart (Klett-Cotta) (=Industrielle Welt, Band 47) 1992, S. 82-101.

Zweiniger-Bargielowska, Ina: Austerity in Britain. Rationing, Controls, and Consumption, 1939-1955, Oxford (Oxford University Press) 2000.

Veröffentlichungen bis 1968

Bundesrepublik Deutschland

Aktuelle Fragen aus unserer gemeinsamen Aufklärungs- und Bildungsarbeit, Geschäftsführerkonferenz der BdA am 7. und 8. April 1961 in Baden-Baden, Köln 1961 (= Schriftenreihe der BdA, H. 26).

Anger, Hans: Probleme der deutschen Universität. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten, Tübingen (J.C.B. Mohr) 1960.

Dahrendorf, Ralf: ‚Ausbildung einer Elite. Die deutsche Oberschicht und die juristischen Fakultäten‘, in: Der Monat, 14.1962, S. 15-26.

Dahrendorf, Ralf: Arbeiterkinder an deutschen Universitäten, Tübingen (J.C.B. Mohr) 1965.

Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Bramsche (Nannen) 1966.

Dahrendorf, Ralf: ‚Deutsche Oberschicht im Übergang‘, in: Merkur, 18.1964, S. 323-333.

Dahrendorf, Ralf: Die Angewandte Aufklärung. Gesellschaft und Soziologie in Amerika, München (Piper) 1963.

Dahrendorf, Ralf und Heinz-Dietrich Ortlieb (Hrsg.): Der zweite Bildungsweg im sozialen und kulturellen Leben der Gegenwart. Zum zehnjährigen Bestehen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg, Heidelberg (Quelle & Meyer) 1959.

Die Aktivierung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates. 5. Gespräch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, veranstaltet vom Bundesverband der Deutschen Industrie und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Würzburg am 3. Juni 1961, Essen-Bredeney (= Reihe Forschung und Wirtschaft. Partner im Fortschritt, 10.1961, 3) 1961.

Die Informations- und Bildungsaufgabe der Arbeitgeberverbände. Referate und Vorträge auf der Geschäftsführerkonferenz der BdA am 3. u. 4.10.1958 in Baden-Baden, Köln 1959 (=Schriftenreihe der BdA, H. 20).

Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959, bearbeitet von Rolf Neuhaus, Wiesbaden (Franz Steiner) 1961 (= Veröffentlichung der Westdeutschen Rektorenkonferenz, hg. v. der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Zusammenarbeit mit dem Hochschulverband, dem Verband Deutscher Studentenschaften und dem Deutschen Studentenwerk, mit Unterstützung des Bundesministeriums des Innern).

Erdmann, Gerhard: ‚Die Sozialordnung in der Entscheidung‘, in: Kollektive oder freie Ordnung? Aus Reden einer Vortrags- und Diskussionstagung über wirtschafts- und sozialpolitische West-Ost-Fragen, Düsseldorf (Rechtsverlag) 1955 (= Schriftenreihe der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens e.V., H. 8), S. 105-114.

Eversmann, Rudolf Wilhelm: ‚Die Walter-Raymond-Stiftung. Gesprächskreis für führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft‘, in: Unternehmer und Bildung. Festschrift für Ludwig Vaubel, Köln und Opladen (Westdeutscher Verlag) 1968, (= Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 10), S. 47-52.

Ferber, Christian von: Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864-1954, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1956 (= Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer, hg. v. Helmuth Plessner, Bd. 3).

Gedanken zur sozialen Ordnung. Der Öffentlichkeit übergeben von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln, März 1953.

Gerber, Hans: Hochschulgesetzgebung in der Nachkriegszeit, Veröffentlichung des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft, Essen-Bredeney (= Sonderdruck des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, D 58) 1958.

Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft: Bericht 1957/1967, Essen-Bredeney (GKWW) 1967.

„Carl Neumann 60 Jahre“, in: Der Volkswirt, 10.1956, Nr. 47, S. 12.

Hahn, Wilhelm: „Die Problematik der deutschen Hochschulen heute“, in: Universität neuen Typs? Vorträge einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum, Göttingen (Schwartz) (= Schriften des Deutschen Hochschulverbandes, H. 11) 1962, S. 7-15.

Hartmann, Heinz und Hanns Wienold, Universität und Unternehmer, Gütersloh (Bertelsmann Verlag) 1967.

Heimpel, Hermann: Der Mensch in seiner Gegenwart. Acht historische Essays, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1957.

Heimpel, Hermann: Probleme und Problematik der Hochschulreform. Einleitung zu der von der ständigen Konferenz der Kultusminister und von der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 19. bis 22. Oktober 1955 in Bad Honnef abgehaltenen Hochschulreformtagung, Göttingen (Otto Schwartz & Co) 1962 (= Schriften des Hochschulverbandes, Bd. 8).

Hess, Gerhard: „Zur Vorgeschichte des Wissenschaftsrats“, in: Wissenschaftsrat 1957-1967, hg. v. Wissenschaftsrat, Bonn (Bundesdruckerei) 1968, S. 7f.

Hess, Gerhard: Gesellschaft, Literatur, Wissenschaft. Gesammelte Schriften 1938-1966, hg. v. Hans Robert Jauss und Claus Müller-Daehn, München (Fink) 1967.

Heuser, Carl Otto: Auf den Spuren von Adam Smith. Über das richtige Maß in Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf (Handelsblatt GmbH) 1963.

Heuser, Carl-Otto: „Der Bürger in unserer Zeit“, in: Beratungsbrief der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947, nur zur persönlichen Unterrichtung, 1954.

Hofgeismarer Kreis: Gedanken zur Hochschulreform. Neugliederung des Lehrkörpers, Göttingen (Verlag der Deutschen Universitätszeitung) 1956.

Janowitz, Morris: „Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 10.1958, S. 1-38.

Jaspers, Karl: Die Idee der Universität, Berlin (Springer) 1946.

Maurer, Emil H.: Der Spätbürger, Bern und München (Francke) 1964.

Neumann, Carl: „Der Wirtschaftsbürger in der Zeitenwende“, in: Mineralöl. Eine Zeitschrift für die Mineralölwirtschaft, 5.1960, Nr. 10, S. 1-3.

Neumann, Carl: „Wandlung der Gesellschaft. Das politische Bekenntnis des Unternehmers Carl Neumann“, in: Der Volkswirt. Wirtschafts- und Finanzzeitung, Pflichtblatt der Frankfurter Wertbörse, 10.1956, Nr. 21, S. 14.

Neumann, Peter: „Carl Neumann. 1896-1966“, in: Wuppertaler Biographien. 13. Folge (= Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde des Wuppertals, Bd. 25), hg. Bergischer Geschichtsverein – Abteilung Wuppertal – durch Michael Metsches, Wuppertal 1977, S. 43-51.

Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Otten und Freiburg i.Br. (Walter) 1964.

Pritzkolet, Kurt: Männer, Mächte, Monopole. Hinter den Türen der westdeutschen Wirtschaft, Düsseldorf (Karl Rauch), 1963.

Probleme der deutschen Hochschulen. Die Empfehlungen der Hinterzartener Tagungen im August 1952, mit einer Einleitung von Prof. Dr. Gerd Tellenbach, Freiburg 1953 (= Schriften des Hochschulverbandes, Heft 3).

Raiser, Ludwig: „Die Reform des Studiums nach den Vorschlägen und Anregungen des Wissenschaftsrates. Vortrag, gehalten auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum am 22. März 1963“, in: Studium und Hochschule. Vorträge einer Tagung in der evangelischen Akademie Loccum, Göttingen (Otto Schwartz & Co) 1963 (= Schriften des Hochschulverbandes, Bd. 14), S. 9-31.

Read, James M.: „Wie steht es mit den Universitäten? Konservativer Lehrkörper, Mangelnder Kontakt mit der Öffentlichkeit“, in: Deutsche Universitätszeitung, 6.1951, H. 11, S. 6f.

Rodenstock, Rolf: ‚Interdependenz von Wirtschaft und Bildung‘, in: Contact. Forum der Wirtschaft für Bildungsfragen, hg. v. der Bildungsabteilung des Deutschen Industrieinstituts, Neue Folge Nr. 1, 1967, S. 3-6.

Rodenstock, Rolf, ‚Bildung ist lebenswichtig‘, in: Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Jg. 14, Nr. 49 v. 8.12.1964.

Scheuch, Erwin K. unter Mitarbeit von Hansjürgen Daheim: ‚Sozialprestige und soziale Schichtung‘, in: Soziale Schichtung und soziale Mobilität, hg. v. René König und David V. Glass, Opladen (Westdeutscher Verlag) 1961, S. 65-103.

Scheuerl, Hans: Probleme der Hochschulreife. Bericht über die Verhandlungen zwischen Beauftragten der Ständigen Konferenz der Kultusminister und der Westdeutschen Rektorenkonferenz 1958-1960 „Tutzingen Gespräche“ I-III, Heidelberg (Quelle & Meyer) 1962.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A. Bevölkerung und Kultur, Reihe 10 Bildungswesen, V. Hochschulen, Hochschullehrer und sonstiges wissenschaftliches Personal an Wissenschaftlichen Hochschulen 1960, Stuttgart und Mainz (Kohlhammer) 1960.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): Aufstieg der Begabten, Essen-Bredeneu (= Reihe Wissenschaft und Wirtschaft. Veröffentlichung des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft, C 58), 1958.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): Robbins-Bericht. Einführung und Auswertung, Essen-Bredeneu (= Reihe Wissenschaft und Wirtschaft. Veröffentlichung des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft, C 24).

Tellenbach, Gerd: Der Hochschullehrer in der überfüllten Hochschule. Vortrag, gehalten anlässlich des 9. Hochschulverbandstages in München am 27.6.1959, Göttingen (Otto Schwartz & Co) 1959 (= Schriften des Hochschulverbandes).

Thieme, Werner: ‚Die Entwicklung des Hochschulverbandes‘, in: Im Dienste der deutschen Hochschullehrer. Der Hochschulverband unter Wilhelm Felgentraeger, hg. v. Präsidium des Hochschulverbandes, Göttingen (Schwartz) 1960, S. 13-25.

Treue, Wilhelm: ‚Akademisches Proletariat?‘, in: Deutsche Universitätszeitung, 6.1951, H. 19, S. 3-4.

Unternehmer und Bildung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Ludwig Vaubel, Opladen (Westdeutscher Verlag) 1968 (= Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 10).

Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrates vom 5. September 1957, in: Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959, bearbeitet von Rolf Neuhaus, Wiesbaden 1961, S. 512-515.

‚Walter Raymond. Ein Gespräch mit dem Ehrenpräsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände‘, in: Contact. Monatsblätter für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Bildungsarbeit, hg. v. der Bildungsabteilung des Deutschen Industrieinstituts, 6.1966, Nr. 5, S. 36-38.

Zapf, Wolfgang: ‚Führungsgruppen in West- und Ostdeutschland‘, in: Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, hg. v. dems., München (Pieper) 1965, S. 9-29.

Zapf, Wolfgang: Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-1961, München (Piper) 1965.

Britannien

Amis, Kingsley: ‚Lone Voices. Views of the Fifties‘, in: Encounter 82.1960 (*Jul*), S. 6-11.

Banks, Olive: Parity and Prestige in English Secondary Education. A Study in Educational Sociology, London (Routledge and Kegan Paul) 1955.

Board of Education: Report of the Consultative Committee on Secondary Education with special reference to grammar schools and technical high schools, London (HMSO) 1938 (= Holmes Report).

Board of Education: The Public Schools and the General Educational System. Report of the Committee on Public Schools appointed by the President of the Board of Education in July 1942, London (HMSO) 1944 (=Fleming Report).

Bonham, John: ‚The Middle Class Elector‘, in: British Journal of Sociology, 3.1952, S. 222-230.

Bonham, John: The Middle Class Vote, London (Faber and Faber) 1954.

Bott, Elizabeth: Family and Social Network, London (Tavistock Publications) 1957.

- Chorley, Katharine: *Manchester Made Them*, London (Faber and Faber) 1950.
- Clements, R.V.: *Managers. A Study of their Careers in Industry*, London (George Allen & Unwin Ltd.) 1958.
- Committee on Higher Education: *Higher Education. Appendix Two (B) to the Report of the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63, Students and their Education*, presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London (HMSO) 1963.
- Committee on Higher Education: *Higher Education. Appendix Three to the Report of the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63, Teachers in Higher Education*, presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London (HMSO) 1963.
- Committee on Higher Education: *Higher Education. Evidence – Part One. Volume A. Written and Oral Evidence*, received by the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63. Presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London (HMSO) 1963.
- Committee on Higher Education: *Higher Education. Evidence – Part One. Volume B. Written and Oral Evidence*, received by the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63. Presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London (HMSO) 1963.
- Committee on Higher Education: *Higher Education. Evidence – Part One. Volume C. Written and Oral Evidence*, received by the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63. Presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London (HMSO) 1963.
- Committee on Higher Education: *Higher Education. Evidence – Part One. Volume D. Written and Oral Evidence*, received by the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63. Presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London (HMSO) 1963.
- Committee on Higher Education: *Higher Education. Evidence – Part One. Volume E. Written and Oral Evidence*, received by the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63. Presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London (HMSO) 1963.
- Committee on Higher Education: *Higher Education. Evidence – Part One. Volume F. Written and Oral Evidence*, received by the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63. Presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London (HMSO) 1963.
- Committee on Higher Education: *Higher Education. Evidence – Part Two. Documentary Evidence*, received by the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63. Presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London (HMSO) 1963.
- Committee on Higher Education: *Higher Education. Report of the Committee appointed by the Prime Minister under the Chairmanship of Lord Robbins 1961-63*, presented to parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, October 1963, London (HMSO) 1963 (=Robbins Report).
- Committee on Scientific Manpower: *Scientific Man-Power. Report of a committee appointed by the Lord President of the Council (=Barlow Committee)*, London (HMSO) 1946.
- Crosland, C.A.R.: *The Conservative Enemy. A Programme of Radical Reform for the 1960s*, London (Jonathan Cape) 1962.
- Donnelly, P. (Hrsg.): *Mrs Milburn's Diaries. An Englishwoman's Day to Day Reflections 1939-45*, New York (Schocken Books) 1979.
- Finer, S.E.: *Anonymous Empire. A Study of the Lobby in Great Britain*, London (Pall Mall Press Limited) 1958, 1966.
- Fletcher, F.T.H.: 'United Kingdom', in: *The Status of University Teachers. Reports from sixteen countries prepared with the assistance of UNESCO*, IAUPL 1961, S. 165-178.

- Floud, Jean E., A.H. Halsey und F.M. Martin, *Social Class and Educational Opportunity*, Melbourne (Heinemann) 1956.
- Furneaux, W.D.: *The Chosen Few. An Examination of Some Aspects of University Selection in Britain*, Oxford (Oxford University Press) 1961.
- Guttsman, W.L.: *The British Political Elite*, London (Macgibbon & Kee) 1965.
- Halsey, Albert Henry: ‚Genetics, Social Structure, and Intelligence‘, in: *British Journal of Sociology* Bd. IX.1958, H. 1.
- Hollis, Christopher: *Can Parliament Survive?*, London (Hollis & Carter) 1949.
- Klein, Josephine: *Samples from English Cultures*, London (Routledge & Kegan Paul) 1965.
- Lewis, Roy und Angus Maude: *The English Middle Classes*, London (Phoenix House) 1949.
- Lewis, Roy und Angus Maude: *Professional People*, London (Phoenix House) 1952.
- Lewis, Roy und Rosemary Stewart: *The Boss. The Life and Time of the British Business Man*, London (Phoenix House) 1958.
- Ministry of Education, 15 to 18. *A Report of the Central Advisory Council for Education (England), Volume 1: Report*, London (HMSO) 1959, 21960 (= Crowther Report).
- Moberly, Sir Walter: *The Crisis in the University*, London (SCM Press) 1949.
- National Incomes Commission, Report No. 3, *Remuneration of Academic Staff in Universities and Colleges of Advanced Technology*, London (HMSO) 1964.
- Potter, A.: *Organized Groups in British National Politics*, London (Faber & Faber) 1961.
- Reader, W. J.: *Professional Men. The Rise of the Professional Classes in Nineteenth-Century England*, London (Weidenfeld and Nicolson) 1966.
- Routh, Guy: *Occupation and Pay in Great Britain 1906-1960*, Cambridge (Cambridge University Press) 1965.
- Sampson, Anthony: *Anatomy of Britain*, London (Hodder and Stoughton) 1962.
- Sampson, Anthony: *Anatomy of Britain Today*, London (Hodder and Stoughton) 1965.
- Stacey, Margaret: *Tradition and Change: A Study of Banbury*, Oxford (Oxford University Press) 1960.
- Stewart, John David: *British Pressure Groups. Their Role in Relation to the House of Commons*, Oxford (Clarendon Press) 1958.
- The British Employers' Confederation. *Its Structure and Work*, London (ohne Verlag) 1959.
- Truscot, Bruce: *Red Brick University*, Harmondsworth (Pelican) 1943, 1951.
- University Grants Committee, *University Development 1957-1962*. Presented to Parliament by the Lord President of the Council and Minister for Science by Command of Her Majesty, London Februar 1964, London (HMSO) 1964.
- University Grants Committee, *University Development from 1935 to 1947*. Being the report of the University Grants Committee, London (HMSO) 1948.
- University Grants Committee, *University Development. Report on the Years 1947 to 1952*, presented by the Chancellor of the Exchequer to Parliament by Command of Her Majesty, London (HMSO) 1953.
- Weizsäcker, Richard von: ‚Speaking of Europe. Channel crossing, common European tasks and challenges‘, in: *Bulletin des Deutsches Historischen Instituts*, London, 2004, Bd. XXVI, Nr. 2, S. 6-17.
- Willmott, Peter und M. Young: *Family and Class in a London Suburb*, London (Routledge & Kegan Paul) 1960.

Abkürzungsverzeichnis

AUT	Association of University Teachers
BBC	British Broadcasting Corporation
BdA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BEC	British Employer's Confederation
BHE	Bund der Heimatvertriebenen
BP	British Petroleum
CAT	Colleges of Advanced Technology
CBE	Commander of the Order of the British Empire
CBI	Confederation of British Industry
CNAA	Council for National Academic Awards
COPPSO	Confederation of Professional Organisations
CVCP	Conference of Vice-Chancellors and Principals
CVO	Commander of the Royal Victorian Order
DBB	Deutscher Beamtenbund
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHV	Deutscher Hochschulverband
DIHT	Deutscher Industrie und Handelstag
DP	Deutsche Partei
FBI	Federation of British Industries
FRS (A&B)	Fellow of the Royal Society
HICOG	United States High Commission(er) for Germany
ICI	Imperial Chemical Industries
KBE	Knight of the British Empire
KCB	Knight Commander of the Bath
KMK	Ständige Konferenz der Kultusminister
MBE	Member of the Order of the British Empire
MCA	Middle Class Alliance

MPG	Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften
MPI	Max-Planck-Institut
MVO	Member of the Royal Victorian Order
NEDC	National Economic Development Council
NIC	National Incomes Commission
NJAC	National Joint Advisory Council
NUS	National Union of Students
OBE	Officer Order of the British Empire
TUC	Trades Union Congress
UGC	University Grants Committee
WRK	Westdeutsche Rektorenkonferenz

Dank

Diese Arbeit wurde als Dissertation im Fach Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin im Oktober 2004 von der Philosophischen Fakultät I, Institut für Geschichtswissenschaften (Dekan: Prof. Dr. Oswald Schwemmer) angenommen. Die Disputation fand am 1. Februar 2005 statt. Zwischen 2001 und 2004 wurde sie von der Volkswagen Stiftung gefördert. Einen Archivaufenthalt in England unterstützte der Deutsche Akademische Austauschdienst. Ihre Fertigstellung ermöglichte das Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre.

Zur Entstehung, Entwicklung und Fertigstellung der Arbeit haben viele Freunde und Kollegen beigetragen, wofür ich ihnen allen sehr dankbar bin. Idee und Stoßrichtung der Arbeit wurden in einem Gespräch mit Alexander Schmidt-Gernig entwickelt. Hartmut Kaelble und Christiane Eisenberg haben mein Forschungsprojekt seit der Antragsstellung tatkräftig unterstützt. Für ihre Hinweise und Gutachten möchte ich ihnen herzlich danken. Die Studie entstand überwiegend während meiner Zeit als Stipendiatin am Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas (ZVGE). Die anregenden Diskussionen im dortigen Forschungskolloquium und auf Tagungen des Zentrums waren für meine Arbeit überaus wichtig. Ohne die Hilfsbereitschaft vieler Archiv- und Bibliotheksmitarbeiter wäre die Suche nach den Verbandsmaterialien langsamer und erfolgloser verlaufen.

Kathrin Kollmeier hat sich akribisch durch die erste Rohfassung gearbeitet. Thomas Mergel und Alexander Cammann haben zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls die ganze Arbeit gelesen und kommentiert. Ihre Hinweise waren sehr wertvoll. Teile des Textes haben Teresa Löwe, Ingo Eser, Josie McLellan und Andrea Westermann kritisch gelesen und damit die eine oder andere Wendung herbeigeführt. Ihnen allen bin ich sehr verbunden.

Berlin, im Oktober 2008